

Geschäftsbericht 2015

Leistung aus Leidenschaft



Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2015	2014
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode ¹	€ 22,53	€ 24,99
Aktienkurs höchst ¹	€ 33,42	€ 38,15
Aktienkurs tiefst ¹	€ 20,69	€ 22,66
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	€ -5,06 ²	€ 1,34 ³
Ergebnis je Aktie (verwässert)	€ -5,06 ²	€ 1,31 ³
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	1.388	1.242 ³
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	1.388	1.269 ³
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	-9,8 %	2,7 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-9,9 %	2,7 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	-12,3 %	3,5 %
Aufwand-Ertrag-Relation ⁴	115,3 %	86,7 %
Personalaufwandsquote ⁵	39,7 %	39,2 %
Sachaufwandsquote ⁵	75,7 %	47,5 %
in Mio €		
Erträge insgesamt	33.525	31.949
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	956	1.134
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	38.667	27.699
Ergebnis vor Steuern	-6.097	3.116
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	-6.772	1.691
	31.12.2015 in Mrd €	31.12.2014 in Mrd €
Bilanzsumme	1.629	1.709
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	62,7	68,4
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	€ 45,16	€ 49,32
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	€ 37,90	€ 38,53
Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁷	13,2 %	15,2 %
Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁷	11,1 %	11,7 %
Tier-1-Kapitalquote (CRR/CRD 4) ⁷	14,7 %	16,1 %
Tier-1-Kapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁷	12,3 %	12,9 %
Anzahl		
Niederlassungen	2.790	2.814
davon in Deutschland	1.827	1.845
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	101.104	98.138
davon in Deutschland	45.757	45.392
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	A3	A3
Standard & Poor's	BBB+	A
Fitch Ratings	A-	A+
DBRS Ratings	A	-

¹ Die historischen Kurse bis und einschließlich 5. Juni 2014 (letzter Handelstag Cum-Bezugsrecht) wurden im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung 2014 nachträglich durch Multiplikation mit dem Korrekturfaktor 0,9538 (R-Faktor) angepasst.

² Im Zusammenhang mit den im April 2015 gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis um 228 Mio € nach Steuern angepasst.

³ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem Juni 2014 angepasst.

⁴ Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁵ Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁶ Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁷ Werte für 2015 und 2014 basieren auf „CRR/CRD 4“ unter Berücksichtigung der Übergangsregeln und „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“ gemäß der vollständigen Anwendung des CRR/CRD 4-Regelwerks. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den risikogewichteten Aktiva.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Inhalt

Konzern Deutsche Bank

Brief der Vorstandsvorsitzenden – 3
Vorstand – 7
Bericht des Aufsichtsrats – 8
Aufsichtsrat – 18
Strategie 2020 – 20
Deutsche Bank-Aktie und Anleihen – 25

1 – Lagebericht

Die Geschäftsentwicklung – 30
Ausblick – 77
Risiken und Chancen – 84
Risikobericht – 86
Vergütungsbericht – 206
Unternehmerische Verantwortung – 249
Mitarbeiter – 251
Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung – 257
Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht – 261

2 – Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 267
Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 268
Konzernbilanz – 269
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 270
Konzern-Kapitalflussrechnung – 272
Konzernanhang – 273
Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung – 311
Anhangangaben zur Bilanz – 317
Zusätzliche Anhangangaben – 389
Bestätigungen – 457

3 – Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat – 461
Rechnungslegung und Transparenz – 473
Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 474
Wirtschaftsprüfung und Controlling – 475
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex – 478

Ergänzende Informationen

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen – 481
Patronatserklärung – 487
Das Jahr auf einen Blick – 488
Impressum/Publikationen – 489

Konzern Deutsche Bank

Brief der Vorstandsvorsitzenden – 3
Vorstand – 7
Bericht des Aufsichtsrats – 8
Aufsichtsrat – 18
Strategie 2020 – 20
Deutsche Bank-Aktie und Anleihen – 25

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

2015 war ein herausforderndes Jahr für die Deutsche Bank. Wir haben eine neue Strategie für die nächsten fünf Jahre angekündigt und damit begonnen, sie entschlossen umzusetzen. Das Ziel unserer Strategie 2020 ist einfach: Wir wollen eine bessere, stärkere Deutsche Bank schaffen. Das setzt voraus, dass wir schlanker und effizienter arbeiten und unsere Risiken reduzieren. Gleichzeitig werden wir das Kapitalpolster weiter stärken. All das erfordert viel Disziplin.

Erste Erfolge dieses ehrgeizigen Umbaus sind bereits sichtbar. Mit einem neu ernannten Führungsteam haben wir unsere Geschäftsbereiche so aufgestellt, dass sie sich besser an den Kundenbedürfnissen orientieren können.

Zudem haben wir bereits die Komplexität verringert: Es gibt nun weniger Leitungsgremien, so dass Entscheidungen schneller getroffen werden können. Auf diese Weise übertragen wir auch wieder mehr Verantwortung auf den Einzelnen.

Darüber hinaus haben wir uns aus einigen Ländern zurückgezogen und begonnen, Kundenbeziehungen zu beenden, die unserer Auffassung nach nicht zum Kerngeschäft zählen oder mit hohen Risiken verbunden sind. Wir prüfen sorgfältig, mit wem wir welche Geschäfte eingehen.

Auch mit Blick auf unser Kapitalpolster kommen wir voran. Sobald wir unsere Beteiligung an der Hua Xia Bank in China wie angekündigt verkauft haben, wird sich das Verhältnis von Kernkapital zu risikogewichteten Aktiva weiter deutlich verbessern. Auch der schnelle Abbau jener Bilanzposten, die nicht mehr zum Kerngeschäft gehören, wird unserer Kapitalquote zugute kommen.

Bei den Rechtsstreitigkeiten werden wir wichtige Verfahren voraussichtlich noch in diesem Jahr abschließen; dies reduziert die damit verbundene Unsicherheit. Es lässt sich derzeit jedoch nicht sicher sagen, ob die vorhandenen Rückstellungen ausreichen, um die kompletten Kosten zu decken.

Zielstrebig haben wir begonnen, die Postbank von der Deutschen Bank zu separieren. Allerdings stehen wir hier nicht unter Druck. Wir werden die regulatorischen und marktgetriebenen Rahmenbedingungen genau beobachten, um eine richtige Lösung zu finden.

Die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen zum Umbau der Bank haben sich leider sehr deutlich auf die Finanzergebnisse des vergangenen Ge-

schäftsjahres ausgewirkt. Insgesamt haben wir Wertminderungen von 6,5 Mrd € vorgenommen. Zudem haben wir Aufwendungen von 5,2 Mrd € im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen An-
gelegenheiten verzeichnet. Schließlich haben wir für Aufwendungen für
Restrukturierung und Abfindungen 1,0 Mrd € gebucht.

In der Summe hatten diese Faktoren einen negativen Effekt von 12,4 Mrd € nach Steuern. Unterm Strich blieb somit ein Verlust nach Steuern von 6,8 Mrd € für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Dies hat leider überdeckt, wie solide wir in unseren vier Kerngeschäftsfeldern unterwegs waren. Die Deutsche Bank ist im vergangenen Jahr gewachsen. Die Erträge des Konzerns lagen mit 33,5 Mrd € um 5% über dem Vorjahr. Das beweist das Vertrauen, das unsere Kunden der Bank entgegenbringen.

Im Firmenkundengeschäft und Wertpapierhandel (Corporate Banking & Securities) stiegen die Erträge leicht im Vergleich zum Vorjahr trotz einer herausfordernden zweiten Jahreshälfte. Bereinigt um die Wertberichtigung auf die Beteiligung an der chinesischen Hua Xia Bank waren die Erträge im Bereich Privat- und Geschäftskunden trotz anhaltend niedriger Zinsen im Vergleich zum Vorjahr weitgehend stabil. Der Vorsteuergewinn im Bereich Vermögensverwaltung und Vermögende Kunden stieg um 23 %, was unter anderem auf Nettomittelzuflüsse von über 60 Mrd € in den vergangenen zwei Jahren zurückzuführen ist. Unsere globale Transaktionsbank erzielte mit einem Plus von 25 % beim Vorsteuergewinn sogar ein Rekordergebnis, worauf wir besonders stolz sind.

2016 und 2017 werden wir entschlossen dabei voranschreiten, die Bank neu auszurichten und entsprechend zu investieren. Ein Fokus ist dabei, in unsere Technologie und Infrastruktur zu investieren. Im Handelsgeschäft werden wir unser Produktangebot verschlanken und uns auf die wichtigsten Kundenbeziehungen und Standorte konzentrieren. Unser Filialnetz in Deutschland verkleinern wir und stärken dabei unser bereits marktführendes Digitalangebot für unsere Privatkunden.

Während wir voraussichtlich eine größere Zahl an Standorten schließen werden, modernisieren wir andere Filialen. Wir sind zuversichtlich, durch den Umbau des Filialnetzes den Bedürfnissen unserer Kunden besser gerecht werden zu können. Denn künftig werden die meisten Filialen den vollen Umfang der Expertise, den die Kunden von der Deutschen Bank erwarten, anbieten können.

Auch in dieser wichtigen Umbruchphase ist es unverzichtbar, dass wir unsere Kapitalposition erhalten und weiter stärken. Deshalb haben wir bereits empfohlen, für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 keine Dividende auszuschütten. Diese Entscheidung ist uns nicht leicht gefallen, denn uns ist bewusst, dass dies die Rendite unserer Aktionäre verringert. Aber es ist die richtige Entscheidung, um das Vertrauen in unsere Bank zu sichern.

Wir erwarten, dass sich die Früchte unserer Arbeit ab 2018 in unseren Ergebnissen und in der Erreichung unserer Ziele positiv niederschlagen werden.

Unsere Vision ist eine erfolgreiche Deutsche Bank, der man vertraut. Wir wollen Finanzlösungen, Technologien, Produkte und Services anbieten, die die Erwartungen unserer Kunden übertreffen. In Deutschland, unserem wichtigen und starken Heimatmarkt, möchten wir über alle Kundensegmente hinweg der angesehenste Finanzdienstleister sein. Wir wollen unter den Banken in Europa die Nummer eins für unsere Firmen- und institutionellen Kunden und Anleger sein. Und wir wollen die beste ausländische Bank in den Vereinigten Staaten und in Asien sein.

Eine führende Präsenz am Kapitalmarkt ist deshalb ein wesentlicher Teil unserer Vision. Der Zugang zu den globalen Kapitalmärkten ermöglicht Unternehmen und Institutionen, sich günstig zu finanzieren und sich gegen Risiken abzusichern. Deshalb wird die Deutsche Bank ihren Kunden weiterhin den Zugang zu den Kapitalmärkten weltweit ermöglichen und entsprechende strategische Beratung anbieten. Unsere Expertise auf diesem Feld hilft darüber hinaus Privatkunden und Anlegern, ihren Wohlstand zu vermehren und für den Ruhestand vorzusorgen.

Die weltweiten Finanzmärkte waren zu Jahresbeginn 2016 volatil. Dies wirkte sich auf die Bankenbranche aus. Das für gewöhnlich starke erste Quartal droht in diesem Jahr für die gesamte Branche schlecht auszufallen. Die Deutsche Bank ist hier keine Ausnahme.

Doch auch in Zeiten turbulenter Märkte bleibt die Deutsche Bank überaus solide. Unsere Kapitalbasis ist stark und liegt deutlich oberhalb der regulatorischen Anforderungen. Weiterhin verfügen wir über eine starke Liquiditätsposition mit Liquiditätsreserven zum Jahresende von 215 Mrd € und über sehr verlässliche Refinanzierungsquellen. Unsere Zuversicht beruht auf der Kernstärke der Deutschen Bank und unseren engen Kundenbeziehungen weltweit. Die Grundlage dafür ist die bewährte Stärke unserer Belegschaft: Der Vorstand der Bank verpflichtet sich deshalb, alles dafür zu tun, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich mit der Deutschen Bank identifizieren und wieder mit Stolz über ihren Arbeitgeber sprechen können. Denn sie sind es, die die Deutsche Bank wirklich stark machen.

Wir möchten deshalb diesen Brief auch dafür nutzen, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz, ihre harte Arbeit und das in vielen Bereichen sehr gute operative Ergebnis zu danken. Zusammen schaffen wir eine bessere Deutsche Bank, die nachhaltig Wert schafft – für unsere Kunden, für unsere Aktionäre, für die Gesellschaft.

Mit besten Grüßen

Ihr



John Cryan
Co-Vorsitzender des Vorstands,
Deutsche Bank AG



Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender des Vorstands,
Deutsche Bank AG

Frankfurt am Main, März 2016

Vorstand

John Cryan, * 1960

seit 1. Juli 2015
Co-Vorsitzender des Vorstands

Jürgen Fitschen, * 1948

seit 1. April 2009
Co-Vorsitzender des Vorstands

Stuart Wilson Lewis, * 1965

seit 1. Juni 2012
Chief Risk Officer

Sylvie Matherat, * 1962

seit 1. November 2015
Chief Regulatory Officer

Quintin Price, * 1961

seit 1. Januar 2016
Head of Deutsche Asset Management

Garth Ritchie, * 1968

seit 1. Januar 2016
Head of Global Markets

Karl von Rohr, * 1965

seit 1. November 2015
Chief Administrative Officer

Marcus Schenck, * 1965

seit 21. Mai 2015
Chief Financial Officer

Christian Sewing, * 1970

seit 1. Januar 2015
Head of Private, Wealth & Commercial Clients

Jeffrey Herbert Urwin, * 1956

seit 1. Januar 2016
Head of Corporate & Investment Banking

Vorstand im Berichtsjahr:

John Cryan
Co-Vorsitzender des Vorstands
(seit 1. Juli 2015)

Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender des Vorstands

Anshuman Jain
Co-Vorsitzender des Vorstands
(bis 30. Juni 2015)

Stefan Krause
(bis 31. Oktober 2015)

Stephan Leithner
(bis 31. Oktober 2015)

Stuart Wilson Lewis

Sylvie Matherat
(seit 1. November 2015)

Rainer Neske
(bis 30. Juni 2015)

Henry Ritchotte
(bis 31. Dezember 2015)

Karl von Rohr
(seit 1. November 2015)

Marcus Schenck
(seit 21. Mai 2015)

Christian Sewing
(seit 1. Januar 2015)

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

dem geänderten Format unseres Geschäftsberichts geschuldet, finden Sie an dieser Stelle nicht den gewohnten Brief des Aufsichtsrats, sondern lediglich eine kurze persönliche Einführung in den folgenden sehr detaillierten Bericht über unsere Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Im Jahr 2015 erfolgte – um es kurz zu machen – eine wesentliche Zäsur in der 145-jährigen Geschichte Ihrer Deutschen Bank. Unter Bekräftigung ihres traditionellen Selbstverständnisses als in Deutschland verankerte globale Universalbank hat sich die Bank eine klare Strategie und folgerichtig eine neue Organisationsstruktur gegeben. Nicht zuletzt angesichts der Aktionärsreaktionen auf der vergangenen Hauptversammlung verfügt die Bank außerdem heute über einen personell weitgehend veränderten Vorstand. Mit John Cryan hat ein ausgewiesener Bankfachmann die Nachfolge von Anshu Jain als Co-Vorsitzender des Vorstands übernommen; Jürgen Fitschen bleibt Co-Vorsitzender des Vorstands bis zum Ablauf der Hauptversammlung 2016. Marcus Schenck fungiert als neuer Finanzvorstand und Christian Sewing verantwortet unser Geschäft mit Privat- und Geschäftskunden. Um die Bedeutung unserer Firmenkunden besonders zu unterstreichen, haben wir die Bereiche Global Transaction Banking und Corporate Finance in einer neuen Division unter der Leitung von Jeffrey Urwin zusammengeführt. Den verkleinerten Handelsbereich verantwortet im Vorstand nun Garth Ritchie. Den vierten Kundenbereich Deutsche Asset Management führt Quintin Price, der vom Asset Manager Blackrock zur Deutschen Bank wechselte. Komplettiert wird der Vorstand durch Sylvie Matherat als Chief Regulatory Officer, Karl von Rohr als Verantwortlichen für Personal und Recht sowie den bewährten Risikovorstand Stuart Lewis. Nach der Auflösung des Group Executive Committee wird die oberste Führungsebene der Bank durch derzeit vier Generalbevollmächtigte ergänzt.

An dieser Stelle gilt es nicht nur dem neuen Vorstandsteam viel Mut und Erfolg bei der Umsetzung der zum Jahresende 2015 konkret formulierten Ziele zu wünschen, deren Erreichen Ihr Aufsichtsrat weiterhin sorgfältig überwachen und begleiten wird. Es soll auch den aus unterschiedlichen Gründen im vergangenen Jahr aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitgliedern Anshu Jain, Rainer Neske, Stefan Krause, Stephan Leithner und Henry Ritchotte für ihren teilweise jahrzehntelangen Einsatz für die Deutsche Bank gedankt werden. (Eine Würdigung der Verdienste des im laufenden Jahr ausscheidenden Co-Vorstandsvorsitzenden Jürgen Fitschen soll erst im nächsten Jahr an dieser Stelle erfolgen.)

Als Nachfolger für John Cryan ist seit Oktober 2015 Richard Meddings, ehemaliger Finanzvorstand der Standard Chartered Bank, aufgrund gerichtlicher Bestellung im Aufsichtsrat tätig, der nun der Hauptversammlung 2016 zur Wahl vorgeschlagen wird. Unser Dank für seine Mitarbeit gilt ebenfalls Stephan Szukalski, der Ende November 2015 sein Mandat im Aufsichtsrat niedergelegt hat, welches für den Rest der Mandatszeit durch Wolfgang Böhr ausgeübt wird, der bereits von 2008 bis 2013 Mitglied dieses Gremiums war.

In den insgesamt 73 Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse mussten wir uns im abgelaufenen Berichtsjahr nicht nur mit zukunftsgerichteten strategischen und personellen Fragen beschäftigen, sondern weiterhin auch mit der Aufarbeitung wesentlicher Rechtsthemen der Vergangenheit. Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Tätigkeit lag daher auf der Überwachung von Prozessen zur Umsetzung zahlreicher gesetzlicher und regulatorischer Neuerungen sowie der Stärkung der internen Kontrollfunktionen. Wie immer behandelten wir eingehend die wirtschaftliche Entwicklung der Bank, ihr Umfeld, das Risikomanagement und das Vergütungssystem sowie die finanzielle Planung.

Nachfolgend erhalten Sie im gewohnten Format weitere, detaillierte Informationen darüber, wie Ihr Aufsichtsrat im vergangenen Geschäftsjahr seinen Überwachungspflichten nachgekommen ist und den Vorstand in vielen Angelegenheiten intensiv beraten hat. Im Einzelnen zum Berichtsjahr:

Bericht des Aufsichtsrats

Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung, die Ertragslage, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über wesentliche Rechtsstreitigkeiten, über das Programm zur Stärkung der Kontrollfunktionen und über Geschäfte sowie Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Im Rahmen der durch den Aufsichtsrat eng begleiteten wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen erfolgte eine verstärkte Berichterstattung durch den Vorstand. Bezüglich eines bekannten Sachverhalts beschloss der Aufsichtsrat ergänzend eine eigene Untersuchung durchzuführen. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden zudem in regelmäßigen Gesprächen zwischen den Co-Vorsitzenden des Vorstands und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Um die Zusammenarbeit im Aufsichtsratsgremium insgesamt weiter zu stärken, wurde die Anzahl an Sitzungen, in denen Ausschüsse gemeinsam tagten, gegenüber dem Vorjahr erhöht. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Im Geschäftsjahr 2015 fanden insgesamt 73 Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse statt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2015 fanden zehn Sitzungen des Aufsichtsrats statt.

28. Januar 2015

In der ersten Sitzung des Jahres am 28. Januar 2015 behandelten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im vierten Quartal 2014 und im Geschäftsjahr 2014 sowie den Plan-Ist-Vergleich. Den Dividendenvorschlag für das Jahr 2014 sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2015 bis 2017 nahmen wir zustimmend zur Kenntnis und erörterten mit dem Vorstand die Überlegungen zur neuen Strategie 2020. Das Vergütungssystem der Bank sowie der Bericht des Vergütungsbeauftragten zur Angemessenheit des Vergütungssystems für den Vorstand waren ebenso Themen wie die Festlegung der Höhe der variablen Vergütung für die Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2014. Dabei wurden die Empfehlungen des Vergütungskontrollausschusses sowie eines externen, unabhängigen Vergütungsberaters berücksichtigt. Außerdem befassten wir uns mit der Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile des

Vorstands aus den Vorjahren und beschlossen aufgrund noch laufender Rechtsstreitigkeiten, deren Auszahlung vorerst zu suspendieren. Wir befassten uns zudem erstmalig mit dem schriftlichen Bericht des Nominierungsausschusses über die nach dem neuen § 25 d KWG durchzuführende Bewertung von Aufsichtsrat und Vorstand für 2014.

20. März 2015

In der Sitzung am 20. März 2015 billigten wir nach Bericht durch den Vorstand auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Konzern- und Jahresabschluss 2014 und stimmten dem Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung zu. Mit dem Vorstand erörterten wir den Personalbericht sowie den Vergütungsbericht 2014, welchen wir zustimmend zur Kenntnis nahmen. Weiterhin erhielten wir Berichte zum Risikomanagement, erörterten mit dem Vorstand dessen Bericht zum Stand der Strategieüberlegungen und zum Status der von den Aufsichtsbehörden geforderten Sanierungspläne und -indikatoren und fassten die erforderlichen Beschlüsse zur Tagesordnung für die Hauptversammlung.

24. April 2015

In einer außerordentlichen Sitzung am 24. April 2015 erörterten wir intensiv die vom Vorstand entwickelte neue Strategie 2020, die wir unterstützen. Daneben wurden wir über die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Quartal 2015 unterrichtet.

20. Mai 2015

In der Sitzung am 20. Mai 2015, dem Tag vor der ordentlichen Hauptversammlung, erörterten wir deren vorgesehenen Ablauf und die angekündigten Gegenanträge. Soweit erforderlich, wurden hierzu Beschlüsse gefasst. Wir behandelten ferner den Entschluss von Herrn Neske, sein Vorstandsmandat zum 30. Juni 2015 niederzulegen.

7. Juni 2015

In einer weiteren außerordentlichen Sitzung am 7. Juni 2015 befassten wir uns auf Empfehlungen des Präsidialausschusses und des Nominierungsausschusses hin mit der personellen Neuordnung an der Vorstandsspitze und fassten die erforderlichen Beschlüsse. Auch beschlossen wir erforderliche Anpassungen im Geschäftsverteilungsplan des Vorstands zum 1. Juli 2015 und notwendige Änderungen in der Geschäftsordnung für den Risikoausschuss.

30. Juli 2015

In der Sitzung am 30. Juli 2015, die wir in New York abhielten, haben wir uns eingehend mit den dortigen Geschäftsaktivitäten der Bank befasst. Mit dem Vorstand erörterten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr 2015 einschließlich der Auswirkungen auf die Strategie 2020. Auf Empfehlung des Prüfungsausschusses stimmten wir der Erteilung des Prüfungsauftrags an die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die auf der Hauptversammlung am 21. Mai 2015 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2015 gewählt worden war, zu. Außerdem befassten wir uns erneut mit der Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile aus den Vorjahren an den Vorstand und beschlossen auch für die zu diesem Zeitpunkt fälligen Vergütungsbestandteile aufgrund der noch laufenden Rechtsstreitigkeiten, deren Auszahlung vorerst zu suspendieren.

11. und 12. September 2015

In einer Sitzung am 11. und 12. September 2015 diskutierten wir intensiv mit dem Vorstand die strategische Ausrichtung der Bank und ihrer Geschäftsbereiche und ließen uns vom Vorstand die Nachfolgeplanung für wichtige Schlüsselpositionen der Bank vorstellen. Im Einklang mit der strategischen Ausrichtung der Bank und unter Berücksichtigung der erforderlichen tatsächlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen für Vorstandsmitglieder erörterten wir Kriterien für die Auswahl bei der Neubesetzung von Positionen im Vorstand, die im Rahmen der Nachfolgeplanung zu beachten sind. Wir befassten uns ferner mit der nach § 25 d KWG durchzuführenden Bewertung von Vorstand und Aufsichtsrat für 2015 sowie mit Corporate-Governance-Themen.

18. Oktober 2015

In einer außerordentlichen Sitzung am 18. Oktober 2015 beschlossen wir, Empfehlungen des Präsidial- und des Nominierungsausschusses folgend, eine umfassende personelle und organisatorische Neuordnung im Vorstand, um im Einklang mit der Strategie 2020 die Komplexität im Management der Bank zu verringern und damit den Kundenbedürfnissen sowie den Anforderungen der Aufsichtsbehörden besser gerecht zu werden.

28. Oktober 2015

In der Sitzung am 28. Oktober 2015 wurden wir vom Vorstand über die geschäftliche Entwicklung im dritten Quartal 2015 und zu den Entwicklungen im regulatorischen und Wettbewerbsumfeld unterrichtet. Wir befassten uns mit dem Überprüfungs- und Bewertungsprozess der Bankenaufsicht, erörterten den Finanz- und Kapitalplan und beschlossen die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz (AktG). Der Vergütung für KPMG für den Jahresabschluss 2015 sowie der geänderten Vergütung für die prüferische Durchsicht des zweiten und dritten Quartals 2015 sowie des ersten Quartals 2016 stimmten wir zu.

15. Dezember 2015

In der außerordentlichen Sitzung vom 15. Dezember 2015 erörterten wir mit dem Vorstand den Verkauf der Beteiligung der Deutschen Bank an der chinesischen Hua Xia Bank Co. Ltd.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Präsidialausschuss

Im Geschäftsjahr 2015 fanden zwölf Sitzungen des Präsidialausschusses, davon zwei gemeinsam mit dem Nominierungsausschuss, statt. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich vorbereitend für den Aufsichtsrat mit der Unternehmensstrategie und unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses mit den personellen Veränderungen im Vorstand und dem Antrag der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V. (DSW) auf Bestellung eines Sonderprüfers. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Der Übernahme von Mandaten, Ehrenämtern oder Sonderaufgaben außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns von Vorstandsmitgliedern stimmte der Präsidialausschuss zu.

Risikoausschuss

In seinen elf Sitzungen, von denen zwei gemeinsam mit dem Vergütungskontrollausschuss und drei gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss stattfanden, behandelte der Risikoausschuss insbesondere Kredit-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken. Die Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2015 lagen auf der Überwachung der Entwicklung und Umsetzung der Strategie 2020, vor allem hinsichtlich der Auswirkungen auf das Risikoprofil und die Risikobereitschaft der Bank, von Initiativen wie der Einführung regelmäßiger Geschäftsprüfungen zur Erkennung und Behebung identifizierter Schwachstellen bei Risikokontrollen der ersten Verteidigungslinie, der Analyse möglicher Auswirkungen makroökonomischer Entwicklungen (Russland, Schweizer Franken, Ölpreise, Marktvolatilitäten) sowie der Weiterentwicklung der von den Aufsichtsbehörden geforderten Sanierungs- und Abwicklungspläne („Living Wills“) nach Bekanntgabe der Strategie 2020, inklusive einer Analyse von Krisenszenarien. Eingehend erörtert wurden zudem die Verschuldungsquote und Kapitalplanung, die Auswirkungen des vorherrschenden Zinsumfelds, Fragen der Informationssicherheit und Datenqualität sowie verschiedene Fokusportfolios, darunter Structured Finance, Handelsfinanzierungen und Zahlungsverkehr für Unternehmenskunden, Global Markets und insbesondere das Zinsgeschäft. Auch die regelmäßigen Branchenportfolioberichte, einschließlich der jeweiligen Strategie und Profitabilität, wurden dem Ausschuss vorgestellt. Neben der Refinanzierungs- und Liquiditätslage der Bank waren auch die Entwicklung und weitere Aspekte der Risikovorsorge Gegenstand der Sitzungen. Unabhängig von den Sitzungsterminen erhielt der Risikoausschuss monatlich Informationen über die Entwicklung des Risiko- und Kapitalprofils. Außerdem diskutierte der Ausschuss die Weiterentwicklung von Risiko- und Bewertungsmodellen und überwachte die Fortschritte bei den Korrekturmaßnahmen. Regelmäßig wurde der Risikoausschuss, teils in gemeinsamen Sitzungen mit dem Prüfungsausschuss, über bestimmte aufsichtsrechtliche Untersuchungen, Maßnahmenpläne und deren Fortschritte sowie Prüfungsfeststellungen informiert. Der Risikoausschuss prüfte, teils in gemeinsamen Sitzungen mit dem Vergütungskontrollausschuss, das Vergütungssystem, insbesondere im Hinblick auf die Frage, ob die gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Die nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Kredite der Bank wurden diskutiert. Der Risikoausschuss erörterte mit dem Vorstand Fragen zum Risikomanagement sowie zum Zeitrahmen für Korrekturpläne. Ferner erhielt der Risikoausschuss Informationen über die Geschäftslage vor dem Hintergrund der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank.

Prüfungsausschuss

Im Geschäftsjahr 2015 fanden 17 Sitzungen des Prüfungsausschusses statt, davon drei gemeinsam mit dem Risikoausschuss und vier gemeinsam mit dem Integritätsausschuss. Vertreter des Abschlussprüfers nahmen an allen Sitzungen teil. Gegenstand der Sitzungen waren die Vorprüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2014, die Zwischenberichte sowie der Bericht 20-F für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC). Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2015 und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB) und unterbreitete dem Aufsichtsrat eine Empfehlung zur Erteilung des Prüfungsauftrags sowie zur Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss war wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Der Prüfungsausschuss legte für 2015 eigene Prüfungsschwerpunkte fest. Zur Unterstützung des Aufsichtsrats hat der Prüfungsausschuss sich von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der Internen Revision überzeugt und den Rechnungslegungsprozess sowie die Abschlussprüfung überwacht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Dienstleistungen, über die Arbeit der Internen Revision und Fragen der Compliance, über Rechts- und Reputationsrisiken sowie über Sonderprüfungen und wesentliche Beanstandungen von Aufsichtsbehörden berichtet. Der Jahresplan der Internen Revision wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Fundierte Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung sind dem Prüfungsausschuss nicht zugegangen. Außerdem befasste er sich regelmäßig mit der Abarbeitung von Prüfungsfeststellungen des Abschlussprüfers zum Jahres- und Konzernabschluss 2014, mit Maßnahmen zur Bereinigung der weiteren Feststellungen sowie den Anforderungen an die Überwachungsaufgaben gemäß § 107 Abs. 3 AktG, den prüfungsvorbereitenden Maßnahmen zum Jahresabschluss und den festgelegten Prüfungsschwerpunkten. Weitere Themen waren die Umsetzung der EU-Reform der Abschlussprüfung, Fragen zu rechnungslegungsbezogenen IT-Systemen und der Informationssicherheit, sowie das Programm zur Stärkung der Kontrollfunktionen („Three Lines of Defense“). Der Prüfungsausschuss befasste sich zudem mit den neuen US-Regelungen zur Überwachung ausländischer Banken.

Integritätsausschuss

Der Integritätsausschuss behandelte in 15 Sitzungen, von denen vier gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss stattfanden, vorwiegend Themen zur präventiven Beobachtung und strategischen Analyse von Rechts- und Reputationsrisiken sowie zur Unternehmenskultur. Gegenstand der Sitzungen waren insbesondere die laufenden aktuellen Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Untersuchungen mit Schwerpunkt auf den Verfahren, hinsichtlich derer der Aufsichtsrat im März und Juli 2014 sowie im Januar und September 2015 eine enge Verfahrensbegleitung beschlossen hatte. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich der Integritätsausschuss auch mit den internen Untersuchungen der Bank, den Ergebnissen aus abgeschlossenen Sonderuntersuchungen sowie den Vergleichen, die in einigen Verfahren mit den untersuchenden Regulatoren geschlossen werden konnten. Die Schwerpunkte der Arbeit des Ausschusses lagen auf einer fallübergreifenden gesamthaften Analyse, den Abhilfemaßnahmen sowie den Lessons Learned zur Vermeidung von zukünftigen Rechtsstreitigkeiten bzw. regulatorischen Untersuchungen. Weitere Themen der Sitzungen waren die Kirch-Verfahren, das Programm „House of Governance“ zur Stärkung der Geschäftsorganisation der Bank sowie die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung 2015. Das im Dezember beendete Projekt der Bank zur Stärkung der Kontrollfunktionen („Three Lines of Defense“) und die nachhaltige Entwicklung der Bank waren einschließlich des Berichts zur unternehmerischen Verantwortung Gegenstand der Sitzungen. In den vier gemeinsamen Sitzungen mit dem Prüfungsausschuss beschäftigte sich der Integritätsausschuss vor allem mit übergreifenden Themen wie Anti Financial Crime, Know Your Customer und Compliance.

Vergütungskontrollausschuss

Im Geschäftsjahr 2015 fanden zwölf Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses statt, davon zwei gemeinsam mit dem Risikoausschuss. Der Ausschuss hat gemäß den Regelungen in § 25d des Kreditwesengesetzes (KWG) und der Institutsvergütungsverordnung (InstVV) die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme des Vorstands und der Mitarbeiter, insbesondere der Compliance-Funktion sowie der Mitarbeiter mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil überwacht und den Aufsichtsrat bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter unterstützt. Der Ausschuss bereitete unter besonderer Berücksichtigung der Risiken und des Risikomanagements der Bank Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Vergütung des Vorstands vor und unterstützte den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung interner Kontrollbereiche und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme. Ferner befasste sich der Ausschuss mit der Ermittlung und Verteilung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung an die Mitarbeiter der Bank, auch unter dem Aspekt der Risikotragfähigkeit. Er erörterte die Abarbeitung von Revisionsfeststellungen zum Vergütungssystem der Bank und die Weiterentwicklung der Vergütungs-Governance-Struktur sowie den Vergütungsbericht 2014 und den Vergütungskontrollbericht des Vergütungsbeauftragten. Dieser war zu dem Ergebnis gekommen, dass das Vergütungssystem angemessen sei und den Anforderungen der InstVV entspreche.

Nominierungsausschuss

Der Nominierungsausschuss tagte im Jahr 2015 siebenmal, davon zweimal gemeinsam mit dem Präsidialausschuss. Er behandelte Nachfolge- und Besetzungsfragen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen und gab Empfehlungen an den Vorstand bezüglich der Grundsätze für die Auswahl und Bestellung von Personen der oberen Leitungsebene. Soweit erforderlich, wurden hierzu Beschlüsse über Empfehlungen zur Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat gefasst. Der Nominierungsausschuss hat sich darüber hinaus unter Einbindung eines externen, unabhängigen Beraters mit der nach § 25d Abs. 11 KWG durchzuführenden Bewertung von Aufsichtsrat und Vorstand befasst, den Stand der Abarbeitung der Verbesserungsvorschläge aus dem Abschlussbericht 2014 zur Umsetzung der Anforderungen nach 25d KWG besprochen und Verbesserungen für 2015 diskutiert.

Der Ausschuss bereitete den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung, Frau Parent in den Aufsichtsrat im Mai 2015 zu wählen, vor. Er befasste sich mit der Nachfolge von Herrn Cryan als Mitglied des Aufsichtsrats und Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und schlug dem Aufsichtsrat und dem Vorstand vor, Herrn Richard Meddings als dessen Nachfolger bis zum Ablauf der Hauptversammlung am 19. Mai 2016 zur gerichtlichen Bestellung vorzuschlagen. Außerdem hat sich der Ausschuss ausführlich mit den potenziellen Kandidaten für die Wahl in den Aufsichtsrat durch die Hauptversammlung 2016 befasst. Nach intensiver Erörterung empfahl der Ausschuss dem Aufsichtsrat Frau Garrett-Cox zur Wiederwahl und Herrn Meddings für eine Amtszeit von jeweils fünf Jahren vorzuschlagen. Im Einklang mit den Regelungen der Geschäftsordnung nahm der Ausschuss zustimmend zur Kenntnis, dass Herr Thoma trotz Erreichens der Regelaltersgrenze von 70 Jahren aufgrund seiner besonderen Expertise und Erfahrungen dem Aufsichtsrat auch weiterhin zur Verfügung stehen wird.

Vermittlungsausschuss

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2015 nicht erforderlich.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie die Vorsitzenden des Integritätsausschusses, des Prüfungsausschusses und des Risikoausschusses koordinierten fortlaufend ihre Tätigkeit und stimmen sich regelmäßig – und soweit erforderlich – anlassbezogen ab, um den notwendigen Austausch von Informationen zur Erfassung und Beurteilung aller relevanten Risiken im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben sicherstellen zu können. Darüber hinaus nahmen die Ausschussvorsitzenden bei Bedarf an Sitzungen der Ausschüsse, denen sie nicht angehörten, teil und gaben dort – soweit erforderlich – Berichte und Empfehlungen zu bestimmten Themen aus den von ihnen geleiteten Ausschüssen ab.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2015 wie folgt an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teil:

Sitzungsteilnahme der Mitglieder des Aufsichtsrats

	Sitzungen (inkl. Ausschüsse)	Sitzungen (Plenum)	Teilnahme (Plenum)	Sitzungen (Ausschüsse)	Teilnahme (Ausschüsse)	Teilnahme in % (alle Sitzungen)
Achleitner	73	10	10	63	63	100,00
Böhr	1	1	1	0	0	100,00
Bsirské	39	10	8	29	24	82,05
Cryan	16	5	5	11	7	75,00
Dublon	21	10	10	11	11	100,00
Garrett-Cox	10	10	8	0	0	80,00
Heider	25	10	10	15	15	100,00
Herling	39	10	10	29	29	100,00
Irrgang	25	10	10	15	15	100,00
Kagermann	39	10	10	29	29	100,00
Klee	25	10	10	15	15	100,00
Löscher	25	10	9	15	13	88,00
Mark	27	10	10	17	17	100,00
Meddings	10	3	3	7	7	100,00
Parent	21	10	10	11	11	100,00
Platscher	27	10	10	17	17	100,00
Rose	27	10	10	17	15	92,59
Stockem	21	10	10	11	11	100,00
Szukalski	9	9	9	0	0	100,00
Teyssen	17	10	9	7	7	94,12
Thoma	25	10	10	15	15	100,00
Trützscher	27	10	10	17	17	100,00

Corporate Governance

Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss und Aufsichtsrat befassten sich mit dem am 1. Mai 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Teilhabe von Frauen an Führungspositionen und fassten in diesem Zusammenhang die erforderlichen Beschlüsse. Wir haben im September festgelegt, dass bis zum 30. Juni 2017 mindestens eine Frau dem Vorstand angehören soll. Dieses Ziel wurde bereits bei der Neustrukturierung des Vorstands im November erreicht. Die Neuerungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zur Festlegung einer Regelbegrenzung für die Zugehörigkeitsdauer im Aufsichtsrat haben wir erörtert und beschlossen. Für zukünftig neu zu wählende bzw. zu bestellende Mitglieder soll im Regelfall die Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat 15 Jahre nicht überschreiten.

Wir behandelten außerdem die Umsetzung der Regelungen zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats, zur Qualifikation seiner Mitglieder, zu verpflichtenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie zur Höchstgrenze für Mandate. Zur Verbesserung der Corporate Governance und aufgrund der vermehrten Aufgaben des Aufsichtsrats wählten wir auf Empfehlung des Nominierungs- und des Präsidialausschusses Frau Dublon zur Vorsitzenden des Risikoausschusses.

Auf Empfehlung der jeweiligen Fachausschüsse beschlossen wir, die Herren Cryan, Dr. Achleitner und Prof. Trützscher im Geschäftsbericht als Finanzexperten und die Herren Dr. Achleitner und Prof. Kagermann als Vergütungsexperten auszuweisen. Nach Eintritt von Herrn Meddings in den Aufsichtsrat und gleichzeitiger Übernahme des Vorsizes im Prüfungsausschuss am 13. Oktober 2015 beschlossen wir außerdem, dass auch Herr Meddings im Geschäftsbericht als Finanzexperte genannt werden soll. Zudem stellten wir fest, dass sämtliche Mitglieder des Prüfungsausschusses unabhängig im Sinne der US-amerikanischen Vorschriften sind und dass nach unserer Einschätzung dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Der Nominierungsausschuss behandelte in mehreren Sitzungen die regulatorischen Vorgaben nach § 25 d Abs. 11 KWG.

Der Nominierungsausschuss und der Aufsichtsrat befassten sich in mehreren Sitzungen mit den Ergebnissen der Bewertung von Vorstand und Aufsichtsrat, die unter Einbeziehung eines unabhängigen Prüfers durchgeführt wurde. Der schriftliche Ergebnisbericht wurde am 27. Januar 2016 im Plenum besprochen. Wir sind der Auffassung, dass Aufsichtsrat und Vorstand einen hohen Standard erreicht haben. Einzelne Ansatzpunkte für Verbesserungen, die die Prüfung ergab, wurden aufgegriffen und bereits teilweise im Jahr 2015 realisiert.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 29. Oktober 2014 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 28. Oktober 2015 erneuert. Vorstand und Aufsichtsrat erklärten, dass seitens der Deutsche Bank AG den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in den Fassungen vom 24. Juni 2014 und 5. Mai 2015 mit den dort aufgeführten Ausnahmen entsprochen wurde und wird. Der Wortlaut der Entsprechenserklärung 2015 vom 28. Oktober 2015 sowie eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank sind im Geschäftsbericht 2015 ab Seite 461 und auf der Homepage der Bank im Internet unter www.db.com/ir/de/dokumente.htm veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der Deutschen Bank angemessen unterstützt. Insbesondere für die im Jahr 2015 neu in den Aufsichtsrat eingetretenen Mitglieder fanden individuell zugeschnittene Einführungskurse statt. Zusätzlich wurden die Mitglieder laufend über neue regulatorische Entwicklungen sowie über Corporate-Governance-Themen informiert. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats fand ein internes eintägiges Seminar zum Thema Bankaufsicht statt. Darüber hinaus nahmen Mitglieder der jeweiligen Ausschüsse an Weiterbildungen der jeweiligen Ausschüsse und Mitglieder des Aufsichtsrats an externen Fortbildungsmaßnahmen teil.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Herr Dr. Achleitner war in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank verschiedentlich mit Aufsichtsbehörden in Kontakt. Der Präsidialausschuss beschloss in seiner Sitzung am 20. Mai 2015, Kosten für den Zeugenbeistand von Herrn Dr. Achleitner im Zusammenhang mit seiner aufsichtsrechtlichen Befragung zu übernehmen. Herr Dr. Achleitner enthielt sich bei dieser Beschlussfassung der Stimme und hat angekündigt, dass er an künftigen Beschlussfassungen und Erörterungen im Aufsichtsrat, welche im Zusammenhang mit seinen Zeugenaussagen stehen, vorsorglich nicht teilnehmen wird.

Rechtsstreitigkeiten und regulatorische Untersuchungen

Wir haben uns im Jahr 2015 wie in den Vorjahren im Aufsichtsrat sowie mit unterschiedlichen Schwerpunkten im Integritäts-, Prüfungs- und Risikoausschuss regelmäßig intensiv mit den wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und Untersuchungen der Aufsichtsbehörden befasst und jeweils über die weitere, angemessene Vorgehensweise beraten. Im Januar und September 2015 haben wir in Ergänzung von Beschlüssen aus dem Jahr 2014 beschlossen, weitere herausgehobene Sachverhalte, die Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten oder aufsichtsrechtlichen Untersuchungen waren bzw. immer noch sind, aufgrund der gesteigerten Überwachungsverantwortung des Aufsichtsrats intensiver als bislang zu begleiten. Für diese Verfahren hat der Aufsichtsrat eine standardisierte Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat entwickelt, deren Format regelmäßig überprüft wird. Außerdem haben wir beschlossen, im Zusammenhang mit den IBOR-Untersuchungen einen Ad-Hoc-Ausschuss einzurichten; er hat sich insbesondere mit den regulatorischen Untersuchungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) befasst und hat die gegenüber der BaFin abzugebende Stellungnahme des Aufsichtsrats vorbereitet. Er wurde mittlerweile wieder aufgelöst.

Der Aufsichtsrat hat in einem Fall mit möglichem Vorstandsbezug beschlossen, eigene interne Untersuchungen durchzuführen. Hierbei sowie bei anderen Verfahren wird er von externen, unabhängigen Experten beraten.

Weiterhin Gegenstand der Beratungen und der Berichterstattung waren die Folgethemen aus den verschiedenen Kirch-Verfahren und dem in diesem Zusammenhang stehendem Strafverfahren vor dem Landgericht München.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2015 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Anhangangaben) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2015 sind von der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Diese war durch die ordentliche Hauptversammlung am 21. Mai 2015 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer gewählt worden. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt.

Die Bestätigungsvermerke für das Geschäftsjahr 2015 für den Konzern- und Jahresabschluss wurden jeweils mit Datum 2. März 2016 gemeinsam durch die Herren Wirtschaftsprüfer Pukropski und Beier unterzeichnet. Herr Pukropski unterzeichnete den Bestätigungsvermerk erstmals für den Konzern- bzw. den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013. Herr Beier unterzeichnete den Bestätigungsvermerk erstmals für den Konzern- bzw. den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012.

Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss in der Sitzung am 9. März 2016 erörtert und KPMG hat über den Stand der Prüfungshandlungen berichtet. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der Sitzung des Aufsichtsrats am 10. März 2016 berichtet. Auf Empfehlung des Prüfungsausschusses haben wir dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Jahres- und Konzernabschlussunterlagen sowie eingehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

Im Vorstand gab es 2015 weitreichende personelle Veränderungen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 wurde Herr Sewing zum Mitglied des Vorstands, mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung am 21. Mai 2015 wurde Herr Dr. Schenck zum Mitglied, und ab 1. Juli 2015 wurde Herr Cryan zum Mitglied und Co-Vorsitzenden mit Herrn Fitschen bestellt. Frau Matherat und Herr von Rohr wurden mit Wirkung zum 1. November 2015 bestellt. Die Herren Ritchie, Price und Urwin wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2016 Mitglieder des Vorstands.

Aus dem Vorstand ausgeschieden sind die Herren Jain und Neske mit Ablauf des 30. Juni 2015, Krause und Dr. Leithner mit Ablauf des 31. Oktober 2015 und Ritchotte mit Ablauf des 31. Dezember 2015.

Da Herr Cryan zum Mitglied des Vorstands und Co-Vorsitzenden des Vorstands bestellt wurde, ist er mit Ablauf des 30. Juni 2015 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Für ihn wurde Herr Meddings am 13. Oktober 2015 zum Mitglied des Aufsichtsrats gerichtlich bestellt. Herr Szukalski hat sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats zum 30. November 2015 niedergelegt. Für den Rest seiner Amtszeit ersetzt ihn das für ihn gewählte Ersatzmitglied Herr Böhr, der bereits von 2008 bis 2013 Mitglied des Aufsichtsrats war.

Wir danken den ausgeschiedenen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern für ihr großes Engagement und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Jahre.

Frankfurt am Main, den 10. März 2016

Für den Aufsichtsrat



Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner

– Vorsitzender
München

Alfred Herling*

– Stellvertretender Vorsitzender
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Wolfgang Böhr*

seit 1. Dezember 2015
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Frank Bsirske*

Vorsitzender der ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Berlin

John Cryan

bis 30. Juni 2015
London

Dina Dublon

New York

Katherine Garrett-Cox

Chief Executive Officer
Alliance Trust Plc
(bis 3. Februar 2016),
Brechin, Angus

Timo Heider*

BHW Bausparkasse AG,
Emmerthal

Sabine Irrgang*

Deutsche Bank AG,
Mannheim

Prof. Dr. Henning Kagermann

Präsident acatech –
Deutsche Akademie der
Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Peter Löscher

Chief Executive Officer
Renova Management AG,
München

Henriette Mark*

Deutsche Bank AG,
München

Richard Meddings

seit 13. Oktober 2015
Sandhurst

Louise M. Parent

Rechtsanwältin (Of Counsel),
Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP,
New York

Gabriele Platscher*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Bernd Rose*

Postbank Filialvertrieb AG,
Menden

Rudolf Stockem*

Gewerkschaftssekretär der ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Aachen

Stephan Szukalski*

bis 30. November 2015
Deutsche Postbank AG,
Frankfurt am Main

Dr. Johannes Teyssen

Vorsitzender des Vorstands E.ON SE,
Düsseldorf

Georg F. Thoma

Rechtsanwalt (Of Counsel),
Shearman & Sterling LLP,
Neuss

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützscher

Essen

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann

Vermittlungsausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*
seit 1. Dezember 2015

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann

Stephan Szukalski*
bis 30. November 2015

Prüfungsausschuss

Richard Meddings
– Vorsitzender (seit 13. Oktober 2015)

John Cryan
(Vorsitzender bis 30. Juni 2015)

Dr. Paul Achleitner

Henriette Mark*

Gabriele Platscher*

Bernd Rose*

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler

Risikoausschuss

Dina Dublon
– Vorsitzende (seit 28. Januar 2015)

Dr. Paul Achleitner
(Vorsitzender bis 28. Januar 2015)

John Cryan
bis 30. Juni 2015

Richard Meddings
seit 13. Oktober 2015

Louise M. Parent

Rudolf Stockem*

Nominierungsausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann

Dr. Johannes Teysen

Integritätsausschuss

Georg F. Thoma
– Vorsitzender

Dr. Paul Achleitner

Timo Heider*

Sabine Irrgang*

Martina Klee*

Peter Löscher

Vergütungskontroll- ausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Strategie 2020

- Vier strategische Ziele
- Finanzziele veröffentlicht
- Prioritäten in den Unternehmensbereichen festgelegt

Nach einer umfassenden Überarbeitung der Geschäftsstrategie gab die Deutsche Bank im April 2015 ihre „Strategie 2020“ bekannt. Im Oktober 2015 informierten wir über Einzelheiten zu den strategischen Zielen, die geplanten Maßnahmen in den Unternehmensbereichen, den Infrastrukturfunktionen und in den Regionen und die wichtigsten Finanzziele für 2018 und 2020.

Wir haben die Unternehmensbereiche der Bank, die Infrastrukturfunktionen und unsere regionale Aufstellung überprüft sowie die Ausrichtung der Bank auf die zukünftigen Bedürfnisse unserer Kunden bewertet. Im Ergebnis hat der Vorstand unser Bekenntnis zu einer globalen Präsenz und dem Produktangebot einer Universalbank bekräftigt. Alle bisherigen Geschäftsfelder, Corporate Banking and Securities (CB&S), Global Transaction Banking (GTB), Asset and Wealth Management (AWM) und Private and Business Clients (PBC), zählen weiterhin zu unserem Kerngeschäft. Erklärtes Ziel der Strategie 2020 ist, unser Angebot an Produkten und Dienstleistungen zu fokussieren und so zu einer einfacheren, effizienteren Bank zu werden, die risikoärmer und besser kapitalisiert ist.

Zu den vier strategischen Zielen im Detail:

- **Erstens wollen wir schlanker und effizienter werden.** Indem wir uns auf die Märkte, Produkte und Kunden konzentrieren, bei denen wir unsere Stärken erfolgreich einsetzen können, wollen wir die Kundenzufriedenheit steigern und die Kosten senken. Die Bank wird die Zahl der Standorte, Produkte und Kunden reduzieren sowie ihre Struktur durch weniger Rechtseinheiten vereinfachen. Mit einer effizienteren Infrastruktur wollen wir eine wettbewerbsfähige Kostenstruktur erreichen. Wir planen, unsere regionale Präsenz in zehn Ländern aufzugeben und das Handelsgeschäft in globalen und regionalen Zentren zu bündeln. Letzteres gilt auch für die weitere Konzentration der Buchungsstandorte. Unser Ziel ist, unser Engagement in bestimmten Global-Markets-Geschäftsfeldern zu beenden und die Anzahl der Kunden in CB&S zu reduzieren. Zudem beabsichtigen wir, rund 90 Rechtseinheiten abzubauen.
- **Zweitens wollen wir Risiken verringern.** Das bedeutet vor allem: **Modernisierung unserer IT und Einstellung der Geschäftstätigkeiten mit Kunden, die hohe Risiken aufweisen.** Wir beabsichtigen, (a) Aktivitäten mit solchen Kunden zu beenden, bei denen wir die Risiken für zu hoch bewerten. Wir wollen (b) das Kontrollumfeld optimieren und (c) durch verstärkte Automatisierung manuelle Prozesse ablösen. Wir sind entschlossen, unsere IT-Architektur grundlegend zu modernisieren, beispielsweise indem wir die Zahl der operativen Systeme reduzieren sowie Hardware und Software-Applikationen der Bank erneuern, die das Ende ihres Lebenszyklus erreicht haben. Die Automatisierung manueller Prozesse dient dazu, Effizienz und Kontrollen zu verbessern. Wir planen vorrangig in die sogenannte Know-Your-Client-Infrastruktur zu investieren sowie in die Systeme zur Geldwäschebekämpfung.
- **Drittens streben wir eine bessere Kapitalausstattung an.** Bis 2018 wollen wir die risikogewichteten Aktiva (RWA – Risk Weighted Assets) um rund 90 Mrd € auf etwa 320 Mrd € reduzieren und bis 2020 auf etwa 310 Mrd €. Dabei ist die Zunahme der RWA infolge veränderter regulatorischer Anforderungen noch nicht berücksichtigt, die wir bis 2019/2020 auf mindestens 100 Mrd € schätzen. Außerdem wollen wir das Risikomaß für die Verschuldungsquote (Leverage Exposure) nach CRD 4 (Capital Requirements Directive IV, EU-Richtlinie zur Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten) bis 2018 um rund 170 Mrd € verringern. Wesentliche Komponenten des Umsetzungsplans sind die Entkonsolidierung der Postbank, der Verkauf unserer Beteiligung in Höhe von 19,99% an der Hua Xia Bank in China, der weitgehende Abbau der Non-Core Operations Unit (NCOU) und der Rückzug aus bestimmten Global-Markets-Geschäftsfeldern. Wir haben die Absicht, einen Teil des frei werdenden Kapitals in die Unternehmensbereiche Global Transaction Banking, Asset Management und Wealth Management zu investieren, um hier zu wachsen.

- **Viertens wollen wir die Deutsche Bank disziplinierter führen.** Durch die Ernennung eines einzigen vollverantwortlichen Führungsteams, in dem alle Unternehmensbereiche und Funktionen vertreten sind, wollen wir die disziplinierte Umsetzung unserer neuen Strategie sicherstellen. Darüber hinaus ersetzt die persönliche Verantwortung von Führungskräften soweit wie möglich die Kollektivverantwortung in Ausschüssen. Damit verbunden passen wir unser Vergütungssystem an, um die Vergütung noch stärker mit guter Leistung und angemessenem Verhalten in Einklang zu bringen.

Wir haben uns für alle wichtigen Bereiche klare Finanzziele gesetzt und streben eine Verbesserung unserer Kapitalausstattung an. Die harte Kernkapitalquote soll ab Ende 2018 mindestens 12,5% betragen; die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) wollen wir bis Ende 2018 auf mindestens 4,5% und bis Ende 2020 auf mindestens 5% verbessern. Bis 2018 wollen wir in unserer bereinigten Kostenbasis (zinsunabhängige Aufwendungen ohne Aufwendungen für Restrukturierung und Abfindungen, Rechtsstreitigkeiten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte sowie Aufwendungen im Versicherungsgeschäft) ungefähr 1 Mrd bis 1,5 Mrd € netto einsparen. Restrukturierungsaufwand und Abfindungszahlungen sollen ungefähr 3 Mrd bis 3,5 Mrd € betragen. Insgesamt wollen wir die bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen bis 2018 unter 22 Mrd € senken. Zusätzlich planen wir vor Ende 2017 Beteiligungen mit einer Kostenbasis von ungefähr 4 Mrd € zu verkaufen. Ziel ist eine Aufwand-Ertrag-Relation von rund 70% bis 2018 und von etwa 65% bis 2020. Für unsere Aktionäre wollen wir bis 2018 eine Rendite nach Steuern auf das materielle Eigenkapital von mehr als 10% erreichen.

Die Umsetzung der Strategie 2020 ist bereits im Gange; die im Oktober 2015 angekündigte Umstrukturierung unserer operativen Geschäftsbereiche nach Kundengruppen wurde Anfang 2016 wirksam. Die Geschäftsbereiche von CB&S wurden neu zugeordnet: Die Handelsaktivitäten aus CB&S sind nun unter dem Dach des neuen Unternehmensbereichs Global Markets (GM) angesiedelt, der sich auf institutionelle Kunden fokussieren wird. Der neue Unternehmensbereich Corporate and Investment Banking (CIB) integriert die Bereiche Corporate Finance aus CB&S sowie GTB. Der Schwerpunkt von CIB liegt vor allem auf der Betreuung von Firmenkunden. Zudem wurde die Deutsche Asset & Wealth Management aufgeteilt. Deutsche Bank Wealth Management stellt nun einen eigenständigen Bereich im Privat- und Geschäftskundenbereich dar. Der neue Unternehmensbereich Private, Wealth and Commercial Clients (PW&CC) verantwortet die Betreuung von privaten, vermögenden und Geschäftskunden. Deutsche Asset Management (AM) ist als eigenständiger Unternehmensbereich ausschließlich auf institutionelle Kunden und das Fondsgeschäft ausgerichtet. Wir sind überzeugt, dass die Bank nach diesen strukturellen Veränderungen für die Umsetzung der Strategie 2020 besser gerüstet ist und bis Ende 2018 die vorgesehenen Kostensenkungs- und Kapitalmaßnahmen größtenteils abschließen kann.

1. Januar 2016

Umstrukturierung unserer operativen Geschäftsbereiche nach Kundengruppen

≥ 12,5%

harte Kernkapitalquote bis Ende 2018

Ziele Strategie 2020

»Ich sehe vier Hauptziele: Erstens: Wir wollen die Deutsche Bank einfacher und effizienter machen. Indem wir uns auf das konzentrieren, wo wir einen echten Mehrwert bieten können, werden wir zu einer besseren Bank. Das bedeutet, dass wir die Anzahl unserer Produkte und Dienstleistungen verkleinern, die Beziehungen zu unseren wichtigsten Kunden vertiefen und unser Augenmerk auf die Zahl der Standorte richten, in denen wir tätig sind. Zweitens wollen wir das Risikoprofil der Bank reduzieren. Dies bedeutet, dass wir nicht in Randgeschäften aktiv werden, bei denen wir Zweifel haben und die eventuell für uns zu Strafzahlungen oder Rechtsvergleichen führen könnten. Drittens: Wir wollen besser kapitalisiert sein, so dass wir nicht länger den regulatorischen Vorgaben und Markterwartungen hinterherlaufen. Und schließlich wollen wir eine besser geführte Bank sein.«

Botschaft von John Cryan zur Strategie 2020 an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
29. Oktober 2015

		Finanzziele	
		2018	2020
Schlanker und effizienter	Harte Kernkapitalquote	≥12,5%	
	Verschuldungsquote	≥4,5%	≥5,0%
Geringere Risiken	Rendite nach Steuern auf materielles Eigenkapital	>10%	
	Dividende pro Aktie	Wettbewerbsfähige Ausschüttungsquote angestrebt	
Bessere Kapitalausstattung	Zinsunabhängige Aufwendungen ⁽¹⁾ , in Mrd €	<22,0	
	Aufwand-Ertrag-Relation	~70%	~65%
Disziplinierter geführt	Risikogewichtete Aktiva ⁽²⁾ , in Mrd €	~320	~310

Finanzziele 2018/2020 unterstellen Wechselkurse von €/US-\$ 1,07 und €/£ 0,72

(1) Zinsunabhängige Aufwendungen ohne Aufwendungen für Restrukturierung und Abfindungen, Rechtsstreitigkeiten, Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte sowie Aufwendungen im Versicherungsgeschäft

(2) Ohne regulatorische RWA-Inflation

Strategie 2020: die Aufgaben der neuen Kerngeschäftsbereiche

Zu den Prioritäten der Strategie 2020 in den Unternehmensbereichen zählen im Einzelnen:

- Im Unternehmensbereich Global Markets (GM) sollen die risikogewichteten Aktiva und das Risikomaß für die Verschuldungsquote verringert, die Profitabilität verbessert und die Komplexität reduziert werden. Zusätzlich zur bereits angekündigten Aufgabe des Geschäfts mit Credit Default Swaps (CDS, Kreditausfallversicherungen), die nicht über ein zentrales Clearing abgewickelt werden, werden wir das Geschäft mit Altbeständen aus dem Zinsgeschäft, den Handel mit Agency-RMBS (Residential Mortgage Backed Securities, verbriefte Immobilienkredite) und den Handel mit besicherten Produkten hoher Risikogewichtung beenden. Aktivitäten im Zusammenhang mit Emerging Markets Debt, außerbörslichem Clearing im Bereich der Zinsprodukte (Rates&Credit), der Kreditvergabe an Kunden mit geringen Margen und dem Geschäft mit Anleihen und Währungen (Fixed Income and Currencies, FIC) fahren wir zurück. Gleichzeitig wollen wir unsere Bilanz besser nutzen und die RWA optimieren. Um identifizierte Wachstumspotenziale auszuschöpfen, werden wir in das Geschäft mit Hedgefonds (Prime Brokerage) und strukturierten Lösungen für Risiken und Finanzierungen (Credit Solutions) investieren. Dazu nutzen wir das Kapital, das durch die Aufgabe oder Optimierung anderer Geschäftsfelder des Unternehmensbereichs freigesetzt wird. Zugleich wird Global Markets das Geschäft mit bestimmten Kundensegmenten reduzieren und seine Präsenz in einigen Ländern straffen, die Infrastruktur verschlanken und die Kontrollumgebung stärken.
- Der neue Unternehmensbereich Corporate&Investment Banking (CIB) umfasst seit 1. Januar 2016 Corporate Finance und Global Transaction Banking. Somit können wir Firmenkunden die volle Bandbreite an Bankprodukten aus einer Hand bieten. Wir wollen unsere Stellung im Emissionsgeschäft für Fremdkapital (Debt Capital Markets) behaupten und unseren Marktanteil in der Beratung (Advisory) sowie im Emissionsgeschäft für Aktien (Equity Capital Markets) vergrößern. Innerhalb des neuen Unternehmensbereichs CIB ist GTB nach wie vor bestrebt, seine strategischen Prioritäten umzusetzen. GTB will seine Beziehungen zu Zielkunden auch künftig stärken und vertiefen, neue Zielkunden akquirieren, insbesondere in Asien und den USA, die kompetente Betreuung von Mittelstandskunden in Deutschland intensivieren und in operative Exzellenz sowie Optimierung unseres Geschäftsportfolios investieren – all das unter Wahrung einer strengen Kosten-, Risiko- und Kapitaldisziplin.
- Seit dem 1. Januar 2016 vereint der neu geschaffene Unternehmensbereich Private, Wealth and Commercial Clients die bisherige Einheit PBC und das Deutsche Bank Wealth Management (WM). PW&CC soll eine führende, digital unterstützte Beratungsbank werden, deren Schwerpunkt auf Wachstum im Private Banking, im Commercial Banking und im Wealth Management liegt. Die Ziele umfassen eine nahtlose Kundenansprache mithilfe eines klar zugeschnittenen Private-Banking- und Wealth-Management-Ansatzes in Deutschland, die Stärkung der Präsenz in Europa, die Ausweitung der Dienstleistungen für sehr vermögende Privatkunden in Asien, Nord- und Südamerika und im Nahen Osten sowie die Konzentration auf Unternehmen und Unternehmer in Deutschland und ganz Europa. PW&CC will signifikante Synergien realisieren – hinsichtlich der Effizienz des Produktangebots, im Bereich der Digitalisierung, im operativen Geschäft und bei unterstützenden Funktionen. Die Kapitaleffizienz soll durch eine weitere Stärkung der Beratung sowie geringeren Einsatz von Produkten mit hoher Kapitalunterlegung verbessert werden. Wir beabsichtigen, unser Vertriebsmodell dem veränderten Kundenverhalten anzupassen, indem wir die Kapazität unseres Omnikanal-Modells durch zusätzliche Investitionen in digitale Lösungen erhöhen und mehr als 200 Filialen in Deutschland schließen.
- Im Asset Management wollen wir uns darauf konzentrieren, bei sämtlichen Fondsprodukten und Anlagelösungen eine gute und nachhaltige Performance zu sichern, global Marktanteile hinzuzugewinnen und gleichzeitig unsere führende Position im Heimatmarkt Deutschland zu festigen. Wo es im Kundeninteresse liegt, pflegen wir bei der Betreuung unserer privaten und institutionellen Kunden auch weiterhin die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen AM und WM sowie in der gesamten Deutschen Bank.

Unternehmensprofil

»Wir wollen Finanzlösungen, Technologien, Produkte und Services anbieten, die die Erwartungen unserer Kunden übertreffen. In Deutschland, unserem wichtigen und starken Heimatmarkt, möchten wir über alle Kundensegmente hinweg der angesehenste Finanzdienstleister sein. Wir wollen unter den Banken in Europa die Nummer eins für unsere Firmen- und institutionellen Kunden und Anleger sein. Und wir wollen die beste ausländische Bank in den Vereinigten Staaten und in Asien sein.«

Eine Botschaft von John Cryan an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 9. Februar 2016

Wir haben unsere operativen Geschäftsbereiche nach Kundengruppen umstrukturiert, um den Bedürfnissen der Kunden und den sich abzeichnenden regulatorischen Vorgaben gerecht zu werden.

Unternehmensbereiche
(bis 31. Dezember 2015)

Operative Geschäftsbereiche

Unternehmensbereiche
(seit 1. Januar 2016)



Deutsche Bank-Aktie und Anleihen

- Marktkapitalisierung gesunken
- Jetzt drei Großaktionäre
- Weitere Emissionen von Ergänzungskapital

2015 war für die Aktie der Deutschen Bank unbefriedigend. Dabei war das Berichtsjahr an den Börsen freundlich gestartet. In den ersten Monaten des Jahres 2015 setzte sich die Aufwärtsbewegung vom Ende des Vorjahres an den Aktienmärkten unverändert fort. Die anhaltend expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgte auf den europäischen Aktienmärkten für neue Höchststände. So legte der DAX im ersten Quartal 22% zu und erreichte mit 12.375 Punkten im April sein Jahreshoch; der europäische Bankensektor zeigte sich mit einem Zuwachs des STOXX Europe 600 Banks von 14% ebenfalls stark. In diesem Marktumfeld konnte die Deutsche Bank-Aktie im ersten Quartal 30% gewinnen und damit den DAX schlagen. Im April erreichte sie mit 33,42 € ihren Jahreshöchststand. Diese positive Entwicklung setzte sich allerdings im zweiten Quartal nicht fort. Mitte 2015 notierte die Aktie nur noch mit 8% im Plus und war damit schwächer als der DAX (+12%).

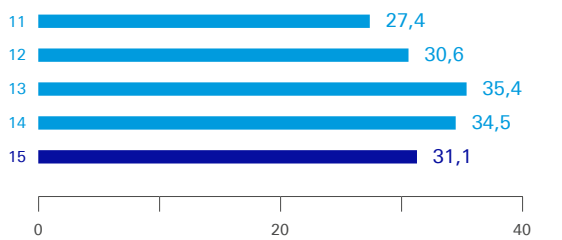
Im dritten Quartal trübte sich die Stimmung an den internationalen Börsenplätzen deutlich ein. Spekulationen über mögliche Zinserhöhungen der Zentralbanken und Sorgen über die Entwicklung der Weltkonjunktur belasteten die Aktienmärkte. Nach der überraschenden Abwertung der chinesischen Währung fiel der DAX bis September auf sein Jahrestief von 9.428 Punkten. Der STOXX Europe 600 büßte sämtliche Gewinne ein und notierte Ende September 2% unter dem Vorjahresresultimo.

Im vierten Quartal fiel die lang erwartete erste Leitzinsanhebung der US-Notenbank Fed nach der Finanzkrise moderat aus. Dies wurde von den Märkten mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen. Der DAX schloss das Jahr trotz der schwachen Entwicklung im Dezember mit einem Zuwachs von 10% gegenüber dem Vorjahresende ab. Der STOXX Europe 600 Banks verlor dagegen gut 3%.

Die Deutsche Bank-Aktie konnte sich der Abwärtsbewegung des Marktes zum Jahresende nicht entziehen. Hinzu kamen Zweifel an der Ertragskraft der Bank. Sie trugen dazu bei, dass der Kurs im Dezember auf sein Jahrestief von 20,69 € fiel. Die Deutsche Bank-Aktie schloss 2015 mit einem Minus von 10% und einem Kurs von 22,53 € ab.

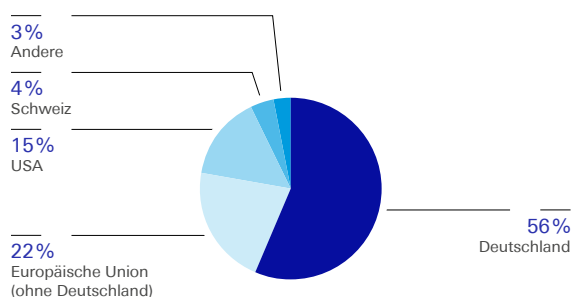
1-1 Marktkapitalisierung

In Mrd € zum Jahresende



1-2 Regionale Verteilung des Grundkapitals

In % zum Jahresende 2015



Angaben gerundet

Strategie 2020 – Fokussierung, um Wert zu schaffen

Im Berichtsjahr hat die Deutsche Bank eine umfassende strategische Agenda für die kommenden fünf Jahre erarbeitet. Damit wurde der Kurs für die Zukunft klar definiert: Die Bank fokussiert sich, um Wert zu schaffen. Die Deutsche Bank soll zu einer einfacheren, effizienteren Bank werden, die risikoärmer und besser kapitalisiert sein wird. Sie wird mehr Wert für ihre Aktionäre schaffen, und sie wird mit stärkeren Systemen und Kontrollen auch besser geführt werden.

Die Bank verfügt über sehr viele Stärken, sieht sich aber auch Herausforderungen gegenüber: Die Kosten sind zu hoch, die IT-Systeme müssen modernisiert und die Prozesse optimiert werden. Wie in den vergangenen Jahren wurden auch 2015 die Kapitalanforderungen hinsichtlich Markt-, Kredit- und operationellen Risiken weiter deutlich verschärft. Es ist eine Kernpriorität der Strategie, die Kapitalposition der Bank aus eigener Kraft zu stärken. Daher schlugen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung vor, die Dividendenzahlung für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 auszusetzen. Für das Geschäftsjahr 2017 strebt die Bank eine wettbewerbsfähige Ausschüttungsquote an.

Marktkapitalisierung gesunken

Die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank belief sich Ende 2015 auf 31,1 Mrd €, rund 3,4 Mrd € weniger als ein Jahr zuvor. [Grafik 1-1](#) Im Durchschnitt wurden auf Xetra handelstäglich 7,8 Millionen Deutsche Bank-Aktien gehandelt (0,3 Millionen Aktien weniger als 2014). Das Xetra-Handelsvolumen (einfach gezählt) lag 2015 bei 53,8 Mrd €, 4,8 Mrd € weniger als 2014. Der Anteil der Deutsche Bank-Aktie am Aktienumsatz in Xetra belief sich auf 8,0% (2014: 9,3%). Das entspricht wie im Vorjahr Rang vier unter den DAX-Papieren. Die Gewichtung der Deutsche Bank-Aktie im DAX betrug 3,5% (2014: 3,6%). An der New Yorker Börse, an der die Deutsche Bank-Aktie seit 2001 notiert ist, hat sich die durchschnittliche Zahl der gehandelten Aktien im Vergleich zu 2014 um 17,0% erhöht.

Der deutliche Kursrückgang im Berichtsjahr hat die Rendite der Deutsche Bank-Aktie beeinträchtigt. Ein Anleger, der Anfang 2011 für insgesamt 10.000€ Deutsche Bank-Aktien erworben, die Bardividende zum Kauf neuer Aktien eingesetzt und sich an Kapitalerhöhungen ohne Einbringung eigener Mittel beteiligt hat, besaß Ende 2015 ein Depot im Wert von 6.783€. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Verlust von 7,5%. Der STOXX Europe 600 Banks verzeichnete im gleichen Zeitraum inklusive Dividende ein jährliches Plus von 1,6 %, der DAX ein Plus von 9,2%. [Grafik 1-3](#)

Weniger Privataktionäre, neuer Großaktionär

Die Deutsche Bank-Aktie befindet sich weiterhin fast vollständig in Streubesitz. 2015 waren 99% der Aktionäre Privatpersonen. Der von ihnen gehaltene Anteil am Grundkapital betrug zum Ende des Berichtsjahres 19% (2014: 20%). Auf institutionelle Investoren entfielen 81% (2014: 80%) des gezeichneten Kapitals von 3.530.939.215,36€.

Die Deutsche Bank hat drei Großaktionäre, deren Positionen über der gesetzlichen Meldeschwelle von 3% liegen. Den größten Aktienanteil mit 6,76% hält BlackRock Inc., New York. Paramount Services Holdings Ltd., British Virgin Islands, und die 2015 als Großaktionär neu hinzugekommene Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, halten jeweils 3,05%.

Die Zahl der Aktionäre sank 2015 auf 561.559 (2014: 599.320). Dies spiegelt den Rückgang der Zahl der Privataktionäre wider. Auch die regionale Verteilung des Grundkapitals wurde davon beeinflusst. Laut Aktienregister sank das in Deutschland gehaltene Grundkapital auf 56% (2014: 57%). Während der Anteil der Europäischen Union ohne Deutschland auf 22% (2014: 21%) anstieg, nahm der in der Schweiz gehaltene Anteil mit 4% (2014: 7%) deutlich ab. Dagegen stieg der in den USA gehaltene Anteil auf 15% (2014: 13%); der Anteil im Rest der Welt ging auf 3% (2014: 4%) zurück. [Grafik 1-2](#) Die regionale Verteilung des Grundkapitals spiegelt den Verwahrort der Aktien wider und nicht notwendigerweise den Sitz der Aktionäre.

Aktienrückkäufe zur Erfüllung von Vergütungsplänen

Die ordentliche Hauptversammlung 2015 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 10% des Grundkapitals (137,9 Millionen Aktien) bis Ende April 2020 zurückzukaufen. Bis zu 5% des Grundkapitals (69,0 Millionen Aktien) können über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigung ersetzt die Genehmigung der Hauptversammlung 2014. In der Zeit von der Hauptversammlung 2015 bis zum 31. Dezember 2015 wurden 20,7 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 4,7 Millionen durch die Ausübung von Call-Optionen. Die zurückgekauften Aktien dienen der Erfüllung von Vergütungsplänen. Zum 31. Dezember 2015 betrug der Bestand an zurückgekauften eigenen Aktien 0,3 Millionen.

Große Unterstützung von Fremdkapitalgebern

Die Deutsche Bank erhielt erneut große Unterstützung von ihren Fremdkapitalgebern, wodurch sie sich günstig refinanzieren konnte. 2015 hat die Bank Schuldtitel im Wert von 39,1 Mrd € mit einem durchschnittlichen Spread von 57 Basispunkten über dem relevanten variablen Referenzzins (zum Beispiel LIBOR) und einer durchschnittlichen Laufzeit von 6,3 Jahren ausgegeben. Davon entfielen 11 Mrd € auf Benchmarkemissionen, das heißt Emissionen, die bestimmte Größenanforderungen erfüllen. Weitere 28 Mrd € wurden im Rahmen von Privatplatzierungen bei institutionellen und Privatkunden (Retail) eingenommen. [Siehe zu Bonitätseinstufungen Lagebericht S.74](#)

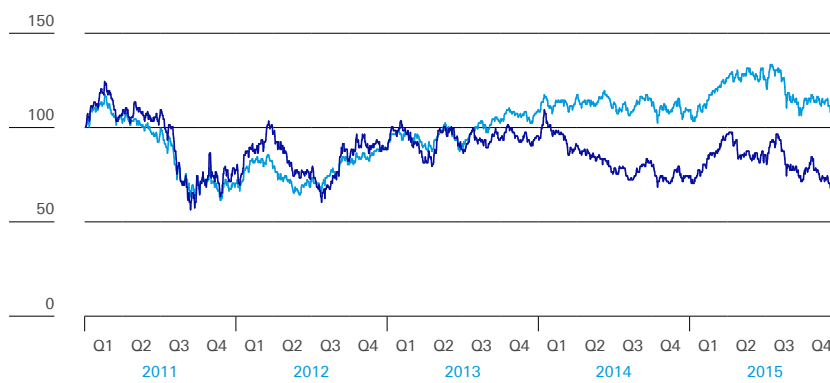
Besonders wichtig waren 2015 die Emissionen von Ergänzungskapital im Februar und März. Die Emission im Februar hatte eine zehnjährige Laufzeit; begeben wurden 1,5 Mrd € bei einem Spread von 210 Basispunkten über dem relevanten variablen Referenzzins (Mid-Swaps). Die Emission im März hatte bei ebenfalls zehnjähriger Laufzeit ein Volumen von 1,25 Mrd US-\$ bei einem Spread von 260 Basispunkten über US-Staatsanleihen. Eine weitere nennenswerte Transaktion war die erste Cedula-Emission (spanischer Pfandbrief), wovon im November 1 Mrd € zu Kosten von 43 Basispunkten über Mid-Swaps begeben wurden.

Die Emissionen der Deutschen Bank sind im Hinblick auf Märkte, Instrumente, Währungen und Anlegergruppen gut diversifiziert. Zum Ende des Berichtsjahres stammten 74% der Refinanzierung der Bank aus sehr stabilen Quellen. Dazu zählen Einlagen von Privatkunden und Kunden aus dem Transaction Banking sowie Emissionen an den Kapitalmärkten und Eigenkapital.

1–3 Langfristige Rendite

Gesamtrendite (Total Return Index), Jahresanfang 2011 = 100

— STOXX Europe 600 Banks
— Deutsche Bank



Quelle: Bloomberg

Wissenswertes über die Deutsche Bank-Aktie

Strukturdaten

		2015	2014	2013
Anzahl der Aktionäre		561.559	599.230	566.979
Aktionäre nach Gruppen in % des Grundkapitals ¹	Institutionelle (einschließlich Banken)	81	80	79
	Private	19	20	21
Regionale Aufteilung in % des Grundkapitals ¹	Deutschland	56	57	50
	Europäische Union (ohne Deutschland)	22	21	26
	Schweiz	4	7	6
	USA	15	13	15
	Andere	3	4	4

Leistungskennzahlen

	2015	2014	2013
Gesamtrendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Return) im Verlauf ²	-7,5%	-22,46%	7,47%
Anteil am Aktienumsatz (Xetra)	7,96%	9,27%	5,86%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag (in Mio Aktien) ³	7,8	8,1	6,2
Aktienkurs höchst	33,42 €	38,15 €	38,73 €
Aktienkurs tiefst	20,69 €	22,66 €	29,41 €
Dividende (in €) je Aktie	- ⁴	0,75	0,75

	31. Dez. 2015
Ausgegebene Aktien	1.379.273.131
Ausstehende Aktien	1.378.898.267
Grundkapital	3.530.939.215,36 €
Marktkapitalisierung	31,07 Mrd €
Aktienkurs ⁵	22,53 €
Gewicht im DAX	3,48%
Gewicht im Euro STOXX 50	1,46%

Wertpapierkennung

Deutsche Börse		New York Stock Exchange	
Emissionsart	Namensaktie	Emissionsart	Global Registered Share
Symbol	DBK	Währung	US-\$
WKN	514000	Symbol	DB
ISIN	DE0005140008	CINS	D 18190898
Reuters	DBKGn.DE	Bloomberg	DBK GR

¹Angaben gerundet

²Auf der Basis von Xetra

³Orderbuchstatistik (Xetra)

⁴Vorschlag für die Hauptversammlung am 19. Mai 2016

⁵Xetra-Schlusskurs

1

Lagebericht

Die Geschäftsentwicklung – 30

Überblick – 30

Der Deutsche Bank-Konzern – 32

Geschäftsergebnisse – 41

Vermögenslage – 69

Liquiditäts- und Kapitalmanagement – 74

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 76

Ausblick – 77

Risiken und Chancen – 84

Risikobericht – 86

Einführung – 87

Risiko und Kapital – Übersicht – 87

Wichtige Risikokennzahlen – 87

Zusammenfassende Risikobewertung – 88

Risikoprofil – 89

Risiko- und Kapitalmanagementstrategie – 92

Grundsätze des Risikomanagements – 92

Risikosteuerung – 93

Risikokultur – 97

Risikotoleranz und Risikokapazität – 98

Risiko- und Kapitalplan – 99

Stresstests – 101

Sanierungs- und Abwicklungsplanung – 103

Risiko- und Kapitalmanagement – 104

Identifikation und Bewertung des Risikos – 105

Kreditrisiko-Management – 106

Steuerung des Marktrisikos – 115

Operationelles Risiko – 122

Steuerung des Liquiditätsrisikos – 127

Strategisches Risiko-Management – 133

Reputationsrisiko-Management – 133

Modellrisiko – 134

Compliance-Risikomanagement – 134

Versicherungsrisiko – 135

Risikokonzentration und Diversifikation – 135

Materielles Risiko und Kapitalperformance – 136

Kapital und Leverage ratio – 136

Kreditengagement – 152

Qualität von Vermögenswerten – 175

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten – 186

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten – 191

Risikopositionswert des operationellen Risikos – 192

Risikopositionswert des Liquiditätsrisikos – 193

Vergütungsbericht – 206

Zusammenfassung und Offenlegung konzernweiter Vergütung – 206

Vergütungsgovernance – 209

Methode zur Festlegung der variablen Vergütung – 211

Variable Vergütung für 2015 – 213

Struktur und Instrumente der variablen Vergütung – 216

Nachträgliche Risikoadjustierung der variablen Vergütung – 219

Offenlegung von Vergütungskennziffern gemäß § 16 InstVV und Art. 450 CRR – 221

Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung – 223

Bezüge der Mitglieder des Vorstands – 233

Aktienanwartschaften – 241

Alters- und Übergangsleistungen – 242

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens – 243

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung – 245

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands – 245

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 246

Unternehmerische Verantwortung – 249

Mitarbeiter – 251

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung – 257

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht – 261

Die Geschäftsentwicklung

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Anhangangaben gesehen werden. Der Abschnitt „Geschäftsergebnisse“ enthält qualitative und quantitative Angaben zu den Segmentergebnissen und Angaben auf Unternehmensebene zu den Ertragskomponenten, entsprechend dem International Financial Reporting Standard (IFRS) 8, „Segmentberichterstattung“. Diese Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Bericht durch eine seitliche Klammer markiert. Für weitere Angaben zu den Segmenten gemäß IFRS 8 verweisen wir auf „Konzernanhang 4 – Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses.

Überblick

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (in %)	2015	2014	Haupttreiber
Weltwirtschaft¹	3,1	3,4	Das Weltwirtschaftswachstum schwächte sich im Jahr 2015 durch die Abkühlung in den Schwellenländern ab, deren Wachstum vor allem durch strukturelle Schwächen und den schwachen Ölpreis gedämpft wurde. Die Industrieländer profitierten hingegen per saldo vom niedrigen Ölpreis und von der expansiv ausgerichteten Geldpolitik, so dass sich ihr Wachstum leicht beschleunigte. Hohe Verschuldung und ein generell schwacher Welthandel dämpften aber das Wachstum.
Davon:			
Industrieländer ¹	1,8	1,7	
Schwellenländer ¹	4,1	4,7	
Eurozone	1,5	0,9	Unterstützung durch niedrige Ölpreise und extrem expansive Geldpolitik.
Davon: Deutschland	1,7	1,6	Starkes Konsumwachstum, aber externer Gegenwind dämpfte das Wachstum der Investitionen.
USA	2,4	2,4	Starker US-Dollar negativ für exportorientierte Sektoren, negativer Lagerzyklus, solide Entwicklung der Binnenwirtschaft.
Japan	0,5	-0,1	Lageraufbau und Nettoexporte sorgten für höheres Wachstum.
Asien¹	6,2	6,4	Schwache Nachfrage aus China und den Industrieländern.
Davon: China	6,9	7,3	Verlangsamung des Wachstums des Exports und der Investitionen wurde durch kräftigeren Konsum teilweise abgefedert.

Quellen: Nationale Behörden

¹ Deutsche Bank Research Prognosen

Umfeld Bankenbranche

Im Euroraum stieg 2015 das Kreditvolumen mit dem Privatsektor erstmals seit 2011 wieder moderat um + 1,1 % an. Das Kreditgeschäft mit Privathaushalten legte im Vergleich zu 2014 um 2 % zu, während die Kreditvergabe an Unternehmen stabil blieb. Auf der Passivseite stieg das Einlagenvolumen von Haushalten und Unternehmen trotz des andauernden Niedrigzinsumfelds um 3,3 % und damit ähnlich stark wie in den vergangenen beiden Jahren. Die Bilanzsumme der Banken im Euroraum ist nach einem rapiden Anstieg im ersten Quartal 2015 wieder leicht zurückgegangen und lag im Dezember 2015 1,3 % unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang der Kreditrisikovorsorge bei den europäischen Banken hat voraussichtlich angehalten, was zu einer weiteren Normalisierung der Gewinnlage beigetragen haben dürfte. In Deutschland konnte die Kreditvergabe an Privathaushalte und Unternehmen in diesem Jahr weiter zulegen und verzeichnete erneut ein höheres Wachstum als der Durchschnitt des Euroraums. Dazu trug auch die um 1,9 % angestiegene Konsumentenkreditfinanzierung bei.

In den USA hielt die Kreditexpansion weiter an, insbesondere bedingt durch die nach wie vor mit zweistelligen Raten wachsenden Unternehmens- und gewerblichen Immobilienkredite. Im Privatkundensegment legte zudem auch das Hypothekengeschäft um 2,5 % zu. Die Einlagen des Privatsektors wuchsen zwar etwas schwächer als im Vorjahr, die Expansionsrate liegt jedoch mit 4,9 % nach wie vor auf einem hohen Niveau.

In Japan verlangsamte sich das Kreditwachstum moderat auf zuletzt 2,3 %. In China blieben die niedrigen zweistelligen Wachstumsraten des Kreditvolumens mit dem privaten Sektor trotz der leichten konjunkturellen Abkühlung unverändert.

Ergebnis der Deutschen Bank

2015 war ein schwieriges Jahr für die Deutsche Bank. Das Ergebnis war von spezifischen Sachverhalten wie Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Restrukturierungen und Abfindungen von insgesamt 12,4 Mrd € nach Steuern belastet. Dem standen ein Anstieg der Erträge im Vergleich zu 2014 sowie beachtliche Fortschritte bei der Umsetzung unserer Strategie 2020 gegenüber. Letztere verfolgt das Ziel, eine weniger komplexe und effizientere Deutsche Bank mit verringerten Risiken, gestärkter Kapitalbasis sowie erhöhter Disziplin und Verantwortung zu etablieren.

Die Konzernfinanzkennzahlen lauten wie folgt:

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2015	Status zum Ende 2014
Erträge	33,5 Mrd €	31,9 Mrd €
Ergebnis vor Steuern	– 6,1 Mrd €	3,1 Mrd €
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern	– 6,8 Mrd €	1,7 Mrd €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital) ¹	– 12,3 %	3,5 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	– 9,9 %	2,7 %
Bereinigte Kostenbasis ²	26,5 Mrd €	25,0 Mrd €
Aufwand-Ertrag-Relation ³	115,3 %	86,7 %
Kostensparnis ⁴	4,5 Mrd €	3,3 Mrd €
Umsetzungskosten (OpEx) ⁵	3,6 Mrd €	2,9 Mrd €
Risikogewichtete Aktiva	396,7 Mrd €	394,0 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁶	11,1 %	11,7 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁷	3,5 %	3,5 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Die Berechnung basiert auf einer effektiven Steuerquote von –11 % zum 31. Dezember 2015 und 46 % zum 31. Dezember 2014. Weitere Informationen sind im Abschnitt nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen enthalten.

² Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Restrukturierung & Abfindungszahlungen, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Wertberichtigungen auf Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Weitere Informationen sind im Abschnitt nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen enthalten.

³ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁴ Kostensparnis aus der Implementierung des OpEx-Programms.

⁵ Umsetzungskosten sind Kosten, die bei der Erzielung von Einsparungen im Rahmen des OpEx-Programms anfallen.

⁶ Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Common Equity Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁷ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

Die Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf 33,5 Mrd € und lagen damit um 1,6 Mrd € über dem Wert von 2014. Trotz des herausfordernden Marktumfelds konnten alle Unternehmensbereiche bis auf PBC im Berichtszeitraum ihre Erträge steigern, was teilweise auf positive Währungseffekte zurückzuführen war. Die Erträge in PBC verschlechterten sich vorwiegend aufgrund der bewertungs- und transaktionsbezogenen Effekte aus der Beteiligung an der Hua Xia Bank.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 38,7 Mrd €, was einem Anstieg von 40 % gegenüber 2014 entspricht. Diese Entwicklung resultierte insbesondere aus Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie auf immaterielle Vermögenswerte, einer deutlichen Zunahme der Kosten für Rechtsstreitigkeiten und aus Aufwendungen für Restrukturierungen und Abfindungszahlungen. Der Personalaufwand war höher als im Vorjahr. Ursächlich hierfür waren hauptsächlich Währungseffekte.

Das Ergebnis vor Steuern sank im Jahresvergleich auf negative 6,1 Mrd €, im Vergleich zu 3,1 Mrd € in 2014, vor allem bedingt durch im dritten Quartal vorgenommene Abschreibungen und die gestiegenen Kosten für Rechtsstreitigkeiten, Restrukturierungen und Abfindungszahlungen. Extrem hohe spezifische Effekte summierten sich zu einem Nettoverlust von 6,8 Mrd €. Diese spezifischen Effekte umfassten Abschreibungen von 6,5 Mrd € und Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 5,2 Mrd €, diese beiden Effekte sind größtenteils steuerlich nicht abzugsfähig, sowie Aufwendungen für Restrukturierungen und Abfindungszahlungen von 1,0 Mrd €.

Die kumulierten Einsparungen durch das OpEx-Programm in Höhe von 4,5 Mrd € entsprechen der veröffentlichten Zielgröße für 2015. Die kumulativen Umsetzungskosten lagen mit 3,6 Mrd € um 0,4 Mrd € unter dem von uns gesteckten Ziel.

Unsere CRR/CRD 4 Common Equity Tier-1-Kapitalquote auf Basis der Vollumsetzung lag Ende 2015 bei 11,1 %, nach 11,7 % zum Ende des Vorjahres. Gründe für den Rückgang waren der Nettoverlust infolge höherer Kosten für Rechtsstreitigkeiten sowie Restrukturierungsaufwendungen und Abfindungszahlungen. Unsere CRR/CRD 4 Common Equity Tier-1-Kapitalquote auf Basis der Übergangsregelungen lag Ende 2015 bei 13,2 %, nach 15,2 % zum Ende des Vorjahres.

Gemäß den neuen Supervisory Review and Evaluation Process-Anforderungen (SREP) hat uns die Europäische Zentralbank mitgeteilt, dass wir eine CRR/CRD 4 Common Equity Tier-1-Kapitalquote von mindestens 10,25 % (basierend auf den Übergangsregelungen) vorzuhalten haben. Diese Anforderung erhöht sich auf 10,75 % in 2016 in der ersten Stufe der phasenweisen Einführung der G-SIB-Puffer (Globally Systemically Important Banks) für die Deutsche Bank über die kommenden vier Jahre. Zurzeit halten wir umfangreiche Puffer vor, die das erforderliche Minimum (basierend auf den Übergangsregelungen) überschreiten. Das bedeutet, dass die Mindestanforderung an die CRR/CRD 4 Common Equity Tier-1-Kapitalquote der Bank bis zur Einführung aller Puffer im Januar 2019 bei 12,25 % liegen wird. Dem steht unsere Zielgröße von über 12,5 % bei Vollumsetzung bis 2018 gegenüber.

Der Deutsche Bank-Konzern

Deutsche Bank: Unsere Organisation

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 1.629 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2015) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2015 beschäftigte die Bank 101.104 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 70 Ländern und 2.790 Niederlassungen (65 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten sowie Dienstleistungen an.

Zum 31. Dezember 2015 setzte sich der Deutsche Bank-Konzern aus den folgenden fünf Unternehmensbereichen zusammen:

- Corporate Banking & Securities (CB&S)
- Private & Business Clients (PBC)
- Global Transaction Banking (GTB)
- Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)
- Non-Core Operations Unit (NCOU)

Die fünf Unternehmensbereiche werden von Infrastrukturfunktionen unterstützt. Darüber hinaus haben wir eine regionale Managementstruktur, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt. Im Zusammenhang mit der Strategie 2020 wurde unsere Segmentstruktur überarbeitet. Ab 2016 agieren wir mit den Segmenten Global Markets (GM), Corporate & Investment Banking (CIB), Private, Wealth and Commercial Clients (PW&CC), Postbank, Deutsche Asset Management (AM) und Non-Core Operations Unit (NCOU).

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen mit bestehenden oder neuen Kunden in nahezu jedem Land der Welt. Diese Geschäftsaktivitäten werden abgewickelt über:

- Tochtergesellschaften und Filialen in zahlreichen Ländern,
- Repräsentanzen in vielen anderen Ländern und
- einen oder mehrere Repräsentanten zur Betreuung unserer Kunden in einer Vielzahl weiterer Länder.

Führungsstruktur

Der Vorstand hat den Konzern als Matrix-Organisation bestehend aus (i) Unternehmensbereichen, (ii) Infrastrukturfunktionen und (iii) Regional Management strukturiert. Zur Unterstützung dieser Struktur funktionieren die wichtigsten leitenden Organe wie folgt:

Der Vorstand trägt gemäß dem deutschen Aktiengesetz die Gesamtverantwortung für die operative Leitung der Deutschen Bank. Seine Mitglieder werden vom Aufsichtsrat, einem selbstständigen Gesellschaftsorgan, ernannt und entlassen. Unser Vorstand befasst sich in erster Linie mit den Themen strategisches Management, Unternehmensführung, Ressourcenallokation sowie Risikomanagement und -kontrolle. Dabei wird er von funktionalen Ausschüssen unterstützt.

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet und nach Maßgabe der Strategie 2020, die eine Verringerung der organisatorischen Komplexität zum Ziel hat, im Oktober 2015 aufgelöst. Das Group Executive Committee bestand aus den Mitgliedern des Vorstands, Vertretern des Managements der Regionen, der Unternehmensbereiche und bestimmter Infrastrukturfunktionen, die vom Vorstand ernannt wurden. Das Group Executive Committee war ein Gremium, das nicht vom Aktiengesetz vorgeschrieben ist. Es diente der Koordination unserer Unternehmensbereiche und Regionen, diskutierte strategische Fragen und bereitete Entscheidungen des Vorstands vor. Es hatte keine eigene Beschlusszuständigkeit.

In jedem Unternehmensbereich und jeder Region übernehmen Operating Committees und Executive Committees die Koordinations- und Steuerungsfunktionen. Dadurch wird gewährleistet, dass die Umsetzung der Strategie einzelner Geschäftsbereiche und die Pläne für die Entwicklung von Infrastrukturbereichen an unseren globalen Geschäftszielen ausgerichtet sind.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Überblick über den Unternehmensbereich

Bis zu der kürzlich angekündigten Reorganisation im Oktober 2015 umfasste CB&S die Geschäftsbereiche Global Markets und Corporate Finance. Diese bieten weltweit Finanzdienstleistungen an, zu denen unter anderem die Emission von Aktien und Anleihen, Handelsdienstleistungen für Investoren sowie die Entwicklung maßgeschneiderter Lösungen im Bereich Unternehmensfinanzierung gehören.

Produkte und Dienstleistungen

Zu den Geschäftsaktivitäten von Global Markets gehören der Vertrieb und der Handel sowie die Strukturierung eines breiten Spektrums von Finanzprodukten wie Anleihen, Aktien und aktienbezogenen Produkten, börsennotierten und außerbörslich gehandelten Derivaten, Devisen, Geldmarktinstrumenten sowie verbrieften Produkten. Die Institutional Client Group betreut institutionelle Kunden, während die Abteilung Research Analysen zu Märkten, Produkten und Handelsstrategien für Kunden erstellt.

Corporate Finance bietet Beratungsleistungen für Fusionen und Übernahmen (M&A) sowie das Beratungs- und Emissionsgeschäft mit Anleihen und Aktien. Regional aufgestellte und branchenorientierte Teams sind dafür verantwortlich, unseren Firmenkunden die gesamte Palette unserer Finanzprodukte und -dienstleistungen aus einer Hand zur Verfügung zu stellen.

Unsere gesamten Handelsaktivitäten unterliegen unseren Risikomanagementprozessen und -kontrollen, die im Risikobericht ausführlich erläutert sind.

Vertriebskanäle und Marketing

Die Strategie 2020 beinhaltet eine Neuausrichtung und Optimierung unseres Betreuungsmodells, damit die Kunden weiterhin im Mittelpunkt unseres Geschäfts stehen. Wir beenden Kundenbeziehungen, bei denen die Erträge zu gering oder die Risiken zu hoch sind, und verbessern gleichzeitig unsere Prozesse zur Aufnahme von Neukunden sowie Know-Your-Customer-(KYC)Verfahren.

Seit 1. Januar 2013 haben wir folgende signifikante Investitionsausgaben oder Veräußerungen getätigt:

Im Juni 2015 hat der Finanzinformationsdienstleister Markit eine Zweitplatzierung seiner Aktien (Secondary Public Offering) durchgeführt. Im Rahmen dieses Angebots hat Markit zudem Eigene Aktien von zahlreichen Aktionären, darunter die Deutsche Bank, zurückerworben. Wir haben rund 4 Millionen unserer 5,8 Millionen Markit-Aktien (2,7 %) verkauft.

Im Dezember 2014 haben wir den Verkauf von 75 % eines Portfolios an US-amerikanischen Gewerbeimmobilienkrediten in besonderen Situationen in Höhe von 2,5 Mrd US-Dollar an einen von der Texas Pacific Group verwalteten Fonds abgeschlossen. Wir haben einen Anteil von 25 % an dem Portfolio behalten und werden weiterhin am Markt für US-amerikanische Gewerbeimmobilien in besonderen Situationen neue Kredite vergeben und ankaufen.

Im Juni 2014 hat Markit Ltd. den Handel seiner Aktien an der NASDAQ-Aktienbörse initiiert. Hierzu haben damalige Investoren Teile ihrer Aktienbestände über die Börse verkauft. Im Rahmen dieser Börseneinführung haben wir 5,8 Mio ihrer 11,6 Mio Aktien an Markit Ltd. angeboten und veräußert.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Überblick über den Unternehmensbereich

PBC wendet in ganz Europa und in ausgewählten asiatischen Märkten ein einheitliches Geschäftsmodell für das Privatkundengeschäft an. Der Unternehmensbereich betreut Privat- und vermögende Kunden sowie kleinere und mittelständische Unternehmen.

In PBC sind drei Geschäftsbereiche unter einer gemeinsamen strategischen Leitung zusammengefasst.

- Die Privat- und Firmenkundenbank (PFB) umfasst alle Aktivitäten von PBC in Deutschland unter der Marke Deutsche Bank.
- Advisory Banking International beinhaltet die Aktivitäten von PBC in Europa (ohne Deutschland) und Asien, einschließlich unserer Beteiligung an und Partnerschaft mit der Hua Xia Bank Co. Ltd..
- Die Postbank beinhaltet wesentliche Geschäftsaktivitäten der Deutsche Postbank AG sowie BHW und norisbank.

Der Unternehmensbereich Privat- und Firmenkundenbank fokussiert sich auf Privat- und Firmenkunden in Deutschland und bietet ein integriertes Betreuungskonzept für kleine und mittlere Unternehmen. Dadurch können wir weitere Chancen im Geschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen nutzen, indem wir eine größere Kundennähe schaffen und die bereichsübergreifende Zusammenarbeit stärken, um von der umfassenden Expertise des Deutsche Bank-Konzerns zu profitieren.

In Kontinentaleuropa ist Advisory Banking International in fünf großen Bankmärkten aktiv: Italien, Spanien, Polen, Belgien und Portugal. In Asien ist Indien unser Kernmarkt. PBC betreibt dort 17 Filialen, die durch ein mobiles Vertriebsteam unterstützt werden. Zudem hält PBC in Asien gegenwärtig einen Anteil von 19,99 % an der chinesischen Hua Xia Bank Co. Ltd., über den wir eine Verkaufsvereinbarung abgeschlossen haben.

Die Postbank agiert am Markt weiterhin mit ihren eigenen Marken. Sie erbringt Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden überwiegend in Deutschland.

Seit 1. Januar 2013 haben wir folgende signifikanten Investitionsausgaben oder Veräußerungen getätigt:

Am 28. Dezember 2015 haben wir bekannt gegeben, dass wir unsere gesamte Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in Höhe von 19,99 % an die PICC Property and Casualty Limited veräußern werden. Der Verkaufspreis beträgt vorbehaltlich abschließender Preisanpassung zum Stichtag des Abschlusses der Transaktion zwischen 23,0 Mrd RMB und 25,7 Mrd RMB (zwischen circa 3,2 und 3,7 Mrd €, basierend auf dem Wechselkurs per 31.12.2015). Der Abschluss der Transaktion unterliegt den üblichen Abschlussbedingungen und Genehmigungen durch die Aufsichtsbehörden einschließlich der chinesischen Bankaufsichtsbehörde (China Banking Regulatory Commission).

Am 22. April 2015 haben wir einen Vertrag über den Erwerb von weiteren 5,9 Millionen Postbank-Aktien (2,7 %) unterzeichnet und damit die Beteiligung der Deutschen Bank von 94,1 % auf 96,8 % erhöht. Am 27. April 2015 haben wir die Postbank gebeten, einen Squeeze-out der Minderheitsaktionäre gemäß § 327a ff. AktG vorzubereiten. Am 7. Juli 2015 konkretisierten wir unser Squeeze-out-Verlangen gegenüber der Postbank, einschließlich der Höhe der Barabfindung, die auf 35,05 € je Postbank-Aktie festgelegt wurde. Nach Abschluss des Freigabeverfahrens am Oberlandesgericht Köln wurde der Squeeze-out am 21. Dezember 2015 in das Handelsregister eingetragen. Bei der Abwicklung am 30. Dezember 2015 erwarben wir die restlichen 3,2 % der Deutsche Postbank AG-Aktien für insgesamt 245 Mio € und hält jetzt direkt und indirekt 100 % der Aktien. Die Notierung der Postbank-Aktie wurde zwischen dem 21. Dezember 2015 und dem 13. Januar 2016 an allen Börsen eingestellt.

Im Oktober 2014 haben wir die Immobilien von 90-Retail Banking-Filialen in Italien an den Italian Banking Fund (IBF), einen von der Hines Italy SGR verwalteten geschlossenen institutionellen Immobilienfonds, veräußert. Die veräußerten Immobilien hatten einen Gesamtwert von 134 Mio € und werden zum Großteil für einen Zeitraum von mindestens zwölf Jahren von dem Fonds geleast.

Im Mai 2014 haben wir den Verkauf einer Beteiligung von 20,2 % an der Deutschen Herold AG an die Zürich Beteiligungs AG, eine Tochtergesellschaft der Zurich Insurance Group AG, abgeschlossen. Wir haben die Beteiligung von 20,2 % unmittelbar vor dem Verkauf von einem Dritten erworben. Davon basierten 15,2 % auf einer Kaufvereinbarung, welche die Deutsche Bank und Zurich in 2001 eingegangen waren. Die verbleibenden 5,0 % der Beteiligung waren das Ergebnis der Ausübung einer Kaufoption durch Zürich.

Produkte und Dienstleistungen

PBC bietet ein vergleichbares Spektrum an Bankprodukten und -dienstleistungen in Europa und Asien an. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind auf lokale Markt-, aufsichtsrechtliche und Kundenanforderungen zurückzuführen.

Wir stellen Anlage- und Versicherungsprodukte, Hypotheken- und Konsumentenkredite, Produkte für Firmenkunden und Leistungen im Zahlungsverkehr sowie Karten-, Konten- und Einlagengeschäft bereit. Darüber hinaus umfasst unser Angebot Produkte für Mid-Caps, die im Rahmen unseres Mid-Cap-Joint-Venture innerhalb der Deutschen Bank von anderen Bereichen bereitgestellt werden, sowie Postdienstleistungen und bankfremde Produkte in der Postbank.

Unsere Anlageprodukte decken die vollständige Palette von Brokerage-Produkten (Aktien und Anleihen), Single- und Multi-Asset-Investment- und geschlossenen Fonds sowie strukturierten Produkten ab. Außerdem umfasst unser Angebot Leistungen in den Bereichen diskretionäres Portfoliomanagement und Wertpapierverwahrung. Darüber hinaus bieten wir unseren Kunden Lebens- und andere Versicherungen sowie Betriebsrentenprogramme an.

Unser Baufinanzierungsangebot reicht von Standard- bis hin zu komplexen Hypothekenslösungen, welche durch staatliche Fördermöglichkeiten, Baufinanzierungsvermittlung und hypothekenbezogene Versicherungen ergänzt werden. In unserem Produktangebot für Firmenkunden fokussieren wir uns auf die Durchführung von Transaktionen sowie auf das Risiko- und Liquiditätsmanagement. Zudem optimieren wir im Firmenkundengeschäft und bei internationalen Dienstleistungen Zahlungsströme und Marktvolatilität und unterstützen die Expansion von Unternehmen. Des Weiteren umfasst unser Kreditangebot individuelle Ratenkredite, Kreditlinien sowie Dispositions- und Point-of-Sale-(POS)Kredite.

Unsere Produktlösungen im Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft ermöglichen Inlands-, internationale und SEPA-Zahlungen. Weiterhin bieten wir Debit-, Kredit- und Guthabekarten sowie Girokonten für Privat- und Firmenkunden an. Unser Einlagengeschäft beinhaltet Sicht-, Termin- und Spareinlagen.

Unser Kreditgeschäft unterliegt unseren Prozessen zur Steuerung von Kreditrisiken. Weitere Informationen finden Sie im Risikobericht in den Abschnitten „Kreditrisiko Management“ und „Kreditengagement“.

Vertriebskanäle und Marketing

Mithilfe unseres kundenorientierten Geschäftsansatzes versuchen wir, die Zusammenarbeit mit unseren Kunden sowie den Zugang zu und die Verfügbarkeit von unseren Dienstleistungen zu verbessern. Der Unternehmensbereich PBC nutzt bei der Kundenbetreuung und dem Vertrieb von Finanzlösungen verschiedene Vertriebskanäle: Der Vertriebskanalmix variiert je nach lokaler strategischer Positionierung und Geschäftsmodell.

- Filialen: In unseren Filialen bieten wir im Allgemeinen unsere gesamte Produkt- und Beratungspalette an.
- Finanzberater: In den meisten Ländern, in denen wir aktiv sind, vermarkten wir unsere Produkte und Dienstleistungen im Privatkundengeschäft zusätzlich über unabhängige Finanzberater.
- Customer Contact Centers: Unsere Customer Contact Centers bieten Kunden Remote Services (zum Beispiel das Abrufen von Kontoinformationen sowie die Durchführung von Wertpapiergeschäften), die durch automatisierte Systeme unterstützt werden.
- Online und Mobile Banking: Auf unseren Webseiten stellen wir unseren Kunden vielfältige Produktinformationen und Dienstleistungen zur Verfügung, unter anderem interaktive Tools, Anleitungen und umfangreiche Medieninhalte. Wir bieten eine leistungsstarke Transaktionsplattform für Bank-, Brokerage- und Selbstbedienungsleistungen sowie ein viel genutztes Multi-Mobile-Angebot für Smartphones und Tablets. Darüber hinaus haben wir in die weitere Verbesserung ausgewählter digitaler Produkte investiert. Das Digitalisierungsprogramm wird in allen unseren Geschäftsbereichen ausgeweitet.

— Selbstbedienungsterminals: Diese Geräte werden zur Unterstützung unserer Filialmitarbeiter eingesetzt und ermöglichen Kunden, Geld abzuheben und zu überweisen, Kontoauszüge zu drucken oder Termine mit einem Finanzberater zu vereinbaren.

Zusätzlich gehen wir länderspezifische Vertriebs- und Kooperationspartnerschaften ein. So haben wir in Deutschland Kooperationsvereinbarungen mit der DP DHL (Kooperation der Postbank) und der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) geschlossen. Wir bieten unsere Publikumsfonds und andere Bankprodukte über das unabhängige Vertriebsnetz der DVAG an. Zur Ergänzung unserer Produktpalette haben wir ferner Vertriebsvereinbarungen unterzeichnet, in deren Rahmen PBC die Produkte externer Anbieter vertreibt. Dazu gehören eine Vereinbarung mit Zurich Financial Services über Versicherungsprodukte und Produktpartnerschaften mit zwölf bevorzugten Fondsgesellschaften beim Vertrieb ihrer Investmentprodukte.

Um unsere Marke international zu etablieren, achten wir auf eine einheitliche Vermarktung unserer Dienstleistungen in den Ländern, auf denen unser strategischer Fokus liegt.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich GTB bietet Commercial-Banking-Produkte und -Dienstleistungen für Unternehmen und Finanzinstitute. Hierzu gehören neben der Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen, Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte und Kreditversorgung auch Serviceleistungen im Treuhand-, Vermittlungs-, Wertpapierverwahrungs- und -verwaltungsgeschäft sowie dazugehörige Dienstleistungen. Unsere Geschäftsbereiche sind:

- Trade Finance and Cash Management Corporates
- Institutional Cash and Securities Services

Seit Januar 2013 haben wir folgende signifikante Investitionsausgaben oder Veräußerungen getätigt:

Am 28. Februar 2014 wurde registrar services GmbH an Link Market Services veräußert.

Am 1. Juni 2013 schlossen wir den Verkauf der Deutschen Card Services an EVO Payments International ab.

Produkte und Dienstleistungen

Trade Finance bietet innerhalb unseres gesamten internationalen Geschäftsnetzes Standortexpertise, ein breites Spektrum an internationalen Handelsprodukten und -leistungen (einschließlich Finanzierungen), individualisierte Lösungen für strukturierte Handelsgeschäfte und modernste Technologie, so dass unsere Kunden die Risiken und sonstigen Anforderungen im grenzüberschreitenden und Inlandshandel besser steuern können.

Cash Management erfüllt die Anforderungen einer Vielzahl unterschiedlicher Unternehmen und Finanzinstitute. Mit einer umfassenden Palette innovativer und zuverlässiger Produkte sowie Dienstleistungen bieten wir Lösungen für die Herausforderungen, vor denen globale und regionale Treasury-Funktionen stehen. Dazu gehören die Bereitstellung von Zugangsmöglichkeiten für Kunden, Zahlungs- und Inkassodienste, Liquiditätsmanagement, Informations- und Kontodienstleistungen sowie die elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsdienste.

Securities Services ist ein Anbieter von Treuhand-, Zahlungs-, Verwaltungs- und dazugehörigen Dienstleistungen für bestimmte Wertpapier- und Finanztransaktionen sowie in mehr als 30 Ländern als Wertpapierverwahrer auf dem jeweiligen Inlandsmarkt vertreten.

Vertriebskanäle und Marketing

GTB entwickelt und vermarktet seine eigenen Produkte und Dienstleistungen in Europa, dem Nahen Osten, Asien sowie Nord- und Südamerika. Im Marketing arbeitet GTB mit den Betreuungsteams in seinem eigenen Vertrieb sowie dem der Unternehmensbereiche CB&S und PBC zusammen. Das integrierte Commercial-Banking-Betreuungsmodell für kleine und mittlere Unternehmen eröffnet GTB neue Geschäftschancen in dieser Kundengruppe.

Die Kunden lassen sich in zwei Hauptgruppen unterteilen: (i) Finanzinstitute wie Banken, Publikumsfonds und Pensionsfonds, Broker-Dealer, Fondsmanager und Versicherungsgesellschaften sowie (ii) multinationale Unternehmen, große lokale Firmen und Mittelstandsbetriebe, vor allem in Deutschland und den Niederlanden.

Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)

Überblick über den Unternehmensbereich

Mit einem verwalteten Vermögen von 1,1 Bio € zum 31. Dezember 2015 ist Deutsche AWM einer der weltweit führenden Vermögensverwalter. Der Unternehmensbereich unterstützt durch sein Angebot an traditionellen aktiven, passiven und alternativen Investmentprodukten in allen wichtigen Anlageklassen Privatanleger und Institutionen weltweit dabei, ihr Vermögen zu schützen und auszubauen. Darüber hinaus erbringt Deutsche AWM maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Private-Banking-Leistungen für vermögende sowie sehr vermögende Privatkunden und Familien.

Produkte und Dienstleistungen

Zur Produkt- und Dienstleistungspalette von Deutsche AWM gehören sowohl aktive als auch passive Anlagestrategien sowie ein breites Spektrum an Vermögensklassen, einschließlich Aktien, festverzinslichen Wertpapieren, Immobilien, Infrastruktur, Private Equity und Hedgefonds. Darüber hinaus bietet Deutsche AWM maßgeschneiderte Vermögensverwaltungslösungen und Private-Banking-Dienstleistungen, einschließlich Kreditvergabe und diskretionäres Portfoliomanagement.

Vertriebskanäle und Marketing

Globale Kundenbetreuungs- und Beratungsteams sind für die Pflege von Kundenbeziehungen, Beratungsleistungen und Unterstützung der Kunden beim Zugang zu den Produkten und Leistungen von Deutsche AWM verantwortlich. Darüber hinaus vermarktet und vertreibt der Bereich seine Produkte über andere Unternehmensbereiche des Deutsche Bank-Konzerns, insbesondere über PBC für Privatanleger und über CB&S für institutionelle und Firmenkunden, sowie über die Vertriebskanäle von Drittanbietern. Um den Kunden umfassende Service- und Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen, verfügt Deutsche AWM über eine zentrale Anlaufstelle für Kunden, in der verschiedene Expertenteams spezifische Kundengruppen betreuen.

Deutsche AWM profitiert von den 2013 geschaffenen Key Client Partners (KCP)-Beratungszentren, über die der Unternehmensbereich seine bereichsübergreifenden Dienstleistungen im Investmentbanking und Firmenkundengeschäft sowie in der Vermögensverwaltung bereitstellt. Diese globalen Zentren bieten professionellen Anlegern Zugang zu anlageklasseübergreifenden und grenzüberschreitenden Anlagemöglichkeiten sowie Finanzierungslösungen, die zusammen mit CB&S entwickelt wurden.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

Im zweiten Halbjahr 2012 wurde die Non-Core Operations Unit (NCOU) als fünfte Säule der Geschäftsstruktur der Deutschen Bank gegründet. Das Ziel war es, der Bank zu helfen, Risiken im Zusammenhang mit kapitalintensiven Aktiva, die nicht zum Kerngeschäft gehören, zu verringern und damit den Kapitalbedarf zu reduzieren. Wie in unserer vorherigen Strategie festgelegt, wollen wir mit der Schaffung der NCOU die Transparenz unserer nicht strategischen Positionen extern verbessern, den Managementfokus durch Abtrennung der nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten stärker auf das Kerngeschäft richten und eine gezielte Beschleunigung des Risikoabbaus erreichen.

Gemäß unserer Strategie 2020, ist das Ziel der NCOU das Delevering und die Reduzierung der risikogewichteten Aktiva mit der Absicht, die restlichen Positionen bis Ende Dezember 2016 weitgehend abzubauen, so dass die verbleibenden risikogewichteten Aktiva unter 10 Mrd € liegt. Bei der Ausübung dieses Mandats wird die NCOU versuchen, die verbliebenen Positionen mit weniger vorteilhaften Kapital- und Renditeprofilen abzubauen, um die Harte Kernkapitalquote (Vollumsetzung) zu stärken.

Die NCOU verwaltete zum 31. Dezember 2015 Vermögenswerte von rund 27 Mrd € und RWA-Äquivalente (Vollumsetzung) von 34 Mrd €.

Zum Portfolio der NCOU gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum künftigen Kerngeschäft zählen, und Vermögenswerte, die durch Änderungen des Geschäfts- und wirtschaftlichen Umfelds sowie des gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Rahmens signifikant beeinträchtigt und für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Das Portfolio der NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit starker Kapitalbindung bei gleichzeitig niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Darüber hinaus wurden bestimmte Passiva auf die NCOU übertragen, wobei ähnliche Kriterien wie bei der Auswahl der Aktiva zugrunde gelegt wurden. Zu den übertragenen Passiva zählen unter anderem Verbindlichkeiten von Geschäftsbereichen, die abgewickelt werden oder zum Verkauf stehen, Altbestände aus Anleiheemissionen und verschiedene kurzfristige Verbindlichkeiten, die mit zugeordneter Aktiva verbunden sind.

Der Großteil der risikogewichteten Aktiva steht nun im Zusammenhang mit aus CB&S übertragenen Altbeständen. Dazu gehören Positionen aus dem Kreditkorrelationshandel, Verbriefungspositionen, Risiken gegenüber Monoline-Versicherern und nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte. Darüber hinaus enthält das Portfolio aus PBC übertragene Vermögenswerte, wie ausgewählte Hypothekenkredite für Wohnimmobilien in Europa und Vermögenswerte privater Kunden, sowie andere Finanzinvestitionen, die für die Postbank nicht mehr von strategischer Bedeutung sind. Zu den Vermögenswerten, die bisher im ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments verbucht und verwaltet wurden, zählen die globalen Beteiligungen der Bank, die jetzt hauptsächlich aus unserem Anteil an dem Hafenterminalbetreiber Maher Terminals bestehen.

Seit dem 1. Januar 2013 haben wir folgende signifikante Veräußerungen getätigt:

Im April 2015 haben wir vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigungen eine Vereinbarung über den Verkauf des Fairview Container Terminal in Port of Prince Rupert, Kanada (eines Geschäftssegments von Maher Terminals) an DP World (einen in Dubai domizilierten Hafenterminalbetreiber) zu einem Preis in Höhe von 580 Mio CAD geschlossen. Inzwischen liegen alle aufsichtsbehördlichen Genehmigungen vor und wir haben den Verkauf erfolgreich abgeschlossen.

Am 19. Dezember 2014 wurde der Verkauf der Nevada Property 1 LLC, des Eigentümers von The Cosmopolitan of Las Vegas, an Blackstone Real Estate Partners VII abgeschlossen. Der Kaufpreis in Höhe von 1,73 Mrd US-Dollar unterliegt abschließenden Preisanpassungen.

Im März 2014 wurde der Verkauf der BHF-BANK an Kleinwort Benson Group und RHJ International zu einem Preis in Höhe von 347 Mio € abgeschlossen. Der Preis wurde vorwiegend in bar (316 Mio €) und der Restbetrag in Form von neu emittierten Aktien der RHJ International zum Nennwert gezahlt. Diese Aktien wurden anschließend ebenfalls verkauft.

Im Dezember 2013 schloss unsere Tochtergesellschaft Deutsche Postbank AG den Verkauf eines Kreditportfolios für Gewerbeimmobilien in Großbritannien im Wert von rund 1,4 Mrd £ an GE Capital Real Estate ab.

Im Juni 2013 schloss unsere Tochtergesellschaft PB Capital Corporation die Veräußerung eines gewerblichen Immobilienkreditportfolios im Wert von rund 3,7 Mrd US-\$ an die Union Bank, N.A., ein in San Francisco ansässiges indirektes Tochterunternehmen der Mitsubishi UFJ Financial Group, Inc., ab.

Im Mai 2013 zahlte die Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH („SdB“) die verbleibenden, durch den SOFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, ein im Oktober 2008 im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise gegründeter Sonderfonds) garantierten und EZB-fähigen Anleihen zurück (davon waren 0,8 Mrd € dem ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet, der nun zur NCOU gehört).

Im Januar 2013 schlossen wir die Veräußerung unseres 15 %-Anteils an der Dedalus GmbH & Co. KGaA, durch den wir indirekt rund 1,1 % der Aktien der EADS N.V. hielten, für insgesamt etwa 250 Mio € ab.

Infrastruktur und Regional Management

Die Infrastrukturfunktionen nehmen Kontroll- und Dienstleistungsfunktionen sowie insbesondere Aufgaben in Bezug auf die konzernweite, unternehmensbereichsübergreifende Ressourcenplanung, -steuerung und -kontrolle sowie das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement wahr.

Die Infrastrukturfunktionen sind in die folgenden Verantwortungsbereiche untergliedert:

- Co-Vorstandsvorsitzende: Communications, CSR, Group Audit, Corporate Strategy, Research und Group Incident & Investigation Management
- Chief Financial Officer: Group Finance, Group Tax, Group Treasury, Investor Relations und Group M&A
- Chief Risk Officer: Bereiche, die Credit Risk, Operational Risk, Market Risk, Liquidity Risk, Strategic Risk, Enterprise Risk und Corporate Insurance steuern
- Chief Regulatory Officer: Group Regulatory Affairs, Group Structuring, Public Affairs, Compliance, Anti-Financial Crime
- Chief Administrative Officer: Legal, Global Corporate Governance und Human Resources
- Chief Operating Officer and Information Officer: Group Technology and Operations, Corporate Services, Digital Transformation und verantwortlich für Chief Information Office und Group Data Management

Regional Management hat die Aufgabe, die Integrität und Reputation des Konzerns zu schützen sowie lokale Aktivitäten an der strategischen Entwicklung über Unternehmensbereiche, Infrastrukturfunktionen und Rechtseinheiten der Deutschen Bank AG hinweg auszurichten und zu koordinieren.

Alle Aufwendungen und Erträge der Infrastrukturfunktionen und des Regional Management werden in vollem Umfang unseren fünf Unternehmensbereichen zugeordnet.

Signifikante Investitionsausgaben und Veräußerungen

Signifikante Investitionsausgaben und Veräußerungen der letzten drei Jahre sind in den vorangehenden Erläuterungen zu den Unternehmensbereichen berücksichtigt.

Seit dem 1. Januar 2015 haben wir kein öffentliches Übernahmeangebot für unsere Aktien durch Dritte erhalten und keine öffentlichen Übernahmeangebote für Aktien anderer Gesellschaften unterbreitet.

Geschäftsergebnisse

Konzernergebnisse

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	15.881	14.272	14.834	1.610	11	-562	-4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	956	1.134	2.065	-178	-16	-931	-45
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14.925	13.138	12.769	1.788	14	369	3
Provisionsüberschuss ¹	12.765	12.409	12.308	356	3	101	1
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen ¹	3.842	4.299	3.817	-457	-11	481	13
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	203	242	394	-39	-16	-152	-39
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	164	619	369	-455	-73	251	68
Sonstige Erträge	669	108	193	561	N/A	-85	-44
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	17.644	17.677	17.082	-33	-0	596	3
Summe Erträge insgesamt²	32.569	30.815	29.850	1.754	6	965	3
Personalaufwand	13.293	12.512	12.329	781	6	183	1
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	18.632	14.654	15.126	3.977	27	-472	-3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	256	289	460	-32	-11	-172	-37
Wertminderung auf Geschäfts- oder Fir- menwert und sonstige immaterielle Vermö- genswerte	5.776	111	79	5.665	N/A	33	42
Restrukturierungsaufwand	710	133	399	577	N/A	-267	-67
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	38.667	27.699	28.394	10.968	40	-695	-2
Ergebnis vor Steuern	-6.097	3.116	1.457	-9.213	N/A	1.660	114
Ertragsteueraufwand	675	1.425	775	-750	-53	650	84
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	-6.772	1.691	681	-8.463	N/A	1.010	148
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	21	28	15	-6	-23	13	83
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	-6.794	1.663	666	-8.457	N/A	997	150

Hinweis: Vorjahreswerte wurden angepasst.

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.

² Nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Zinsüberschuss

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	25.967	25.001	25.601	966	4	-600	-2
Summe der Zinsaufwendungen	10.086	10.729	10.768	-643	-6	-39	-0
Zinsüberschuss	15.881	14.272	14.834	1.610	11	-562	-4
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ¹	1.031.827	1.040.908	1.136.662	-9.080	-1	-95.754	-8
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ¹	814.541	851.714	979.245	-37.172	-4	-127.531	-13
Zinsertragssatz ²	2,52 %	2,40 %	2,25 %	0,12 Ppkt	5	0,15 Ppkt	7
Zinsaufwandssatz ³	1,24 %	1,26 %	1,10 %	-0,02 Ppkt	-2	0,16 Ppkt	15
Zinsspanne ⁴	1,28 %	1,14 %	1,15 %	0,14 Ppkt	12	-0,01 Ppkt	-1
Zinsmarge ⁵	1,54 %	1,37 %	1,31 %	0,17 Ppkt	12	0,06 Ppkt	5

Ppkt – Prozentpunkte

¹ Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

² Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

³ Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁴ Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁵ Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

2015

Der Anstieg des Zinsüberschusses um 1,6 Mrd € (11 %) von 14,3 Mrd € in 2014 auf 15,9 Mrd € in 2015 resultierte hauptsächlich aus einem höheren Zinsüberschuss aus Handelsaktivitäten in CB&S, der vor allem auf eine starke Kundenaktivität und höhere Volumina im Kundengeschäft zurückzuführen war. Des Weiteren war der Anstieg zurückzuführen auf günstige Wechselkursentwicklungen und ein organisches Wachstum in Deutsche AWM. Insgesamt erhöhte sich die Zinsspanne um 14 Basispunkte und die Zinsmarge verbesserte sich um 17 Basispunkte, hauptsächlich aufgrund geringerer verzinslicher Aktiva, höherer Zinsen und ähnlicher Erträge und geringerer Zinsaufwendungen im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr.

2014

Der Rückgang des Zinsüberschusses von 14,8 Mrd € in 2013 um 562 Mio € (4 %) auf 14,3 Mrd € in 2014 resultierte hauptsächlich aus einem niedrigeren Zinsüberschuss in NCOU, aufgrund der Reduktion der Aktiva im Rahmen des beschleunigten Risikoabbaus. Insgesamt verringerte sich die Zinsspanne um 1 Basispunkt, aufgrund einer geringeren Erhöhung des Zinsertragssatzes im Vergleich zum Zinsaufwandssatz. Die Zinsmarge stieg um 6 Basispunkte, hauptsächlich aufgrund der vorgenannten Risikoabbaueffekte.

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
CB&S – Sales & Trading (Equity)	870	1.066	1.120	-196	-18	-54	-5
CB&S – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.654	2.487	2.548	1.167	47	-61	-2
Non-Core Operations Unit	-552	-663	-374	111	-17	-289	77
Sonstige	-130	1.408	523	-1.538	N/A	886	169
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	3.842	4.299	3.817	-457	-11	482	13

Hinweis: Vorjahreswerte wurden angepasst.

2015

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank im Gesamtjahr 2015 um 457 Mio € auf 3,8 Mrd €. Der Hauptgrund dafür war ein Anstieg der Verluste in Höhe von 1,5 Mrd € in der Kategorie „Sonstige“. Faktoren, die dazu beitrugen, waren Verluste aus dem Derivatebestand in CB&S aufgrund von ungünstigen Bewegungen der Zinsstrukturen und der Wechselkurse, teilweise aufgehoben von einem Anstieg um 1,2 Mrd € in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) hauptsächlich aufgrund gestiegener Marktvolatilität im ersten Quartal 2015. Dies führte zu einer Zunahme der Kundennachfrage und der Transaktionsvolumina.

2014

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg im Gesamtjahr 2014 um 482 Mio € auf 4,3 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte hauptsächlich aus einem im Sonstigen Ergebnis ausgewiesenen Anstieg um 886 Mio € und reflektiert vor allem Marktwertgewinne aus Zinsbewegungen in CB&S. Diese wurden durch um 289 Mio € höhere Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der NCOU teilweise neutralisiert. Darin enthalten war ein Verlust in der Special Commodities Group aus unserem Engagement in handelbaren Produkten am US-amerikanischen Energiemarkt 2014.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen wesentliche Geschäfte in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten werden in Abhängigkeit von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, entweder im Zinsüberschuss oder im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Um diese Entwicklung mit Blick auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns besser analysieren zu können, gliedern wir in der folgenden Tabelle den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Unternehmensbereichen beziehungsweise in CB&S nach Produkten auf.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	15.881	14.272	14.834	1.610	11	-562	-4
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.842	4.299	3.817	-457	-11	481	13
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizu- legenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.723	18.570	18.651	1.153	6	-81	-0
Aufgliederung nach Konzernbereich/ Produkt:¹							
Sales & Trading (Equity)	2.502	2.302	2.111	200	9	191	9
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.909	6.591	5.976	1.318	20	615	10
Sales & Trading insgesamt	10.411	8.893	8.087	1.518	17	806	10
Kreditgeschäft ²	623	688	587	-65	-9	101	17
Übrige Produkte ³	-440	-62	69	-378	N/A	-131	N/A
Corporate Banking & Securities	10.594	9.519	8.743	1.074	11	776	9
Private & Business Clients	5.837	5.893	5.817	-56	-1	75	1
Global Transaction Banking	2.133	2.205	1.940	-73	-3	265	14
Deutsche Asset & Wealth Management	1.615	1.500	1.550	115	8	-50	-3
Non-Core Operations Unit	-631	-612	176	-19	3	-788	N/A
Consolidation & Adjustments	176	65	423	112	174	-359	-85
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizu- legenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.723	18.570	18.651	1.153	6	-81	-0

Hinweis: Vorjahreswerte wurden angepasst.

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen

Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“.

² Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.³ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus Sonstigen Produkten.

Corporate Banking & Securities (CB&S)

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg gegenüber 2014 um 1,1 Mrd € (11 %) auf 10,6 Mrd € in 2015. Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) waren deutlich höher aufgrund der günstigen Wechselkursbewegungen und eines starken ersten Halbjahres. Die höheren Erträge in Sales and Trading (Debt und sonstige Produkte) wurden durch drei Bewertungsanpassungen mit einem Gesamtverlust von 187 Mio € teilweise ausgeglichen: ein Verlust von 146 Mio € im Zusammenhang mit Verfeinerungen in der Berechnung von kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVA) nach IFRS, ein Verlust von 143 Mio € aufgrund von refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (inklusive eines Verlustes von 26 Mio € aufgrund von Verfeinerungen der Berechnung) und ein Marktwertgewinn von 102 Mio € aus Maßnahmen zur Senkung der risikogewichteten Aktiva bei kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVA). Der Anstieg der Erträge in Sales & Trading (Equity) war hauptsächlich auf höhere Volumina im Kundengeschäft in Prime Finance zurückzuführen. Im Bereich Equity Derivatives waren die Erträge aufgrund einer geringeren Kundenaktivität und hoher Anforderungen an das Risikomanagement deutlich niedriger im zweiten Halbjahr.

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erhöhte sich in 2014 gegenüber 2013 um 776 Mio € (9 %) auf 9,5 Mrd €. Der Anstieg der Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) resultierte hauptsächlich aus höheren Erträgen im Geschäft mit verbrieften Wohnungsbaukrediten (RMBS) infolge des Risikoabbaus und des schwierigen Marktumfelds in 2013, aus einem Marktwertgewinn aus Risk-Weighted-Asset-reduzierenden Maßnahmen infolge von kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVA) nach einem in 2013 verzeichneten Verlust sowie aus höheren Erträgen in Credit Solutions infolge gestiegener Finanzierungsvolumina. In Sales & Trading (Equity) war der Anstieg der Erträge in 2014 vor allem auf gestiegene Volumina im Kundengeschäft in Prime Finance und günstige Handelsbedingungen im Equity

Derivatives-Geschäft zurückzuführen. Die gestiegenen Erträge aus Kreditprodukten spiegeln Investitionen im Commercial Real Estate-Geschäft wider. Diese Ertragszunahme wurde durch rückläufige Erträge aus dem Geschäft mit Übrigen Produkten, die vor allem auf einen Verlust aus forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen (DVA) in Höhe von 126 Mio € (Gesamtjahr 2013: Verlust von 21 Mio €) zurückzuführen waren, teilweise neutralisiert.

Private & Business Clients (PBC)

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2015 auf 5,8 Mrd €, was einem Rückgang um 56 Mio € im Vergleich zu 2014 entspricht. Ursächlich dafür waren hauptsächlich Effekte aus der Transaktion im Zusammenhang mit der Beteiligung von PBC an der Hua Xia Bank Co. Ltd. Dies wurde teilweise durch eine Sonderdividende aus einer Verkaufstransaktion eines Beteiligungsunternehmens kompensiert. Des Weiteren hat das weiterhin herausfordernde Zinsumfeld in 2015 zu der Entwicklung beigetragen.

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg in 2014 gegenüber 2013 um 75 Mio € auf 5,9 Mrd €. Hauptgrund hierfür war der positiven Effekte aus einem Geschäftsverkauf in einer vorangegangenen Berichtsperiode. Des Weiteren waren die Zinserträge durch ein weiterhin schwieriges Zinsumfeld in Europa beeinträchtigt.

Global Transaction Banking (GTB)

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen verringerte sich in 2015 gegenüber 2014 um 73 Mio € (3 %) auf 2,1 Mrd €. Dies spiegelt in erster Linie anhaltend niedrige Zinsen, gestiegene geopolitische Risiken sowie ein wettbewerbsintensives Geschäftsumfeld wider.

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nahm in 2014 gegenüber 2013 um 265 Mio € (14 %) auf 2,2 Mrd € zu. Der Anstieg ist hauptsächlich auf eine Änderung unserer Absicherungsinstrumente zur Steuerung von Risiken zurückzuführen, die unsere Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erhöhen. Dieser Anstieg wird jedoch in den Sonstigen Erträgen ausgeglichen. Der Zinsüberschuss insgesamt war weiterhin von dem Niedrigzinsumfeld negativ beeinflusst.

Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg in 2015 gegenüber 2014 um 115 Mio € (8 %) auf 1,6 Mrd €. Des Weiteren wurden höhere Zinserträge infolge günstiger Wechselkursbewegungen, gesteigener Kreditvolumina und reduzierter Finanzierungskosten verzeichnet. Dieser Anstieg wurde teilweise aufgrund ungünstiger Marktentwicklungen bei Garantiefonds aufgehoben.

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2014 auf 1,5 Mrd €, was einem Rückgang um 50 Mio € (3 %) im Vergleich zu 2013 entspricht. Die höheren Zinserträge aus Kreditgeschäft, Einlagen und alternativen Anlagen wurden durch ungünstige Entwicklungen bei den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Garantien und negative Auswirkungen aus Marktwertbewegungen im Versicherungsportfolio von Abbey Life überkompensiert.

Non-Core Operations Unit (NCOU)

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich in 2015 auf negative 631 Mio €, was einem Anstieg um 19 Mio € im Vergleich zu 2014 entspricht. Diese Entwicklung resultierte vor allem aus niedrigeren Zinserträgen aufgrund von Veräußerungen von Vermögenswerten in der NCOU infolge unseres Risikoabbaus, teilweise kompensiert durch das Ausbleiben von in 2014 angefallenen Verlusten aus dem Engagement der Special Commodities Group in handelbaren Produkten am US-amerikanischen Energiemarkt.

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2014 auf negative 612 Mio €, was einem Rückgang um 788 Mio € im Vergleich zu 2013 entspricht. Dies resultierte vor allem aus niedrigeren Zinserträgen aufgrund von Veräußerungen von Vermögenswerten in der NCOU infolge unseres Risikoabbaus. Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Verluste hatten weiterhin einen negativen Einfluss auf die Erträge und beinhalteten den Einmalverlust in der Special Commodities Group aus unserem Engagement in handelbaren Produkten am US-amerikanischen Energiemarkt während des ersten Quartals 2014.

Consolidation & Adjustments (C&A)

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2015 auf 176 Mio €, ein Anstieg von 112 Mio €, nach 65 Mio € in 2014. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf einen positiven Effekt aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (FVA) interner unbesicherter Derivate zurückzuführen.

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2014 auf positive 65 Mio € nach einem Anstieg von 423 Mio € in 2013. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf negative Effekte aus zeitlichen Differenzen infolge der für die Managementberichterstattung angewandten unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden und der Berichterstattung gemäß IFRS zurückzuführen. Dies wurde teilweise durch höhere Erträge aus dem Anstieg unserer Eigenkapitalanlage kompensiert, was primär auf die Kapitalerhöhung in 2014 zurückzuführen ist.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

2015

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in 2015 betrug 956 Mio € und war damit um 178 Mio € oder 16 % niedriger als im Vorjahr, hauptsächlich aufgrund von Rückgängen in NCOU und in PBC. Der Rückgang in NCOU wurde getrieben durch gemäß IAS 39 reklassifizierte Aktiva sowie durch Real-Estate-Kredite, der Rückgang in PBC durch Verkäufe notleidender Kredite, das positive Kreditumfeld in Deutschland sowie das sich stabilisierende wirtschaftliche Umfeld in Südeuropa. Dieser Rückgang wurde zum Teil kompensiert durch gestiegene Risikovorsorge in CB&S, verursacht durch unsere Leveraged-Finance- und Shipping-Portfolios.

2014

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in 2014 betrug 1,1 Mrd € und war damit aufgrund materieller Rückgänge in allen Geschäftsbereichen um 931 Mio € oder 45 % niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang in der NCOU resultierte insbesondere aus geringerer Risikovorsorge für nach IAS 39 reklassifizierte Forderungen sowie für Kredite an Unternehmen aus dem gewerblichen Immobiliensektor. Unser Kerngeschäft profitierte von höheren Auflösungen sowie vom Ausbleiben großer Buchungen für Einzelkunden.

Übrige zinsunabhängige Erträge

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Provisionsüberschuss ¹	12.765	12.409	12.308	356	3	101	1
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	203	242	394	-39	-16	-152	-39
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	164	619	369	-455	-73	251	68
Sonstige Erträge	669	108	193	561	N/A	-85	-44
Übrige zinsunabhängige Erträge	13.802	13.379	13.264	423	3	115	1

¹ beinhaltet:

Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften:							
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	432	404	435	28	7	-31	-7
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	3.666	3.057	2.963	609	20	94	3
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	382	283	247	99	35	36	14
Insgesamt	4.480	3.745	3.645	735	20	100	3
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts:							
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	2.388	2.545	2.378	-157	-6	167	7
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	1.746	1.488	1.542	258	17	-54	-3
Insgesamt	4.134	4.033	3.920	101	3	113	3
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen:	4.151	4.632	4.742	-480	-10	-111	-2
Provisionsüberschuss insgesamt	12.765	12.409	12.308	356	3	101	1

N/A – Nicht aussagefähig

Provisionsüberschuss

2015

Der Provisionsüberschuss stieg von 12,4 Mrd € in 2014 um 356 Mio € auf 12,8 Mrd € in 2015. Die Provisionen aus verwaltetem Vermögen erhöhten sich aufgrund eines guten operativen Ergebnisses in unseren Geschäftsbereichen und spiegeln die günstigen Marktbedingungen, Mittelzuflüsse und erfolgsabhängige Provisionseinnahmen in Active Asset Management wider. Diese Entwicklung wurde durch einen rückläufigen Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen teilweise kompensiert, der einen Rückgang in PBC aufgrund eines neuen Vertragsabschlusses mit der Deutsche Post DHL und einen geringeren Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft beinhaltete.

2014

Der Provisionsüberschuss stieg von 12,3 Mrd € in 2013 um 101 Mio € auf 12,4 Mrd € in 2014. Die gegenüber dem Vorjahr verbesserten Erträge aus dem Beratungsgeschäft spiegeln ein höheres Provisionsaufkommen und Marktanteils Gewinne wider. Die Provisionen aus dem verwalteten Vermögen erhöhten sich aufgrund der günstigen Entwicklung börsengehandelter Fonds auf dem europäischen und US-amerikanischen Markt. Diese positiven Effekte wurden teilweise kompensiert durch einen Rückgang der Gebühren für andere Kundendienstleistungen, der hauptsächlich auf geänderte regulatorische Anforderungen in Bezug auf Zahlungs- und Kartengebühren sowie geringere Erträge aus Postdienstleistungen zurückzuführen ist. Zusätzlich hatte eine Änderung der Berichtsklassifizierung für bestimmte produktbezogene Ausgaben einen weiteren Rückgang zur Folge.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

2015

Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten belief sich in 2015 auf 203 Mio € nach 242 Mio € in 2014. Der Rückgang in 2015 resultierte vor allem aus einem Gewinn aus einem Geschäftsverkauf im Vorjahr sowie Gewinnen aus Wertpapierverkäufen der DB Bauspar.

2014

Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten belief sich in 2014 auf 242 Mio € gegenüber 394 Mio € in 2013. Der Rückgang in 2014 resultierte in erster Linie aus Aktivitäten zum Risikoabbau in der NCOU.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen

2015

Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen sank von 619 Mio € in 2014 auf 164 Mio € in 2015, hauptsächlich aufgrund der Bewertung unserer Beteiligung im Zusammenhang mit der Hua Xia Bank.

2014

Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen stieg von 369 Mio € in 2013 auf 619 Mio € in 2014. Die positiven Effekte resultierten vorwiegend aus einer Wertminderung in der NCOU im Vorjahr und anteiligen Gewinnen im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank.

Sonstige Erträge

2015

Die Sonstigen Erträge stiegen von 108 Mio € in 2014 auf 669 Mio € in 2015. Der Anstieg in 2015 war vor allem auf den Verkauf von Aktiva infolge des beschleunigten Risikoabbaus in der NCOU zurückzuführen.

2014

Die Sonstigen Erträge sanken von 193 Mio € in 2013 auf 108 Mio € in 2014. Der Rückgang in 2014 resultierte vor allem aus der Restrukturierung von Maher-Terminals-Verbindlichkeiten. Die Restrukturierung hatte zur Folge, dass die Marktwertverluste nicht mehr erfolgsneutral, sondern in Sonstigen Erträgen in der NCOU ausgewiesen werden.

Zinsunabhängige Aufwendungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Personalaufwand	13.293	12.512	12.329	781	6	183	1
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ¹	18.632	14.654	15.126	3.977	27	-472	-3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	256	289	460	-32	-11	-172	-37
Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	5.776	111	79	5.665	N/A	33	42
Restrukturierungsaufwand	710	133	399	577	N/A	-266	-67
Zinsunabhängige Aufwendungen	38.667	27.699	28.394	10.968	40	-695	-2

N/A - nicht aussagefähig

¹ beinhaltet:

	2015	2014	2013	in Mio €	in %	in Mio €	in %
EDV-Aufwendungen	3.664	3.333	3.074	331	10	259	8
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.944	1.978	2.073	-34	-2	-95	-5
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen ²	2.283	2.029	1.772	255	13	256	14
Kommunikation und Datenadministration ²	807	725	706	82	11	18	3
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation ²	505	521	516	-16	-3	5	1
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen ²	598	660	743	-62	-9	-83	-11
Marketingaufwendungen ²	294	293	294	2	1	-1	-0
Konsolidierte Beteiligungen	406	811	797	-405	-50	14	2
Sonstige Aufwendungen ^{2,3}	8.129	4.305	5.151	3.824	89	-847	-16
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	18.632	14.654	15.126	3.977	27	-472	-3

² In 2015 wurden die Vorjahresangaben angepasst, um Änderungen in der Kostenberichterstattung des Konzerns zu berücksichtigen.³ Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 5,2 Mrd € in 2015, 1,6 Mrd € in 2014 und 3,0 Mrd € in 2013. Des Weiteren sind für 2014 darin enthalten 0,4 Mrd € Kreditbearbeitungsgebühren in PBC.

Personalaufwand

2015

Der Personalaufwand stieg von 12,5 Mrd € in 2014 um 781 Mio € (6 %) auf 13,3 Mrd € in 2015. Dies reflektiert hauptsächlich ungünstige Wechselkursentwicklungen.

2014

Der Personalaufwand stieg in 2014 um 183 Mio € (1 %) auf 12,5 Mrd € gegenüber 12,3 Mrd € in 2013. Diese Zunahme spiegelt vor allem höhere fixe Vergütungsaufwendungen infolge neuer regulatorischer Anforderungen, hauptsächlich in CB&S, sowie strategische Neueinstellungen in den Unternehmensbereichen und Kontrollfunktionen wider. Dieser Anstieg wurde durch positive Effekte aus der fortlaufenden Umsetzung des OpEx-Programms im Kerngeschäft teilweise kompensiert.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

2015

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand stieg in 2015 um 4,0 Mrd € (27 %) auf 18,6 Mrd € gegenüber 14,7 Mrd € in 2014. Der Anstieg resultierte hauptsächlich aus höheren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 5,2 Mrd € im Vergleich zu 1,6 Mrd € Rechtsstreitigkeiten für den Konzern und 0,4 Mrd € Kreditbearbeitungsgebühren in PBC in 2014, ungünstigen Wechselkursentwicklungen, höheren Abschreibungen und Wertminderungen bei Software sowie wesentlich höheren Bankenabgaben. Diese Effekte wurden durch niedrigere Kosten aufgrund der Veräußerung von Vermögenswerten in der NCOU in 2014 und sonstiger Kosteneinsparungen teilweise kompensiert.

2014

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand ging in 2014 um 472 Mio € (3 %) auf 14,7 Mrd € in 2014 gegenüber 15,1 Mrd € in 2013 zurück. Der Rückgang war vor allem auf gegenüber 2013 (3,0 Mrd €) geringere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 1,6 Mrd € Rechtsstreitigkeiten und 0,4 Mrd € Kreditbearbeitungsgebühren in PBC sowie Einsparungen aus dem OpEx-Programm zurückzuführen. Die Verringerung wurde durch höhere Aufwendungen für die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und Investitionen in unsere Kerngeschäftsbereiche teilweise kompensiert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft

2015

Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sanken von 289 Mio € in 2014 um 32 Mio € auf 256 Mio € in 2015. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf versicherungsbezogene Aufwendungen in Bezug auf Abbey Life zurückzuführen. Diesen Aufwendungen standen Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Versicherungsgeschäft gegenüber.

2014

Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sanken von 460 Mio € in 2013 um 172 Mio € auf 289 Mio € in 2014. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf versicherungsbezogene Aufwendungen in Bezug auf Abbey Life zurückzuführen. Diesen Aufwendungen standen Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Versicherungsgeschäft gegenüber.

Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

2015

Von den Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 5,8 Mrd € entfielen 3,6 Mrd € (davon 2,8 Mrd € Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und 0,8 Mrd € auf sonstige immaterielle Vermögenswerte) auf PBC und 2,2 Mrd € auf CB&S. Der Gesamtbetrag setzt sich aus einer vollen Wertminderung auf den Geschäfts- und Firmenwert in CB&S und PBC sowie einer teilweisen Wertminderung auf sonstige immaterielle Vermögenswerte in PBC zusammen. Die Wertminderungen waren größtenteils auf einen Anstieg der erwarteten höheren aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und Veräußerungen in PBC zurückzuführen, wie weiter unten bei den Geschäftsbereichen angegeben.

2014

In 2014 resultierten die Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von 111 Mio € vor allem aus einer Wertminderung von 194 Mio € auf unsere Investition in Maher Terminals. Dem stand eine teilweise Aufwertung immaterieller Vermögenswerte von Scudder um 84 Mio € gegenüber.

Restrukturierungsaufwand

2015

Der Restrukturierungsaufwand stieg von 133 Mio € in 2014 auf 710 Mio € in 2015. Diese Zunahme war auf Aufwendungen von 616 Mio € für die Implementierung unserer 2015 vorgestellten Strategie 2020 zurückzuführen, denen teilweise geringere Aufwendungen unseres in 2015 planmäßig abgeschlossenen OpEx-Programms im Vergleich zum Vorjahr gegenüberstanden.

2014

Der Restrukturierungsaufwand im Rahmen unseres OpEx-Programms ging von 399 Mio € in 2013 um 266 Mio € (67 %) auf 133 Mio € in 2014 zurück.

Ertragsteueraufwand

2015

Der Ertragsteueraufwand lag bei 675 Mio € (2014: 1,4 Mrd €). Die effektive Steuerquote in Höhe von minus 11 % (2014: 46 %) wurde im Wesentlichen durch signifikante steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

2014

Der Ertragsteueraufwand belief sich auf 1,4 Mrd € (2013: 775 Mio €). Die effektive Steuerquote in Höhe von 46 % (2013: 53 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtstreitigkeiten und Ertragssteuern für frühere Jahre beeinflusst, wobei Änderungen bei dem Ansatz und der Bewertung latenter Steuern zum Teil gegenläufig wirkten.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu den folgenden Sachverhalten sind in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
- Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme und
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Segmente verwendeten, nicht nach IFRS ermittelten Finanzzahlen.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2015 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

	2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Manage- ment	Non-Core Operations Unit	Manage- ment Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt¹	14.219	8.911	4.616	5.408	401	33.556	- 30	33.525
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	265	501	127	9	54	955	1	956
Personalaufwand	3.739	2.847	679	1.605	94	8.964	4.329	13.293
Sachaufwand	9.932	4.664	2.368	2.286	2.986	22.236	- 3.604	18.632
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	256	0	256	0	256
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	2.168	3.603	0	6	0	5.776	0	5.776
Restrukturierungsaufwand	124	587	3	- 4	- 1	710	0	710
Zinsunabhängige Aufwendungen	15.963	11.700	3.050	4.149	3.079	37.942	724	38.667
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	26	1	0	- 0	1	27	- 27	0
Ergebnis vor Steuern	- 2.035	- 3.291	1.439	1.250	- 2.732	- 5.368	- 729	- 6.097
Aufwand-Ertrag-Relation	112 %	131 %	66 %	77 %	N/A	113 %	N/A	115 %
Aktiva ²	1.145.004	257.121	99.953	89.001	27.172	0	10.880	1.629.130
Investitionen in langlebige Aktiva	1	113	1	2	- 0	116	643	758
Risikogewichtete Aktiva ³	195.096	80.016	52.062	23.795	34.463	385.431	11.283	396.714
Durchschnittliches Active Equity	30.948	15.099	7.607	8.023	6.674	68.351	7	68.359
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	- 5 %	- 18 %	14 %	30 %	N/A	- 6 %	N/A	- 12 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 7 %	- 22 %	19 %	16 %	N/A	- 8 %	N/A	- 9 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	- 4 %	- 14 %	12 %	10 %	N/A	- 5 %	N/A	- 10 %
¹ beinhaltet:								
Zinsüberschuss	6.382	5.968	2.038	1.288	- 79	15.597	285	15.881
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	64	40	4	34	20	162	3	164
² beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	524	21	53	182	166	945	68	1.013

N/A – Nicht aussagekräftig

³ RWA und Kapitalquoten basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014.

⁴ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt. Diese belief sich zum 31. Dezember 2015 auf minus 11 %. Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind. Zum 31. Dezember 2015 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 35 %.

	2014							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Manage- ment	Non-Core Operations Unit	Manage- ment Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt¹	13.629	9.565	4.119	4.704	172	32.189	-240	31.949
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	103	622	156	-7	259	1.133	1	1.134
Personalaufwand	3.712	2.863	634	1.398	107	8.714	3.798	12.512
Sachaufwand	6.769	4.880	2.166	2.090	2.508	18.413	-3.759	14.654
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	289	0	289	0	289
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	-83	194	111	0	111
Restrukturierungsaufwand	112	9	10	-3	4	133	0	133
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.593	7.753	2.811	3.691	2.813	27.660	39	27.699
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	25	1	0	4	-2	28	-28	0
Ergebnis vor Steuern	2.909	1.189	1.152	1.016	-2.899	3.367	-251	3.116
Aufwand-Ertrag-Relation	78 %	81 %	68 %	78 %	N/A	86 %	N/A	87 %
Aktiva ²	1.213.612	258.381	106.252	81.132	38.853	1.698.230	10.474	1.708.703
Investitionen in langlebige Aktiva	0	108	0	1	0	109	517	626
Risikogewichtete Aktiva ³	175.575	79.571	43.265	16.597	58.524	373.532	20.437	393.969
Durchschnittliches Active Equity	25.445	14.853	6.033	6.532	7.762	60.624	0	60.624
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	9 %	7 %	15 %	36 %	N/A	5 %	N/A	4 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	11 %	8 %	19 %	16 %	N/A	6 %	N/A	5 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	7 %	5 %	12 %	10 %	N/A	4 %	N/A	3 %
¹ beinhaltet:								
Zinsüberschuss	5.338	5.818	1.849	1.047	51	14.103	168	14.272
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	128	431	3	22	34	617	2	619
² beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	521	3.154	50	163	170	4.058	85	4.143

Hinweis: Vorjahreswerte wurden angepasst.

N/A – Nicht aussagekräftig

³ RWA und Kapitalquoten basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014.⁴ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt. Diese belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 46 %. Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind. Zum 31. Dezember 2014 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 35 %.

	2013							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Manage- ment	Non-Core Operations Unit	Manage- ment Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt¹	13.400	9.395	4.025	4.718	896	32.434	- 519	31.915
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	189	719	315	23	818	2.064	0	2.065
Personalaufwand	3.591	2.955	614	1.291	234	8.685	3.644	12.329
Sachaufwand	6.583	4.329	1.932	1.997	3.299	18.139	- 3.013	15.126
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	460	0	460	0	460
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	7	57	14	0	79	0	79
Restrukturierungsaufwand	130	22	54	170	25	399	0	399
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.303	7.312	2.657	3.932	3.558	27.763	631	28.394
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	0	0	1	- 3	15	- 15	0
Ergebnis vor Steuern	2.891	1.363	1.053	762	- 3.478	2.592	- 1.136	1.457
Aufwand-Ertrag-Relation	77 %	78 %	66 %	83 %	N/A	86 %	N/A	89 %
Aktiva ²	1.102.007	265.360	97.240	72.613	63.810	0	10.371	1.611.400
Investitionen in langfristige Aktiva	12	176	9	7	0	203	539	742
Risikogewichtete Aktiva ³	114.729	73.001	36.811	12.553	52.443	289.537	10.832	300.369
Durchschnittliches Active Equity	20.161	13.976	5.136	5.864	10.296	55.434	0	55.434
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	13 %	9 %	17 %	43 %	N/A	4 %	N/A	2 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	14 %	10 %	21 %	13 %	N/A	5 %	N/A	3 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	10 %	7 %	14 %	9 %	N/A	3 %	N/A	1 %
¹ beinhaltet:								
Zinsüberschuss	5.284	5.814	1.886	971	550	14.505	328	14.834
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	78	375	3	18	- 106	368	1	369
² beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	628	2.563	48	143	171	3.554	28	3.581

Hinweis: Vorjahreswerte wurden angepasst.

N/A – Nicht aussagekräftig

³ RWA und Kapitalquoten basieren auf Basel 2.5.

⁴ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt. Diese belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 53 %. Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind. Zum 31. Dezember 2013 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 32 %.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.391	6.747	6.709	644	10	37	1
Sales & Trading (Equity)	3.091	2.917	2.719	174	6	197	7
Emissionsgeschäft (Debt)	1.449	1.522	1.557	-73	-5	-36	-2
Emissionsgeschäft (Equity)	658	761	732	-103	-14	29	4
Beratung	586	578	478	8	1	100	21
Kreditgeschäft	1.094	1.189	1.222	-96	-8	-33	-3
Sonstige Produkte	-50	-84	-18	34	-41	-66	N/A
Summe Erträge insgesamt	14.219	13.629	13.400	589	4	229	2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	265	103	189	162	158	-87	-46
Personalaufwand	3.739	3.712	3.591	28	1	121	3
Sachaufwand	9.932	6.769	6.583	3.163	47	186	3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	2.168	0	0	2.168	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	124	112	130	12	11	-17	-13
Zinsunabhängige Aufwendungen	15.963	10.593	10.303	5.371	51	289	3
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	26	25	16	0	1	9	57
Ergebnis vor Steuern	-2.035	2.909	2.891	-4.944	N/A	17	1
Aufwand-Ertrag-Relation	112 %	78 %	77 %	N/A	35 Ppkt	N/A	1 Ppkt
Aktiva ¹	1.145.004	1.213.612	1.102.007	-68.608	-6	111.605	10
Risikogewichtete Aktiva ²	195.096	175.575	114.729	19.521	11	60.846	53
Durchschnittliches Active Equity ³	30.948	25.445	20.161	5.503	22	5.284	26
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-7 %	11 %	14 %	N/A	-18 Ppkt	N/A	-3 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren bis zum 31. Dezember 2013 auf dem Basel 2.5-Regelwerk und ab 1. Januar 2014 auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung.³ Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2015

CB&S verzeichnete im Gesamtjahr 2015 solide Erträge. Dies war auf vorteilhafte Wechselkursänderungen und ein erfolgreiches erstes Halbjahr zurückzuführen. In der zweiten Jahreshälfte waren die Erträge von einer rückläufigen Kundenaktivität und einem schwierigen Marktumfeld gekennzeichnet.

Die Erträge beliefen sich 2015 auf 14,2 Mrd € und lagen damit um 589 Mio € (4 %) höher als in 2014 mit 13,6 Mrd €.

In Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beliefen sich die Erträge auf 7,4 Mrd €, was einem Anstieg um 644 Mio € (10 %) entspricht. Die Erträge im Devisenhandel waren aufgrund der gestiegenen Marktvolatilität und von regen Kundenaktivitäten deutlich höher als im Vorjahreszeitraum. Im Bereich Core Rates wurden dank einer guten Performance in Europa und Nordamerika signifikant höhere Erträge verzeichnet. Die Erträge in Flow Credit stiegen infolge verbesserter Marktbedingungen in Nordamerika und Europa deutlich. Im Bereich Emerging Markets nahmen die Erträge trotz schwieriger Märkte und unseres Rückzugs aus Russland aufgrund einer starken Performance in Lateinamerika zu. Schwierige Marktbedingungen führten zu einem erheblichen Rückgang der Erträge im RMBS-Geschäft. Im Bereich Credit Solutions sanken die Erträge ebenfalls aufgrund rückläufiger Kundenaktivität und eines schwächeren Marktumfelds vor allem in Asien/Pazifik. In den Bereichen Global Liquidity Management und Distressed Products blieben die Erträge auf dem Niveau des Vorjahres. Die Erträge von Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beinhalteten drei Bewertungsanpassungen, die zu einem Gesamtverlust von 187 Mio € führten: erstens einen Marktwertgewinn von 102 Mio € (Gesamtjahr 2014: Gewinn von 7 Mio €) im Zusammenhang mit Absicherungsgeschäften zur Senkung der risikogewichteten Aktiva (RWA) bei kreditbezogenen Bewertungsanpassungen (Credit

Valuation Adjustments – CVA); zweitens einen Verlust von 146 Mio € (Gesamtjahr 2014: Verlust von 58 Mio €) im Zusammenhang mit einer Verfeinerung der Berechnungsmethode für CVA nach IFRS; drittens einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVA) von 143 Mio € (Gesamtjahr 2014: Verlust von 122 Mio €), der einen negativen Effekt von 26 Mio € aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete Erträge von 3,1 Mrd €, was einem Anstieg um 174 Mio € (6 %) entspricht. Aufgrund gestiegener Volumina im Kundengeschäft lagen die Erträge in Prime Finance deutlich über dem Wert des Vergleichszeitraums. Im Bereich Equity Derivatives blieben die Erträge infolge gesunkener Kundenaktivität und eines schwierigen Umfelds für das Risikomanagement im zweiten Halbjahr deutlich hinter den Vergleichszahlen des Vorjahres zurück. Die Erträge im Equity Trading blieben auf dem Vorjahresniveau.

Im Emissions- und Beratungsgeschäft wurden im Gesamtjahr 2015 Erträge von 2,7 Mrd € verzeichnet. Dies entspricht einem Rückgang um 168 Mio € (6 %) und spiegelt einen gesunkenen Marktanteil sowie eine niedrigere Risikoneigung wider. Im Aktienemissionsgeschäft sanken die Erträge aufgrund eines niedrigeren Provisionsaufkommens im Markt. Im Emissionsgeschäft von Schuldtiteln sowie im Beratungsgeschäft blieben die Erträge auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Erträge im Kreditgeschäft beliefen sich auf 1,1 Mrd € im Gesamtjahr 2015 und bedeuten damit einen Rückgang gegenüber 2014 (1,2 Mrd €).

Die Erträge aus Sonstigen Produkten entsprachen einem Verlust von 50 Mio € (2014: Verlust von 84 Mio €). Darin enthalten war ein Gewinn von 48 Mio € (Gesamtjahr 2014: Verlust von 126 Mio €) aus einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Value Adjustment – DVA) bei bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Netto-Zuführungen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft beliefen sich im Unternehmensbereich CB&S auf 265 Mio € (2014: 103 Mio €). Dies war auf gestiegene Rückstellungen für das Schiffsfinanzierungs- und das Leveraged Finance-Portfolio zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Vergleich zum Gesamtjahr 2014 um 5,4 Mrd € (51 %). Diese Zunahme resultierte aus Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert, höheren Kosten für Rechtsstreitigkeiten, nachteiligen Wechselkursänderungen und Aufwendungen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Ergebnis vor Steuern entsprach einem Verlust von 2,0 Mrd € im Vergleich zu einem Gewinn von 2,9 Mrd € im Vorjahr. Der Verlust vor Steuern war auf eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert von 2,2 Mrd € und höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 2,8 Mrd € zurückzuführen, die teilweise durch gestiegene Erträge ausgeglichen werden konnten.

2014

CB&S meldete für das Gesamtjahr 2014 trotz des schwierigen Marktumfelds, das durch eine niedrige Volatilität und Kundenaktivität in der ersten Jahreshälfte gekennzeichnet war, solide Ergebnisse. In der zweiten Jahreshälfte nahm die Volatilität zu, und CB&S verzeichnete in seinem gesamten Geschäft eine stärkere Ertragsdynamik.

Im Gesamtjahr 2014 beliefen sich die Erträge auf 13,6 Mrd €, was einem Anstieg um 229 Mio € (2 %) gegenüber 13,4 Mrd € im Vorjahr entspricht.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) blieben im Berichtsjahr mit 6,7 Mrd € gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Erträge im RMBS-Geschäft waren deutlich höher und reflektierten Aktivitäten zum Risikoabbau und das schwierige Marktumfeld in 2013. Der Bereich Distressed Products verzeichnete aufgrund seiner starken Performance in Europa höhere Erträge. Im Flow-Credit-Geschäft waren die Erträge aufgrund der schwächeren Performance in Nordamerika deutlich niedriger. Die Erträge in Core Rates waren bedingt durch FVA-Verluste, die auf Marktbewegungen und eine Verfeinerung der Berechnungsmethode zurückzuführen waren, sowie durch eine schwächere Performance in der Region Asien-Pazifik und Europa erheblich niedriger als im Vorjahr. Die Erträge in Foreign Exchange, Global Liquidity Management und Credit Solutions blieben gegenüber dem Vorjahr konstant. Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beinhalteten drei Bewertungsanpassungen, die zu einem Gesamtverlust

von 173 Mio € führten: erstens einen Marktwertgewinn von 7 Mio € (Gesamtjahr 2013: Verlust von 240 Mio €) im Zusammenhang mit kreditbezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustment – CVA); zweitens einen Verlust von 58 Mio € (Gesamtjahr 2013: Null) im Zusammenhang mit einer Verfeinerung der Berechnungsmethode der CVA nach IFRS; drittens einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Value Adjustments-FVA) von 122 Mio € (Gesamtjahr 2013: Gewinn von 67 Mio €), der einen negativen Effekt von 51 Mio € aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete.

In Sales & Trading (Equity) beliefen sich die Erträge auf 2,9 Mrd €, was einem Anstieg von 197 Mio € (7 %) entspricht. Aufgrund gestiegener Volumina im Kundengeschäft lagen die Erträge in Prime Finance über dem Wert des Vergleichszeitraums. Sowohl die Erträge im Aktienhandel als auch im Aktienderivategeschäft blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Im Emissions- und Beratungsgeschäft wurden im Gesamtjahr 2014 Erträge in Höhe von 2,9 Mrd € verzeichnet. Dies entspricht einem Anstieg um 93 Mio € (3 %). Im Beratungsgeschäft war der Ertragszuwachs aufgrund des gestiegenen Provisionsaufkommens und Marktanteils deutlich höher. Die Erträge im Aktien- und Anleiheemissionsgeschäft entsprachen den Vergleichswerten des Vorjahres.

Die Erträge im Kreditgeschäft beliefen sich auf 1,2 Mrd € im Gesamtjahr 2014 und entsprachen damit dem Niveau des Vorjahres (2013: 1,2 Mrd €).

Die Sonstigen Produkte wiesen negative Erträge von 84 Mio € auf nach einem Verlust von 18 Mio € in 2013. Die Erträge aus Sonstigen Produkten beinhalteten einen Verlust aus forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Debt Value Adjustments – DVA) von 126 Mio € (Gesamtjahr 2013: Verlust von 21 Mio €), einschließlich eines Gewinns von 37 Mio € im Zusammenhang mit einer verfeinerten Berechnungsmethode gemäß IFRS für CVA.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in CB&S belief sich auf 103 Mio €. Dies entspricht einem Rückgang um 87 Mio € (46 %), der auf geringere Rückstellungen im Portfolio für Schiffsfinanzierungen sowie eine Nettoauflösung von Rückstellungen im Leveraged-Finance-Portfolio zurückzuführen war.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 289 Mio € (3 %). Der Anstieg resultierte aus Aufwendungen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, Verbesserungen der Geschäftsplattform und nachteiligen Wechselkursbewegungen. Diese Kostensteigerungen waren höher als die Fortschritte bei der Umsetzung unseres Operational-Excellence-(OpEx-)Programms und die Verringerung der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten.

Das Vorsteuerergebnis belief sich auf 2,9 Mrd € und blieb damit unverändert nach 2,9 Mrd € im Vorjahr. Ursachen hierfür waren die solide Ertragsentwicklung und niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, die teilweise durch höhere Kosten zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Auflagen und Umsetzungskosten (Cost-to-Achieve-CtA) aufgehoben wurden.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Kreditgeschäft	3.715	3.423	3.345	292	9	78	2
Einlagengeschäft	2.696	2.975	3.009	-279	-9	-34	-1
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	952	982	1.017	-30	-3	-35	-3
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	1.392	1.305	1.220	87	7	85	7
Postdienstleistungen und bankfremde Produkte	247	416	433	-169	-41	-17	-4
Sonstige Produkte	-91	463	371	-554	N/A	92	25
Summe Erträge insgesamt	8.911	9.565	9.395	-654	-7	170	2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	501	622	719	-121	-20	-97	-13
Personalaufwand	2.847	2.863	2.955	-16	-1	-92	-3
Sachaufwand	4.664	4.880	4.329	-216	-4	551	13
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	3.603	0	7	3.603	N/A	-7	N/A
Restrukturierungsaufwand	587	9	22	578	N/A	-12	-57
Zinsunabhängige Aufwendungen	11.700	7.753	7.312	3.948	51	440	6
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	1	0	-0	-17	0	46
Ergebnis vor Steuern	-3.291	1.189	1.363	-4.480	N/A	-174	-13
Aufwand-Ertrag-Relation	131 %	81 %	78 %	N/A	50 Ppkt	N/A	3 Ppkt
Aktiva ¹	257.121	258.381	265.360	-1.260	-0	-6.978	-3
Risikogewichtete Aktiva ²	80.016	79.571	73.001	445	1	6.570	9
Durchschnittliches Active Equity ³	15.099	14.853	13.976	246	2	876	6
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-22 %	8 %	10 %	N/A	-30 Ppkt	N/A	-2 Ppkt
Aufgliederung von PBC nach Geschäftsbereich⁴							
Privat- und Geschäftskundenbank:							
Erträge insgesamt	3.794	3.845	3.685	-51	-1	159	4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	53	79	128	-26	-33	-49	-38
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.514	3.520	3.234	994	28	287	9
Ergebnis vor Steuern	-774	245	323	-1.019	N/A	-78	-24
Advisory Banking International:							
Erträge insgesamt	1.556	2.100	1.966	-545	-26	134	7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	229	272	248	-42	-16	24	10
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.505	1.250	1.181	255	20	69	6
Ergebnis vor Steuern	-179	579	538	-757	N/A	41	8
Postbank:⁵							
Erträge insgesamt	3.562	3.620	3.744	-58	-2	-124	-3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	218	271	343	-54	-20	-71	-21
Zinsunabhängige Aufwendungen	5.682	2.982	2.898	2.699	90	85	3
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	1	0	-0	-13	0	69
Ergebnis vor Steuern	-2.338	365	502	-2.704	N/A	-137	-27

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.

² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren bis 31. Dezember 2013 auf dem Basel 2.5-Regelwerk und ab 1. Januar 2014 auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

³ Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

⁴ Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 hat PBC die internen Kostenallokationen zwischen der Privat- und Geschäftskundenbank und Advisory Banking International adjustiert.

⁵ Beinhaltet wesentliche Geschäftsaktivitäten der Postbank AG sowie von BHW und norisbank.

Zusätzliche Informationen

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mrd €	in %	in Mrd €	in %
Invested Assets ¹	288	291	282	- 3	- 1	9	3
Nettomittelzu-/abflüsse	- 4	6	- 15	- 10	N/A	21	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Wir definieren Invested Assets als (a) im Namen von Kunden zu Anlagezwecken gehaltenes Vermögen und/oder (b) als von uns verwaltete Vermögenswerte der Kunden. Wir verwalten Invested Assets auf diskretionärer beziehungsweise Beratungsbasis oder als Einlagen.

2015

Das Geschäftsumfeld von PBC blieb im Jahr 2015 herausfordernd. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse von PBC in 2015 durch drei wesentliche Effekte in Höhe von insgesamt 5,0 Mrd € erheblich ungünstig belastet. Erstens wurde, bedingt durch die derzeitigen Erwartungen hinsichtlich der Veräußerung der Postbank sowie durch den Einfluss, den höhere regulatorische Kapitalanforderungen auf die Bewertung haben, eine Wertminderung von 2,8 Mrd € auf den gesamten Geschäfts- oder Firmenwert von PBC sowie von 837 Mio € auf die immateriellen Vermögenswerte der Postbank, hauptsächlich bezogen auf den Wert der Marke und Kundenbeziehungen, vorgenommen. Zweitens löste die Vereinbarung über die Veräußerung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in Kombination mit der Entwicklung des Aktienkurses einen Bewertungs- und sonstigen Transaktionseffekt in Höhe von insgesamt 697 Mio € aus. Drittens wurden die Zinsunabhängigen Aufwendungen durch Rückstellungen für Restrukturierungen und Abfindungszahlungen in Höhe von 670 Mio €, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Restrukturierung der Zentrale und des Filialnetzes, belastet. Ohne diese Effekte erzielte PBC in einem herausfordernden Umfeld ein stabiles Ergebnis.

Die Erträge in PBC sanken im Vergleich zu 2014 um 654 Mio € (7 %). Hauptgrund für diese Entwicklung waren die vorgenannten negativen Bewertungs- und Transaktionseffekte in Höhe von 697 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung von PBC an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in der Kategorie „Sonstige Produkte“. Andererseits beinhalteten die Erträge aus sonstigen Produkten höhere Kapitalanpassungen für die Hua Xia Bank Co. Ltd. sowie einen positiven Effekt von 115 Mio € im Zusammenhang mit einer Sonderdividende aus einer Verkaufstransaktion eines Beteiligungsunternehmens. In 2014 beinhalteten die Erträge aus sonstigen Produkten einen Einmalgewinn sowie Gewinne aus Wertpapierverkäufen der DB Bauspar. Der Rückgang der Erträge im Einlagengeschäft um 279 Mio € (9 %) gegenüber dem Vorjahr wurde vor allem durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa verursacht. Die Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten sanken um 169 Mio € (41 %). Dies war auf eine Vertragsanpassung mit der Deutschen Post DHL zurückzuführen und wurde teilweise durch geringere Kosten im Zusammenhang mit diesen Vertragsänderungen kompensiert. Der Rückgang der Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft um 30 Mio € (3 %) gegenüber 2014 resultierte aus strengeren Regulierungen in Bezug auf Gebühren im Kartengeschäft. Dieser Rückgang wurde durch den Anstieg der Erträge aus Kreditprodukten um 220 Mio € (9 %) zum Teil kompensiert. Der Anstieg der Erträge aus Kreditprodukten war auf höhere Kreditvolumina, insbesondere im Hypotheken- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft, sowie einen moderaten Anstieg der Gesamtportfoliomarge zurückzuführen. Dies wurde von spezifischen Effekten aus erfolgreichen Vertragsanpassungen mit Geschäftspartnern der Postbank sowie Sondereffekten im Zusammenhang mit der Anpassung interner Refinanzierungsmodelle in der Privat- und Geschäftskundenbank begleitet. Die gestiegenen Erträge aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft von 87 Mio € (7 %) spiegelten eine weiterhin starke Performance im Wertpapiergeschäft in allen Geschäftsbereichen von PBC unter Ausnutzung der positiven Marktdynamik wider.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich in 2015 um 121 Mio € (20 %). Dies war auf die Effekte aus dem Verkauf ausgewählter Portfolios, die Qualität des Kreditportfolios sämtlicher Geschäftsbereiche von PBC und das anhaltend günstige wirtschaftliche Umfeld in Deutschland zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 3,9 Mrd €, was wesentlich durch die vorgenannte Wertminderung von insgesamt 3,6 Mrd € auf den Geschäfts- oder Firmenwert von PBC sowie auf sonstige immaterielle Vermögenswerte der Postbank bedingt wurde. Zudem beinhaltet das Gesamtjahresergebnis für 2015 Aufwendungen durch Rückstellungen für Restrukturierungen in Höhe von 587 Mio € und Abfindungszahlungen in Höhe von 83 Mio €, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Restrukturierung der Zentrale und des Filialnetzes, und eine teilweise Abschreibung von Software im Zusammenhang mit den strategischen Entscheidungen zur Nutzung der gemeinsamen IT-Plattform mit der Postbank in Höhe von 131 Mio €. Im Vergleich dazu beinhalteten die Zinsunabhängigen Aufwendun-

gen in 2014 Aufwendungen in Höhe von 400 Mio € für die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren nach einer Änderung der deutschen Rechtsprechung und Aufwendungen durch Abfindungszahlungen und Rückstellungen für Restrukturierungen in Höhe von 156 Mio €. Darüber hinaus wurde 2014 ein positiver Effekt aus der Veräußerung von Gebäuden in Europa erzielt. Abgesehen von diesen Effekten erzielte PBC dank Effizienzsteigerungen weiterhin inkrementelle Einsparungen. Diese Effizienzsteigerungen wurden durch höhere Kosten aufgehoben, die vor allem durch gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen und inflationäre Kostensteigerungen (u. a. Tarifierhöhungen, Rentenanpassungen, Mietsteigerungen) verursacht wurden.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Verlust vor Steuern von 3,3 Mrd €, einschließlich der vorgenannten Belastungen von 5,0 Mrd € ausgewiesen. Im Vergleich dazu wies PBC in 2014 einen Gewinn von 1,2 Mrd € aus, der durch die vorgenannten Aufwendungen in Höhe von 400 Mio € für die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren und Aufwendungen durch Rückstellungen für Restrukturierungen und Abfindungszahlungen in Höhe von 156 Mio € belastet wurde.

Die Invested Assets gingen im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um 3 Mrd € auf 288 Mrd € zurück. Grund hierfür waren Mittelabflüsse im Einlagengeschäft in Höhe von 8 Mrd €. Dem standen Nettomittelzuflüsse von 3 Mrd € im Wertpapiergeschäft sowie positive Marktwertentwicklungen in Höhe von 1 Mrd € gegenüber.

2014

Das Geschäftsumfeld von PBC blieb im Jahr 2014 herausfordernd mit Gegenwind durch den weiteren Rückgang des Zinsniveaus, durch zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen sowie signifikante einmalige Aufwendungen für Kreditbearbeitungsgebühren durch zwei Urteile des Bundesgerichtshofs in Deutschland im Mai und Oktober 2014. Trotz des schwierigen Marktumfelds stiegen die Erträge gegenüber dem Vorjahr durch eine Belebung der Kundenaktivität im Wertpapiergeschäft und durch das Wachstum in bestimmten Kreditprodukten, vorwiegend in Deutschland. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging in 2014 aufgrund der verbesserten Qualität des Kreditportfolios zurück.

Das Ergebnis in PBC ging im Vergleich zu 2013 aufgrund der oben genannten Aufwendungen bezüglich der Rückzahlungsansprüche für Kreditbearbeitungsgebühren in Höhe von 400 Mio € zurück.

Die Erträge stiegen in PBC im Vergleich zu 2013 um 170 Mio € (2 %). Die Zunahme der Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft um 85 Mio € (7 %) spiegelte Nettomittelzuflüsse und höhere Transaktionszahlen wider, vor allem im Wertpapiergeschäft. Die Erträge im Kreditgeschäft stiegen um 78 Mio € (2 %), hauptsächlich infolge erhöhter Kreditvolumina, die vor allem im Baufinanzierungsgeschäft in Deutschland verzeichnet wurden. Die Erträge aus Sonstigen Produkten erhöhten sich um 92 Mio € (25 %) und spiegeln in erster Linie die Auswirkungen von Gewinnen in der Privat- und Geschäftskundenbank aus einem in einer vorangegangenen Periode abgeschlossenen Geschäftsverkauf sowie Gewinne aus Wertpapierverkäufen der DB Bauspar und einer verbesserten Performance unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. wider. Dies wurde teilweise durch gesunkene Erträge aus nicht operativen Aktivitäten der Postbank kompensiert. Zusätzlich war das Geschäftsjahr 2013 durch eine teilweise Auflösung von Risikovorsorge der Postbank positiv beeinflusst worden. Diese war in den Erträgen aus Sonstigen Produkten ausgewiesen worden, da die Risikovorsorge vor der Konsolidierung gebildet worden war. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft gingen um 35 Mio € (3 %) zurück. Dies resultierte hauptsächlich aus Änderungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf Gebühren im Zahlungsverkehr und im Kartengeschäft. Im Einlagengeschäft sanken die Erträge um 34 Mio € (1 %) infolge des anhaltend schwierigen Zinsumfelds in Europa sowie infolge einer Reduzierung der Kundeneinlagenvolumina insbesondere bei der Postbank. Die Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten verringerten sich um 17 Mio € (4 %), vorwiegend aufgrund einer Änderung in der Berichts-klassifizierung bestimmter produktbezogener Aufwendungen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging aufgrund des günstigen Geschäftsumfelds in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 97 Mio € (13 %) zurück. Im Vorjahr wurde ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 86 Mio € im Sonstigen Zinsüberschuss ausgewiesen, der eine teilweise Auflösung von Risikovorsorge der Postbank sowie eine Verbesserung der Kreditqualität der Postbank-Kredite widerspiegelt. Letztere hatte der Konzern bei der erstmaligen Konsolidierung zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zu 2013 um 440 Mio € (6 %). Signifikante Auswirkungen hatten in 2014 Aufwendungen von 400 Mio €, die auf die oben genannten Urteile des Bundesgerichtshofs in Bezug auf die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren zurückzuführen waren. Darüber hinaus führten höhere Infrastrukturkosten, die vorwiegend aus aufsichtsrechtlichen Auflagen resultierten, zu einem Kostenanstieg. Der Anstieg der Aufwendungen in 2014 wurde durch einen Einmalertrag aus der Veräußerung von Gebäuden in Europa kompensiert. Im Vergleich dazu beinhalteten die Zinsunabhängigen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2013 einen Einmaleffekt in vergleichbarer Höhe im Zusammenhang mit der Auflösung einer Rückstellung im Rahmen der Hua Xia Bank-Kreditkartenkooperation. Die Umsetzungskosten gingen, im Einklang mit der Entwicklung unseres OpEx- und Postbankintegrations-Programms, um 42 Mio € (8 %) zurück. Darüber hinaus erzielte PBC dank Effizienzsteigerungen im Rahmen unseres OpEx-Programms weiterhin inkrementelle Einsparungen.

Das Ergebnis vor Steuern sank im Vergleich zum Vorjahr um 174 Mio € (13 %), vor allem aufgrund der oben erwähnten Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren.

Die Invested Assets erhöhten sich gegenüber dem 31. Dezember 2013 um 9 Mrd €. Dieser Anstieg war auf Nettomittelzuflüsse von 6 Mrd €, insbesondere im Wertpapiergeschäft, und weitere positive Marktwertentwicklungen zurückzuführen.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Trade Finance & Cash Management							
Corporates	2.750	2.537	2.547	213	8	-10	-0
Institutional Cash & Securities Services	1.870	1.587	1.481	284	18	106	7
Sonstige Produkte	-4	-5	-2	1	-20	-2	91
Summe Erträge insgesamt	4.616	4.119	4.025	497	12	94	2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	127	156	315	-29	-18	-159	-50
Personalaufwand	679	634	614	45	7	20	3
Sachaufwand	2.368	2.166	1.932	201	9	235	12
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	57	0	N/A	-57	N/A
Restrukturierungsaufwand	3	10	54	-7	-68	-44	-81
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.050	2.811	2.657	239	9	154	6
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	1.439	1.152	1.053	287	25	99	9
Aufwand-Ertrag-Relation	66 %	68 %	66 %	N/A	-2 Ppkt	N/A	2 Ppkt
Aktiva ¹	99.953	106.252	97.240	-6.299	-6	9.012	9
Risikogewichtete Aktiva ²	52.062	43.265	36.811	8.797	20	6.454	18
Durchschnittliches Active Equity ³	7.607	6.033	5.136	1.574	26	897	17
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	19 %	19 %	21 %	N/A	-0 Ppkt	N/A	-1 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.

² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren bis 31. Dezember 2013 auf dem Basel 2.5 Regelwerk und ab 1. Januar 2014 auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

³ Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2015

Das Jahr 2015 war durch ein weiterhin herausforderndes Marktumfeld mit anhaltend niedrigen Zinsen und sogar gestiegenen geopolitischen Risiken gekennzeichnet. Das Geschäftsumfeld war nach wie vor sehr wettbewerbsintensiv und wurde durch eine erhöhte Volatilität in bestimmten GTB-Märkten beeinflusst. Trotz dieses schwierigen Umfelds erreichte der Bereich Global Transaction Banking eine Steigerung des Vorsteuerergebnisses. Hierin enthalten ist die Wechselkursentwicklung im Jahr 2015, die sich positiv auf den Ertragsbeitrag der in Fremdwährung denominierten Aktivitäten auswirkte, wohingegen die Zinsunabhängigen Aufwendungen davon negativ betroffen waren.

Die Erträge stiegen um 497 Mio € (12 %), wobei das Ertragswachstum über alle Regionen hinweg verzeichnet wurde. Trade Finance profitierte insbesondere von den Aktivitäten im strukturierten und traditionellen Handelsfinanzierungsgeschäft. Die Erträge im Cash Management für Unternehmenskunden wurden durch günstige Wechselkursentwicklungen sowie steigende Volumina gestützt. Die Erträge in Institutional Cash and Securities Services nahmen sowohl aufgrund der starken Geschäftsaktivitäten als auch begünstigt durch gestiegene Volumina zu. Das Jahr 2014 hatte einen Gewinn aus dem Verkauf der registrar services GmbH enthalten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank um 29 Mio € (18 %), vorwiegend aufgrund niedrigerer Rückstellungen im niederländischen Firmenkundengeschäft.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich um 239 Mio € (9 %). Ursache hierfür waren die Wechselkursentwicklung, erhöhte Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie gestiegene Aufwendungen für die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Die Umsetzungskosten, insbesondere im Rahmen des OpEx-Programms, das 2015 wie geplant abgeschlossen wurde, lagen bei 62 Mio €, verglichen mit 97 Mio € im Vorjahreszeitraum.

In der Folge verzeichnete GTB das höchste Ergebnis vor Steuern seit der Gründung des Bereichs im Jahr 2001. Der Anstieg um 287 Mio € (25 %) ist hauptsächlich auf die sehr starke Ertragsentwicklung sowie geringere Risikovorsorge im Kreditgeschäft zurückzuführen.

2014

Die Erträge und das Ergebnis vor Steuern entwickelten sich in 2014 trotz eines andauernd herausfordernden Marktumfeldes solide. Dieses war geprägt von weiteren Senkungen der bereits niedrigen Zinsen, gestiegenen geopolitischen Risiken sowie einem sehr wettbewerbsintensiven Geschäftsumfeld. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen wurden 2014 und 2013 durch Sondereffekte beeinflusst. Das Geschäftsjahr 2014 war durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten belastet, während das Ergebnis in 2013 durch höhere Kosten für die Neuausrichtung unseres niederländischen Firmenkundengeschäfts und eine Wertminderung auf einen immateriellen Vermögenswert beeinträchtigt wurde.

Die Erträge stiegen um 94 Mio € (2 %). Darin enthalten waren ein Gewinn aus dem Verkauf der registrar services GmbH in 2014 und die Veräußerung der Deutschen Card Services in 2013. Während Trade Finance dank hoher Volumina und der sich stabilisierenden Margen, vor allem in Asien-Pazifik und Europa, ein Ertragswachstum verzeichnete, blieb Cash Management für Unternehmenskunden aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus weiter unter Druck. Im Bereich Institutional Cash and Securities Services wurde ein Ertragswachstum über alle Regionen hinweg, vorwiegend begünstigt durch gestiegene Volumina, erzielt.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank um 159 Mio € (50 %). Dies war hauptsächlich auf den Wegfall eines Kreditereignisses im Zusammenhang mit einem einzelnen Kunden in Trade Finance, das 2013 ausgewiesen worden war, zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 154 Mio € (6 %). Wie bereits erwähnt, beinhaltete das Geschäftsjahr 2014 Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, während das Vorjahr durch höhere Kosten im Zusammenhang mit der Umsetzung strategischer Initiativen beeinflusst worden war. Dazu zählten höhere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms für die Neuausrichtung in den Niederlanden und eine Wertminderung auf einen immateriellen Vermögenswert. Ohne Berücksichtigung dieser Effekte stiegen die Zinsunabhängigen Aufwendungen. Dies war auf höhere ertragsbezogene Kosten sowie höhere Kosten zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen zurückzuführen. Des Weiteren trugen Investitionen zur Förderung des Geschäftswachstums zum Anstieg der Kosten bei.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich um 99 Mio € (9 %). Dies resultierte zum einem aus einem Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach einem Kreditereignis im Zusammenhang mit einem einzelnen Kunden in 2013 und zum anderen aus höheren Erträgen. Dieser Anstieg wurde teilweise durch höhere Kosten ausgeglichen.

Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Managementgebühren und sonstige laufende Erträge	3.083	2.551	2.380	532	21	171	7
Transaktionsbezogene Erträge	777	826	924	-50	-6	-97	-11
Zinsüberschuss/-Erträge	745	607	560	138	23	47	8
Sonstige Produkte	546	429	360	116	27	69	19
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	258	291	494	-34	-12	-202	-41
Summe Erträge insgesamt	5.408	4.704	4.718	705	15	-14	-0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	9	-7	23	16	N/A	-30	N/A
Personalaufwand	1.605	1.398	1.291	206	15	107	8
Sachaufwand	2.286	2.090	1.997	197	9	93	5
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	256	289	460	-32	-11	-172	-37
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	6	-83	14	89	N/A	-97	N/A
Restrukturierungsaufwand	-4	-3	170	-0	13	-173	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.149	3.691	3.932	459	12	-241	-6
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-0	4	1	-4	N/A	2	N/A
Ergebnis vor Steuern	1.250	1.016	762	234	23	254	33
Aufwand-Ertrag-Relation	77 %	78 %	83 %	N/A	-2 Ppkt	N/A	-5 Ppkt
Aktiva ¹	89.001	81.132	72.613	7.869	10	8.519	12
Risikogewichtete Aktiva ²	23.795	16.597	12.553	7.198	43	4.045	32
Durchschnittliches Active Equity ³	8.023	6.532	5.864	1.492	23	667	11
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	16 %	16 %	13 %	N/A	0 Ppkt	N/A	3 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.

² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren bis 31. Dezember 2013 auf dem Basel 2.5 Regelwerk und ab 1. Januar 2014 auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

³ Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2015

Deutsche AWM verzeichnete in 2015 ein anhaltendes Wachstum über alle Produkte und Regionen hinweg. Dabei profitierte der Bereich von höheren Marktniveaus, gestiegenen Mittelzuflüssen und einer daraus erwachsenden Zunahme des verwalteten Vermögens im Vergleich zum Vorjahr. Zudem führten positive Währungseffekte zu einem Anstieg der laufenden Erträge. Das Ergebnis wird weiterhin von steigenden Kosten im Zusammenhang mit der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und den anhaltend niedrigen Zinsen beeinflusst, die Druck auf die Margen im Einlagengeschäft ausüben.

Die Erträge lagen im Gesamtjahr 2015 bei 5,4 Mrd € und damit um 705 Mio € (15 %) über dem Wert des Vorjahres.

Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge nahmen um 532 Mio € (21 %) zu. Grund hierfür war ein Anstieg des durchschnittlichen verwalteten Vermögens aufgrund von Zuflüssen sowie höheren durchschnittlichen Marktniveaus und vorteilhaften Währungseffekten. Die erfolgsabhängigen und Transaktionsgebühren sowie die sonstigen transaktionsbezogenen Erträge sanken um 50 Mio € (6 %) infolge eines Rückgangs der erfolgsabhängigen Gebühren aus alternativen Produkten in der Region EMEA sowie aus niedrigeren Erträgen aus Transaktionsaktivitäten im Vermögensverwaltungsgeschäft. Ursächlich hierfür waren niedrigere Volumina bei alternativen Produkten in den Regionen EMEA und APAC. Der Zinsüberschuss stieg um 138 Mio € (23 %) infolge positiver Währungseffekte, reduzierter Finanzierungskosten und eines gestiegenen Kreditvolumens. Die Erträge aus Sonstigen Produkten erhöhten sich um

116 Mio € (27 %). Diese Zunahme war hauptsächlich auf gestiegene Erträge aus alternativen Produkten zurückzuführen, die durch eine Abschreibung in Höhe von 86 Mio € bei aktiven Produkten im Zusammenhang mit dem HETA-Engagement neutralisiert wurden. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life sanken um 34 Mio € (12 %) und wurden größtenteils durch gegenläufige Entwicklungen bei den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Vorjahreswert beinhaltet einen hohen Erlös aus einer abgeschriebenen Position in den USA.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 459 Mio € (12 %). Ursächlich dafür waren nachteilige Währungseffekte, die teilweise Wertaufholung einer Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte von Scudder im Vorjahr, höhere Kosten aufgrund der gestiegenen, verwalteten Vermögenswerte sowie gestiegene Vergütungsaufwendungen. Diese Effekte wurden teilweise durch geringere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms und gesunkene Aufwendungen im Versicherungsgeschäft ausgeglichen.

Der Gewinn vor Steuern stieg infolge des oben genannten Ertragsanstiegs in 2015 um 234 Mio € (23 %) auf 1,25 Mrd €.

Die Invested Assets in Deutsche AWM beliefen sich zum 31. Dezember 2015 auf 1,1 Bio €, was einen Anstieg um 75 Mrd € (7 %) darstellt. Hauptgründe hierfür waren Währungseffekte von 53 Mrd €, Mittelzuflüsse von 24 Mrd €, positive Marktwertentwicklungen von 4 Mrd €, die jedoch durch Veräußerungen und andere Effekte in Höhe von 5 Mrd € teilweise kompensiert wurden.

Die folgende Tabelle stellt die Jahresentwicklung des verwalteten Vermögens in 2015 nach Produktklasse zusammen mit der entsprechenden durchschnittlichen Marge dar.

in Mrd €	WM Beratungs- mandat	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Gesamtes Vermögen
Bestand zum 31. Dezember 2014	263	97	73	162	315	130	1.039
Zuflüsse	54	18	11	85	95	40	301
Abflüsse	(49)	(22)	(12)	(60)	(109)	(26)	(278)
Nettomittelaufkommen	4	(4)	(1)	25	(15)	14	24
Währungsentwicklung	13	5	5	7	19	4	53
Marktentwicklung	(2)	(1)	2	6	(2)	1	4
Sonstiges	0	(4)	(1)	(1)	2	0	(5)
Bestand zum 31. Dezember 2015	279	93	77	199	319	148	1.114
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	43	52	7	49	14	48	

2014

Deutsche AWM profitierte in 2014 weiterhin von einer Zunahme des verwalteten Vermögens aufgrund höherer Marktniveaus, gesteigener Mittelzuflüsse und positiver Währungseffekte durch die Stärkung des US-Dollar, die zu einem Anstieg der laufenden Erträge führten. Das Ergebnis wird weiterhin von steigenden Kosten im Zusammenhang mit der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und den anhaltend niedrigen Zinsen beeinflusst, die Druck auf die Margen im Einlagengeschäft ausüben. Die Erträge sind aufgrund niedrigerer Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life gesunken. Diesen standen geringere Aufwendungen im Versicherungsgeschäft gegenüber, die in den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgewiesen werden.

In Deutsche AWM lagen die Erträge im Gesamtjahr 2014 bei 4,7 Mrd € und waren damit um 14 Mio € niedriger.

Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge nahmen um 171 Mio € (7 %) zu. Ursache hierfür war ein Anstieg des durchschnittlichen verwalteten Vermögens aufgrund von Nettomittelzuflüssen, positiven Währungseffekten und einer günstigen Marktentwicklung. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge sowie sonstigen laufenden Erträge sanken um 97 Mio € (11 %), was auf niedrigere erfolgsabhängige Provisionserträge in der Vermögensverwaltung sowie geringere Transaktionserträge aus festverzinslichen und Devisenprodukten für Privatkunden

zurückzuführen ist. Der Zinsüberschuss erhöhte sich infolge eines höheren Kreditvolumens, der Eintreibung von in früheren Perioden angefallenen Zinsen und verbesserter Kreditmargen um 47 Mio € (8 %). Die Erträge aus Sonstigen Produkten stiegen um 69 Mio € (19 %). Grund hierfür waren unter anderem gestiegene Erträge im Geschäft mit alternativen Anlagen. Diese wurden jedoch teilweise durch ungünstige Veränderungen aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Garantien aufgehoben, die durch den Rückgang der langfristigen Zinssätze beeinflusst wurden. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life sanken um 202 Mio € (41 %) und wurden größtenteils durch gegenläufige Entwicklungen in den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich um 30 Mio €. Dies resultierte vorwiegend aus geringeren Einzelrückstellungen sowie aus Wertaufholungen in 2014.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 241 Mio € (6 %). Hauptursachen hierfür waren gesunkene Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, die Wertaufholung einer Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte von Scudder, geringere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms und die positiven Auswirkungen laufender OpEx-Maßnahmen sowie niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten. Dieser Rückgang wurde teilweise aufgehoben durch gestiegene Personalaufwendungen aus strategischen Neueinstellungen und Einmaleffekten zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie Änderungen in Bezug auf Pensionsverpflichtungen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Ergebnis vor Steuern von 1,0 Mrd € erzielt, was einem Anstieg um 254 Mio € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die leicht rückläufigen Erträge wurden durch eine gesunkene Risikovorsorge im Kreditgeschäft und niedrigere Zinsunabhängige Aufwendungen mehr als ausgeglichen.

Die Invested Assets in Deutsche AWM beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 1,0 Bio € und lagen damit um 116 Mrd € (13 %) höher. Hauptgründe hierfür waren Währungseffekte von 50 Mrd €, positive Marktwertentwicklungen von 43 Mrd € und Mittelzuflüsse von 40 Mrd €.

Die folgende Tabelle stellt die Jahresentwicklung des verwalteten Vermögens in 2014 nach Produktklasse zusammen mit der entsprechenden durchschnittlichen Marge dar.

in Mrd €	WM Beratungs- mandat	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Gesamtes Vermögen
Bestand zum 31. Dezember 2013	231	79	63	145	294	111	923
Zuflüsse	55	26	11	50	102	34	278
Abflüsse	(45)	(18)	(7)	(48)	(96)	(23)	(238)
Nettomittelaufkommen	10	9	4	2	6	11	40
Währungsentwicklung	15	4	5	6	17	3	50
Marktentwicklung	5	5	2	10	14	7	43
Sonstiges	2	(0)	0	(0)	(16)	(3)	(18)
Bestand zum 31. Dezember 2014	263	97	73	163	314	130	1.039
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	42	56	8	50	16	49	

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt	401	172	896	229	133	-724	-81
davon:							
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	-631	-612	176	-19	3	-788	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	54	259	818	-206	-79	-559	-68
Personalaufwand	94	107	234	-13	-12	-128	-54
Sachaufwand	2.986	2.508	3.299	478	19	-791	-24
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	194	0	-194	N/A	194	N/A
Restrukturierungsaufwand	-1	4	25	-6	N/A	-20	-83
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.079	2.813	3.558	265	9	-745	-21
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	-2	-3	3	N/A	1	-24
Ergebnis vor Steuern	-2.732	-2.899	-3.478	167	-6	579	-17
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Aktiva ¹	27.172	38.853	63.810	-11.681	-30	-24.957	-39
Risikogewichtete Aktiva ²	34.463	58.524	52.443	-24.062	-41	6.081	12
Durchschnittliches Active Equity ³	6.674	7.762	10.296	-1.088	-14	-2.535	-25
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-41 %	-37 %	-34 %	N/A	-4 Ppkt	N/A	-4 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren bis 31. Dezember 2013 auf dem Basel 2.5 Regelwerk und ab 1. Januar 2014 auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.³ Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2015

In 2015 hat die NCOU ihre Strategie zur Risikoreduzierung mit einem besonderen Fokus auf Kapitalbeitrag und Initiativen zum Schuldenabbau fortgesetzt. Zur Risikoreduzierung gehörten auch der Verkauf von Maher Prince Rupert sowie diverse Engagements, die von Altbeständen herrührten. Das Ergebnis vor Steuern hat sich insgesamt verbessert, wurde aber durch einen Anstieg der Zinsunabhängigen Aufwendungen beeinflusst, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten. Beim Abbau der Risikoaktiva wurden in 2015 Gewinne von 415 Mio € erzielt.

Die Erträge erhöhten sich primär aufgrund von Sondereffekten um 229 Mio € (133 %). Diese enthielten eine aus einer spezifischen Rechtsstreitigkeit resultierende Position von 219 Mio € sowie 195 Mio € Erlöse aus dem Verkauf von Maher Prince Rupert. Die geringeren Portfolioerträge nach dem Verkauf von Beteiligungen einschließlich The Cosmopolitan of Las Vegas wurden durch den Nettoeffekt aus niedrigeren Bewertungs- und Marktwertanpassungen teilweise kompensiert. Die in 2014 erfassten Erträge enthielten negative Positionen in Höhe von 314 Mio €, die aus Marktwertverlusten im Zusammenhang mit der Fremdfinanzierung von Maher resultierten, sowie Verluste der Special Commodities Group (SCG) in Höhe von 151 Mio € im Zusammenhang mit handelbaren Produkten auf dem US-Energiemarkt.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank gegenüber 2014 um 206 Mio € (79 %). Dieser Rückgang war hauptsächlich auf eine niedrigere Risikovorsorge auf nach IAS 39 umklassifizierte Aktiva zurückzuführen einschließlich Auflösungen von Risikovorsorge bei Immobilien.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen hauptsächlich infolge höherer Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten um 265 Mio € (9 %). Zinsunabhängige Aufwendungen, ohne Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, waren im Jahresvergleich um 40 % geringer, was auf Veräußerungen, unter anderem von The Cosmopolitan of Las Vegas, sowie den Wegfall einer einmaligen Wertminderung aus dem Vorjahr im Zusammenhang mit Maher Terminals zurückzuführen ist.

Der Verlust vor Steuern betrug 2,7 Mrd €, was einem Anstieg von 167 Mio € gegenüber 2014 entspricht. Höhere Erträge und geringere Kreditverluste waren die Haupttreiber, während die Zinsunabhängigen Aufwendungen aufgrund der Belastungen durch Rechtsstreitigkeiten höher ausfielen.

2014

Bei ihren Aktivitäten zum Risikoabbau legte die NCOU 2014 einen besonderen Fokus auf die Veräußerung operativer Vermögenswerte, die zuvor im ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments gehalten worden waren. Zu den 2014 veräußerten Vermögenswerten gehören die BHF-BANK und The Cosmopolitan of Las Vegas. Ergänzt wurden diese Verkäufe durch die Veräußerung weiterer Altbestände, wie die vorzeitige Auflösung einiger zur Absicherung gehaltener Kreditderivate im Monoline-Portfolio und den Verkauf zugrunde liegender Anleihen sowie eine signifikante Reduzierung der Vermögenswerte gemäß CRD 4 im Kreditkorrelationsportfolio. Durch den Abbau von Risikoaktiva wurden 2014 Gewinne in Höhe von 181 Mio € erzielt.

Die Erträge der NCOU sanken im Berichtszeitraum um 724 Mio € (81 %) auf 172 Mio €. Dieser Rückgang reflektiert gesunkene Portfolioerträge infolge der Veräußerung von Vermögenswerten und geringere Gewinne aus dem Risikoabbau, die teilweise durch niedrigere Bewertungsanpassungen im Berichtszeitraum ausgeglichen wurden. Zu den Sondereffekten in 2014 zählten Marktwertverluste im Zusammenhang mit einer Swap-Transaktion in Höhe von 314 Mio € aufgrund der Restrukturierung der Fremdfinanzierung bei Maher Terminals, in deren Folge die aufgelaufenen Marktwertverluste nicht mehr erfolgsneutral, sondern in Sonstigen Erträgen ausgewiesen werden. Ein weiterer Sondereffekt war ein Verlust von 151 Mio € in der Special Commodities Group aus unserem Engagement in handelbaren Produkten am US-amerikanischen Energiemarkt. 2013 beinhalteten die Erträge einen Verlust von 183 Mio € im Zusammenhang mit dem Verkauf der BHF-BANK, einen negativen Effekt von 171 Mio € infolge der erstmaligen Anwendung einer refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment – FVA) und Kosten für Hypothekenrückkäufe von 122 Mio €.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank im Vergleich zu 2013 um 559 Mio € (68 %). Dieser Rückgang ist vor allem auf eine niedrigere Risikovorsorge für gemäß IAS 39 reklassifizierte Vermögenswerte und Gewerbeimmobilien zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen verringerten sich gegenüber 2013 um 745 Mio € (21 %), was vor allem auf gesunkene Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen war. Die direkten Kosten gingen ebenfalls um 327 Mio € (21 %) zurück. Dies resultierte aus dem Verkauf der BHF-BANK im Berichtsjahr sowie anderen Maßnahmen zum Risikoabbau. Dieser Rückgang wurde durch eine spezifische Wertminderung von 194 Mio € aufgehoben, die in 2014 auf unsere Beteiligung an Maher Terminals vorgenommen wurde.

Der Verlust vor Steuern betrug 2,9 Mrd €, was einer Verbesserung von 579 Mio € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Geringere Erträge und gesunkene Kreditverluste spiegeln die Fortschritte beim Risikoabbau wider. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen haben sich verringert, werden jedoch weiterhin durch die zeitliche Verteilung und die Art von Sondereffekten beeinflusst.

Consolidation & Adjustments

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt¹	-30	-240	-519	210	-87	279	-54
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	1	0	0	18	0	38
Personalaufwand	4.329	3.798	3.644	531	14	154	4
Sachaufwand	-3.604	-3.759	-3.013	155	-4	-746	25
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	-0	0	0	N/A	-0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	724	39	631	686	N/A	-593	-94
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-27	-28	-15	1	-4	-13	82
Ergebnis vor Steuern	-729	-251	-1.136	-478	190	884	-78
Aktiva²	10.880	10.474	10.371	407	4	102	1
Risikogewichtete Aktiva³	11.283	20.437	10.832	-9.154	-45	9.606	89
Durchschnittliches Active Equity⁴	7	0	0	7	N/A	0	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.² Aktiva enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskosten.³ RWA basieren auf Basel 2.5 Regeln per 31. Dezember 2013 und auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014. Risikogewichtete Aktiva in C&A enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen. Dies sind in erster Linie Konzernaktiva, die im Zusammenhang mit den Pensionsplänen des Konzerns stehen. Der Rückgang der risikogewichteten Aktiva in 2013 war im Wesentlichen auf den Risikoabbau bei unseren Pensionsverpflichtungen zurückzuführen.⁴ Das durchschnittliche Active Equity in C&A reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ beschrieben.

2015

In Consolidation & Adjustments (C&A) wurden 2015 Erträge von negativen 30 Mio € ausgewiesen. Diese beinhalten negative 146 Mio €, die aus Bewertungs- und Terminierungsunterschieden resultieren. Die Gründe hierfür waren ein geringer Risikoaufschlag bei eigenen Verbindlichkeiten sowie eine Verengung des Basisspreads zwischen Euro und US-Dollar wie auch eine Bewertungsmethodenänderung für Verbindlichkeiten, die zum Zeitwert bilanziert werden. In den Erträgen ebenfalls enthalten sind negative 130 Mio € im Zusammenhang mit dem Ausschluss von Postbank-Minderheitsaktionären. Diese negativen Effekte wurden teilweise durch einen positiven Effekt von 72 Mio € aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (FVA) interner unbesicherter Derivate aufgehoben.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 724 Mio €, die hauptsächlich auf die Kosten für Rechtsstreitigkeiten von 358 Mio € zurückzuführen sind, stehen im Zusammenhang mit Infrastrukturfunktionen sowie Kosten in Höhe von 68 Mio € aus der Entkonsolidierung der Postbank und aus zugehöriger Grunderwerbsteuer. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen enthalten auch eine Vorsorge für vergütungsabhängige Nebenleistungen in Höhe von 54 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Verlust vor Steuern von 729 Mio € ausgewiesen nach einem Verlust von 251 Mio € in 2014. Die Entwicklung ist hauptsächlich auf die Kosten für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Infrastrukturfunktionen zurückzuführen.

2014

In C&A beliefen sich die Erträge auf negative 240 Mio €. Darin enthalten waren negative 172 Mio €, die aus Bewertungs- und Terminierungsunterschieden resultieren, im Vergleich zu negativen 249 Mio € in 2013, da sowohl die Volatilität bei USD/EUR-Basis-Spreads als auch der Effekt aus eigenen Risikoprämien geringer ausfielen. Die Erträge enthielten außerdem einen Verlust von 66 Mio € aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (FVA) interner unbesicherter Derivate.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 39 Mio € waren um 94 % geringer als im Vorjahr. Hauptursache hierfür ist das Ausbleiben einer wesentlichen Aufwendung für Rechtsstreitigkeiten von 528 Mio € in 2013.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Verlust vor Steuern von 251 Mio € ausgewiesen nach einem Verlust von 1,1 Mrd € in 2013. Die Entwicklung wurde vorwiegend durch den oben genannten Wegfall wesentlicher Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Vermögenslage

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung 2015 gegenüber 2014	
			in Mio €	in %
Barreserven und Zentralbankeinlagen ¹	96.940	74.482	22.458	30
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) ¹	12.842	9.090	3.752	41
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	56.013	43.630	12.383	28
Handelsaktiva	196.035	195.681	354	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	515.594	629.958	- 114.364	- 18
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	109.253	117.285	- 8.033	- 7
davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	51.073	60.473	- 9.400	- 16
Forderungen aus Wertpapierleihen	21.489	20.404	1.085	5
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.749	405.612	22.137	5
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	94.939	115.054	- 20.115	- 17
Übrige Aktiva	119.765	117.911	1.854	2
Summe der Aktiva	1.629.130	1.708.703	- 79.573	- 5
Einlagen	566.974	532.931	34.043	6
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	13.073	13.226	- 153	- 1
Handelspassiva	52.304	41.843	10.461	25
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	494.076	610.202	- 116.126	- 19
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	44.852	37.131	7.721	21
davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	31.637	21.053	10.585	50
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	554	1.189	- 635	- 53
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	28.010	42.931	- 14.921	- 35
Langfristige Verbindlichkeiten	160.016	144.837	15.179	10
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	134.637	143.210	- 8.574	- 6
Übrige Passiva	67.564	69.170	- 1.605	- 2
Summe der Verbindlichkeiten	1.561.506	1.635.481	- 73.975	- 5
Eigenkapital einschließlich Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	67.624	73.223	- 5.599	- 8

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“ für ausführliche Informationen.

Entwicklung der Aktiva

Die gesamten Aktiva sind im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um 80 Mrd € (oder 5 %) zurückgegangen. Diese Veränderung beinhaltet einen Anstieg in Höhe von 86 Mrd € aus Wechselkursveränderungen, hauptsächlich bedingt durch die Abwertung des Euro gegenüber allen anderen Hauptwährungen in der Berichtsperiode, 71 Mrd € hiervon entfiel auf die deutliche Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Effekte sind auch in den Veränderungen pro Bilanzposition enthalten, die in diesem Abschnitt diskutiert werden. Bereinigt um Währungseffekte hätten wir unsere Bilanzsumme im Berichtszeitraum um 165 Mrd € reduziert.

Der Nettorückgang während der Berichtsperiode wurde hauptsächlich von einem Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 114 Mrd € (142 Mrd € bereinigt um Währungskurseffekte) getrieben. Dieser Rückgang insbesondere bei Zinsprodukten war hauptsächlich bedingt durch Marktbewegungen einschließlich der Ausweitung von Swap Spreads sowie einer Fokussierung der Bank auf Programme zum Schuldenabbau.

Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung gingen um 20 Mrd € zurück, hauptsächlich bedingt durch einen Rückgang der schwebenden Lieferpositionen auf einen Rekord-Tiefstand infolge von geringeren Handelsaktivitäten gegen Ende des Jahres.

Zur Anpassung unserer Finanzberichterstattung an regulatorische Meldeerfordernisse haben wir den Ausweis der Barreserve sowie der Einlagen bei Kreditinstituten geändert. Dies erlaubt nun eine getrennte Darstellung von Barreserven und Zentralbankeinlagen gegenüber Einlagen bei Kreditinstituten. Die Aufteilung für vorangegangene Perioden wurde entsprechend angepasst, siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“ für weitergehende Informationen. Im Jahresverlauf stiegen die Barreserve sowie Zentralbankeinlagen um 22 Mrd € an, hauptsächlich getrieben durch höhere Einlagen bei Zentralbanken in ausgewählten Jurisdiktionen. Diese Erhöhungen unterstützten eine Verbesserung unserer Liquiditäts-Stresstestposition in der Gruppe und ermöglichten uns, lokale Liquiditätsanforderungen für bestimmte Einheiten in der EU im Zuge der Einführung der EU-Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio) zu erfüllen.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft stiegen um 22 Mrd € an, davon entfielen mehr als die Hälfte auf Wechselkurseffekte. Höhere Inanspruchnahmen in CB&S Structured Finance, Deutsche AWM sowie PBC wurden dabei teilweise durch einen gesteuerten Abbau in der NCOU kompensiert.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (in den Übrigen Aktiva enthalten) erhöhten sich um 9 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg von hochliquiden Wertpapieren, die im Rahmen der strategischen Liquiditätsreserve der Gruppe gehalten werden. Dieser Anstieg resultiert aus der fortgesetzten Optimierung der Liquiditätsreserven des Konzerns.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten erhöhte sich zum 31. Dezember 2015 um 74 Mrd € (oder 5 %) gegenüber dem Jahresende 2014. Ähnlich wie für die Aktivseite hatten Effekte aus Wechselkursveränderungen während der Berichtsperiode einen bedeutenden gegenläufigen Effekt, dieser ist bereits in den nachfolgend beschriebenen Veränderungen der Verbindlichkeiten enthalten.

Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten verringerten sich um 116 Mrd € (143 Mrd € bereinigt um Währungskurseffekte), Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung fielen um 9 Mrd €. Diese Veränderungen waren hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sowie Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung bereits oben beschrieben wurden.

Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen gingen hauptsächlich aufgrund geringerer Refinanzierung über Finanzierungsvehikel sowie – in geringerem Umfang – in GTB um insgesamt 15 Mrd € zurück.

Diese Rückgänge wurden durch folgende Bewegungen zumindest teilweise ausgeglichen:

Einlagen erhöhten sich um 34 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch Anstiege unserer Refinanzierung in den Bereichen Transaction Banking, im Wesentlichen aus höheren Sichteinlagen im Zusammenhang mit Clearing-Aktivitäten, Retail sowie unbesicherter Wholesale-Refinanzierung. Fast die Hälfte des Anstiegs war auf Wechselkursänderungen zurückzuführen.

Langfristige Verbindlichkeiten erhöhten sich um 15 Mrd €, hauptsächlich aufgrund höherer Finanzierungsaktivitäten, die das Volumen der im Laufe des Berichtsjahres fällig gewordenen Verbindlichkeiten überstiegen, sowie aufgrund von Wechselkursveränderungen.

Handelsspassiva stiegen um 10 Mrd € an, hiervon entfiel mehr als die Hälfte auf Aktientitel, hauptsächlich aus Prime-Finance-Geschäften, und der Rest auf Schuldverschreibungen.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankguthaben, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind insgesamt um 10 Mrd € gestiegen, hauptsächlich aufgrund einer höheren besicherten Finanzierung des hochliquiden Handelsbestandes.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven zum 31. Dezember 2015 beliefen sich auf 215 Mrd € (zum Vergleich: 184 Mrd € zum 31. Dezember 2014). Wir erhielten eine positive Netto-Liquiditätsposition unter Stress zum 31. Dezember 2015 (in einem kombinierten Szenario).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 31. Dezember 2014 und dem 31. Dezember 2015 insgesamt um 5,6 Mrd € reduziert. Diese Verminderung resultierte hauptsächlich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären und zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Konzernverlust von 6,8 Mrd €, der Dividendenzahlung an Deutsche Bank-Aktionäre von 1,0 Mrd €, unrealisierten Verlusten (per saldo) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 291 Mio €, die hauptsächlich aus niedrigeren Marktpreisen von festverzinslichen Wertpapieren europäischer Emittenten resultierten, sowie der Kuponzahlung für Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile von 228 Mio € nach Steuern. Teilweise gegenläufig zu dieser negativen Entwicklung war ein positiver Effekt aus Wechselkursänderungen in Höhe von 2,0 Mrd € (vor allem US-Dollar).

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Unser Hartes Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 betrug zum 31. Dezember 2015 52,4 Mrd €, verglichen mit 60,1 Mrd € zum 31. Dezember 2014. In erster Linie wegen des verringerten Harten Kernkapitals verzeichnete die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 zum 31. Dezember 2015 einen Rückgang auf 13,2 %, nach 15,2 % zum 31. Dezember 2014. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4 änderten sich zum 31. Dezember 2015 geringfügig auf 397,4 Mrd €, verglichen mit 396,6 Mrd € per 31. Dezember 2014.

Unser Hartes Kernkapital in der CRR/CRD 4-Vollumsetzung betrug zum 31. Dezember 2015 44,1 Mrd €, was zu einer Harten Kernkapitalquote gemäß Vollumsetzung von 11,1 % führte, verglichen mit 46,1 Mrd € und 11,7 % zum Jahresende 2014. Die RWA in der CRR/CRD 4-Vollumsetzung betrugen 396,7 Mrd € zum 31. Dezember 2015, verglichen mit 394,0 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Für weitere Informationen siehe „Lagebericht: Materielles Risiko und Kapitalperformance: Kapital- und Verschuldungsquote“.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Am 31. Dezember 2015 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 4,4 Mrd € (31. Dezember 2014: 7,4 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug zum 31. Dezember 2015 4,3 Mrd € (31. Dezember 2014: 7,4 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen zu diesen Vermögenswerten und den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ verwiesen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern

Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und an mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monolineversicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf den forderungsbesicherte Schuldverschreibungen oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monolineversicherern werden nur dann fällig, wenn der Bank Verluste dadurch entstehen, dass Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht weiterhin eine gewisse Verunsicherung darüber, ob manche Monolineversicherer ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, können wir Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva geltend machen.

Die folgenden Tabellen fassen unser Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten und anderen Aktivitäten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolineversicherern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die sonstigen Risikopositionen, die in der zweiten Tabelle beschrieben sind, resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriefte Hypothekenkredite, hybride Kapitalinstrumente, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen oder kommunalen Sektors. Die Tabellen zeigen die zugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die wir für diese Positionen vorgenommen haben. Für Risikopositionen mit Monolineversicherern mit aktiv gehandelten Kreditausfallversicherungen („Credit Default Swaps“, CDS) werden die kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen mithilfe eines Bewertungsmodells auf Basis der CDS berechnet. Die Bewertungsanpassungen für Risikopositionen mit Monolineversicherern ohne aktiv gehandelte CDS werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich durch den Markt definierter Ausfallwahrscheinlichkeiten, der Wahrscheinlichkeit eines Kreditereignisses (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.

Die Zuordnung zu den unten genannten Bonitätseinstufungen basiert jeweils auf der niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufung von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Einstufung. Die Tabelle beinhaltet die Migration von Positionen von Non-Investment Grade zu Investment Grade im Zusammenhang mit dem Kauf von Radian Asset Assurance Inc. durch Assured Guaranty Corp in 2015.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite

in Mio €	31.12.2015				31.12.2014			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizu- legender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizu- legender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen
AA Monolines:								
Sonstige Subprime	97	24	-5	19	95	30	-7	23
Alt-A	400	97	-12	85	1.405	423	-61	361
AA Monolines insgesamt	497	121	-17	104	1.500	452	-68	384

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern

in Mio €	31.12.2015				31.12.2014			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen
AA Monolines:								
TPS-CLO	1.288	332	-64	268	1.269	254	-43	210
CMBS	378	0	0	0	712	-2	0	-2
Corporate Single Name/Corporate								
CDO	0	0	0	0	0	0	0	0
Studentenkredite	360	52	-14	38	322	44	-9	35
Sonstige	749	84	-29	55	506	72	-14	59
AA Monolines insgesamt	2.775	468	-107	361	2.810	368	-66	302
Nicht-Investment- Grade Monolines:								
TPS-CLO	23	5	-2	3	329	77	-16	61
CMBS	1.443	-1	0	-1	1.476	-2	0	-2
Corporate Single Name/Corporate								
CDO	24	4	-1	3	28	5	0	5
Studentenkredite	746	84	-14	70	679	66	-9	57
Sonstige	502	97	-31	66	774	136	-50	86
Nicht-Investment- Grade Monolines insgesamt	2.738	189	-48	141	3.285	282	-75	207
Insgesamt	5.513	657	-155	502	6.095	650	-141	509

Die Tabellen berücksichtigen nicht das Kontrahentenrisiko gegenüber Monolineversicherern aus so genannten „Wrapped Bonds“. Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Berichtsjahres auf Null € (2014: Null €). Die Risikopositionen von „Wrapped Bonds“, die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, betragen 23 Mio € (2014: 22 Mio €). In jedem Fall stellen die Werte eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Zum 31. Dezember 2015 betragen die Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern insgesamt 172 Mio €. Die Reduzierung in der Bewertungsanpassung auf Risikopositionen gegenüber dem 31. Dezember 2014 ist auf ein reduziertes Kreditvolumen aufgrund von Verkaufsaktivitäten in der Periode zurückzuführen.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikobericht enthalten.

Langfristige Bonitätseinstufung

Im Jahresverlauf 2015 und Anfang 2016 haben die vier Ratingagenturen branchenweite Anpassungen ihrer Ratingmethoden sowie ihre Überprüfung der Annahmen in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit von Staatshilfen abgeschlossen. Dies führte zu zahlreichen Änderungen der Langfristratings der Deutschen Bank.

Im Januar 2016 finalisierte Moody's die Anpassung seiner Ratingmethodik für die Bankenbranche. Diese berücksichtigt, dass in Deutschland ab dem 1. Januar 2017 Einlagen gesetzlichen Vorrang gegenüber vorrangigen unbesicherten Schuldtiteln haben. Infolgedessen erhöhte Moody's das Einlagenrating der Deutschen Bank um eine Stufe auf „A2“ und stufte das Rating der vorrangigen unbesicherten Schuldtitel auf „Baa1“ herab. Der Ausblick für beide Ratings ist negativ. Infolge der geänderten Ratingmethodik hat Moody's auch die kurzfristigen Ratings für Einlagen und vorrangige unbesicherte Schuldtitel auf „P-1“ erhöht. Im März 2015 führte Moody's darüber hinaus das „Counterparty Risk (CR) Assessment“ ein, welches die Fähigkeit des Emittenten, einen Zahlungsverzug auf bestimmte vorrangige operative sowie andere vertragliche Verbindlichkeiten zu vermeiden, einschätzt. Letztere beinhalten Zahlungsverpflichtungen bei Pfandbriefen, Derivaten, Akkreditiven, Garantien Dritter, treuhänderische sowie andere vergleichbare Verpflichtungen. Die Einschätzung von Moody's im Zusammenhang mit Counterparty Risk ist „A2 (cr)“.

Im Dezember 2015 senkte Fitch Ratings das Langfristrating der Deutschen Bank auf „A-“. Dies spiegelt das Umsetzungsrisiko in Bezug auf die neue Strategie wider. Der Ausblick für das Langfristrating ist stabil.

Im Februar 2016 führte DBRS das „Critical Obligations Rating (COR)“ für verschiedene europäische Bankengruppen ein, darunter auch die Deutsche Bank. Das Rating kritischer Verbindlichkeiten wurde eingeführt, um das Ausfallrisiko bestimmter Verbindlichkeiten (inklusive Derivaten, Zahlungs- und Inkassodiensten, Pfandbriefen, bestimmter Liquiditätslinien und Eventualverbindlichkeiten) zu beurteilen. Aus Sicht von DBRS besteht für diese Verbindlichkeiten eine höhere Wahrscheinlichkeit, im Falle eines bail-in's ausgeschlossen zu werden, als bei anderen vorrangigen unbesicherten Schuldtiteln. Daher werden sie im Falle einer Bankauflösung zu einer geringeren Wahrscheinlichkeit Verluste tragen. DBRS hat der Deutschen Bank ein COR-Rating von „AA (low)“ zugewiesen. Im September 2015 hat DBRS im Zuge der Überprüfung der systemischen Unterstützung europäischer Banken das Rating für vorrangige Verbindlichkeiten und Einlagen der Deutschen Bank auf „A“ gesenkt. Der Ausblick ist stabil.

Im Juni 2015 hat S&P das Langfristrating der Deutschen Bank auf „BBB+“ und das Kurzfristrating auf „A-2“ gesenkt. Dies geschah im Zusammenhang mit der Überprüfung einer potenziellen staatlichen Stützung deutscher Banken. Der Ausblick ist stabil.

Ausgewählte Ratingkategorien

	Counterparty Risk	Vorrangig unbesicherte		
		Schuldtitel	Einlagen	Kurzfristrating
Moody's Investors Service, New York ¹	A2 (cr)	Baa1	A2	P-1
Standard & Poor's, New York ²	–	BBB+	–	A-2
Fitch Ratings, New York ³	–	A-	–	F1
DBRS, Toronto ⁴	AA (low)	A	–	R-1 (low)

- ¹ Moody's Ratings beziehen sich auf den 25. Januar 2016. Die „A“-Bonitätseinstufung von Moody's kennzeichnet Verbindlichkeiten, die der oberen Mittelklasse zugeordnet werden und ein geringes Kreditrisiko bergen. Die Zahl 2 zeigt die Einstufung in der Mitte der „A“-Kategorie an. Die Zahl 3 steht für eine Einstufung am unteren Ende der „A“-Kategorie. Verbindlichkeiten mit einem „Baa“-Rating werden der Mittelklasse zugerechnet und bergen ein moderates Kreditrisiko. Daher können sie bestimmte spekulative Elemente aufweisen. Die Zahl 1 zeigt die Einstufung am oberen Ende der „Baa“-Kategorie an.
- ² Standard & Poor's beschreibt Anleihen der Bonitätseinstufung der Kategorie „A“ als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld verglichen mit denen höherer Bonitätseinstufungen. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut. Eine als „BBB“ eingestufte Verbindlichkeit zeigt angemessene Sicherungsparameter an. Nachteilige Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds oder sich verändernde Rahmenbedingungen verringern jedoch mit größerer Wahrscheinlichkeit die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Das Pluszeichen steht für die Einstufung am oberen Ende der „BBB“-Kategorie.
- ³ Eine „A“-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings belegt eine hohe Bonität. Die „A“-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings kennzeichnet eine geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „A“-Bonitätseinstufungen auf eine hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Ungünstige geschäftliche sowie wirtschaftliche Entwicklungen machen sich in dieser Kategorie etwas stärker bemerkbar als in den höheren Kategorien. Das Pluszeichen zeigt die Einstufung am oberen Ende der „A“-Kategorie an. Das Minuszeichen steht für die Einstufung am unteren Ende der „A“-Kategorie.
- ⁴ DBRS definiert seine „A“-Bonitätseinstufung als Beleg für eine zufriedenstellende Kreditqualität mit einem hohen Schutz von Kapital- und Zinszahlungen. Emittenten dieser Kategorie sind anfälliger für nachteilige Wirtschaftsbedingungen und konjunkturelle Schwankungen als Emittenten der Kategorien „AAA“ und „AA“.

Jede Bonitätseinstufung verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem der Deutschen Bank die Bonitätseinstufung mitgeteilt wurde. Es wird empfohlen, jede Bonitätseinstufung getrennt zu bewerten und für die Bedeutung der einzelnen Bonitätseinstufungen die Erklärungen der Ratingagenturen heranzuziehen. Die Ratingagenturen können ihre Bonitätseinstufungen jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätseinstufungen dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf der Wertpapiere der Deutschen Bank.

Vertragliche Verpflichtungen

Noch nicht fällige Barleistungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2015

Vertragliche Verpflichtungen in Mio €	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten ¹	177.953	29.250	58.927	34.190	55.585
Hybride Kapitalinstrumente ¹	8.516	1.459	5.148	624	1.285
Langfristige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verpflichtungen ²	9.071	2.084	2.721	740	3.526
Finanzleasingverpflichtungen	97	6	13	8	70
Operating-Lease-Verpflichtungen	5.170	773	1.325	1.073	1.999
Kaufverpflichtungen	2.012	502	866	487	157
Langfristige Einlagen ¹	28.139	0	10.842	4.537	12.761
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	6.365	1.473	821	1.087	2.983
Insgesamt	237.322	35.548	80.662	42.746	78.366

¹ Beinhaltet Zinszahlungen.

² Beinhaltet im Wesentlichen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den oben genannten Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 91 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Informationstechnologie und Gebäudemanagement. Einige der unter „Kaufverpflichtungen“ ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar, tatsächlich anfallende künftige Zahlungen könnten höher ausfallen. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Anhangangaben) des Konzernabschlusses: Anhangangabe 5 „Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen“, Anhangangabe 24 „Leasingverhältnisse“, Anhangangabe 28 „Einlagen“ und Anhangangabe 32 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente“.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wir haben am 23. Februar 2016 bekannt gegeben, dass wir unser veröffentlichtes Kaufangebot für fünf ausgewählte auf Euro lautende unbesicherte Anleihen im Volumen von bis zu 3 Mrd € erfolgreich abgeschlossen haben. Das hieraus resultierende von der Bank akzeptierte Gesamtvolumen beläuft sich auf 1,27 Mrd €. Weiterhin haben wir am 29. Februar 2016 die vorläufigen Ergebnisse des Kaufangebots für acht ausgewählte auf US-Dollar lautende unbesicherte Anleihen im Volumen von bis zu 2 Mrd US-Dollar bekannt gegeben. Das hieraus resultierende von der Bank akzeptierte Gesamtvolumen beläuft sich auf 740 Mio US-Dollar. Die Deutsche Bank erwartet aus diesen Transaktionen einen positiven Ergebnisbeitrag im ersten Quartal 2016 in Höhe von rund 55 Mio €.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Im Jahr 2016 dürfte das globale Wachstum der Weltwirtschaft 3,0 % betragen und damit das fünfte Jahr in Folge unter der Trendwachstumsrate liegen. Die globale Inflationsrate dürfte sich voraussichtlich auf 3,7 % beschleunigen, hauptsächlich bedingt dadurch, dass im Vergleich zum Vorjahr der negative Effekt der Rohstoffpreise auf die Inflation geringer ausfällt. Für die Industrieländer rechnen wir mit einer geringfügigen Wachstumsverlangsamung auf 1,3 % und einem leichten Anstieg der Verbraucherpreise um 0,8 %. Dagegen erwarten wir in den Schwellenländern eine Wachstumsbeschleunigung auf 4,3 %. Die dortige Inflationsrate dürfte bei 5,7 % liegen.

Das BIP der Eurozone dürfte, unterstützt vom niedrigen Ölpreis und einer langsamen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt, im Jahr 2016 um 1,4 % steigen. Unterstützt wird die Konjunktur der Eurozone zudem weiter durch die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die im Verlauf des Jahres wahrscheinlich ihre Geldpolitik noch expansiver ausrichten wird. Dämpfend wirken jedoch geopolitische Risiken, das Stocken der Strukturreformen und das hohe Niveau der privaten und öffentlichen Verschuldung. Die Verbraucherpreise dürften um 0,2 % steigen. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2016, allein binnenwirtschaftlich getrieben, um 1,7 % wachsen.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,2 %. Während das externe Umfeld infolge der Stärke des US-Dollar und der verhaltenen globalen Nachfrage sowie der ölpreisbedingte negative Effekt auf den Energiesektor dämpft, sorgen die solide Arbeitsmarktentwicklung und der Häusermarkt für positive Impulse. Die Verbraucherpreise steigen wahrscheinlich um 1,2 %. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte insgesamt weiter die US-Konjunktur unterstützen. Wir rechnen mit einem Leitzins der Fed von 0,6 % zum Jahresende 2016.

Die japanische Wirtschaft dürfte im Jahr 2016 um 0,3 % schrumpfen. Die inländische und ausländische Nachfrage dürfte zurückgehen. Die Geldpolitik dürfte weiter extrem expansiv ausgerichtet sein. Die Inflation dürfte bei 0,2 % liegen. Das Wachstum in den Schwellenländern insgesamt wird sich im Jahr 2016 wahrscheinlich erhöhen. Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich mit 6,1 % mehr oder weniger seitwärts bewegen und die Inflation bei 2,7 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte im Jahr 2016 zum Großteil durch die Abkühlung des Sekundärsektors und der Investitionen nur noch um 6,7 % zulegen und eine Inflationsrate von 1,8 % erreichen. Die Geldpolitik dürfte wahrscheinlich noch expansiver ausgerichtet werden, um die Wirtschaft zu stützen.

Zahlreiche Risiken erhöhen derzeit die Unsicherheit unserer globalen Prognose stärker als üblicherweise. Die globalen Finanzmärkte könnten deutlich negativer als unterstellt auf die geldpolitische Normalisierung der US-Geldpolitik reagieren. Dies könnte weltweit negative Auswirkungen auf die Ausgaben der Haushalte und Unternehmen haben und zu deutlich stärkeren Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern führen. Der Rückgang des Ölpreises verschärft die Probleme in den Förderländern und erhöht die Finanzierungsprobleme für Energieinvestitionen. Zudem könnte es zu einer Eskalation geopolitischer Risiken kommen, insbesondere der Konflikte im Nahen Osten. Ebenfalls könnte eine harte Landung Chinas globale Verwerfungen nach sich ziehen. In Europa könnten eine aufflammende Diskussion über den weiteren Kurs der Geldpolitik und die Zukunft der Eurozone, eine ausbleibende Konsolidierung im öffentlichen oder privaten Sektor, ein Stoppen bei der Implementierung von Strukturreformen oder aber eine gestiegene Zustimmung für populistische Parteien erhebliches Störpotenzial für unsere Prognosen entfalten. Das Referendum in Großbritannien, regionale Unabhängigkeitsbestrebungen und anhaltend schwierige Verhandlungen mit Griechenland stellen weitere Risiken dar. Außerdem könnte die Flüchtlingskrise die politische Uneinigkeit in der Europäischen Union weiter verschärfen.

Die Bankenbranche

In den nächsten zwölf Monaten können europäische Banken mit einer weiteren Verbesserung ihrer Geschäftsentwicklung und Profitabilität rechnen. Die Kreditvergabe an den Privatsektor sollte weiter moderat ansteigen, während das Volumen notleidender Kredite zurückgehen dürfte. Das Einlagengeschäft ist weiterhin aufgrund eines niedrigen Zinsumfelds unter Druck. In Deutschland ist grundsätzlich von einer leicht besseren Entwicklung als im Euroraum insgesamt auszugehen. Die Ausweitung des Kreditvolumens mit Unternehmen sollte ebenso wie die des privaten Hypothekengeschäfts anhalten.

In den USA dürften die soliden Konjunkturaussichten und geringen Arbeitslosenzahlen zu einer höheren Kreditvergabe an Unternehmen und Privathaushalte führen. Mit der im Dezember 2015 eingeleiteten Zinswende der Federal Reserve sollte sich die Zinsmarge der amerikanischen Banken mittelfristig stabilisieren und zu einer höheren Profitabilität beitragen.

In Japan könnte die Kreditvergabe 2016 von einer stärker werdenden Binnenwirtschaft profitieren. In China wird die konjunkturelle Abkühlung möglicherweise einen dämpfenden Effekt auf das Kredit- und Einlagenwachstum haben.

Aus regulatorischer Sicht steht der Bankensektor 2016 vor vielfältigen Herausforderungen. Global wird der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht („BCBS“) wahrscheinlich weitere Maßnahmen beschließen, durch die die Eigenkapitalanforderungen erneut steigen werden. Dazu gehört unter anderem ein überarbeiteter Standardansatz zur Bestimmung risikogewichteter Aktiva. Zudem wird der BCBS voraussichtlich höhere Leverage Ratio-Anforderungen an global systemrelevante Institute wie uns stellen. Im Euroraum nahm der einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) mitsamt Abwicklungsbehörde (SRB) und Abwicklungsfonds zum 1. Januar 2016 seine Arbeit voll auf, Letzterer muss allerdings noch schrittweise bis 2024 aufgebaut werden. Zudem wird die Abwicklungsbehörde institutsspezifisch festlegen, wie viel Eigen- und bail-in-fähiges Fremdkapital große Banken wie wir, für die sie die zuständige Abwicklungsbehörde ist, für den Abwicklungsfall vorhalten müssen („Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities“, MREL). Des Weiteren beabsichtigt der SRB, die Prinzipien des TLAC-Standards in seine MREL-Entscheidungen einfließen zu lassen. Die EZB und die EBA werden zudem im Jahr 2016 bei ungefähr 100 europäischen Instituten einen neuen Stresstest durchführen. In Deutschland wurde das Abwicklungsmechanismusgesetz im November 2015 veröffentlicht, das das nationale Bankenabwicklungsrecht an die SRM-Verordnung anpasst. Zusätzlich sieht das neue Gesetz vor, dass in Insolvenzfällen, die ab dem 1. Januar 2017 eröffnet werden, künftig vorrangige Schuldverschreibungen im Rang hinter sonstigen vorrangigen Verbindlichkeiten zurücktreten, ohne nachrangige Verbindlichkeiten darzustellen.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im Oktober 2015 haben wir mit der Strategie 2020 die nächste Phase unserer Strategie eingeleitet. Sie umfasst im Wesentlichen vier Ziele: die Deutsche Bank einfacher und effizienter zu machen, Risiken abzubauen, die Kapitalposition zu stärken sowie die Bank zu einem disziplinierter geführten Finanzinstitut zu entwickeln. Ab 2016 werden wir die Unternehmensbereiche der Bank an den Kunden ausrichten, die wir betreuen – Institutionen, Unternehmen, Vermögensverwalter und Privatkunden. So können wir die Komplexität reduzieren und die Bedürfnisse unserer Kunden zielgerichteter erfüllen.

Um die Finanzziele der Strategie 2020 zu unterstreichen, haben wir sie in zwei Kategorien unterteilt. Die erste, auch als Zwischenziel bezeichnete Kategorie, soll bis 2018 implementiert werden. Sie umfasst vorwiegend Veräußerungen, eine Senkung der Mitarbeiterzahl, Kosteneinsparungen und risikogewichtete Aktiva. Die Finanzziele der zweiten Kategorie, deren Umsetzung bis 2020 erfolgen soll, beinhalten die Verschuldungsquote, Kosteneinsparungen, die Dividendenausschüttungsquote und die Harte Kernkapitalquote (CET 1-Kapitalquote). Die wichtigsten Finanzkennzahlen des Konzerns werden in der folgenden Tabelle dargestellt.

Finanzkennzahlen

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2015	Ziel für 2018	Ziel für 2020
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ¹	11,1 %	Mindestens 12,5 %	Mindestens 12,5 %
Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ²	3,5 %	Mindestens 4,5 %	Mindestens 5,0 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital ³	-12,3 %	Größer als 10,0 %	Größer als 10,0 %
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen ⁴	26,5 Mrd €	Weniger als 22 Mrd € pro Jahr	Weniger als 22 Mrd € pro Jahr
Aufwand-Ertrag-Relation ⁵	115,3 %	~ 70,0 %	~ 65,0 %
Risikogewichtete Aktiva ⁶	397 Mrd €	320 Mrd €	310 Mrd €

Hinweis: Ein Vergleich der Konzernfinanzkennzahlen mit Planwerten aus dem Vorjahr ist aufgrund der neu formulierten Strategie nicht aussagekräftig.

¹ Die Harte Kernkapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

² Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

³ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Die Berechnung basiert auf einer effektiven Steuerquote von minus 11 % zum 31. Dezember 2015. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁴ Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Restrukturierung und Abfindungszahlungen, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Wertberichtigungen auf Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Weitere Informationen sind im Abschnitt nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen enthalten.

⁵ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁶ Ohne Berücksichtigung eines regulatorisch getriebenen Anstiegs der risikogewichteten Aktiva.

In unserem strategischen Plan haben wir einen EUR/USD-Wechselkurs von 1,07 und einen EUR/GBP-Wechselkurs von 0,72 bei der Determinierung der Finanzkennzahlen für die Jahre 2018 und 2020 zugrunde gelegt.

Für das Jahr 2016 erwarten wir weitere Beeinträchtigungen unserer Erträge durch das niedrige Zinsumfeld und die herausfordernden Bedingungen für das Handelsgeschäft. Restrukturierungsaktivitäten zur Reduzierung unserer Länder-, Kunden- und Produktportfolios werden voraussichtlich die Möglichkeiten der Ertragsgenerierung zusätzlich beeinflussen. Gleichzeitig werden wir jedoch weiter in Wachstumsbereiche von Transaction Banking, Asset Management, Wealth Management und Equities investieren. Wir erwarten, dass der Großteil der Restrukturierungsmaßnahmen bis zum Ende des Jahres 2016 anfallen wird, und den Abschluss der Re-Strukturierungsaktivitäten im Jahr 2017. Unsere Gesamtkostenbasis im Jahr 2016 wird weiter durch Kosten für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungsaufwandbelastet sein.

Bei unserem Kapitalmanagement konzentrieren wir uns auch künftig auf die Erzielung einer Harten Kernkapitalquote von mindestens 12,5 % bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung (CET 1-Kapitalquote). Dieses Ziel unserer Strategie 2020 wollen wir bis 2018 erreichen. In 2016 rechnen wir mit einer nahezu unveränderten Harten Kernkapitalquote, so dass die Kapitalausstattung der Deutschen Bank nach wie vor weit über den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen und SREP-Vorschriften liegen wird. Das Harte Kernkapital sollte weitgehend stabil bleiben, da die Kapitalbildung von den Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen, Rechtsstreitigkeiten und den Risikoabbau in der NCOU beeinflusst wird.

Die Deutsche Bank ist weiterhin entschlossen, gemäß der Strategie 2020 eine Verschuldungsquote bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung von mindestens 4,5 % in 2018 und 5 % in 2020 zu erreichen. Durch die disziplinierte Reduzierung unserer Verschuldungsposition hat sich die Verschuldungsquote bis zum Ende des Geschäftsjahres 2015 bei 3,5 % stabilisiert. In 2016 werden wir das aktive Management unserer CRD 4-Verschuldungsposition fortsetzen. Wir erwarten im Jahr 2016 eine nahezu unveränderte CRR/CRD 4 Leverage Ratio.

In 2016 werden wir unsere Strategie 2020 zielgerichtet umsetzen. Wir erwarten daher weitere Aufwendungen für Restrukturierungen und Abfindungen in Höhe von rund 1,0 Mrd €, anhaltende Belastungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie einen kontinuierlichen Kostendruck durch Aufwendungen zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen, Bankenabgaben und schwierige Marktbedingungen. Wir sind entschlossen, unsere angestrebte Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von 10 % nach Abschluss der Strategie 2020 zu erreichen. Die für 2016 geplanten Maßnahmen werden zwar die Finanzkennzahlen in diesem Jahr belasten, jedoch entscheidend zur Erfüllung dieses Ziels beitragen. Insgesamt erwarten wir eine teilweise Verbesserung der Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, im Jahr 2016.

Die Erzielung einer strukturell vertretbaren Kostenbasis zählt zu unseren obersten Prioritäten. Wir halten weiterhin an unserem im Rahmen der Strategie 2020 erklärten Ziel einer bereinigten Kostenbasis von unter 22 Mrd € und einer Aufwand-Ertrag-Relation von rund 70 % bis 2018 fest. 2016 wird jedoch ein schwieriges Jahr für die Deutsche Bank, da unser Restrukturierungsprogramm keinen unmittelbaren Effekt auf unsere Kostenbasis haben wird. Wir beabsichtigen, auch künftig Kosteneinsparungen und -effizienzen zu erzielen. Gleichzeitig werden wir jedoch in unsere Technologie sowie Programme zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen investieren und höhere Kosten aus der Abschreibung von Software einkalkulieren. Daher erwarten wir eine bereinigte Kostenbasis auf nahezu demselben Niveau wie im Geschäftsjahr 2015. Darüber hinaus wird unsere Gesamtkostenbasis auch in 2016 von Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungen belastet werden. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass sich unsere Aufwand-Ertrag-Relation im Geschäftsjahr 2016 verbessern, aber auf einem hohen Niveau bleiben wird, da infolge des Niedrigzinsumfelds und fortdauernder Marktvolatilität mit Herausforderungen auf der Ertragsseite zu rechnen ist.

Die risikogewichteten Aktiva dürften im Jahr 2016, hauptsächlich getrieben durch den erwarteten Anstieg der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko sowie geplantes Geschäftswachstum, leicht ansteigen. Dies wird teilweise durch die geplante Beschleunigung unseres Programms zum Risikoabbau in der NCOU ausgeglichen werden.

Zur Verbesserung der Kapitalausstattung der Deutschen Bank hat der Vorstand dem Aufsichtsrat vorgeschlagen, einen Ausfall der Dividende für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 zu empfehlen. In unserer Ankündigung zur Strategie 2020 haben wir betont, dass wir mittelfristig eine marktgerechte Dividendenausschüttungsquote anstreben.

Bedingt durch die Art unserer Geschäftstätigkeit sind wir an Rechts- und Schlichtungsverfahren sowie aufsichtsrechtlichen Untersuchungen in Deutschland und zahlreichen Jurisdiktionen außerhalb Deutschlands, insbesondere in den USA, beteiligt, deren Ausgang unsicher ist. Wir haben bereits zahlreiche signifikante Rechtsstreitigkeiten beigelegt und Fortschritte bei laufenden Verfahren erreicht. Uns ist bewusst, dass das Umfeld in Bezug auf Rechtsstreitigkeiten auch künftig herausfordernd sein wird.

Die Geschäftsbereiche

Im Zusammenhang mit der Strategie 2020 wurde unsere Segmentstruktur überarbeitet. Ab 2016 agieren wir mit den Segmenten Global Markets (GM), Corporate & Investment Banking (CIB), Private, Wealth and Commercial Clients (PW&CC), Postbank, Deutsche Asset Management (AM) und Non-Core Operations Unit (NCOU). Die folgenden Abschnitte enthalten den Ausblick für unsere Geschäftsbereiche in ihrer derzeitigen organisatorischen Struktur. Weitere Einzelheiten zur neuen Struktur werden unter den entsprechenden Geschäftsbereichen erläutert.

Corporate Banking & Securities

Das Geschäftsumfeld von Corporate Banking & Securities (CB&S) bleibt auch im Jahr 2016 sehr herausfordernd. Seit Beginn des Jahres 2016 sehen wir einen signifikanten Rückgang der Aktienmärkte, der durch zahlreiche Faktoren getrieben ist. Zu den anhaltenden Risiken und Unsicherheiten gehören die Anfälligkeit des globalen Wirtschaftswachstums für Ereignisrisiken, die Entwicklung der Geldpolitik der Zentralbanken, die Auswirkungen der niedrigen Ölpreise auf den Energiesektor, die fortlaufenden regulatorischen Veränderungen, die Effekte aus einem weiteren Verschuldungsabbau in der Bilanz sowie die Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, die Optimierung unserer Geschäftsplattform und die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Im Jahr 2016 müssen wir weiterem Gegenwind standhalten, der sich auf die Erträge in der Investment-bankingbranche auswirken könnte. Diese Herausforderungen schließen Turbulenzen an den Finanzmärkten mit Auswirkungen auf die Kundenaktivitäten, die weiterhin hohen regulatorischen Anforderungen, den fortgesetzten Druck auf Ressourcen und die potenziellen Auswirkungen geopolitischer Ereignisse mit ein. Wir rechnen mit einem anhaltenden globalen Wirtschaftswachstum in 2016. Gleichwohl werden die unterschiedlichen Wachstumsraten in den Regionen mit zunehmenden Abweichungen bei geldpolitischen Maßnahmen einhergehen.

Wir erwarten für 2016, dass die Erträge in Sales & Trading (Debt) branchenweit leicht sinken, da eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Erträge infolge unterschiedlicher geldpolitischer Maßnahmen durch geringere Erträge aus Kreditprodukten mehr als aufgehoben wird. Die Erträge in Sales & Trading (Equity) werden sich branchenweit in 2016 voraussichtlich moderat verringern. Wir gehen davon aus, dass sich 2016 das Provisionsaufkommen im Markt in Corporate Finance aufgrund rückläufiger Aktivitäten im Beratungsgeschäft leicht reduzieren wird.

Angesichts des herausfordernden Geschäftsumfelds und des wachsenden Drucks auf Bilanzvolumen und Kapital haben wir mit unserer Strategie 2020 einen detaillierten bankweiten Reorganisationsplan vorgestellt, mit dem wir die Effizienz erhöhen und nachhaltige Gewinne erzielen wollen. Als Teil davon wird Corporate Banking & Securities von Beginn des Jahres 2016 an in zwei Geschäftsbereiche aufgeteilt. Die Vertriebs- und Handelsaktivitäten werden in dem neuen Unternehmensbereich Global Markets zusammengefasst. Das Corporate-Finance-Geschäft aus CB&S sowie Global Transaction Banking bilden zusammen den Bereich Corporate & Investment Banking.

Für Global Markets bringt die Umsetzung der Strategie 2020 einen Abbau der CRD 4-Gesamtrisikopositionen und des Verbrauchs von risikogewichteten Aktiva mit sich, welche teilweise durch einen Anstieg von operationellen Risiken und regulatorischen Veränderungen nach dem Basel 4-Rahmenwerk ausgeglichen werden. Dies wird einen Umbau des Geschäftsportfolios erfordern – indem wir unsere Produktpalette, die geografische Präsenz sowie unseren Kundenkreis gezielt einschränken. Zudem werden wir uns darauf konzentrieren, die Kosten zu reduzieren, die Plattformeffizienz zu steigern und gleichzeitig die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zu verbessern, unsere Kontrollen zu optimieren und unsere Verhaltensweisen zu ändern. Auch in den kommenden zwei Jahren werden die Ergebnisse belastet sein. Ursächlich hierfür ist ein weiterer Anstieg risikogewichteter Aktiva (hauptsächlich verursacht durch einen Anstieg der risikogewichteten Aktiva aus operationellen Risiken), die Einschränkung unseres Geschäftsumfangs und die Bereinigung von Altlasten.

In Corporate Finance werden wir weiter den Fokus auf die Vertiefung unserer Kundenverbindungen legen. Wir investieren in Produkte und Geschäftsbeziehungen mit höherer Rendite und beschränken das Geschäft mit Kunden mit geringerer Rendite und Kunden mit höherem Risiko. So wollen wir unser Ziel erreichen, für unsere wichtigsten Firmenkunden eine der drei besten Banken zu sein.

Trotz der schwierigen Marktbedingungen in den vergangenen Jahren und des anhaltenden unsicheren Ausblicks werden die in 2015 vorgestellten strategischen Prioritäten uns so gut positionieren, dass wir potenziellen Herausforderungen begegnen und künftige Chancen nutzen können.

Private & Business Clients

Unsere Strategie 2020 sieht diverse Initiativen zur Transformation von Private & Business Clients (PBC) vor. Diese Initiativen umfassen Maßnahmen zur Verschlankeung unserer Organisation inklusive der Optimierung unseres Filialnetzes in Deutschland sowie Investitionen in die Digitalisierung. Darüber hinaus planen wir Portfoliomaßnahmen, in erster Linie den Verkauf unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd und die Entkonsolidierung der Postbank.

Am 28. Dezember 2015 haben wir bekannt gegeben, dass wir unsere gesamte Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in Höhe von 19,99 % an die PICC Property and Casualty Limited veräußern werden. Der Verkaufspreis beträgt vorbehaltlich abschließender Preisanpassung zum Stichtag des Abschlusses der Transaktion zwischen 23,0 und 25,7 Mrd RMB (zwischen circa 3,2 und 3,7 Mrd €, basierend auf dem Wechselkurs per 31.12.2015). Der Abschluss der Transaktion unterliegt den üblichen Abschlussbedingungen und Genehmigungen durch die Aufsichtsbehörden einschließlich der chinesischen Bankaufsichtsbehörde (China Banking Regulatory Commission).

Ab dem ersten Quartal 2016 wird die Postbank im Rahmen der Resegmentierung der Deutschen Bank zu einem eigenen Segment werden. Der verbleibende Teil von PBC, der im Wesentlichen den Bereich Private & Commercial Clients (PCC) umfasst, wird mit dem Bereich Wealth Management (WM) zu dem neuen Segment Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) zusammengeführt.

PCC setzt sich zum Ziel, eine führende, voll digitalisierte Beratungsbank mit starkem Wachstumsfokus in den Bereichen Private Banking und Commercial Banking zu sein. Diese Zielsetzung beinhaltet ein umfassendes Betreuungs-

konzept für unsere Privatkunden in Deutschland, eine Stärkung unserer Präsenz in Europa sowie eine Fokussierung auf das Unternehmer-Segment sowohl in Deutschland als auch in Europa. Darüber hinaus werden wir in die Digitalisierung investieren und Synergien anstreben, indem wir unser Produktangebot sowie unsere Middle- und Back-Office-Bereiche verschlanken und effizienter ausrichten. Zudem wollen wir unsere Kapitaleffizienz verbessern, indem wir unser Beratungsgeschäft weiter ausbauen und uns auf weniger kapitalintensive Produkte fokussieren.

Für das Geschäftsjahr 2016 erwarten wir, dass sich das niedrige Zinsniveau und damit verbunden geringere Erträge aus dem Einlagengeschäft fortsetzen. Beim Kreditgeschäft gehen wir von einer weiterhin hohen Nachfrage aus und werden unser Kreditportfolio gezielt ausbauen. Zusätzlich beabsichtigen wir unseren Fokus auf dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft beizubehalten. In diesem Geschäft wird die Ertragsentwicklung stark von der Auswirkung des aktuell schwierigen makroökonomischen Umfelds auf das Kundenvertrauen abhängen. Die Zuführung zur Risikoversorge für das Kreditgeschäft war in 2015 sehr niedrig und wir erwarten hier keine weitere signifikante Reduzierung. Zudem könnten weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen sowohl unsere Ertrags- als auch unsere Kostenposition negativ beeinflussen. Zudem erwarten wir, dass die oben genannten Initiativen zur Transformation in 2016 zu höheren zinsunabhängigen Aufwendungen führen werden. Die vorgenannten Erwartungen bezüglich PCC können auf die Postbank entsprechend angewandt werden. Insbesondere wird erwartet, dass die Erträge durch das Niedrigzinsumfeld belastet werden.

Global Transaction Banking

Auch in 2016 dürften das anhaltend niedrige Zinsniveau mit negativen Zinssätzen in wichtigen Märkten, die hohe Volatilität an den Aktienmärkten, das äußerst starke Wettbewerbsumfeld sowie Herausforderungen im Zusammenhang mit geopolitischen Ereignissen den Druck auf das Geschäft von Global Transaction Banking (GTB) weiter erhöhen.

Insbesondere erwarten wir hieraus negative Auswirkungen auf unser Cash-Management-Geschäft. Aufbauend auf den guten Ergebnissen in 2015 und den geplanten Investitionen in den Bereich Transaction Banking im Rahmen der Strategie 2020 erwarten wir eine insgesamt stabile Volumenentwicklung in 2016. Mit unserer anhaltenden Fokussierung auf den Aufbau und die Vertiefung von Kundenbeziehungen, unserem umfassenden Produktangebot und unserer anerkannten Serviceexzellenz sind wir der Überzeugung, in dem von Herausforderungen geprägten Umfeld erfolgreich zu bestehen. Darüber hinaus werden wir auch weiterhin in unser Geschäft investieren, insbesondere in unsere Prozesse und IT-Plattformen, sowie gleichzeitig einer konsequenten Risiko-, Kosten- und Kapitaldisziplin folgen, um die Widerstandsfähigkeit unseres Geschäftsmodells weiter zu erhöhen. Der Fokus in 2016 liegt weiterhin auf Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften, Kontrollen und Verhalten sowie Systemstabilität. Dies bildet eine starke Grundlage für zukünftiges Wachstum von GTB. Ab 1. Januar 2016 gehören GTB und Corporate Finance zum neu geschaffenen Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking.

Deutsche Asset & Wealth Management

In 2016 erwarten Vermögensverwalter zahlreiche Herausforderungen, unter anderem einen unsicheren weltwirtschaftlichen Ausblick, volatile Aktien- und Schuldenmärkte sowie ein anhaltend niedriges Zinsumfeld. Hinzu kommen ein verschärfter Wettbewerb und steigende regulatorische Kosten. Das Wachstum wird voraussichtlich in den meisten Industrieländern relativ stabil bleiben. In vielen Schwellenländern dürften jedoch ein langsames Wachstum und eine erhöhte Volatilität verzeichnet werden. Diese Entwicklungen werden sich auf die Risikoneigung von Investoren ebenso wie auf mögliche Mittelzuflüsse auswirken. Unruhige Marktbedingungen bringen neue Möglichkeiten für aktives Anlagemanagement sowohl mit traditionellen als auch alternativen Vermögenswerten ebenso wie für treuhänderische Vermögensberatung mit sich. Wir gehen daher davon aus, dass diversifizierte lösungsorientierte Vermögensverwalter, die Größenvorteile und intellektuelles Kapital für ihre Kunden nutzen können, hiervon mehr als andere profitieren werden.

Die Deutsche Bank wird den Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management in 2016 restrukturieren. Deutsche Bank Wealth Management, ein eigenständiger Geschäftsbereich innerhalb des Unternehmensbereichs Private, Wealth & Commercial Clients, wird für die Betreuung vermögender Kunden verantwortlich zeichnen. Deutsche Asset Management wird zu einem unabhängigen Unternehmensbereich, der vor allem Investmentlösungen für Finanzinstitute und -intermediäre, die Privatkunden betreuen, bereitstellt.

In Asset Management erwarten wir, dass sich die Verschiebung der Anlagepräferenzen hin zu alternativen (einschließlich Hedgefonds, Private Equity, Immobilien und Infrastruktur) und passiven Produkten (Index- und börsengehandelte Produkte) fortsetzen wird. Daher gehen wir von Mittelzuflüssen bei alternativen und passiven Produkten aus, die in 2016 andere Anlageklassen hinter sich lassen werden. Zusätzlich erwarten wir aufgrund demografischer Entwicklungen ein weiteres Wachstum bei Lösungen für die Altersvorsorge und der Nachfrage nach ergebnisorientierten Lösungen, insbesondere in Industrieländern. Im Einklang mit den Trends investieren wir in die Verbesserung unserer Kapazitäten in allen Produkten, Kanälen und Regionen. Mit den bestehenden Produkten und den geplanten Neueinführungen möchte der Bereich Deutsche Asset Management seinen Marktanteil ausbauen. Durch die Umsetzung weiterer struktureller Veränderungen werden wir Front-to-Back-Anlageprozesse verschlanken, um unseren Kunden einen optimalen Service zu bieten.

In Wealth Management erwarten wir, dass das Segment der sehr vermögenden Privatkunden (Ultra-High Net Worth Individuals) nach wie vor am schnellsten wächst. Wir beabsichtigen, das Wachstum durch ein gezieltes regionales Betreuungsmodell, die Bereitstellung anlageklassenübergreifender, grenzüberschreitender Anlagemöglichkeiten und -Lösungen sowie den Zugang zum vollständigen Service der Deutschen Bank voranzutreiben. Wir haben segmentspezifische Strategien entwickelt, die Analyse von Kundengruppen verbessert und unsere Kundenbeziehungen ausgebaut. Damit wollen wir unser Ziel erreichen, der bevorzugte Berater sehr vermögender Privatkunden und einer der besten fünf Vermögensverwalter weltweit zu werden. Die Basis dafür sind unsere umfassende Produktpalette und unsere Expertise für individuelle Kundenlösungen sowie im Kredit- und Kapitalmarktgeschäft.

Trotz der voraussichtlichen Zunahme der globalen Vermögenswerte und Erträge bleibt die Ertragsentwicklung aufgrund des hohen Anteils an Provisionsgebühren weiterhin vom Marktniveau abhängig. Das aktuelle Marktniveau weist ungeachtet verschiedener strategischer Wachstumsinitiativen auf einen Abwärtsdruck bei der Ertragsentwicklung hin. Angesichts des Provisionsdrucks sowie des verschärften Wettbewerbs ist es notwendig, ein dynamisches und kosteneffizientes Geschäftsmodell vorzuhalten. Daher werden zusätzliche technologische und operative Verbesserungen in 2016 vorangetrieben, indem Asset Management sowie Wealth Management mit einer angemessenen IT-Infrastruktur ausgestattet werden, um ihren Kunden einen optimalen Service zu bieten. Weitere Initiativen zur Optimierung unserer geografischen und operativen Präsenz werden eingeleitet und damit konzernweite Vereinfachungsmaßnahmen unterstützt.

Non-Core Operations Unit

Die Non-Core Operations Unit (NCOU) wird sich auf die Reduzierung der Verschuldungsquote und der risikogewichteten Aktiva konzentrieren. Ziel ist es, die restlichen Positionen bis Dezember 2016 im Wesentlichen so weit aufzulösen, dass die risikogewichteten Aktiva insgesamt unter 10 Mrd € liegen. Die Herausforderungen im Marktumfeld insgesamt dürften die Umsetzung der NCOU-Strategie beeinflussen, insbesondere vor dem Hintergrund des damit verbundenen Zeitplans und der finanziellen Auswirkungen. Diese Unsicherheiten zeigen sich in zahlreichen Faktoren, welche den Risikoabbau beeinträchtigen dürften. Dennoch wird diese beschleunigte Abwicklung voraussichtlich positive Auswirkungen auf die Kapitalquoten des Konzerns haben. Darüber hinaus werden die Kosten aufgrund hochverzinslicher Verbindlichkeiten, die zurzeit in den Erträgen der NCOU anfallen, in 2016 auf das neue Postbank-Segment allokiert. Das Umfeld für Rechtsstreitigkeiten und Rechtsdurchsetzungen dürfte auch in absehbarer Zukunft schwierig bleiben.

Risiken und Chancen

Die Risiken und Chancen, deren Eintreten wir für wahrscheinlich halten, sind in unserem Ausblick berücksichtigt. Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf solche zukünftigen Trends und Ereignisse, die gegenüber dem im Ausblick reflektierten Erwartungen Verschlechterungen oder Verbesserungen darstellen könnten.

Risiken

Makroökonomische und Marktbedingungen

Sollten sich die Wachstumsaussichten, das Zinsumfeld und die Wettbewerbssituation in der Finanzdienstleistungsbranche schlechter entwickeln als in unserem Ausblick angenommen, könnte dies die Pläne für unsere Geschäftsaktivitäten und unser Geschäftsergebnis sowie unsere strategischen Pläne nachteilig beeinflussen.

Ein erhöhter Grad politischer Ungewissheit und die zunehmende Attraktivität populistischer Parteien für Wähler in mehreren Ländern in der Europäischen Union könnten zu einer teilweisen Abwicklung der europäischen Integration führen. Des Weiteren könnte eine Abkehr von der Sparpolitik seitens einiger Mitgliedsstaaten der Eurozone das Vertrauen unterminieren, dass sich die Teilnahme dieser Länder am Euro weiterhin realisieren lässt. Eine Eskalation der politischen Risiken könnte sowohl unvorhersehbare politische Folgen als auch nicht vorhersehbare Konsequenzen für das Finanzsystem und die Gesamtwirtschaft haben, die zu einer Verringerung der Geschäftsaktivitäten, Abschreibungen von Vermögenswerten und Verlusten in unseren Geschäftsfeldern führen könnten. Unsere Fähigkeit, uns gegen diese Risiken zu schützen, ist begrenzt.

Wir könnten auch gezwungen sein, unsere Forderungen gegenüber europäischen oder anderen Ländern in größerem Umfang als erwartet abzuschreiben, falls sich die Staatsschuldenkrise wieder verstärken sollte. Die Credit Default Swaps, die wir abgeschlossen haben, um uns gegen diese Länderrisiken abzusichern, könnten nicht ausreichen, um die Verluste zu kompensieren.

Ungünstige Marktbedingungen, unvorteilhafte Preise und Preisschwankungen sowie zurückhaltendes Investoren- und Kundenverhalten könnten in der Zukunft unsere Erträge und unser Ergebnis maßgeblich und in negativer Weise beeinflussen.

Falls AT1 Kupons mangels ausreichender ausschüttbarer Posten ("available distributable items", ADI) im Jahresabschluss der Deutsche Bank AG nach HGB in einem Jahr nicht bedient werden können, könnte dies zu höheren Refinanzierungskosten führen.

Aufsichtsrechtliche Reformen

Die als Antwort auf die Schwächen in der Finanzbranche erlassenen oder vorgeschlagenen Reformen sowie die vermehrte aufsichtsrechtliche Überprüfung und größere Ermessensspielräume werden für uns mit materiellen Kosten verbunden sein. Dies könnte erhebliche Unsicherheit für uns bedeuten sowie nachteilige Folgen für unsere Geschäftspläne wie auch für die Durchführung unserer strategischen Pläne haben. Die Änderungen, die von uns verlangen, eine höhere Kapitalunterlegung aufrechtzuerhalten, könnten nicht nur unser Geschäftsmodell, unsere Finanzlage und unser Geschäftsergebnis, sondern auch das Wettbewerbsumfeld im Allgemeinen maßgeblich beeinflussen. Andere regulatorische Reformen, wie etwa die Bankenabgabe, könnten auch unsere geschätzten betrieblichen Aufwendungen beachtlich erhöhen. Die sich auf Abwicklungsfähigkeit und Abwicklungsmaßnahmen beziehenden Reformen könnten sich auch auf unsere Anteilseigner und Gläubiger auswirken.

Juristische und aufsichtsrechtliche Untersuchungen

Wir unterliegen einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen, deren Ausgang schwer zu prognostizieren ist und die unser geplantes Geschäftsergebnis, unsere finanzielle Situation und unsere Reputation erheblich und nachteilig beeinflussen könnten.

Risikomanagement Richtlinien, Verfahren und Methoden sowie Operationelle Risiken

Obwohl wir in erheblichem Maße Ressourcen eingesetzt haben, um unsere Risikomanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und operationelle Risiken weiterzuentwickeln, könnten diese nicht vollumfänglich wirksam sein, unsere Risiken zu mindern, insbesondere im Falle von extremen Marktbedingungen oder als Antwort auf neu entstehende Risiken.

Strategie 2020

Wenn es uns nicht gelingt, unsere Strategie 2020 erfolgreich umzusetzen, was auch von den zuvor genannten Faktoren abhängt, könnte es sein, dass wir unsere finanziellen Ziele nicht erreichen, Verluste machen oder eine geringe Profitabilität haben, eine Erosion unserer Kapitalbasis verzeichnen. Außerdem könnten unsere Finanzlage, unser Ergebnis und unser Aktienkurs in erheblichem Maße nachteilig betroffen sein.

Chancen

Makroökonomische und Marktbedingungen

Sollten sich die ökonomischen Bedingungen, die Wachstumsaussichten, das Zinsumfeld und die Wettbewerbsbedingungen in der Finanzdienstleistungsbranche besser als angenommen entwickeln, könnte dies zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt werden könnten. Dies könnte deshalb zu einer Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern und der Aufwand-Ertrag-Relation sowie der regulatorischen Kennziffern wie Tier-1-Kapitalquote und Verschuldungsquote führen.

Wenn Marktbedingungen, Preise und Volatilitäten sowie das Investorenverhalten sich besser als angenommen entwickeln, könnte dies auch unsere Erträge und unser Ergebnis positiv beeinflussen. Gleichermaßen könnten sich eine über den Erwartungen liegende Kundennachfrage und ein höherer Marktanteil positiv auf unser Ergebnis auswirken.

Strategie 2020

Unsere Strategie 2020 versucht, es uns zu ermöglichen, eine einfachere und weniger komplexe Bank zu werden, die mit weniger Risiken behaftet, besser kapitalisiert und ein besser geführtes Unternehmen sein wird. Die Strategie 2020 könnte weitere Chancen eröffnen, wenn sie in größerem Umfang oder unter vorteilhafteren Bedingungen als angenommen implementiert wird. Sollten sich Geschäftsfelder und Prozesse über die im Plan reflektierten Annahmen hinaus verbessern und sollten sich Kosteneffizienzen früher oder in größerem Umfang als geplant realisieren lassen, könnte dies auch unser Ergebnis positiv beeinflussen.

Risikobericht

Einführung – 87

Risiko und Kapital – Übersicht – 87

Wichtige Risikokennzahlen – 87

Zusammenfassende Risikobewertung – 88

Risikoprofil – 89

**Risiko- und Kapitalmanagement-
strategie – 92**

Grundsätze des Risikomanagements – 92

Risikosteuerung – 93

Risikokultur – 97

Risikotoleranz und Risikokapazität – 98

Risiko- und Kapitalplan – 99

Stresstests – 101

Sanierungs- und Abwicklungsplanung – 103

Risiko- und Kapitalmanagement – 104

Identifikation und Bewertung des Risikos – 105

Kreditrisiko-Management – 106

Steuerung des Marktrisikos – 115

Operationelles Risiko – 122

Steuerung des Liquiditätsrisikos – 127

Strategisches Risiko-Management – 133

Reputationsrisiko Management – 133

Modellrisiko – 134

Compliance-Risikomanagement – 134

Versicherungsrisiko – 135

Risikokonzentration und Diversifikation – 135

**Materielles Risiko und Kapital-
performance – 136**

Kapital und Leverage ratio – 136

Kreditengagement – 152

Qualität von Vermögenswerten – 175

Risikopositionswerte des Marktrisikos
aus Handelsaktivitäten – 186

Risikopositionswerte des Marktrisikos
aus Nichthandelsaktivitäten – 191

Risikopositionswert des operationellen
Risikos – 192

Risikopositionswert des Liquiditätsrisikos – 193

Einführung

Veröffentlichungen gemäß IFRS 7 und IAS 1 sowie IFRS 4

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt-, und sonstigen Risiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7) Financial Instruments: Disclosures“, Veröffentlichungen zum Kapital entsprechend dem „International Accounting Standard 1 (IAS 1) Presentation of Financial Statements“ sowie qualitative und quantitative Angaben zu Versicherungsrisiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 4 (IFRS 4) Insurance contracts“. Die Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Risikobericht durch eine seitliche Klammer markiert.

Veröffentlichungen gemäß Säule 3 des Kapitalregelwerks nach Basel 3

Der überwiegende Teil der Veröffentlichungsanforderungen gemäß Säule 3 des Kapitalregelwerks nach Basel 3, die innerhalb der Europäischen Union durch die CRR und unterstützend durch EBA Implementing Technical Standards eingeführt wurden, sind in unserem erneut aufgesetzten zusätzlichen Säule 3-Bericht publiziert, welcher auf unserer Homepage gefunden werden kann. In den Fällen, in denen Veröffentlichungen in diesem Risikobericht auch Säule 3-Offenlegungsanforderungen unterstützen, ist dies durch entsprechende Referenzierungen von dem Säule 3-Bericht in den Risikobericht gekennzeichnet.

Offenlegung gemäß den Prinzipien und Empfehlungen der Enhanced Disclosure Task Force (EDTF)

In 2012 wurde die „Enhanced Disclosure Task Force“ („EDTF“) als eine privatwirtschaftliche Initiative unter der Schirmherrschaft des Financial Stability Board mit dem primären Ziel gegründet, die grundlegenden Prinzipien für verbesserte Offenlegung von Risiken sowie Empfehlungen für die Verbesserung bereits existierender Offenlegungen von Risiken zu entwickeln. Als ein Mitglied der EDTF haben wir die Offenlegungsvorschläge in diesem Risikobericht und teilweise auch in unserem neu aufgesetzten zusätzlichen Säule 3-Bericht berücksichtigt.

Risiko und Kapital – Übersicht

Wichtige Risikokennzahlen

Die folgenden ausgewählten Risikokennzahlen und die zugehörigen Metriken sind wichtiger Bestandteil unseres ganzheitlichen Risikomanagements über alle Risikoarten. Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote (CET 1-Kapitalquote), die Interne Kapitaladäquanzquote (Internal Capital Adequacy Ratio, ICA), die Verschuldungsquote (Leverage Ratio), die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und die Netto-Liquiditätsposition unter Stress (Stressed Net Liquidity Position, SNLP) sind übergeordnete Metriken und integraler Bestandteil unserer strategischen Planung, des Risikotoleranz-Rahmenwerks, unserer Stresstests und der Sanierungs- und Abwicklungsplanung, die unser Vorstand mindestens einmal jährlich überprüft und genehmigt. Mit Ausnahme der internen Kennzahlen Interne Kapitaladäquanzquote und Ökonomischer Kapitalbedarf basieren die Risikokennzahlen und Metriken auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4.

Common Equity Tier-1 - Kapitalquote

2015: 11,1 %

2014: 11,7 %

Risikogewichtete Aktiva

2015: 396,7 Mrd

2014: 394,0 Mrd

Interne Kapitaladäquanzquote

2015: 146 %

2014: 174 %

Ökonomischer Kapitalbedarf

2015: 38,4 Mrd

2014: 31,9 Mrd

Verschuldungsquote

2015: 3,5 %

2014: 3,5 %

Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote

2015: 1.395 Mrd

2014: 1.445 Mrd

Mindestliquiditätsquote (LCR):

2015: 119 %

2014¹: 119 %

Netto-Liquiditätsposition unter Stress (SNLP)

2015: 46 Mrd

2014: 24 Mrd

¹ Ermittelt gemäß den Vorgaben nach Basel 3.

Für weitere Details verweisen wir auf die Kapital „Risikotoleranz und Risikokapazität“, „Strategie- und Kapital-Plan“, „Sanierungs- und Abwicklungsplanung“, „Stress Testing“, „Risikoprofil“, „Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP“, „Kapitalinstrumente“, „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)“, „Verschuldungsquote“, „Mindestliquiditätsquote“, „Liquiditätspuffer“, „Stresstests und Szenarioanalysen“ und „Lastenfreie erstklassige liquide Aktiva“.

Zusammenfassende Risikobewertung

Haupt-Risikokategorien sind 1) finanzielle Risiken wie das Kreditrisiko (einschließlich Kontrahenten-, Länder-, Produkt- und Branchenrisiken), Marktrisiko (einschließlich Marktrisiko aus Handelsaktivitäten, aus Nicht-Handelsaktivitäten sowie aus dem handelsbezogenen Ausfallrisiko („Traded Default Risk“)), Liquiditätsrisiken, Geschäftsrisiken (einschließlich des steuerlichen und strategischen Risikos), und 2) nichtfinanzielle Risiken (NFRs) wie das Reputationsrisiko und das operationelle Risiko (mit den wichtigen Unterkategorien Compliance-Risiko, Rechtsrisiko, Modellrisiko, Informationssicherheitsrisiko, Betrugsrisiko und Geldwäscherisiko). Wir verwalten die Identifizierung, Bewertung und Minderung der wichtigsten aktuellen und aufkommenden Risiken durch einen internen Steuerungsprozess und die Verwendung von Risiko-Management-Tools und -Verfahren. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung soll sicherstellen, dass wir die Auswirkungen dieser Risiken auf unsere Finanzergebnisse und langfristigen strategischen Ziele und den Ruf mildern. Lesen Sie den Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ für detaillierte Informationen über die Verwaltung unserer wesentlichen Risiken.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung sowie eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Die aktuellen portfolioweiten Risiken, die wir beobachten, beinhalten die wirtschaftliche Abschwächung und Volatilität der Finanzmärkte in China sowie eine mögliche Ansteckung anderer Volkswirtschaften; die Auswirkungen der weiterhin einbrechenden Ölpreise auf die wichtigsten Erzeugerländer und verwandten Industrien und die möglichen Erhöhungen der Zinsen durch die US-Notenbank, die weitere Kapitalabflüsse aus den Schwellenmärkten zur Folge haben könnten. Darüber hinaus bleiben die globalen geopolitischen Risiken auf hohem Niveau und haben sich in den letzten Monaten verstärkt.

Unser Kreditengagement in der Öl- Gasbranche macht insgesamt weniger als 2 % unseres gesamten Kreditengagements und circa 16 Mrd € aus, wovon 5 Mrd € auf Darlehen und 8 Mrd € auf unwiderrufliche Kreditzusagen entfallen. Aus unserer Sicht haben wir keine übergroßen Konzentrationen in Schwellenländern. Unsere Kreditengagements in China sind vor allem mit systemrelevanten lokalen Finanzinstituten, finanzstarken staatlichen Unternehmen im Privatbesitz und Tochtergesellschaften von multinationalen Unternehmen. Weitere Informationen sind im Kapitel „Kreditengagement“ zu finden.

Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken erfolgt durch Integration in unsere konzernweiten Stress-tests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten. Informationen über die Risiko- und Kapitalpositionen unserer Portfolios sind im Kapitel „Risiko- und Kapitalperformance“ zu finden.

Im Jahr 2015 hielt der in den Vorjahren beobachtete globale Trend zu mehr Regulierung der Finanzdienstleistungsindustrie an, und er wird sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir konzentrieren uns darauf, potenzielle politische und aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten.

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements im gesamten Jahr 2015 darauf, unser Risikoprofil in Übereinstimmung mit unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Optimierung der Bilanzstruktur. Dieser Ansatz spiegelt sich in den nachfolgenden Risikobewertungen wider.

Risikoprofil

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer Gesamtrisikoposition (basierend auf dem Ökonomischen Kapital) ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht.

Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)			Veränderung 2015 gegenüber 2014	
	31.12.2015	31.12.2014	in Mio €	in %
Kreditrisiko	13.685	12.885	799	6
Marktrisiko	17.436	14.852	2.583	17
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.557	4.955	- 397	- 8
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	12.878	9.898	2.981	30
Operationelles Risiko	10.243	7.598	2.644	35
Geschäftsrisiko	5.931	3.084	2.846	92
Diversifikationseffekte über die Risikoarten ¹	- 8.852	- 6.554	- 2.297	35
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	38.442	31.866	6.576	21

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Zum 31. Dezember 2015 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 38,4 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 6,6 Mrd € oder 21 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 31,9 Mrd €. Die höhere Gesamtrisikoposition resultiert aus einem höheren Verlustrisikoprofil für das strategische Risiko und das operationelle Risiko, der Weiterentwicklung unserer Methoden zur Risikomessung beim Marktrisiko aus Nichthandelspositionen und aus Rekalibrierungen der internen Modelle beim Kreditrisiko.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko erhöhte sich zum 31. Dezember 2015 auf 13,7 Mrd €, 799 Mio € oder 6 % höher im Vergleich zum Jahresende 2014. Der Anstieg reflektiert hauptsächlich den höheren Ökonomischen Kapitalbedarf aus Rekalibrierungen der internen Modelle.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen reduzierte sich um 397 Mio €, hauptsächlich resultierend aus einem niedrigen Kapitalbedarf für die Credit-Spread- und Fremdwährungsrisiko-Komponente. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen erhöhte sich um 3,0 Mrd € oder 30 % auf 12,9 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus Modellanpassungen im Hinblick auf die Abbildung von Credit Spread Risiken aus den Wertpapieren der Liquiditätsreserve, dem Beteiligungsrisiko und für das Risiko aus aktienbasierten Vergütungen, sowie einem Anstieg der strukturellen Währungsrisiken hauptsächlich aufgrund eines stärkeren US-Dollar.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken betrug 10,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015, was einem Anstieg von 2,6 Mrd € oder 35 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Dies drückt sich in den Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet sind.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko erhöhte sich um 2,8 Mrd € auf 5,9 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Der Anstieg reflektierte einen höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für die strategische Risikokomponente, der aus einer Kombination von geplanten Restrukturierungskosten und niedrigeren Gewinnaussichten für 2016 resultierte.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko hinweg stieg zum 31. Dezember 2015 um 2,3 Mrd € oder 35 %. Dieser Anstieg reflektiert hauptsächlich den erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf vor Diversifikation und eine Methodenanpassung beim Diversifikationsmodell im ersten Quartal 2015.

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals und risikogewichteter Aktiva

31.12.2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Insgesamt in Mio €	Insgesamt in %
Kreditrisiko	6.634	3.724	2.076	456	777	18	13.685	36
Marktrisiko	5.722	4.264	203	2.248	695	4.303	17.436	45
Operationelles Risiko	6.778	871	1.077	1.054	463	0	10.243	27
Geschäftsrisiko	5.662	0	7	1	261	0	5.931	15
Diversifikationseffekte ¹	-5.691	-1.314	-622	-714	-377	-133	-8.852	-23
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in Mio €	19.105	7.544	2.741	3.045	1.819	4.188	38.442	100
in %	50	20	7	8	5	11	100	N/A
Risikogewichtete Aktiva ²	195.096	80.016	52.062	23.795	34.463	11.283	396.714	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

31.12.2014

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Insgesamt in Mio €	Insgesamt in %
Kreditrisiko	5.799	3.547	2.302	323	868	46	12.885	40
Marktrisiko	5.153	3.200	185	1.987	1.308	3.020	14.852	47
Operationelles Risiko	3.569	1.088	150	722	2.070	0	7.598	24
Geschäftsrisiko	2.581	0	4	1	499	0	3.084	10
Diversifikationseffekte ¹	-3.441	-1.095	-262	-611	-1.087	-59	-6.554	-21
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in Mio €	13.661	6.740	2.379	2.420	3.658	3.008	31.866	100
in %	43	21	7	8	11	9	100	N/A
Risikogewichtete Aktiva ²	175.575	79.571	43.265	16.597	58.524	20.437	393.969	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung. Die Beträgszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 31. Dezember 2015 angepasst.

Das Risikoprofil von Corporate Banking & Securities (CB&S) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Tätigkeiten als Originator sowie Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Weiterhin bestehen Kreditrisiken durch Ausleihungen an Unternehmen und Finanzinstitute. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von CB&S hat sich über das letzte Jahr deutlich erhöht und reflektiert ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche, interne Verluste wie auch eine Änderung in der Allokationsmethode innerhalb des Konzerns. Der übrige Teil des Risikoprofils von CB&S leitet sich aus dem Geschäftsrisiko aufgrund des verschlechterten Geschäftsausblicks für 2016 ab.

Das Risikoprofil von Private & Business Clients (PBC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden und kleinen und mittleren Unternehmen sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread-Risiken wider. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs in 2015 resultierte hauptsächlich aus einer methodischen Änderung für das Investitionsrisiko (hauptsächlich in Bezug auf die Hua Xia Bank Co. Ltd.) sowie aus höheren Credit-Spread-Risiken.

Die Umsätze von Global Transaction Banking (GTB) umfassen mehrere Produkte mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken stammt von Kreditrisiken aus Handelsfinanzierungsgeschäften und dem operationellen Risiko. Der relativ geringe Anteil von Marktrisiken ergibt sich aus der Modellierung der Kundeneinlagen.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AWM entsprechende operationelle Risiken mit sich. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs in 2015 resultierte hauptsächlich aus einem höheren Marktrisiko aus Nichthandelspositionen. Dieser wurde primär durch erhöhte Credit Spreads und Aus-fallrisiken in den Garantiefonds sowie für operationelle Risiken durch eine Methodenänderung der Verteilung auf die einzelnen Divisionen innerhalb des AMA- Modells verursacht.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unserer Geschäftstätigkeiten und enthält hauptsächlich Kredit- und Marktrisiken, für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau möglich ist. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil der NCOU hat über das letzte Jahr durch eine Änderung in der Allokationsmethode innerhalb des Konzerns deutlich abgenommen.

Consolidation & Adjustments beinhaltet hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der Anstieg im Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten im Vergleich zu 2014 resultiert hauptsächlich aus einem erhöhten strukturellen Währungsrisiko wie auch einer methodischen Änderung des Aktienvergütungsrisikos.

Risiko- und Kapitalmanagementstrategie

Grundsätze des Risikomanagements und der Risikosteuerung

Die Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind:

- Die Kernaufgaben des Risikomanagements obliegen dem Vorstand, der deren Ausführung und Kontrolle an Senior-Risk-Management-Komitees delegiert. Der Aufsichtsrat überwacht regelmäßig die Risiko- und Kapitalprofile.
- Über unser Modell der „Drei Verteidigungslinien“ („Three Lines of Defense“, 3LoD) wirken wir Risiken auf drei Ebenen entgegen. Zur „ersten Verteidigungslinie“ („1. LoD“) gehören alle Unternehmensbereiche und ausgewählte Infrastrukturfunktionen (Group Technology Operations und Corporate Services), diese sind die „Risikoeigner“. Die „zweite Verteidigungslinie“ („2. LoD“) umfasst alle Kontrollfunktionen wie Risikosteuerung (Risk), Compliance, Recht (Legal), Personal (Human Resources), Finanzen (Finance) und Steuern (Tax). Die „dritte Verteidigungslinie“ („3. LoD“) ist die interne Revision (Group Audit), welche die Effektivität der Kontrollen absichert. Das 3LoD-Modell und alle ihm zugrunde liegenden Prinzipien werden auf jeder Ebene des Unternehmens genutzt, einschließlich aller Regionen, Länder, Niederlassungen und rechtlichen Einheiten. Alle drei Linien der Three Lines of Defence sind verantwortlich für die inhaltliche Umsetzung in ihrem Verantwortungsbereich, um die Prinzipien des Three Line of Defence Programms zu erfüllen.
- Die Risikostrategie wird vom Vorstand jährlich genehmigt und ist definiert auf Basis unserer konzernweiten Risikotoleranz sowie unseres Strategie- und Kapitalplans, um Risiko-, Kapital- und Ergebnisziele aufeinander abzustimmen.
- Konzernweit durchgeführte risikoartenübergreifende Prüfungen sollen sicherstellen, dass robuste Verfahren zur Risikosteuerung und eine ganzheitliche Wahrnehmung von Risiken etabliert sind.
- Wir steuern alle wesentlichen Risiken, wie Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts-, Reputations-, Modell- und Compliance-Risiken, durch Risikomanagementprozesse. Modellierungs- und Messansätze zur Quanti-

fizierung von Risiken und des Kapitalbedarfs sind über alle bedeutenden Risikoklassen hinweg implementiert. Nicht-Standard-Risiken (Reputationsrisiko, Modellrisiko, Compliance-Risiko) werden implizit in unserem Rahmenwerk für Ökonomisches Kapital abgedeckt, insbesondere im operationellen Risiko und im strategischen Risiko. Weitere Informationen zu den Managementprozessen unserer wesentlichen Risiken werden im Kapitel „Risiko- und Kapitalmanagement“ dargestellt.

- Für die wesentlichen Kapital- und Liquiditätskennziffern sind eine angemessene Überwachung, Stresstests sowie Eskalationsprozesse etabliert.
- Systeme, Prozesse und Richtlinien sind essenzielle Komponenten unseres Risikomanagements.
- Der Sanierungsplan legt die Eskalationsabläufe zur Krisenmanagementsteuerung fest und liefert dem Seniormanagement eine Aufstellung von Maßnahmen, die dazu dienen, die Kapital- und Liquiditätssituation im Krisenfall zu verbessern.
- Die Abwicklungsplanung wird vom Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board – SRB) streng überwacht. Er beschreibt eine Strategie zur Abwicklung der Deutschen Bank in einem etwaigen Abwicklungsfall. Dieser Abwicklungsplan soll verhindern, dass Steuerzahler für einen Bail-out aufkommen müssen. Er soll ferner die Finanzstabilität durch Erhaltung von Dienstleistungen stärken, die für die Volkswirtschaft insgesamt von besonderer Bedeutung sind.

Risikosteuerung

Unsere Aktivitäten in der ganzen Welt werden von zuständigen Behörden in jedem der Länder, in denen wir Geschäft betreiben, reguliert und überwacht. Diese Aufsicht konzentriert sich auf Lizenzierung, Eigenkapitalausstattung, Liquidität, Risikokonzentration, Führung des Geschäfts sowie Organisation und Meldepflichten. Die Europäische Zentralbank in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der EU-Staaten, die dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus beigetreten sind, fungieren über das gemeinsame Aufsichtsteam als unsere primären Aufsichtsbehörden, um die Einhaltung des deutschen Kreditwesengesetzes und anderer geltender Gesetze und Vorschriften sowie das CRR/CRD 4-Regelwerk, entsprechend seiner Umsetzung in deutsches Recht, zu überwachen.

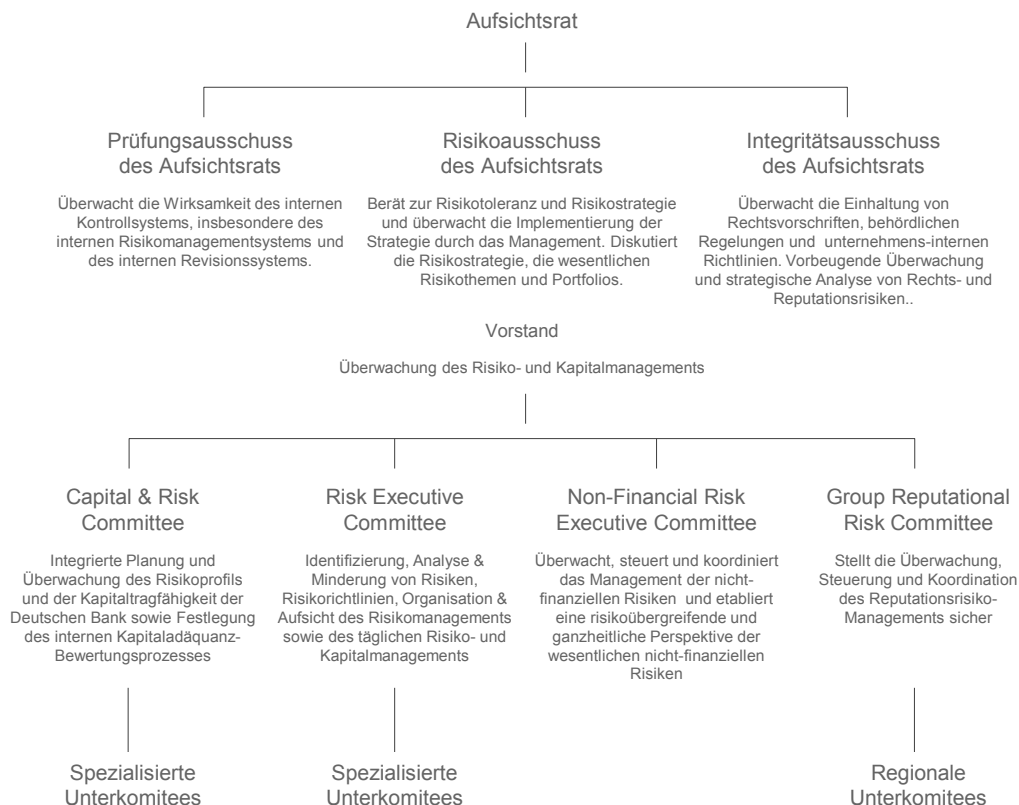
Europäische Bankaufsichtsbehörden bewerten unsere Risikotragfähigkeit auf verschiedene Weisen, die ausführlicher im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Kapital“ beschrieben werden.

Mehrere Managementebenen stellen eine durchgängige Risikosteuerung sicher:

- Der Aufsichtsrat wird regelmäßig und – soweit erforderlich – aus besonderem Anlass über unsere Risikolage, unser Risikomanagement und Risikocontrolling, unsere Reputation und wesentliche Rechtsfälle unterrichtet. Er hat verschiedene Komitees gebildet, die sich mit spezifischen Themen befassen.
- In den Sitzungen des Risikoausschusses berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Compliance-, Modell-, operationelle, sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über die Kreditrisikostategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die aufgrund der damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind. Der Risikoausschuss berät mit dem Vorstand Fragen der Gesamtrisikobereitschaft und der Risikostrategie und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Kontrolle der Implementierung der Strategie.
- Der Integritätsausschuss überwacht die Maßnahmen des Vorstands, mit denen die Einhaltung von Rechtsvorschriften und behördlichen Regelungen sowie unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen sichergestellt wird. Er überprüft auch die Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank und beobachtet und analysiert die für die Bank wesentlichen Rechts- und Reputationsrisiken und wirkt auf deren Vermeidung hin.
- Der Prüfungsausschuss, neben weiteren Aufgaben, überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der internen Revision.
- Der Vorstand verantwortet das Management des Deutsche Bank-Konzerns in Übereinstimmung mit Gesetzen, der Satzung und seiner Geschäftsordnung mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung im Unternehmensinteresse und mithin der Aktionäre, Mitarbeiter und anderer Anspruchsberechtigter. Der Vorstand muss eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gewährleisten, die ein angemessenes und wirksames Risikomanagement beinhaltet. Mit Zustimmung des Aufsichtsrats und dem Ziel, eine effektive Kontrolle über Ressourcen und Risiken zu gewährleisten, schuf der Vorstand das Capital and Risk Committee („CaR“), das Risk Executive Committee („Risk ExCo“), das

Non-Financial Risk Committee („NFR ExCo“) und das Group Reputational Risk Committee („GRRC“), deren Aufgaben nachfolgend detaillierter beschrieben sind. Im vierten Quartal 2015 hat der Vorstand beschlossen, die Anzahl der direkt beim Vorstand angesiedelten Komitees zu verringern. Daher wird eine Komiteestruktur erarbeitet, die ab dem 1. April 2016 Angelegenheiten mit Risikobezug in/unter einem Komitee bündeln wird.

Governance-Struktur des Risikomanagements des Deutsche Bank-Konzerns



Die nachstehenden funktionalen Ausschüsse sind von zentraler Bedeutung für das Management der Risiken in der Deutschen Bank:

- Das CaR überwacht die integrierte Planung sowie Steuerung von Risikoprofil und Kapitaladäquanz. Dabei stellt es sicher, dass Risikotoleranz, Kapitalanforderungen sowie Refinanzierungs- und Liquiditätsbedarf mit der Strategie des Konzerns sowie der Unternehmens- und Geschäftsbereiche im Einklang sind. Es bietet eine Plattform zur Diskussion und Vereinbarung strategischer Fragen zwischen Risk, Government & Regulatory Affairs, Finance und den Geschäftsbereichen, die Auswirkungen auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität haben. Das CaR initiiert entsprechende Maßnahmen und/oder gibt Empfehlungen an den Vorstand. Es ist auch verantwortlich für die regelmäßige Überwachung unseres Risikoprofils im Verhältnis zu unserer Risikotoleranz und dafür, dass angemessene Eskalationen erfolgen oder andere Maßnahmen eingeleitet werden. Das CaR überwacht unser Risikoprofil im Hinblick auf Frühwarnindikatoren und Sanierungsauslöser (Recovery triggers) und schlägt dem Vorstand – sofern erforderlich – Prozesse und Maßnahmen vor, die in unserem Sanierungsplan definiert sind.
- Das Risk ExCo identifiziert, überwacht und steuert alle Risiken, einschließlich der Risikokonzentration, auf Konzernebene. Es ist verantwortlich für Risikogrundsätze, die Organisation sowie die Steuerung des Risikomanagements, und überwacht das Risiko- und Kapitalmanagement einschließlich der Risikoidentifizierung, -bewertung und -begrenzung nach Maßgabe der vom Vorstand genehmigten Risiko- und Kapitalstrategie (Planung der Risiko- und Kapitalnachfrage).

- Das Non-Financial Risk ExCo überwacht, steuert und koordiniert das Management der nicht-finanziellen Risiken im Deutsche Bank-Konzern und etabliert eine risikoübergreifende und ganzheitliche Perspektive der wesentlichen nicht-finanziellen Risiken des Konzerns. Es hat die Aufgabe, die Leitlinien zum nicht-finanziellen Risikoappetit zu definieren und das Betriebsmodell für nicht-finanzielle Risiken, inklusive der Prinzipien der Drei Verteidigungslinien und der Abhängigkeiten sowohl zwischen Geschäftsbereichen und Kontrollfunktionen, als auch innerhalb der Kontrollfunktionen, zu überwachen und zu steuern,
- Das Konzern-Reputationsrisikokomitee („Group Reputational Risk Committee/GRRC“) stellt die Überwachung, Steuerung und Koordination des Managements der Reputationsrisiken sicher und gewährleistet, dass es angemessene Prozesse für Rückschauen und für aus Erfahrungen zu ziehende Lehren gibt. Es analysiert und entscheidet alle Angelegenheiten, die ihm von den regionalen Reputationsrisikokomitees („RRRC“) vorgelegt werden und Entscheidungen der RRRCs, welche von den Geschäftseinheiten angefochten werden. Es berät die entsprechenden Ebenen des Konzerns in Fragen konzernweiter Reputationsrisiken, inklusive der Kommunikation sensibler Themen. Die RRRCs sind als Unterkomitees des GRRC im Namen des Vorstands dafür verantwortlich, dass die Überwachung, Steuerung und Koordination des Managements der Reputationsrisiken in den entsprechenden Regionen sichergestellt ist.
- Das Portfolio Risk Committee („PRC“) unterstützt das Risk ExCo und das CaR insbesondere bei der Steuerung bereichsübergreifender Risiken, inklusive der Analyse und Steuerung wesentlicher Konzentrationsrisiken.
- Das Living Wills Committee („LWC“) ist das dedizierte Unterkomitee des CaR mit Fokus auf der Sanierungs- und Abwicklungsplanung. Es überwacht die Implementierung unserer Sanierungs- und Abwicklungspläne sowie die Verbesserungen der konzernweiten operativen Bereitschaft, auf Situationen mit hoher Stressbelastung oder bei Gefahr des Eintritts einer solchen Stresssituation zu reagieren.
- Das Regulatory Capital Committee („RCC“) ist ein weiteres Unterkomitee unseres Capital and Risk Committees. Es hat die Aufgabe, unsere Modelle zur Risikoquantifizierung zu überwachen. Das RCC verantwortet auch die Überwachung und Steuerung unseres Prozesses zur Bewertung der internen Kapitaladäquanz („Internal Capital Adequacy Assessment Process/ICAAP“). Zusammen mit dem PRC überwacht es konzernweite Stresstests, analysiert die Ergebnisse und schlägt erforderlichenfalls Managementmaßnahmen vor. Es überwacht die Effektivität des Stresstest-Prozesses und treibt kontinuierliche Verbesserungen des Stresstest-Rahmenwerks voran.

Mehrere Manager der oberen Führungsebene sind sowohl Mitglieder des CaR als auch des Risk ExCo, des NFR ExCo und/oder des GRRC, wodurch der Informationsfluss zwischen diesen Gremien sichergestellt wird.

Wir werden die zuvor beschriebene Komiteestruktur weiterentwickeln, indem alle Risikoangelegenheiten in einem einzigen, vom Vorstand eingerichteten Komitee, dem Group Risk Committee, zusammengeführt werden.

Der Risikovorstand (Chief Risk Officer) als Mitglied des Vorstands hat die konzernweite, unternehmensbereichsübergreifende Verantwortung für das Management aller Kredit-, Markt- und operationellen Risiken sowie umfassend die Verantwortung für die Kontrolle der Risiken, unter Einschluss der Liquiditätsrisiken, und die Fortentwicklung der Methoden der Risikomessung. Darüber hinaus ist der Chief Risk Officer für die zusammenfassende Beobachtung und Analyse von und der Berichterstattung zu Risiken einschließlich der Aktiv-/Passiv-Inkongruenzen sowie der Kapital-, Liquiditäts-, Rechts-, Compliance- und aufsichtsbehördlichen, sowie anderer nichtfinanzieller Risiken verantwortlich.

Der Risikovorstand trägt direkte Managementverantwortung für folgende Risikomanagementfunktionen: Kreditrisikomanagement, Marktrisikomanagement, Management der operationellen Risiken und Liquiditätsrisiko-kontrolle.

Diese sind mit folgenden Aufgaben betraut:

- Sicherstellung, dass die Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche mit der Risikotoleranz übereinstimmen, die das CaR gemäß den Vorstandsvorgaben festgelegt hat;
- Festlegung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche;
- Genehmigung von Limiten für Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken;
- Regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen;
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Unternehmensbereiche.

Dedizierte divisional verantwortliche Chief Risk Officer sowie regional verantwortliche Chief Risk Officer für Deutschland, Amerika und Asien-Pazifik wurden ernannt, um ein ganzheitliches Risikomanagement sicherzustellen. Die Verantwortlichkeiten der divisionalen CROs wurden am 1. Januar 2016 an den geänderten Zuschnitt der Unternehmensbereiche angepasst.

Die Leiter der oben erwähnten Risikomanagementfunktionen sowie die regional und divisional verantwortlichen Chief Risk Officer berichten an den CRO.

Nach Beendigung des 3LoD Programms im Jahr 2015 wurde die Verantwortung über die Aufrechterhaltung und die Weiterentwicklung des 3LoD Rahmenwerks an Group Operational Risk Management übergeben. Das 3LoD Programm etablierte Divisional Control Officers, mit der Aufgabe das Risikobewußtsein der 1. LoD zu stärken, Kontrollverantwortlichkeiten zu klären und verbesserten Standards der 2. LoD nachzukommen. Im Laufe des Jahres wurde ein neues Non-Financial Risk and Control Management Rahmenwerk eingeführt, und es wurde eine IT Plattform aufgesetzt, um die Kontrolleffektivität der 1. und 2. LoD zu überprüfen, welche derzeit ausgerollt und kontinuierlich weiter verbessert wird.

Verschiedene Teams innerhalb der Risikomanagementbereiche decken übergreifende Risikoaspekte ab. Ihre Aufgabe ist es, eine stärkere Konzentration auf ein ganzheitliches Risikomanagement und eine umfassende, risikoübergreifende Übersicht zur weiteren Verbesserung unserer Risikoportfoliosteuerung zu ermöglichen. Wesentliche Ziele sind:

- Steuerung von risikoübergreifenden strategischen Initiativen und stärkere Verknüpfung zwischen der Portfoliostrategie und der Übersicht über die Umsetzung, einschließlich der Einhaltung regulatorischer Anforderungen;
- Strategische und zukunftsbezogene Managementberichterstattung zu wichtigen Risikothemen, insbesondere zur Risikotoleranz und zu Stresstests;
- Stärkung der Risikokultur in der Bank;
- Förderung der Umsetzung konsistenter Risikomanagementstandards.

Seit dem 1. Januar 2016 sind diese Aufgaben in der neu geschaffenen Funktion Enterprise Risk Management („ERM“) gebündelt. ERM legt außerdem die bankweiten Grundsätze des Risikomanagements fest, so dass alle Risiken im Unternehmen identifiziert, zugewiesen und überwacht werden und sich innerhalb des genehmigten Risikoappetits bewegen.

Ebenfalls seit dem 1. Januar 2016 liegt die Verantwortung für die Überwachung des Group Data Management Office („GDMO“) und des Chief Information Security Office („CISO“) sowie für Corporate Security & Business Continuity („CSBC“) bei der Risikoorganisation, was unseren verstärkten Fokus auf das ganzheitliche Management der nicht-finanziellen Risiken unterstreicht.

Unsere Bereiche Finance, Risk und Group Audit arbeiten unabhängig von unseren Geschäftsbereichen. Es ist die Verantwortung von Finance und Risk, die Quantifizierung sowie Verifizierung eingegangener Risiken vorzunehmen und die Qualität sowie Integrität risikorelevanter Daten sicherzustellen. Group Audit als dritte Verteidigungslinie, führt unabhängig risikoorientierte Prüfungen des Aufbaus und der operativen Effektivität unseres internen Kontrollsystems durch.

Die Integration des Risikomanagements unserer Tochtergesellschaft Deutsche Postbank AG wird durch vereinheitlichte Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken sowie Strategien und Prozesse zur Bestimmung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und der entsprechenden internen Kontrollsysteme sichergestellt. Die wichtigsten Elemente der gemeinsamen Steuerung sind:

- Funktionale Berichtslinien aus dem Risikomanagement der Postbank an das Risikomanagement der Deutschen Bank;
- Erweiterung der zentralen Risikokomitees der Postbank um stimmberechtigte Mitglieder der Deutschen Bank aus den jeweiligen Risikofunktionen und umgekehrt für ausgewählte zentrale Komitees; und
- Umsetzung wichtiger Konzern-Risikorichtlinien bei der Postbank.

Die wesentlichen Risikomanagementausschüsse der Postbank, in denen der Risikovorstand der Postbank oder ranghohe Risikomanager der Deutschen Bank stimmberechtigte Mitglieder sind, umfassen:

- Das Bankrisikokomitee, das den Vorstand der Postbank mit Blick auf die Festlegung der Risikotoleranz und Risiko- und Kapitalallokation berät;
- Das Kreditrisikokomitee, das für die Limitallokation und Festlegung eines angemessenen Limit-Rahmenwerks verantwortlich ist;
- Das Marktrisikokomitee, das über die Limitallokation, die strategische Positionierung des Anlage- und Handelsbuchs der Postbank, sowie die Steuerung des Liquiditätsrisikos entscheidet;
- Das Managementkomitee für operationelle Risiken, das ein angemessenes Risikorahmenwerk und die Limitallokation für operationelle Risiken für die verschiedenen Geschäftsbereiche definiert;
- Das Modell- und Validierungskomitee, das für die Überwachung der Validierung aller Ratingsysteme und Risikomanagementmodelle verantwortlich ist.

Im Jahr 2014 wurde die Integration für große Kunden komplett abgeschlossen. Diese werden nunmehr zentral über unsere Kreditplattform gesteuert und die Aufsichtsbehörden erlaubten die Nutzung der gemeinsamen Modellparameter für große Firmenkunden und Finanzinstitutionen.

Als Folge der Ankündigung der Deutsche Bank Strategie 2020 Ende April 2015 – in deren Rahmen die Deutsche Bank beabsichtigt, die Postbank und ihre Tochtergesellschaften zu dekonsolidieren und zu veräußern – wurde die weitere Systemintegration gestoppt. Jedoch wird der bisher erreichte, oben beschriebene Stand der Integration und des gemeinsamen integrierten Risiko-Managements uneingeschränkt weitergeführt bis zu dem Moment, in dem die Postbank nicht mehr Teil des Deutsche Bank-Konzerns sein wird.

Parallel hierzu wurden die Arbeiten begonnen, um eine vollständige Separierung der Postbank-(Sub-)Gruppe vorzubereiten. Grundsätzliche Bedingung für alle Vorbereitungen einer Separierung ist hierbei, dass die durchgängige operative Funktionsfähigkeit der Postbank sowie die Einhaltung sämtlicher regulatorischer Anforderungen jederzeit gewahrt bleiben.

Risikokultur

Wir fördern aktiv eine starke Risikokultur auf allen Ebenen unserer Organisation. Dabei ist es unser Ziel, einen ganzheitlichen Ansatz für die Steuerung von Risiken und Erträgen auf allen Ebenen der Organisation sowie das effektive Management unseres Risiko-, Kapital- und Reputationsprofils, zu fördern.

Bei unseren Geschäftsaktivitäten gehen wir bewusst Risiken ein. Die folgenden Prinzipien stützen dabei die Risikokultur unseres Konzerns:

- Risiken werden im Rahmen einer definierten Risikotoleranz eingegangen;
- Jedes Risiko muss gemäß dem Rahmenwerk für das Risikomanagement genehmigt werden;
- Risiken müssen angemessenen Ertrag bringen;
- Risiken sollten fortlaufend überwacht und gesteuert werden.

Mitarbeiter auf allen Ebenen sind für die Steuerung und Eskalation von Risiken verantwortlich. Wir erwarten von Mitarbeitern, dass sie durch ihr Verhalten eine starke Risikokultur fördern. Dies wird dadurch gestärkt, dass unsere Leistungsbeurteilungs- und Vergütungsprozesse eine Verhaltensbewertung beinhalten.

Verhaltensweisen einer starken Risikokultur wurden auf allen Ebenen der Organisation konsistent kommuniziert und umfassen:

- Verantwortung für unsere Risiken übernehmen;
- Risiken konsequent, zukunftsorientiert und umfassend bewerten;
- kritisches Hinterfragen fördern, betreiben und respektieren;
- Probleme gemeinsam lösen; und
- die Deutsche Bank und ihre Reputation bei allen Entscheidungen in den Mittelpunkt stellen.

Zur Stärkung dieser erwarteten Verhaltensweisen und zur Stärkung der Risikokultur unterhalten wir eine Reihe von konzernweiten Aktivitäten. Die Mitglieder unseres Vorstands und das Senior Management kommunizieren regelmäßig die Bedeutung einer starken Risikokultur. Zudem wollen wir das Thema Risikokultur stärker im Bewusstsein der Mitarbeiter verankern. Hierzu wurde auf der internen Social-Media-Plattform der Deutschen Bank eine Spezialbibliothek für Risikokultur-relevante Berichte und Artikel eingerichtet.

Im Gesamtjahr 2015 bis Anfang 2016 wurde die Effektivität von Schulungen verstärkt fokussiert. Anstelle von zusätzlichen Schulungsmodulen vermitteln wir, sofern machbar, neue Erkenntnisse und Informationen in bestehenden Schulungen, um dadurch die Lerneffizienz zu steigern.

Zusätzlich haben wir neben anderen Maßnahmen zur Stärkung unseres Performance Management einen Prozess entwickelt und implementiert, um die formelle Bewertung des risikobewussten Verhaltens unserer Mitarbeiter mit dem Leistungsbeurteilungs-, Beförderungs- und Vergütungsprozess zu verknüpfen. Dieser Prozess wurde 2010 in unseren Unternehmensbereichen CB&S und GTB sowie anschließend in allen Unternehmensbereichen und Funktionen eingeführt. Zuletzt implementierte ihn PBC International im Juli 2015. Ziel des Prozesses ist es, die Eigenverantwortung der Mitarbeiter weiter zu stärken.

Um die ganzheitliche Bewertung der Risikokultur zu fördern, wurde 2015 ein entsprechendes Rahmenwerk entwickelt. Dieses artikuliert die Hebel, die zur Schaffung einer starken Risikokultur beitragen, sowie die Mindestkriterien, die auf Konzern- und divisionaler Ebene zu erfüllen sind. 2016 wird dieses Rahmenwerk in den Geschäftsbereichen der Deutschen Bank angewandt.

Auf der Grundlage des neu entwickelten Rahmenwerks haben wir einen Jahresbericht zur Risikokultur (Risk Culture Annual Report) erstellt und Ende 2015 dem Vorstand sowie dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats vorgelegt. Dies ist Teil unserer Bemühung, das Senior Management über die Risikokultur der Bank zu informieren.

Risikotoleranz und Risikokapazität

Die Risikotoleranz ist Ausdruck des Risikos, das wir im Rahmen unserer Risikokapazität einzugehen bereit sind, um unsere Geschäftsziele zu erreichen. Sie wird anhand von quantitativen Mindestmessgrößen und qualitativen Standards festgelegt. Risikokapazität ist definiert als das maximale Risikoniveau, das wir unter normalen und Stressbedingungen eingehen können, ohne regulatorische Schwellenwerte oder Verpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten zu überschreiten.

Die Risikotoleranz ist ein integraler Bestandteil unserer Prozesse zur Entwicklung unseres Kapital-Nachfrageplans, sodass sichergestellt ist, dass Risiko-, Kapital- und Performanceziele, auch unter Berücksichtigung von Risikokapazität und Risikotoleranz, für finanzielle und nicht-finanzielle Risiken, abgestimmt sind. Unterstützend verwenden wir unsere Stresstestprozesse, um zu prüfen, ob der Plan auch unter Marktstresssituationen diesen Anforderungen entspricht. Die anhand eines Top-down-Ansatzes ermittelte Risikotoleranz dient als Limit für die Risikonahme in der Bottom-up-Planung der Geschäftsbereiche.

Der Vorstand überprüft und genehmigt jährlich oder – bei unerwarteten Änderungen des Risikoumfelds – auch in kürzeren Abständen unsere Risikotoleranz und -kapazität, um sicherzustellen, dass sie unserer Konzernstrategie, dem Geschäftsumfeld, den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie den Anforderungen der Anspruchsberechtigten entsprechen.

Um unsere Risikotoleranz und Risikokapazität näher zu bestimmen, haben wir auf Konzernebene unterschiedliche zukunftsgerichtete Indikatoren und Schwellenwerte festgelegt und Eskalationsmechanismen zur Ergreifung erforderlicher Maßnahmen definiert. Wir wählen Risikokennzahlen, die die wesentlichen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, und die Finanzlage insgesamt reflektieren. Zudem verbinden wir unser Governance-Rahmenwerk für das Risiko- und Sanierungsmanagement mit dem Rahmenwerk für die Risikotoleranz. Im Einzelnen bewerten wir im Rahmen von regelmäßig durchgeführten konzernweiten Benchmark- sowie strengeren Stresstests eine Reihe von Kennzahlen unter

Stress, wie die Tier-1-Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung, die interne Kapitaladäquanzquote („ICA“) sowie die Nettoliquiditätsposition unter Stress („SNLP“) und vergleichen deren gestresste Werte mit dem Ampelstatus (rot – gelb – grün) („RAG“), den wir wie in der folgenden Tabelle angegeben definiert haben.

Risikotoleranz-Schwellenwerte für wesentliche Kennzahlen

RAG-Niveaus	CRR/CRD 4-Vollumsetzung Tier-1-Kernkapitalquote	Interne Kapitaladäquanzquote	Nettoliquiditätsposition unter Stress
Normal	> 8,5 %	> 140 %	> 5 Mrd €
Kritisch	8,5 % – 5,5 %	140 % – 120 %	5 Mrd € – 0 Mrd €
Krise	< 5,5 %	< 120 %	< 0 Mrd €

Berichte, die unser Risikoprofil mit unserer Risikotoleranz und Risikostrategie vergleichen, sowie unsere Überwachung hiervon, werden regelmäßig dem Vorstand präsentiert. Während des Jahres 2015 blieb unser tatsächliches Risikoprofil innerhalb des in der obigen Tabelle dargestellten „Normalen Niveaus“. Treten Ereignisse ein, bei denen in Normal- oder Stresssituationen unsere festgelegte Risikotoleranzschwelle überschritten wird, wenden wir eine vorab definierte Governance-Matrix für deren Eskalation an. Damit stellen wir sicher, dass diese Überschreitungen dem zuständigen Risikoausschuss, dem Chief Risk Officer und schließlich dem Vorstand gemeldet werden. Änderungen der Risikotoleranz und der Risikokapazität müssen je nach Relevanz vom Chief Risk Officer beziehungsweise vom gesamten Vorstand genehmigt werden. Des Weiteren haben wir im Rahmen der jährlichen Rekalibrierung im November 2015 unserer Risikotoleranz den Schwellenwert für die Tier-1-Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung auf >10,0 % im Normalfall und <7,25 % unter Stress angepasst. Darüber hinaus haben wir die wesentlichen Kennzahlen um die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und die Verschuldungsquote (Leverage Ratio, LR) unter Normal- und Stressbedingungen erweitert, und für die Mindestliquiditätsquote auf >105 % und <100 % und für die Verschuldungsquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) auf >3,2 % und <3,1 % gesetzt. Diese Änderungen werden ab dem 1. Januar 2016 wirksam.

Risiko- und Kapitalplan

Strategie- und Kapitalplan

Wir führen alljährlich einen integrierten strategischen Planungsprozess durch, der die Entwicklung unserer zukünftigen strategischen Ausrichtung der Gruppe und unserer Geschäftsbereiche und -einheiten widerspiegelt. Der strategische Plan zielt darauf ab, eine ganzheitliche Perspektive zu entwickeln, die Kapital, Finanzierung und Risiko unter Risiko- und Renditegesichtspunkten berücksichtigt. Dieser Prozess übersetzt unsere langfristigen strategischen Ziele in messbare kurz- und mittelfristige Finanzziele und erlaubt eine unterjährige Überprüfung der Zielerreichung und deren Management. Dabei zielen wir darauf ab, optimale Wachstumsmöglichkeiten zu identifizieren, die eine nachhaltige Ertragsentwicklung unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken ermöglichen und die eine entsprechende Allokation des verfügbaren Kapitals erlauben. Risikospezifische Portfoliostrategien ergänzen diesen Rahmen und erlauben eine weiterführende Umsetzung der Risikostrategie auf Portfolioebene, die Besonderheiten der Risikoart sowie Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Der strategische Planungsprozess umfasst zwei Phasen: eine deduktive Zielfestsetzung sowie eine induktive Substantiierung.

In der ersten Phase – der Zielfestsetzung durch die Leitungsebene – werden die Kernziele für Gewinne und Verluste (inklusive Umsatz und Kosten), Kapitalangebots- und Kapitalbedarfsentwicklung sowie Bilanzentwicklung (Bilanzsumme, Refinanzierung und Liquidität) für die Gruppe wie auch die Hauptgeschäftsbereiche diskutiert. Die Ziele für die nächsten drei Jahre basieren auf unserem makroökonomischen Ausblick und den Erwartungen bezüglich des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks. In der Folge genehmigt der Vorstand die Ziele.

In der zweiten Phase werden die gesetzten Ziele in Detailplänen für Geschäftseinheiten entwickelt, wobei das erste Jahr auf monatlicher Basis als operativer Plan, die Jahre zwei und drei als Jahrespläne ausformuliert werden. Die vorgeschlagenen Detailpläne werden von Finance und Risk einer kritischen Prüfung unterzogen und mit jedem Ge-

schäftsbereichsleiter einzeln erörtert. Dabei werden die Besonderheiten des Geschäftsbereichs berücksichtigt und konkrete Ziele vereinbart, die alle darauf ausgerichtet sind, unsere Strategie zu unterstützen. Die Detailpläne enthalten Ziele für wichtige Gesellschaften, um die lokale Risiko- und Kapitalausstattung zu prüfen. Stresstests ergänzen den strategischen Plan, um auch gestresste Marktbedingungen zu würdigen.

Der resultierende Strategie- und Kapitalplan wird dem Vorstand zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt. Nach der Genehmigung durch den Vorstand wird der Plan dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Der Strategie- und Kapitalplan ist darauf ausgerichtet, unsere Vision einer führenden, auf Kunden ausgerichteten globalen Universalbank zu unterstützen. Er zielt darauf ab, sicherzustellen, dass wir

- ein ausgewogenes risikoadjustiertes Ergebnis in allen Geschäftsbereichen und -einheiten erreichen;
- die Risikomanagementstandards mit speziellem Fokus auf Risikokonzentrationen hochhalten;
- aufsichtsrechtliche Anforderungen einhalten;
- eine starke Kapital- und Liquiditätsposition sicherstellen; und
- mit einer stabilen Refinanzierungs- und Liquiditätsstrategie die Geschäftsplanung innerhalb der Liquiditätsrisikotoleranz sowie der aufsichtsrechtlichen Vorgaben unterstützen.

Unser Strategie- und Kapitalplanungsprozess ermöglicht uns damit die

- Festlegung ertrags- und risikobezogener Kapitaladäquanzziele unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspläne;
- Bewertung unserer Risikotragfähigkeit mit Blick auf interne und externe Anforderungen (zum Beispiel in Bezug auf das ökonomische Kapital und das aufsichtsrechtliche Eigenkapital); und
- Durchführung eines angemessenen Stresstests zur Ermittlung der Auswirkungen auf Kapitalbedarf, Kapitalbasis und Liquiditätsposition.

Die spezifischen Limite, wie zum Beispiel aufsichtsrechtliche Kapitalnachfrage, Ökonomisches Kapital und Verschuldungsposition, werden aus dem Strategie- und Kapitalplan abgeleitet und sollen unsere Risiko-, Kapital- und Ertragsziele auf allen relevanten Unternehmensebenen angleichen.

Alle extern kommunizierten finanziellen Ziele werden in entsprechenden Managementkomitees laufend überwacht. Eine projektierte Zielverfehlung wird zusammen mit möglichen Alternativstrategien diskutiert, um letztendlich die gesetzten Ziele dennoch zu erreichen. Änderungen des Strategie- und Kapitalplans müssen vom Vorstand genehmigt werden. Die Erfüllung unserer extern kommunizierten Solvabilitätsziele stellt sicher, dass wir auch jene Anforderungen erfüllen, die uns unsere Herkunftslandbehörde für die Gruppe im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process) kommuniziert hat. Im Dezember 2015 informierte die EZB die Deutsche Bank, dass auf Konzernebene eine Tier-1-Kernkapitalquote von mindestens 10,25 % unter Berücksichtigung der Übergangsregeln jeder Zeit erfüllt werden muss. Der derzeit gültige 2 % G-SIB Puffer für die Deutsche Bank ist in dieser Quote nicht enthalten und unterliegt einer vierjährigen Übergangsregel.

Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP

Der ICAAP verlangt von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und Verfahren zur Risikosteuerung anzuwenden um die angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen, das heißt, das zur Verfügung stehende interne Kapital muss die intern gemessenen Risiken übersteigen (siehe auch Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“).

Wir erfüllen auf Konzernebene den ICAAP – wie unter Basel 3/Säule 2 gefordert und über die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in das deutsche Aufsichtsrecht überführt – durch das konzern-weite Rahmenwerk für Risikomanagement und Governance, Methoden, Prozesse und Infrastruktur.

In Übereinstimmung mit den Basel- und MaRisk-Vorschriften zählen zu unseren Kerninstrumenten, um die ausreichende Kapitalisierung fortdauernd sicherzustellen:

- der strategische Planungsprozess, der Risikostrategie und Risikotoleranz mit den Geschäftszielen in Einklang bringt;
- der fortlaufende Überwachungsprozess für genehmigte Risiko-, Leverage und Kapitalziele;
- die regelmäßige Berichterstattung über Risiken-, Leverage und Kapital an die Steuerungsgremien; und
- die Ökonomische Kapitalmethode sowie das Stresstest-Rahmenwerk, das auch spezifische Stresstests zur Unterstützung der Sanierungsplan-Überwachung beinhaltet.

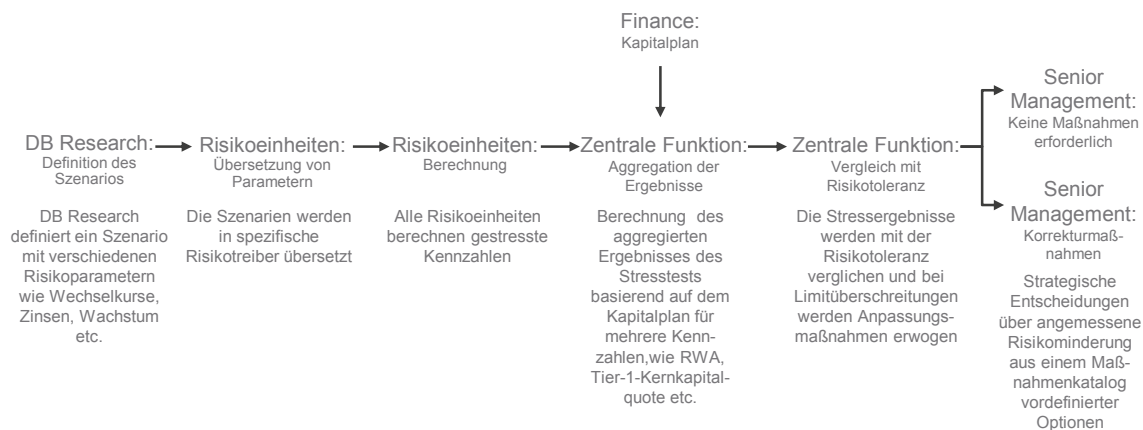
Stresstests

Wir führen regelmäßig Stresstests durch, um die Auswirkungen eines erheblichen Konjunkturabschwungs auf unser Risikoprofil und unsere Finanzlage zu bewerten. Diese Stresstests ergänzen klassische Risikomaße und sind integraler Bestandteil unserer Strategie- und Kapitalplanungsprozesse. Unser Stresstest-Rahmenwerk umfasst regelmäßige konzernweite Stresstests, die auf intern definierten Benchmark-Szenarien und starken globalen Rezessionsszenarien basieren. In unseren Stresstests erfassen wir alle wesentlichen Risikoarten. Der Zeithorizont für unsere internen Stresstests beträgt in der Regel ein Jahr, aber kann auch auf mehrere Jahre erweitert werden, falls die Vorgaben des Szenarios dies erfordern. Unsere Methoden werden von internen Experten sowie Aufsichtsbehörden regelmäßig geprüft, um zu beurteilen, dass die Auswirkungen eines gegebenen Szenarios korrekt erfasst werden. Die Analysen werden um Portfolio- und länderspezifische Stresstests sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen, wie jährliche Reverse-Stresstests und zusätzlich von Regulatoren auf Konzern- oder Tochtergesellschaftslevel verlangte Stresstests, ergänzt. Ferner wird ein für die Kapitalplanung relevanter Stresstest durchgeführt, um die Umsetzbarkeit des Kapitalplans der Deutschen Bank bei ungünstigen Marktgegebenheiten zu bewerten und einen klaren Zusammenhang zwischen Risikotoleranz, Geschäftsstrategie, Kapitalplan und Stresstests aufzuzeigen. Ein integrierter Ansatz ermöglicht es uns die Auswirkungen von Ad-hoc-Szenarien zu berechnen, die potenzielle finanzielle oder geopolitische Schocks simulieren.

In der Anfangsphase unserer internen Stresstests definiert DB Research in Zusammenarbeit mit Experten aus dem Risiko- sowie dem Marktbereich ein makroökonomisches Krisenszenario. DB Research beobachtet die politische und wirtschaftliche Entwicklung rund um den Globus und bildet diese in einer makroökonomischen „Heatmap“ ab. In dieser Heatmap werden potenzielle negative Szenarien identifiziert. Anhand von quantitativen Modellen und Expertenschätzungen werden ökonomische Parameter, wie Wechselkurse, Zinsen, BIP-Wachstum oder Arbeitslosenquoten, entsprechend festgelegt, um die Auswirkungen auf unser Geschäft darzustellen. Die Beschreibung des Szenarios wird von Experten in den jeweiligen Risikoeinheiten in spezifische Risikoparameter übersetzt. Im Rahmen unserer internen Modelle für Stress Tests werden die folgenden Messgrößen unter Stress ermittelt: Risikogewichtete Aktiva, Ökonomisches Kapital pro Risikotyp und die Auswirkung auf unsere Erträge und Verluste. Diese Ergebnisse werden auf Konzernebene aggregiert und wesentliche Größen wie die Nettoliquiditätsposition unter Stress, die Tier-1-Kernkapitalquote und die interne Kapitaladäquanzquote unter Stress hergeleitet. Die Stresstestergebnisse und die zugrunde liegenden Szenarien werden für alle Risikoarten auf verschiedenen Ebenen von Senior Managern innerhalb der Bereiche Risikomanagement, Finance und den Geschäftsbereichen geprüft. Nach dem Vergleich mit unserer festgelegten Risikotoleranz entscheidet das Senior Management über spezifische Risikominderungsmaßnahmen, um die Stressauswirkungen gemäß dem übergreifenden Strategie- und Kapitalplan zu mindern, sofern bestimmte Grenzwerte überschritten werden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse in der Sanierungsplanung berücksichtigt. Dies ist in einer existenziellen Krisensituation für die Abwicklungsfähigkeit der Bank unerlässlich. Das Ergebnis wird dem Senior Management und schließlich dem Vorstand vorgestellt, um Bewusstsein auf höchster Ebene zu schaffen. Es gibt einen wesentlichen Einblick in spezifische geschäftliche Schwachstellen und trägt zur Gesamtbewertung des Risikoprofils der Bank bei. Im Jahr 2015 blieben wir im Rahmen unseres internen Stresstest-Programms unter verschiedenen, teilweise schweren Stressszenarien ausreichend kapitalisiert. Durch Auswahl von geeigneten Handlungsoptionen aus einem Katalog von verfügbaren Sanierungsmaßnahmen verfügen wir über die Möglichkeit unter den jeweiligen Stressszenarien sicherzustellen, dass potenzielle Kapitallücken im Stress unmittelbar geschlossen werden können. Zudem wird jährlich ein Reverse-Stresstest durchgeführt, um das Geschäftsmodell anhand von Szenarien auf Nachhaltigkeit zu überprüfen. Der Stresstest basiert auf hypothetischen makroökonomischen Szenarien oder idiosynkratischen Ereignissen, die ernsthafte Auswirkungen auf unsere Ergebnisse haben. Vergleicht man die hypothetischen makroökonomischen Szenarien, die dazu führen, dass das Geschäftsmodell nicht mehr tragbar ist, mit dem derzeitigen

makroökonomischen Umfeld, dürfte der Eintritt des Szenarios sehr unwahrscheinlich sein. Unter Berücksichtigung der sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit eines Reverse-Stresstest-Szenarios betrachten wir unsere Geschäftskontinuität nicht als gefährdet.

Stresstest-Rahmenwerk des Deutsche Bank-Konzerns



Risikoberichterstattung und -messsysteme

Unsere Risikodatenbankensysteme unterstützen das aufsichtsrechtliche Meldewesen, externe Veröffentlichungen, und die interne Managementberichterstattung zu Kredit-, Markt-, operationellen (einschließlich Rechtsrisiken), Geschäfts-, Reputations-, Liquiditäts-, Modell- und Compliance-Risiken. Unsere Risiko-Infrastruktur integriert die relevanten Konzerngesellschaften sowie Geschäftsbereiche. Sie bildet die Grundlage für die maßgeschneiderte regelmäßige sowie Ad-hoc-Berichterstattung zu Risikopositionen, Kapitaladäquanz und Limitanspruhen an die zuständigen Funktionen. Spezielle Einheiten in Finance und Risk übernehmen die Verantwortung für die Messung und Analyse von Risiken sowie die entsprechende Berichterstattung. Dabei stellen sie die erforderliche Qualität und Integrität der risikorelevanten Daten sicher. Unsere Risikomanagementsysteme werden nach risiko-basierter Prüfungsansatz durch Group Audit überprüft.

Die Hauptberichte zum Risiko- und Kapitalmanagement, in denen die zentralen Governance-Gremien über konzernweite Risiken informiert werden, sind:

- Das Risiko- und Kapitalprofil wird dem CaR und dem Vorstand monatlich vorgestellt und anschließend dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats zur Information zugeleitet. Es umfasst einen Überblick über unsere aktuelle Risiko-, Kapital- und Liquiditätssituation sowie auch Informationen zur Adäquanz unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und Ökonomischen Kapitals.
- Der Konzern Treasurer und das Group Capital Management stellen dem CaR monatlich einen Überblick über den Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungsbedarf vor. Dieser umfasst wesentliche Entwicklungen und Kenngrößen einschließlich das Tier-1-Kernkapital sowie die Verschuldungsquote nach CRR/CRD 4 und eine Übersicht über den aktuellen Status unserer Finanzierung und Liquidität, die Liquiditätsstresstests und Notfallmaßnahmen.
- Zweimal im Quartal und/oder bei Bedarf häufiger werden konzernweite makroökonomische Stresstests durchgeführt, deren Ergebnisse dem PRC zur Verfügung gestellt und diskutiert werden.

Diese Berichte werden durch eine Auswahl weiterer Standard- und Ad-hoc-Berichte von Risk und Finance vervollständigt und unterschiedlichen übergeordneten Ausschüssen präsentiert, die für das Risiko- und Kapitalmanagement auf Konzernebene verantwortlich sind.

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Die Finanzkrise 2007/2008 hat Banken und weite Teile der globalen Finanzmärkte einer beispiellosen Belastungsprobe ausgesetzt. Diese Belastungen mündeten in massiven staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für betroffene Banken sowie umfangreichen Interventionen durch Zentralbanken. Die Krisenereignisse zwangen zahlreiche Finanzinstitute zudem, ihre Geschäftsaktivitäten in bedeutendem Umfang zu restrukturieren und ihre Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis zu stärken. Darüber hinaus machte diese Krise deutlich, dass viele Finanzinstitute auf eine rasch fortschreitende, systemische Krise nur unzureichend vorbereitet waren und daher nicht auf eine Weise agieren und reagieren konnten, dass ihr potenzielles Scheitern ohne wesentliche negative Auswirkungen auf das gesamte Finanzsystem und damit letztlich auf Wirtschaft und Gesellschaft bleiben würde.

Als Reaktion auf diese Krise hat das Financial Stability Board (FSB) eine Liste von global systemrelevanten Banken (G-SIBs) veröffentlicht und seinen Mitgliedern empfohlen, für diese G-SIBs die Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen anzuordnen und die betroffenen Institute bei deren Entwicklung zu unterstützen. Entsprechende Gesetzgebungen wurden in verschiedenen Jurisdiktionen einschließlich der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU), Deutschland, Großbritannien und der USA erlassen oder vorgeschlagen. Da auch wir als eines dieser G-SIBs eingestuft wurden, haben wir einen Konzern-Sanierungsplan (Sanierungsplan) entwickelt und bei unseren relevanten Aufsichtsbehörden eingereicht. Dieser Sanierungsplan wird mindestens einmal jährlich aktualisiert und berücksichtigt sowohl Änderungen in den Geschäftsaktivitäten der Bank als auch veränderte aufsichtsrechtliche Anforderungen.

Dieser Sanierungsplan versetzt uns in die Lage, unsere finanzielle Stärke und Überlebensfähigkeit auch während einer extremen Stresssituation wiederherzustellen. Der Sanierungsplan stellt insbesondere dar, wie wir auf eine finanzielle Stresssituation, die einen signifikanten Einfluss auf unsere Kapital- beziehungsweise Liquiditätsposition hätte, reagieren könnten. Dazu beinhaltet er eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen, mit dem Ziel, uns, unsere Kunden und die Märkte zu schützen und eine potenziell kostspieligere Abwicklung zu verhindern. Übereinstimmend mit aufsichtsrechtlichen Leitlinien haben wir eine umfangreiche Anzahl von möglichen Sanierungsmaßnahmen identifiziert, die verschiedene Arten von Stressszenarien abschwächen würden. Diese Szenarien berücksichtigen sowohl idiosynkratische als auch marktweite Ereignisse, die erhebliche Kapital- und Liquiditätsauswirkungen sowie Auswirkungen auf unseren Geschäftserfolg wie auch auf unsere Bilanz hätten. Der Sanierungsplan, einschließlich der entsprechenden internen Richtlinien, ermöglicht es uns, unsere Sanierungsmaßnahmen wirksam zu planen und zu überwachen sowie in Krisensituationen zu eskalieren und auszuüben.

Das wesentliche Ziel dieses Sanierungsplans ist es zu ermöglichen, uns von einer Krisensituation erholen zu können, indem angemessene Sanierungsmaßnahmen ausgewählt werden, in Folge derer wir weiterhin ausreichend mit Kapital und Finanzmitteln ausgestattet sind. Dieser Plan geht über unser Risikomanagement-Rahmenwerk hinaus und kann in extremen Krisensituationen (zum Beispiel bei substanziellen Kapitalverlusten oder in Ermangelung eines Zugangs zu erforderlicher Marktliquidität), in denen der Fortbestand unseres Unternehmens gefährdet sein könnte, umgesetzt werden. Der Vorstand entscheidet, wann der Sanierungsplan umgesetzt werden muss und welche Maßnahmen in der jeweiligen Situation als angemessen angesehen werden.

Der Sanierungsplan ist derart ausgestaltet, dass er eine Vielzahl von Richtlinien unter anderem die für uns in der EU relevante Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) und des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) und anderer relevanter Jurisdiktionen abdeckt. Ferner berücksichtigt der Sanierungsplan zahlreiche Anmerkungen aus den intensiv geführten Diskussionen mit unseren Aufsichtsbehörden und unserer Krisenmanagementgruppe „CMG“ (bestehend aus wesentlichen heimischen und ausländischen Regulatoren). Wir berichten an die CMG in der Absicht, unsere Vorbereitungen auf eine uns betreffende, grenzüberschreitende Finanzkrise zu verbessern, und ein solche Krise besser bewältigen und überwinden zu können. Die CMG ist gehalten, eng mit den Behörden in anderen Jurisdiktionen zusammenzuarbeiten, in denen Finanzinstitute eine systemrelevante Funktion innehaben.

Wir arbeiten zudem eng mit der Abwicklungsbehörde Einheitlicher Europäischer Bankenabwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism, SRM*) zusammen und unterstützen diese in ihrem Auftrag, einen Abwicklungsplan für den Konzern der Deutschen Bank gemäß der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) und des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) zu erstellen.

Titel I des „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“ (Dodd-Frank Act) und die vom Direktorium des US-Zentralbankensystems und der Bundesanstalt zur Versicherung von Einlagen bei Kreditinstituten („FDIC“) zur Umsetzung herausgegebenen Implementierungen verlangen von allen „Bank Holding Companies“ mit Vermögenswerten über 50 Mrd US-\$ – einschließlich der Deutsche Bank AG – jährlich einen Plan zur geordneten Abwicklung von Niederlassungen und Geschäftsaktivitäten im Falle einer zukünftigen finanziellen Notlage oder einer Insolvenz zu erstellen (der „Titel I US Resolution Plan“), und diesen den Regulierungsbehörden einzureichen. Für Banken mit Sitz außerhalb der USA wie uns, bezieht sich der „Titel I US Resolution Plan“ nur auf Niederlassungen, Filialen, Geschäftsstellen und Geschäftsaktivitäten, die komplett in den USA angesiedelt oder in weiten Teilen dort abgewickelt werden. Zusätzlich hierzu war die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“) 2014 erstmals dazu aufgefordert, einen spezifischen Abwicklungsplan (den „IDI Plan“) einzureichen. Die DBTCA ist eine der Institutionen der DBAG, die versicherte Einlagen in den USA hält („IDIs“). Die finalen Regelungen der FDIC verlangen von IDIs mit Vermögenswerten über 50 Mrd US-\$ der FDIC regelmäßig Abwicklungspläne für den Fall einer Insolvenz nach dem „Federal Deposit Insurance Act“ (der „IDI Rule“) und zusammen mit dem Titel I US Resolution Plan (dem „US-Resolution-Plan“) vorzulegen. Im Jahr 2014 erweiterten wir unseren Titel I US Resolution Plan, so dass wir ebenso die IDI-Rule Erfordernisse erfüllen können. Im Jahr 2015 bereitete DBTCA einen separaten IDI Plan vor und übermittelte diesen.

Kernelemente des „US Resolution Plans“ sind signifikante Rechtseinheiten (Material Entities, „MEs“), Kerngeschäftsfelder (Core Business Lines, „CBLs“), kritische ökonomische Funktionen (Critical Operations, „COs“) sowie für die Zwecke des IDI-Planes zudem kritische Dienstleistungen (Critical Services). Der US Resolution Plan legt die Abwicklungsstrategie für jede ME dar. Diese sind als solche Einheiten definiert, die signifikant für die Aktivitäten einer CO oder CBL sind. Der US Resolution Plan zeigt, wie jede ME, CBL und CO in einer zügigen und geordneten Art und Weise sowie ohne systemischen Einfluss auf die US-Finanzmarktstabilität abgewickelt werden kann. Zudem legt der US Resolution Plan die Strategie dar, wie kritische Dienstleistungen im Abwicklungsfall fortgeführt werden können. Die im US Resolution Plan adressierten wesentlichen Faktoren beinhalten Maßnahmen zur Sicherstellung:

- des verbleibenden Zugangs zu Dienstleistungen von anderen US-amerikanischen und nicht-US-amerikanischen Rechtseinheiten sowie externen Parteien, wie Anbietern von Zahlungsdiensten, Börsen und wesentlichen Dienstleistern;
- der Verfügbarkeit sowohl externer wie auch interner Finanzierungsquellen;
- der Weiterbeschäftigung wichtiger Mitarbeiter während der Abwicklungsphase; und
- des effizienten und koordinierten Ausgleichs grenzüberschreitender Verträge.

Der „US Resolution Plan“ wird in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen in den USA erarbeitet, um sicherzustellen, dass er das Geschäft, kritische Infrastrukturen sowie wesentliche Abhängigkeiten korrekt darstellt.

Risiko- und Kapitalmanagement

Kapitalmanagement

Unsere Treasury-Abteilung steuert die Solvabilität, die Kapitaladäquanz und die Verschuldungsquote auf Konzernebene und auf lokaler Ebene in jeder Region. Treasury implementiert unsere Kapitalstrategie, die vom Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Sie umfasst die Emission sowie den Rückkauf von Aktien und Kapitalinstrumenten, die Absicherung von Kapitalquoten vor Devisenschwankungen, die Festlegung von Limiten, die Allokation von Eigenkapital sowie die regionale Kapitalplanung. Es ist unser Ziel, stets eine solide ökonomische und aufsichtsrechtliche Kapitalisierung aufrechtzuerhalten. Wir überwachen und passen fortwährend Kapitalnachfrage und -angebot an im Bestreben, das optimale Gleichgewicht ökonomischer und aufsichtsrechtlicher Bedingungen zu jeder Zeit und unter allen Aspekten zu erzielen. Die verschiedenen Sichtweisen beinhalten das Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital und die Kapitalanforderungen durch Ratingagenturen.

Treasury steuert die Emission und den Rückkauf von Kapitalinstrumenten, das heißt das Tier-1-Kernkapital, zusätzliches Tier-1-Kapital sowie die Tier-2-Kapitalinstrumente. Treasury beobachtet den Markt für den Einstieg in Passiv-Management-Geschäfte fortlaufend. Solche Transaktionen stellen eine antizyklische Möglichkeit dar, Tier-1-Kernkapital durch den Rückkauf von Deutsche Bank-Fremdkapitalemissionen unter deren Ausgabepreis zu schaffen.

Unsere Hauptwährungen sind Euro, US-Dollar und Britisches Pfund. Treasury steuert die Sensitivität unserer Kapitalquoten im Hinblick auf Schwankungen in diesen Hauptwährungen. Das Kapital unserer ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen in anderen Währungen ist größtenteils gegen Währungsschwankungen abgesichert. Treasury bestimmt, welche Währungen abgesichert werden sollen, entwickelt geeignete Absicherungsstrategien in enger Abstimmung mit dem Risikomanagement und schließt entsprechende Absicherungsgeschäfte ab.

Festlegung von Limiten für Ressourcen

Die wesentlichen Finanzressourcen werden durch folgende Governanceprozesse und Anreizmechanismen beeinflusst.

Die angestrebten Zielkapazitäten für die Ressourcennutzung werden in unserem jährlichen Strategischen Plan überprüft und mit unseren angestrebten Zielen für die Tier-1-Kernkapitalquote sowie die Verschuldungsquote abgestimmt. In einem quartärliehen Prozess, genehmigt das Capital and Risk Committee die auf dem strategischen Plan basierenden divisionalen Limite für die Ressourcennutzung hinsichtlich Kapitalanforderung und Verschuldungsposition, welche um aktuelle Marktbewegungen und den kurzfristigen Ausblick angepasst werden. Die Einhaltung der Limite wird über einen engen Überwachungsprozess und einen Verfahren für Überziehungen durchgesetzt.

Im Berichtszeitraum haben wir unsere interne Methode der Kapitalallokation erweitert, um die wachsende Bedeutung des Verschuldungsgrades für die Bank zu berücksichtigen. Ursächlich für die aufsichtsbehördlichen Anforderungen sind der höhere Wert der Solvenzanforderungen auf Basis der Tier-1-Kernkapitalquote und der Verschuldungsanforderungen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Bilanzsumme. Für die interne Kapitalallokation erfolgt die Zuteilung erst auf Basis der Solvenz und anschließend auf Basis des Verschuldungsgrades. Die neue Methode folgt demnach einem zweiteiligen Ansatz: Im ersten Schritt wird das interne Kapital („Average Active Equity“) allokiert, bis das extern kommunizierte Ziel einer 12,5 %-Tier-1-Kernkapital-Solvenzquote (beruhend auf der Vollumsetzung von CRR/CRD 4) erreicht ist. Im zweiten Schritt wird das interne Kapital auf Basis ihres Beitrags zur aufsichtsrechtlichen Bilanzsumme auf die Segmente verteilt, bis das extern kommunizierte Ziel einer 4,5 %-Verschuldungsquote (bei Vollumsetzung von CRR/CRD 4) erreicht ist. Die Allokation wird überprüft, falls eine Anpassung der extern kommunizierten Ziele für die Tier-1-Kernkapitalquote und Verschuldungsquote erfolgt. In der neuen Methode werden unterschiedliche Kapitalkosten für die einzelnen Geschäftsfelder verwendet, um die Ergebnisvolatilität der einzelnen Geschäftsmodelle differenzierter zu reflektieren. Dies ermöglicht verbesserte Leistungssteuerung und Investitionsentscheidungen.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden jährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgestellt. Die meisten unserer Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung der Kapital- und Refinanzierungspläne werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen vollumfänglich berücksichtigt.

Außerdem ist Treasury im Anlageausschuss des größten Pensionsfonds der Bank vertreten. Dieser Ausschuss legt die Investitionsrichtlinien des Pensionsfonds fest. Durch diese Vertretung wird eine weitere Absicherung der Kapitalbasis durch die Abstimmung von Pensionsfondsvermögen und -verbindlichkeiten beabsichtigt.

Identifikation und Bewertung des Risikos

Durch unsere Geschäftsaktivitäten sind wir einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Zu diesen Risiken gehören Kreditrisiko, Marktrisiko, operationelles Risiko, Geschäftsrisiko (einschließlich des steuerlichen und des strategischen Risikos), Reputationsrisiko, Liquiditätsrisiko, Modellrisiko und Compliance-Risiko, die wir in den folgenden Kapiteln näher beschreiben. Unser Risikoidentifizierungs- und Risikobewertungs-Prozesse nutzen Informationen über alle Organisati-

onsebenen und vorhandene Informationen, wann immer möglich. Die Prozesse sind in der gesamten Organisation implementiert um die relevanten Messgrößen und Indikatoren zu erfassen. Das Kernziel aller Prozesse ist eine angemessene Transparenz und Verständnis für die bestehenden und neu entstehenden Risiken zur Verfügung zu stellen, und eine ganzheitliche risikotypübergreifende Sichtweise zu gewährleisten. Die Risikoinventur wird regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, und bei Bedarf auch öfter aktualisiert, indem der Risikoidentifizierungs- und Risikobewertungsprozess gemäß MaRisk durchgeführt wird.

In Anpassung an unsere „drei Verteidigungslinien“ Taxonomie, kategorisieren wir unsere wesentlichen Risiken in finanziellen Risiken und nicht-finanzielle Risiken mit Wirkung zum 1. Januar 2016. Die finanziellen Risiken beinhalten das Kreditrisiko (einschließlich Kontrahenten-, Länder-, Produkt- und Branchenrisiken), das Marktrisiko (einschließlich Marktrisiko aus Handelsaktivitäten, aus Nicht-Handelsaktivitäten sowie aus dem handelsbezogenen Ausfallrisiko („Traded Default Risk“)), dem Liquiditätsrisiko und das Geschäftsrisiko. Die Nicht-finanzielle Risiken umfassen die operationellen Risiken und Reputationsrisiken, sowie Compliance-Risiken, Rechtsrisiken, Modellrisiken und Informationssicherheitsrisiken die durch unsere operationellen Risiken Rahmenwerk berücksichtigt werden. Das Ziel ist es, ein besseres Kontrollumfeld über unsere wesentlichen Risiken zu haben.

Kredit-, Markt- und operationelles Risiko erfordern aufsichtsrechtliches Eigenkapital. Im Rahmen unseres Prozesses zur Bewertung der internen Kapitaladäquanz berechnen wir das Ökonomische Kapital von Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationellen Risiken, das benötigt wird, um die aus unseren Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken, wobei Diversifikationseffekte zwischen diesen Risikotypen berücksichtigt werden. Darüber hinaus berücksichtigt unser Ökonomisches Kapitalrahmenwerk implizit weitere Risiken, wie zum Beispiel Reputationsrisiken und Refinanzierungsrisiken, für die keine eigenständigen Modelle zur Ermittlung eines Ökonomischen Kapitals aufgebaut wurden. Das Liquiditätsrisiko wird bei der Berechnung des Ökonomischen Kapitals nicht berücksichtigt. Bewertung und Management dieses Risikos wird durch die Liquiditätsrisikomanagement Funktion abgedeckt.

Kreditrisiko-Management

Rahmenwerk für die Steuerung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko entsteht bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner“ genannt) ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten), gehaltene Anleihen und Schuldverschreibungen oder unseren direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie beispielsweise außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Bilanzwerte unserer Beteiligungspositionen werden ebenfalls in den Kapiteln über das Kreditrisiko dargestellt. Wir steuern die jeweiligen Positionen innerhalb unserer Marktrisiko- und Kreditrisikorahmenwerke.

Basierend auf unserer jährlichen Risikoidentifizierungs- und Bewertungsprozess unterscheiden wir im Kreditrisiko vier materielle Kategorien, Ausfallrisiko (Kontrahentenrisiko), Branchenrisiko, Länderrisiko und Produktrisiko:

- Das Ausfallrisiko (Kontrahentenrisiko), das wichtigste Element des Kreditrisikos, ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.
- Das Branchenrisiko ist das Risiko einer nachteiligen Entwicklung im operativen Umfeld einer spezifischen Branche, welche zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der in diesem Segment aktiven Geschäftspartner und zu einem erhöhten Kreditrisiko in diesem Portfolio führt;
- Das Länderrisiko ist das Risiko, dass uns ein unerwartetes Ausfall- oder Abwicklungsrisiko mit entsprechendem Verlust in einem Land entsteht, bedingt durch eine Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen, die in erster Linie die Kontrahenten in dieser Gerichtsbarkeit beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet auch das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn

Schuldner aufgrund direkter staatlicher Interventionen nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.

- Das Produktrisiko umfasst produktspezifische Kreditrisiken von Transaktionen mit bestimmten Geschäftspartnern. Diese berücksichtigen die Wahrscheinlichkeit einer Kreditinanspruchnahme zum Zeitpunkt des Ausfalles, erwartete Rückflüsse und die Laufzeit der Inanspruchnahme. Diese Kategorie umfasst auch das Abwicklungsrisiko; Das Risiko, dass der Ausgleich oder die Abwicklung einer Transaktion fehlschlägt und das immer dann entsteht, wenn der Austausch von Geld, Wertpapieren und/ oder anderen Vermögenswerten nicht zeitgleich erfolgt und uns dem Risiko eines Verlustes aussetzt sofern unser Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Wir messen, steuern/minimieren und berichten/überwachen unser Kreditrisiko anhand der nachstehend beschriebenen Philosophie und Grundsätze:

- Unsere Kreditrisikomanagementfunktion ist unabhängig von unseren Geschäftsbereichen und in jedem unserer Geschäftsbereiche werden Kreditentscheidungsstandards, Prozesse und Grundsätze einheitlich angewandt.
- Das Grundprinzip für das Kreditrisikomanagement ist die Kundenanalyse. Unsere Kundenselektion erreichen wir in Zusammenarbeit mit den Partnern aus den Geschäftsbereichen, welche die erste Verteidigungslinie bilden.
- Wir beabsichtigen, hohe Konzentrationsrisiken und Tail-Risks (große unerwartete Verluste) zu vermeiden, indem wir ein diversifiziertes Kreditportfolio halten. Kunden-, branchen-, länder- und produktspezifische Konzentrationen werden anhand unserer Risikotoleranz bewertet und gesteuert.
- Wir wenden Genehmigungsstandards an, um große gebündelte Kreditrisiken auf Kreditnehmer- und Portfolioebene zu vermeiden. Diesbezüglich haben wir einen Ansatz hinsichtlich nicht besicherter Bar-kredite und nutzen Marktabsicherungen zur Risikoreduzierung. Zusätzlich streben wir für unser Derivateportfolio nach einer Absicherung durch angemessene Besicherungsvereinbarungen und schließen in einzelnen Fällen auch zusätzliche Sicherungsgeschäfte gegen Konzentrationsrisiken ab, um Kreditrisiken aus Marktbewegungen weiter zu reduzieren.
- Jede Gewährung einer neuen Kreditfazilität und jegliche materielle Veränderung einer bereits existierenden Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene. Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Wir messen unser gesamtes Kreditengagement gegenüber einem Kreditnehmer und fassen es konzernweit in Übereinstimmung mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf konsolidierter Basis zusammen.
- Wir steuern unsere Kreditengagements auf Basis von Kreditnehmereinheiten, bei denen alle Kreditfazilitäten von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (beispielsweise dadurch, dass ein Kontroll- und Beherrschungsverhältnis besteht), konsolidiert in einer Gruppe zusammen.
- Innerhalb des Kreditrisikomanagements haben wir – wo es sinnvoll erscheint – spezialisierte Teams etabliert, die für die Analyse des Kundenrisikos, die Analyse und Genehmigung der Transaktionen, die Überwachung von Portfolios oder die Betreuung von Spezialkreditmanagement-Kunden verantwortlich sind. Die Kreditbearbeitung für die NCOU nutzt das vorhandene Know-how unserer Kernkreditorganisation.

Messung des Kreditrisikos

Kreditrisiko wird gemessen an der Bonitätseinstufung, dem regulatorischen und internen Kapitalbedarf und den unten genannten wesentlichen Kreditkennzahlen.

Die Bonitätseinstufung ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Genehmigungs- und Kreditprozesses und bildet die Basis für die Ermittlung der Risikotoleranz auf Kreditnehmer- und Portfolioebene, der Kreditentscheidung und des Transaktionspreises als auch der Ermittlung des regulatorischen Kapitals für das Kreditrisiko. Jeder Kreditnehmer muss dahingehend beurteilt werden und jede Bonitätseinstufung muss mindestens jährlich überprüft werden. Eine fortlaufende Beobachtung der Geschäftspartner bezweckt, dass die Bonitätseinstufungen auf dem neuesten Stand sind. Es darf keine Kreditlimite ohne Bonitätseinstufung geben. Für jede Bonitätseinstufung muss die bestmögliche Bewertungsmethode angewendet werden und die sich ergebende Bonitätseinstufung muss in den maßgeblichen Systemen festgelegt sein. Es wurden unterschiedliche Bonitätseinstufungsmethoden eingeführt, um die besonderen Beurteilungsmerkmale von Risikopositionsklassen, einschließlich Zentralregierungen und Zentralbanken, Institutionen, Unternehmen und Privatkunden, widerzuspiegeln.

Geschäftspartner in unseren nicht-homogenen Portfolios werden durch unser unabhängiges Kreditrisikomanagement bewertet. Auf das Länderrisiko bezogene Bonitätseinstufungen werden durch db Research bereitgestellt.

Unsere Bonitätseinstufungsanalyse basiert auf einer Kombination von qualitativen und quantitativen Einflussfaktoren. Bei der Beurteilung von Kunden wenden wir hausinterne Bewertungsmethoden, Ratingsysteme und unsere 21-stufige Bewertungsskala zur Ermittlung der Bonität unserer Geschäftspartner an.

Alle Bonitätseinstufungsmethoden des Konzerns ohne Postbank müssen vor ihrer erstmaligen Verwendung bei Kreditentscheidungen und Kapitalberechnungen beziehungsweise im Fall wesentlicher Änderungen zunächst von dem Capital Methodology Committee („CMC“), einem Unterausschuss des Regulatory Capital Committee, genehmigt werden. Eine aufsichtsrechtliche Genehmigung kann möglicherweise ebenfalls erforderlich sein. Die Validierung der Methoden erfolgt unabhängig von der Modellerstellung durch „Global Model Validation and Governance“. Die Ergebnisse der regelmäßigen Validierungsprozesse nach Maßgabe unternehmensinterner Richtlinien sind dem CMC auch dann zu melden, wenn die Validierungsergebnisse keine Änderung bewirken. Zu Beginn jedes Kalenderjahres wird dem CMC der Validierungsplan und in jedem Quartal ein Statusbericht vorgestellt.

Bei der Postbank obliegt die Verantwortung für die Implementierung und die Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Bonitätseinstufungssysteme der Postbankabteilung „Risikoanalytik“ und einem Postbank-Validierungsgremium unter Vorsitz des Head of Credit Risk Controlling der Postbank. Alle Bonitätseinstufungssysteme werden vom Bank Risk Committee, unter Vorsitz des Chief Risk Officers (CRO) der Postbank, genehmigt. Der Postbank-Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Bonitätseinstufungssysteme sowie über die Bonitätseinstufungsergebnisse informiert. Postbank und Deutsche Bank entsenden gegenseitig Mitglieder des Senior Managements in die Committees, um eine einheitliche Steuerung zu gewährleisten.

Neben der Bonitätseinstufungsanalyse sind der Hauptmaßstab im Kreditrisikomanagement, den wir anwenden, um unser Kreditportfolio zu steuern, einschließlich Transaktionsgenehmigungen und Festlegung der Risikobereitschaft, interne Limite und Kreditinanspruchnahmen innerhalb dieser Limite. Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Bei der Festlegung der Kreditlimite für einen Geschäftspartner berücksichtigen wir dessen Bonität unter Zugrundelegung der internen Einstufung der Kreditqualität. Kreditengagements werden sowohl auf Brutto- als auch auf Nettobasis gemessen. Hierbei wird der Nettowert durch Abzug von Kreditsicherungsinstrumenten und bestimmten Sicherheiten von den jeweiligen Bruttozahlen ermittelt. Bei Derivaten werden die aktuellen Marktwerte und potenzielle künftige Entwicklungen über die Laufzeit einer Transaktion zugrunde gelegt. Grundsätzlich berücksichtigen wir auch das Risiko-Rendite-Verhältnis der einzelnen Transaktionen und des Portfolios. Die Risiko-Rendite Kennzahlen beschreiben die Entwicklung der Umsätze mit Geschäftspartnern als auch die Kapitalbindung. In diesem Zusammenhang betrachten wir auch die Umsätze mit Geschäftspartnern im Verhältnis mit der Belastung der Aktivseite der Bilanz.

Zu Ermittlung der aufsichtlichen Kapitalanforderung für Kreditrisiko wenden wir sowohl den fortschrittlichen auf internen Bonitätseinstufungen basierender Ansatz (Advanced Internal Rating Based Approach, IRBA), als auch den IRB-Basis Ansatz und den Standardansatz an, gemäß der entsprechenden Genehmigungen durch unsere Bankenaufsicht.

Der fortgeschrittene IRBA stellt den differenziertesten Ansatz innerhalb des aufsichtsrechtlichen Regelwerks für das Kreditrisiko dar, wodurch wir sowohl interne Bonitätseinstufungsverfahren nutzen als auch interne Schätzungen von verschiedenen spezifischen Risikoparametern vornehmen können. Diese Methoden und Parameter sind bereits seit Langem bewährte Schlüsselkomponenten im internen Risikomes- und Risikosteuerungsprozess zur Unterstützung des Kreditgenehmigungsprozesses, zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals und des erwarteten Verlusts und zur internen Überwachung und Berichterstattung von Kreditrisiken. Zu den relevanten Parametern zählen die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, auch „PD“), die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“), die das aufsichtsrechtliche Risikogewicht bestimmen, die Fälligkeit (Maturity, auch „M“), und der Konversionsfaktor (Credit Conversion Factor, auch „CCF“), der in die Schätzung des Risikopositionswerts (Exposure at Default, auch „EAD“) eingeht. Für unsere Risikopositionen aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird der Risikopositionswert im Wesentlichen auf Basis der Internal Model Method („IMM“) nach Artikel 283 ff. CRR und §§ 18 ff. SolvV bestimmt. Für die meisten unserer internen Bonitätseinstufungsverfahren steht uns für die Einschätzung dieser Parameter eine Datenhistorie von mehr als sieben Jahren zur Verfügung. Unsere internen Bonitätseinstufungsverfah-

ren stellen eher zeitpunktbezogene („point-in-time“) als zyklusbezogene („through-the-cycle“) Bonitätseinstufungen bereit.

Wir wenden den IRB-Basis-Ansatz für die Mehrheit unserer für den IRB-Basis-Ansatz geeigneten übrigen Kreditportfolios bei der Postbank an, die im Jahr 2014 nicht dem fortgeschrittenen IRBA neu zugewiesen wurden. Der IRB-Basis-Ansatz steht im aufsichtsrechtlichen Regelwerk für Kreditrisiken zur Verfügung und erlaubt den Instituten die Verwendung ihrer internen Bonitätseinstufungsverfahren bei Berücksichtigung vordefinierter aufsichtsrechtlicher Werte für alle weiteren Risikoparameter. Die auf internen Abschätzungen basierenden Parameter umfassten die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), während die Verlustquote bei Ausfall (LGD) und der Konversionsfaktor (CCF) im aufsichtsrechtlichen Regelwerk definiert sind.

Wir wenden für eine Teilmenge unserer Kreditrisikopositionen den Standardansatz an. Der Standardansatz misst das Kreditrisiko entweder gemäß festgelegten Risikogewichten, die aufsichtsrechtlich definiert sind, oder durch die Anwendung externer Bonitätseinstufungen. In Übereinstimmung mit Artikel 150 CRR ordnen wir bestimmte Risikopositionen dauerhaft dem Standardansatz zu. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Risikopositionen, deren Erfüllung von der Bundesrepublik Deutschland oder anderen öffentlichen Stellen in Deutschland sowie Zentralregierungen anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, soweit sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, geschuldet werden. Diese Risikopositionen machen mehr als die Hälfte der Risikopositionen im Standardansatz aus und erhalten überwiegend ein Risikogewicht von 0 %. Für interne Zwecke werden sie jedoch im Rahmen einer internen Kreditbewertung angemessen erfasst und in die Prozesse für die Risikosteuerung und das Ökonomische Kapital integriert.

Neben der oben beschriebenen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung für Kreditrisiko, bestimmen wir auch die interne Kapitalanforderung über unser Ökonomisches Kapitalmodell

Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit unserem Rahmenwerk für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken.

Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit unserem Rahmenwerk für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken. Unser Ökonomisches Kapital für Kreditrisiken wird bestimmt aus der Verlustverteilung eines Portfolios, die mithilfe einer Monte-Carlo-Simulation von korrelierten Bonitätsveränderungen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default“ (Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given Default“ (Verlustquote) bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Bonitätsveränderungen und Laufzeiteffekte berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Effekte durch negativ korrelierte („Wrong-Way“) Derivatrisiken (das heißt, das derivatebezogene Kreditrisikoengagement ist im Ausfall höher als in einem Szenario ohne Ausfall) werden modelliert durch die Anwendung unseres eigenen Alpha-Faktors bei der Ermittlung des „Exposure-at-Default“ für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte gemäß CRR. Der Alpha-Faktor ist identisch mit dem zur Berechnung der risikogewichteten Aktiva verwendeten Faktor. Der Mindestwert für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals liegt jedoch bei 1,0. Zum 31. Dezember 2015 wurde der Alpha-Faktor auf 1,13 kalibriert. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Steuerung und Minderung von Kreditrisiken

Steuerung von Kreditrisiken auf Geschäftspartner Ebene

Unsere Kunden im Kreditgeschäft werden grundsätzlich Kreditanalysten nach Kreditbereichen entsprechend der Kundenart (wie Kreditinstitute, Firmenkunden oder Privatpersonen) oder Wirtschaftsregion (zum Beispiel Schwellenländer) und speziellen Teams für interne Bonitätseinstufungsanalysen zugeordnet. Die entsprechenden Kreditanalysten verfügen über die notwendige Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung der Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Kunden und ihren kreditbezogenen Transaktionen. In unserem Privatkundenbereich sind Kreditentscheidung und -überwachung aus Effizienzgründen in erheblichem Maße automatisiert. Das Kreditrisikomanagement überwacht die entsprechenden Prozesse und Systeme, die im Privatkundenkreditbereich hierbei verwendet werden. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. In diesem Zusammenhang stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind.

Sobald wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Bedenken bestehen, dass sich die Kreditqualität verschlechtert hat, oder es nicht unwahrscheinlich erscheint, dass sich die Kreditqualität bis zu dem Punkt verschlechtern könnte, so dass eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit gegeben ist, werden die betreffenden Engagements generell auf eine Beobachtungsliste gesetzt. Wir wollen diese Kunden anhand unserer Risikosteuerungsinstrumente frühzeitig identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse daraus zu maximieren. Die Zielsetzung dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größtmögliche Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

Kreditlimite werden vom Kreditrisikomanagement im Rahmen der erteilten Kompetenzen genehmigt. Dies gilt auch für Abwicklungsrisiken. Diese von Kreditrisikomanagement vorab genehmigten Limite berücksichtigen unsere Risikotoleranz und die erwarteten Volumina und Laufzeiten Kreditgenehmigungen werden durch Unterzeichnung des Kreditbereichs vom jeweiligen Kreditgenehmigungskompetenzträger dokumentiert und für die Zukunft aufbewahrt.

Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben. Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Prüfung auf Angemessenheit mit Blick auf die individuelle Leistung des Kompetenzträgers.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist, um ein notwendiges Kreditlimit zu genehmigen, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz oder, falls notwendig, an ein zuständiges Kreditkomitee, wie das Underwriting Committee, weitergeleitet. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreichen, um entsprechende Limite zu genehmigen, wird der Fall dem Vorstand vorgelegt.

Kreditrisikominderung auf Geschäftspartnerebene

Wir legen nicht nur die Kreditwürdigkeit der Geschäftspartner und die eigene Risikotoleranz fest, sondern verwenden darüber hinaus verschiedene Risikominderungstechniken, um das Kreditengagement zu optimieren und potenzielle Kreditverluste zu reduzieren. Die Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos werden wie folgt eingesetzt:

- Umfassende und rechtlich durchsetzbare Kreditdokumentation mit angemessenen Bedingungen,
- Sicherheiten, um durch zusätzliche mögliche Rückflüsse Verluste zu reduzieren,
- Risikotransfers, mit denen die Wahrscheinlichkeit des Ausfallrisikos eines Schuldners auf eine dritte Partei übertragen wird, einschließlich Absicherungen durch unsere Credit Portfolio Strategies Group,
- Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen, die das Kreditrisiko aus Derivaten sowie Wertpapierpensionsgeschäften reduzieren.

Sicherheiten

Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig die Hereinnahme oder das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem das Ausfallrisiko des Kreditnehmers durch das des Sicherungsgebers ersetzt oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöht werden. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Risikoübernahmestandards im Kreditgeschäft.

Wir unterteilen erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

- Finanzielle und andere Sicherheiten, die es uns ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.
- Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers ergänzen, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Akkreditive, Versicherungsverträge, Exportkreditversicherungen, Kreditderivate, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Mit unseren Prozessen streben wir an, sicherzustellen, dass die von uns akzeptierten Sicherheiten zum Zwecke der Risikominderung von hoher Qualität sind. Dieses Streben umfasst unser Bemühen, rechtswirksame und rechtlich durchsetzbare Dokumentationen für verwert- und bewertbare Sicherheiten zu erstellen, die regelmäßig von Expertenteams bewertet werden. Die Beurteilung der Eignung von Sicherheiten einschließlich des zu verwendenden Sicherheitenabschlags für eine bestimmte Transaktion ist Teil der Kreditentscheidung und muss in konservativer Weise durchgeführt werden. Wir nutzen Sicherheitenabschläge, die regelmäßig überprüft und genehmigt werden. In diesem Zusammenhang streben wir an, Korrelationsrisiken zu vermeiden, bei denen das Kontrahentenrisiko des Kreditnehmers mit einem erhöhten Risiko für eine Verschlechterung des Sicherheitenwerts einhergeht. Für erhaltene Garantien unterliegt der Prozess für die Analyse des Garantiegebers vergleichbaren Bonitätsprüfungen und Entscheidungsprozessen wie bei einem Kreditnehmer.

Risikotransfers

Risikotransfers an dritte Parteien bilden eine Hauptfunktion unseres Risikosteuerungsprozesses und werden in verschiedenen Formen durchgeführt. Dazu gehören Kompletterkäufe, Absicherung von Einzeladressen und Portfolios sowie Verbriefungen. Risikotransfers werden von den jeweiligen Geschäftsbereichen und durch unsere Credit Portfolio Strategies Group (CPSG) in Übereinstimmung mit speziell genehmigten Vollmachten durchgeführt.

CPSG ist für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des Firmenkunden- und institutionelle Kundenkreditportfolios, des Portfolios strukturierter Finanzierungen sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstandes innerhalb unserer Konzernbereiche CB&S und GTB verantwortlich.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt CPSG den jeweiligen Geschäftsfeldern der Unternehmensbereiche CB&S und GTB die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich CPSG auf zwei wesentliche Ziele, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb eines Kreditportfolios sowie
- Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von besicherten Kreditforderungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio-CDS.

Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen für Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte

Die Aufrechnung wird bei außerbörslich abgeschlossenen und börsengehandelten Derivaten angewandt. Darüber hinaus wird die Aufrechnung auch bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften angewandt, sofern die vertragliche Vereinbarung, Struktur und Natur der Risikominderung eine Aufrechnung mit dem zugrunde liegenden Kreditrisiko erlauben.

Alle börsengehandelten Derivate werden über eine zentrale Gegenpartei abgerechnet. Diese Gegenpartei steht zwischen beiden Handelsparteien und ist somit Geschäftspartner von jeder Seite. Wenn verfügbar und vereinbart mit unseren Kunden nutzen wir zentrale Gegenparteien auch für unser außerbörslich abgeschlossenes Derivate-Geschäft. Der Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act fordert verpflichtend eine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei für bestimmte standardisierte außerbörslich abgeschlossene Derivate seit 2013. Die Europäische Regulierung (EU) Nr. 648/2012 über außerbörslich abgeschlossenen Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR) wird den Handel über zentrale Gegenparteien fordern, für bestimmte Zinsderivate beginnt diese obligatorische Abrechnung über zentrale Gegenparteien am 21. Juni 2016. Die Regeln für zentrale Gegenparteien fordern eine Abwicklung am selben Tag in derselben Währung und reduzieren dadurch unser Abwicklungsrisiko. Abhängig vom Geschäftsmodell der zentralen Gegenpartei findet diese Abwicklung für alle Derivate oder nur für die Derivate derselben Klasse statt. Viele Vorschriften der zentralen Gegenparteien regeln Beendigung, Schließung oder Aufrechnung aller Transaktionen für den Fall einer Insolvenz der zentralen Gegenpartei. In unserem Risikoanalyse- und Risikobewertungsprozess wenden wir „Close-out Netting“ (Aufrechnung mit vorgezogener Fälligkeit) nur dann an, wenn wir von der Werthaltigkeit und der Durchsetzbarkeit überzeugt sind. Für die relevante zentrale Gegenpartei muss eine „Close-out Netting“-Rückstellung gebildet sein.

Um das Kreditrisiko aus außerbörslich abgeschlossenen Derivategeschäften zu reduzieren, sind wir grundsätzlich bemüht, wenn keine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei erfolgen kann, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association, Inc (ISDA) oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht es für das close-out netting, dann, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfasster Derivategeschäfte so zu verrechnen, dass lediglich eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt. Für bestimmte Teile unseres Derivategeschäfts (wie Devisengeschäfte) schließen wir auch Rahmenverträge ab, unter denen die Zahlungsströme aufgerechnet werden können, was zur Verringerung unseres Abwicklungsrisikos führt. Bei unseren Risikomess- und Risikobeurteilungsprozessen wenden wir das „Close-out Netting“ nur so weit an, wie wir uns von der rechtlichen Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit des Rahmenvertrags in allen betreffenden Jurisdiktionen überzeugt haben.

Darüber hinaus schließen wir Besicherungsvereinbarungen („Credit Support Annexes“, „CSA“) zu Rahmenverträgen ab, um das derivatebezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Besicherungsanhänge bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die Besicherungsvereinbarungen erlauben darüber hinaus die Kündigung der zugrunde liegenden Derivategeschäfte, falls der Vertragspartner einer Aufforderung zum Sicherheitennachschuss nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass der Anhang durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch bei der Aufrechnung, in unserer Beurteilung der besicherten Position wider.

In einigen Besicherungsanhängen zu Rahmenverträgen haben wir ratingbezogene Klauseln vereinbart, die vorsehen, dass eine Partei zusätzliche Sicherheiten stellen muss, wenn ihre Bonitätsbewertung herabgestuft wird. Wir schließen auch Rahmenverträge ab, die im Falle der Verschlechterung der Bonitätseinstufung eines Partners das Recht zur Kündigung durch die andere Partei vorsehen. Diese Herabstufungsklauseln in den Besicherungsanhängen und Rahmenverträgen finden üblicherweise auf beide Parteien Anwendung, können aber auch nur gegen uns wirken. Wir analysieren und überwachen in unserem Stresstestansatz für Liquiditätsrisiken laufend unsere möglichen Eventualzahlungsverpflichtungen, die aus einer Herabstufung resultieren. Für eine Darstellung der quantitativen Auswirkungen einer Herabstufung unserer Bonitätsbewertung siehe Tabelle „Stresstestergebnisse“ im Kapitel „Liquiditätsrisiko“.

Konzentration bei der Kreditrisikominderung

Bei der Kreditrisikominderung kann es zu Konzentrationen kommen, wenn mehrere Garantiegeber und Anbieter von Kreditderivaten mit ähnlichen ökonomischen Merkmalen an vergleichbaren Aktivitäten beteiligt sind und ihre Fähigkeit zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen durch Änderungen im Wirtschafts- oder Branchenumfeld beeinträchtigt

wird. Für die Überwachung der Aktivitäten zur Kreditrisikominderung verwenden wir eine Palette von quantitativen Instrumenten und Messgrößen. Diese beinhaltet auch das Überwachen von potenziellen Risikokonzentrationen innerhalb der gestellten Sicherheiten, welche durch spezifische Stresstests unterstützt werden.

Für weitere qualitative und quantitative Details in Bezug auf die Anwendung von Kreditrisikominderungen und potenziellen Konzentrationen verweisen wir auf den Abschnitt „Maximales Kreditrisiko“.

Steuerung von Kreditrisiken auf Portfolio Ebene

Auf Portfolioebene können Kreditrisikokonzentrationen dann entstehen, wenn wir wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Kunden mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten und diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können da sie in gleicher Weise von Änderungen der wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen betroffen sind.

Unser Portfoliomanagement hält geeignete Analysen zur Bestimmung von Konzentrationen bereit, um diese auf ein akzeptables Niveau zu begrenzen.

Steuerung von Branchenrisiken

Für die Steuerung von Branchenrisiken haben wir unsere institutionellen Kunden in verschiedene Branchenteilportfolios klassifiziert. Für jedes dieser Teilportfolios wird in der Regel jährlich ein Branchenportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt Branchenentwicklungen und Risiken für unser Kreditportfolio, überprüft Konzentrationsrisiken und analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Zudem enthält er Stresstests hinsichtlich der Reaktion des jeweiligen Teilportfolios bei einem wirtschaftlichen Abschwung. Schlussendlich wird diese Analyse genutzt, um Kreditstrategien bezüglich des jeweiligen Portfolios zu definieren.

Die Branchenportfolioberichte werden dem CRM Portfolio Committee, eines dem Porfolio Risk Committee, einem Unterkomitee unseres Risk Executive Committee und Captial and Risk Committee, untergeordneten Komitee, präsentiert und danach an den Vorstand geleitet. Nach einem vereinbarten Zeitplan werden dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats ausgewählte Branchenportfolioberichte vorgelegt. In Ergänzung zu diesen Berichten wird die Entwicklung der Branchenteilportfolios während des Jahres regelmäßig überwacht und mit den genehmigten Strategien für die Teilportfolios verglichen. Für das CRM Portfolio Committee werden regelmäßig Übersichten erstellt, um die jüngsten Entwicklungen zu besprechen und Maßnahmen einzuleiten, sofern dies erforderlich ist.

Steuerung des Länderrisikos

Die Vermeidung von hohen Konzentrationen auf regionaler Ebene ist ein integraler Bestandteil unseres Kreditrisikomanagementkonzepts. Um dies zu erreichen, werden Länderrisikolimite für Schwellenländer sowie ausgewählte Industrieländer (basierend auf internen Bonitätseinstufungen von Länderrisiken) gesetzt. Schwellenländer sind unterteilt in Regionen. Für jede Region sowie die risikoreicheren Industrieländer wird in der Regel jährlich ein Länderportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt wesentliche makroökonomische Entwicklungen und Aussichten, überprüft die Zusammensetzung des Portfolios und Konzentrationsrisiken und analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Auf dieser Grundlage werden Limite und Strategien für die Länder und – wenn notwendig – für die Region als Ganzes festgelegt. Länderrisikolimite werden entweder vom Vorstand oder durch unser Portfolio Risk Committee, im Rahmen delegierter Kompetenzen, und beim Vorstand der Postbank für betreffende Portfolios, genehmigt.

In unserem Länderrisiko Management sind Limite für Kundenexposure im jeweiligen Land gesetzt um das gesamte länderspezifische Kreditrisiko und das Risiko von politischen Ereignissen zu managen. Diese Limite beinhalten Exposure von Lokalen Kunden als auch Tochtergesellschaften multinationaler Kunden. Seperate Limite für Transfer Risiken sind gesetzt und werden für grenzüberschreitende Exposure (Kredit- oder Handelsexposure) für Kunden in den oben genannten Ländern angewendet. Darüberhinaus werden Gap Risiko Limite gesetzt um Verluste aus Korrelationsrisiken zu managen.

Über das Kredit Risiko hinaus beinhaltet unser Länderrisikomanagement Marktrisiko in Handelspositionen in Entwicklungsländern und ist auf der Basis von potenziellen Verlusten aus Stress Test Ergebnissen gesetzt. Darüberhinaus

berücksichtigen wir Treasury Risk, das Kapitalpositionen und Risikopositionen von Deutsche Bank Einheiten in oben genannten Ländern beinhaltet, wenn diese unter Limite aus dem oben genannten Transfer Risiken fallen.

Unsere Einstufungen des Länderrisikos sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Analyseteam für Länderrisiko innerhalb der Deutschen Bank (db Research) ermittelt und beinhalten:

- **Bonitätseinstufung von Staaten.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung oder seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **Bonitätseinstufung des Transferrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Transferrisiko-ereignis eintritt, das heißt das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte nicht an Nichtgebietsansässige übertragen kann.
- **Bonitätseinstufung des Ereignisrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren (Zinsen, Bonitätsaufschlag et cetera) eines Landes kommt. Ereignisrisiken werden als Teil unserer Ereignisrisikoszenarien gemessen; für weitere Details siehe Abschnitt „Messung des Marktrisikos“ in diesem Bericht.

Sämtliche Bonitätseinstufungen von Staaten und des Transferrisikos werden mindestens einmal im Quartal vom Portfolio Risk Committee geprüft. Wenn als notwendig erachtet, können häufigere Bewertungen vorgenommen werden.

Produktspezifisches Risikomanagement

Ergänzend zu unserem Kunden-, Branchen- und Länderrisikoansatz fokussieren wir uns auf die produktspezifische Risikokonzentrationen und setzen gezielt entsprechende Limite, sofern diese für das Risikomanagement benötigt werden. Produktspezifische Limite werden insbesondere festgesetzt, wenn eine Konzentration gleichartiger Transaktionen in einem spezifischen Produkt in bestimmten Fällen zu signifikanten Verlusten führen könnte. So könnten korrelierte Verluste aus Verwerfungen an den Finanzmärkten, signifikante Veränderungen spezifischer produktbeeinflussender Marktparameter, makroökonomische Ausfallszenarien oder andere Faktoren mit Implikationen für bestimmte Kreditprodukte resultieren. Spezielle Produktlimite können entweder als Limite für bestimmte Branchen oder für das gesamte Portfolio gesetzt werden. Wir steuern kreditrelevante Produktlimite in CB&S und für GTB im Rahmen eines einheitlichen Regelwerkes. Die Ausnutzung der Limite wird regelmäßig überwacht; bei Überziehungen müssen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Ein Schwerpunkt wird auf Underwriting Caps gelegt. Diese Höchstgrenzen limitieren das aggregierte Risiko aus Transaktionen, bei denen wir Kreditzusagen mit der Intention machen, das Risiko zu verkaufen oder Teile des Risikos an dritte Parteien weiterzugeben. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen. Das Risiko besteht darin, dass wir die Anlagen nicht erfolgreich platzieren können, das heißt, wir müssen das zugrunde liegende Risiko länger als geplant behalten. Diese Übernahmeverpflichtungen sind zusätzlich dem Marktrisiko von wachsenden Risikoaufschlägen ausgesetzt. Wir sichern diese Risikoaufschläge im Rahmen von genehmigten Marktrisikolimiten aktiv ab.

Darüber hinaus wenden wir in unserem PBC Geschäft produktspezifische Strategien und das Setzen der Risikotoleranz für unser homogenes Portfolio an. Hier sind individuelle Risikoanalysen zweitrangig. Diese Portfolios umfassen unter anderem Baufinanzierungen, Geschäftskunden- und Konsumentenfinanzierung. Für das Wealth Management werden Zielgrößen für globale Konzentrationen sowohl für Produkte als auch auf Basis der Liquidität der zugrundeliegenden Sicherheiten festgelegt.

Steuerung des Marktrisikos

Rahmenwerk für das Marktrisiko

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, definiert als die Möglichkeit der Veränderung der Marktwerte unserer Handels- und Anlagepositionen. Risiken können aus Änderungen bei Zinssätzen, Bonitätsaufschlägen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohwarenpreisen und anderen relevanten Parametern wie Marktvolatilitäten und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten entstehen.

Eines der Hauptziele des Market Risk Managements (MRM), eines Bereichs unserer unabhängigen Risk-Funktion, ist es, sicherzustellen, dass unsere Geschäftseinheiten uns keinen unannehmbaren Verlusten aussetzen, die unsere Risikotoleranz übersteigen. Zur Erreichung dieses Ziels arbeitet Market Risk Management eng mit den Risikonehmern (Geschäftseinheiten) und anderen Kontroll- und Unterstützungsfunktionen zusammen.

Wir unterscheiden grundsätzlich drei unterschiedliche Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten (Trading Market Risk, „TMR“) entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Unternehmensbereich CB&S. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuld-titeln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohstoffen sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das handelsbezogene Ausfallrisiko (Traded Default Risk, „TDR“) resultiert aus Ausfällen sowie Bonitätsveränderungen.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten (Nontrading Market Risk, „NTMR“) resultiert aus Marktbewegungen, in erster Linie außerhalb der Aktivitäten unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und aus außerbilanziellen Positionen. Dieses schließt Zinsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Investitionsrisiken und Fremdwährungsrisiken ein sowie Marktrisiken, die aus unseren Pensionsverpflichtungen, Garantiefonds und aktienbasierten Vergütungen resultieren. Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten beinhaltet auch Risiken aus der Modellierung von Kundendepots sowie Spar- und Kreditprodukten.

Die Steuerungsfunktion des Market Risk Management wurde aufgesetzt und definiert, um die Überwachung aller Marktrisiken, ein effizientes Entscheidungsmanagement und eine zeitnahe Eskalation an die Geschäftsleitung zu unterstützen.

Das Market Risk Management definiert und implementiert ein Rahmenwerk für die systematische Identifizierung, Beurteilung, Überwachung und Meldung unserer Marktrisiken. Marktrisiko-Manager identifizieren Marktrisiken mittels aktiver Portfolioanalyse und Kooperation mit den Geschäftsbereichen.

Messung des Marktrisikos

Das Market Risk Management hat die Aufgabe, alle Arten von Marktrisiken mittels spezifischer Risiko-messgrößen, die den jeweiligen ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen, umfassend zu ermitteln.

Nach Maßgabe der ökonomischen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen messen wir Marktrisiken anhand von mehreren Hauptmessgrößen

Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Unser wichtigster Mechanismus zur Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten ist die Anwendung unseres Rahmenwerks betreffend die Risikotoleranz, von welchem das Limit-Rahmenwerk eine Schlüsselkomponente ist. Unterstützt durch das Market Risk Management legt unser Vorstand für die Marktrisiken im Handelsbuch konzernweite Limite für Value-at-Risk, für das Ökonomische Kapital sowie für Portfoliostresstests fest. Das Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten innerhalb von CB&S (d.h. Structured Finance, Equity etc.) auf. Grundlage hierfür sind vorgesehene Geschäftspläne und die Risikoneigung.

Desweiteren gibt es innerhalb von Market Risk Management mit den Geschäftsbereichen abgestimmte Führungspersonen, um geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festzulegen, indem sie das Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen.

Value-at-Risk- und Limite für das Ökonomische Kapital sowie Portfolio Stresstests werden für die Steuerung aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene verwendet. Als zusätzliches und ergänzendes Instrument führt das Market Risk Management zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten zusätzlich Risikoanalysen und geschäftsbereichsspezifische Stresstests durch. Limite werden darüber hinaus für Sensitivitäten und Konzentrations-/Liquiditätsrisiken sowie Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und für Ereignisrisiko-Szenarien festgelegt.

Die Geschäftssparten sind verantwortlich für das Einhalten der Limite, die für die Überwachung von Engagements und die entsprechende Berichterstattung maßgeblich sind. Die vom Market Risk Management festgesetzten Marktrisikolimiten werden auf täglicher, wöchentlicher und monatlicher Basis überwacht.

Intern entwickelte Modelle

Value-at-Risk (VaR)

VaR ist ein Messwert für das Risiko eines potenziellen (Wert-)Verlusts bei einer zum beizulegenden Zeitwert zu bewertenden Position aufgrund von Marktschwankungen, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und auf einem bestimmten Konfidenzniveau mit einer definierten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für das Handelsgeschäft wird anhand unseres internen Modells ermittelt. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser internes Modell zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für allgemeine und spezifische Marktrisiken genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig weiterentwickelt und die Genehmigung ist weiterhin gültig.

Wir berechnen den VaR mit einem Konfidenzniveau von 99 % und für eine Haltedauer von einem Tag. Damit gehen wir von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Marktwertverlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete VaR-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke, welche die Berechnung unserer Kapitalanforderungen und risikogewichteten Aktiva beinhalten, beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Zur Bestimmung des VaR verwenden wir historische Marktdaten eines Jahres als Eingangsgröße. Ein Monte Carlo-Simulationsverfahren wird bei der Berechnung angewandt. Es basiert auf der Annahme, dass Änderungen der Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung oder einer nicht normalen Verteilung (t-Verteilung, asymmetrische t-Verteilung, asymmetrische Normalverteilung). Zur Berechnung des aggregierten VaR benutzen wir innerhalb desselben Einjahreszeitraums beobachtete Korrelationen der Risikofaktoren.

Unser VaR-Modell ist so konzipiert, dass ein umfassendes Spektrum an Risikofaktoren in allen Vermögensklassen berücksichtigt wird. Die wichtigsten Risikofaktoren sind Swap-/Staatsstiel-Kurven, index- und emittentenspezifische Kreditkurven, Finanzierungsmargen, Preise für einzelne Aktienpositionen und Indizes, Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie die impliziten Volatilitäten. Eine vollständige Risikoabsicherung erfordert darüber hinaus, dass Risikofaktoren zweiter Ordnung, zum Beispiel der CDS-Index im Vergleich mit einzelnen Basisfaktoren, die Geldmarktbasis, implizite Dividenden, optionsbereinigte Spreads und Leihsätze von Edelmetallen, bei der Ermittlung des VaR berücksichtigt werden.

Für jede Geschäftseinheit wird ein spezifischer VaR für jede Risikoart, zum Beispiel Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko, Aktienkursrisiko, Fremdwährungsrisiko und Rohwarenpreisrisiko, errechnet. Dafür werden für jede Risikoart Sensitivitäten abgeleitet und anschließend die Änderungen der entsprechenden Risiko-Einflussfaktoren simuliert. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte VaR an einem bestimmten Tag geringer sein wird als die Summe des VaR der einzelnen Risikoarten. Eine einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoarten zur Erlangung eines aggregierten VaR würde die Annahme unterstellen, dass die Verluste in allen Risikoarten gleichzeitig eintreten.

Das Modell trägt sowohl linearen als auch – insbesondere bei Derivaten – nichtlinearen Effekten durch die Kombination von sensitivitätsbasierten und Neubewertungsansätzen mithilfe von Rastern Rechnung.

Durch den VaR-Ansatz können wir ein konstantes, einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und -produkte anwenden. Dies ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und Verrechnung von Positionen in einem Portfolio. Damit können Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögensklassen berücksichtigt werden. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch mit unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei VaR-Schätzungen sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Historische Marktdaten sind unter Umständen keine guten Indikatoren für potenzielle künftige Ereignisse, insbesondere für solche von extremer Natur. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im VaR zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie beispielsweise im Jahr 2008), aber auch zu einer Überbewertung.
- Die angenommene Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren könnten sich insbesondere bei extremen Marktereignissen als falsch erweisen. Eine Haltedauer von einem Tag führt bei Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der VaR gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Risiko innerhalb eines Tages (Intra-Day-Risk) wird im VaR zum Tagesende nicht erfasst.
- Handelsbücher können Risiken enthalten, die das Value-at-Risk-Modell nicht oder nicht vollständig erfasst.

Wir entwickeln unsere internen Risikomodelle ständig weiter und stellen umfangreiche Ressourcen zu ihrer Überprüfung und Verbesserung bereit. Weiterhin haben wir den Prozess zur systematischen Erfassung und Evaluierung von Risiken, die derzeit nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfasst werden, fortlaufend weiterentwickelt und verbessert. Eine Analyse der Materialität dieser Risiken wird durchgeführt, um diejenigen Risiken mit der höchsten Materialität für die Berücksichtigung in unseren internen Modellen zu priorisieren. Alle nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfassten Risiken werden regelmäßig mithilfe unseres RNIV Rahmenwerks überwacht und bewertet.

Stress-Value-at-Risk

Stress-Value-at-Risk berechnet die Stress-Value-at-Risk Kennzahl auf Basis eines einjährigen Zeitraums ununterbrochenen signifikanten Marktstresses. Wir berechnen eine Stress-Value-at-Risk-Kennzahl mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage. Unsere Berechnung des Stress-Value-at-Risk und des Value-at-Risk erfolgt anhand der gleichen Systeme, Handelsinformationen und Prozesse. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die in einer Periode mit signifikantem Stress ermittelten historischen Daten (welche sich durch hohe Volatilitäten auszeichnen) als Vorgaben für das Monte-Carlo-Simulationsverfahren genutzt werden.

Der Auswahlprozess zur Selektion für das Zeitfenster der Stress-Value-at-Risk-Berechnung basiert auf der Identifizierung eines Zeitfensters, das durch hohe Volatilität und extreme Schwankungen der wichtigsten Value-at-Risk-Treiber charakterisiert ist. Die Ergebnisse dieser zwei Indikatoren (Volatilität und Anzahl der Ausreißer) werden unter Nutzung ausgesuchter Gewichtungen kombiniert, um sicherzustellen, dass qualitative Aspekte ebenfalls berücksichtigt werden (zum Beispiel Phasen gravierender Krisen).

Inkrementeller Risikoaufschlag

Der Inkrementelle Risikoaufschlag deckt die Ausfall- und Migrationsrisiken für mit Kreditrisiken belegenen Positionen im Handelsbuch ab. Er wird angewandt für Kreditprodukte über einen einjährigen Anlagehorizont bei einem Konfidenzniveau von 99,9 % und berücksichtigt die Liquiditätshorizonte von Einzelpositionen oder Positionsgruppen. Wir nutzen ein Monte Carlo-Simulationsverfahren für die Berechnung des Inkrementellen Risikoaufschlags als 99,9 %-Quantil der Portfolioverlustverteilung und für die Zuordnung des anteiligen Inkrementellen Risikoaufschlags für Einzelpositionen.

Das Model berücksichtigt die Ausfall- und Migrationsrisiken aller Portfolios mithilfe einer präzisen und konsistenten quantitativen Methode. Wesentliche Parameter für die Berechnung des Inkrementellen Risikoaufschlags sind Risikopositionswerte, Rückflussquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten, Migrationen von Bonitätseinstufungen, Fälligkeiten sowie die Liquiditätshorizonte der Einzelpositionen.

Umfassender Risikoansatz

Der Umfassende Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure „CRM“) erfasst das inkrementelle Risiko für das Firmen-Korrelationshandelsportfolio durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Anforderungen in Bezug auf Stresstests unterliegt. Der umfassende Risikoansatz für das Korrelationshandelsportfolio basiert auf unseren eigenen internen Modellen.

Wir ermitteln den Umfassenden Risikoansatz auf Basis eines Monte Carlo-Simulationsverfahrens mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr. Unser Modell wird auf berücksichtigungsfähige Positionen im Korrelationshandel angewandt, die in der Regel aus besicherten Schuldverschreibungen, nth-to-default-CDS und häufig gehandelten Index- sowie Einzelnamen-CDS bestehen.

Handelsgeschäfte, auf die der Umfassende Risikoansatz angewandt wird, müssen bestimmte Mindeststandards für Liquidität erfüllen. Das Modell berücksichtigt Portfoliokonzentrationen und nichtlineare Effekte mittels eines vollständigen Neubewertungsansatzes.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem unteren Schwellenwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem standardisierten Verbriefungsrahmenwerk.

Marktrisiko-Standardansatz

Das Market Risk Management überwacht die Risikopositionen und ermittelt Risikothemen und Konzentrationen für bestimmte Positionen unter dem spezifischen Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“). Wir verwenden den MRSA, um die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko für Verbriefungspositionen im Handelsbuch zu bestimmen, welche außerhalb des Anwendungsbereiches des regulatorischen Korrelationshandelsportfolios liegen.

Wir verwenden den MRSA auch zur Bestimmung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderung für das Langlebkeitsrisiko, wie in den Regularien der CRR/CRD 4 geregelt. Das Langlebkeitsrisiko ist das Risiko einer gegenläufigen Veränderung der Lebenserwartung, die zu einem Wertverlust von auf Langlebigkeit basierenden Verträgen und Transaktionen führt. Für Zwecke des Risikomanagements werden bei der Überwachung und Steuerung des Langlebkeitsrisikos auch Stresstests sowie eine Zuweisung des Ökonomischen Kapitals eingesetzt. Des Weiteren erfordern bestimmte Investmentfonds eine Kapitalbelastung nach Maßgabe des MRSA. Zum Zweck des Risikomanagements werden diese Positionen auch in unser Rahmenwerk zum internen Berichtswesen eingebunden.

Marktrisiko-Stresstesting

Stresstesting ist ein wichtiges Verfahren in der Risikosteuerung, mit dem die potenziellen Auswirkungen extremer Marktereignisse und extremer Veränderungen auf einzelne Risikofaktoren beurteilt werden. Es gehört zu den wichtigsten Messinstrumenten zur Einschätzung des Marktrisikos unserer Positionen und ergänzt den VaR sowie das Ökonomische Kapital. Um die unterschiedlichen Risiken zu erfassen, führt das Market Risk Management unterschiedliche Arten von Stresstests durch – Portfoliostresstests, individuelle Stresstests auf Geschäftsbereichsebene, Event Risk-Szenarien – und trägt auch zu konzernweiten Stresstests bei.

Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Unser Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten – auf dem Ökonomischen Kapital basierender skaliertes Stressed Value at Risk („SVaR“) – umfasst zwei Kernkomponenten: die Komponente der allgemeinen Risiken („Common-Risk-Komponente“), die alle Risikotreiber bereichsübergreifend erfasst, und die Komponente des „geschäftsspezifischen Risikos“, welche die Common Risk-Komponente um eine Reihe von geschäftsspezifischen Stresstests (Business Specific Stress Tests, „BSSTs“) ergänzt. Beide Komponenten werden anhand schwerer, in der Vergangenheit beobachteter Marktschocks kalibriert. Die Berechnung der Common-Risk-Komponente erfolgt mittels einer skalierten Version des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks für den Stressed VaR, während das „die BSSTs eher spezifische produkt-/geschäftsbezogene Risiken (zum Beispiel komplexe Basisrisiken) sowie Risiken höherer Ordnung (zum Beispiel aus Aktienoptionen), die nicht in der Common-Risk-Komponente abgebildet sind, erfassen sollen.

Ökonomischer Kapitalbedarf für das Ausfallrisiko aus Handelspositionen

Das Ausfallrisiko aus Handelspositionen erfasst die vom Kreditrisiko betroffenen Positionen unseres Handelsbuchs und wird mithilfe von Limiten für einzeladressenbezogene Konzentrationen und Portfolios anhand der Bonitätseinstufung, des Volumens und der Liquidität überwacht. Die Limite für Risiken aus einzeladressenbezogenen Konzentrationen werden für zwei Kennziffern gesetzt: die Belastung bei Kreditausfall (Default Exposure), das heißt die Auswirkungen auf die GuV eines unmittelbaren Kreditausfalls bei aktueller Rückflussquote, und das Anleihenäquivalent zum Zeitwert, also die offene Position bei einem Kreditausfall mit einer Rückflussquote von Null Prozent. Um die Effekte aus Diversifikation und Konzentration zu berücksichtigen, führen wir eine kombinierte Berechnung des Ökonomischen Kapitals für das Ausfallrisiko aus Handelspositionen und das Kreditrisiko durch. Wesentliche Parameter für die Berechnung des Ausfallrisikos aus Handelspositionen sind Risikopositionswerte, Rückflüsse und Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie Laufzeiten. Die Wahrscheinlichkeit von gleichzeitigen Bonitätsverschlechterungen und Ausfällen wird durch die Korrelation von Ausfällen und Bonitätseinstufungen im Portfoliomodell ermittelt. Diese Korrelationen ergeben sich aus systematischen Faktoren, die Länder, Regionen und Branchen darstellen.

Berichterstattung über Marktrisiken aus Handelsaktivitäten

Die Market-Risk-Management-Berichterstattung sorgt für Transparenz der Risikoprofile und unterstützt das Erkennen der wichtigsten Marktrisiko-Einflussfaktoren auf sämtlichen Organisationsebenen. Der Vorstand und die Senior Governance Committees erhalten regelmäßige und, je nach Erfordernis, Ad-hoc-Berichte über Marktrisiken, das aufsichtsrechtliche Kapital und Stresstests. Die Senior Risk Committees werden in unterschiedlichen Abständen, unter anderem wöchentlich und monatlich, über Risiken informiert.

Darüber hinaus erstellt das Market Risk Management täglich und wöchentlich spezifische Berichte über Marktrisiken und meldet jeden Tag Limitüberschreitungen in den einzelnen Vermögensklassen.

Vorsichtige Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva

Gemäß Artikel 34 CRR müssen Institute die Vorschriften in Artikel 105 CRR zur vorsichtigen Bewertung auf all ihre zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva anwenden und den Betrag erforderlicher zusätzlicher Bewertungsanpassungen vom CET1-Kapital abziehen.

Wir haben den Betrag der zusätzlichen Bewertungsanpassungen auf Basis der Methode bestimmt, die im finalen Entwurf des EBA Regulatory Technical Standard niedergelegt ist.

Wir haben mit der EZB vereinbart, diesen Standard bei der Berechnung unseres regulatorischen Kapitals ab dem 30. September 2015 anzuwenden.

Zum 31. Dezember 2015 betrug der Betrag zusätzlicher Bewertungsanpassungen 1,9 Mrd Euro.

Basierend auf Artikel 159 CRR darf der Gesamtbetrag aus allgemeinen und spezifischen Kreditrisikoanpassungen und zusätzlichen Bewertungsanpassungen für Engagements, die in den Anwendungsbereich des IRB-Ansatzes fallen und in die Berechnung des erwarteten Verlustbetrags eingehen, vom gesamten erwarteten Verlustbetrag für diese Engagements abgezogen werden. Ein verbleibender positiver Differenzbetrag muss gemäß Artikel 36 (1) Buchstabe d vom CET1-Kapital abgezogen werden.

Zum 31. Dezember 2015 reduzierte sich der erwartete Verlustbetrag durch Subtraktion der zusätzlichen Bewertungsanpassungen um 0,6 Mrd Euro, was die negative Auswirkung der zusätzlichen Bewertungsanpassungen auf unser CET1-Kapital zu einem Teil verminderte.

Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten

Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten stammt vor allem aus Bereichen außerhalb unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und von bestimmten außerbilanziellen Positionen. Zu den signifikanten Marktrisikofaktoren, denen die Bank ausgesetzt ist und die von Risikomanagementteams in diesem Bereich überwacht werden, gehören:

- Zinsrisiken (einschließlich Modellrisiken aus eingebetteten Optionen und Risiken aus der Modellierung von Verhaltensannahmen bei bestimmten Produktarten), Credit-Spread-Risiken, Währungsrisiken, Aktienrisiken (einschließlich Investitionen in Aktienmärkten und Private Equity sowie in Immobilien, Infrastruktur und Fondsvermögen);
- Marktrisiken aus außerbilanziellen Positionen wie Pensionsplänen und Garantien sowie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen.

Zinsrisiken im Anlagebuch

Der überwiegende Teil unserer Zinsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde, mit Ausnahme von einigen Gesellschaften und Portfolios, durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Unternehmensbereich CB&S übertragen. Das intern transferierte Zinsrisiko wird auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und spiegelt sich in den Handelsportfolio-Zahlen wider. Die Behandlung des Zinsrisikos in unseren Handelsportfolios und die Anwendung des Value-at-Risk-Modells werden im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ erläutert.

Die wichtigsten Ausnahmen von den obigen Ausführungen gibt es im Geschäftsbereich PBC in Deutschland einschließlich Postbank und im Hypothekengeschäft des Geschäftsbereichs Deutsche AWM in den USA. Diese Einheiten steuern das Zinsrisiko separat über ein dediziertes Aktiv-Passiv-Management nach Maßgabe der Value-at-Risk-Limite des Anlagebuchs. Sie werden durch das Market Risk Management festgelegt und überwacht. Die Messung und Berichterstattung der von diesen dedizierten Aktiv- und Passiv-Funktionen gesteuerten Zinsrisiken erfolgen täglich. Darüber hinaus hält die Gruppe durch die Treasury verwaltete ausgewählte Positionen, deren Messung und Berichterstattung in Bezug auf das Zinsrisiko täglich erfolgt. Das konzernweite Zinsänderungsrisiko des Anlagebuchs wird monatlich berichtet.

Die maximalen negativen Barwertveränderungen der Anlagebuchpositionen im Falle der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven um minus 200 und plus 200 Basispunkte (mit einer Zinsuntergrenze von 0 %) lagen zum 31. Dezember 2015 unter 2 % unseres gesamten aufsichtsrechtlichen Kapitals.

Die Geschäftsbereiche PBC, GTB und Deutsche AWM enthalten Risiken im Bezug auf das Verhalten von Kundeneinlagen, Spar- und Kreditprodukten. Die Messung des Zinsrisikos dieser Produktarten im Anlagebuch basiert auf Annahmen über das Kundenverhalten, der zukünftigen Verfügbarkeit von Einlagen und der Sensitivität der Einlagenzinsen gegenüber den Marktzinssätzen, welche zu einer längeren tatsächlichen als der vertraglich festgelegten Laufzeit führen. Diese Parameter werden innerhalb unseres Rahmenwerks für Ökonomisches Kapital Stresstests unterzogen. Weitere Annahmen werden unter anderem getroffen bezüglich des Kundenverhaltens mit Blick auf den Zeitpunkt, zu dem vorzeitige Darlehensrückzahlungen erfolgen. Die Parameter beruhen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, statistischen Analysen und Expertenschätzungen. Wenn sich die zukünftige Entwicklung von Einlagen, Zinssätzen oder des Kundenverhaltens wesentlich von den getroffenen Annahmen unterscheidet, kann dies Einfluss auf das Zinsrisiko in unserem Anlagebuch haben.

Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch

Die Deutsche Bank ist Credit-Spread-Risiken aus im Anlagebuch gehaltenen Wertpapieren ausgesetzt. Diese Risikokategorie ist eng verbunden mit den Zinsrisiken im Anlagebuch.

Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken entstehen aus Aktiv-Passiv-Positionen in unseren Nichthandelsportfolios, die auf eine andere als die Verkehrswährung der jeweiligen Gesellschaft lauten. Die meisten dieser Fremdwährungsrisiken werden über interne Absicherungsgeschäfte auf Handelsbücher im Bereich CB&S übertragen und daher über die Value-at-Risk-Positionen in den Handelsbüchern ausgewiesen sowie gesteuert. Die verbleibenden, nicht übertragenen Währungsrisiken werden in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, so dass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. In wenigen Ausnahmefällen wird abweichend von dem obigen Ansatz das im Zusammenhang mit dem Handelsportfolio beschriebene allgemeine Market-Risk-Management-Kontroll- und –Bericht-erstattungsverfahren angewandt.

Der überwiegende Teil der Fremdwährungsrisiken aus Nichthandelsgeschäften steht im Zusammenhang mit nicht abgesicherten strukturellen Währungsrisiken insbesondere bei unseren US-amerikanischen, britischen und chinesischen Gesellschaften. Strukturelle Fremdwährungsrisiken resultieren aus lokalen Kapitalbeständen (einschließlich Gewinnrücklagen) bei unseren konsolidierten Tochtergesellschaften und Niederlassungen sowie aus Investitionen, die auf Equity-Basis bilanziert wurden. Änderungen der Devisenkurse für die zugrunde liegenden Verkehrswährungen führen zu einer Neubewertung des Kapitals sowie der Gewinnrücklagen und werden in „Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung“ als Währungsumrechnungsanpassungen ausgewiesen.

Vordringliches Ziel bei der Steuerung unserer strukturellen Währungsrisiken ist die Stabilisierung der Kapitalquoten auf Konzernebene gegenüber den Auswirkungen von Devisenkursschwankungen. Aus diesem Grunde werden einzelne strukturelle Währungspositionen mit beträchtlichen risikogewichteten Aktiva in den jeweiligen Währungen nicht abgesichert, um Schwankungen der Kapitalquote für betreffende Gesellschaften und den Konzern insgesamt zu vermeiden.

Investitionsrisiken

Bei den investitionsbezogenen Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten handelt es sich vor allem um anteilskapitalbasierte Risiken im Anlagebuch aus unseren nicht konsolidierten strategischen Beteiligungen und Alternative-Asset-Portfolios.

Strategische Investitionen beziehen sich in der Regel auf Akquisitionen zur Unterstützung der Geschäftsorganisation und haben einen mittleren bis langen Anlagehorizont. Alternative Vermögenswerte umfassen Principal Investments und andere nicht strategische Investitionen. Bei Principal Investments handelt es sich um Direktinvestitionen in Private Equity (einschließlich Leveraged-Buy-out- und Equity-Bridge-Finanzierungszusagen), Immobiliengeschäfte (einschließlich Mezzanine Debt) und Venture-Capital-Verpflichtungen, die durchgeführt wurden, um eine Wertsteigerung zu erzielen. Darüber hinaus soll mit erfolgreichen Principal Investments in Hedgefonds und Investmentfonds eine Erfahrungshistorie aufgebaut werden für den Verkauf an externe Kunden. Zu den sonstigen nicht-strategischen Beteiligungen gehören Vermögenswerte, die bei der Abwicklung notleidender Positionen oder anderer nichtstrategischer „Legacy Investment Assets“ in Private Equity und im Immobilienbereich zurückgewonnen werden.

Pensionsrisiken

Wir sind bei einer Reihe spezifischer leistungsorientierter Pensionspläne für frühere und aktuelle Mitarbeiter Marktrisiken ausgesetzt. Durch Investitionen und fortlaufende Planbeiträge wird sichergestellt, dass die geplanten Pensionszahlungen nach Maßgabe der Pensionspläne durchgeführt werden können. Marktrisiken entstehen infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwerts der Aktiva oder einer Zunahme der Passiva der jeweiligen Pensionspläne. Das Market Risk Management überwacht und meldet alle Marktrisiken sowohl in Bezug auf die Aktiv- als auch die Passivseite unserer leistungsorientierten Pensionspläne einschließlich Zinsrisiken, Inflationsrisiken, Credit-Spread-

Risiken, Aktien- und Langlebighkeitsrisiken. Nähere Angaben zu unseren Verpflichtungen aus der betrieblichen Altersvorsorge enthält die Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“.

Sonstige Risiken

Neben den obigen Risiken ist das Market Risk Management für die Kontrolle und Steuerung von Marktrisiken aus der Steuerung von Kapital- und Liquiditätsrisiken in unserem Treasury-Bereich zuständig. Neben dem Verfahren zur strukturellen Absicherung von Fremdwährungsrisiken bei Kapitalbeständen gehört dazu auch die Absicherung von Marktrisiken aus unseren aktienbasierten Vergütungsplänen.

Marktrisiken entstehen im Rahmen unserer Vermögensverwaltungsaktivitäten in Deutsche AWM vor allem bei Fonds oder Konten mit Kapitalgarantie, aber auch aus Co-Investments in unsere Fonds.

Messung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisiken wird entweder durch Anwendung der Standardmethode (Stress-Value-at-Risk basiertes Ökonomisches Kapitalmodell) ermittelt oder mithilfe von für einzelne Risikoklassen spezifischen Stresstestverfahren, die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen.

Operationelles Risiko

Rahmenwerk des operationellen Risikos

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Das Operationelle Risiko Rahmenwerk wurde im Jahr 2015 in Verbindung mit dem Three Lines of Defence Programme („3LoD“) maßgeblich weiterentwickelt. Dies schloss eine verbesserte Abgrenzung von Verantwortlichkeiten zwischen der ersten und zweiten Verteidigungslinie beim Management operationeller Risiken ein. Infolgedessen wurden Kontrollverantwortungen verstärkt und Werkzeuge zur Risikoidentifikation und zur Bewertung wurden erweitert. Ab dem Jahr 2016 liegt die Verantwortung für das 3LoD Programm bei Group ORM.

Group Operational Risk Management („Group ORM“) hat die Verantwortung über das Design, die Implementierung und die Aufrechterhaltung des Operationellen Risk Management Rahmenwerks (ORMF) einschließlich zugehöriger Kontrollen. Group ORM zeichnet auch verantwortlich für eine risikoübergreifende Bewertung und von Risiken und für deren Aggregation, um einen ganzheitlichen Blick des nicht-finanziellen Risikoprofils der Bank einschließlich Mitigierungsplänen zu erhalten. Das Ziel von Mitigierungsaktivitäten ist stets, unsere Risikotoleranz nicht zu überschreiten.

Wir treffen bewusste Entscheidungen zum aktiven Management operationeller Risiken, sowohl strategisch als auch innerhalb der täglichen Geschäftsabläufe. Die folgenden vier Grundsätze liegen dem operationellen Risikomanagement bei der Deutschen Bank zugrunde:

Operationelles Risiko Grundsatz I: Die Risikoeigner tragen die volle Verantwortung für ihre operationellen Risiken und managen sie im Rahmen eines festgelegten risikospezifischen Appetits. Unter Risikoeignern versteht man definitionsgemäß: Die erste LoD (CB&S, GTB, Deutsche AWM, PBC, NCOU und erste LoD der Infrastrukturfunktionen GTO, CS) für ihre gesamten operationellen Risiken, sowie die zweiten LoD (Infrastrukturfunktionen), für Risiken, die in ihren Kontrollprozessen entstehen.

Die Risikoeigner sind verantwortlich für das Management aller operationellen Risiken innerhalb ihres Geschäftsbereichs beziehungsweise ihrer Prozesse mit Blick auf den End-to-End-Prozess. Sie verantworten innerhalb eines festgelegten risikospezifischen Appetits für operationelle Risiken die Identifikation, Schaffung und Aufrechterhaltung von Kontrollen der ersten LoD. Zusätzlich überwachen sie die Minderung festgestellter und bewerteter Risiken innerhalb des spezifischen Risikoappetits durch Korrekturmaßnahmen, Versicherung, Risikoakzeptanz oder durch Einstellung/Einschränkung von Geschäftstätigkeiten.

Divisional Control Officers („DCO“) unterstützen die Risikoeigner. Sie stellen sicher, dass das Rahmenwerk im Geschäftsbereich oder der Infrastrukturfunktion eingebettet ist. Die DCOs prüfen darüber hinaus die Bewertung der Wirksamkeit von Kontrollen der ersten LoD und des Gesamtrisikoprofils und stellen damit sicher, dass geeignete Kontroll-/Korrekturmaßnahmen verfügbar sind. Zudem ist durch die DCOs sicherzustellen, dass geeignete Governance-Foren zur Überwachung des operationellen Risikoprofils und zur Unterstützung der Entscheidungsfindung in der jeweiligen Division verfügbar sind.

Operationelles Risiko Grundsatz II: Die Risikotyp-Kontrollinstanzen (Kontrollfunktionen der zweiten LoD) legen das Risikomanagement den spezifischen Risikoappetit für ihren jeweiligen Risikotyp fest und führen unabhängige Kontrollen durch. Die Risikotyp-Kontrollinstanzen sind unabhängige Kontrollfunktionen der zweiten LoD. Sie kontrollieren spezifische Risikotypen. Wir arbeiten an der vollständigen Umsetzung dieser Verantwortlichkeiten.

Die Risikotypkontrollinstanzen verantworten die Schaffung eines wirksamen Risikomanagement-Rahmenwerks innerhalb ihres Risikotyps, einschließlich der Definition und Überwachung von Mindestkontrollstandards. Sie hinterfragen, bewerten und erstellen die entsprechende Berichterstattung innerhalb ihrer Risikotypen. Die Kontrollinstanzen überwachen auch den spezifischen Risikoappetit für ihren jeweiligen Risikotyp in Übereinstimmung mit dem Rahmenwerk zur Risikoakzeptanz des Vorstands, einschließlich qualitativer Feststellungen, Metriken und Toleranzen. Darüber hinaus führen sie Kontrollen der zweiten Linie durch, ergänzend zu den Kontrollen der ersten Linie und sie definieren die Risikotaxonomie für ihren Risikotyp. Abschließend zeichnen die Kontrollinstanzen für eine unabhängige NFR Governance verantwortlich, und bereiten aggregiertes Reporting für das NFR Executive Committee der Gruppe vor.

Operationelles Risiko Grundsatz III: Das Group Operational Risk Management erstellt und unterhält das Group Operational Risk Management Rahmenwerk. Group ORM entwickelt und unterhält die unabhängige Überwachung und Pflege des ORMF der Gruppe, mit Festlegung der Funktionen und Verantwortlichkeiten für den ORM-Prozess zur Identifizierung, Bewertung, Minderung, Überwachung, Meldung und Eskalation operationeller Risiken. Group ORM verantwortet zudem die Pflege der operationellen Risiko- und Kontrolltaxonomien und stellt eine vollumfängliche Abdeckung durch die Kontrollfunktionen der zweiten LoD sicher. Darüber hinaus überwacht Group ORM die Ausführung und Ergebnisse des Risk and Control Assessment-Verfahrens der Deutschen Bank sowie der operationellen Risikokonzentrationen.

Group ORM hinterfragt das operationelle Risikoprofil der Deutschen Bank Gruppe und ermöglicht unabhängige Risikobetrachtungen zur Erleichterung des zukunftsorientierten Managements operationeller Risiken. Darüber hinaus prüft und bewertet Group ORM wesentliche Risiken und wichtige Kontrollen auf Bereichs- und Infrastrukturebene in der gesamten Bank. Um risikomindernde Maßnahmen zu identifizieren und Prioritäten zu definieren, überwacht Group ORM das operationelle Risikoprofil der Gruppe und erstellt eine entsprechende Berichterstattung unter Bezugnahme auf den Risikoappetit der Bank. Group ORM erstellt zudem Berichts- und Eskalationsverfahren an den Vorstand für Ergebnisse der Risikobewertung und festgestellte erhebliche Kontrolllücken, wobei das Group Audit von erheblichen Kontrolllücken in Kenntnis gesetzt wird.

Operationelles Risiko Grundsatz IV: Das Group Operational Risk Management zielt darauf ab, dass ausreichend Kapital zur Unterlegung des operationellen Risikos zur Verfügung steht. Group ORM ist verantwortlich für Entwurf, Implementierung und Aufrechterhaltung eines geeigneten Ansatzes, um die ausreichende Eigenkapitalausstattung für das operationelle Risiko festzulegen und dem Vorstand zur Genehmigung zu unterbreiten. Group ORM verantwortet hierbei die Berechnung und Zuweisung des Kapitalbedarfs für operationelle Risiken und für die Expected Loss Planung innerhalb des Advanced Measurement Approach („AMA“). Group ORM führt darüber hinaus Dateneingabekontrollen zur Kalkulation des OR-Kapitals durch und unterstützt jährliche OR Kapitalbudgetprozesse und monatliche Prüfungsprozesse.

Organisations- und Kontrollstruktur

Das Operational Risk Management ist Teil des Bereichs Risk der Gruppe, dem der Chief Risk Officer („CRO“) vorsitzt. Der CRO ernennt den Leiter des Group Operational Risk Management.

Der Leiter des Group Operational Risk Management ist verantwortlich für Entwurf, Implementierung und Aufrechterhaltung eines effektiven und effizienten Group ORM-Rahmenwerks.

Das Executive Committee für nichtfinanzielle Risiken („NFR ExCo“) wird vom Chief Risk Officer geleitet. Seine Aufgabe ist es, im Namen des Vorstands Überblick, Steuerung und Koordinierung von nichtfinanzieller Risiken in der Deutsche Bank Gruppe zu gewährleisten und eine risikoübergreifende und ganzheitliche Sicht der wesentlichen nichtfinanziellen Risiken der Gruppe zu etablieren. Zu den Entscheidungs- und Weisungsbefugnissen des NFR ExCo zählen sorgfältige Prüfung, Beratung und das Management von sämtlichen NFR-Fragen, die das ganzheitliche und risikoübergreifende Profil, getrieben durch eine Geschäftssparte, beeinflussen könnten.

Das Regulatory Capital Committee („RCC“) hat Teile seiner Befugnisse in Sachen OR-Kapitalbedarfsmanagement innerhalb festgelegter Grenzen an das AMA Committee („AMAC“) delegiert. Das AMAC hat die Aufgabe, den gesamten Prozess zum vorgeschriebenen regulatorischen und ökonomischen Kapital für operationelle Risiken zu überwachen. Das AMAC stellt die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen im Hinblick auf das AMA-Modell und das AMA-Berechnungsverfahren sicher. Alle quantitativen oder qualitativen Änderungen mit möglichen Auswirkungen auf das regulatorische oder ökonomische Kapital der Deutschen Bank werden von dem Committee entweder direkt genehmigt oder der delegierenden Person zur Genehmigung unterbreitet. Zudem überwacht das Committee alle relevanten Aspekte des Modellrisikos für operationelle Risikomodelle.

Die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen sind für die alltägliche Steuerung operationeller Risiken zuständig. Der Bereich ORM steuert bereichs- und regionsübergreifend operationelle Risiken sowie Risikokonzentrationen. Er sorgt dafür, dass die Strategie für das Management operationeller Risiken in der gesamten Bank konsistent angewandt wird. Durch unser Business-Partnership-Modell zielen wir darauf ab, eine enge Überwachung und ein verstärktes Bewusstsein für operationelle Risiken sicherzustellen.

Management von operationellen Risiken

Wir managen operationelles Risiko durch Anwendung des Group Operational Risk Management Rahmenwerks. Wir ermitteln unser Risikoprofil im Vergleich zum Risikoappetit der Bank unter Anwendung des ORMF und verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz bei der Identifizierung und Mitigierung von operationellen Risiken und Risikokonzentrationen.

Wir wenden zahlreiche Verfahren an, um das breite Spektrum der in der Definition für operationelle Risiken aufgeführten Risiken abzudecken. Diese dienen dem Ziel der effizienten Steuerung des operationellen Risikos unserer Geschäftstätigkeit und werden zur Identifizierung, Beurteilung und Minderung operationeller Risiken genutzt:

- Die kontinuierliche Erfassung von Verlustereignissen aus operationellen Risiken ist die Voraussetzung für die Steuerung operationeller Risiken einschließlich detaillierter Risikoanalysen, der Definition risikomindernder Maßnahmen und zeitnaher Information an das Senior Management. In unserem „db-Incident Reporting System“ („dbIRS“) erfassen wir sämtliche Verluste aus operationellen Risikoereignissen über 10.000 €.

- Der Lessons-Learned-Prozess ist verpflichtend bei Ereignissen und Beinaheverlusten von über 500 Tausend € anzuwenden und schließt folgende, jedoch nicht allein hierauf beschränkte Prozessschritte ein:
 - systematische Risikoanalysen einschließlich einer Beschreibung des Geschäftsumfelds, in dem das Ereignis entstanden ist, vorangegangener Ereignisse, Beinaheverluste sowie mit dem Ereignis verbundener Risikoidikatoren („KRI“),
 - Ursachenanalysen,
 - Überprüfung von Kontrollverbesserungen und anderer Handlungen zur Vermeidung oder Minderung möglicher Wiederholungen und
 - Beurteilung der verbleibenden Risikopositionen.
 Sämtliche Korrekturmaßnahmen werden erfasst und deren Implementierung monatlich an das Senior Management berichtet
- Szenario Analysen: Wir berücksichtigen systematisch Informationen über externe Verlustereignisse in der Bankenbranche, um zu verhindern, dass vergleichbare Vorfälle bei uns vorkommen, zum Beispiel durch gesonderte tiefgreifende Analysen oder durch Überprüfung des Risikoprofils.
- Neu auftretende Risiken: Wir bewerten und genehmigen die Auswirkungen, die Änderungen auf unser Risikoprofil haben. Sie sind das Ergebnis von neuen Produkten, Outsourcing-Aktivitäten, strategischen Initiativen sowie Akquisitionen und Veräußerungen.
- Read-Across Analyse: Wir streben eine kontinuierliche Verbesserung des Prozesses zur Bewertung identifizierter Sachverhalte an, um festzustellen, ob diese einen breiter gefassten, gesellschafts- und standortübergreifenden Ansatz erfordern. Wesentliche Feststellungen eines Bereichs werden geprüft, um ihre Relevanz für andere Bereiche der Bank zu bewerten. Wir implementieren eine Business Intelligence Software, die eine Vielzahl von Datenquellen nutzt, um Risikocluster innerhalb der Bank zu identifizieren. Wir zielen darauf ab unsere vorausschauenden Analysen, unsere Clustermöglichkeiten und die zeitnahe Identifizierung von Risikokonzentrationen mit der Nutzung dieser Software zu verbessern.
- Risiko Minderung: Wir überwachen die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung, die mithilfe der Instrumente zur Steuerung operationeller Risiken identifiziert worden sind. Operationelle Restrisiken, die höher als signifikant oder höher eingestuft sind, sind durch die das Risiko tragenden Divisionen zu akzeptieren. Der Leiter von Operational Risk prüft diese Entscheidungen.
- In unseren Top-Risiko-Analysen berücksichtigen wir die Ergebnisse der vorgenannten Aktivitäten. Die Top-Risiko-Analysen sind eine wesentliche Grundlage für den jährlichen Strategie- und Planungsprozess für das Management operationeller Risiken. Ziel ist die Identifizierung der wesentlichsten Risiken der Deutschen Bank hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit und Schwere von Risiken.
- Mit KRIs beobachten wir die Kontrollkultur sowie das Geschäftsumfeld und veranlassen risikomindernde Maßnahmen. Sie ermöglichen die vorausschauende Steuerung operationeller Risiken durch entsprechende Frühwarnsignale.
- In unserem Self Assessment- („SA“)-Prozess, den wir mindestens jährlich und nach einem Bottom-up-Ansatz durchführen, werden Bereiche mit hohem Risikopotenzial ermittelt und Maßnahmen zur Risikominderung festgelegt. Wir halten regelmäßig Risiko-Workshops ab. Diese dienen der Bewertung von spezifischen Risiken für Länder, in denen wir vertreten sind, und lokalen Rechtseinheiten sowie der Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Risikominderung. Wir befinden uns in der Überarbeitung des existierenden SA Prozesses durch einen verbesserten Risk and Control Prozess, der durch ein gruppenweit verfügbares Softwaretool unterstützt werden wird. Wir planen die substanziellen operationellen Non Financial Risk Einheiten in diesem Prozess im Laufe des Jahres 2016 abzubilden.

Zur Ergänzung des globalen Rahmenwerks für operationelle Risiken und zur gezielten Adressierung der einzelnen Risikoarten finden zusätzliche Funktionen, Methoden und Techniken Anwendung, die durch die verantwortlichen Geschäftsbereiche eingeführt wurden. Folgende Verfahren sind darin eingeschlossen, stellen jedoch keine abschließende Auflistung dar:

- Rechtsrisiken sind ein signifikanter Risikofaktor für die Deutsche Bank, sie werden detailliert im Anhang „Rückstellungen“ unseres Konzernabschlusses beschrieben. Im Bereich Legal befasst sich eine die „Legal Risk Management („LRM“)-Funktion ausschließlich mit der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken. Die LRM-Funktion kann Rechtsrisiken durch zahlreiche Maßnahmen proaktiv steuern. Dazu zählen die Entwicklung, Implementierung und Überwachung eines jährlichen Programms zur Bewertung von historischen und bestehenden Rechtsrisiken („Annual Legal Risk Assessment Program“), die Genehmigung von und die Teilnahme an Portfolioüberprüfungen sowie risikomindernden Plänen und die Steuerung des Legal-Lessons-Learned-Prozesses.
- Das aus Outsourcing-Aktivitäten resultierende operationelle Risiko wird im Rahmen des Vendor Risk Management („VRM“)-Prozesses gesteuert. Das Outsourcing-Risiko wird für alle Outsourcing-Vereinbarungen individuell gemäß unserer Konzernrichtlinie zum Vendor Risk Management und dem Group Operational Risk Management Rahmenwerk für operationelle Risiken beurteilt und gesteuert. Eine umfangreiche Governance-Struktur wurde geschaffen, um eine angemessene Risikoeinstufung sicherzustellen.
- Das Betrugsrisiko wird auf Basis des § 25a KWG sowie weiterer rechtlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen anhand eines risikobasierten Ansatzes gesteuert. Diesem wird durch unsere Globale Anti-Betrugs-Richtlinie („Global Anti Fraud Policy“) und der damit im Zusammenhang stehenden Compliance- und Anti-Geldwäsche-Richtlinie Rechnung getragen. Im Einklang mit aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden regelmäßig globale Risikoeinschätzungen durchgeführt. Im Rahmen der allgemeinen Steuerung operationeller Risiken sind dedizierte Aspekte zur Berücksichtigung von Betrugsrisiken Bestandteil der Self Assessments.
- Wir steuern unsere Risiken der Geschäftsfortführung über das „Business Continuity Management - Programm, welches Kernabläufe zur Verlagerung oder Wiederherstellung des Geschäftsbetriebs als Reaktion auf Störungen unterschiedlichen Ausmaßes darstellt. Im Rahmen dieses Programms entwickelt, implementiert und pflegt jeder Kerngeschäftsbereich beziehungsweise jede Infrastrukturfunktion Notfallpläne, die zur Sicherstellung kontinuierlicher und zuverlässiger Einsatzfähigkeit in regelmäßigen Abständen getestet werden. Das BCM-Programm definiert Rollen und Verantwortlichkeiten, die in bankweiten Standards dokumentiert sind. Die Einhaltung dieser Standards wird regional durch speziell dafür verantwortliche Business Continuity Teams überwacht. Darüber hinaus werden Schlüsselinformationen der BCM-Kontrollumgebung in KRIs für das allgemeine Management operationeller Risiken genutzt.
- Operationelle Risiken im Rahmen der IT-Risiken werden durch den Bereich Informationstechnologie bei GTO gesteuert und folgen internationalen Standards für das IT-Management. Anwendungen und IT-Infrastruktur werden regelmäßig erfasst, bewertet und hinsichtlich ihrer Stabilität überwacht. Die zentralen Ergebnisse dieser etablierten Bewertungen und der Kontrollumgebung werden für das Management operationeller Risiken mittels KRIs und Self Assessments verwendet.

Messung unseres operationellen Risikos

Wir berechnen und messen den aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Kapitalbedarf für operationelle Risiken mittels des „Advanced Measurement Approach (AMA)“-Ansatzes. Unsere Kapitalberechnung nach dem AMA-Modell basiert auf dem Verlustverteilungsansatz („LDA“). Das Risikoprofil (die Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) ermitteln wir, indem wir auf Bruttoverluste aus historischen internen und externen Verlustdaten (letztere aus dem „ORX“-Konsortium der Operational Riskdata eXchange Association) zurückgreifen, zusätzliche externe Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank (IBM OpData) hinzufügen und diese durch interne Szenariodaten (gemäß einer Verteilung nach Verlustfrequenz und -schwere) ergänzen. Unser LDA geht konservativ vor, indem Verluste, die über mehrere Jahre auftreten können als ein Verlustevent gezeigt werden.

Darüber hinaus haben wir einen zusätzlichen Antrag auf Modellveränderung bei unserer deutschen Aufsichtsbehörde BaFin eingereicht, um die in unserem AMA-Modell seit 2011 berücksichtigte Sicherheitsmarge auf das regulatorische Kapital von 1 Mrd € zu ersetzen. Diese Veränderung wird unser Modell risikosensitiver machen, indem potenzielle Verluste aus Rechtsstreitigkeiten in die relevanten Verlustdaten einbezogen werden. Diese potenziellen Verluste aus

Rechtsstreitigkeiten können aus anhängigen und auch künftigen Rechtsstreitigkeiten resultieren, welche jedes Quartal überprüft werden und auf Bewertungen unserer Rechtsexperten basieren.

Ogleich unsere Gespräche über diese Modellverbesserungen mit der Aufsicht noch andauern, hat die Geschäftsführung beschlossen, die Auswirkungen dieser materiellen Modellveränderungen im zweiten Quartal 2014 zu berücksichtigen, sofern diese zu einem Anstieg des Kapitalbedarfs gegenüber den von der BaFin genehmigten Modellen führen.

Innerhalb des LDA Modells werden die Verteilungen von Verlusthäufigkeit und -höhe in einer Monte-Carlo-Simulation zusammengeführt, um zu ermitteln, welche potenziellen Verluste über einen Zeithorizont von einem Jahr entstehen könnten. Schließlich werden für jeden in der Monte-Carlo-Simulation generierten Verlust die risikomindernden Effekte von Versicherungen angerechnet. Unter Berücksichtigung von Korrelations- und Diversifikationseffekten wird – unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen – eine Verteilung der Nettoverluste auf Konzernebene ermittelt, die die erwarteten und unerwarteten Verluste abdeckt. Anschließend wird das Kapital den Geschäftsbereichen zugeordnet und sowohl eine qualitative Anpassung („QA“) als auch der Abzug erwarteter Verluste („EL“) vorgenommen.

Der aufsichtsrechtliche Kapitalbedarf wird aus dem 99,9 %-Quantil abgeleitet. Das ökonomische Kapital ist auf ein 99,98 %-Quantil festgesetzt, um innerhalb eines Jahres auftretende, sehr schwere unerwartete Verluste abzudecken. Der aufsichtsrechtliche und ökonomische Kapitalbedarf werden jeweils für einen Zeithorizont von einem Jahr berechnet.

Der regulatorische und ökonomische Kapitalbedarf wird vierteljährlich berechnet. Group ORM zielt darauf ab, angemessene Entwicklungs-, Validierungs- und Veränderungssteuerungen für die Kapitalbedarf Quantifizierung bereitzustellen. Die Validierung findet hierbei im Einklang mit dem Modell Risikoprozess der Deutschen Bank statt und wird durch eine unabhängige Validierungsfunktion durchgeführt.

Steuerung des Liquiditätsrisikos

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, das aus unserem potenziellen Unvermögen entsteht, alle Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen, oder unseren Zahlungsverpflichtungen nur zu überhöhten Kosten nachkommen zu können. Das Ziel des Rahmenwerks zur Steuerung des Liquiditätsrisikos der Gruppe ist es sicherzustellen, dass die Gruppe ihre Zahlungsverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt erfüllen kann und die Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken im Rahmen ihres Risikoappetits zu steuern. Das Rahmenwerk betrachtet relevante und wichtige Einflussfaktoren von Liquiditätsrisiko, egal ob sie bilanziell oder außerbilanziell auftreten.

Unser Rahmenwerk für das Liquiditätsrisikomanagement spielte eine wichtige Rolle für die Erhaltung adäquater Liquidität und die Steuerung unseres Refinanzierungsprofils in 2015.

Rahmenwerk für das Liquiditätsrisikomanagement

Im Einklang mit der Überprüfung der Aufsicht der Europäischen Zentralbank und des Bewertungsrahmenwerkes (ECB's Supervisory Review and Evaluation Process „SREP“) hat die Deutsche Bank einen Individuellen adäquaten Liquiditäts-, Bewertungs- Prozess (ILAAP) durchgeführt, welcher überprüft und vom Vorstand genehmigt wurde. ILAAP stellt eine umfangreiche Dokumentation des Rahmenwerks zur Steuerung des Liquiditätsrisikos der Gruppe dar und beinhaltet: Identifizierung der Hauptliquiditäts- und Refinanzierungsrisiken denen die Gruppe ausgesetzt ist, wie diese Risiken identifiziert, beobachtet und gemessen werden und beschreibt die Techniken und Mittel, die benutzt werden um diese Risiken zu steuern und ihnen entgegen zu wirken.

Der Vorstand legt die Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie der Bank fest, genauso wie der Risikoappetit, basierend auf Empfehlungen des Capital and Risk Committees „CaR“. Der Vorstand überprüft und genehmigt mindestens einmal jährlich die konzernweiten Limite zur Messung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sowie den langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplan der Bank.

Unsere Treasury-Funktion ist für die Steuerung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken der Deutschen Bank weltweit verantwortlich. Liquidity Risk Control ist eine unabhängige Kontrollfunktion, die für die Validierung der Liquiditätsrisikomodelle, die von Treasury entwickelt wurden, um das Liquiditätsrisikoprofil der Gruppe zu messen und zu steuern, verantwortlich ist.

Unsere Treasury Funktion steuert Liquidität und Refinanzierung, in Übereinstimmung mit dem vom Vorstand genehmigten Risikoappetits, entlang einer Fülle von relevanten Maßen und implementiert eine Vielzahl von Werkzeugen um diese zu beobachten und Übereinstimmung zu erzielen. Zusätzlich arbeitet Treasury eng mit Liquidity Risk Control („LRC“) und den Geschäftsbereichen zusammen um die zugrundeliegenden Liquiditätsmerkmale der Geschäftsbeziehungsportfolios zu analysieren und zu verstehen. Die Parteien sind in regelmäßigem Austausch um die Veränderungen in der Liquiditätsposition der Bank zu verstehen, die von Geschäftsaktivitäten oder Marktveränderungen kommen. Fest zugeordnete Geschäftsbereichziele sollen sicherstellen, dass die Gruppe ihren Liquiditäts- und Refinanzierungsappetit zu jeder Zeit sicherstellt.

Der Vorstand wird über die Entwicklung bezüglich dieser Risikoappetitmaße im Rahmen einer wöchentlichen Liquidity-, Scorecard informiert. Als Teil des jährlichen Planungsprozesses projizieren wir die Entwicklung unserer Hauptliquiditäts- und Refinanzierungsmaße basierend auf dem zugrundeliegenden Geschäftsplan um sicherzustellen, dass unser Plan im Einklang ist mit unserem Risikoappetit.

Kapitalmarktemissionen

Die Deutsche Bank hat ein breites Spektrum an Refinanzierungsquellen, inklusive Einlagen von Privat – und institutionellen Kunden, unbesicherter und besicherter Refinanzierung über Wholesale-Refinanzierung und Emissionen in die Kapitalmärkte. Kapitalmarktemissionen, welche unbesicherte Anleihen, besicherte Anleihen und ebenfalls Kapitalinstrumente umfasst, ist eine wichtige Quelle der langfristigen Refinanzierung für die Bank und wird direkt von unserer Treasury-Einheit gesteuert. Mindestens einmal pro Jahr übermittelt Treasury einen jährlichen langfristigen Refinanzierungsplan an das CaR als Empfehlung und dann an den Vorstand zur Genehmigung. Dieser Plan wird von globalem und lokalem Refinanzierungsbedarf beeinflusst und basiert auf erwartetem Neugeschäftsvolumen der Geschäftsbereiche. Unser Kapitalmarktportfolio wird dynamisch durch unseren jährlichen Refinanzierungsplan gesteuert um zu hohe Fälligkeitskonzentrationen zu vermeiden.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt

Die Deutsche Bank überwacht alle Zahlungsströme von Wholesale Refinanzierungsquellen auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von zwölf Monaten. Als Refinanzierung aus dem Wholesale-Markt betrachten wir zu diesem Zweck unsere unbesicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere Treasury Pool Management Abteilung erbracht wurden sowie unsere besicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere Markets-Geschäftsbereiche erbracht wurden. Derartige Verbindlichkeiten kommen vorrangig von Unternehmen, Banken und anderen Finanzinstituten, Regierung und Staaten.

Die Gruppe hat eine Vielzahl von vom Vorstand genehmigten Limiten eingeführt um die Abhängigkeit der Bank von Wholesale Gegenparteien zu beschränken, die historisch gesehen am anfälligsten bei Markt-Stress waren. Die Wholesale-Refinanzierungslimite wurden gegen unsere monatlichen Stresstestresultate kalibriert um sicherzustellen, dass die Gruppe unter unserem schwierigsten Szenario liquide bleibt, auch wenn die Limite voll ausgenutzt sind.

Die Limite für eine Refinanzierung über den Wholesale-Markt werden täglich überwacht und auf die globalen kombinierten Währungsbetrag über alle Wholesale-Refinanzierungs Währungen überwacht, auf besicherte und unbesicherte und mit speziellen Laufzeiten Limiten, die die ersten 8 Wochen darstellen. Unsere Liquiditätsreserven stellen das Hauptmittel gegen einen potenziellen Stressfall im kurzfristigen Wholesale Refinanzierungsmarkt dar.

Die Tabelle auf Seite 202 ff. zeigt die vertraglichen Fälligkeiten unserer kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungen sowie unserer Kapitalmarktemissionen.

Liquiditätsstresstests und Szenarioanalysen

Globale Liquiditäts-Stresstests und Szenarioanalysen sind eines unserer Hauptwerkzeuge um Liquiditätsrisiken zu messen und die globale kurzfristige Liquiditätsposition innerhalb des Liquiditätsrahmenwerkes zu bewerten. Diese vervollständigen den operationellen intraday Liquiditätsmanagementprozess und die langfristige Liquiditätsstrategie, dargestellt durch die Liquiditätsablaufbilanz.

Das globale Liquiditätsstresstesting wird von Treasury, in Übereinstimmung mit der vom Vorstand genehmigten Risikotoleranz, als Teil des Liquiditätsrahmenwerkes gesteuert. Treasury ist verantwortlich für die generelle Methode, inklusive der Definition der Stressszenarien, die Wahl der Liquiditätsrisikotreiber und die Festlegung der angemessenen Annahmen (Parametern) um Eingabedaten in Modelergebnisse zu überführen. Liquidity Risk Controll Oversight and Validation „LRC O&V“ ist verantwortlich für die Validierung der Methoden und Liquidity Risk Controll Reporting and Analysis „LRC R&A“ ist verantwortlich um diese Methoden in Übereinstimmung mit Treasury und IT zu implementieren. LCR R&A ist auch verantwortlich für die Stresstestberechnung.

Wir nutzen Stresstests und Szenarioanalysen um den Einfluss von unerwarteten und schwerwiegenden Stressevents auf unsere Liquiditätsposition zu untersuchen. Die Szenarien, die wir benutzen basieren auf historischen Events, wie die Finanzmarktkrise 2008.

Die Deutsche Bank hat fünf Szenarien gewählt um die gestresste Netto-Liquiditätsposition (stressed Net Liquidity Position „sNLP“) zu berechnen. Diese Szenarien beinhalten die historische Erfahrung der Deutsche Bank während Perioden von institutsspezifischem und / oder marktweitem Stress und werden als plausibel und genügend hart betrachtet um einen materiellen Einfluss auf die Liquiditätsposition der Gruppe zu haben. Eine globale Finanzmarktkrise zum Beispiel ist unter einem bestimmten Stressszenario abgedeckt (Systemisches Marktrisiko), das die potenziellen Konsequenzen, die beobachtet wurden zum Beispiel während der letzten Finanzmarktkrise modelliert. Zusätzlich haben wir regionale Marktstressszenarien eingeführt. Unter jedem dieser Szenarien nehmen wir an, dass ein großer Teil unserer Kredite an nicht-Wholesale Kunden verlängert werden um unsere Geschäftsbereiche zu unterstützen und dass Wholesale-Refinanzierung, von den risikosensitivsten Gegenparteien (inklusive Banken und Geldmarktfonds) komplett vertraglich ausläuft in einer aktuellen Stressphase.

Zusätzlich haben wir potenzielle Refinanzierungs-Anforderungen von abhängigen Liquiditätsrisiken, die passieren können, inklusive Kreditfazilitäten, erhöhte Sicherheitenanforderungen unter Derivateverträgen und Abflüsse von Einlagen mit einem vertraglichen Rating-Trigger, hinzugefügt.

Dann modellieren wir Tätigkeiten, die wir ergreifen würden um die Abflüsse auszugleichen. Ausgleiche beinhalten unsere Liquiditätsreserven und Vermögenswertliquidität aus anderen nicht belasteten Vermögenswerten.

Stresstests werden auf globaler Ebene und individueller Ebene der juristischen Einheiten sowie über signifikante Währungen außerhalb der Eurozone hinweg durchgeführt, insbesondere über US-Dollar und Britische Pfund als unsere größten Nicht-Euro-Refinanzierungswährung. Wir überprüfen wesentliche Stresstestannahmen regelmäßig und haben den Schweregrad einiger Stressannahmen im Laufe des Jahres 2015 erhöht.

Liquiditäts-Stresstests werden über einen Zeitraum von acht Wochen gemacht, welchen wir als am meisten kritisch betrachten, in einer Liquiditätskrise und wir wende die relevanten Stresstestannahmen zu Risikofaktoren von bilanziellen und außerbilanziellen Produkten auf täglicher Basis an. Über den acht Wochen Zeitraum hinaus analysieren wir den Einfluss einer längeren Stressperiode auf zwölf Monate. Dieser Stresstest wird monatlich gemacht.

Unser interner Risikoappetit zielt darauf ab einen positiven Liquiditätsüberschuss von 5 Mrd € innerhalb des acht Wochen Stresszeitraums in allen Szenarien zu erhalten in allen Szenarien in unserem Währungsaggregierten Stresstest.

Auf Seite 198 findet man die Ergebnisse unserer internen Stresstests unter den verschiedenen Szenarien.

Mindestliquiditätsquote

Zusätzlich zur Durchführung des internen Stresstestings, hat der Konzern eine vom Vorstand genehmigte Risikotoleranz ihrer Mindestliquiditätsquote (LCR). Finalisiert vom Baseler Ausschuss im Januar 2013, soll die LCR die kurzfristige Widerstandsfähigkeit eines Liquiditätsrisikoprofils einer Bank über einen Zeitraum von 30 Tagen in Stressszenarien unterstützen. Die Quote ist definiert als der Betrag des Volumens liquider Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets-HQLA), die zur Beschaffung von Liquidität genutzt werden könnten, verglichen mit dem Gesamtvolumen der Nettomittelabflüsse, die aus tatsächlichen und Eventualrisiken in einem gestressten Szenario resultieren.

Diese Anforderung wurde im Rahmen der Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission, die im Oktober 2014 verabschiedet wurde, in europäisches Recht umgesetzt. Die Übereinstimmung mit der LCR muss in Europa ab dem 1. Oktober 2015 erfolgen. Die Mindestliquiditätsquote ist vorbehaltlich einer Einführungsphase und startet mit 60 % am 1. Oktober 2015, die dann auf 70 % am 1. Januar 2016, 80 % in 2017 und 100 % in 2018 erhöht wird.

Die Gruppe betrachtet die LCR als Ergänzung zum internen Stresstest Rahmenwerk und mit Erhalten einer Quote über der regulatorischen Minimalanforderung hilft sie sicherzustellen, dass die Liquiditätsressourcen, die die Gruppe hält ausreichen um einen kurzfristigen Liquiditätsstressfall zu entschärfen.

Unser interner Risikoappetit ist es eine LCR von mindesten 105 % zu erhalten.

Hauptunterschiede zwischen den Liquiditätsstresstest und der LCR umfassen den Zeithorizont (acht Wochen gegenüber 30 Tagen), die Klassifizierung und Abschlagsdifferenzen zwischen Liquiditätsreserven und den hochliquiden Aktiva der LCR, die Abfluss Raten für verschiedene Arten von Refinanzierung und Liquiditätszufluss Annahmen für verschiedene Aktivaklassen (zum Beispiel Kreditrückzahlungen). Unser Liquiditätsstresstest enthält ebenso Annahmen zum Intraday-Liquiditätsabfluss, welche die LCR nicht enthält.

Refinanzierungsrisikomanagement

Strukturelle Refinanzierung

Das Hauptwerkzeug der Deutsche Bank zum Beobachten und Steuern des Liquiditätsrisikos ist die Liquiditätsablaufbilanz. Die Liquiditätsablaufbilanz bewertet die strukturelle Refinanzierung der Gruppe für den Zeitraum von größer als ein Jahr. Zur Erstellung eines Fälligkeitsprofils (Liquiditätsablaufbilanz) ordnen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva, entsprechend ihren ökonomischen oder modellierten Fälligkeiten, Laufzeitbändern zu. Dies erlaubt der Gruppe erwartete Überflüsse und Engpässe in langfristigen Geldausflüssen über Geldeingängen in jedem Laufzeitenband zu identifizieren und erleichtert das Steuern von potenziellen Liquiditätsgefahren.

Die Liquiditätsablaufbilanz basiert auf den vertraglichen Laufzeitinformationen. Wenn die vertragliche Laufzeit das Liquiditätsprofil nicht adäquat widerspiegelt, wird sie durch modellierte Annahmen ersetzt. Kurzfristige Bilanzpositionen (< 1 Jahr) oder passende Refinanzierungsstrukturen (wenn Vermögenswert- und Refinanzierungslaufzeit übereinstimmen, also ohne Refinanzierungsrisiko sind) können von der Auswertung ausgenommen werden.

Der bottom-up Ansatz für individuelle Geschäftsbereiche wird mit einer top-down Abstimmung gegen die IFRS Gruppenbilanz kombiniert. Aus den kumulativen Laufzeitenprofilen von Vermögenswerten und Refinanzierungen über ein Jahr kann jeder Liquiditätsüberschuss oder Liquiditätsunterdeckung in der Gruppenlaufzeitenstruktur identifiziert werden. Das kumulierte Profil wird beginnend beim Band über 10 Jahren bis herunter zu dem Band über ein Jahr aufgebaut.

Die Liquiditätsablaufbilanz bildet zusammen mit dem Prozess zur Erstellung der strategischen Liquiditätsplanung, die das Angebot und die Nachfrage nach Refinanzierungsmitteln über alle Geschäftsbereiche hinweg prognostiziert, die Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan. Nach Genehmigung durch den Vorstand legt der Emissionsplan die Emissionsziele für Wertpapiere nach Laufzeit, Volumen und Instrument fest. Wir haben eine spezielle Risikotoleranz für unsere US-Dollar und Britische Pfund Liquiditätsablaufbilanz eingeführt, welche als Grenze in der maximalen Un-

terdeckung für jedes Laufzeitenband 10 Mrd € beziehungsweise 5 Mrd € festlegt (> 1 Jahr bis zu > 10 Jahre). Dies ergänzt die Risikotoleranz für unsere währungsübergreifende Liquiditätsablaufbilanz, die es erfordert, eine positive Liquiditätsposition in jedem Laufzeitenband (> 1 Jahr bis zu > 10 Jahre) vorzuhalten.

Strukturelle Liquiditätsquote

Zusätzlich zu unserer internen Liquiditätsablaufbilanz, wurde die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) als Teil von Basel 3 eingeführt, als regulatorisches Maß um das strukturelle Liquiditätsprofil einer Bank zu bewerten. Die NSFR soll die mittel- bis langfristigen Refinanzierungsrisiken reduzieren indem sie von Banken ein stabiles Refinanzierungsprofil im Verhältnis ihrer bilanziellen und außerbilanziellen Aktivitäten verlangt. Die Quote ist definiert als der Betrag der verfügbaren stabilen Refinanzierung (Anteil von Eigen- und Fremdmitteln, die als eine stabile Quelle der Refinanzierung angesehen werden) im Verhältnis zu dem Betrag, der für eine stabile Refinanzierung (eine Funktion der Liquiditätseigenschaften der verschiedenen gehaltenen Anlageklassen) erforderlich ist.

Obwohl die NSFR ein internationaler Mindeststandard vom 1. Januar 2018 an werden soll, ist die Quote noch vorbehaltlich nationaler Umsetzung. In Europa sind die Regeln für die NSFR noch von der Europäischen Kommission in Form eines Delegierten Rechtsakts bis Ende 2016 umzusetzen. Deshalb wurde für die europäischen Banken das endgültige Format und die damit verbundene Umsetzung noch nicht bestätigt.

Wir untersuchen zurzeit die Auswirkungen der NSFR und erwarten diese Quote in unser Liquiditätsrisikorahmenwerk einzubetten, wenn die entsprechenden Regeln und der Zeitplan in Europa final feststehen.

Diversifizierung der Finanzierungsmittel

Die Diversifizierung unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements. Unsere stabilsten Refinanzierungsmittel stammen aus Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital sowie von Privat- und Transaktionsbankkunden. Andere Kundeneinlagen sowie die besicherte Refinanzierung und Shortpositionen sind weitere Finanzierungsquellen. Die unbesicherte Wholesale-Refinanzierung repräsentiert unbesicherte Wholesale-Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unseren Geschäftsbereich Treasury Pool Management aufgenommen wurden. Aufgrund der Kurzfristigkeit dieser Verbindlichkeiten werden diese primär zur Refinanzierung von Barsalden und liquiden Handelsbeständen genutzt.

Um eine zusätzliche Diversifizierung unserer Refinanzierungsmittel sicherzustellen, besitzen wir eine Pfandbrieflizenz, die uns die Emission von Hypothekendarlehen ermöglicht. Zusätzlich haben wir ein Programm zur Emission von gedeckten Anleihen unter spanischem Recht (Cedulas) eingeführt.

Die unbesicherte Wholesale-Refinanzierung umfasst eine Bandbreite von unbesicherten Produkten wie zum Beispiel Certificates of Deposits (CDs), Commercial Paper (CPs) sowie Termin-, Call- und Tagesgelder, weitestgehend mit Laufzeiten bis zu einem Jahr.

Um eine ungewollte Abhängigkeit von diesen kurzfristigen Refinanzierungsquellen zu vermeiden und ein gesundes Refinanzierungsprofil zu fördern, das im Einklang mit der festgelegten Risikotoleranz steht, haben wir Limitstrukturen (über die Zeitachse) für diese Finanzierungsquellen implementiert, die aus unserer monatlichen Stresstestanalyse abgeleitet sind. Darüber hinaus haben wir ein Limit für das Gesamtvolumen der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung definiert, um die Abhängigkeit von dieser Finanzierungsquelle im Rahmen der Diversifizierung der Finanzierungsquellen zu steuern.

Die Grafik auf Seite 195 zeigt die Zusammensetzung unserer externen Refinanzierungsquellen, die zu unserer Liquiditätsrisikoposition beitragen. Sie sind in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den gesamten externen Finanzierungsquellen dargestellt.

Funds Transfer Pricing

Das Liquiditätstransferpreiskonzept der Deutschen Bank ist für alle Geschäftsbereiche und Regionen bindend. Es stellt sicher, dass die Preise (i) für Aktiva im Einklang mit deren zugrunde liegenden Liquiditätsrisiken stehen, (ii) für Passiva im Einklang mit deren Liquiditätswerten und Refinanzierungslaufzeiten stehen und (iii) für die bedingten Zahlungsverpflichtungen im Einklang mit den Kosten für die Bereitstellung ausreichender Liquiditätsreserven stehen, die zur Abdeckung unerwarteter Zahlungsrisiken benötigt werden.

Das Konzept für Verrechnungspreise der Deutschen Bank entspricht den regulatorischen Grundsätzen und Leitlinien. Über die Verrechnungspreise werden die Refinanzierungs- und Liquiditätsrisikokosten und -nutzen an alle Geschäftsbereiche auf Basis von Marktsätzen allokiert. Diese Marktsätze spiegeln die ökonomischen Kosten für Liquidität für die Bank wider. Treasury kann zusätzliche finanzielle Anreize im Rahmen der Liquiditätsrisikorichtlinien der Bank setzen. Während das Konzept für Verrechnungspreise eine gewissenhafte konzernweite Zuordnung der Refinanzierungskosten der Deutschen Bank zu den Nutzern der Liquidität sicherstellt, schafft es zusätzlich einen anreizbasierten Vergütungsrahmen für die Geschäftsbereiche, langfristige, stabile und stresskonforme Refinanzierung zu generieren. Refinanzierungsrelevante Geschäfte unterliegen einem (laufzeitenabhängigen) Liquiditätsverrechnungspreis und/oder anderen Transferpreismechanismen in Abhängigkeit von Marktbedingungen. Die Liquiditätsprämien werden von Treasury festgelegt und in einem Treasury-Liquiditätskonto ausgewiesen, das die aggregierten Liquiditätskosten und -nutzen widerspiegelt. Die Steuerung und Allokation der Kostenbasis des Liquiditätskontos ist die wichtigste Stellgröße für die Verrechnung unserer Refinanzierungskosten.

Liquiditätsreserven

Die Liquiditätsreserven beinhalten verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (inklusive Staaten, staatlichen Einrichtungen und staatlich garantierten Wertpapieren) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte.

Das Volumen unserer Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten monatlichen Stresstestergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so werden wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren halten. Somit schwankt das Gesamtvolumen unserer Liquiditätsreserven in Abhängigkeit von den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Unsere Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Konzernebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. An wichtigen Standorten werden weitere Reserven gehalten. Wir halten unsere Reserven in den wichtigsten Währungen. Ihre Größe und Zusammensetzung unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch das Senior Management.

Belastung von Vermögenswerten

Belastete Vermögenswerte sind hauptsächlich die bilanziellen und außerbilanziellen Vermögenswerte, die bei der besicherten Refinanzierung, Sicherheiten-Swaps und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicherheit verpfändet werden. Im Allgemeinen belasten wir Kredite um langfristige Kapitalmarktmissionen, wie Pfandbriefe oder andere Selbstverbriefungsstrukturen zu begeben, während Fremdfinanzierungen und Aktien Bestände auf einer besicherten Basis eine regelmäßige Aktivität unserer Global-Markets-Abteilung ist. Darüber hinaus berücksichtigen wir, in Übereinstimmung mit den technischen Standards der EBA zum regulatorischen Berichtswesen von belasteten Vermögenswerten, Vermögenswerte, die über Abrechnungssysteme platziert sind, einschließlich leistungsgestörter Mittel und Sicherheitenleistungen (Initial Margin), sowie andere als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte, die nicht frei abgerufen werden können, wie vorgeschriebene Mindestreserven bei Zentralbanken, als belastete Vermögenswerte. Nach EBA-Richtlinien auch als belastet einbezogen sind Forderungen aus derivativen Ausgleichszahlungen.

Strategisches Risiko-Management

Strategisches Risiko ist das Risiko eines potenziellen Gewinnrückgangs durch Umsatz- und/ oder Kostenverfehlungen gegenüber den Planzielen. Es kann aus einer unpassenden strategischen Positionierung, unzureichenden Strategieumsetzung oder dem Fehlen effektiver Gegenmaßnahmen zu materiellen negativen Planabweichungen führen, die entweder externe oder interne Gründe haben können (einschließlich makroökonomischer und idiosynkratischer Treiber). Strategisches Risiko ist hierbei als ein Teil des gesamten Geschäftsrisikos definiert.

Das wesentliche Ziel des Strategischen Risiko-Managements besteht in der Stärkung der Gewinnverlässlichkeit der Bank, sowie dem Schutz vor unangemessener Gewinnvolatilität, um die übergeordneten Risikoappetitziele (insbesondere Core Tier-1 und Leverage Ratio) zu unterstützen. Wir wollen dies durch die Identifizierung, Beurteilung, Limitierung, Mitigation und Überwachung von wesentlichen strategischen Risiken erreichen.

Aktuell wird die Modellierung und quantitative Messung strategischer Risiken hauptsächlich durch unser internes System des ökonomischen Kapitals (EC) abgedeckt. Wir werden im Jahr 2016 ein umfassendes Rahmenwerk zur Steuerung strategischer Risiken implementieren.

Reputationsrisiko-Management

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir das Reputationsrisiko als das Risiko möglicher Schäden an der Marke und den Ruf der Deutsche Bank und das damit verbundene Risiko beziehungsweise die Auswirkung auf unsere Erträge, Kapital oder Liquidität, welche durch Assoziation, Tätigkeit oder Untätigkeit entsteht, wenn diese von den Betroffenen wahrgenommen werden könnten als unangemessen, unmoralisch oder nicht mit Werte und Überzeugungen der Deutsche Bank vereinbar.

Unsere Reputationsrisiko wird durch das Reputationsrisiko-Rahmenwerk geregelt. Das Rahmenwerk wurde implementiert um einheitliche Standards für die Identifikation, Bewertung und Steuerung von Reputationsrisiko bereitzustellen. Auch wenn jeder Mitarbeiter die Verantwortung hat den Ruf der Deutsche Bank zu schützen, liegt die Hauptverantwortung für die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und, falls erforderlich, Berichterstattung von Angelegenheiten des Reputationsrisikos bei unseren Geschäftsbereiche. Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, im Rahmen seiner/ihrer Tätigkeit wachsam zu sein, um jegliche mögliche Ursachen für das Reputationsrisiko zu erkennen und diese gemäß dem Rahmenwerk zu adressieren.

Wenn ein potenzielles Reputationsrisiko erkannt wird, ist es erforderlich dieses zu melden, damit weitere Schritte gemäß dem für den Geschäftsbereich geltenden Reputationsrisikobewertungsprozess getroffen werden. Für den Fall, dass eine Angelegenheit, ein materielles Reputationsrisiko trägt oder eine der obligatorischen Überweiskriterien zutrifft, muss sie an eine der vier Regionalen Reputationsrisikokomitees (RRRCs) zur weiteren Überprüfung gemeldet werden als die „zweite Linie von Verteidigung“. Die RRRCs sind Unterausschüsse des Group Reputational Risk Committee (GRRC) und sind verantwortlich für die Überwachung, Steuerung und Koordination des Managements von Reputationsrisiken in ihren jeweiligen Regionen der Deutsche Bank im Namen des Vorstands. In Ausnahmefällen können Reputationsrisiko-Angelegenheiten auch durch die RRRCs an das GRRC weitergereicht werden.

Die Modellierung und quantitative Messung für Reputationsrisiko findet implizit Berücksichtigung in unseren ökonomischen Kapitalmodell, da das Risiko im Wesentlichen durch das ökonomische Kapital für operationellen und strategischen Risiken mit abgedeckt wird.

Modellrisiko

Modellrisiko ist das Risiko möglicher nachteiliger Folgen von Entscheidungen, die auf der Grundlage von unangemessenen, falschen oder falsch verwendeten Modellen getroffen werden. In diesem Zusammenhang ist ein Modell definiert als eine quantitative Methode, ein System, oder ein Ansatz in Verbindung mit statistischen, wirtschaftlichen, finanziellen oder mathematischen Theorien, Techniken und Annahmen zur Verarbeitung von Daten, die in quantitative Schätzungen einfließen sollen.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2014 eine neue Abteilung gegründet, welche alle Modellrisikoaktivitäten der Bank in einer unabhängigen Einheit zusammenfasst:

- Modellvalidierung stellt eine unabhängige Validierung der methodischen Aspekte der Modelle sicher. Die wesentlichen Ziele der Modellvalidierung beinhalten die Überprüfung der Angemessenheit der Resultate, die Überprüfung der sachgerechten Anwendung und des Zwecks des Modells, die logische und konzeptionelle Fundierung der Modelle sowie die Angemessenheit und Korrektheit der Implementierung;
- Modellrisikoüberwachung unterstützt die Etablierung eines prozessübergreifenden Rahmenwerks für das Modellrisikomanagement und umfasst übergreifende Standards für Modellentwicklung, -nutzung und -validierung, Identifizierung und Behebung von Problemen und Inkonsistenzen in der Modellierung sowie die Pflege einer konzernweiten Modellinventur; und
- die wesentlichen hochrangigen Komitees, um Modellrisiken zu adressieren, sind das Group Model Risk Management Committee („GMRMC“) und das Pricing Model Risk Management Committee („PMRMC“). Beide sind Subkomitees des CaR und handeln im Auftrag des Vorstands. Das PMRMC ist verantwortlich für das Management und die Überwachung von Modellrisiken der Bewertungsmodelle (Bewertungsmodelle und Risikomanagementmodelle der Geschäftsbereiche für Handelspositionen). Das GMRMC ist verantwortlich für das Management und die Überwachung von Modellrisiken der Risiko- und Kapitalmodelle.

Die Modellierung und quantitative Messung für Modellrisiko findet implizit Berücksichtigung in unseren ökonomischen Kapitalmodell, da das Risiko im Wesentlichen durch das ökonomische Kapital für operationellen und strategischen Risiken mit abgedeckt wird.

Compliance-Risikomanagement

Das Compliance-Risiko wird definiert als das aktuelle oder potenzielle Risiko für Erträge und Kapital infolge von Verstößen gegen Gesetze, Regelungen, Vorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebene Praktiken oder ethische Standards beziehungsweise infolge von deren Nichteinhaltung. Dadurch kann es zu Geldstrafen, Schäden und/oder der Annullierung von Verträgen sowie zur Schädigung des Rufs eines Unternehmens kommen.

Compliance ergreift zur Steuerung dieses Risikos folgende Maßnahmen:

- Identifizierung wesentlicher Regelungen und Vorschriften, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens der Bank führen könnte (gemeinsam mit den Geschäftsbereichen, Infrastrukturfunktionen oder dem Regional Management der Deutschen Bank);
- Beratung und Unterstützung des Vorstands bei der Einhaltung wesentlicher Regelungen und Vorschriften sowie bei der Einführung effizienter Verfahren zur Umsetzung anwendbarer, wesentlicher Regelungen und Vorschriften und der Einrichtung der erforderlichen Kontrollen;
- Überwachung der angemessenen und wirksamen Umsetzung neuer oder angepasster wesentlicher Regelungen und Vorschriften durch die Geschäftsbereiche, Infrastrukturfunktionen oder das Regional Management der Deutschen Bank, einschließlich möglicher Pläne für die Implementierung angemessener Kontrollen. Compliance ist nicht ausdrücklich dazu angehalten, eigene Überwachungsprogramme vorzuhalten, hat jedoch das Recht, Überwachungsaktivitäten durchzuführen;

- Bewertung der angemessenen und wirksamen Umsetzung aller bestehenden wesentlichen Regelungen und Vorschriften durch die Geschäftsbereiche, Infrastrukturfunktionen oder das Regional Management der Deutschen Bank sowie der Einrichtung einer entsprechenden Kontrollumgebung; und
- Mindestens einmal jährlich sowie auf Ad-hoc-Basis Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Modellierung und quantitative Messung für Compliance-Risiko findet implizit Berücksichtigung in unseren ökonomischen Kapitalmodell, da das Risiko im Wesentlichen durch das ökonomische Kapital für operationellen und strategischen Risiken mit abgedeckt wird.

Versicherungsrisiko

Unser Versicherungsrisiko entsteht durch die Abbey Life Assurance Company Limited sowie unseren Verpflichtungen aus der leistungsorientierten Versorgungszusage. Es gibt auch ein versicherungsbezogenes Risiko innerhalb des Pensions & Insurance Risk Markets-Geschäfts. Im Rahmen unseres Risikomanagements betrachten wir versicherungsbezogene Risiken in erster Linie als Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten, welche als materiell eingestuft wurden. Wir überwachen die Annahmen, die der Berechnung dieses Risikos zugrunde liegen, regelmäßig und treffen gegebenenfalls risikomindernde Maßnahmen wie Rückversicherungen. Wir sind insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- Langlebigerisiko – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch auf zukünftige Rentenzahlungen auswirkt.
- Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche infolge von Todesfällen oder Berufsunfähigkeit höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden.
- Kostenrisiko – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten verursacht als erwartet.
- Bestandsrisiko – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist.

Sofern die Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zur Erhöhung des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Risikokonzentration und Diversifikation

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen beschreiben eine Häufung gleicher oder ähnlicher Risikotreiber innerhalb spezifischer Risikoarten (d.h. Intra-Risikokonzentrationen in Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken) sowie unterschiedliche Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diese können innerhalb von Kontrahenten, Geschäftsbereichen, Regionen/Ländern, Branchen und Produkten sowie darüber hinaus auftreten. Das Management von Risikokonzentrationen ist Bestandteil der Steuerung einzelner Risikoarten und wird regelmäßig überwacht. Das Hauptziel des Managements von Risikokonzentrationen besteht darin, übermäßige Konzentrationen in unserem Portfolio zu vermeiden, was durch einen quantitativen und qualitativen Ansatz erreicht und im Folgenden dargestellt wird:

- Intra-Risikokonzentrationen werden durch die jeweiligen Risiko-Disziplinen (Kredit-, Markt-, operationelles Risikomanagement und andere Risiko-Disziplinen) beurteilt, überwacht und gemindert. Dies wird durch die Festlegung von Limiten auf verschiedenen Ebenen entsprechend der Risikoart unterstützt.
- Inter-Risikokonzentrationen werden über quantitative deduktive Belastungstests und qualitative induktive Bewertungen gesteuert, mit denen Risikothemen unabhängig von der Risikoart ermittelt und bewertet werden. Dies ermöglicht eine ganzheitliche Sicht auf die Bank.

Das Portfolio Risk Committee (PRC), ein Unterausschuss des Capital and Risk Committee (CaR) und des Risk Executive Committee (Risiko ExCo), war im Gesamtjahr 2015 das höchste Gremium für die Überwachung der Konzentrationsrisiken.

Diversifikationseffekt aus verschiedenen Risikoarten

Bei diesem Ansatz werden bei der Ermittlung des Ökonomischen Kapitals die Diversifizierungseffekte zwischen Kredit-, Markt-, operationellen und strategische Risiken quantifiziert. Bis zu dem Maße, dass Korrelationen zwischen diesen Risikoarten unter den Wert 1,0 fallen, resultiert ein positiver Diversifikationseffekt. Mit der Berechnung der Effekte der Diversifizierung nach Risikoarten wird sichergestellt, dass die Werte des Ökonomischen Kapitals der einzelnen Risikoarten auf ökonomisch sinnvolle Weise aggregiert werden.

Materielles Risiko und Kapitalperformance

Kapital und Leverage Ratio

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen CRR/CRD 4 Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren. Hierzu gehören Regeln, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesen Fällen geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln gemindert werden.

Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsgruppe gemäß CRR und deutschem Kreditwesengesetz (KWG). Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Unsere Versicherungsgesellschaften werden in eine zusätzliche, für Finanzkonglomerate geltende Berechnung der Kapitaladäquanz nach der deutschen Finanzkonglomerate-Solvabilitätsverordnung (auch „Solvabilitätsspanne“) einbezogen. Unsere Solvabilitätsspanne als Finanzkonglomerat wird weiterhin von unseren Bankaktivitäten dominiert.

Das gesamte aufsichtsrechtliche Eigenkapital nach den per Jahresende 2015 geltenden Regelungen besteht aus Kernkapital und Ergänzungskapital (T2). Das Kernkapital setzt sich aus dem Harten Kernkapital (CET 1) und dem Zusätzlichen Kernkapital (AT1) zusammen.

Das Harte Kernkapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital (vermindert um eigene Anteile) einschließlich Kapitalrücklagen, den Gewinnrücklagen (inklusive Verluste des laufenden Geschäftsjahres, sofern vorhanden) sowie der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung und berücksichtigt aufsichtsrechtliche Anpassungen (das heißt prudenzielle Filter und Abzüge). Prudenzielle Filter für das Harte Kernkapital gemäß Artikel 32 bis 35 CRR umfassen (i) Eigenkapitalerhöhungen aus verbrieften Vermögenswerten, (ii) Geschäfte zur Absicherung von

Zahlungsströmen und Wertveränderungen eigener Verbindlichkeiten und (iii) zusätzliche Bewertungsanpassungen. Abzüge vom Harten Kernkapital umfassen (i) immaterielle Vermögenswerte, (ii) von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, (iii) negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge (iv) Netto-Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds, (v) Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche, an denen das Institut eine Überkreuzbeteiligung hält und (vi) wesentliche und nicht-wesentliche Beteiligungen am Kapital (CET 1, AT1, T2) von Unternehmen in der Finanzbranche oberhalb bestimmter Schwellenwerte. Alle nicht abgezogenen Positionen (d.h. Beträge unter dem Schwellenwert) werden risikogewichtet.

Das Zusätzliche Kernkapital besteht aus den Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals und den damit verbundenen Agiobeträgen sowie den Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Zusätzliche Kernkapital qualifizieren sowie, während der Übergangsphase, unter Bestandsschutz stehende Instrumente, die gemäß zuvor geltendem Regelwerk anrechenbar waren. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Zusätzliches Kernkapital unter CRR/CRD 4 zu erfüllen, müssen die Instrumente verlusttragende Eigenschaften aufweisen, um durch Umwandlung in Stammaktien oder eine Abschreibungsregelung Verluste bei einem Auslöseereignis auffangen zu können und weitere verlusttragende Eigenschaften vorweisen (zeitlich unbefristet und nicht mit einem Tilgungsanreiz ausgestattet, jederzeitige volle Verfügungsfreiheit über die Dividenden-/Kuponzahlungen, etc.).

Das Ergänzungskapital besteht aus den anrechenbaren Kapitalinstrumenten mit den damit verbundenen Agiobeträgen und nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, bestimmten Wertberichtigungen und den Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Ergänzungskapital qualifizieren. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Ergänzungskapitalinstrument oder nachrangige Verbindlichkeit zu erfüllen, muss die Ursprungslaufzeit mindestens fünf Jahre betragen. Darüber hinaus sind anrechenbare Kapitalinstrumente unter anderem nicht auszustatten mit einem Tilgungsanreiz, einem Recht des Investors, Zahlungen zu beschleunigen, oder einem kreditsensitiven Dividendenmerkmal.

Für Kapitalinstrumente, die unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung nicht mehr als Zusätzliches Kernkapital oder als Ergänzungskapital anerkannt werden, gelten Bestandsschutzregelungen während der Übergangsphase. Diese Instrumente unterliegen einem schrittweisen Auslaufen zwischen 2013 und 2022 mit einer Anerkennungsobergrenze von 70 % in 2015 und einer sinkenden Obergrenze von 10 % pro Jahr.

Kapitalinstrumente

Die ordentliche Hauptversammlung 2014 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis Ende April 2019 bis zu 101,9 Millionen Aktien zurückzukaufen. Davon können 51,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen der Hauptversammlung 2013. Wir haben die Genehmigung der BaFin für die Ausübung dieser Genehmigungen – wie unter CRR/CRD 4 vorgesehen – erhalten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2014 bis zur Hauptversammlung 2015 (21. Mai 2015) haben wir 25,6 Millionen Aktien zurückgekauft. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, sodass sich der Bestand an zurückgekauften und in Treasury geführten Eigenen Aktien zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2015 auf 0,2 Millionen belief.

Unser Vorstand erhielt von der Hauptversammlung 2015 die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2020 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Wir haben von der BaFin die Genehmigung für Aktienrückkäufe im Jahr 2015 gemäß der neuen CRR/CRD 4-Regeln erhalten. Während des Zeitraums ab der Hauptversammlung 2015 bis zum 31. Dezember 2015 wurden 20,7 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 4,7 Millionen Aktien durch die Ausübung von Call Optionen. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet. Zum 31. Dezember 2015 betrug der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury 0,3 Millionen. Für das Jahr 2016 haben wir von der EZB gemäß der neuen CRR/CRD 4-Regeln die Genehmigung für Aktienrückkäufe in der Höhe von bis zu 28 Millionen Aktien erhalten.

Bis zur Hauptversammlung 2015 betrug der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 257 Mio € (100 Millionen Aktien). Das verfügbare bedingte Kapital belief sich auf 486 Mio € (190 Millionen

Aktien). Darüber hinaus hat die Hauptversammlung 2014 die Begebung von Genussscheinen als Zusätzliches Tier-1-Kapital genehmigt.

Neues genehmigtes Kapital in Höhe von 1.760 Mio € (688 Millionen Aktien), welches alte Genehmigungen ersetzt, wurde von der Hauptversammlung 2015 bewilligt und im Handelsregister eingetragen. Das verfügbare bedingte Kapital bleibt unverändert bei 486 Mio € (190 Millionen Aktien).

Die weiteren, ehemals emittierten hybriden Tier-1-Kapitalinstrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht mehr anerkannt – hauptsächlich, da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase größtenteils als Zusätzliches Tier-1-Kapital und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln als Tier-2-Kapital anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkennbare Betrag an Zusätzlichen Tier-1-Instrumenten ausgehend von Basel 2.5-konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 31. Dezember 2015 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichen Tier-1-Instrumenten in Höhe von 11,1 Mrd € (4,6 Mrd € der neu begebenen Zusätzlichen Tier-1-Anleihen sowie die noch übergangsweise anrechenbaren hybriden Tier-1-Instrumente von 6,5 Mrd €). In 2015 wurden acht hybride Tier-1-Kapitalinstrumente mit einem Nominalbetrag von 4,7 Mrd € und einem anrechenbaren Betrag von 4,4 Mrd € gekündigt. 5,9 Mrd € ehemals emittierter hybrider Tier-1-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Tier-2 angerechnet werden.

Am 17. Februar 2015 haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier 2-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 1,25 Mrd € begeben, die als Ergänzungskapital anrechenbar sind. Die Anleihen zahlen einen Zins von 2,75 %, haben eine Stückelung von € 1.000 und werden am 17. Februar 2025 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des Securities Act von 1993, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Am 1. April 2015 haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier-2-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 1,50 Mrd US-\$ begeben, die als Ergänzungskapital anrechenbar sind. Die Anleihen werden mit 4,50 % verzinst, haben eine Stückelung von 200.000 US-\$ sowie darüber hinausgehende ganze Vielfache von 1.000 US-\$ und werden am 1. April 2025 fällig. Sie wurden in Transaktionen nach Maßgabe der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933 emittiert.

Weiterhin haben wir am 10. April 2015 neue kündbare, festverzinsliche, nachrangige Tier-2-Anleihen mit einmaliger Zinsrücksetzung in Höhe eines Nominalvolumens von 1,41 Mrd CNY begeben, die als Ergänzungskapital anrechenbar sind. Die Anleihen haben eine Stückelung von 1.000.000 CNY und werden am 10. April 2025 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert, waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933 in seiner geänderten Fassung und wurden in den USA weder angeboten noch verkauft.

Die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase anerkannt sind, belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 6,6 Mrd €. Es gab zum 31. Dezember 2015 keine ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente mehr, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase noch als Ergänzungskapital anerkannt werden. Der Nominalbetrag der Ergänzungskapital-Instrumente belief sich auf 8,0 Mrd €. Vier Ergänzungskapital-Instrumente mit einem Nominalbetrag von 0,7 Mrd € und einem anrechenbaren Betrag von 0,2 Mrd € wurden 2015 gekündigt.

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Die für den Konzern geltende Mindestanforderung an das Harte Kernkapital hat sich von 4 % der risikogewichteten Aktiva (RWA) im Jahr 2014 auf 4,5 % der RWA vom Jahr 2015 an erhöht. Um die vollständige Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8 % zu erfüllen, kann von 2015 an auf bis zu 1,5 % Zusätzliches Kernkapital und bis zu 2 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Maßnahmen der Aufsichtsbehörden nach sich ziehen, wie beispielsweise die Beschränkung von Dividendenzahlungen oder von bestimmten Geschäftsaktivitäten wie Kreditvergaben. Wir haben in 2015 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten. Für unsere Tochterunternehmen, die wegen ihrer Immaterialität nicht in unseren aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogen wurden, bestanden 2015 keine eigenen aufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalvorgaben.

Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen werden die folgenden Kapitalpuffer schrittweise von 2016 bis zur Vollumsetzung in 2019 eingeführt (abgesehen von dem systemischen Risikopuffer, sofern dieser verlangt sein sollte, welcher keiner schrittweisen Einführung unterliegt). Die Kapitalpufferanforderungen sind zusätzlich zu den Mindestkapitalanforderungen zu erfüllen, es besteht jedoch die Möglichkeit, diese in Stresszeiten abzubauen.

Im März 2015 wurde die Deutsche Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank als global systemrelevantes Institut („Global Systemically Important Institution“, G-SII) eingestuft, was zu einer G-SII Kapitalpufferanforderung von 2 % Hartem Kernkapital der RWA in 2019 führt. Dies steht im Einklang mit der vom Financial Stability Board (FSB) getroffenen Beurteilung der Systemrelevanz auf der Grundlage der Indikatoren, welche im Jahr 2014 veröffentlicht wurden. Diese zusätzliche Kapitalpufferanforderung von 2 % für G-SIIs wird auf Basis einer Übergangsregelung ab 2016 mit jährlich 0,5 % eingeführt. Wir werden weiterhin unsere Kennzahlen auf unserer Webseite veröffentlichen.

Der Kapitalerhaltungspuffer gemäß 10c KWG, welcher die Umsetzung des Artikels 129 CRD 4 widerspiegelt, beläuft sich auf 2,5 % Hartes Kernkapital der RWA. Die zusätzliche Kapitalpufferanforderung von 2,5 % wird ab 2016 in Schritten von 0,625 % eingeführt.

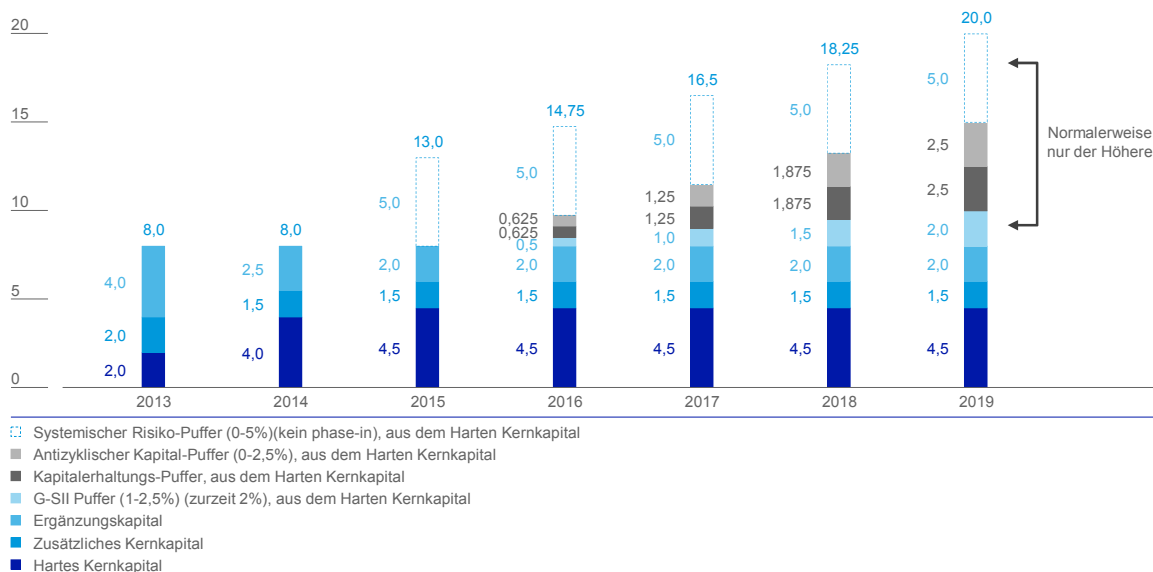
Der antizyklische Kapitalpuffer wird angewendet, wenn exzessives Kreditwachstum zu einer Erhöhung des systemweiten Risikos in einer Volkswirtschaft führt. Er kann zwischen 0 und 2,5 % Hartes Kernkapital der RWA im Jahr 2019 variieren. In gegebenen Sonderfällen kann er 2,5 % auch überschreiten. Der institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer für die Deutsche Bank berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpuffer jener Länder, in denen unsere relevanten kreditbezogenen Positionswerte getätigt wurden. Für die Deutsche Bank war in 2015 kein institutsspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer anzuwenden. Erwartungsgemäß wird der antizyklische Kapitalpuffer in 2016 eine unwesentliche Größenordnung haben.

Zusätzlich zu den zuvor erwähnten Kapitalpuffern können nationale Regulatoren, wie die BaFin, einen systemischen Risikopuffer verlangen, um langanhaltende, nicht-zyklische systemische oder makro-prudenzielle Risiken zu vermeiden und zu entschärfen. Sie können bis zu 5 % Hartes Kernkapital der RWA als zusätzlichen Puffer verlangen. Es ist zu beachten, dass, abgesehen von gewissen Ausnahmen, nur die höhere Anforderung aus entweder dem systemischen Risikopuffer oder dem G-SII-Puffer umgesetzt werden muss. Zum Jahresende 2015 war der systemische Risikopuffer nicht relevant für die Deutsche Bank.

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die verschiedenen Mindestkapital- und Kapitalpufferanforderungen:

Übersicht Mindestkapitalanforderungen und Kapitalpuffer

Kapitalanforderungen in % von RWA



Ferner kann die Europäische Zentralbank (EZB) gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind. Am 20. Februar 2015 hat uns die EZB mitgeteilt, dass wir verpflichtet sind, künftig eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 10,00 % (basierend auf den Übergangsregelungen) aufrechtzuerhalten. Am 4. Dezember 2015 hat die EZB der Deutschen Bank mitgeteilt, dass der Konzern verpflichtet ist, eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 10,25 % basierend auf den gemäß CRR/CRD 4 anzuwendenden Übergangsregelungen zu jeder Zeit aufrechtzuerhalten. Diese Anforderung umfasst den Kapitalerhaltungspuffer, jedoch keinen der anderen Puffer (zum Beispiel den G-SII Puffer).

In Folge dessen beliefen sich im Dezember 2015 unsere SREP CET 1 Kapitalanforderungen auf 10,25 %. Bei Berücksichtigung des G-SII Kapitalpuffers gemäß Übergangsvorschriften und ohne Einbeziehung des antizyklischen Kapitalpuffers erhöhen sich unsere SREP CET 1 Kapitalanforderungen in 2016 auf 10,75 %.

Entwicklung des regulatorischen Kapitals

Unser Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 betrug per 31. Dezember 2015 58,2 Mrd €, bestehend aus Hartem Kernkapital (CET 1) in Höhe von 52,4 Mrd € und Zusätzlichem Kernkapital (AT1) in Höhe von € 5,8 Mrd. Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war damit 5,7 Mrd € geringer als am Jahresende 2014. Diese Entwicklung war überwiegend auf einen Rückgang des Harten Kernkapitals um 7,7 Mrd € seit Jahresende 2014 zurückzuführen. Das Zusätzliche Kernkapital erhöhte sich hingegen in derselben Periode um 2,0 Mrd €.

Der Rückgang um 7,7 Mrd € im Harten Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 ergab sich vorwiegend aus dem den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren negativen Konzernergebnis in 2015 in Höhe von 6,8 Mrd €. Die 5,8 Mrd € des negativen Konzernergebnisses, welche aus den Wertberichtigungen von Firmenwerten und anderen immateriellen Vermögenswerten im dritten Quartal 2015 stammten, waren in ihrer Auswirkung auf das aufsichtsrechtliche Kapital gemäß Übergangsbestimmungen in dem Maße neutral, in dem sie bereits vor den Wertberichtigungen vom Harten und Zusätzlichem Kernkapital abgezogen waren. Die Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB verlangt die Anrechnung des negativen Konzernergebnisses im Harten Kernkapital per Jahresende. Die von der Deutschen Bank überarbeitete Dividendenrichtlinie bezieht sich auf die Entscheidung der EZB, sofern der Vorstand für

das entsprechende Jahr keine geänderte Ausschüttungshöhe entscheidet und diese offiziell bekanntgibt. Nach der offiziellen Ankündigung in 2015, keine Dividende an die Deutsche Bank-Aktionäre auszuzahlen, wurde folglich auch keine Dividendenabgrenzung für 2015 vorgenommen. Zudem war der Rückgang des Harten Kernkapitals auch das Ergebnis der erstmaligen Berücksichtigung von Zusätzlichen Bewertungsanpassungen (basierend auf dem technischen Regulierungsstandard der EBA zur vorsichtigen Bewertung) zum 30. September 2015. Zum 31. Dezember 2015 betragen die Zusätzlichen Bewertungsanpassungen 1,9 Mrd €. Der Effekt auf das Harte Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 wurde durch die damit verbundene Reduzierung des Fehlbetrages zwischen Wertberechtigungen und erwartetem Verlust zum Teil gemildert. Die Abzüge latenter Steueransprüche stiegen um 1,0 Mrd € in 2015. Dieser Anstieg ergab sich vorwiegend aus höheren latenten Steueransprüchen aufgrund des negativen Konzernergebnisses als auch aus Schwellenwerteffekten im Rahmen der 10/15 % Regel. Insgesamt erhöhten sich die aufsichtsrechtlichen Anpassungen aufgrund der höheren Phase-in Rate von 40 % in 2015 im Vergleich zu 20 % in 2014. Anpassungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 2,0 Mrd € sowie weitere Wechselkurseffekte beeinflussten das Harte Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 in 2015 positiv.

Der Anstieg im Zusätzlichen Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 um 2,0 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus verringerten aufsichtsrechtlichen Anpassungen (5,5 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2014, auch aufgrund der Wertberichtigungen von Firmenwerten und anderen immateriellen Vermögenswerten), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichen Kernkapital während der Übergangsphase abgesetzt werden. Diese Abzüge stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen vom Harten Kernkapital dar, die bei der Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen werden dürfen. Die Phase-in Rate für diese Abzüge im Harten Kernkapital erhöhte sich auf 40 % in 2015 (20 % in 2014) und verringerte sich entsprechend auf Ebene des AT1-Kapitals auf 60 % in 2015 (80 % in 2014). Die geringeren aufsichtsrechtlichen Anpassungen im AT1-Kapital überstiegen den Effekt aus dem Rückgang in unseren Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals gemäß CRR/CRD 4 in Höhe von 3,5 Mrd € (im Vergleich zum 31. Dezember 2014), der im Wesentlichen verursacht war durch unsere Kündigungen von ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumenten.

Unser Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 48,7 Mrd € zum 31. Dezember 2015, im Vergleich zu 50,7 Mrd € zum Jahresende 2014. Unser Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 44,1 Mrd € zum 31. Dezember 2015, verglichen mit 46,1 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Unser Zusätzliches Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 4,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015, nahezu unverändert im Vergleich zum Jahresende 2014.

Der Rückgang unseres Harten Kernkapitals gemäß Vollumsetzung um 2,0 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2014 war darauf zurückzuführen, dass die negativen Auswirkungen (negatives Konzernergebnis in Höhe von 6,8 Mrd €, erstmaliger Abzug von Zusätzlichen Bewertungsanpassungen in Höhe von 1,9 Mrd €) zum Teil durch positive Gegenwirkungen kompensiert wurden. Diese bestanden vorwiegend in wertberichtigungsbedingt niedrigeren Abzügen von Firmenwerten sowie sonstigen immateriellen Vermögenswerten (um 4,5 Mrd € niedrigerer Abzug im Vergleich zum Jahresende 2014) sowie einem verringerten Abzug des Fehlbetrages zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust (0,6 Mrd € niedrigerer Abzug im Vergleich zum Jahresende 2014 als Folge der vorsichtigen Bewertung). Darüber hinaus ergab sich ein positiver Effekt aus Fremdwährungsschwankungen seit dem Jahresende 2014.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	37.088	37.088	37.144	37.144
Gewinnrücklagen	27.607	27.607	26.509	26.509
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	4.096	4.281	1.617	1.923
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	- 7.025	- 7.025	481	481
Sonstige	0	92	0	118
Hartes Kernkapital (CET 1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	61.766	62.042	65.750	66.175
Hartes Kernkapital (CET 1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	- 1.877	- 1.877	0	0
Sonstige prudenzielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	- 622	- 330	- 725	- 391
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	- 8.439	- 3.376	- 12.979	- 2.596
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	- 3.310	- 1.324	- 2.620	- 524
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	- 106	- 58	- 712	- 147
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	- 1.173	- 469	- 961	- 192
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Harten Kernkapitals (negativer Betrag)	- 76	- 39	- 54	- 11
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 15 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	- 818	- 278	- 499	- 84
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (Betrag liegt über der 15 %-Schwelle) (negativer Betrag)	- 953	- 324	- 778	- 133
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	- 291	- 1.537	- 345	- 1.994
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	- 17.665	- 9.613	- 19.674	- 6.072
Hartes Kernkapital (CET 1)	44.101	52.429	46.076	60.103
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	4.676	4.676	4.676	4.676
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/A	6.482	N/A	10.021
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	11.157	4.676	14.696
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	- 125	- 48	- 57	- 57
Vom Zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	- 5.316	N/A	- 10.845
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	- 125	- 5.365	- 57	- 10.902
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	4.551	5.793	4.619	3.794
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	48.651	58.222	50.695	63.898
Ergänzungskapital (T2)	12.325	6.299	12.376	4.395
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	60.976	64.522	63.072	68.293
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	396.714	397.382	393.969	396.648
Kapitalquoten				
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,1	13,2	11,7	15,2
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,3	14,7	12,9	16,1
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,4	16,2	16,0	17,2

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4
Eigenkapital per Bilanzausweis	62.678	68.351
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	- 681	- 1.419
Davon:		
Kapitalrücklage	- 5	- 5
Gewinnrücklage	- 369	- 1.107
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	- 307	- 306
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	61.997	66.932
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	92	118
Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons	- 231	- 1.182
Umkehreffekt der Dekonsolidierung/Konsolidierung der Position Kumulierten sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, während der Übergangsphase	184	306
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	62.042	66.175
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	- 1.877	0
Sonstige prudenzielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	- 330	- 391
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	- 1.246	- 1.648
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	- 3.376	- 2.596
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	- 1.648	- 657
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	- 469	- 192
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	- 278	- 84
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	- 389	- 503
Hartes Kernkapital	52.429	60.103

Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

in Mio €	CRR/CRD4	
	31.12.2015	31.12.2014
Hartes Kernkapital – Anfangsbestand	60.103	38.534
Stammaktien, Nettoeffekt	0	921
Kapitalrücklage	- 53	7.429
Gewinnrücklagen	- 6.097	1.077
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten, Nettoeffekt/(+) Verkauf (-) Kauf	- 3	6
Entwicklungen der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	2.759	2.947
Abgrenzung für Dividenden und AT 1-Kupons	- 231	- 1.182
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	- 1.877	0
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	- 780	8.870
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	- 800	- 524
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	89	283
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	- 277	- 192
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	- 194	1.505
Verbriefungspositionen, nicht in den risikogewichteten Aktiva enthalten	0	945
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, für die die Bedingungen in Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	- 191	- 133
Sonstiges, inklusive aufsichtsrechtlicher Anpassungen	- 19	- 383
Hartes Kernkapital – Endbestand	52.429	60.103
Zusätzliches Kernkapital – Anfangsbestand	3.794	12.182
Neue, im Zusätzlichen Kernkapital anrechenbare Emissionen	0	0
Fällige und gekündigte Instrumente	- 4.289	- 2.512
Übergangsbestimmungen	5.529	- 11.292
davon:		
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	5.320	- 10.383
Sonstiges, inklusive aufsichtsrechtlicher Anpassungen	759	5.416
Zusätzliches Kernkapital – Endbestand	5.793	3.794
Kernkapital	58.222	63.898
Ergänzungskapital – Endbestand	6.299	4.395
Gesamtkapital	64.522	68.293

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die risikogewichteten Aktiva, aufgeteilt nach Modellansätzen und Geschäftsbereichen. Sie beinhalten die zusammengefassten Effekte aus der segmentbezogenen Reallokation der infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen Geschäftsbereichen.

Im Kreditrisiko werden in der Zeile „Sonstige“ im fortgeschrittenen IRBA überwiegend RWA aus Verbriefungen im Anlagebuch, bestimmte Teilnehmungspositionen und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen gezeigt. Innerhalb des Standardansatzes stellt die Position „Sonstige“ überwiegend RWA aus Verbriefungspositionen des Anlagebuchs sowie Positionen in den weiteren Risikopositionsklassen außerhalb von Zentralstaaten und Zentralbanken, Instituten, Unternehmen und Mengengeschäft dar.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich gemäß Übergangsregelungen

	31.12.2015						
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	89.811	72.171	42.435	12.942	13.028	11.633	242.019
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	- 3.515	536	4.854	376	76	- 2.328	0
Fortgeschrittener IRBA	85.249	61.655	32.253	10.346	7.858	12.862	210.223
Zentralstaaten und Zentralbanken	3.990	45	1.077	1	6	9.500	14.619
Institute	8.497	1.303	3.472	140	382	355	14.149
Unternehmen	59.482	11.369	26.837	3.945	2.944	882	105.459
Mengengeschäft	192	38.910	23	130	725	0	39.980
Sonstige	13.088	10.028	844	6.131	3.801	2.125	36.016
IRB-Basis-Ansatz	2.083	3.076	174	0	0	0	5.333
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	5	0	0	0	0	5
Unternehmen	2.083	3.072	174	0	0	0	5.329
Standardansatz	5.172	6.792	5.154	2.219	5.093	1.099	25.530
Zentralstaaten oder Zentralbanken	24	146	30	2	0	0	202
Institute	539	86	33	11	2	0	671
Unternehmen	2.473	1.441	3.511	1.147	739	573	9.884
Mengengeschäft	6	4.172	239	34	567	0	5.018
Sonstige	2.129	948	1.342	1.027	3.785	525	9.755
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfall- fonds einer ZGP	821	111	0	0	0	0	933
Abwicklungsrisiko	9	0	0	0	0	0	9
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	12.012	434	2	347	3.083	0	15.877
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	11.957	396	2	343	3.082	0	15.780
Standardansatz	55	38	0	4	1	0	97
Marktrisiko	33.795	32	173	1.268	14.286	0	49.553
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	28.776	0	173	373	8.741	0	38.063
Standardansatz	5.019	32	0	895	5.545	0	11.491
Operationelles Risiko ¹	59.503 ¹	7.644	9.456	9.252	4.069	0	89.923
Fortgeschrittener Messansatz	59.503	7.644	9.456	9.252	4.069	0	89.923
Insgesamt	195.130	80.280	52.066	23.808	34.465	11.633	397.382

¹ Die Verschiebungen bei den Geschäftsbereichen ergeben sich aus einer Änderung der Allokationsmethodik im ersten Quartal 2015.

	31.12.2014						
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	83.548	69.584	41.740	7.310	19.280	22.666	244.128
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	-2.200	520	3.327	330	94	-2.071	0
Fortgeschrittener IRBA	77.263	58.786	31.763	3.910	13.062	14.638	199.422
Zentralstaaten und Zentralbanken	3.948	124	1.020	0	74	218	5.385
Institute	8.359	1.538	3.103	73	623	171	13.869
Unternehmen	55.678	9.938	26.916	2.740	5.062	1.199	101.533
Mengengeschäft	121	37.852	30	91	773	0	38.867
Sonstige	9.157	9.334	694	1.006	6.529	13.049	39.769
IRB-Basis-Ansatz	2.079	3.303	107	0	1	0	5.491
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.079	3.303	107	0	1	0	5.490
Standardansatz	4.804	6.884	6.542	3.070	6.122	10.099	37.522
Zentralregierungen oder Zentralbanken	21	63	27	3	0	0	114
Institute	593	124	51	4	3	35	810
Unternehmen	2.841	1.401	4.747	1.111	1.075	584	11.759
Mengengeschäft	7	4.064	422	45	1.141	18	5.697
Sonstige	1.341	1.232	1.296	1.908	3.903	9.462	19.142
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfall- fonds einer ZGP	1.601	90	1	0	1	0	1.693
Abwicklungsrisiko	25	0	0	0	0	1	27
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	16.024	445	7	445	4.019	262	21.203
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	15.953	417	7	443	3.953	1	20.774
Standardansatz	71	28	0	2	66	261	428
Marktrisiko	44.469	92	199	2.483	16.967	0	64.209
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	31.439	0	199	1.339	8.625	0	41.602
Standardansatz	13.029	92	0	1.144	8.342	0	22.607
Operationelles Risiko	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Fortgeschrittener Messansatz	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Insgesamt	175.578	79.725	43.268	16.607	58.541	22.929	396.648

Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen 397,4 Mrd € zum 31. Dezember 2015 verglichen mit 396,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Der Anstieg von 0,8 Mrd € resultierte größtenteils aus einem Anstieg der RWA aus dem operationellen Risiko von 22,8 Mrd €, die durch Rückgänge in anderen Risikoarten aufgehoben wurden. Der Anstieg der RWA des operationellen Risikos ergibt sich durch die Berücksichtigung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der kompletten Branche. Die RWA aus dem Kreditrisiko verringerten sich um 2,1 Mrd €, hauptsächlich aufgrund einer geänderten Behandlung des Pensionfondvermögens als auch von weniger risikobehafteten Geschäften, was teilweise durch Fremdwährungseffekte aufgehoben wurde. Die geringeren RWA im Marktrisiko sind auf zurückgegangenes Risikovolumen im Standardansatz bei Verbriefungspositionen zurückzuführen. Der RWA-Rückgang für CVA von 5,3 Mrd € ist hauptsächlich bedingt durch Reduzierungen risikobehafteter Engagements und Absicherungsgeschäften.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung beliefen sich auf 396,7 Mrd € zum 31. Dezember 2015, verglichen mit 394,0 Mrd € zum Jahresende 2014. Der Anstieg resultierte aus den gleichen Bewegungen wie zuvor für die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen beschrieben. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung waren um 668 Mio € geringer als die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen. Der Unterschiedsbetrag kommt aus niedrigeren RWA aus unseren latenten Steueransprüchen, die aus temporären Differenzen resultieren, und unseren signifikanten Beteiligungen an Tier-1-Kernkapital-Instrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, welche beide in die Schwellenwert-Ausnahmeregelung gemäß Artikel 48 CRR einbezogen werden.

Spezifischer haben wir die nachfolgenden Haupttreiber für die RWA beobachtet.

Die RWA für Kreditrisiko gingen um 0,9 % oder 2,1 Mrd € zurück aufgrund von:

- Die Kategorie Portfoliogröße, welche organische Veränderungen in Volumen und Zusammensetzung des Portfolios reflektiert, reduzierte sich um 4,8 Mrd € in 2015, verglichen mit einer Verringerung von 5 Mrd € in 2014. Dieser Rückgang ergab sich in erster Linie aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften hauptsächlich in unserem Kerngeschäft, was die generellen Bemühungen um Risikoabbau widerspiegelt.
- Die Kategorie Methoden und Grundsätze, welche Bewegungen in den RWA aufgrund von externen, regulatorisch getriebenen Änderungen reflektiert, fiel um 3,3 Mrd € in 2015, verglichen mit einem Anstieg von 24 Mrd € in 2014, größtenteils als Ergebnis der geänderten Behandlung unseres leistungsorientierten Pensionsfondsvermögens, teilweise durch geänderte anwendbare Risikogewichte auf Risikopositionen gegenüber Versicherungsunternehmen aufgehoben.
- Die Kategorie Portfolioqualität, welche Effekte aus Migrationen von Portfolioratings, Verlusthöhen bei Ausfall, Rekalibrierungen von Modellparametern und Aktivitäten zur Sicherheitendeckung reflektiert, fiel um 2,1 Mrd € in 2015, verglichen zu 2,3 Mrd € in 2014, getrieben von verbesserten Risikoprofilen zugrundeliegender Risikopositionen, was teilweise durch Effekte aufgrund Rekalibrierungen von Risikoparametern und Prozessverbesserungen aufgehoben wurde.
- Der Rückgang in der Kategorie „Sonstige“, welche Veränderungen beschreibt, die sich nicht einer der in diesem Abschnitt explizit aufgeführten Kategorien zuordnen lassen, von 2,7 Mrd € in 2015, verglichen mit einem Anstieg von 5,0 Mrd € in 2014, war hauptsächlich bedingt durch Bewegungen, die sich aufgrund der Behandlung unseres leistungsorientierten Pensionsfondsvermögens nach Übergangsregelungen sowie aus der Anwendung der 10/15 %-Schwellenwertregel ergaben.
- Die RWA für Kreditrisiko wurden auch von Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 10,4 Mrd € in 2015, verglichen mit 11,8 Mrd € in 2014, beeinflusst, die vornehmlich aus der Aufwertung des US-Dollars resultierten.

Die RWA für Marktrisiko fielen um 23 % oder 14,7 Mrd € aufgrund von:

- Veränderungen im Risikoniveau, welches Bewegungen in unseren internen Modellen für den Value-at-Risk, den Stress-Value-at-Risk und den inkrementellen Risikoaufschlag sowie Ergebnisse aus dem Marktrisiko-Standardansatz reflektiert, trugen zu 27,7 Mrd € in 2015 bei, verglichen mit einem Rückgang von 10,2 Mrd € in 2014, die sich hauptsächlich aus dem Marktrisiko-Standardansatz, dem Value-at-Risk, dem Stress-Value-at-Risk und dem Inkrementellen Risikoaufschlag ergaben, was in erster Linie den Risikoabbau in Non-Core Operations Unit widerspiegelt, welcher teilweise den Marktrisiko-Standardansatz beeinflusst.
- Entgegenwirkende Effekte in der Kategorie Methoden und Grundsätze, welche Veränderungen in unseren internen Modellen, wie zum Beispiel methodische Verbesserungen, reflektiert, in Höhe von 5,7 Mrd € in 2015, verglichen mit 20,1 Mrd € in 2014, ergaben sich aus dem Ende der Übergangsperiode gemäß Artikel 337 (4) CRR für den Marktrisiko-Standardansatz sowie aus Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen in Höhe von 3,9 Mrd €. Im Endeffekt basiert die Kalkulation nun auf der Summe der gewichteten Net Long Positionen und der Summe der Net Short Positionen anstelle der größeren beider Summen.
- Veränderungen der Marktdaten, die aus Bewegungen in Marktniveaus, -volatilitäten, -korrelationen, -liquidität und -ratings resultierten, ergaben einen Anstieg der RWA für Marktrisiko in Höhe von 3,9 Mrd €, verglichen mit einem Rückgang von 0,7 Mrd € in 2014.
- Die RWA für Marktrisiko wurden auch beeinflusst von Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 1,9 Mrd €, verglichen mit 2,7 Mrd € in 2014, welche sich in erster Linie im Marktrisiko-Standardansatz widerspiegeln.

Die RWA für operationelles Risiko stiegen um 34 % oder 22,8 Mrd € aufgrund von:

- Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern) trugen 24,2 Mrd €, verglichen mit 9,3 Mrd € in 2014, bei, vorrangig aus einer frühzeitigen Berücksichtigung von Modellverbesserungen in unserem fortgeschrittenen Messansatz (verantwortlich für 7,7 Mrd € zusätzliche RWA) sowie weiteren Effekten aus Modelländerungen zur Berücksichtigung hinreichend wahrscheinlicher Verluste aus Rechtsstreitigkeiten und aus externen Fällen mit sich stark auswirkendem operationellen Risiko, welche in unserem AMA Modell reflektiert werden, wie zum Beispiel Belegungen von aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten durch Unternehmen der Finanzbranche. Weitere Effekte aus den Modellanpassungen aufgrund von angemessenen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten werden seit dem dritten Quartal 2014 in der Kategorie Veränderungen des Verlustprofils ausgewiesen.

Die RWA für CVA nahmen um 25 % oder 5,3 Mrd € ab aufgrund von:

- Veränderungen im Risikoniveau, welche Bewegungen in Portfoliovolumen und –zusammensetzung einschließt, führten zu einem Rückgang von 5,2 Mrd €, in erster Linie getrieben durch Risikoreduzierung im Portfolio über das ganze Jahr hinweg und durch die erneute Optimierung der Absicherungsaktivitäten für die RWA aus CVA und der Marktvolatilität.
- Die RWA für CVA wurden auch von Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 1,9 Mrd € beeinflusst, die vornehmlich aus der Aufwertung des US-Dollars resultierten.

Ökonomisches Kapital

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die Definition des Kapitalangebots wurde weiter an die Vorschriften des CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerks angepasst. Zusätzliche Bewertungsanpassung, Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust, Fonds für baupartechnische Absicherung und Eigene Instrumente des Harten Kernkapitals werden jetzt vom Säule 2 Kapitalangebot abgezogen. Der Vorjahresvergleich wurde angepasst.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	31.12.2015	31.12.2014
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	62.678	68.351
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 407	- 544
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 1.173	- 961
Aktive latente Steuern	- 7.762	- 6.865
Zusätzliche Bewertungsanpassung	- 1.877	0
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	- 106	- 712
Fonds baupartechnische Absicherung	- 291	- 345
Eigene Instrumente des Harten Kernkapitals	- 62	- 54
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für zu Krediten umgewidmete Vermögenswerte ³	- 147	0
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁴	0	0
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	11.962	16.158
Tier-2-Kapitalinstrumente	8.016	6.620
Kapitalangebot	70.832	81.648
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	38.442	31.866
Kreditrisiko	13.685	12.885
Marktrisiko	17.436	14.852
Operationelles Risiko	10.243	7.598
Geschäftsrisiko	5.931	3.084
Diversifikationseffekte	- 8.852	- 6.554
Immaterielle Vermögenswerte	10.078	14.951
Kapitalanforderung	48.520	46.817
Interne Kapitaladäquanzquote	146 %	174 %

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzgl. Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁴ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bedeutet, dass unser gesamtes Kapitalangebot die Kapitalanforderung für die Risikopositionen abdecken kann. Diese Quote betrug 146 % zum 31. Dezember 2015 im Vergleich zu 174 % zum 31. Dezember 2014. Die Änderung der Quote resultierte aus dem reduzierten Kapitalangebot und höheren Ökonomischen Kapitalbedarf. Der Rückgang des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 5,7 Mrd € resultierte hauptsächlich aus den Wertminderungen auf die Geschäfts- oder Firmenwerte. Der Rückgang der Hybriden Tier-1-Instrumente um 4,2 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus gekündigten Kapitalinstrumenten. Der Anstieg der Tier-2-Kapitalinstrumente um 1,4 Mrd € reflektiert vornehmlich die Neuemission von Kapitalinstrumenten. Der Anstieg der Kapitalanforderung resultiert aus dem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf (siehe Abschnitt „Risikoprofil“), teilweise kompensiert durch Wertminderungen auf die immateriellen Vermögenswerte (siehe Abschnitt: Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte).

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Verschuldungsquote

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und das Aktivitätsvermögen auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst.

Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen.

Wir berechnen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung gemäß Artikel 429 der CRR (Verordnung Nr. 575/2013), der mit der durch die Europäische Kommission am 10. Oktober 2014 verabschiedeten delegierten Verordnung (EU 2015/62), veröffentlicht am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union, geändert wurde.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote besteht aus den Komponenten Derivaten, Wertpapierfinanzierungsgeschäften, außerbilanzielle Risikopositionen und andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte).

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate wird auf Grundlage der regulatorischen Marktbewertungsmethode für Derivate, die die aktuellen Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines regulatorisch definierten Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert beinhaltet, berechnet. Von Gegenparteien erhaltene variable Barzuschusszahlungen werden von den aktuellen Wiederbeschaffungskosten von Derivaten, an Gegenparteien geleistete variable Barzuschusszahlungen werden von der Gesamtrisikopositionsmessgröße, die sich aus Forderungen ergibt, die als Vermögenswerte bilanziert wurden, abgezogen, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Der effektive Nominalwert für geschriebene Kreditderivate, das heißt der Nominalwert reduziert um alle negativen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die ins Kernkapital eingeflossen sind, ist in die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote eingerechnet. Die sich daraus ergebende Gesamtrisikopositionsmessgröße wird um den effektiven Nominalwert eines gekauften Kreditderivats auf den gleichen Referenznamen reduziert, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte beinhaltet die Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften, die mit Verbindlichkeiten aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften aufgerechnet werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Zusätzlich zu den Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird ein Aufschlag für die Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen in die Gesamtrisikopositionsmessgröße aufgenommen.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für außerbilanzielle Risikopositionen berücksichtigt die Gewichtungsfaktoren (Credit Conversion Factors) aus dem Standardansatz für das Kreditrisiko von 0 %, 20 %, 50 % oder 100 % je nach Risikokategorie, mit einer Untergrenze von 10 %.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) beinhaltet den Bilanzwert der jeweiligen Positionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) sowie aufsichtsrechtlichen Anpassungen für Positionen, die bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals abgezogen wurden.

Die folgenden Tabellen zeigen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote und die Verschuldungsquote, beide auf Basis einer Vollumsetzung:

Summarische Abstimmung zwischen bilanzierten Aktiva und Risikopositionen für die Verschuldungsquote

in Mrd €	31.12.2015	31.12.2014
Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	1.629	1.709
Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	3	-28
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	-263	-276
Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	25	16
Anpassung für außerbilanzielle Posten (d. h. Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	109	127
Sonstige Anpassungen	-107	-103
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.395	1.445

Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2015	31.12.2014
Summe Risikopositionen aus Derivaten	215	318
Summe Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	164	152
Summe außerbilanzielle Risikopositionen	109	127
Sonstige bilanzwirksame Risikopositionen	924	866
Bei der Ermittlung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogene Aktivabeträge	-17	-19
Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung	48,7	50,7
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.395	1.445
Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das Kernkapital (in %)	3,5	3,5

Beschreibung der Einflussfaktoren, die die Verschuldungsquote in 2015 beeinflusst haben

Zum 31. Dezember 2015 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,5 % verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2014, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 48,7 Mrd € im Verhältnis zur anzuwendenden Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.395 Mrd € (50,7 Mrd € sowie 1.445 Mrd € per 31. Dezember 2014).

Im Verlauf des Jahres 2015 konnte durch die aktive Steuerung unserer Gesamtrisikopositionsmessgröße eine Verringerung der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote um 129 Mrd € erreicht werden. Dieser Rückgang wurde durch Währungseffekte in Höhe von 79 Mrd €, die hauptsächlich auf der Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro beruhen, teilweise wieder aufgehoben. Der Verringerung um 50 Mrd € stammt hauptsächlich aus dem Rückgang um 91 Mrd € bei Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Außerbilanziellen Positionen sind 18 Mrd € niedriger, hauptsächlich durch die Anwendung einer durch die EBA geänderten Behandlung von Vermögenswerten aus Pensionsfonds mit Leistungszusage. Dies wurde kompensiert durch Anstiege auf unserer Bilanz bei Barreserven und Zentralbankeinlagen und Einlagen bei Kreditinstituten (26 Mrd €), Forderungen aus dem Kreditgeschäft (22 Mrd €) und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (9 Mrd €).

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 24 zum 31. Dezember 2015, verglichen mit 23 zum 31. Dezember 2014.

Für die zentralen Treiber der Kernkapital Entwicklung verweisen wir auf den Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ dieses Berichts.

Kreditengagement

Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern resultieren aus dem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft, wozu Kredite und Eventualverbindlichkeiten ebenso zählen wie direkte Handelsaktivitäten mit Kunden in bestimmten Instrumenten einschließlich außerbörslich gehandelter Derivate, wie Devisentermingeschäfte und außerbörsliche Zinstermingeschäfte. Ausfallrisiken entstehen auch im Zusammenhang mit unseren Positionen in Beteiligungen und in gehandelten Kreditprodukten, wie Anleihen.

Wir definieren unser Kreditengagement, indem wir sämtliche Transaktionen berücksichtigen, bei denen Verluste eintreten können, die durch die Nichteinhaltung der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners verursacht werden.

Maximales Kreditrisiko

Die folgenden Tabellen zeigen für die angegebenen Stichtage unser maximales Kreditrisiko vor Berücksichtigung von Sicherheiten und sonstigen Kreditverbesserungen (Aufrechnungen und Absicherungen), die nicht für eine Verrechnung in unserer Bilanz infrage kommen. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Aufrechnungen beinhalten Effekte von rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsvereinbarungen sowie den Ausgleich negativer Marktwerte aus Derivaten durch Barsicherheiten. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Absicherungen beinhalten hauptsächlich Sicherheiten auf Immobilien, Sicherheiten in Form von liquiden Geldbeständen sowie als Sicherheit erhaltene Wertpapiere. Wir berücksichtigen für Absicherungen intern ermittelte Sicherheitsabschläge und begrenzen die Sicherheitenwerte zusätzlich auf die Höhe des jeweils besicherten Kreditengagements.

Maximales Kreditrisiko

31.12.2015

in Mio € ¹	Maximales Kreditrisiko ²	Kreditrisikoreduzierung			
		Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisiko- reduzierung insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen	96.940	0	22	0	22
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	12.842	0	57	13	70
Forderungen aus übertragenen Zentralbank- einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	22.456	0	22.037	0	22.037
Forderungen aus Wertpapierleihen	33.557	0	32.031	0	32.031
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁴	734.449	409.317	152.858	699	562.874
Handelsaktiva	119.991	0	4.615	519	5.134
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	515.594	407.171	69.008	106	476.285
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	98.864	2.146	79.235	74	81.455
davon:					
Forderungen aus Wertpapierpensions- geschäften (Reverse Repos)	51.073	2.146	47.664	0	49.811
Forderungen aus Wertpapierleihen	21.489	0	21.154	0	21.154
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁴	71.368	0	760	0	760
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	432.777	0	207.923	30.188	238.111
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	78.978	58.478	386	365	59.229
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	57.325	0	5.730	8.166	13.897
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	174.549	0	6.973	6.275	13.248
Maximales Kreditrisiko	1.715.241	467.795	428.777	45.707	942.279

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (655.584 Mio €) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate. Barreserven und Zentralbankeinlagen sind in erster Linie Liquiditätsreserven.³ Kreditderivate werden mit den Nominalbeträgen der zugrunde liegenden Positionen dargestellt.⁴ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.⁶ Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

31.12.2014 in Mio € ¹	Maximales Kreditrisiko ²	Kreditrisikoreduzierung			
		Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisiko- reduzierung insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen ⁴	74.482	0	7	0	7
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) ⁴	9.090	0	53	21	74
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.796	0	16.988	0	16.988
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.834	0	24.700	0	24.700
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁵	862.035	522.373	163.576	1.102	687.051
Handelsaktiva	125.130	0	3.537	533	4.070
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	629.958	519.590	76.512	336	596.439
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	106.947	2.782	83.527	233	86.542
davon:					
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	60.473	2.415	58.058	0	60.473 ⁶
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.404	368	19.955	0	20.323 ⁶
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁵	62.038	0	938	0	938
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁷	410.825	0	205.376	28.496	233.872
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	85.061	67.009	768	363	68.140
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁸	62.087	0	6.741	8.723	15.464
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁸	154.446	0	5.958	8.582	14.540
Maximales Kreditrisiko	1.763.695	589.381	425.106	47.287	1.061.774

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (680.699 Mio €) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate. Barreserven und Zentralbankeinlagen sind in erster Linie Liquiditätsreserven.

³ Erworbenere Kreditabsicherungen werden mit den Nominalbeträgen der zugrunde liegenden Positionen dargestellt.

⁴ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und –einschätzungen - Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“ für ausführliche Informationen.

⁵ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁶ Die Vorjahreswerte wurden angepasst um Aufrechnungen in der Summe einzuschließen.

⁷ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁸ Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

Der Rückgang des maximalen Kreditrisikos zum 31. Dezember 2015 war größtenteils durch einen Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 114,4 Mrd € getrieben, der teilweise durch einen Anstieg von Barreserven und Zentralbankeinlagen um 22,5 Mrd €, des Kreditportfolios um 22,0 Mrd €, unwiderruflichen Kreditzusagen und anderen ausleihebezogenen Zusagen um 20,1 Mrd € sowie Wechselkurseffekte in verschiedenen Produkten kompensiert wurde.

In den Handelsaktiva waren zum 31. Dezember 2015 gehandelte festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 103,2 Mrd € (zum 31. Dezember 2014: 107,8 Mrd €) enthalten, die zu mehr als 79 % (zum 31. Dezember 2014: über 80 %) als „Investment-Grade“ eingestuft waren. Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte setzten sich überwiegend aus Schuldtiteln, von denen mehr als 95 % (zum 31. Dezember 2014: mehr als 94 %) als „Investment-Grade“ klassifiziert waren, zusammen.

Zur Kreditrisikominimierung eingesetzte Instrumente werden in drei Kategorien eingeteilt: Aufrechnungen, Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivate. Durch eine konservative Festlegung von Sicherheiten-abschlägen und Nachbesicherungsverpflichtungen (Margin Calls) sowie eine vorsichtige Einschätzung der eingesetzten Sicherungsinstrumente durch Experten wird verhindert, dass Marktentwicklungen zu einem Anstieg unbesicherter Engagements führen. Alle Kategorien werden regelmäßig überwacht und überprüft. Grundsätzlich sind die eingesetzten Instrumente zur Kreditrisikominimierung diversifiziert und von angemessener Qualität. Sie bestehen weitestgehend aus Barmitteln, von Staaten mit hoher Bonitätseinstufung begebenen Staatsanleihen und Garantien von bonitätsmäßig gut eingestuft Banken und Versicherungen. Diese Finanzinstitute sind im Wesentlichen in Westeuropa und den USA angesiedelt. Des Weiteren haben wir für das homogene Konsumentenkreditgeschäft Sicherheitenpools aus sehr liquiden Vermögenswerten und grundpfandrechtlichen Sicherheiten, die generell für Wohnimmobilien und hauptsächlich in Deutschland bestehen.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir leiten unsere Kreditqualität aus internen Bonitätseinstufungen ab und gruppieren die Engagements wie nachstehend gezeigt. Für weitere Details bezüglich interner Bonitätseinstufungen verweisen wir auf Abschnitt „Messung des Kreditrisikos“.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

	31.12.2015						
in Mio € ¹	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen	91.154	2.377	1.918	1.311	68	111	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	4.606	5.450	877	957	18	935	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	3.607	15.590	1.870	1.234	37	118	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	24.306	5.380	1.461	2.361	49	0	33.557
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	287.102	302.873	65.479	59.148	13.177	6.669	734.449
Handelsaktiva	55.319	14.526	15.837	24.971	5.558	3.780	119.991
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	184.183	271.328	36.100	17.265	4.894	1.824	515.594
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	47.601	17.019	13.543	16.912	2.724	1.065	98.864
davon:							
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	15.371	10.120	10.053	13.699	968	863	51.073
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften	17.629	3.819	8	33	0	0	21.489
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	59.157	4.519	2.070	3.404	159	219	69.528
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	52.022	59.376	123.334	136.404	40.348	9.387	420.871
davon:							
Nach IAS 39 zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet	1.672	461	878	627	76	397	4.110
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	30.724	26.465	6.924	13.615	941	308	78.978
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	6.384	15.464	18.283	10.827	4.668	1.700	57.325
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	23.035	46.220	44.603	37.643	21.212	1.834	174.549
Insgesamt	582.099	483.714	266.820	266.904	80.678	21.282	1.701.495

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

	31.12.2014						
in Mio € ¹	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen ²	70.744	1.202	1.694	686	51	105	74.482
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) ²	3.651	4.208	547	618	25	40	9.090
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	854	13.564	1.553	1.414	332	79	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	18.705	5.200	1.114	727	88	0	25.834
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ³	312.470	385.335	81.930	58.678	16.094	7.529	862.036
Handelsaktiva	58.014	15.973	18.230	21.767	7.061	4.085	125.130
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	208.057	348.179	46.675	20.062	5.120	1.865	629.958
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	46.399	21.183	17.025	16.848	3.914	1.578	106.947
davon:							
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.213	13.820	12.432	14.219	1.529	1.259	60.473
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften	17.110	3.266	20	7	0	0	20.404
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ^{3,4}	50.810	3.375	1.782	3.958	194	1.719	61.838
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	47.554	56.865	112.106	130.438	39.181	10.313	396.458
davon:							
Nach IAS 39 zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet	2.109	1.353	1.408	1.051	685	274	6.880
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	13.538	48.714	7.049	13.927	1.105	728	85.061
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	6.281	17.696	20.190	11.640	4.929	1.352	62.087
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	22.938	39.336	40.145	31.492	18.924	1.612	154.446
Insgesamt	547.546	575.494	268.110	253.577	80.924	23.477	1.749.129

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und –einschätzungen - Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“ für ausführliche Informationen“ für ausführliche Informationen.

³ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁴ Beinhaltet überfällige Finanzinstrumente, um Konsistenz mit der Sektion „Qualität von Vermögensgegenständen“ in diesem Bericht sicherzustellen.

⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁶ Beträge

⁶ Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

Der Rückgang des Kreditrisikos um 47,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015 war größtenteils durch einen Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit „Investment-Grade“ Rating getrieben, insbesondere in der besten Ratingkategorie iA, der teilweise durch Wechselkurseffekte in verschiedenen Produkten kompensiert wurde.

Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und außerbörslich gehandelte Derivate, gehandelte Kredite, gehandelte festverzinsliche Wertpapiere, zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere sowie Wertpapierpensionsgeschäfte:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und sonstige ähnliche Arrangements (im Wesentlichen Haftungsübernahmeerklärungen).
- „Außerbörslich gehandelte Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nach Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder unter den sonstigen Aktiva als De-

- private, die die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten.
- „Gehandelte Kredite“ werden erworben und gehalten mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs, oder die materiellen Risiken werden sämtlich abgesichert oder verkauft. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
 - „Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere“ beinhalten Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, die mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs erworben werden. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
 - „Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere“ bezeichnen Schuldverschreibungen, Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, welche zu fixen Bedingungen begeben werden und durch den Emittenten zurückgekauft werden können, die wir als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert haben.
 - „Wertpapierpensionsgeschäfte“ sind Rückkaufs- und Leihegeschäfte von Wertpapieren oder Rohwaren vor Anwendung der bilanziellen Aufrechnung und erhaltenen Sicherheiten.

In den nachfolgenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl wir sie bei der Kreditrisiküberwachung berücksichtigen: Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklungen, Barreserven und Zentralbankeinlagen, Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken), zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, Forderungen aus Zinsabgrenzungen, bilanzwirksame Verbriefungspositionen („Traditional“) und Beteiligungen.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Unternehmensbereichen

31.12.2015

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außenbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	79.610	134.514	4.629	44.862	14.815	89.136	45.494	111.276	524.337
Private & Business Clients	218.451	11.174	1.662	501	0	1	17.146	7.132	256.067
Global Transaction Banking	76.125	20.410	47.699	692	266	28	168	10.149	155.537
Deutsche Asset & Wealth Management	45.135	6.071	2.477	372	10	7.112	3.441	5	64.623
Non-Core Operations Unit	13.321	1.642	784	2.625	368	6.934	1.932	14	27.620
Consolidation & Adjustments	135	738	74	0	0	0	85	0	1.031
Insgesamt	432.777	174.549	57.325	49.053	15.459	103.212	68.266	128.575	1.029.215

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 8,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2014									
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außenbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	61.820	119.995	4.865	43.407	14.865	92.272	34.411	112.605	484.239
Private & Business Clients	214.688	11.687	1.735	464	0	2	16.665	8.714	253.955
Global Transaction Banking	77.334	17.121	51.663	595	614	87	184	3.159	150.758
Deutsche Asset & Wealth Management	38.676	4.158	2.681	839	12	7.940	3.403	11	57.719
Non-Core Operations Unit	18.049	954	1.072	1.760	1.163	7.509	4.358	17	34.883
Consolidation & Adjustments	258	530	71	13	0	-0	111	0	983
Insgesamt	410.825	154.446	62.087	47.078	16.654	107.808	59.132	124.507	982.537

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 9,3 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Unsere wichtigsten Kreditrisikokategorien erhöhten sich um 46,7 Mrd €.

- Gegliedert nach Unternehmensbereichen erhöhte sich CB&S um 40,1 Mrd €, Deutsche AWM um 6,9 Mrd € und GTB um 4,8 Mrd €. NCOU erzielte einen gesteuerten Abbau von 7,3 Mrd €.
- Aus Produktsicht erhöhte sich das Kreditportfolio, die unwiderruflichen Kreditzusagen und zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere. Reduzierungen wurden für Eventualverbindlichkeiten und gehandelte festverzinslichen Wertpapiere beobachtet.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Branchen

31.12.2015									
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außenbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Finanzintermediation	56.665	33.194	11.717	26.539	3.815	24.761	23.772	124.340	304.804
Fondsmanagement	24.839	8.935	381	1.601	118	2.303	461	237	38.875
Verarbeitendes									
Gewerbe	26.800	40.930	17.192	2.885	1.500	2.341	314	0	91.963
Handel	16.719	12.544	5.424	1.038	499	564	95	1	36.884
Private Haushalte	200.817	11.638	2.013	719	128	0	0	34	215.350
Gewerbliche Immobilien ⁵	42.792	5.835	681	1.812	3.429	738	205	40	55.533
Öffentliche Haushalte	17.050	2.450	280	6.170	491	55.774	39.085	2.242	123.543
Sonstige	47.094 ⁶	59.023	19.636	8.289	5.478	16.731	4.333	1.680	162.263
Insgesamt	432.777	174.549	57.325	49.053	15.459	103.212	68.266	128.575	1.029.215

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 8,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

⁵ Gewerbliche Immobilienaktivitäten werden gemäß der Industrie, in der der Vertragspartner operiert, klassifiziert. Dies geschieht unabhängig von der Zugehörigkeit des Unternehmensbereichs.

⁶ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Finanzierungsleasing.

31.12.2014

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Finanzintermediation ⁵	59.580	30.481	13.698	21.309	4.421	26.784	21.668	122.155	300.097
Fondsmanagement ⁵	12.145	6.696	507	3.065	149	2.966	349	49	25.925
Verarbeitendes Gewerbe ⁵	25.633	40.607	18.137	2.292	1.604	2.312	204	0	90.788
Handel ⁵	15.781	11.937	6.080	1.156	865	839	94	0	36.752
Private Haushalte ⁵	197.853	11.082	1.864	739	183	2	0	35	211.758
Gewerbliche Immobilien ^{5,6}	35.743	3.875	705	2.054	3.129	606	74	576	46.762
Öffentliche Haushalte ⁵	18.051	1.753	216	7.346	651	56.217	32.105	716	117.056
Sonstige ⁵	46.037 ⁷	48.015	20.880	9.116	5.654	18.083	4.638	975	153.399
Insgesamt	410.825	154.446	62.087	47.078	16.654	107.808	59.132	124.507	982.537

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 9,3 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

⁵ Vorjahreswerte wurden angepasst um Veränderungen bei den Branchen zu reflektieren.

⁶ Gewerbliche Immobilienaktivitäten werden gemäß der Industrie, in der der Vertragspartner operiert, klassifiziert. Dies geschieht unabhängig von der Zugehörigkeit des Unternehmensbereichs.

⁷ Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Finanzierungsleasing.

Die obige Tabelle gibt eine Übersicht über unser Kreditengagement nach Branchen; Zuordnungskriterium hierfür ist die NACE-Klassifikation des Vertragspartners mit dem wir Geschäfte machen.

Aus Branchensicht war unser Kreditengagement im Vergleich zum Vorjahr höher. Gegenüber den Branchen Fondsmanagement und Gewerbliche Immobilien stieg unser Kreditengagement um 13,0 Mrd € beziehungsweise um 8,8 Mrd €, was hauptsächlich auf ein höheres Volumen im Kreditportfolio zurückzuführen war. In der Kategorie Sonstige erhöhte sich unser Kreditengagement um 8,9 Mrd €, insbesondere durch unwiderrufliche Kreditzusagen.

Unser Kreditengagement in den Branchen Finanzintermediation, verarbeitendes Gewerbe sowie im öffentlichen Sektor umfasst vorwiegend Kredite mit Bonitätseinstufungen im „Investment-Grade“-Bereich. Das Portfolio unterliegt den Kreditvergabestandards, die in unseren „Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken“ festgelegt sind. Dazu gehören verschiedene Kontrollen zur Risikokonzentration hinsichtlich Einzeladressen, Ländern und Branchen sowie produktbezogenen Konzentrationen.

Wesentliche Transaktionen, wie Kreditvergaben mit dem Zweck der Syndizierung, werden von Entscheidungsträgern mit hoher Kreditkompetenz und (je nach Transaktionsvolumen) einem Kreditausschuss und/oder dem Vorstand überprüft. Auf die Strukturierung solcher Transaktionen wird ein großes Augenmerk gelegt, um sicherzustellen, dass Risikorückführungen zeitnah und kosteneffizient erreicht werden. Kreditengagements in diesen Kategorien bestehen zumeist gegenüber Kreditnehmern guter Qualität und unterliegen ebenfalls Maßnahmen zur Risikominderung gemäß der Beschreibung der Aktivitäten unserer Credit Portfolio Strategies Group.

Unser Kreditengagement mit privaten Haushalten betrug 200,8 Mrd € zum 31. Dezember 2015 (zum 31. Dezember 2014: 197,9 Mrd €) und ist prinzipiell dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet. Hypothekenkredite machten 155,5 Mrd € (78 %) des Portfolios aus, davon waren 120,0 Mrd € in Deutschland. Der übrige Teil des Portfolios (45,3 Mrd €, 22 %) stand in erster Linie im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditgeschäft. Angesichts der Homogenität dieses Portfolios werden die Kreditwürdigkeit unserer Geschäftspartner sowie die Bonitätseinstufung über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt.

Hauptzweck des Hypothekengeschäfts ist die Finanzierung eigengenutzter Immobilien, die über verschiedene Kanäle in Europa, insbesondere in Deutschland, aber auch in Spanien, Italien und Polen, verkauft werden. Dabei übersteigt das Engagement in der Regel nicht den Immobilienwert. Das Konsumentenkreditgeschäft besteht aus den Produkten „Individuelle Ratenkredite“, „Kreditlinien“ und „Kreditkarten“. Es gelten verschiedene Anforderungen an die Kreditvergabe, wie zum Beispiel maximale Kreditbeträge und Laufzeiten, die je nach den regionalen Bedingungen und privaten

Umständen des Kreditnehmers variieren (so wird beispielsweise der Maximalbetrag für einen Konsumentenkredit an das Nettohaushaltseinkommen angepasst). Die Zinssätze werden vor allem in Deutschland meistens für einen bestimmten Zeitraum festgelegt. Durch ein zweitrangiges Pfandrecht besicherte Kredite werden nicht aktiv vertrieben.

Die Höhe des Kreditrisikos des Baufinanzierungsportfolios wird im Wesentlichen durch die Bewertung der Kundenqualität und der zugrunde liegenden Sicherheit bestimmt. Die Kreditbeträge sind im Allgemeinen höher als Konsumentenkredite und werden für einen längeren Zeitraum gewährt. Das Risiko des Konsumentenkreditgeschäfts hängt von der Qualität des Kreditnehmers ab. Da diese Kredite nicht besichert sind, sind im Vergleich zu Hypothekenkrediten die Kreditbeträge geringer und die Laufzeiten kürzer. Auf der Grundlage unserer Kriterien und Prozesse für die Kreditvergabe, diversifizierter Portfolios (Kunden/Immobilien) und geringer Beleihungsausläufe wird das Risiko im Hypothekengeschäft als niedrig und das im Konsumentenfinanzierungsgeschäft als mittel eingestuft.

Unsere gewerblichen Immobilienkredite werden grundsätzlich durch erstrangige Hypotheken auf die zugrunde liegende Immobilie besichert. Dabei werden die Kreditvergabestandards eingehalten, die in den vorgenannten „Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken“ definiert wurden (das heißt, die Bonitätseinstufung geht der Kreditgenehmigung auf der Grundlage einer zugewiesenen Kreditgenehmigungskompetenz voraus). Ferner gelten für Kredite zusätzliche Richtlinien für die Risikoübernahme und Vorgaben, wie beispielsweise Beleihungsquoten von in der Regel unter 75 %. Zusätzlich holt unser Bewertungsteam, welches Teil unseres unabhängigen Kreditrisikomanagements ist, aufgrund der Bedeutung der zugrunde liegenden Sicherheit externe Gutachten für alle besicherten Kredite ein. Dieses Bewertungsteam überprüft und hinterfragt die gemeldeten Immobilienwerte regelmäßig.

Mit Ausnahme der in die NCOU übertragenen Kredite, behält die Commercial Real Estate Group nur in Ausnahmefällen Mezzanine- oder andere Junior- Tranchen (obwohl wir Mezzanine Kredite auch zeichnen). Die Postbank hält allerdings ein nicht nennenswertes Unterportfolio mit Junior Tranchen. Kredite, begeben für die Verbriefung, werden sorgfältig unter einem Produktlimit überwacht. Verbriefte Kredite werden vollständig verkauft (sofern nicht die aufsichtsrechtliche Anforderung besteht, das ökonomische Risiko bei der Bank zu belassen), während wir häufig einen Teil der syndizierten Bankenkredite behalten. Das bei der Deutschen Bank verbleibende Portfolio, welches zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, unterliegt ebenfalls den vorgenannten Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken. Wir stellen auch auf der Grundlage konservativer Vergabestandards unbesicherte Kreditlinien für Immobilienfonds und sonstige Publikumsgesellschaften mit guter Kapitalausstattung (in der Regel mit Investment-Grade Einstufung) zur Verfügung. Wir stellen sowohl festverzinsliche (im Allgemeinen verbrieft Produkte) als auch variabel verzinsliche Kredite bereit, welche wir gegen Zinsänderungsrisiken absichern. Darüber hinaus werden problembehaftete und leistungsgestörte Kredite und Kreditportfolios grundsätzlich mit einem erheblichen Abschlag auf die Nominalbeträge und die aktuellen Sicherheitenwerte von anderen Finanzinstituten erworben. Es existiert ein stringenter Genehmigungsprozess, und das Risiko wird über getrennte Portfoliolimite gesteuert. Die Bewertung gewerblicher Immobilien und Mieteinnahmen können stark von makroökonomischen Bedingungen und idiosynkratischen Risiken beeinflusst werden. Dementsprechend erhält das Portfolio eine höhere Risikoeinstufung und unterliegt der vorgenannten engen Begrenzung bezüglich Konzentrationsbildung.

Die Kategorie Sonstige Kredite beinhaltet 47,1 Mrd € zum 31. Dezember 2015 (46,0 Mrd € zum 31. Dezember 2014) und umfasst zahlreiche kleinere Branchen, wobei auf keine einzelne Branche mehr als 5 % der Kredite insgesamt entfallen.

Unser Kreditengagement gegenüber den zehn größten Kunden belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 7 % des gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien, verglichen mit 7 % zum 31. Dezember 2014. Unsere zehn größten Kreditengagements bestanden gegenüber Kunden mit guter Bonitätsbewertung oder bezogen sich ansonsten auf strukturierte Kredite mit einem hohen Maß an Risikominderungen.

Unser Kreditengagement in jeder der unter Beobachtung stehenden Branchen „Öl & Gas“, „Metalle, Bergbau & Stahl“ und „Schifffahrt“ beträgt weniger als 2 % im Verhältnis zum gesamten Kreditengagement.

Unser Kreditengagement in der Öl & Gas Branche beträgt rund 16 Mrd €, mit rund 5 Mrd € Krediten und 8 Mrd € von unwiederruflichen Kreditzusagen. Rund 60 % unseres Kreditengagement ist investment grade, hauptsächlich in den belastbareren Segmenten Ölkonzerne und staatliche Ölfirmen. Weniger als 20 % unseres Öl & Gas Kreditportfolio ist

in Bereichen mit erhöhtem Risiko, die von niedrigem Ölpreis betroffen sind, zum Beispiel sub-investmentgrade in Exploration & Production (hauptsächlich besichert) und Öl & Gas Services & Equipment.

Unser Kreditengagement in unserem Portfolio "Metalle, Bergbau und Stahl" beträgt rund 10 Mrd €, davon 5 Mrd € Kredite und rund 3 Mrd € unwiderrufliche Kreditzusagen. Dieses Portfolio hat eine geringere Kreditqualität im Vergleich zum gesamten Kreditportfolio und hat eine Investmentgraderatio von nur 35 %. Vergleichbar zur Branchenstruktur, ein wesentlicher Teil des Portfolios ist in Entwicklungsländern. Unsere Strategie ist dieses Kreditportfolio zu reduzieren angesichts der gestiegenen Risiken in der Branche, insbesondere ein Überangebot mit dem Ergebnis von Preis- und Margendruck.

Unser Kreditengagement in der Schifffahrtsbranche beträgt rund 7 Mrd €, davon betragen Kredite 6 Mrd €, und ist weitestgehend besichert. Das Portfolio ist diversifiziert über die Schiffstypen mit globalem Risikoprofil und diversifiziertem Einkommen, trotz der Tatsache, dass eine Mehrzahl der Kunden in Europa angesiedelt sind. Ein hoher Anteil des Portfolios ist Subinvestmentgrade bewertet um die andauernden, herausfordernden Marktbedingungen der letzten Jahre abzubilden. Exposure zu dem Deutschen „KG“ Sektor beträgt weniger als 10 % des gesamten Schiffsexposures.

Kreditrisiko nach Region

31.12.2015

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Deutschland	203.387	23.621	11.663	3.044	530	5.065	20.080	6.568	273.957
Westeuropa (ohne Deutschland)	100.414	42.700	17.525	21.156	3.237	21.463	37.684	30.240	274.420
davon:									
Frankreich	2.335	5.904	1.535	1.015	279	3.445	6.875	3.514	24.901
Luxemburg	19.890	3.140	648	1.629	481	1.746	9.937	318	37.790
Niederlande	10.405	5.851	2.348	3.498	297	2.508	6.243	456	31.606
Großbritannien	8.828	9.880	1.608	6.161	508	4.614	4.762	16.352	52.713
Osteuropa	10.319	1.946	1.650	450	1.409	2.738	244	55	18.811
davon:									
Polen	7.434	705	281	50	0	1.640	85	0	10.195
Russland	1.295	533	583	42	953	113	0	1	3.520
Nordamerika	72.008	96.310	14.154	14.468	6.784	50.842	7.890	74.061	336.517
davon:									
Kanada	1.481	2.391	590	1.764	54	1.016	659	1.676	9.631
Cayman Islands	2.882	1.931	91	919	149	1.724	62	12.459	20.216
USA	60.991	90.773	12.966	11.367	6.146	47.786	7.158	58.496	295.683
Mittel- und Südamerika	6.506	1.111	1.218	1.706	731	2.345	25	1.240	14.883
davon:									
Brasilien	2.267	344	587	458	53	1.191	4	526	5.430
Mexiko	731	102	91	331	107	363	19	378	2.121
Asien/Pazifik	37.202	7.685	10.321	7.901	2.201	20.372	2.075	14.794	102.551
davon:									
China	5.646	1.005	954	571	32	976	0	964	10.149
Japan	848	336	357	1.348	41	3.930	22	5.556	12.438
Südkorea	2.158	16	919	1.000	0	1.359	8	0	5.460
Afrika	2.123	501	537	300	227	324	100	351	4.464
Sonstige	817	674	258	29	340	62	166	1.266	3.612
Insgesamt	432.777	174.549	57.325	49.053	15.459	103.212	68.266	128.575	1.029.215

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 8,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2014									
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Deutschland	202.658	26.176	14.356	3.250	1.206	6.679	16.339	13.533	284.198
Westeuropa (ohne Deutschland)	94.386	36.781	18.984	18.190	3.295	21.516	33.683	23.935	250.771
davon:									
Frankreich	2.674	6.053	2.434	936	423	3.684	5.346	3.656	25.207
Luxemburg	14.156	3.835	754	1.766	552	2.028	6.240	190	29.522
Niederlande	10.630	5.548	2.548	5.257	436	2.726	7.751	348	35.244
Großbritannien	7.878	9.118	1.911	1.058	586	4.530	5.141	13.607	43.828
Osteuropa	10.524	1.755	2.136	927	1.542	2.494	561	243	20.183
davon:									
Polen	7.055	651	315	74	0	1.353	64	0	9.511
Russland	2.068	524	693	205	1.081	238	0	39	4.848
Nordamerika	55.540	83.400	14.291	14.338	7.531	52.898	5.736	71.306	305.040
davon:									
Kanada	880	2.237	932	1.087	240	1.309	278	1.325	8.287
Cayman Islands	2.571	1.982	61	542	322	2.256	124	12.660	20.519
USA	45.899	77.960	12.881	12.614	6.725	48.669	5.323	56.630	266.702
Mittel- und Südamerika	5.071	777	1.445	1.350	604	2.936	24	1.151	13.358
davon:									
Brasilien	1.787	210	781	241	175	1.558	0	656	5.409
Mexiko	363	90	51	447	199	450	19	301	1.919
Asien/Pazifik	40.081	4.774	10.062	8.643	2.226	20.677	2.467	13.818	102.747
davon:									
China	9.372	331	950	523	180	1.698	0	1.320	14.373
Japan	866	489	397	3.398	173	2.371	90	4.250	12.032
Südkorea	2.069	11	1.095	591	0	842	0	342	4.949
Afrika	1.924	627	805	351	124	541	49	520	4.941
Sonstige	640	156	7	29	126	67	273	0	1.297
Insgesamt	410.825	154.446	62.087	47.078	16.654	107.808	59.132	124.507	982.537

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 9,3 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Die obige Tabelle gibt eine Übersicht über unser Kreditengagement nach Region, Zuordnungskriterium hierfür ist das Sitzland des Vertragspartners. Siehe dazu auch Abschnitt „Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone“ in diesem Bericht für eine detaillierte Diskussion der „Sitzland-Perspektive“.

Die größten Kreditrisikokonzentrationen aus regionaler Sicht in Bezug auf Kredite bestanden in unserem Heimatmarkt Deutschland mit einem hohen Anteil privater Haushalte. Dieses Engagement macht einen Großteil unseres Immobilienfinanzierungsgeschäfts aus.

Bei außerbörslichen Derivaten, handelbaren Vermögenswerten und Wertpapierpensionsgeschäften bestanden aus regionaler Sicht die größten Konzentrationen in Westeuropa (ohne Deutschland) und Nordamerika. Aus Branchensicht haben Engagements aus außerbörslich gehandelten Derivaten, handelbaren Vermögenswerten sowie Wertpapierpensionsgeschäften einen wesentlichen Anteil in der Branche Finanzintermediation mit einem sehr guten Rating. Für handelbare Vermögenswerte bestand auch ein großer Anteil an Kreditrisiko mit dem öffentlichen Sektor.

Unser Gesamtbestand an Krediten stieg zum 31. Dezember 2015 auf 432,8 Mrd € gegenüber 410,8 Mrd € zum 31. Dezember 2014 an. Dieser Anstieg war hauptsächlich in Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland) gegenüber den Branchen Fondsmanagement und gewerbliche Immobilien zu verzeichnen. Der Anstieg von Krediten in Luxemburg ist bedingt durch Änderungen in der Besicherung von Exchange Traded Funds in CB&S, wo Wertpapierpositionen durch vollständig besicherte Total Return Swaps ersetzt wurden. Der Anstieg bei unwiderruflichen Kreditzusagen (20,1 Mrd €) war vorwiegend in der Branche Sonstige innerhalb von Nordamerika und Westeuropa (ohne

Deutschland). Das Kreditengagement gegenüber Russland reduzierte sich aufgrund einer erfolgreichen Risikoreduzierung um 1,3 Mrd € auf 3,5 Mrd €. Das Kreditengagement gegenüber der Ukraine war mit 404 Mio € relativ gering.

Unser Portfolio in China von 10,1 Mrd € ist auf Handelsfinanzierungen und Flow-Business mit großen, wichtigen, lokalen, finanziell starken und im Staatsbesitz befindlichen Finanzinstituten, privaten Firmen und Tochtergesellschaften internationaler Konzerne konzentriert. Wir haben hauptsächlich kurzfristige Laufzeiten im Portfolio.

Brasilien ist bei weitem unser größtes Portfolio in Lateinamerika mit 5,4 Mrd € Exposure. Der Hauptfokus ist auf große als Investmentgrade bewertete Finanzinstitute und Firmen. Das Firmenkundenportfolio ist diversifiziert über die Branchen. Wir haben hauptsächlich kurzfristige Laufzeiten im Portfolio.

Kreditengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und/oder Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit). Die wirtschaftliche Situation hat sich zu einem gewissen Grade verbessert, mit Wachstumsaussichten und stabilisierten Verhältnissen in diesen Volkswirtschaften, der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und der Reduzierung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts (zum Beispiel Defizite in der Leistungsbilanz). Dieser Anpassungsprozess wurde durch die OMT (Outright Monetary Transactions) der EZB und des ESM (European Stability Mechanism) unterstützt, indem eine glaubwürdige, aber nicht getestete Rückfalllinie zur Verfügung gestellt wurde und damit die Finanzierungskosten niedrig gehalten werden konnten. Quantitative Easing-Programm hat dazu beitragen, die Finanzierungskosten in der Eurozone zu senken. Die Effektivität dieser Maßnahme wurde bewiesen durch die geringe Ansteckung anderer Anleihemärkte in der Eurozone trotz einer steigenden Unsicherheit bezüglich der Zukunft von Griechenland nach der Wahl von Syriza im Januar 2015.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

- In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien ein spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben stringenten Methoden und Prinzipien wie an anderer Stelle aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Ähnliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wertpapier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.
- In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014 ¹
Griechenland	473	416
Irland	2.809	1.398
Italien	13.269	14.920
Portugal	729	1.002
Spanien	8.884	8.273
Insgesamt	26.164	26.009

¹ Die Vorjahreszahlen wurden um Risikopositionen in Höhe von 0,8 Mrd € gegenüber Irland und Italien betreffend Verbriefungstransaktionen und Kunden im Immobilienbereich angepasst, die zum 31. Dezember 2014 irrtümlicherweise nicht erfasst waren.

Das Nettoengagement ist leicht gestiegen gegenüber dem Jahresende 2014 um 0,2 Mrd €. Überwiegend durch Anstieg im Irischen Securitization Portfolio und Spanischem kurzfristigem Liquiditätsexposure, teilweise wieder aufgehoben durch Rückgänge von gehandelten Kreditposition in Italien und Portugal. Unser Griechisches Exposure ist leicht angestiegen aufgrund von Schiffsneubewertungen und US-Dollar Wechselkursanstieg. Nach Herausnahme des in US-Dollar validierte Schiffsfinanzierungsportfolio von 0,3 Mrd € verbleibt das restliche Portfolio von 0,1 Mrd € unverändert und wird eng beobachtet.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail- Portfolios, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, die typischerweise besichert sind. Das Engagement gegenüber Staaten ist unserer Ansicht nach auf einem überschaubaren Niveau.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Bruttosition, die darin enthaltenen nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „nicht gezogen“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen Ländern der Eurozone. Die Bruttosition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung durch Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltenen Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere im Retail Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend basierend auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – und gegenüber Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. In einigen Fällen ist die Möglichkeit der Geschäftspartner für Ziehungen unter den verfügbaren Fazilitäten durch die spezifischen Vertragsvereinbarungen eingeschränkt. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen, inklusive der nominalen Nettosition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten, gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte europäische Länder beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sind. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten europäischen Ländern – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt ¹	
	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014 ²	31.12. 2015	31.12. 2014 ²	31.12. 2015	31.12. 2014 ²	31.12. 2015	31.12. 2014 ²	31.12. 2015	31.12. 2014 ²
Griechenland												
Brutto	0	100	732	716	1.539	1.167	7	6	0	34	2.277	2.022
nicht gezogen	0	0	23	20	118	63	0	1	0	0	142	84
Netto	0	89	237	107	95	125	1	2	0	34	333	357
Irland												
Brutto	459	553	998	1.100	8.752	8.230	35	39	4.361 ³	2.350 ³	14.605	12.273
nicht gezogen	0	0	23	48	2.568	2.206	0	0	393 ³	476 ³	2.984	2.730
Netto	28	-21	528	524	5.327	5.103	5	5	4.347 ³	2.350 ³	10.235	7.960
Italien												
Brutto	4.048	4.673	2.421	5.736	10.642	8.509	17.841	19.310	470	1.310	35.421	39.537
nicht gezogen	25	0	73	952	4.622	3.061	148	179	24	28	4.892	4.220
Netto	507	244	754	3.431	7.093	5.897	6.989	6.749	448	1.229	15.792	17.551
Portugal												
Brutto	112	-5	260	404	1.509	1.052	1.743	2.023	59	205	3.684	3.679
nicht gezogen	0	0	22	37	210	121	25	30	0	0	258	189
Netto	64	-76	181	357	1.111	503	202	220	59	205	1.616	1.209
Spanien												
Brutto	729	696	1.292	2.465	9.350	9.332	9.928	10.580	257	839	21.556	23.911
nicht gezogen	0	0	203	738	4.235	3.819	298	476	14	15	4.750	5.048
Netto	757	275	516	2.084	6.838	6.828 ⁴	1.872	1.890	476	790	10.458	11.867 ⁴
Brutto insgesamt	5.348	6.018	5.703	10.421	31.792	28.290	29.553	31.958	5.147	4.736	77.544	81.423
nicht gezogen	25	0	344	1.795	11.754	9.271	472	687	431	519	13.026	12.272
Netto insgesamt⁵	1.356	511	2.216	6.503	20.463	18.457⁴	9.069	8.866	5.330	4.608	38.434	38.944⁴

¹ Ungefähr 63 % des Gesamtengagements zum 31. Dezember 2015 werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

² Die Vorjahreswerte wie im Finanzbericht 2014 wurden um 107 Mio € im Bruttoengagement und 101 Mio € im Nettoengagement reduziert. Der Ausschluss der widerrufenen Kreditzusagen wurde vorgenommen, um eine Vergleichbarkeit mit anderen Kreditengagementangaben in diesem Bericht sicherzustellen.

³ Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

⁴ Reduzierung der CRE Sicherheiten um 4 Mio € gegenüber dem Geschäftsbericht im September 2015 auf Grund von Bewertungsanpassungen im Postbank Portfolio.

⁵ Nettosition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 159 Mio € zum 31. Dezember 2015 und 300 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten europäischen Ländern reduzierte sich im Jahr 2015 um 510 Mio €. Der Rückgang war hauptsächlich auf sinkende Engagements gegenüber Italien und Spanien zurückzuführen, der teilweise durch höhere Engagements gegenüber Irland und Portugal kompensiert wurde.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten europäischen Staaten

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		31.12.2015
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	Sonstige	
Griechenland	139	104	177	0	54	28	363
Irland	3.616	3.615	2.845	852	988	2.092	10.392
Italien	11.249	10.298	4.094	671	3.433	1.480	19.976
Portugal	604	545	392	12	39	776	1.763
Spanien	5.205	4.598	3.355	198	335	1.539	10.025
Insgesamt	20.813	19.160	10.863	1.733	4.849	5.915	42.520

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		31.12.2014
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle ¹	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle ¹	Sonstige ^{1,2}	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ³	Derivate	Sonstige	
Griechenland	191	172	92	0	85	28	377
Irland	2.049	2.016	2.706	481	843	1.728	7.775
Italien	10.764	9.753	3.791	672	4.071	3.085	21.372
Portugal	638	587	306	20	36	558	1.506
Spanien	5.617 ⁵	4.978 ⁵	3.635	231	510	2.015	11.369 ⁵
Insgesamt	19.259⁵	17.506⁵	10.530	1.404	5.545	7.414	42.399⁵

¹ Die Vorjahreswerte wie im Finanzbericht 2014 wurden um 101 Mio € reduziert. Der Ausschluss der widerrufenen Kreditzusagen wurde vorgenommen um eine Vergleichbarkeit mit anderen Kreditengagementangaben in diesem Bericht sicherzustellen.

² Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

³ Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

⁴ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁵ Reduzierung der CRE Sicherheiten um 4 Mio € gegenüber dem Geschäftsbericht im September 2015 auf Grund von Bewertungsanpassungen im Postbank Portfolio.

Die obigen Tabellen enthalten keine derivativen Kreditengagements, welche separat in der folgenden Tabelle dargestellt werden. Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Nettonominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in ausgewählten europäischen Staaten

in Mio €	Nominalbeträge			31.12.2015
	Verkaufte Absicherungen	Gekaufte Absicherungen	Nettoposition verkaufter/ gekaufter Absicherungen	
Griechenland	1.144	- 1.174	- 31	- 2
Irland	3.332	- 3.489	- 157	4
Italien	44.132	- 48.316	- 4.184	- 35
Portugal	4.497	- 4.645	- 147	23
Spanien	18.489	- 18.056	433	- 2
Insgesamt	71.594	- 75.680	- 4.086	- 13

in Mio €	Nominalbeträge			31.12.2014
	Verkaufte Absicherungen	Gekaufte Absicherungen	Nettoposition verkaufter/ gekaufter Absicherungen	
Griechenland	901	- 921	- 20	2
Irland	4.344	- 4.158	186	4
Italien	41.433	- 45.253	- 3.821	156
Portugal	5.876	- 6.173	- 297	6
Spanien	18.061	- 17.563	498	10
Insgesamt	70.614	- 74.068	- 3.454	177

In Einklang mit allgemeinen Marktansätzen nutzen wir Kreditausfallversicherungen (CDS) als ein wichtiges Instrument zum Management von Kreditrisiken, um ungewünschte Konzentrationen im Kreditportfolio zu vermeiden. CDS-Verträge unterliegen der Standard ISDA-Dokumentation, welche Auslöseereignisse für den Versicherungsfall definiert, die dann Ausgleichszahlungen erfordern. Beispiele für diese Auslöseereignisse sind die Insolvenz des Referenzschuldners, die Unfähigkeit des Referenzschuldners, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen (zum Beispiel Zins- oder Tilgungsleistungen), sowie Umschuldungen des Referenzschuldners. Für verkaufte Kreditausfallversicherungen kommen ebenfalls die vorgenannten Auslöseereignisse zur Anwendung. Unsere gekauften Kreditausfallversicherungen, die der Risikoabsicherung dienen, sind überwiegend von Kreditinstituten mit sehr guter Bonitätseinstufung ausgegeben und unterliegen entsprechenden Sicherheitsvereinbarungen. Während wir eindeutig auf die Nettorisikoposition nach Berücksichtigung von Absicherungen/Sicherheiten fokussieren, untersuchen wir gleichzeitig

unsere Bruttositionen vor Absicherungen durch CDS in dem Bewusstsein der potenziellen Gefahr, dass ein definiertes CDS-Auslöseereignis nicht so ausgelöst wird wie erwartet.

Die Engagements, die sich auf die oben genannten Länder beziehen, werden auf Basis des im Abschnitt „Kreditrisiko Management“ unseres Risikoberichts zum Kreditrisiko beschriebenen Prozesses gesteuert und überwacht. Dies schließt detaillierte Bonitätsbeurteilungen und eine fortlaufende Beobachtung der Kunden ein. Es ist ein Rahmenwerk für die Steuerung von Konzentrationsrisiken, wie in den Abschnitten zu Länder- und Branchenrisiken beschrieben, etabliert. Dieses Rahmenwerk wird ergänzt durch regelmäßige Managementberichte einschließlich gezielter Portfolioprüfungen für diese Länder und Initiativen zur Risikoreduzierung der Portfolios.

Für Kreditabsicherungszwecke bemühen wir uns, Laufzeitinkongruenzen zu vermeiden. Dies hängt jedoch von der Verfügbarkeit der erforderlichen Sicherungsinstrumente im Markt ab. Wenn Laufzeitinkongruenzen nicht vermieden werden können, werden diese Positionen eng überwacht. Wir berücksichtigen die Sensitivitäten des Sicherungsinstruments und des Basiswerts, um Laufzeitinkongruenzen zu neutralisieren.

Unser Regelwerk hat die Zielsetzung, dass wir auf Eurokrisenereignisse eine angemessene Vorbereitung mit risikoreduzierenden Maßnahmen und adäquaten Notfallplänen haben. Wir denken, dass es seine Effektivität bewiesen hat, als der Druck auf Zypern stärker wurde. Dabei hat eine enge Koordination zwischen den Bereichen Risiko, Recht, den Geschäftsbereichen und anderen Infrastrukturfunktionen sichergestellt, dass konsistente operationelle und strategische Reaktionen konzernweit gewährleistet sind.

Insgesamt haben wir das Kreditvolumen in den ausgewählten europäischen Staaten seit Beginn der Schuldenkrise gesteuert und sind der Überzeugung, dass wir gut aufgestellt sind angesichts ausgewählter und früh ausgeübter Maßnahmen zur Risikoreduzierung bei diesen Staaten und schwächeren Kunden.

Kreditengagement gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

Die in der Tabelle dargestellten Beträge reflektieren die Netto-„Sitzland-Perspektive“ unserer Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

in Mio €	31.12.2015				31.12.2014			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	0	0	0	0	100	-11	89	1
Irland	55	-28	28	1	-26	4	-21	2
Italien	3.989	-3.482	507	36	4.600	-4.356	244	133
Portugal	112	-48	64	-9	-5	-71	-76	2
Spanien	725	32	757	-12	688	-413	275	1
Insgesamt	4.881	-3.526	1.356	17	5.358	-4.848	511	139

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Anstieg des Nettokreditengagement gegenüber Staaten im Vergleich zum Jahresende 2014 um 845 Mio € resultierte hauptsächlich aus Änderungen im Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS, Derivatepositionen und in den Handelsbeständen an Staatspapieren. Die Veränderung des Nettokreditengagement wurde hauptsächlich bestimmt durch einen Anstieg des Engagements in Italien und Spanien, hauptsächlich getrieben durch den Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS, Derivatepositionen und in den Handelsbeständen an Staatspapieren.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet zum 31. Dezember 2015 Bilanzpositionen, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden. Hiervon betragen die Anteile für staatliche Kredite gegenüber Italien 273 Mio € und gegenüber Spanien 478 Mio € zum 31. Dezember 2015, gegenüber 279 Mio € für Italien und 580 Mio € für Spanien zum 31. Dezember 2014.

In zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthaltene direkte Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

in Mio €	31.12.2015			31.12.2014		
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten gegenüber Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten mit Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt
Griechenland	0	0	0	20	80	100
Irland	60	- 4	55	- 22	0	- 22
Italien	516 ²	3.104	3.620	385 ²	3.459	3.844
Portugal	- 111	- 1	- 112	- 8	0	- 8
Spanien	232	15	247	66	20	86
Insgesamt	697	3.114	3.811	441	3.559	4.000

¹ Beinhaltet die Effekte von Aufrechnungsrahmen- und Sicherheitenvereinbarungen.

² Die Kaufpositionen im Engagement gegenüber Italien bezogen sich hauptsächlich auf strukturierte Handelsgeschäfte mit zugehörigen Kreditderivaten.

In zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthaltene Kreditengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

in Mio €	31.12.2015			31.12.2014		
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungsverluste (nach Steuern)	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungsverluste (nach Steuern)
Griechenland	0	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0	0
Italien	72	72	0	77	81	0
Portugal	4	4	0	4	4	0
Spanien	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	76	76	0	81	85	0

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatkredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Die folgenden Tabellen zeigen unser Firmenkreditengagement nach Produktarten und unseren internen Bonitätsklassen. Für weitere Details bezüglich interner Bonitätseinstufungen verweisen wir auf Abschnitt „Messung des Kreditrisikos“.

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner – brutto

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2015

Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in % ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörslich gehandelte Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0,00 ≤ 0,04	50.712	23.035	6.384	22.753	59.157	162.042
iA	> 0,04 ≤ 0,11	49.197	46.220	15.464	10.998	4.515	126.394
iBBB	> 0,11 ≤ 0,5	62.044	44.603	18.283	7.871	1.911	134.711
iBB	> 0,5 ≤ 2,27	51.454	37.643	10.827	5.358	2.621	107.904
iB	> 2,27 ≤ 10,22	20.610	21.212	4.668	1.558	57	48.105
iCCC und schlechter	> 10,22 ≤ 100	9.853	1.834	1.700	515	4	13.906
Insgesamt		243.871	174.548	57.325	49.053	68.266	593.063

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2014

Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in % ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörslich gehandelte Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0,00 ≤ 0,04	46.493	22.938	6.281	23.068	50.808	149.589
iA	> 0,04 ≤ 0,11	44.799	39.336	17.696	9.469	3.371	114.670
iBBB	> 0,11 ≤ 0,5	54.167	40.145	20.190	7.810	1.746	124.057
iBB	> 0,5 ≤ 2,27	50.183	31.492	11.640	3.926	3.140	100.380
iB	> 2,27 ≤ 10,22	19.359	18.924	4.929	2.253	17	45.482
iCCC und schlechter	> 10,22 ≤ 100	9.417	1.612	1.352	552	50	12.983
Insgesamt		224.418	154.446	62.087	47.078	59.132	547.161

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen generellen Anstieg unseres Brutto-Firmenkreditengagements von 45,9 Mrd € oder 8,4 % in 2015. Der Anstieg von unwiderruflichen Kreditzusagen von 20,1 Mrd € resultiert hauptsächlich aus einem Anstieg in Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland). Die Erhöhung des Kreditportfolios um 19,5 Mrd € ist im Wesentlichen auf einen Anstieg in Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland), und dabei mehr als die Hälfte auf den Wechselkursveränderungen zurückzuführen. Dies beinhaltet eine signifikante Erhöhung in der stärksten Bonitätsklasse um 16,5 Mrd €, welche sich größtenteils aus Änderungen bei der Strukturierung von Sicherheiten im ETF Geschäft im Unternehmensbereich CB&S ergibt. Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere sind um 9,1 Mrd € angestiegen, vorwiegend in hochliquiden Wertpapieren, welche in der strategischen Liquiditätsreserve der Gruppe gehalten werden. Diese Anstiege sind das Ergebnis der fortlaufenden Optimierung unserer Liquiditätsreserven. Die Erhöhung in zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren ergab sich nahezu ausschließlich in der höchsten Bonitätsklasse. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung ist im Vergleich zum 31. Dezember 2014 stabil bei einem Anteil der Engagements mit „Investment-Grade“ Bewertung von 71 %.

Wir nutzen, wie oben beschrieben, Techniken zur Kreditrisikominderung, um unser Firmenkreditengagement zu optimieren und um unsere potenziellen Kreditverluste zu reduzieren. Die folgenden Tabellen zeigen unser Firmenkreditengagement nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften.

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner – netto

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2015¹

Bewertungseinstufung	Ausfall- wahrschein- lichkeit in % ²	Kredite	Unwider- rufliche Kredit- zusagen	Eventual- verbindlich- keiten	Außer- börslich gehandelte Derivate	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0,00 ≤ 0,04	37.450	20.567	4.963	14.844	59.157	136.982
iA	> 0,04 ≤ 0,11	31.446	42.466	13.256	7.983	4.515	99.666
iBBB	> 0,11 ≤ 0,5	31.706	41.190	15.230	6.848	1.911	96.885
iBB	> 0,5 ≤ 2,27	23.865	35.173	6.811	4.139	2.621	72.609
iB	> 2,27 ≤ 10,22	8.698	20.309	2.411	1.516	57	32.990
iCCC und schlechter	> 10,22 ≤ 100	4.532	1.670	759	514	4	7.479
Insgesamt		137.696	161.375	43.429	35.844	68.266	446.610

¹ Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften gemäß IFRS Anforderungen.² Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2014¹

Bewertungseinstufung	Ausfall- wahrschein- lichkeit in % ²	Kredite ³	Unwider- rufliche Kredit- zusagen	Eventual- verbindlich- keiten	Außer- börslich gehandelte Derivate	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt ³
iAAA–iAA	> 0,00 ≤ 0,04	33.125	19.407	4.282	15.843	50.808	123.464
iA	> 0,04 ≤ 0,11	29.396	36.137	15.268	3.957	3.370	88.128
iBBB	> 0,11 ≤ 0,5	28.178	35.807	16.377	6.487	1.746	88.595
iBB	> 0,5 ≤ 2,27	24.403	29.634	7.274	2.746	3.140	67.196
iB	> 2,27 ≤ 10,22	8.546	17.514	2.865	2.164	17	31.107
iCCC und schlechter	> 10,22 ≤ 100	4.320	1.451	556	552	50	6.929
Insgesamt		127.968	139.950	46.622	31.748	59.131	405.420

¹ Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften gemäß IFRS-Anforderungen.² Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.³ Vorjahreszahlen wurden angepasst und beinhalten 1,1 Mrd € höhere CRE Sicherheiten der Postbank.

Das Firmenkreditengagement nach Berücksichtigung von Sicherheiten betrug 446,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015, was einer Risikominderung von 25 % oder 146,5 Mrd € im Vergleich zum Brutto Firmenkreditengagement entspricht. Dies beinhaltet eine noch signifikantere Reduzierung von 44 % für Kredite, die wiederum eine Reduzierung um 55 % für die niedriger bewerteten „Sub-Investment-Grade“ bewerteten Kredite und 38 % für die höher bewerteten „Investment-Grade“ Kredite beinhalten. Die Risikominderung für die Gesamtfirmenkreditengagements in der schwächsten Bonitätsklasse war 46 % und somit signifikant höher als in der stärksten Bonitätsklasse mit 15 %.

Die Risikominderung von 146,5 Mrd € setzt sich zu 29 % aus Garantien und Sicherungsgeschäften und zu 71 % aus sonstigen Sicherheiten zusammen.

Risikomindernde Maßnahmen für das Firmenkreditengagement durch die CPSG Group

Unsere Kreditrisiko Strategie Gruppe unterstützt die Risikoreduzierung in unserem Firmenkundenportfolio. Der nominale Betrag der CPSG Risikoreduzierung stieg von 38,2 Mrd € per 31. Dezember 2014 auf 45,0 Mrd € per 31. Dezember 2015 hauptsächlich angesichts des gestiegenen US-Dollar Wechselkurses.

Per Jahresende 2015 CPSG reduzierte Kreditrisiken von 41,4 Mrd € durch synthetische Collateralized Loan Obligations hauptsächlich unterstützt durch Finanzgarantien. Diese Position zeigte 31,4 Mrd € am 31. Dezember 2014.

CPSG hält auch Kreditderivate über 3,6 Mrd €. Diese Position zeigte 6,8 Mrd € am 31. Dezember 2014. Die Kredit Derivate für unser Portfolio Management sind als Fair Value gebucht.

CPSG hat von dem Wahlrecht unter IAS 39 Gebrauch gemacht Kredite und Zusagen zum beizulegenden Zeitwert zu berichten. Der nominal Betrag der CPSG Kredite und Zusagen unter Fair Value hat sich von 14,1 Mrd € am 31. Dezember 2014 auf 8,2 Mrd € am 31. Dezember 2015 reduziert.

Konsumentenkreditengagement

Mit unserem Konsumentenkreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement, Überfälligkeitsquoten und Nettokreditkosten

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in %		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ³	
	31.12.2015	31.12.2014 ¹	31.12.2015	31.12.2014 ¹	31.12.2015	31.12.2014 ¹
Konsumentenkreditengagement Deutschland	150.202	147.647	0,87	1,15	0,16	0,22
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.326	19.980	2,77	3,93	0,89	1,09
Immobilienfinanzierungen	129.877	127.667	0,57	0,71	0,05	0,08
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	38.704	38.761	4,95	5,35	0,56	0,69
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.259	11.913	9,55	11,19	1,20	1,64
Immobilienfinanzierungen	25.444	26.848	2,55	2,76	0,22	0,26
Konsumentenkreditengagement insgesamt²	188.906	186.408	1,70	2,02	0,24	0,32

¹ In 2015 beginnend haben wir unsere Berichterstattung überprüft, was zu einer Reklassifizierung von 427 Mio € von Kleinbetriebsfinanzierungen in Immobilienfinanzierungen (im Wesentlichen Kredite betreffend Entwicklungsbanken) in Deutschland und von 1,1 Mrd € von Immobilienfinanzierungen nach Kleinbetriebsfinanzierungen (im Wesentlichen gewerbliche Baufinanzierungen) außerhalb Deutschlands führte.

² Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015 und 4,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014.

³ Nettokreditkosten für den zum Bilanzstichtag endenden 12-Monatszeitraum dividiert durch das Kreditengagement an diesem Bilanzstichtag.

Zum 31. Dezember 2015 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2014 um 2,5 Mrd € oder 1,3 % gestiegen, hauptsächlich in Deutschland (gestiegen um 2,6 Mrd €), Indien (gestiegen um 407 Mio €) und Polen (gestiegen um 314 Mio €). Im Gegensatz dazu ist das Konsumentenkreditengagement in Italien um 587 Mio € gesunken, überwiegend durch den Rückgang des Immobilienfinanzierungsportfolios in der Non-Core Operations Unit (NCOU). In Spanien ist das Konsumentenkreditengagement um 102 Mio € gesunken.

Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im gesamten Konsumentenkreditengagement sank von 2,02 % per Jahresende 2014 auf 1,70 % zum 31. Dezember 2015.

Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Konsumentenkreditengagements gingen von 0,32 % per Jahresende 2014 auf 0,24 % zum 31. Dezember 2015 zurück. Diese Entwicklung wurde durch Portfolioverkäufe leistungsgestörter Kredite in Deutschland beeinflusst sowie einer sich weiter verbessernden oder stabilisierenden allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland und in den Ländern Südeuropas, in denen wir aktiv sind.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	31.12.2015	31.12.2014
≤ 50 %	68 %	68 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	3 %	2 %
> 100 ≤ 110 %	2 %	1 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	2 %	1 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Prozent zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Immobilienwerte werden regelmäßig aktualisiert. Das

Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den jeweiligen Sicherheitenwert dieser liquiden Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten von Sicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile unseres Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung unseres Kreditrisikos. In der Regel akzeptieren wir höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 31. Dezember 2015 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 % unverändert im Vergleich zum Vorjahr.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Alle börsengehandelte Derivate werden über eine zentrale Gegenpartei („CCPs“) abgewickelt, deren Richtlinien und Vorschriften tägliche Sicherheitennachschüsse für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Wir nehmen auch bei Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen einer zentralen Gegenpartei (außerbörsliche Abwicklung) in Anspruch. Dabei profitieren wir von der durch das Abwicklungssystem der zentralen Gegenpartei erzielten Kreditrisikominderung.

Der Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (DFA) fordert seit 2013 verpflichtend eine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei für bestimmte standardisierte außerbörslich abgeschlossene Derivate. Die EU-Verordnung Nr. 648/2012 über außerbörslich gehandelte Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister („EMIR“) führte im Jahr 2013 eine Reihe von Techniken zur Risikominderung bei außerbörslich gehandelten Derivatetransaktionen, die keinem zentralen Clearing unterliegen, sowie im Jahr 2014 die Berichterstattung über außerbörslich gehandelte und börsengehandelte Derivate ein. Das zentrale Clearing für bestimmte standardisierte außerbörslich gehandelte Derivatetransaktionen wird voraussichtlich zum Juni 2016 bindend sein. Darüber hinaus werden stufenweise ab September 2016 die Übergangsregelungen für Einschussanforderungen außerbörslich gehandelte Derivategeschäfte, die keinem zentralen Clearing unterzogen wurden, verpflichtend.

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Aufgliederung der Nominalbeträge sowie Marktwerte (brutto) der Vermögenswerte und Verpflichtungen aus außerbörslich gehandelten Derivaten auf der Grundlage von Clearing-Kanälen wider.

Nominalbeträge der außerbörslichen Derivate, aufgliedert nach Abwicklungsart und Art der Derivate

31.12.2015

in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Nettomarktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	10.955.593	9.682.810	6.375.377	27.013.781	345.998	325.179	20.819
Bilateral (Amt)	3.906.875	4.952.043	3.205.837	12.064.755	316.736	298.220	18.516
CCP (Amt)	7.048.718	4.730.767	3.169.540	14.949.025	29.261	26.959	2.302
Börsengehandelt	4.452.134	1.400.495	3.742	5.856.371	272	237	35
Zinsbezogen insgesamt	15.407.727	11.083.305	6.379.119	32.870.152	346.270	325.416	20.854
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	4.672.846	1.134.801	531.085	6.338.731	116.007	115.379	628
Bilateral (Amt)	4.644.414	1.134.686	531.085	6.310.184	115.900	115.270	630
CCP (Amt)	28.432	115	0	28.547	107	109	-2
Börsengehandelt	33.064	15	0	33.079	109	174	-65
Währungsbezogen insgesamt	4.705.910	1.134.815	531.085	6.371.810	116.116	115.553	563
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	394.193	197.092	23.521	614.806	25.063	28.818	-3.756
Bilateral (Amt)	394.193	197.092	23.521	614.806	25.063	28.818	-3.756
CCP (Amt)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	501.706	66.571	8.993	577.270	5.533	6.164	-631
Aktien-/indexbezogen insgesamt	895.899	263.663	32.514	1.192.076	30.596	34.983	-4.387
Kreditderivate							
Außerbörslich	270.524	949.312	129.622	1.349.458	23.548	20.992	2.556
Bilateral (Amt)	176.492	445.572	72.423	694.486	14.784	12.386	2.399
CCP (Amt)	94.032	503.741	57.199	654.972	8.763	8.606	157
Börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate insgesamt	270.524	949.312	129.622	1.349.458	23.548	20.992	2.556
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	5.998	1.260	9.516	16.775	776	891	-115
Bilateral (Amt)	5.998	1.260	9.516	16.775	776	891	-115
CCP (Amt)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	78.204	27.066	10	105.279	497	604	-107
Rohwarenbezogen insgesamt	84.202	28.326	9.526	122.054	1.273	1.496	-223
Sonstige:							
Außerbörslich	20.621	5.378	43	26.043	906	1.953	-1.048
Bilateral (Amt)	20.618	5.378	43	26.039	902	1.953	-1.051
CCP (Amt)	3	0	0	3	3	0	3
Börsengehandelt	8.430	11	0	8.441	22	49	-27
Sonstige insgesamt	29.051	5.389	43	34.484	928	2.002	-1.074
Außerbörslich insgesamt	16.319.775	11.970.654	7.069.164	35.359.593	512.297	493.213	19.084
Total bilateral business	9.148.589	6.736.032	3.842.425	19.727.045	474.162	457.538	16.623
Total CCP business	7.171.186	5.234.622	3.226.739	15.632.548	38.135	35.674	2.461
Börsengehandelt insgesamt	5.073.538	1.494.157	12.746	6.580.441	6.433	7.229	-795
Insgesamt	21.393.313	13.464.811	7.081.910	41.940.034	518.730	500.441	18.289
Positive Marktwerte nach Aufrechnungsvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten							
	0	0	0	0	53.202	0	0

31.12.2014							
in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	16.193.068	13.319.460	8.081.916	37.594.443	439.519	413.696	25.823
Bilateral (Amt)	5.524.005	6.526.046	3.779.863	15.829.914	407.156	382.615	24.542
CCP (Amt)	10.669.063	6.793.413	4.302.052	21.764.529	32.363	31.082	1.281
Börsengehandelt	3.253.648	841.043	714	4.095.406	152	152	-1
Zinsbezogen insgesamt	19.446.716	14.160.503	8.082.630	41.689.849	439.671	413.849	25.822
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	4.783.759	1.307.251	609.549	6.700.559	130.775	134.567	-3.792
Bilateral (Amt)	4.760.349	1.307.251	609.549	6.677.149	130.639	134.420	-3.780
CCP (Amt)	23.410	0	0	23.410	135	147	-12
Börsengehandelt	12.428	103	0	12.531	55	106	-51
Währungsbezogen insgesamt	4.796.187	1.307.354	609.549	6.713.090	130.829	134.673	-3.844
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	1.203.958	203.328	35.678	1.442.964	27.404	31.949	-4.545
Bilateral (Amt)	1.203.958	203.328	35.678	1.442.964	27.404	31.949	-4.545
CCP (Amt)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	499.899	71.213	4.240	575.353	7.406	7.230	176
Aktien-/indexbezogen insgesamt	1.703.857	274.542	39.919	2.018.317	34.810	39.179	-4.369
Kreditderivate							
Außerbörslich	337.245	935.967	119.549	1.392.760	25.370	23.074	2.296
Bilateral (Amt)	287.697	689.003	92.335	1.069.035	20.732	18.936	1.796
CCP (Amt)	49.548	246.963	27.214	323.725	4.638	4.138	500
Börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate insgesamt	337.245	935.967	119.549	1.392.760	25.370	23.074	2.296
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	13.708	2.549	7.115	23.371	2.030	1.804	226
Bilateral (Amt)	13.691	2.546	7.115	23.352	2.026	1.802	224
CCP (Amt)	17	2	0	19	4	2	2
Börsengehandelt	89.656	22.218	66	111.939	605	697	-92
Rohwarenbezogen insgesamt	103.364	24.766	7.181	135.311	2.635	2.501	134
Sonstige:							
Außerbörslich	34.340	8.945	0	43.285	1.017	1.929	-912
Bilateral (Amt)	34.340	8.945	0	43.285	1.017	1.929	-912
CCP (Amt)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	9.186	1.037	0	10.223	28	60	-32
Sonstige insgesamt	43.526	9.982	0	53.509	1.045	1.989	-944
Außerbörslich insgesamt	22.566.078	15.777.500	8.853.806	47.197.384	626.115	607.019	19.096
Total bilateral business	11.824.040	8.737.121	4.524.540	25.085.700	588.975	571.650	17.325
Total CCP business	10.742.038	7.040.379	4.329.266	22.111.683	37.140	35.369	1.771
Börsengehandelt insgesamt	3.864.818	935.614	5.021	4.805.453	8.246	8.246	0
Insgesamt	26.430.896	16.713.114	8.858.826	52.002.836	634.361	615.265	19.096
Positive Marktwerte nach Aufrechnungs- vereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten							
	0	0	0	0	49.416	0	0

Beteiligungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte unserer Beteiligungen nach IFRS-Definition, gegliedert nach Handels- und Nichthandelspositionen für den jeweiligen Berichtstermin. Wir steuern unsere Positionen innerhalb unseres Marktrisikos und anderer angemessener Risikorahmenwerke.

Zusammensetzung unserer Beteiligungen

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Gehandelte Beteiligungen	76.044	69.831
Nichtgehandelte Beteiligungen ¹	3.228	6.402
Beteiligungen insgesamt	79.273	76.233

¹ Enthält Beteiligungen in Investmentfonds in Höhe von 642 Mio € zum 31. Dezember 2015 und 338 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Zum 31. Dezember 2015 umfassten unsere gehandelten Beteiligungen vor allem CB&S-Aktivitäten in Höhe von 71,4 Mrd € und 4,6 Mrd € im Deutsche AWM Geschäft. Im Jahresvergleich erhöhten sich die gehandelten Beteiligungen insgesamt um 6,2 Mrd € durch einen Anstieg in CB&S Geschäft.

Qualität von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldnern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	31.12. 2015			31.12. 2014 ¹		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	237.758	182.306	420.064	217.672	177.904	395.576
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	1.143	2.544	3.687	1.304	3.650	4.954
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	438	437	875	452	496	947
Wertgeminderte Kredite	4.532	3.619	8.151	4.990	4.358	9.348
Insgesamt	243.871	188.906	432.777	224.418	186.408	410.825

¹ Die Vorjahreswerte im Finanzbericht 2014 für Forborne Assets wurden angepasst. Dadurch erhöhen sich die neuverhandelten nicht wertgeminderten Kredite für das Jahr 2014 um 126 Mio € gegenüber dem Geschäftsbericht 2014, welche fälschlicherweise nicht im letzten Bericht berücksichtigt worden sind. Die Positionen für überfälliges und gesundes Geschäft reduzieren sich entsprechend um 126 Mio €.

Überfällige Kredite

Kredite gelten als überfällig, wenn vertraglich vereinbarte Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers ausstehend sind, es sei denn, diese Kredite sind durch Konsolidierung erworben worden. Im Rahmen einer Konsolidierung angekaufte Kredite betrachten wir als überfällig, sobald Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers, die zum Zeitpunkt der ersten Konsolidierung der Kredite erwartet wurden, ausstehend sind.

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Anzahl der überfälligen Tage

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	2.387	3.223
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	547	534
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	281	363
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	540	898
Insgesamt	3.755	5.018

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Branche

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014 ¹
Finanzintermediation	69	104
Fondsmanagement	2	95
Verarbeitendes Gewerbe	100	141
Handel	91	159
Private Haushalte	2.495	3.388
Gewerbliche Immobilien	672	801
Öffentliche Haushalte	3	5
Sonstige	323	326
Insgesamt	3.755	5.018

¹ Die Vorjahreszahlen wurden gegenüber dem Vorjahr angepasst, um Veränderungen in der Branchenzusammensetzung zu reflektieren.

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Region

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Deutschland	1.430	2.410
Westeuropa (ohne Deutschland)	1.417	1.694
Osteuropa	139	143
Nordamerika	641	678
Mittel- und Südamerika	8	29
Asien/Pazifik	106	63
Afrika	15	1
Sonstige	0	0
Insgesamt	3.755	5.018

Die überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite reduzierten sich um 1,3 Mrd € auf 3,8 Mrd € zum 31. Dezember 2015 getrieben durch PBC insbesondere aufgrund des positiven Kreditumfelds in Deutschland.

Aggregierter Wert der Sicherheiten – mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen –, die wir zur Absicherung unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite halten

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Finanzielle und andere Sicherheiten	2.254	2.854
Erhaltene Garantien	133	226
Insgesamt	2.387	3.080

Der aggregierte Wert der Sicherheiten auf überfällige, nicht wertgeminderte Kredite am 31. Dezember 2015 verringerte sich gegenüber dem Vorjahr analog zur Reduktion der überfälligen, nicht wertgeminderten Kredite

Neuverhandelte und Kredite mit gelockerten Kreditbedingungen (Forborne-Kredite)

Aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen können wir mit einem Kreditnehmer, der sich in beziehungsweise absehbar in finanziellen Schwierigkeiten befindet, eine Forbearance-Maßnahme vereinbaren, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Für unsere Firmenkunden wird ein individueller Ansatz unter Berücksichtigung der einzelnen Transaktion sowie kundenspezifischer Fakten und Umstände angewandt. Für Konsumentenkredite vereinbaren wir Forbearance-Maßnahmen für einen begrenzten Zeitraum, indem die vollständige oder teilweise Rückzahlung oder zukünftige Ratenzahlungen auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben werden. Allerdings muss der in diesem Zeitraum nicht gezahlte Betrag inklusive aufgelaufener Zinsen zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden. Rückzahlungsoptionen umfassen eine Verteilung auf die Restlaufzeit, eine

einmalige Zahlung oder eine Laufzeitverlängerung. Die Möglichkeiten einer Forbearance-Maßnahme sind begrenzt und abhängig von der wirtschaftlichen Situation des Kunden, unseren Risikomanagementstrategien und den örtlichen Gesetzen. Im Falle einer Forbearance-Vereinbarung führen wir, wie unten beschrieben, eine Verlusteinschätzung durch, bilden, soweit notwendig, eine Wertberichtigung und berichten den Kredit anschließend als wertgemindert.

Kredite, die in der Art und Weise neuverhandelt wurden, dass wir aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen im Zusammenhang mit finanziellen Problemen des Kunden dem Kunden Zugeständnisse gemacht haben, die wir unter anderen Umständen nicht zu gewähren bereit gewesen wären, sind als neuverhandelte Kredite ausgewiesen und eine Untermenge der Forborne-Kredite.

Am 20. Februar 2014 veröffentlichte die europäische Bankenaufsicht (EBA) den finalen Entwurf des technischen Durchführungsstandards (ITS) für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung über Forborne und Non-Performing Bestände gemäß Artikel 99 (4) der Regulierung (EU) No. 575/2013.

In 2014 haben wir die neuen EBA-Definitionen für Forbearance eingeführt, welche die bisherige Definition neuverhandelter und restrukturierter Kredite ersetzte. Die neue Definition geht in ihrem Umfang über die von uns zuvor angewandte Definition hinaus und umfasst auch Maßnahmen mit Kunden, bei denen wir zukünftige wirtschaftliche Schwierigkeiten erwarten. Sobald die in der ITS genannten Bedingungen erfüllt sind, berichten wir Kredite als Forborne-Kredite beziehungsweise entfernen Kredite aus dem Forbearance-Bericht, sobald die Aufhebungsbedingungen in der ITS erfüllt sind.

Forborne-Kredite

in Mio €	31.12.2015				31.12.2014 ¹			
	Nicht leistungs-gestört		Leistungs-gestört		Nicht leistungs-gestört		Leistungs-gestört	
	wertgemindert	Nicht wertgemindert	Wertgemindert	Neu verhandelte Kredite insgesamt	wertgemindert	Nicht wertgemindert	Wertgemindert	Neu verhandelte Kredite insgesamt
Deutschland	1.067	441	1.096	2.605	1.121	296	1.284	2.701
Nicht-Deutschland	619	716	1.801	3.136	1.013	651	1.933	3.597
Insgesamt	1.686	1.157	2.897	5.741	2.134	947	3.217	6.298

¹ Die Vorjahreswerte im Finanzbericht 2014 für Neuverhandelte Kredite insgesamt wurden angepasst. Dadurch erhöhen sich Neuverhandelten Kredite insgesamt um 395 Mio € gegenüber dem Geschäftsbericht 2014, welche fälschlicherweise nicht im letzten Bericht berücksichtigt worden sind.

Die Verringerung der Neuverhandelten Kredite insgesamt betrug € 557 Mio in 2015, hauptsächlich versucht durch PBC aufgrund des guten Kreditumfelds in Deutschland sowie der Stabilisierung in der Märkte in Südeuropa und NCOU, getrieben durch IAS 39 reklassifizierte und Real Estate Kredite.

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis“). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS 10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte; und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Group Finance durchgeführt wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden an die höheren Führungsebenen von Group Finance und Risk Senior Management berichtet und von diesen genehmigt.

Für weitere Details bezüglich unserer wertgeminderten Kredite verweisen wir auf Anhang 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neuverhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Während wir die Wertminderungen für unsere Firmenkreditengagements individuell bewerten, nehmen wir bei unseren kleineren standardisierten homogenen Krediten eine kollektive Beurteilung der Wertminderung vor.

Unsere Risikovorsorge für kollektiv bewertete Kredite, die nicht als wertgemindert gelten, dient zur Abdeckung von entstandenen Verlusten, die weder einzeln ermittelt noch im Rahmen der Verlusteinschätzung für kleinere homogene Kredite zu einer Wertberichtigung führten.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle finden Sie in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	31.12.2015			31.12.2014			Veränderung 2015 gegenüber 2014	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Corporate Banking & Securities	852	537	63	637	318	50	215	13
Private & Business Clients	3.800	2.365	62	4.269	2.486	58	- 469	4
Global Transaction Banking	1.306	921	71	1.574	995	63	- 268	7
Deutsche Asset & Wealth Management	76	34	45	66	33	50	10	- 5
Non-Core Operations Unit	2.117	1.168	55	2.803	1.380	49	- 686	6
davon: gemäß IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	667	389	58	986	518	53	- 319	6
Insgesamt	8.151	5.028	62	9.348	5.212	56	- 1.197	6

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Branchenzugehörigkeit

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Kollektiv	Insgesamt	
						ermittelt für nicht wertge- minderte Kredite		
Finanzintermediation	150	5	155	38	5	55	98	63
Fondsmanagement	6	2	8	1	0	7	8	95
Verarbeitendes Gewerbe	498	215	712	470	149	70	688	97
Handel	275	222	497	182	154	45	381	77
Private Haushalte	332	2.931	3.263	324	1.805	74	2.202	67
Gewerbliche Immobilien	1.365	281	1.646	503	36	36	576	35
Öffentliche Haushalte	16	0	16	2	0	2	5	29
Sonstige ¹	1.594	260	1.854	733	186	153	1.071	58
Insgesamt	4.236	3.915	8.151	2.252	2.335	442	5.028	62

¹ Davon 'Transport, Lagerung und Kommunikation': Wertgeminderte Kredite, insgesamt 858 Mio € (44 %), Wertberichtigungen für Kreditausfälle, insgesamt 375 Mio € (35 %). Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie 'Sonstige' aufweist.

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Kollektiv	Insgesamt	
						ermittelt für nicht wertge- minderte Kredite		
Finanzintermediation	263	7	270	91	2	19	111	41
Fondsmanagement	64	0	64	1	0	5	6	9
Verarbeitendes Gewerbe	525	232	757	428	126	71	625	83
Handel	362	229	591	211	148	36	395	67
Private Haushalte	451	3.299	3.750	370	1.947	85	2.402	64
Gewerbliche Immobilien	1.734	314	2.048	475	39	21	535	26
Öffentliche Haushalte	54	0	54	29	0	0	30	55
Sonstige ²	1.539	277	1.815	758	193	157	1.108	61
Insgesamt	4.990	4.359	9.348	2.364	2.455	393	5.212	56

¹ Die Vorjahreszahlen wurden gegenüber dem Vorjahr angepasst, um Veränderungen in der Branchenzusammensetzung zu reflektieren.

² Davon 'Transport, Lagerung und Kommunikation': Wertgeminderte Kredite, insgesamt 804 Mio € (39 %), Wertberichtigungen für Kreditausfälle, insgesamt 303 Mio € (28 %). Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie 'Sonstige' aufweist.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Regionen

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Kollektiv	Insgesamt	
						ermittelt für nicht wertge- minderte Kredite		
Deutschland	1.362	1.642	3.004	647	930	105	1.682	56
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.280	2.057	4.337	1.294	1.237	132	2.662	61
Osteuropa	76	179	255	38	165	10	213	83
Nordamerika	340	2	342	150	0	107	257	75
Mittel- und Südamerika	0	6	6	0	0	12	12	187
Asien/Pazifik	155	23	178	100	2	60	162	91
Afrika	21	5	26	23	0	5	28	107
Sonstige	2	0	2	0	0	10	10	553
Insgesamt	4.236	3.915	8.151	2.252	2.335	442	5.028	62

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Kollektiv	Insgesamt	
						ermittelt für nicht wertge- minderte Kredite		
Deutschland	1.604	1.896	3.499	740	1.017	116	1.873	54
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.683	2.303	4.986	1.302	1.311	128	2.741	55
Osteuropa	107	152	259	51	125	10	186	72
Nordamerika	423	2	425	204	0	70	274	64
Mittel- und Südamerika	2	0	3	3	0	6	9	356
Asien/Pazifik	170	5	174	63	1	50	114	65
Afrika	0	1	1	0	0	3	4	346
Sonstige	1	0	1	0	0	11	11	0
Insgesamt	4.990	4.359	9.348	2.364	2.455	393	5.212	56

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	31.12.2015			31.12.2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	4.990	4.359	9.348	5.922	4.221	10.143
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert	898	1.176	2.073	2.112	2.181	4.293
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	- 1.010	- 859	- 1.869	- 1.425	- 1.182	- 2.607
Abschreibungen	- 537	- 717	- 1.254	- 1.037	- 613	- 1.651
Verkäufe wertgeminderter Kredite	- 239	- 53	- 292	- 514	- 254	- 768
Wechselkursveränderungen/Sonstige	135	10	145	- 68	6	- 62
Bestand am Jahresende	4.236	3.915	8.151	4.990	4.359	9.348

¹ Inklusive Rückzahlungen.

Im Jahr 2015 reduzierten sich unsere wertgeminderten Kredite um 1,2 Mrd € (12,8 %) auf 8,2 Mrd €. Die Reduktion unserer einzeln bewerteten notleidenden Kredite ist insbesondere auf die NCOU zurückzuführen und resultiert unter anderem aus Abschreibungen und Verkäufen insbesondere von nach IAS 39 reklassifizierten Vermögenswerten. Dieser Rückgang wird teilweise kompensiert durch einen Anstieg in CB&S verursacht durch unsere Shipping- und Leveraged Finance Portfolios. Der Rückgang unserer kollektiv bewerteten notleidenden Kredite ist hauptsächlich auf Abschreibungen (ebenso größtenteils bezogen auf Verkäufe) in der Postbank und in PBC Italien zurückzuführen.

Die Deckungsquote der wertgeminderten Kredite (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln wertgeminderten oder kollektiv ermittelten Kredite im Verhältnis zu den gemäß IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten) erhöhte sich leicht von 56 % zum Jahresende 2014 auf 62 % zum 31. Dezember 2015.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 667 Mio € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Diese Position reduzierte sich um 319 Mio € im Vergleich zum letzten Jahresende 2014.

Risikovorsorge für Kreditausfälle und Eingänge aus abgeschriebenen Krediten nach Branche¹

	2015					2014 ¹	
	Risikovorsorge für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenen Krediten						
in Mio €	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertberichtigte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wertberichtigte Kredite	Insgesamt	Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	Risikovorsorge für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenen Krediten (insgesamt)	Eingänge aus abgeschriebenen Krediten
Finanzintermediation	- 12	1	6	- 5	1	0	2
Fondsmanagement	0	0	2	2	0	1	0
Verarbeitendes Gewerbe	32	35	- 6	61	16	56	11
Handel	40	32	6	78	4	67	9
Private Haushalte	36	472	6	513	101	690	101
Gewerbliche Immobilien	12	12	9	33	18	182	5
Öffentliche Haushalte	- 18	0	0	- 17	0	8	0
Sonstige ²	299	56	22	378	21	265	13
Insgesamt	390	607	45	1.043	161	1.270	141

¹ Die Vorjahreszahlen wurden gegenüber dem Vorjahr angepasst, um Veränderungen in der Branchenzusammensetzung zu reflektieren.

² Den größten Beitrag zur Risikovorsorge in der Kategorie ‚Sonstige‘ hat der Sektor ‚Transport, Lagerung und Kommunikation mit 154 Mio € (41 %) in 2015 und 109 Mio € (40 %) in 2014. Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie ‚Sonstige‘ aufweist.

Unsere bestehenden Zusagen, neue Gelder an Schuldner mit notleidenden Krediten zu verleihen, beliefen sich auf 54 Mio € zum 31. Dezember 2015 und 76 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Sicherheiten gehalten zur Absicherung unserer wertgeminderten Kredite mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Finanzielle und andere Sicherheiten	2.722	3.215
Erhaltene Garantien	223	296
Sicherheiten für wertgeminderte Kredite insgesamt	2.945	3.511

Entsprechend zum Bestand der wertgeminderten Kredite reduzierten sich ebenfalls die hierfür gehaltenen Sicherheiten zum 31. Dezember 2015 um 566 Mio € oder 16 % gegenüber dem Vorjahr. Die Deckungsquote einschließlich der Sicherheiten (definiert als Summe des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln oder kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite zuzüglich Sicherheiten für unsere wertgeminderten Kredite, mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwertes beim besicherten Kreditvolumen, im Verhältnis zu dem nach IFRS wertgeminderten Krediten) stieg auf 98 % zum 31. Dezember 2015 gegenüber 93 % zum 31. Dezember 2014.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Das Wertminderungskonzept wird auch auf Vermögenswerte angewandt, die zur Veräußerung gehalten werden, und grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert angesetzt werden, wobei Wertänderungen in der Neubewertungsrücklage reflektiert werden. Der Wertberichtigungsbedarf eines solchen zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswertes ermittelt sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den fortgeschriebenen Anschaffungskosten und dem aktuellen, niedrigeren beizulegenden Zeitwert dieses Vermögenswertes. Eine ausführliche Erläuterung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze findet sich in Konzernanhang 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und –einschätzungen“.

Überfällige nicht wertgeminderte sowie wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte, kumulierte Wertminderungen, Deckungsquote und Sicherheiten für wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2015 ¹	31.12.2014
Überfällige nicht wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte	1.610	N/A
davon:		
Weniger als 30 Tage überfällig	47	N/A
30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	0	N/A
60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	0	N/A
Mehr als 90 Tage überfällig	1.563	N/A
Wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte	229	200
Kumulierte Wertminderungen	109	68
Deckungsquote wertgeminderter zur Veräußerung zur Verfügung stehender finanzieller Vermögenswerte in %	47	34
Sicherheiten für wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte	19	N/A
davon:		
Finanzielle und andere Sicherheiten	19	N/A
Erhaltene Garantien	0	N/A

¹ Erstmalige Datenerhebung von Überfälligen nicht wertgeminderten zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte und Sicherheiten für wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte.

Übernommene Sicherheiten

Wir nehmen Sicherheiten in die Bilanz auf, indem wir zur Risikominderung dienende Sicherheiten oder andere Kreditverbesserungen in unser Eigentum nehmen. Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzen wir übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke. Die in 2014 übernommenen Sicherheiten in gewerblichen und privaten Immobilien bezogen sich in erster Linie auf unser Portfolio in Spanien.

Übernommene Sicherheiten während der Berichtsperiode

in Mio €	2015	2014
Gewerbliche Immobilien	5	21
Private Immobilien	43	44
Sonstige	0	0
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	48	65

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen Immobilien beinhalten keine infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß IFRS 10 übernommenen Sicherheiten. Im Geschäftsjahr 2015 hat der Konzern keine Sicherheiten bezogen auf diese Trusts übernommen, in Vergleich zu 6 Mio € im Geschäftsjahr 2014.

Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio €	2015						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	334	548	882	58	16	74	956
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-64	-51	-116	0	0	0	-116
Nettoabschreibungen:	-482	-612	-1.094	0	0	0	-1.094
Abschreibungen	-538	-717	-1.255	0	0	0	-1.255
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	56	105	161	0	0	0	161
Sonstige Veränderung	36	-8	28	1	10	11	39
Bestand am Jahresende	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft:							
Absolut	-164	-83	-247	71	-1	70	-178
Relativ	-33 %	-13 %	-22 %	-538 %	-8 %	N/A ¹	-16 %
Nettoabschreibungen:							
Absolut	515	-100	415	0	0	0	415
Relativ	-52 %	19 %	-28 %	0 %	0 %	0 %	-28 %
Bestand am Jahresende:							
Absolut	-112	-72	-184	59	27	86	-99
Relativ	-5 %	-3 %	-4 %	69 %	19 %	38 %	-2 %

N/A - nicht aussagefähig

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 5,3 Mrd € am 31. Dezember 2015 im Vergleich zu 5,4 Mrd € zum Jahresende 2014. Dieser Rückgang wurde verursacht durch Abschreibungen, die teilweise im Zusammenhang mit Verkäufen wertgeminderter Kredite standen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 178 Mio € gegenüber dem Vorjahr, verursacht durch den Rückgang der Wertberichtigungen für Kreditausfälle um 247 Mio €. Der Rückgang der Risikovorsorge in unserem einzeln bewerteten Kreditportfolio um 164 Mio € wurde insbesondere durch nach IAS 39 reklassifizierte Kredite und andere Real Estate Kredite in NCOU verursacht. Höhere Risikovorsorge in CB&S, verursacht durch unsere Portfolios für Schiffskredite und Leveraged Finance, hat den gesamten Rückgang teilweise kompensiert. Die um 83 Mio € geringere Risikovorsorge in unserem kollektiv bewerteten Kreditportfolio folgt aus höheren Auflösungen von Wertberichtigungen im Zusammenhang Kreditverkäufen sowie einem andauernd positiven Kreditumfeld in Deutschland und einer Stabilisierung des Südeuropäischen Marktes. Der Anstieg in der Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft um 70 Mio € im Vergleich zur Vorjahresperiode ist auf einen größeren Einzelfall in GTB und die Postbank zurückzuführen.

Der Rückgang der Abschreibungen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2014 um 415 Mio € wird hauptsächlich von der Postbank beeinflusst und ist auf das hohe Niveau des Vorjahres zurückzuführen, das durch einen einmaligen Effekt einer Prozessanpassung verursacht wurde.

Unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und in der NCOU berichtet werden, betrug 389 Mio € zum Jahresende 2015 und damit 8 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, ein Rückgang um 25 % gegenüber 518 Mio € zum Jahresende 2014 (10 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus Nettoabschreibungen in Höhe von 113 Mio € und Nettoauflösungen in Höhe von 44 Mio €, teilweise kompensiert durch Wechselkursveränderungen der überwiegend nicht in Euro denominierten, nach IAS 39 reklassifizierten Kredite.

Im Vergleich Geschäftsjahr 2014 sank die Risikovorsorge für Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 129 Mio € und die Nettoabschreibungen stiegen um 98 Mio € an. Beide Veränderungen wurden hauptsächlich durch Verkäufe wertgeminderter Kredite verursacht.

in Mio €	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			2014
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Insgesamt
	Bestand am Jahresanfang	2.857	2.732	5.589	102	114	216
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	499	631	1.129	- 13	18	4	1.134
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	- 45	- 16	- 61	0	0	0	- 61
Nettoabschreibungen:	- 997	- 512	- 1.509	0	0	0	- 1.509
Abschreibungen	- 1.037	- 613	- 1.650	0	0	0	- 1.650
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	40	101	141	0	0	0	141
Sonstige Veränderung	5	- 2	3	- 4	10	6	9
Bestand am Jahresende	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft:							
Absolut	- 878	- 52	- 930	2	- 3	- 1	- 931
Relativ	- 64 %	- 8 %	- 45 %	- 14 %	- 14 %	- 12 %	- 45 %
Nettoabschreibungen:							
Absolut	- 296	- 160	- 456	0	0	0	- 456
Relativ	42 %	45 %	43 %	0 %	0 %	0 %	43 %
Bestand am Jahresende:							
Absolut	- 494	117	- 376	- 17	28	11	- 366
Relativ	- 17 %	4 %	- 7 %	- 17 %	24 %	5 %	- 6 %

Die Reduktion der Risikovorsorge in unserem Portfolio einzeln beurteilter Kredite in 2014 gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 878 Mio € resultiert aus signifikanten Reduktionen in allen Geschäftsbereichen. Der Rückgang in der NCOU resultierte insbesondere aus geringerer Risikovorsorge für nach IAS 39 reklassifizierte Forderungen sowie aus Krediten an Unternehmen aus dem gewerblichen Immobiliensektor, während unser Kerngeschäft von höheren Auflösungen sowie vom Ausbleiben großer Einzelbuchungen profitierte. Die Risikovorsorge in unserem Portfolio kollektiv beurteilter Kredite reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich aufgrund des anhaltend günstigen Kreditumfelds in Deutschland.

Die Erhöhung der Abschreibungen in 2014 beruht hauptsächlich auf Prozessanpassungen bei der Postbank in unserem Portfolio von einzeln wertgeminderten Krediten. Diese Anpassungen führten zu einer Angleichung des Wertberichtigungsbestands für Kredite der Postbank in Höhe von 233 Mio €. Diese resultieren aus nachgeholten Abschreibungen sowie der Eliminierung einer fehlerhaften Klassifizierung von Verbesserungen der Qualität von Krediten, die bei der Postbank verbucht sind und nach Übernahme der Postbank wertgemindert wurden, als Zinsertrag. Darüber hinaus verzeichneten wir erhöhte Abschreibungen in Zusammenhang mit einem einzelnen Kreditereignis in GTB im Vorjahr, die teilweise kompensiert wurden durch geringere Abschreibungen für nach IAS 39 reklassifizierte Kredite. Der Anstieg der Nettoabschreibungen für kollektiv beurteilte Kredite beruht auf dem Verkauf wertgeminderter Kreditportfolios in Italien.

Unsere Wertberichtigung für Ausfälle von Krediten, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden, betrug 518 Mio € per 31. Dezember 2014 und damit 10 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, und war damit um 8 % höher als der Vorjahresbestand von 479 Mio € (9 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Der leichte Anstieg basiert hauptsächlich auf Wechselkursveränderungen, da die Mehrheit unserer nach IAS 39 reklassifizierten Kredite in Fremdwährungen denominated sind, während die zusätzliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 54 Mio € größtenteils durch Abschreibungen in Höhe von 43 Mio € kompensiert wurde. Im Vergleich zu 2013 ist die Risikovorsorge für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 319 Mio € gesunken, die Nettoabschreibungen sind um 305 Mio € gesunken. Beide Reduktionen resultieren aus dem Ausbleiben großer Einzelbuchungen im Vergleich zu den hohen Werten im Vorjahr.

Derivate – Bewertungsanpassung

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nehmen wir eine Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, „CVA“) beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in unserem Standardkreditgeschäft haben wir in der Regel mehr Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren außerbörslich gehandelten Derivatetransaktionen zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten oder das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir häufig in der Lage, unter den betreffenden Derivatevereinbarungen, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Derivatetransaktionen kurzfristig zu kündigen und glattzustellen.

Die mit unseren Kunden geschlossenen Rahmenvereinbarungen für außerbörslich gehandelte Derivatetransaktionen sehen in der Regel eine breite Palette an Standard- oder spezifischen Kündigungsrechten vor, so dass wir bei Ausfällen eines Geschäftspartners oder in anderen Fällen, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hinweisen, schnell reagieren können. Wir haben einen geringeren Spielraum unter den bestehenden Regeln und Regularien für zentrale Gegenparteien, die hauptsächlich auf den Einzahlungen in Ausfallfonds und Garantien der Mitglieder der Geschäftsabwicklungsstelle beruhen und weniger auf den Kündigungen und Schließungen der Verträge, was nur zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt wird, wenn alle anderen Maßnahmen fehlschlagen sollten. Mit Bezug auf die schweren systemischen Störungen des Finanzsektors, die durch Ausfälle von zentralen Gegenparteien hervorgerufen werden könnten, empfahl das Financial Stability Board („FSB“) im Oktober 2014, diese denselben Abwicklungsmechanismen zuzuordnen, die auch für systemrelevante Banken (G-SIBs) gelten.

Unsere vertraglichen Kündigungsrechte werden von internen Regelungen und Vorgängen mit definierten Rollen und Verantwortlichkeiten unterstützt, die versichern, dass potenzielle Adressenausfallrisiken rechtzeitig identifiziert und adressiert werden. Diese Vorgänge beinhalten notwendige Abwicklungs- und Handelsrestriktionen. Führt unsere Entscheidung dazu, dass Derivatetransaktionen beendet werden, so dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen unseres regulären Abwicklungsprozesses bearbeitet. Infolgedessen weisen wir in der Regel in der Bilanz keine leistungsge störten Derivate aus.

Das Korrelationsrisiko („Wrong-Way Risk“) entsteht, wenn das Engagement gegenüber einem Geschäftspartner negativ mit dessen Bonität korreliert ist. Gemäß Artikel 291 (2) und (4) CRR hatten wir, ohne die Postbank, einen monatlichen Korrelationsrisiko-Überwachungsprozess (für ein spezifisches Korrelationsrisiko, generell explizites Korrelationsrisiko auf Länder-, Industrie oder Regionenebene und generell implizite Korrelationsrisiken) etabliert, wobei Engagements aus Transaktionen, die ein Korrelationsrisiko aufweisen, automatisch selektiert und dem verantwortlichen Kreditbetreuer vorgelegt werden. Ein Korrelationsrisikobericht wird dem Senior Management des Kreditrisikos monatlich zugesendet. Ergänzend verwendeten wir, ohne die Postbank, einen neu etablierten Prozess zur Kalibrierung eines eigenen Alpha-Faktors (wie in Artikel 284 (9) CRR definiert), um das gesamte Korrelationsrisiko in seinen Derivaten und Wertpapierpensionsgeschäften abzuschätzen. Das Kontrahentenrisiko aus Derivatepositionen der Postbank ist für den Konzern immateriell und Sicherheiten werden in der Regel in Form von Barsicherheiten gehalten.

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten

Value-at-Risk-Werte der Handelsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank)

Die nachfolgenden Tabellen und die Grafik zeigen die Value-at-Risk-Werte unserer Handelsbereiche, die mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag berechnet werden. Sie beinhalten nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

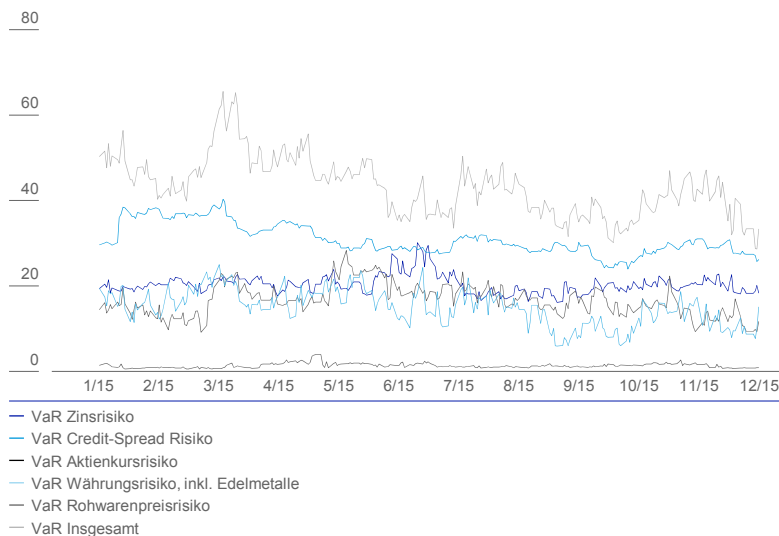
Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko		Credit-Spread Risiko		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt	43,3	51,6	-40,9	-34,9	20,3	25,1	30,9	31,2	16,6	14,8	15,0	13,2	1,3	2,2
Maximum	65,6	71,4	-59,2	-61,9	30,2	42,8	40,3	38,9	28,3	24,6	25,0	21,2	4,0	10,2
Minimum	28,7	35,4	-31,0	-24,4	16,2	15,7	24,0	25,9	9,2	9,9	6,0	6,9	0,5	0,7
Periodenende	33,3	49,0	-38,8	-36,0	18,3	18,1	26,2	29,6	11,7	15,5	15,1	20,5	0,9	1,3

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Entwicklung des Value-at-Risk nach Risikoarten in 2015

In Mio €



Der durchschnittliche Value-at-Risk in 2015 betrug 43,4 Mio €, was einem Rückgang von 8,3 Mio € gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2014 entspricht. Der durchschnittliche Value-at-Risk für das Zinsrisiko verringerte sich und es gab Anstiege im durchschnittlichen Value-at-Risk für das Währungsrisiko und das Aktienkursrisiko. Der Value-at-Risk für das Währungsrisiko erhöhte sich aufgrund eines im Durchschnitt erhöhten US Dollar Risikopositionswertes im Vergleich zum Jahr 2014. Der Value-at-Risk für das Aktienkursrisiko erhöhte sich aufgrund eines erhöhten Risikopositionswertes in einzelnen Aktien. Zusätzlich trug eine erhöhte Marktvolatilität innerhalb des Einjahreszeitraums, welcher zur Berechnung des Value-at-Risk verwendet wird, zum Anstieg der Aktienkursrisiko- und Währungsrisiko-Value-at-Risk-Werte bei. Der allgemeine Rückgang des Value-at-Risk ist getrieben durch einen reduzierten Value-at-Risk für das Zinsrisiko und eine Verbesserung des Diversifikationseffektes.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko (ohne Postbank)

Die nachfolgenden Tabellen zeigen den Stress-Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Sie beinhalten nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten

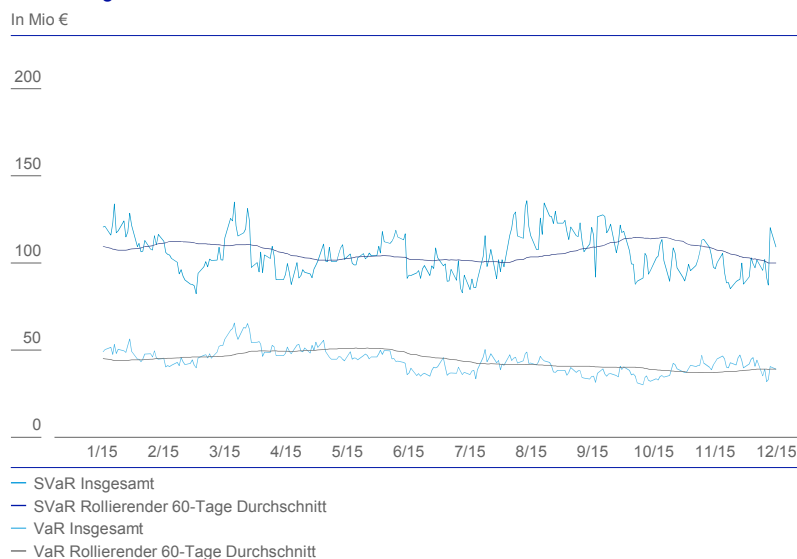
in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt	105,1	109,6	-114,5	-125,4	60,7	64,4	106,7	124,0	22,8	11,5	26,7	29,7	2,5	5,4
Maximum	135,7	161,1	-186,7	-168,0	84,2	85,9	154,5	142,8	68,7	42,6	59,8	70,3	7,6	16,7
Minimum	82,4	81,6	-71,7	-102,3	45,1	48,8	82,6	100,7	0,1	0,0	5,7	13,7	0,7	1,4
Periodenende	106,3	120,7	-98,0	-139,3	45,5	52,3	90,9	140,8	44,1	18,8	22,6	46,2	1,2	1,8

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk belief sich in 2015 auf 105,1 Mio €, was einem Rückgang von 4,5 Mio € im Vergleich zum Jahr 2014 entspricht. Es stellte sich eine Reduzierung des Credit-Spread Stress-Value-at-Risk ein, welche teilweise durch einen höheren Stress-Value-at-Risk für das Aktienkursrisiko aufgewogen wurde. Der Stress-Value-at-Risk für das Aktienkursrisiko stieg aufgrund höherer Risikopositionswerte gegenüber Einzeladressen und einer im Durchschnitt geringeren Absicherung der Verlustseite verglichen mit dem Jahr 2014. Der im Durchschnitt und zum Periodenende geringere Stress-Value-at-Risk für das Credit-Spread-Risiko ist auf eine Verbesserung des Korrelationsansatzes zurückzuführen, welcher zur Aggregation des Credit-Spread-Risikos innerhalb des Value-at-Risks verwendet wird.

Das folgende Diagramm vergleicht die Entwicklung des täglichen Value-at-Risk mit dem täglichen Stress-Value-at-Risk und ihren 60-Tage-Durchschnittswerten, jeweils mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag für unsere Handelsbereiche berechnet. Die Beträge sind in Millionen Euro angegeben und schließen Beiträge aus dem Postbank-Handelsbuch aus, die separat berechnet werden.

Entwicklung des Value-at-Risk und des Stress-Value-at-Risk in 2015



Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der Inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert des Stichtags oder den Durchschnittswert der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Im Gegensatz dazu ist der Inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage der

Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximal- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

**Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche
(mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)^{1,2,3}**

in Mio €	Insgesamt		Fixed Income & Currencies		Structured Finance		Emerging Markets - Debt		NCOU		Sonstige	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Durchschnitt	974,9	811,9	520,3	532,8	298,4	152,2	235,2	164,1	17,6	-3,6	-96,8	-33,5
Maximum	1.020,8	1.065,4	673,2	719,3	404,6	189,3	299,7	220,2	84,8	39,4	-56,6	64,7
Minimum	843,8	647,9	448,2	381,8	203,4	106,3	144,2	119,5	-4,8	-25,8	-124,1	-88,0
Periodenende	843,8	1.037,8	448,2	603,4	203,4	159,8	264,4	170,5	3,0	39,4	-75,2	64,7

¹ Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember 2015 beziehungsweise am 31. Dezember 2014 endete.

² Alle Liquiditätshorizonte sind auf 12 Monate festgelegt.

³ Für das Periodenende 2014 wurde der Spot-Wert für den IRC berechnet als der wöchentliche Spot-Wert plus den durchschnittlichen Add On für Positionen, die kein Rating aufweisen. Dieser Durchschnitt basiert auf dem Zeitraum vom 14. November 2014 bis 31. Dezember 2014, sodass das Zeitintervall den Tag des Posteingangs des Briefes der BaFin bis zum Jahresende umfasst. Für das Jahresende 2015 wurde der Spot-Wert für den IRC als wöchentlicher Spot-Wert plus Spot-Wert des Add Ons für Positionen, die kein Rating aufweisen, berechnet.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag betrug 844 Mio € zum Jahresende 2015 und verringerte sich um 194 Mio € (19 %) verglichen mit dem Jahresende 2014. Der Inkrementelle Risikoaufschlag basierend auf einem Zwölf-Wochen-Durchschnitt betrug 975 Mio € zum Jahresende 2015 und damit 163 Mio € (20 %) mehr verglichen mit dem Durchschnitt der zwölf Wochen, welche am 31. Dezember 2014 geendet haben. Der Rückgang zum Ende des Jahres 2015 ist verursacht durch verringerte Bestände in den Bereichen Distressed Products und Credit Flow Trading. Für die Berechnung zum Jahresende 2014 wurde die Bank durch die BaFin gebeten, neue Zuschläge („Add-Ons“) für „Defaulted Debt“ und Positionen, die keine Bonitätseinstufung aufweisen, einzubeziehen. Da diese Add-Ons für das gesamte vierte Quartal 2015 einbezogen wurden, ist der durchschnittliche Aufschlag höher als der, der für die gleiche Periode in 2014 angegeben ist.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem internen Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem unteren Schwellenwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem standardisierten Verbriefungsrahmenwerk.

**Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche
(mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)^(1,2,3)**

in Mio €	2015	2014
Durchschnitt	188,4	246,9
Maximum	197,3	257,5
Minimum	180,3	223,0
Periodenende	190,2	222,0

¹ Der regulatorische umfassende Risikoansatz wird auf Basis des Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember endet.

² Periodenende basiert auf internem Model-Spot-Wert.

³ Alle Liquiditätshorizonte sind auf 12 Monate festgelegt.

Der Wert für den Umfassenden Risikoansatz zum Jahresende 2015 betrug 190 Mio € und verringerte sich um 32 Mio € (14 %) im Vergleich zum Jahresende 2014. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt unseres Umfassenden Risikoansatzes betrug 188 Mio € zum Jahresende 2015 und damit 59 Mio € (24 %) weniger als der Zwölf-Wochen-Durchschnitt zum Jahresende 2014. Der Rückgang stellte sich aufgrund des kontinuierlichen Risikoabbaus im Portfolio ein.

Marktrisiko-Standardansatz

Zum 31. Dezember 2015 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem spezifischen Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 810,8 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 10,1 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2014 führten diese Positionen zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 1,682 Mio €, die einem gesamten RWA-Äquivalent von 21,0 Mrd € entsprachen. Der Rückgang ist hauptsächlich auf den Risikoabbau zurückzuführen, welcher zum Teil durch einen Anstieg in Folge des Ablaufs der Übergangsfristen, welche in Artikel 337 (4) CRR garantiert sind, aufgewogen wurde, da die Berechnung nun auf der Summe der gewichteten Netto-Long-Positionen und der Summe der gewichteten Netto-Short-Positionen beruht anstatt der größeren der beiden Summen. Zusätzlich kam es zu einem Anstieg durch Wechselkurseffekte.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate stiegen zum 31. Dezember 2015 auf 6 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 78 Mio € entsprach, verglichen mit 1 Mio € beziehungsweise 19 Mio € zum 31. Dezember 2014. Diese Entwicklung ist auf die zuvor erwähnten regulatorischen Änderungen zurückzuführen.

Ergänzend beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 31. Dezember 2015 auf 70 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 873 Mio € entsprach, im Vergleich zu 91 Mio € und 1.139 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Die Kapitalanforderung für das Langlebkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betrug für NCOU und PIRM 36 Mio € zum 31. Dezember 2015, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 451 Mio € entsprach, verglichen mit 26 Mio € und 326 Mio € zum 31. Dezember 2014.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

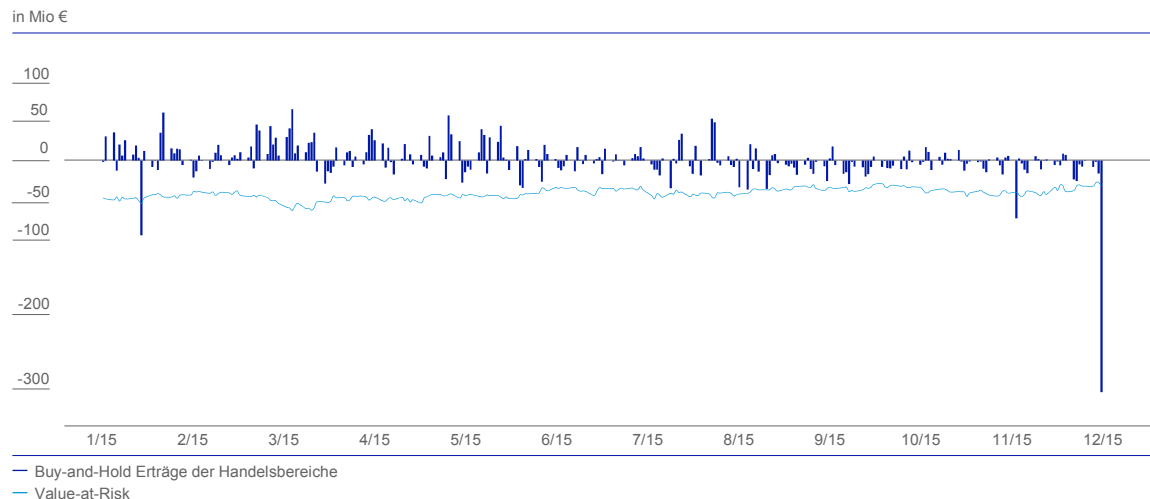
Der Value-at-Risk des Postbank-Handelsbuchs betrug bei einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag 0 € am 31. Dezember 2015 sowie am 31. Dezember 2014. Die derzeitige Handelsbuch-Strategie der Postbank erlaubt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch. Daher enthielt das Handelsbuch der Postbank zum 31. Dezember 2015 und zum 31. Dezember 2014 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert.

Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtestings des Trading Market Risk

In 2015 haben wir drei globale Ausreißer, in denen die Verluste auf der Buy-and-Hold-Basis den Value-at-Risk überstiegen, gegenüber einem Ausreißer in 2014 beobachtet. Der erste Ausreißer war im Januar 2015 zu verzeichnen, verursacht durch Verluste im Geschäftsbereich Global Foreign Exchange in Folge der Entscheidung der Schweizer Nationalbank, den Mindestkurs für den Schweizer Franken gegenüber dem Euro aufzugeben. Die zwei weiteren Ausreißer ereigneten sich im November und Dezember 2015 und wurden durch Risikoabbau-Aktivitäten in der Non-Core Operating Unit getrieben. Basierend auf den Ergebnissen unseres Backtestings, unserer Analyse der zugrunde liegenden Gründe der Ausreißer und Verbesserungen in unserer Value-at-Risk-Methodik sind wir weiterhin davon überzeugt, dass unser Value-at-Risk-Modell ein angemessenes Maß für unser handelsbezogenes Marktrisiko unter normalen Marktbedingungen darstellt.

Das folgende Schaubild zeigt die täglichen Buy-and-Hold-Handelsergebnisse der Handelseinheiten im Vergleich zum Value-at-Risk gegenüber dem jeweiligen Vortag für die Handelstage der Berichtsperiode. Der Value-at-Risk wird in negativen Beträgen dargestellt, um den abgeschätzten potenziellen Verlust visuell mit den Buy-and-Hold-Handelsergebnissen vergleichen zu können. Die Beträge sind in Mio € angegeben und umfassen nicht den für das Handelsbuch der Postbank separat berechneten Value-at-Risk. Das Schaubild unterlegt, dass unsere Handelseinheiten ein positives Buy-and-Hold-Handelsergebnis an 51 % der Handelstage in 2015 erzielt haben (gegenüber 52 % in 2014). Zudem sind die drei globalen Ausreißer aufgezeigt.

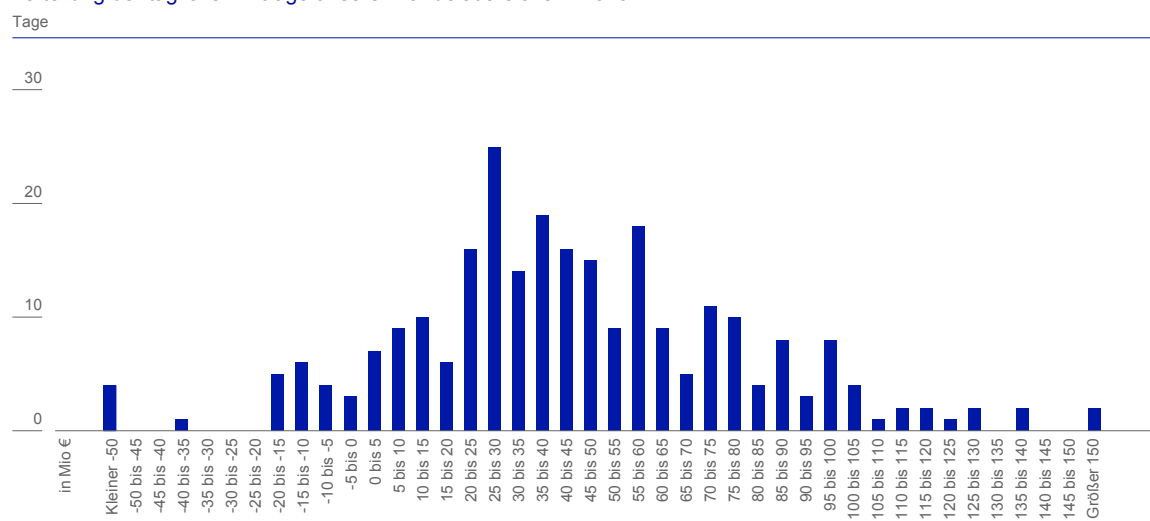
Tägliche Buy-and-Hold-Handelsergebnisse der Handelseinheiten im Vergleich zum Value-at-Risk in 2015



Tägliche Erträge der Handelsbereiche

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge unserer Handelsbereiche (ohne Postbank). Das tägliche Ergebnis ist definiert als vollständiges Ergebnis, welches durch neue Handelsgeschäfte, Gebühren und Provisionen, „Buy-and-Hold“, Reserven, „Carry“ und andere Erträge erzielt wird. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelsertrag erzielt wurde.

Verteilung der täglichen Erträge unserer Handelsbereiche in 2015



Im Jahr 2015 erzielten unsere Handelsbereiche an 91 % der Handelstage einen positiven Ertrag (gegenüber 95 % in 2014).

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

Buchwerte und Ökonomischer Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios

in Mio €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Strategische Beteiligungen	829	4.051	332	1.676
Alternative Assets	6.363	3.414	2.764	1.171
Principal Investments	1.735	1.900	504	902
Sonstige nichtstrategische Beteiligungen	4.627	1.514	2.260	269
Sonstige nichtgehandelte Marktrisiken ¹	N/A	N/A	9.782	7.051
Zinsrisiko	N/A	N/A	2.057	1.683
Bonitätsaufschlagsrisiko	N/A	N/A	1.654	319
Aktienvergütungsrisiko	N/A	N/A	405	-237
Pensionsrisiko	N/A	N/A	828	1.189
Strukturelle Währungsrisiken	N/A	N/A	3.183	2.672
Garanteed Funds	N/A	N/A	1.655	1.425
Nichthandelsportfolios insgesamt	7.192	7.465	12.878	9.898

N/A – Nicht anwendbar

¹ N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten.

In den Gesamtzahlen des Ökonomischen Kapitals sind Diversifikationseffekte zwischen den unterschiedlichen Vermögensklassen Zins- und Credit-Spread-Risiken, Aktienvergütungsprogramme, Risiken aus Pensionsverpflichtungen und strukturellen Währungsrisiken berücksichtigt.

- **Strategische Beteiligungen.** Die Verringerung des Ökonomischen Kapitalbedarfs entstand vor allem durch die Reklassifizierung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Company Limited in Nichtstrategische Beteiligungen.
- **Alternative Assets.** Das Ökonomische Kapital für nicht handelsbezogene Marktrisiken erhöhte sich 2015 hauptsächlich durch die Reklassifizierung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Company Limited in Nichtstrategische Beteiligungen. Weitere Erhöhungen sind bedingt durch Methodenverbesserungen wie die Angleichung des Investitionsrisikomodells an das Stress-Value-at-Risk basierte Ökonomische Kapitalmodell.
- **Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:**
 - **Zinsrisiko.** Neben dem den offenen Zinsrisikopositionen zugeordneten Ökonomischen Kapital besteht eine wesentliche Komponente in dieser Kategorie aus der Fristentransformation der vertraglich kurzfristigen Einlagen. Die effektive Laufzeit der vertraglich kurzfristigen Einlagen basiert auf beobachtbarem Kundenverhalten, der Elastizität der Marktzinssätze für Einlagen (DRE) und der Volatilität der Einlagenhöhe. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird abgeleitet durch Parameterannahmen, die Marktstressszenarien widerspiegeln, insbesondere die DRE, für die effektive Laufzeit täglich fälliger Einlagen. Verhaltens- und wirtschaftliche Profile werden bei der Berechnung der effektiven Laufzeit berücksichtigt ebenso wie optionale Ziehungen in unserem Baufinanzierungsgeschäft. Am 31. Dezember 2015 betrug unser Ökonomischer Kapitalbedarf für Zinsrisiken 2.057 Mio € gegenüber 1.683 Mio € am 31. Dezember 2014, hauptsächlich im Bereich PBC einschließlich Postbank, BHW und Deutsche Bank Bauspar und im Bereich Treasury, abgebildet unter Consolidation & Adjustments.
 - **Credit-Spread-Risiken.** Ökonomischer Kapitalbedarf für Portfolios im Anlagebuch mit wesentlichen Credit-Spread-Risiken. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 1.654 Mio € gegenüber 319 Mio € zum 31. Dezember 2014. Die Erhöhung im Ökonomischen Kapitalbedarf beruht auf Methodenverbesserungen im Bezug auf der Erfassung von Credit-Spread-Risiken von Wertpapieren der Liquiditätsreserve.

- **Aktienvergütungsrisiken.** Risiko aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2015 betrug 405 Mio € auf diversifizierter Basis, verglichen mit minus 237 Mio € zum 31. Dezember 2014. Die Erhöhung beruht hauptsächlich auf einer Methodenanpassung an das Standardmarkttrisiko-Modell aus den Handelsaktivitäten.
- **Pensionsrisiken.** Das Risiko resultierend aus unseren leistungsdefinierten Versorgungszusagen inklusive Zinsrisiko und Inflationsrisiko, Credit-Spread-Risiken, Aktienkursrisiko und Langlebigkeitsrisiko. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf betrug 828 Mio € und 1.189 Mio € zum 31. Dezember 2015 respektive zum 31. Dezember 2014. Die Reduktion ist im Wesentlichen zurückzuführen auf eine Erhöhung der Diversifikationseffekte mit anderen Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten.
- **Strukturelle Währungsrisiken.** Unser Währungsrisiko entsteht aus nicht währungskursgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 3.183 Mio € zum 31. Dezember 2015 versus 2.672 Mio € zum 31. Dezember 2014. Der Anstieg beruht hauptsächlich auf einem stärkeren US Dollar gegenüber dem Euro.
- **Garanteed Funds-Risiken.** Der Anstieg im Ökonomischen Kapitalbedarf von 1,4 Mrd € vom 31. Dezember 2014 auf 1,7 Mrd € zum 31. Dezember 2015 ist größtenteils zurückzuführen auf geänderte Diversifikationseffekte und Methodenverbesserungen.

Risikopositionswert des operationellen Risikos

Operationelles Risiko – Risikoprofil

Verluste aus operationellen Risiken pro Verlustkategorie (Gewinn- und Verlustsicht)

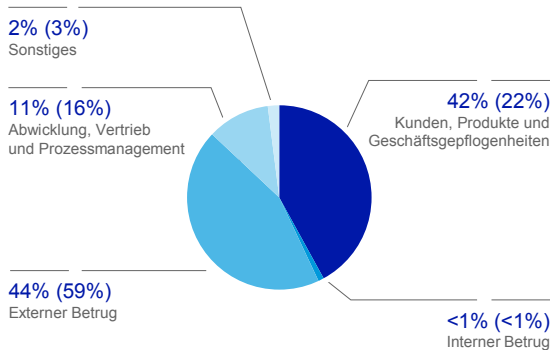
in Mio €	2015	2014 ¹
Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten	3.667	1.806
Interner Betrug	1.338	523
Externer Betrug	475	20
Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement	280	70
Sonstiges	22	61
Insgesamt	5.782	2.480

¹ Veränderte 2014 Verlustzahlen verursacht durch Reklassifizierungen und nachträgliches Erfassen von Verlusten

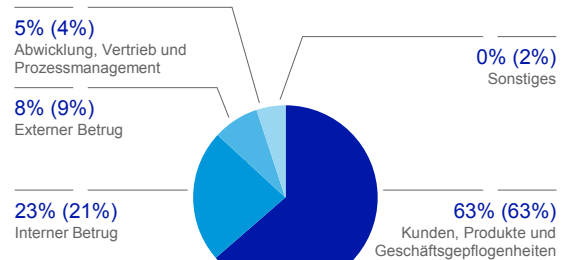
Aus Sicht der Gewinn- und Verlustrechnung ist die Summe aller Verluste aus operationellen Risiken um 3,3 Mrd € oder 133 % höher im Vergleich zum Jahresende 2014. Der Anstieg ist hauptsächlich durch die Verlustkategorien Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten sowie Interner Betrug aufgrund erzielten Einigungen und höherer Rückstellungen für laufende und Rechtsstreitigkeiten begründet. Der Anstieg in der Verlustkategorie Externer Betrug ist durch Rückstellungen im Aktienhandel begründet. Die Verlustkategorie Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Die Verlustkategorie Sonstiges verzeichnet einen leichten Rückgang.

Operationelle Verluste pro Verlustkategorie, aufgetreten im Zeitraum 2015 (2010–2014)¹

Anzahl operationeller Verluste (nach Verlusteintrittsdatum)



Verteilung operationeller Verluste (nach Buchungsdatum)



¹ Prozentangabe in Klammern entspricht der Anzahl der Verluste beziehungsweise Summe der gebuchten Verluste im Zeitraum 2010–2014. Verlustanzahl und –betrag können sich nachträglich verändern.

Das oben links gezeigte Kuchendiagramm „Anzahl operationeller Verluste“ fasst die eingetretenen operationellen Verluste zusammen, die im Jahr 2015 eintraten gegenüber den eingetretenen Verlusten des Zeitraums 2010 bis 2014, basierend auf der Periode in der ein Verlust je Event zum erstem Mal auftrat. Ein Verlust, der zum Beispiel in 2002 eingetreten ist und zu einer Buchung eines OR-Verlusts in 2015 führte, würde in der Grafik „Anzahl operationeller Verluste“ fehlen, aber in der Grafik „Verteilung operationeller Verluste“ enthalten sein.

Bei der Betrachtung der Verlustfrequenz trat die Verlustkategorie Externer Betrug mit einem Anteil von 44 % aller Verluste hervor. Die Verlustkategorie Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten hat einen Anteil von 42 % gefolgt von der Verlustkategorie Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement mit 11 %. Die Summe der verbleibenden Verlustkategorien (Sonstiges) ist mit 2 % konstant. Die Verlustkategorie Interner Betrug trägt verglichen mit 2010 bis 2014 unverändert mit einem Anteil von weniger als 1 % zu der Verlustfrequenz bei.

In der Grafik oben rechts wird die Verteilung der Verluste aus operationellen Risiken (Gewinn- und Verlustsicht), 2015 gegenüber denen die in den letzten fünf Jahren gebucht wurden, dargestellt. Die Verlustkategorie Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten hat mit 44 % den größten Anteil an der Gesamtsumme aller Verluste und reflektiert die Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und den damit verbundenen Maßnahmen. Interner Betrug stellt mit 23 % den zweitgrößten Anteil dar und ist durch regulatorische Auseinandersetzungen vergangener Jahre zu begründen. Die Verlustkategorie Externer Betrug ist mit 8 % beziehungsweise Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement mit 5 % verglichen zu den anderen Verlustkategorien von geringerer Bedeutung.

Risikopositionswerte des Liquiditätsrisikos

Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen

Die Kreditmärkte in 2015 waren beeinflusst von anhaltender politischer Unsicherheit in der Eurozone, dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und der Einführung einer Vielzahl von Gesetzen von Massnahmen mit der Intention, das Ausmass der impliziten Staatsunterstützung für Banken zu reduzieren, Deutschland eingeschlossen, mit den daraus folgenden Auswirkungen auf Bankratings mit Bezug auf erstrangige Emissionen. Der fünfjährige Deutsche Bank-CDS wurde in der Spanne zwischen 61 und 110 Basispunkten gehandelt und erreichte seinen Höchststand im Juli. Seitdem ist der Risikoaufschlag leicht gesunken und der CDS wurde zum Jahresende am höheren Ende dieser Spanne gehandelt. Die Aufschläge auf unsere Anleihen wiesen eine ähnliche Volatilität auf. Unsere Euro-Benchmarkanleihe mit

einem Coupon von 1,25 %, die im September 2021 fällig wird wurde zum Beispiel in der Spanne zwischen 29 und 101 Basispunkten gehandelt und schloss das Jahr in der Mitte dieser Spanne.

Unser Refinanzierungsplan für 2015 in Höhe von bis zu 35 Mrd €, der Eigenemissionen mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr umfasst, wurde vollständig erfüllt und wir haben das Jahr 2015 mit einem Refinanzierungsvolumen von 39,1 Mrd € beendet. Die Refinanzierung verteilte sich hauptsächlich auf die folgenden Finanzierungsquellen: Emission unbesicherter und besicherter Benchmarkanleihen (8,4 Mrd €), nachrangige (Tier 2) Benchmarkanleihen (2,8 Mrd €), unbesicherte Emissionen an Privatkunden (11,3 Mrd €) und andere unbesicherte und besicherte Privatplatzierungen (16,6 Mrd €). Der wesentliche Teil des Gesamtemissionsvolumens von 39,1 Mrd € wurde in Euro emittiert (18,6 Mrd €). Darüber hinaus haben wir 16,5 Mrd € in US Dollar und kleine Beträge in JPY und CHF emittiert. Zusätzlich zu den direkten Emissionen nutzen wir langfristige Währungsswaps, um unseren Refinanzierungsbedarf außerhalb des Euro zu steuern. Unsere Investorenbasis umfasst Privatkunden (29 %), Banken (16 %), Vermögensverwalter und Pensionsfonds (22 %), Versicherungen (9 %) und andere institutionelle Investoren (25 %). Aus geografischer Sicht teilte sich die Investorenbasis auf Deutschland (22 %), das restliche Europa (41 %), die USA (18 %), die Region Asien/Pazifik (13 %) und andere Länder (5 %) auf. Von unseren zum 31. Dezember 2015 ausstehenden Kapitalmarktmissionen wurden etwa 86 % auf unbesicherter Basis emittiert.

Der durchschnittliche Risikoaufschlag für unsere Emissionen über dem relevanten variablen Index (zum Beispiel Libor) betrug für das gesamte Jahr 57 Basispunkte bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 6,3 Jahren. Unsere Emissionsaktivitäten waren im ersten Halbjahr höher, mit einem sich reduzierenden Volumen im zweiten Halbjahr des Jahres 2015. In den einzelnen Quartalen haben wir die folgenden Volumina emittiert: 16,9 Mrd €, 5,5 Mrd €, 10,4 Mrd € und 6,3 Mrd €.

Für 2016 gehen wir in der Grundannahme von einem Refinanzierungsplan von bis zu 35 Mrd € aus. Wir planen, diesen über die oben genannten Quellen zu erfüllen, ohne dabei von einer Quelle übermäßig abhängig zu sein. Des Weiteren planen wir einen Teil dieser Refinanzierung in US-Dollar aufzunehmen und Währungsswaps abzuschließen, um den verbleibenden Finanzierungsbedarf abzudecken. Unsere gesamten Kapitalmarktfälligkeiten, ohne rechtlich ausübbarer Kaufoptionen, belaufen sich 2016 auf rund 22,4 Mrd €.

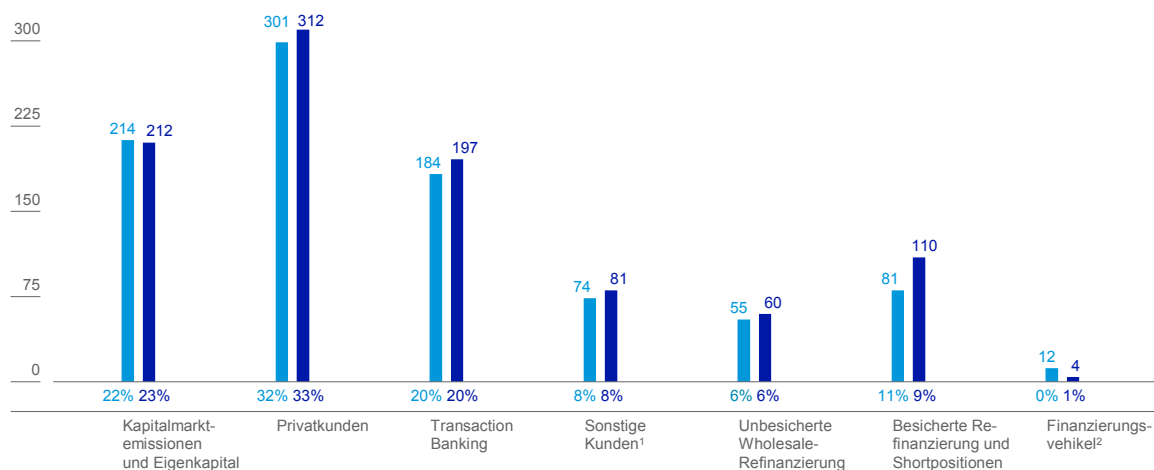
Diversifizierung der Finanzierungsmittel

In Laufe von 2015 ist unser Gesamtrefinanzierungsvolumen um 56,7 Mrd € (6 %) angestiegen. Der größte Teil hierbei kam aus unserem CB&S-Geschäft, insbesondere kam eine Erhöhung aus der besicherten Refinanzierung und Shortpositionen um 29,6 Mrd € (37 %), sonstigen Kunden um 7,4 Mrd € (10 %) und aus der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung um 5,6 Mrd € (10 %), welche erhöhte Geschäftsaktivität zeigte im Vergleich zu den sehr niedrigen Jahresendniveaus in 2014, die getrieben wurde von unseren Deleveraging Aktivitäten in diesem Jahr. Wir hatten ebenfalls kleinere Zugänge bei den Privatkunden (10,8 Mrd €, 4 %) und Transaktionsbankkunden (12,5 Mrd €, 7 %). Diese Zuwächse haben die Rückgänge in Finanzierungsvehikeln (7,9 Mrd €, 67 %) und in Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital (1,5 Mrd €, 1 %), mehr als überkompensiert. Der Gesamtanteil der stabilsten Refinanzierungsquellen (bestehend aus Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital, Privatkunden und Transaktionsbankkunden) sank von 76 % auf 74 %.

Das Gesamtvolumen unserer unbesicherten Wholesale-Refinanzierung und der besicherten Refinanzierung schwankte zwischen den Berichtszeiträumen basierend auf unseren zugrunde liegenden Geschäftsaktivitäten. Die Schwankungen sind abhängig von kundenbezogenen Wertpapierfinanzierungsgeschäften sowie von Veränderungen im liquiden Handelsbestand zwischen den Quartalsenden.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen

in Mrd €



■ Am 31. Dezember 2014: gesamt 919 Mrd €

■ Am 31. Dezember 2015: gesamt 976 Mrd €

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Abgleich zur Bilanzsumme: Derivate und Abwicklungssalden 528 Mrd € (660 Mrd €), Aufrechnungseffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 71 Mrd € (75 Mrd €), sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 54 Mrd € (54 Mrd €), jeweils zum 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2014; Beträge können aufgrund von Rundungen Summenabweichungen ergeben.

Fälligkeiten von unbesicherter Wholesale-Refinanzierung, ABCP und Kapitalmarktmissionen¹

31.12.2015

in Mio €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischen-summe weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	11.101	8.073	3.196	1.399	23.769	143	69	23.981
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	2.872	8.911	5.090	4.078	20.950	319	191	21.460
CDs und CP	1.216	3.718	3.984	5.636	14.555	298	1	14.853
ABCP	0	0	0	0	0	0	0	0
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	2.794	6.651	3.166	3.082	15.694	17.136	41.052	73.882
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	512	2.045	1.296	3.368	7.221	5.404	21.053	33.679
Besicherte Schuldverschreibungen	0	51	1.371	75	1.496	2.460	18.056	22.012
Nachrangige Verbindlichkeiten	734	680	263	310	1.987	1.376	16.199	19.562
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt²	19.229	30.129	18.367	17.948	85.673	27.136	96.621	209.430
davon:								
Besichert	0	51	1.371	75	1.496	2.460	18.056	22.012
Unbesichert	19.229	30.078	16.996	17.873	84.176	24.677	78.565	187.418

¹ Beinhaltet zusätzliche AT1-Anleihen, die als zusätzliche Eigenkapitalbestandteile in der Bilanz ausgewiesen werden. Werte für 2014 wurden entsprechend angepasst.

² Verbindlichkeiten mit Kündigungsrechten werden mit ihrem rechtlich frühestmöglichen Kündigungstermin eingestellt. Über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer derartigen Kündigung werden keine Annahmen getroffen.

Das Gesamtvolumen der innerhalb eines Jahres fällig werdenden unbesicherten Wholesale-Verbindlichkeiten, ABCP und Kapitalmarktmissionen in Höhe von 86 Mrd € zum 31. Dezember 2015 sollte im Zusammenhang mit unseren gesamten Liquiditätsreserven von 215 Mrd € betrachtet werden.

	31.12.2014							
in Mio €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischen-summe weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	7.816	5.373	7.930	2.541	23.661	42	350	24.053
Einlagen von sonstigen								
Wholesale-Kunden	2.828	1.569	2.979	2.387	9.763	306	404	10.473
CDs und CP	1.747	4.629	8.080	5.623	20.080	20	28	20.128
ABCP	2.849	233	0	0	3.082	0	0	3.082
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	756	2.823	4.589	4.978	13.145	12.904	40.031	66.080
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	528	1.721	2.384	3.655	8.288	3.698	22.242	34.227
Besicherte Schuldverschreibungen	0	11	1.223	458	1.693	1.701	20.325	23.719
Nachrangige Verbindlichkeiten	636	2.352	1.772	799	5.559	537	14.508	20.604
Sonstige	0	0	0	166	166	13	131	310
Insgesamt¹	17.161	18.711	28.958	20.607	85.437	19.220	98.020	202.676
davon:								
Besichert	2.849	244	1.223	458	4.775	1.701	20.325	26.801
Unbesichert	14.311	18.467	27.735	20.149	80.662	17.519	77.695	175.875

¹ Verbindlichkeiten mit Kündigungsrechten werden mit ihrem rechtlich frühestmöglichen Kündigungstermin eingestellt. Über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer derartigen Kündigung werden keine Annahmen getroffen.

Die folgende Tabelle zeigt den Währungsaufriß unserer kurzfristigen unbesicherten Wholesale-Refinanzierungen, unserer ABCP-Refinanzierung und unserer Kapitalmarktmissionen.

Währungsaufriß der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung, ABCP und der Kapitalmarktmissionen

in Mio €	31.12.2015					31.12.2014				
	in EUR	in USD	in GBP	in anderen Währungen	Insgesamt	in EUR	in USD	in GBP	in anderen Währungen	Insgesamt
Einlagen von Banken	4.875	17.066	1.053	987	23.981	6.123	15.738	284	1.907	24.053
Einlagen von sonstigen										
Wholesale-Kunden	15.912	4.257	476	815	21.460	3.379	4.621	800	1.673	10.473
CDs und CP	10.771	1.202	1.843	1.038	14.853	13.572	3.216	1.655	1.685	20.128
ABCP	0	0	0	0	0	312	2.674	96	0	3.082
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	47.576	20.573	110	5.623	73.882	43.498	16.923	378	5.282	66.080
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	10.342	19.322	176	3.838	33.679	12.136	16.884	168	5.038	34.227
Besicherte Schuldverschreibungen	21.952	60	0	0	22.012	23.653	66	0	0	23.719
Nachrangige Verbindlichkeiten	8.507	9.858	800	397	19.562	9.617	9.802	791	394	20.604
Sonstige	0	0	0	0	0	72	218	0	20	310
Insgesamt	119.935	72.338	4.459	12.698	209.430	112.363	70.141	4.173	16.000	202.676
davon:										
Besichert	21.952	60	0	0	22.012	23.965	2.740	96	0	26.801
Unbesichert	97.984	72.278	4.459	12.697	187.418	88.398	67.402	4.076	16.000	175.875

Liquiditätsreserven

Zusammenfassung unserer frei übertragbaren Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften.

in Mrd €	31.12.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	98	98	65	65
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	75	75	54	54
Tochtergesellschaften	23	23	11	11
Hochliquide Wertpapiere (enthält Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	100	94	103	96
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	78	73	81	75
Tochtergesellschaften	22	21	23	20
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	17	13	16	11
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	14	11	14	10
Tochtergesellschaften	3	2	2	1
Gesamte Liquiditätsreserven	215	205	184	171
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	167	159	149	139
Tochtergesellschaften	48	46	35	32

Am 31. Dezember 2015 beliefen sich unsere frei übertragbaren Liquiditätsreserven auf 215 Mrd € im Vergleich zu 184 Mrd € am 31. Dezember 2014. Die Hauptursache für diesen Zuwachs um 31 Mrd € in 2015 war ein Anstieg von 34 Mrd € in Verfügbare Barsalden und Äquivalente während des Jahres, die hauptsächlich durch eine Erhöhung unserer externen Refinanzierung getrieben wurde, zusammen mit einem kleineren Rückgang in Hochliquiden Wertpapieren. Unsere Liquiditätsreserven betragen im Berichtsjahr durchschnittlich 202,2 Mrd € gegenüber 189,8 Mrd € in 2014. Die obige Tabelle zeigt den Buchwert für den Bilanzwert unserer Liquiditätsreserven, während der Liquiditätswert unsere Schätzung des Werts widerspiegelt, der vor allem durch besicherte Refinanzierungen erzielt werden könnte. Dabei werden die Entwicklungen an den Märkten für besicherte Refinanzierungen in Stressperioden berücksichtigt.

Der Liquiditätswert (gewichtet) unserer Liquiditätsreserven von 205 Mrd € übersteigt den Liquiditätswert (gewichtet) unserer liquiden Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets - HQLA) von 192 Mrd €. Die Hauptunterschiede dieser Differenz sind: Liquiditätsreserven enthalten Zentralbank-fähige, aber ansonsten illiquide Sicherheiten (zum Beispiel gehandelten Krediten, andere Firmenanleihen mit Investmentgrade und ABS), welche nicht in den HQLA enthalten sind; die HQLA enthalten Aktien von Hauptindizes, aber schließen Geldguthaben mit Zentralbanken um eine minimale Geldanforderung zu erfüllen und Geldguthaben mit nicht EU-Banken, die schlechter als mit AA-bewertet sind aus, die in der LCR beinhaltet sind, aber nicht als Teil der HQLA.

Mindestliquiditätsquote

Unsere LCR von 119 % zum 31. Dezember 2015 wurde gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission berechnet (im Einklang mit dem technischen Implementierungsstandard der EBA zum Reporting der LCR an Aufsichtsbehörden).

Komponenten der Mindestliquiditätsquote

in Mrd €	31.12.2015 Liquiditätswert (gewichtet)
Erstklassige liquide Aktiva	192
Mittelzuflüsse	111
Mittelabflüsse	272
Nettomittelabflüsse	161
LCR in %	119

Management des Refinanzierungsrisikos

Strukturelle Refinanzierung

Beide, die über alle Währungen aggregierte und die US-Dollar-Liquiditätsablaufbilanz waren innerhalb der entsprechenden Risikotoleranzen per Jahresende 2015 sowie 2014 und die Liquiditätsablaufbilanz für GBP überstieg den Risikoappetit zum Jahresende 2015.

Stresstests und Szenarioanalysen

Weltweite monatliche Stresstestergebnisse über alle Währungen

in Mrd €	31.12.2015			31.12.2014 ¹		
	Finanzierungs-lücke ²	Positions-schließung ³	Netto-Liquiditäts-position ⁴	Finanzierungs-lücke ²	Positions-schließung ³	Netto-Liquiditäts-position ⁴
Systemisches Marktrisiko	71	218	147	49	183	134
Emerging Markets	14	190	176	9	185	176
Verschlechterung der Bonitätseinstufung um eine Stufe (Deutsche Bank-spezifisch)	51	200	148	42	166	124
Starke Verschlechterung der Bonitätseinstufung (Deutsche Bank-spezifisch)	188	240	53	163	202	38
Kombiniert ⁵	218	264	46	190	214	24

¹ Zahlen von 2014 basieren auf den damals gültigen Methoden und wurden nicht angepasst um Änderungen der Stresstestannahmen, die unterjährig geändert wurden, zu reflektieren.

² Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

³ Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.

⁴ Alle Szenarien zeigen den acht-Wochen Punkt.

⁵ Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung.

Weltweite monatliche US-Dollar Stresstest-Ergebnisse

in Mrd €	31.12.2015			31.12.2014 ¹		
	Finanzierungs-lücke ²	Positions-schließung ³	Netto-Liquiditäts-position ⁴	Finanzierungs-lücke ²	Positions-schließung ³	Netto-Liquiditäts-position ⁴
Kombiniert ⁵	102	163	61	92	149	56

¹ Zahlen von 2014 basieren auf den damals gültigen Methoden und wurden nicht angepasst um Änderungen der Stresstestannahmen, die unterjährig geändert wurden, zu reflektieren.

² Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

³ Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.

⁴ Alle Szenarien zeigen den acht-Wochen Punkt.

⁵ Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung.

Weltweite monatliche GBP Stresstest-Ergebnisse

in Mrd €	31.12.2015		
	Finanzierungs-lücke ¹	Positions-schließung ²	Netto-Liquiditäts-position ³
Kombiniert ⁴	10	32	22

¹ Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

² Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.

³ Alle Szenarien zeigen den acht-Wochen Punkt.

⁴ Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung.

Die untere Tabelle zeigt die zusätzlichen Sicherheiten in allen Währungen, die im Falle einer Herabstufung unserer langfristigen Bonitätseinstufung um eine oder zwei Stufen durch Ratingagenturen benötigt werden.

Zusätzliche vertragliche Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	Einstufige Verschlechterung der Bonität	Zweistufige Verschlechterung der Bonität	Einstufige Verschlechterung der Bonität	Zweistufige Verschlechterung der Bonität
Vertragliche derivative Abflüsse und Nachschussforderungen	4.332	6.472	6.806	7.893
Andere vertragliche Abflüsse und Nachschussforderungen	317	1.459	529	689

Belastung von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt bezieht sich auf belastete Vermögenswerte innerhalb der Institutsgruppe, konsolidiert für aufsichtsrechtliche Zwecke gemäß dem deutschen Kreditwesengesetz. Nicht eingeschlossen sind damit Versicherungsunternehmen oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Die von Tochterunternehmen des Versicherungsgewerbes als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte sind Bestandteil der Anhangangabe 22 „Als Sicherheiten verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“ des Konzernabschlusses. Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte, gehalten, um Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern erfüllen zu können, sind Bestandteil der Anhangangabe 39 „Informationen zu Tochtergesellschaften“ des Konzernabschlusses.

Belastete Vermögenswerte sind hauptsächlich die bilanziellen und außerbilanziellen Vermögenswerte, die bei der besicherten Refinanzierung, Sicherheiten-Swaps und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicherheit verpfändet werden. Darüber hinaus berücksichtigen wir, in Übereinstimmung mit den technischen Standards der EBA zum regulatorischen Berichtswesen von belasteten Vermögenswerten, Vermögenswerte, die über Abrechnungssysteme platziert sind, einschließlich leistungsgestörter Mittel und Sicherheitenleistungen (Initial Margin), sowie andere als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte, die nicht frei abgerufen werden können, wie vorgeschriebene Mindestreserven bei Zentralbanken, als belastete Vermögenswerte. Nach EBA-Richtlinien auch als belastet einbezogen sind Forderungen aus derivativen Ausgleichszahlungen.

Sofort verfügbare Vermögenswerte sind unbelastete und frei übertragbare bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht auf andere Weise belastet sind und die in uneingeschränkt übertragbarer Form vorliegen. Bis auf Forderungen aus Wertpapierleihe, aus Wertpapierpensionsgeschäften und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten werden alle unbelasteten, zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, finanziellen Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Investitionen als sofort verfügbar angesehen.

Der sofort verfügbare Wert entspricht dem aktuell bilanzierten Buchwert und nicht einem gestressten Liquiditätswert (siehe „Liquiditätsreserven“-Abschnitt mit einer Analyse unbelasteter liquider Vermögenswerte, die in einem Liquiditätsstressszenario verfügbar sind). Sonstige unbelastete Vermögenswerte sind bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht als Sicherheit für besicherte Refinanzierung oder andere besicherte Schuldverschreibungen gehalten werden oder die auf andere Weise als nicht verfügbar angesehen werden. In dieser Kategorie enthalten sind Forderungen aus Wertpapierleihen sowie aus Wertpapierpensionsgeschäften und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten. In ähnlicher Weise werden Kredite und sonstige Forderungen an Kunden nur dann als sofort verfügbar angesehen, sofern diese in einer standardisierten, übertragbaren Form vorliegen und noch nicht genutzt wurden, um Finanzierungsmittel zu generieren. Dies stellt einen konservativen Ansatz dar, da ein Teil dieser Kredite, die momentan unter Sonstige gezeigt werden, in ein Format gebracht werden könnte, das es uns ermöglichen würde, Finanzierungsmittel zu generieren.

Belastete und unbelastete Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2015			
	Buchwert			
	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte	Unbelastete Vermögenswerte	
Sofort verfügbar			Sonstige	
Schuldtitle	215	74	141	0
Aktieninstrumente	76	49	28	0
Sonstige Aktiva:				
Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	107	11	96	0
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften ¹	56	0	0	56
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²				
Handelsaktiva	17	0	17	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	518	0	0	518
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften ¹	73	0	0	73
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	12	0	12	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	3	0	3	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	424	45	11	368
Sonstige Aktiva	132	59	0	74
Insgesamt	1.632	238	307	1.087

¹ Forderungen aus Wertpapierleihe und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) werden alle unter Unbelastete Vermögenswerte, Sonstige gezeigt. Die Verwendung der zugrunde liegenden Sicherheiten ist gesondert in der Tabelle der außerbilanziellen Vermögenswerte unten erfasst.

² Enthält keine Schuldtitle oder Aktieninstrumente (oben gesondert ausgewiesen).

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2015			
	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten			
	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte	Unbelastete Vermögenswerte	
Sofort verfügbar			Sonstige	
Erhaltene Sicherheiten:	285	238	46	1
Schuldtitle	197	152	45	0
Aktieninstrumente	87	86	1	0
Sonstige erhaltene Sicherheiten	1	0	0	1

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014			
	Buchwert			
	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte	Unbelastete Vermögenswerte	
Sofort verfügbar			Sonstige	
Schuldtitle	184	42	142	0
Aktieninstrumente	70	50	20	0
Sonstige Aktiva:				
Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	82	7	75	0
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften ¹	44	0	0	44
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²				
Handelsaktiva	17	0	17	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	630	0	0	630
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften ¹	81	0	0	81
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	15	0	15	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	3	0	3	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	398	45	19	334
Sonstige Aktiva	158	63	0	95
Insgesamt	1.681	207	291	1.183

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014			
	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten			
	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte	Unbelastete Vermögenswerte	
Sofort verfügbar			Sonstige	
Erhaltene Sicherheiten:	253	202	50	1
Schuldtitel	175	127	48	0
Aktieninstrumente	76	75	1	0
Sonstige erhaltene Sicherheiten	1	0	0	1

Die obigen Tabellen zeigen bilanzielle und außerbilanzielle Vermögenswerte, die in die Kategorien „Belastete“, „Sofort verfügbare“ und „Sonstige“ eingeteilt werden. Alle Forderungen aus Wertpapierleihe und aus Wertpapierpensionsgeschäften werden mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten ausgewiesen.

Die belasteten Vermögenswerte in den obigen Tabellen beinhalten Vermögenswerte, die auf Ebene der einzelnen Gesellschaften unbelastet, jedoch möglicherweise im Konzern nur eingeschränkt übertragbar sind. Solche Restriktionen können auf entsprechende lokale Anforderungen an die Kreditvergabe oder ähnliche aufsichtsrechtliche Restriktionen zurückzuführen sein. In dieser Situation ist es nicht möglich, einzelne nicht übertragbare Bilanzpositionen zu identifizieren.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten

Treasury analysiert und steuert unsere Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten. In Fällen, in denen die vertragliche Endfälligkeit die Liquiditätsrisikoposition nicht adäquat widerspiegelt, ist es notwendig, Modellannahmen zu treffen. In diesem Zusammenhang stellen die sofort rückzahlbaren Einlagen von Privat- und Transaktionsbankkunden ein besonders auffälliges Beispiel dar, da diese auch in der Phase der schweren Finanzkrise durchgehend eine hohe Stabilität gezeigt haben.

Diese Modellannahmen sind integraler Bestandteil des Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements, welches vom Vorstand definiert und festgelegt wurde. Siehe Abschnitt „Stresstest und Szenarioanalysen“ für weitere Informationen zu kurzfristigen Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr sowie Abschnitt „Liquiditätsablaufbilanz“ für langfristige Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten über einem Jahr.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse aller Vermögensgegenstände, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2015 und 2014.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2015

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungs- frist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen	94.290	337	0	0	0	2.313	0	0	0	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	7.703	2.115	434	341	1	2.025	83	100	40	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	450	8.293	5.530	4.539	1.861	568	888	328	0	22.456
Mit Kreditinstituten	426	7.050	5.091	3.648	1.601	311	647	0	0	18.773
Mit Kunden	24	1.243	440	890	260	258	241	328	0	3.683
Forderungen aus Wertpapierleihen	30.335	3.221	0	0	0	0	0	1	0	33.557
Mit Kreditinstituten	3.462	159	0	0	0	0	0	0	0	3.622
Mit Kunden	26.873	3.062	0	0	0	0	0	1	0	29.935
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte										
– Handel	735.748	35.190	6.176	3.652	1.318	1.298	5.173	6.599	25.727	820.883
Handelsaktiva	196.035	0	0	0	0	0	0	0	0	196.035
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	118.671	0	0	0	0	0	0	0	0	118.671
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	76.044	0	0	0	0	0	0	0	0	76.044
Sonstige Handelsaktiva	1.320	0	0	0	0	0	0	0	0	1.320
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten	515.594	0	0	0	0	0	0	0	0	515.594
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	24.119	35.190	6.176	3.652	1.318	1.298	5.173	6.599	25.727	109.253
Forderungen aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.139	31.257	5.449	2.344	503	341	1.690	2.384	965	51.073
Forderungen aus Wertpapier- leihen	17.898	3.544	47	0	0	0	0	0	0	21.489
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	79	376	656	1.303	791	448	3.483	4.214	14.532	25.883
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	4	0	0	0	155	0	0	10.230	10.389
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	2	9	24	5	24	354	0	1	0	419
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungs- geschäfte erfüllen	0	9	71	75	139	58	142	716	1.925	3.136
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Finanzaktiva	18	966	1.941	1.543	893	1.998	8.832	22.880	34.513	73.583
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	6	481	1.937	1.543	893	952	8.815	22.869	33.873	71.368
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	12	485	3	0	0	1.046	17	12	640	2.215
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	20.375	31.464	27.851	30.337	9.142	11.313	24.272	71.890	201.104	427.749
An Kreditinstitute	543	2.137	3.829	1.858	1.703	870	726	1.592	926	14.183
An Kunden	19.832	29.327	24.022	28.480	7.439	10.442	23.546	70.299	200.177	413.565
Privatkunden	5.363	6.048	6.102	3.065	2.536	2.874	6.743	18.787	149.127	200.646
Unternehmen und sonstige Kunden	14.470	23.279	17.920	25.415	4.903	7.568	16.803	51.512	51.050	212.919
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	94.078	932	1.479	564	254	1.003	115	62	66	98.555
Summe der Finanzaktiva	982.997	82.528	43.483	41.051	13.608	20.577	39.505	102.576	263.374	1.589.700
Sonstige Aktiva	26.341	0	0	0	0	0	0	0	13.089	39.430
Summe der Aktiva	1.009.338	82.528	43.483	41.051	13.608	20.577	39.505	102.576	276.463	1.629.130

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2014

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündi- gungs- frist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen ¹	73.515	198	104	0	0	562	0	0	103	74.482
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) ¹	4.987	2.497	90	16	15	1.217	101	120	48	9.090
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	4	3.553	2.416	8.143	1.659	1.719	51	240	12	17.796
Mit Kreditinstituten	4	2.154	533	647	333	561	0	2	12	4.245
Mit Kunden	0	1.399	1.883	7.496	1.326	1.159	51	238	0	13.551
Forderungen aus Wertpapierleihen	21.598	4.202	0	0	0	0	0	0	34	25.834
Mit Kreditinstituten	550	964	0	0	0	0	0	0	0	1.515
Mit Kunden	21.047	3.238	0	0	0	0	0	0	34	24.319
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte										
– Handel	840.858	43.382	12.360	5.371	2.068	2.090	4.855	7.624	24.316	942.924
Handelsaktiva	195.681	0	0	0	0	0	0	0	0	195.681
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	124.462	0	0	0	0	0	0	0	0	124.462
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	69.831	0	0	0	0	0	0	0	0	69.831
Sonstige Handelsaktiva	1.387	0	0	0	0	0	0	0	0	1.387
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten	629.958	0	0	0	0	0	0	0	0	629.958
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	15.219	43.382	12.360	5.371	2.068	2.090	4.855	7.624	24.316	117.285
Forderungen aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	1.757	36.255	11.109	4.568	1.883	501	1.530	1.849	1.021	60.473
Forderungen aus Wertpapier- leihen	13.462	5.783	1.159	0	0	0	0	0	0	20.404
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	0	1.344	92	660	184	1.588	3.010	5.775	12.957	25.612
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	0	0	0	0	0	0	0	10.339	10.339
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	142	0	1	315	0	0	459
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungs- geschäfte erfüllen	0	30	140	108	69	37	177	791	3.050	4.403
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Finanzaktiva	20	1.895	1.610	2.797	643	774	4.702	25.756	26.099	64.297
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	20	1.895	1.610	2.797	643	774	4.408	25.754	24.137	62.038
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	0	0	0	0	0	295	2	1.962	2.259
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	19.917	35.866	32.121	26.780	9.101	11.591	26.638	69.501	174.098	405.612
An Kreditinstitute	880	4.744	4.945	4.986	1.321	944	2.859	1.974	408	23.059
An Kunden	19.037	31.122	27.176	21.794	7.780	10.647	23.779	67.528	173.690	382.553
Privatkunden	3.947	10.852	4.038	4.836	2.884	3.288	9.491	25.572	131.277	196.186
Unternehmen und sonstige Kunden	15.090	20.270	23.138	16.959	4.896	7.359	14.288	41.955	42.412	186.367
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	119.485	474	387	349	113	99	18	76	4.050	125.050
Summe der Finanzaktiva	1.080.383	92.098	49.228	43.564	13.668	18.089	36.542	104.108	231.809	1.669.490
Sonstige Aktiva	15.514	1.322	707	626	196	260	268	763	19.559	39.214
Summe der Aktiva	1.095.897	93.421	49.935	44.189	13.864	18.349	36.809	104.871	251.368	1.708.703

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“ für ausführliche Informationen.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse aller Verbindlichkeiten, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2015 und 2014.

Fälligkeitsanalyse der Verbindlichkeiten nach frühester Kündigungsmöglichkeit

	5 31.12.2015									
in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungs- frist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Einlagen	345.569	37.777	117.943	21.500	10.169	8.600	7.356	6.935	11.126	566.974
von Kreditinstituten	72.304	5.131	15.770	5.884	1.616	2.106	2.188	5.214	8.852	119.065
von Kunden	273.265	32.646	102.173	15.616	8.552	6.494	5.168	1.721	2.273	447.909
Privatkunden	113.016	13.588	80.124	3.270	2.131	1.805	2.524	642	220	217.321
Unternehmen und sonstige Kunden	160.249	19.058	22.049	12.346	6.422	4.689	2.644	1.079	2.053	230.588
Handelsspassiva	546.381	0	0	0	0	0	0	0	0	546.381
Wertpapiere	51.327	0	0	0	0	0	0	0	0	51.327
Sonstige Handelsspassiva	977	0	0	0	0	0	0	0	0	977
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	494.076	0	0	0	0	0	0	0	0	494.076
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten (ohne Kreditzusagen und Finanz- garantien)	18.423	4.725	1.569	1.760	1.240	10.069	1.809	1.652	3.526	44.773
Verbindlichkeiten aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos)	17.600	2.712	690	1.172	140	9.322	0	0	0	31.637
Langfristige Verbindlichkeiten	269	47	342	426	879	513	1.669	1.384	3.183	8.710
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	554	1.966	537	162	221	233	141	268	343	4.425
Investmentverträge	0	35	70	70	70	734	108	1.593	5.843	8.522
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anfor- derungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	43	513	414	203	301	278	1.630	2.983	6.365
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	574	0	0	0	0	0	0	0	0	574
Verbindlichkeiten aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos)	7.492	1.567	53	117	0	0	0	0	0	9.229
gegenüber Kreditinstituten	2.757	1.554	53	117	0	0	0	0	0	4.481
gegenüber Kunden	4.734	13	0	0	0	0	0	0	0	4.747
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.846	10	1	0	0	0	0	0	414	3.270
gegenüber Kreditinstituten	290	6	0	0	0	0	0	0	0	295
gegenüber Kunden	2.556	5	1	0	0	0	0	0	414	2.975
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	17.776	1.311	2.052	2.666	3.006	1.199	0	0	0	28.010
Langfristige Verbindlichkeiten	0	3.327	8.638	6.923	4.251	2.990	39.801	45.435	48.652	160.016
Schuldverschreibungen – vorrangig	0	3.184	8.444	5.815	3.782	2.631	24.701	40.061	36.599	125.217
Schuldverschreibungen – nachrangig	0	0	0	619	150	100	0	1.314	4.231	6.414
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – vorrangig	0	143	194	247	173	162	14.978	3.575	7.502	26.973
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – nachrangig	0	0	0	243	146	97	121	486	319	1.412
Hybride Kapitalinstrumente	0	733	0	262	0	0	735	4.373	918	7.020
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	146.678	931	2.859	198	83	170	340	14	36	151.309
Summe der Finanzverbindlichkeiten	1.085.739	50.458	133.696	33.911	19.023	24.063	50.426	61.633	73.496	1.532.443
Sonstige Verbindlichkeiten	28.984	0	0	0	0	0	0	0	0	28.984
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0	0	0	67.624	67.624
Summe der Passiva und Eigenkapitel	1.114.722	50.458	133.696	33.911	19.023	24.063	50.426	61.633	141.120	1.629.051
Eventualverbindlichkeiten	6.433	9.833	8.772	17.963	10.036	14.221	29.240	107.376	27.999	231.874
Kreditinstitute	425	406	1.405	2.354	1.301	1.059	1.512	1.213	177	9.852
Privatkunden	231	166	103	687	678	945	2.272	1.605	7.272	13.958
Unternehmen und sonstige Kunden	5.778	9.261	7.265	14.923	8.057	12.218	25.456	104.559	20.549	208.063

Fälligkeitsanalyse der Verbindlichkeiten nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2014

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündi- gungs- frist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Einlagen	298.701	45.396	114.001	31.733	9.820	8.832	5.557	7.618	11.276	532.931
von Kreditinstituten	55.538	6.866	12.896	10.400	3.243	1.862	2.593	5.741	9.212	108.350
von Kunden	243.163	38.530	101.105	21.333	6.577	6.970	2.964	1.878	2.064	424.584
Privatkunden	96.651	18.777	83.460	4.919	2.105	1.816	1.095	744	215	209.781
Unternehmen und sonstige Kunden	146.512	19.753	17.645	16.414	4.473	5.154	1.869	1.134	1.849	214.803
Handelsspassiva	652.045	0	0	0	0	0	0	0	0	652.045
Wertpapiere	41.112	0	0	0	0	0	0	0	0	41.112
Sonstige Handelsspassiva	731	0	0	0	0	0	0	0	0	731
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	610.202	0	0	0	0	0	0	0	0	610.202
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten (ohne Kreditzusagen und Finanz- garantien)	2.560	6.612	4.573	12.082	1.300	1.047	2.263	2.909	3.686	37.032
Verbindlichkeiten aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos)	1.361	4.241	3.711	11.058	393	0	288	0	0	21.053
Langfristige Verbindlichkeiten	6	116	334	734	553	672	1.582	2.716	3.205	9.919
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	1.193	2.255	527	289	355	375	394	193	481	6.061
Investmentverträge	0	30	61	61	61	726	93	1.493	5.999	8.523
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anfor- derungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	42	240	350	231	55	398	1.145	2.602	5.063
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	986	0	0	0	0	0	0	0	0	986
Verbindlichkeiten aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos)	3.677	1.397	3.225	1.001	202	400	0	0	0	9.901
gegenüber Kreditinstituten	3.518	1.170	3.155	1.001	202	400	0	0	0	9.445
gegenüber Kunden	158	227	70	0	0	0	0	0	0	456
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.960	15	1	0	0	0	0	0	363	2.339
gegenüber Kreditinstituten	130	5	0	0	0	0	0	0	1	136
gegenüber Kunden	1.830	10	1	0	0	0	0	0	361	2.203
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	26.642	5.099	2.766	4.499	1.995	1.929	0	0	0	42.931
Langfristige Verbindlichkeiten	0	1.027	4.778	6.261	6.401	7.272	24.219	51.257	43.622	144.837
Schuldverschreibungen – vorrangig	0	923	3.833	5.190	5.616	6.767	18.224	46.138	32.755	119.446
Schuldverschreibungen – nachrangig	0	0	645	262	601	236	500	169	2.633	5.047
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – vorrangig	0	104	300	750	148	124	5.291	4.351	7.930	18.999
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – nachrangig	0	0	0	59	35	145	205	598	304	1.345
Hybride Kapitalinstrumente	0	832	3.053	655	89	277	726	4.757	184	10.573
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	155.055	884	3.126	217	78	174	352	20	23	159.929
Summe der Finanzverbindlichkeiten	1.141.627	61.336	135.822	56.857	20.177	20.712	33.608	69.200	67.754	1.607.093
Sonstige Verbindlichkeiten	28.288	0	0	0	0	0	0	0	0	28.288
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0	0	0	73.223	73.223
Summe der Passiva und Eigenkapital	1.169.915	61.336	135.822	56.857	20.177	20.712	33.608	69.200	140.976	1.708.604
Eventualverbindlichkeiten	6.924	10.505	10.433	16.063	10.182	15.092	28.165	93.727	25.441	216.533
Kreditinstitute	203	815	1.995	2.316	696	1.009	1.873	1.700	761	11.368
Privatkunden	682	324	284	548	526	1.009	2.183	1.010	6.817	13.383
Unternehmen und sonstige Kunden	6.039	9.366	8.154	13.199	8.960	13.075	24.108	91.017	17.864	191.782

Vergütungsbericht

Einleitung

Der Vergütungsbericht für das Jahr 2015 enthält detaillierte qualitative und quantitative Informationen zur Vergütung für den gesamten Deutsche Bank-Konzern (ausgenommen für die Deutsche Postbank AG, die einen eigenen Bericht veröffentlicht). Ferner enthält er spezifische Offenlegungen im Hinblick auf die Mitglieder des Konzernvorstands und die Mitarbeiter, die als Risikoträger (MRTs) gemäß der Institutsvergütungsverordnung (InstVV) identifiziert wurden.

Der Bericht umfasst die folgenden Abschnitte:

- Zusammenfassung und Offenlegung der konzernweiten Vergütung
- Bericht und Offenlegung über die Vorstandsvergütung
- Bericht und Offenlegung über die Aufsichtsratsvergütung

Der Bericht erfüllt die Vorgaben des § 314 Abs. 1 Nr. 6 Handelsgesetzbuch („HGB“), des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 („DRS 17“) „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, der CRR, der InstVV sowie der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Zusammenfassung und Offenlegung konzernweiter Vergütung

Zusammenfassung

Das Jahr 2015 war maßgeblich durch die Einführung der Strategie 2020 sowie Auswirkungen von Einmaleffekten auf die Ergebnisse der Bank, vornehmlich der Wertminderung („Impairment“) von Goodwill, gekennzeichnet.

Bei den Vergütungsentscheidungen der Bank für 2015 musste der für 2015 ausgewiesene Verlust der Deutschen Bank sorgfältig gegen die positiven Ertragsentwicklungen und die Gesamtkapitalposition abgewogen werden. Vor diesem Hintergrund hat sich der Vorstand entschlossen, einen Gesamtbetrag der variablen Vergütung in Höhe von 2,4 Mrd € zu gewähren. Unter Anwendung der für den Gesamtbetrag für 2015 genutzten Wechselkurse auf den Gesamtbetrag der variablen Vergütung für 2014 bedeutet dies einen Rückgang im Vergleich zu 2014 um circa 17 %.

Die Bank richtet die Vergütung weiterhin am langfristigen Erfolg des Unternehmens aus. Daher ist die Quote der Vergütungsbestandteile, die erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Auszahlung gelangen oder geliefert werden, mit insgesamt 49 % (einschließlich der aktienbasierten sofort fälligen Vergütung) weiterhin hoch. Zur Verstärkung dieser Ausrichtung wurden 33 % in Form von Aktien gewährt. Für Risikoträger („MRTs“) betrug der Bestandteil der nachträglich zur Auszahlung oder Lieferung gelangenden Vergütung 88 %.

Vor dem Hintergrund des negativen Ergebnisses für 2015 ist die Auslobung der variablen Vergütung für 2015 insbesondere auch mit Blick auf die Sicherung der Stabilität des Franchises sowie in der Erwartung einer positiven und nachhaltigen Entwicklung über die nächsten Jahre getroffen worden. Es war der Bank daher wichtig, dass sich diese Erwartung auch in der Struktur der variablen Vergütung widerspiegelt. Die Bank hat daher entschieden, zusätzliche Maßnahmen zur Ausrichtung der variablen Vergütung am langfristigen Erfolg zu treffen, und hat den Mindestzurückbehaltungszeitraum der aufgeschobenen Vergütungselemente von drei auf vier Jahre für alle Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung erhöht. Darüber hinaus wurde die Haltefrist der aktienbasierten sofort fälligen Vergütung für MRTs auf zwölf Monate erhöht. Diese Maßnahmen werden von der Einführung gestärkter Möglichkeiten zur Anwendung einer nachträglichen Risikoadjustierung der variablen Vergütung, die die nachträgliche Verringerung oder deren vollständigen Wegfall ermöglichen, flankiert.

Um sicherzustellen, dass die Vergütungsstrategie der Bank weiterhin auf ihre Mehrjahresziele im Rahmen der Strategie 2020 ausgerichtet bleibt, hat die Bank zudem eine neue Vergütungsstruktur für die Jahre ab 2016 (das neue Vergütungsrahmenwerk) eingeführt. Bei dieser neuen Struktur wird ein stärkerer Fokus auf die fixe Vergütung sowie die engere und transparentere Verknüpfung des Konzernergebnisses mit individuellen variablen Vergütungsentscheidungen gelegt.

Vergütungsstrategie

Die Vergütung spielt eine entscheidende Rolle für die erfolgreiche Umsetzung der strategischen Ziele der Deutschen Bank. Die Vergütungsstrategie des Konzerns basiert auf der Förderung eines globalen kundenorientierten Bankmodells mit sicheren und soliden Vergütungspraktiken, die sich im Rahmen der Kapital- und Liquiditätsausstattung sowie Tragfähigkeit der Bank bewegen und an ihren strategischen Zielen sowie veröffentlichten Werten und Überzeugungen ausgerichtet sind.

Fünf wesentliche Ziele unserer Vergütungspraktiken

- Förderung der Umsetzung einer kundenorientierten globalen Bankstrategie durch die Gewinnung und Bindung von Mitarbeitertalenten über verschiedene Geschäftsmodelle und Länder hinweg
- Unterstützung des langfristigen Erfolgs und der nachhaltigen Entwicklung der Bank sowie der hieraus abgeleiteten Risikostrategien
- Unterstützung einer auf Kostendisziplin und Effizienz basierenden langfristigen Wertentwicklung
- Gewährleistung solider Vergütungspraktiken der Bank durch die Risikoadjustierung der Ergebnisse, Verhinderung der Übernahme unverhältnismäßig hoher Risiken, Kompatibilität mit der Kapital- und Liquiditätsplanung sowie Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften
- Untermauerung der von der Bank vertretenen Werte Integrität, nachhaltige Leistung, Kundenorientierung, Innovation, Disziplin und Partnerschaft

Zentrale Vergütungsgrundsätze

- Ausrichtung der Vergütung an den Aktionärsinteressen und der nachhaltigen konzernweiten Profitabilität unter Berücksichtigung von Risiken und Kapitalkosten
- Maximierung von nachhaltiger Mitarbeiterleistung und Unternehmensergebnis
- Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
- Kalibrierung der Vergütung auf die verschiedenen Divisionen und Verantwortungsebenen
- Anwendung eines einfachen und transparenten Vergütungsdesigns
- Gewährleistung, dass Anforderungen der Aufsichtsbehörden erfüllt werden

Die Vergütungsrichtlinie des Konzerns ist ein internes Dokument, das die Mitarbeiter über die Vergütungsstrategie, die Governance-Prozesse und die Strukturen der Bank informieren und aufklären soll. Gemeinsam mit der Vergütungsstrategie stellt sie eine klare und nachweisliche Verknüpfung zwischen den Vergütungsprozessen und -praktiken und der allgemeinen Konzernstrategie her. Beide Dokumente stehen auf der Intranetseite der Bank allen Mitarbeitern zur Verfügung.

Einhaltung regulatorischer Vorgaben

Grundlegendes Ziel der konzernweiten Vergütungsstrategie der Bank ist es, die Einhaltung der regulatorischen Vorschriften zu gewährleisten. Die Bank will bei der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Änderungen im Bereich Vergütung eine Vorreiterrolle einnehmen. Dabei wird sie weiterhin zur Einhaltung aller bestehenden und neuen Anforderungen mit ihrer Aufsichtsbehörde, der Europäischen Zentralbank („EZB“), zusammenarbeiten.

Als ein in der EU ansässiges Institut unterliegt die Deutsche Bank weltweit den Vorschriften der CRD 4, die im Kreditwesengesetz und der InstVV in deutsches Recht umgesetzt wurden. Die Bank hat die Vorgaben für alle Tochtergesellschaften und Niederlassungen weltweit übernommen, sofern dies nach Maßgabe von § 27 InstVV erforderlich ist. Die Bank hat zudem alle Mitarbeiter identifiziert, deren Tätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Bank

hat („Material Risk Takers“ oder „MRTs“). MRTs wurden sowohl für die Gruppe als auch für die signifikanten Institute im Sinne von § 17 InstVV auf Ebene der Gesellschaft identifiziert.

Nach Maßgabe der CRD 4 und der anschließend in das Kreditwesengesetz übernommenen Anforderungen unterliegt die Bank einem Verhältnis von fixen zu variablen Vergütungskomponenten von 1:1 mit der Maßgabe, dass die Anteilseigner eine Erhöhung auf 1:2 billigen können. Im Rahmen der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 und gemäß § 25a Abs. 5 Kreditwesengesetz haben die Aktionäre einer Erhöhung des Verhältnisses auf 1:2 zugestimmt. Um sicherzustellen, dass der Schwerpunkt der Vergütung für Mitarbeiter in Kontrollfunktionen auf der fixen Vergütung liegt, hat der Vorstand bestimmt, dass für diese Mitarbeiter ein Verhältnis von 1:1 gilt.

Infolge einer branchenspezifischen Regulierung und im Einklang mit der InstVV werden bestimmte Asset & Wealth Management-Tochtergesellschaften, die insbesondere alternative Investments verwalten, nach der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (Alternative Investment Fund Managers Directive – „AIFMD“) reguliert. Die AIFMD enthält Vorschriften zur Vergütung, in denen die von Verwaltern alternativer Investmentfonds („AIFM“) bei der Festlegung und Anwendung von Vergütungspraktiken für bestimmte Mitarbeiterkategorien zu beachtenden Regelungen aufgeführt sind. Material Risk Taker gemäß AIFMD („AIFMD MRTs“) sind auf Ebene der AIFM zu identifizieren. Ein wesentlicher Unterschied zur CRD 4 und ihrer Umsetzung in deutsches Recht besteht darin, dass AIFMD MRTs nicht dem in der CRD 4 festgelegten Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung unterliegen. Die Bank identifiziert AIFMD MRTs für die Alternative Investment Fund Manager in Übereinstimmung mit der AIFMD und wendet auf sie die gleichen Vergütungsgrundsätze wie für die InstVV-MRTs an mit der Ausnahme des 1:2-Verhältnisses von fixen zu variablen Vergütungsbestandteilen.

Die Bank wird das regulatorische Umfeld auch weiterhin eng verfolgen. Wesentliche regulatorische Weiterentwicklungen für 2016 umfassen die Umsetzung der „Undertakings for Collective Investments in Transferable Securities“ (UCITS-)Richtlinie sowie die zu erwartende Änderung der InstVV vor dem Hintergrund der im Dezember 2015 veröffentlichten „Guidelines on sound remuneration policies“ der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde.

Struktur der Gesamtvergütung

Im Rahmen der Vergütungsstrategie verfolgt die Bank einen Gesamtvergütungsansatz, der fixe und variable Vergütungskomponenten umfasst.

Element	Beschreibung
Fixe Vergütung	Die fixe Vergütung dient dazu, die Mitarbeiter entsprechend ihrer Qualifikation, Erfahrung und Kompetenz sowie den Anforderungen, der Bedeutung und dem Umfang ihrer Funktion zu vergüten. Für die Mehrzahl der Deutsche Bank-Mitarbeiter bildet die fixe Vergütung den wesentlichen Vergütungsbestandteil, und sein Anteil an der Gesamtvergütung liegt bei weit über 50 %. Dieser Anteil ist für viele Geschäftsbereiche angemessen und wird auch künftig eines der Hauptmerkmale der Gesamtvergütung sein. Als Teil ihrer fixen Vergütung erhält eine geringe Anzahl von Mitarbeitern eine Grundgehaltszulage (Additional Fixed Pay Supplement – „AFPS“). Die AFPS wurde vor allem aus Gründen des Kostenmanagements in Bezug auf Altersvorsorge und Benefits eingeführt.
Variable Vergütung	Die variable Vergütung ist auf das Branchenziel der Beibehaltung von Kostenflexibilität bei gleichzeitiger Gewinnung und Bindung der richtigen Talente ausgerichtet. Sie hat darüber hinaus den Vorteil, dass sie Leistungsergebnisse differenzieren und Verhaltensweisen durch geeignete Anreizsysteme fördern kann, die wiederum positiven Einfluss auf die Unternehmenskultur haben. Im Ergebnis ist die variable Vergütung daher weltweit in vielen Geschäftsfeldern im Bankenumfeld ein Hauptmerkmal marktüblicher Vergütung. In Kombination mit der fixen Vergütung führt dies im Ergebnis zu einer Gesamtvergütung, die sowohl kosteneffizient, flexibel und leistungsba-siert ist.

Element	Beschreibung
Benefits und Altersvorsorge	Im Einklang mit der jeweiligen lokalen Marktpraxis sowie lokalen Vorschriften und Anforderungen gewährt die Bank zudem Benefits (einschließlich Leistungen zur betrieblichen Altersvorsorge), die an die Beschäftigung bei der Bank, Seniorität oder Dienstzeiten geknüpft sein können und nicht direkt an Leistung gekoppelt sind.

Vergütungsansatz ab dem Jahr 2016: Das neue Vergütungsrahmenwerk

Es ist ein wesentlicher Bestandteil der Strategie 2020, die Vergütung noch stärker mit Leistung und Verhalten in Einklang zu bringen. Um dies zu erreichen, hat die Bank in 2015 ihren Vergütungsansatz überprüft und begann in 2016 mit der Einführung eines neuen Vergütungsrahmenwerks. Dieses wurde konzipiert, um Vergütung stärker mit nachhaltiger Leistung auf allen Ebenen der Bank in Einklang zu bringen, indem eine bessere Balance zwischen fixer und variabler Vergütung sowie eine engere Verknüpfung der variablen Vergütung mit dem Konzernergebnis geschaffen wird. Das neue Vergütungsrahmenwerk sieht für außertarifliche Mitarbeiter Referenzquoten für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung je nach Seniorität und Geschäftsbereich beziehungsweise Infrastrukturfunktion vor.

Zusätzlich besteht die variable Vergütung ab 2016 aus zwei Komponenten. Die erste, eine Gruppenkomponente, bezieht sich auf das Konzernergebnis der Deutschen Bank und verknüpft damit die individuelle Gesamtvergütung enger mit der Gesamtleistung der Bank. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass jeder einzelne Mitarbeiter zu den Ergebnissen der Bank beiträgt. Die zweite, die individuelle Komponente, ist diskretionärer und soll die individuelle Leistung im Kontext der divisionalen Performance honorieren.

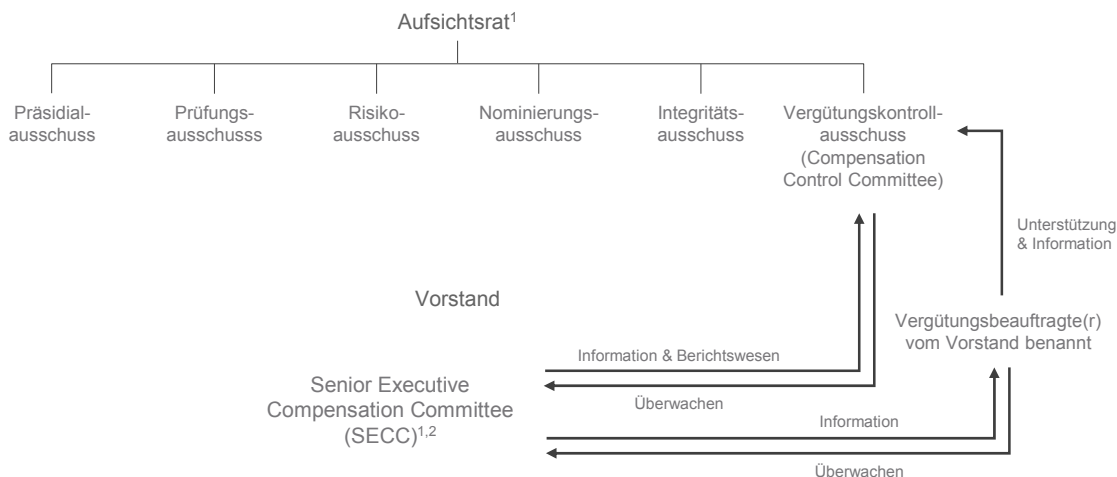
Vergütungsgovernance

Im Einklang mit der in Deutschland bestehenden dualen Führungsstruktur legt der Aufsichtsrat die Vergütung der Vorstandsmitglieder fest, während der Vorstand die Vergütungsangelegenheiten aller anderen Mitarbeiter des Konzerns überwacht. Sowohl Aufsichtsrat als auch Vorstand werden von bestimmten Ausschüssen und Funktionen nach Maßgabe der InstVV unterstützt.

Unsere robuste Governance-Struktur erlaubt uns, im Rahmen der eindeutigen Vorgaben unserer Vergütungsstrategie und -praxis zu handeln. Sämtliche Vergütungsangelegenheiten sowie die Einhaltung regulatorischer Vorgaben werden durch die maßgeblichen Gremien überwacht, welche die globale Governance-Struktur zur Vergütung bilden.

Reward-Governancestruktur

(basierend auf § 25d Abs.12 KWG und InstVV)



¹ Optional: Unabhängige externe Berater

² Die relevanten Aufgaben werden durch das SECC im Auftrag des Vorstands durchgeführt.

Vergütungskontrollausschuss

Der Vergütungskontrollausschuss wurde vom Aufsichtsrat im Einklang mit § 25d Abs. 12 Kreditwesengesetz eingesetzt. Er besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden sowie drei weiteren Aufsichtsratsmitgliedern, von denen zwei den Arbeitnehmervertretern angehören, und kam im Kalenderjahr 2015 zu zehn Sitzungen, davon zwei gemeinsame Sitzungen mit dem Risikoausschuss, zusammen.

Zu den Aufgaben des Vergütungskontrollausschusses gehört die Unterstützung des Aufsichtsrats bei der angemessenen Ausgestaltung und Überwachung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG. Dabei berücksichtigt er vor allem die Auswirkungen des Vergütungssystems auf die Risiken und das Risikomanagement im Sinne der InstVV. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht ferner die angemessene Ausgestaltung des Vergütungssystems der Mitarbeiter, das vom Vorstand und Senior Executive Compensation Committee festgelegt wurde. Der Vergütungskontrollausschuss überprüft regelmäßig, ob der Gesamtbetrag der variablen Vergütungen angemessen ist und im Einklang mit der InstVV festgesetzt wurde.

Der Vergütungskontrollausschuss bewertet zudem die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement und strebt danach sicherzustellen, dass die Vergütungssysteme an der Geschäfts- und Risikostrategie ausgerichtet sind. Des Weiteren unterstützt er den Aufsichtsrat dabei, die ordnungsgemäße Einbeziehung der internen Kontroll- und sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme zu überwachen.

Vergütungsbeauftragter

Der Vorstand hat gemäß § 23 InstVV in Zusammenarbeit mit dem Vergütungskontrollausschuss einen Vergütungsbeauftragten ernannt. Der Vergütungsbeauftragte unterstützt den Aufsichtsrat und den Vergütungskontrollausschuss bei der Erfüllung ihrer Pflichten im Zusammenhang mit den Vergütungssystemen und arbeitet dabei eng mit dem Vorsitzenden des Vergütungskontrollausschusses zusammen. Der Vergütungsbeauftragte ist in die konzeptionelle Ausgestaltung, Weiterentwicklung, Überwachung und Anwendung der Vergütungssysteme der Mitarbeiter eingebunden und überwacht fortlaufend deren Angemessenheit.

Der Vergütungsbeauftragte nimmt seine Überwachungspflichten unabhängig wahr und stellt seine Bewertung über die Angemessenheit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme und -praktiken für die Mitarbeiter dem Vorstand, Aufsichtsrat und Vergütungskontrollausschuss mindestens jährlich vor.

Senior Executive Compensation Committee

Das Senior Executive Compensation Committee (SECC) ist ein vom Vorstand eingerichtetes Gremium, das mit der Entwicklung nachhaltiger Vergütungsgrundsätze, der Unterbreitung von Empfehlungen zur Höhe der Gesamtvergütung und der Sicherstellung einer angemessenen Vergütungs- und Leistungs-Governance betraut ist. Gemäß seinem Auftrag legt das SECC die Vergütungsstrategie, -politik und -grundsätze fest und koordiniert Vergütungsentscheidungen. Ferner bestimmt das SECC quantitative und qualitative Faktoren zur Leistungsbewertung als Basis für Vergütungsentscheidungen und unterbreitet dem Vorstand Empfehlungen für den jährlichen Pool für die variable Vergütung und dessen Verteilung auf die Divisionen und Infrastrukturfunktionen. Unterhalb des SECC wurde eine Reihe weiterer Gremien als wesentliche Bestandteile der Governance-Struktur etabliert. Diese Gremien sollen gewährleisten, dass die diversifizierte Expertise von zahlreichen Stakeholdern bei Entscheidungen über die Vergütungssysteme und -praktiken berücksichtigt wird.

Um die Unabhängigkeit des SECC zu gewährleisten, gehören dem Gremium nur Mitarbeiter aus Kontrollfunktionen an, die keiner unserer Divisionen zugeordnet sind. Im Jahr 2015 erfolgten einige Wechsel im SECC entsprechend dem Wechsel der Mitglieder im Vorstand. Das SECC besteht seit November 2015 aus dem Chief Administration Officer und dem Chief Financial Officer als Co-Vorsitzenden (beide Mitglieder des Vorstands), dem Chief Risk Officer (ebenfalls Vorstandsmitglied), dem Global Head of Human Resources und einem weiteren Vertreter aus dem Bereich Finance als stimmberechtigten Mitgliedern. Der Vergütungsbeauftragte, dessen Stellvertreter und der Global Head of Reward sind nicht stimmberechtigte Mitglieder.

Grundsätzlich tritt das SECC in der Regel einmal monatlich zusammen. Es hat 21 Sitzungen im Rahmen des Vergütungsprozesses für das Performance-Jahr 2015 abgehalten.

Methode zur Festlegung der variablen Vergütung

Die Bank wendet ein robustes Verfahren an, um zu gewährleisten, dass bei der Bestimmung der variablen Vergütung der risikoadjustierte Erfolg sowie die Kapitalposition der Bank und ihrer Divisionen berücksichtigt werden. Für die Ermittlung des finalen Konzernpools für die variable Vergütung werden primär folgende Kennzahlen beachtet: (i) Tragfähigkeit für den Konzern (das heißt, was „kann“ die Bank an Vergütung im Einklang mit regulatorischen Anforderungen gewähren) und (ii) Konzernstrategie (was „sollte“ die Bank an Vergütung leisten, um für eine angemessene Vergütung zu sorgen und gleichzeitig den langfristigen Erfolg des Unternehmens zu sichern).

Parameter	Beschreibung
Tragfähigkeit für die Gruppe	Maßgebliches Kriterium ist als erster Schritt die Tragfähigkeit, um sicherzustellen, dass die Bank ihre Ziele erreicht sowie Liquiditäts- und Kapitalanforderungen erfüllt. Die Tragfähigkeit für die Gruppe wird anhand einer Beurteilung der mit dem Risk Appetite Framework der Bank abgestimmten standardisierten Tragfähigkeitsparameter bestimmt. Dazu zählen unter anderem die Kernkapitalquote (Common Equity Tier-1, CET-1), Kapitaladäquanzquote, Verschuldungsquote, Nettoliquiditätsposition unter Stress und die Basel 3-Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) sowie der „negatives Ergebnis-Test“ (der erstmals für das Performance-Jahr 2015 definiert wurde).
Risikoadjustierte Performance	Nach Bewertung der Tragfähigkeit bildet die risikoadjustierte Performance die Grundlage der Festlegung des Pools für die variable Vergütung.
	Die Bank nutzt zur Risikoadjustierung der Pools für die variable Vergütung das Ökonomische Kapital („Economic Capital“ oder „EC“), das zukünftige unerwartete Verluste der Bank berück-

Parameter	Beschreibung
	<p>sichtigt. Das EC-Modell ist die primär genutzte Methode der Bank zur Berechnung des zukünftigen potenziellen Risikos, dem die Bank möglicherweise ausgesetzt ist. Es misst die Höhe des Eigenkapitals, das benötigt würde, um sehr schwerwiegende unerwartete Verluste aufzufangen. Bei der Risikoanpassung werden Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationelle Risiken berücksichtigt. Bei einer Erhöhung des Risikoprofils der Bank steigt der Ökonomische Kapitalbedarf, wodurch die bankweite wirtschaftliche Rentabilität und damit auch die Höhe der gewährten variablen Vergütung sinkt.</p> <p>Das SECC vergleicht außerdem unter anderem die formelhaft ermittelten Pools auf Basis der tatsächlichen Leistung mit der Berechnung unter Berücksichtigung der bereinigten zugrunde liegenden Leistung und andere Faktoren wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Kennzahlen auf Konzern-/divisionaler Ebene: Gruppen- und divisional basierte Scorecards, die eine Reihe konsistenter, von Kontrollfunktionen bereitgestellter finanzieller und nicht finanzieller Kennzahlen umfassen, werden bei dem Vergleich der Performance mit den Zielen berücksichtigt. — Qualitative Risiko- und aufsichtsrechtliche Bewertungen: Die Entscheidung über den Pool für die variable Vergütung muss nachhaltig sein und daher sind Faktoren wie neue aufsichtsrechtliche Angelegenheiten und offene Rechtsstreitigkeiten, überfällige Revisionsfeststellungen und Red Flag-Werte von grundlegender Bedeutung. — Relative Performance: Die Performance im Vergleich zu bestimmten Mitbewerbern wird auf Konzern- und divisionaler Ebene beurteilt. — Marktposition und -trends: Umweltfaktoren, Marktdaten und -trends einschließlich Benchmarking-Daten zu verschiedenen Vergütungskomponenten sowie Informationen zur Entwicklung von Vergütungsverfahren sollen faire, wettbewerbsfähige und kosteneffiziente Vergütungsentscheidungen gewährleisten. — Infrastruktur-Funktionen: Die Pools für die variable Vergütung der Infrastruktur-Funktionen sind nicht von der Leistung der Geschäftsbereiche abhängig, die sie überwachen, sondern orientieren sich an divisionalen und funktionalen „Bonus Builds“ sowie der Tragfähigkeit der Gruppe. Die Leistung gegen strategische Infrastruktur-Indikatoren wird ebenfalls sorgsam berücksichtigt. — Auszahlungsquoten: Auf jeden Geschäftsbereich werden angemessene Auszahlungsquoten mit Bezug auf historische Auszahlungsquoten und Marktumfeld angewendet.
<p>Finale Entscheidung über den Bonus-Pool</p>	<p>Das SECC schlägt den ermittelten Gesamtbetrag der variablen Vergütung dem Vorstand zur formalen Ratifizierung vor. Unter Beachtung aller Faktoren und unter sorgfältiger Prüfung von zusätzlichen Gesichtspunkten kann weiteres Ermessen ausgeübt werden, etwa wenn strategische Investitionen Zeit benötigen, um zur Profitabilität beizutragen, wenn erwartet wird, dass bestimmte Business- oder Markt-Dynamiken sich verändern oder im Kontext von relevanten strategischen Faktoren, vor allem vor dem Hintergrund der Bindung der Mitarbeiter sowie der Sicherung oder Stärkung des Franchise.</p> <p>Nach der Ratifizierung durch den Vorstand wird der Vergütungskontrollausschuss formal benachrichtigt.</p>

Berücksichtigung der individuellen Leistung

Bei einzelnen Entscheidungen zur variablen Vergütung ist zwar ein Ermessensspielraum gegeben, doch alle Entscheidungen müssen an der Leistung ausgerichtet und an eine Reihe von Faktoren gebunden sein, unter anderem die risikoadjustierte Leistung des Konzerns, der Division und des Einzelnen sowie Erwägungen zur Mitarbeiterbindung und verhaltensbezogene Aspekte. Bei Ermessensentscheidungen müssen Führungskräfte sowohl die absoluten als auch die relativen Risiken kennen, die Mitarbeiter im Rahmen ihrer Tätigkeiten eingehen, um sicherzustellen, dass die variable Vergütung ausgewogen verteilt ist und keine unangemessenen Anreize zum Eingehen von Risiken geschaffen werden.

Dies gilt insbesondere für Führungskräfte von MRTs, die nachweisen müssen, dass sie bei der Bestimmung der individuellen Vergütung alle maßgeblichen finanziellen, nicht finanziellen und Risikokennzahlen sorgfältig geprüft und berücksichtigt haben. Darüber hinaus müssen sie in einem Kommentar erläutern, wie die (quantitativen und qualitativen) Parameter, die individuelle Leistung und das Verhalten des Mitarbeiters ihre Vergütungsentscheidung beeinflusst haben. Für MRTs wurden (positive und negative) Einschätzungen von internen Kontrollfunktionen zusammengetragen und den Führungskräften zur Verfügung gestellt. Diese Einschätzungen sollten sich in angemessener Weise auf Entscheidungen bezüglich der Leistungsbeurteilung, einer möglichen Beförderung und der variablen Vergütung von Mitarbeitern auswirken.

Variable Vergütung für 2015

Eine nachhaltige Balance zwischen den Interessen der Aktionäre und denen der Mitarbeiter zu erreichen, ist ein Kernaspekt der Strategie 2020. Bei den Vergütungsentscheidungen der Bank für 2015 war der für 2015 ausgewiesene Verlust der Bank sorgfältig gegen die positiven Ertragsentwicklungen und die Gesamtkapitalbasis sowie Gesichtspunkte der Franchise-Sicherung abzuwägen.

Das SECC hat im Jahresverlauf die Tragfähigkeit der variablen Vergütung überwacht. Bei der Bewertung der Tragfähigkeit des vorgeschlagenen Pools für die variable Vergütung der Bank für 2015 hat das SECC festgestellt, dass, obwohl die Bank ein negatives Ergebnis erzielt hat (negativer Ergebnis-Test), die Kapital- und Liquiditätspositionen der Bank weiterhin die regulatorischen Mindestanforderungen übertreffen, dass die im dritten Quartal 2015 vorgenommenen wesentlichen Wertminderungen lediglich eine marginale Auswirkung auf die Harte Kernkapitalquote (CET 1) der Bank (fully loaded) haben und dass die Tragfähigkeitsparameter daher erfüllt waren. Die Finanzkennzahlen für 2015 und die Pläne für die Geschäftsjahre 2016 und 2017 der Bank übersteigen sowohl die internen Kennzahlen für die Risikobereitschaft als auch die erwarteten aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen.

Ausgehend von der risikoadjustierten operativen Performance der Bank hat der Vorstand einen im März 2016 gewährten Gesamtbetrag der variablen Vergütung in Höhe von 2,4 Mrd € bestätigt. Unter Anwendung der für den Gesamtbetrag für 2015 genutzten Wechselkurse auf den Gesamtbetrag der variablen Vergütung für 2014 bedeutet dies einen Rückgang im Vergleich zu 2014 um circa 17 %. Um für die Beurteilung der Entwicklung des Gesamtjahres und für die Entscheidungen über die Vergütung mehr Zeit zu haben, wurde entschieden, die variable Vergütung für das Performance-Jahr 2015 im März 2016 statt wie in den Vorjahren im Februar zu gewähren und zu kommunizieren.

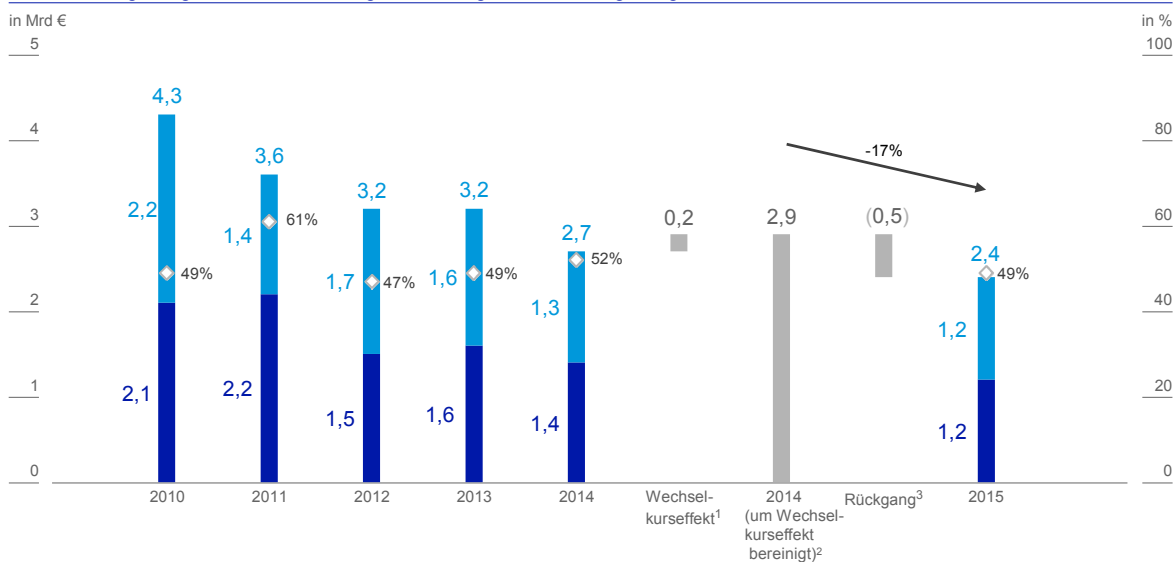
Auch wenn bei der Bestimmung des Pools die negativen Ergebnisse und die Gesamttrendite eine wesentliche Rolle spielten, war gleichwohl zu berücksichtigen, dass die Erträge solide sowie die negativen Ergebnisse für 2015 in erster Linie durch Einmaleffekte bedingt sind, die nicht aus der Leistung der Geschäftsbereiche in 2015 resultieren.

Darüber hinaus hätte eine drastischere Reduzierung des Bonuspools die Umsetzung der Strategie 2020 gefährdet, da dies die Fähigkeit der Bank zur Gewinnung und Bindung von Talenten beeinträchtigt hätte. Die Mitarbeiter der Bank sind der wesentliche Faktor, um die Ziele der Strategie 2020 zu erreichen. Um das entstandene Momentum, das über die letzten Monate aufgebaut wurde, zu erhalten, ist es essenziell, dass die Mitarbeiter adäquat vergütet werden.

Als Teil ihrer variablen Vergütung für das Performance-Jahr 2015 erhielten einige ausgewählte Mitarbeiter, die kritisch für die Bank und die Zielerreichung der Strategie 2020 sind, einen Key Position Award (KPA). Während die jeweilige Höhe des KPAs die individuelle Leistung in 2015 reflektiert, war es von besonderer Bedeutung, dass die KPAs strukturelle Elemente erhielten, die diesen Vergütungsbestandteil noch stärker an die nachhaltige Leistung der Bank anbinden. Um diese Ausrichtung zu erreichen, wurde der KPA vollständig in Deutsche Bank-Aktien mit einem Zurückbehaltungszeitraum von vier Jahren ohne zwischenzeitliches Vesting („Cliff-Vesting“) sowie einer zusätzlichen Haltefrist von einem Jahr gewährt. Alle diese Elemente überschreiten die derzeitigen diesbzüglichen regulatorischen Anforderungen an die Vergütung in Instrumenten, Zurückbehaltungszeitraum und Haltefrist.

Darüber hinaus ist ein gewisser Bestandteil der individuellen KPAs abhängig von dem Erreichen eines Aktienkurses. Dieser Bestandteil wird nur ausgegeben, wenn der Aktienkurs der Bank den vorgegebenen Wert erreicht. Diese zusätzliche Bedingung zielt darauf ab, eine noch stärkere Verknüpfung zwischen der variablen Vergütung für 2015 und den künftigen Ergebnissen der Bank sowie den Zielen der Strategie 2020 zu erreichen. Zusätzlich wird dadurch die Erwartung der Bank an die Empfänger über eine fortgesetzte starke Leistung über die nächsten Jahre unterstrichen.

Variable Vergütung und Anteil der aufgeschoben gewährten Vergütung



■ Sofortige Auszahlung in bar

■ Aufgeschoben gewährte variable Vergütung

◇ Anteil der aufgeschoben gewährten variablen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung in %

¹ Wechselkurseffekte, entstanden durch die Neuberechnung der für das Jahr 2014 gewährten variablen Vergütung mit den Wechselkursen, die zur Berechnung der für das Jahr 2015 gewährten variablen Vergütung Anwendung fanden

² Neuberechnung der für das Jahr 2014 gewährten variablen Vergütung mit den Wechselkursen, die zur Berechnung der für das Jahr 2015 gewährten variablen Vergütung Anwendung fanden

³ Rückgang der gewährten variablen Vergütung im Jahresvergleich, bereinigt um Wechselkurseffekte (2015 gegenüber 2014)

	2015					2014	
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	CB&S	GTB	Deutsche AWM	PBC	NCOU	Konzern insgesamt	Konzern insgesamt
Gesamtvergütung¹	4.751	1.025	1.646	2.924	182	10.528	10.020
davon:							
Fixe Vergütung	3.298	810	1.178	2.692	144	8.122	7.313
Variable Vergütung	1.453	215	468	232	38	2.406	2.707
Anzahl der Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) am Jahresende	28.280	10.791	11.299	49.196	1.538	101.104	98.138

¹ Gesamtvergütung definiert als fixe Vergütung für 2015 plus variable Vergütung gewährt im März 2016. Wie in den Vorjahren sind variable Elemente, die von der Deutschen Postbank AG gewährt werden, nicht in dem oben genannten Betrag über variable Vergütung enthalten. Für die variablen Elemente der Deutschen Postbank AG ist ein Betrag von 38 Mio € vorgesehen (2014: 40 Mio €). Alle Zahlen in der obigen Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastruktureinheiten und des Regional Managements gemäß unseren gängigen Kostenallokationsschlüsseln. Die Tabelle kann marginale Rundungsabweichungen enthalten.

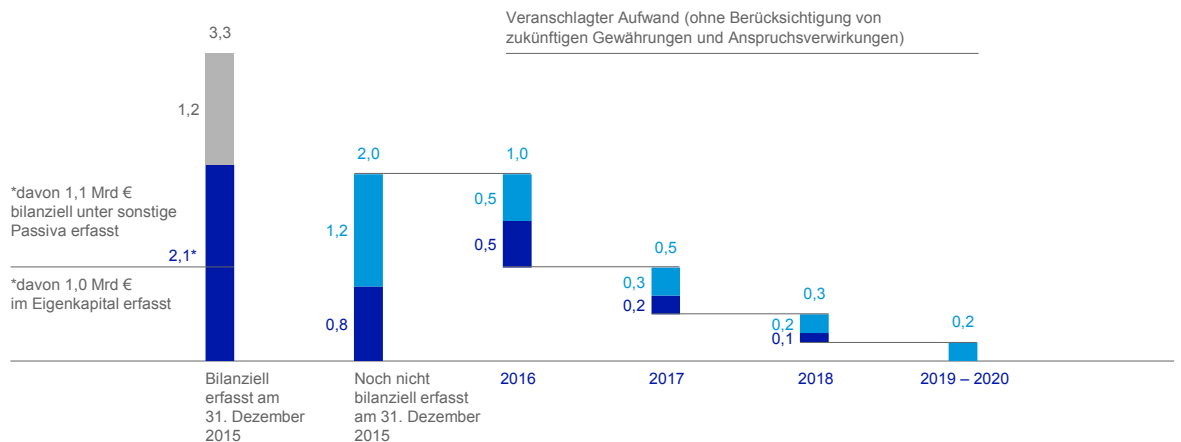
Bilanzielle Erfassung und Amortisation gewährter variabler Vergütung

Per 31. Dezember 2015 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung – einschließlich der Neuzusagen im März 2016 – auf circa 2,0 Mrd €. Die folgende Darstellung visualisiert die bilanzielle Erfassung der variablen Vergütung für 2015 sowie die prognostizierte Amortisierung der ausstehenden variablen Vergütung über die nächsten Finanzjahre (ohne künftige Gewährungen und Anspruchsverwirkungen).

Variable Vergütung

Bilanzielle Erfassung am 31. Dezember 2015 und veranschlagter Aufwand für gewährte aufgeschobene Vergütung

in Mrd €

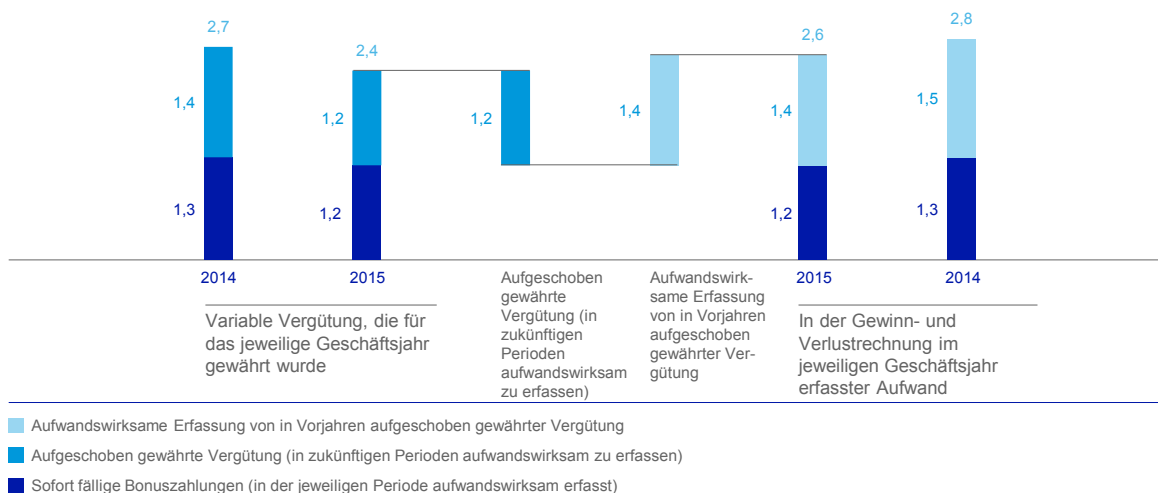


- Sofort fällige Bonuszahlungen im Rahmen der variablen Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2015 erteilt wurde, ausgewiesen als Teil der sonstigen Passiva.
- Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2015 gewährt wurde.
- Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2014 oder davor gewährt wurde.

Von der variablen Vergütung, die zum Ende des Jahres 2015 gewährt wurde, wurden 1,2 Mrd € im Jahr 2015 aufwandswirksam erfasst. Weitere 1,2 Mrd € werden in künftigen Jahren verbucht. Zudem wurde im Jahr 2015 Aufwand für in Vorjahren aufgeschoben gewährte Vergütung in Höhe von 1,4 Mrd € erfasst.

Gegenüberstellung von gewährter und variabler Vergütung und erfasstem Aufwand

in Mrd €



Struktur und Instrumente der variablen Vergütung

Die variable Vergütung wird von der Bank seit vielen Jahren als Instrument eingesetzt, um für leistungsstarke Mitarbeiter Anreize zu schaffen, diese zu belohnen und zu binden und darüber hinaus in der Gesamtvergütung zu differenzieren.

Die Vergütungsstrukturen sind so ausgestaltet, dass Mitarbeiter nicht dazu verleitet werden sollen, unangemessene Risiken einzugehen. Vor diesem Hintergrund hat sich die Bank entschieden, wie schon in den vergangenen Jahren über die regulatorischen Anforderungen hinauszugehen. Dadurch wird einer breiteren Gruppe von Mitarbeitern eine aufgeschobene variable Vergütung gewährt, die an den langfristigen Erfolg der Bank geknüpft ist. Für MRTs gilt, dass durchschnittlich mehr als die aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Mindestquote von 40 % bis 60 % der variablen Vergütung aufgeschoben wird. Darüber hinaus hat die Bank für 2015 entschieden, den Mindestzurückbehaltungszeitraum für alle Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung von drei auf vier Jahre zu erhöhen. Diese Vergütungsstrukturen sollen sicherstellen, dass die Ausrichtung der variablen Vergütung an der nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns mit steigender Verantwortung und Gesamtvergütung zunimmt.

Mitarbeiter	Beschreibung	Auswirkung auf variable Vergütung
Material Risk Taker	Die Bank identifiziert alle Mitarbeiter, deren Tätigkeit sich wesentlich auf das Gesamtrisikoprofil auswirkt. Nach Maßgabe der InstVV werden MRTs für den gesamten Konzern auf Konzernebene sowie auf Ebene der einzelnen Rechtseinheiten für bedeutende Institute im Sinne von § 17 InstVV identifiziert. Neben der Deutschen Bank AG fallen 18 weitere Rechtseinheiten innerhalb des Deutsche Bank-Konzerns (ausschl. Postbank) unter § 17 InstVV und gelten somit als bedeutend.	Mindestens 40 % bis 60 % der variablen Vergütung wird für einen Zeitraum von vier Jahren aufgeschoben und in jährlichen Tranchen ausgezahlt. Alle MRTs erhalten 50 % in Form von Restricted Equity und die verbleibenden 50 % in Form von Restricted Cash. Zusätzlich werden 50 % der sofort fälligen variablen Vergütung ebenfalls aktienbasiert vergeben. Der Betrag der variablen Vergütung, der 500.000 € übersteigt, wird zu 100 % aufgeschoben gewährt. Darüber wird bei Mitarbeitern, deren fixe Vergütung 500.000 € übersteigt, der gesamte Betrag der variablen Vergütung aufgeschoben. Diese Vorgaben gelten in Übereinstimmung mit Vorgaben der BaFin nicht für MRTs mit einer variablen Vergütung von weniger als 50.000 €.
Senior Management Group „SMG“)	Diese Gruppe besteht aus Führungskräften, die für die langfristige Stärke und den Erfolg der Bank stehen. Daher ist es verständlich, dass ein Großteil ihrer Vergütung an die wirtschaftliche Entwicklung und den langfristigen Erfolg des Konzerns gekoppelt ist. Alle Mitglieder der Senior Management Group sind ebenfalls MRTs.	Um die Vergütung dieser Gruppe noch stärker am langfristigen, nachhaltigen Erfolg der Bank auszurichten, unterliegt die aufgeschoben gewährte aktienbasierte Vergütung einer kombinierten Anwartschafts- und Haltefrist von fünf Jahren („Cliff-Vesting“).
Alle sonstigen Mitarbeiter	Die Matrix für die aufgeschobene Vergütung (Deferral Matrix) kommt für alle Mitarbeiter zur Anwendung. Die Deferral Matrix ist nach wie vor auf den Schutz von Mitarbeitern mit geringerer Vergütung ausgerichtet, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass einkommensstarken Mitarbeitern ein angemessener Anteil aufgeschoben gewährt wird.	Der Schwellenwert für die aufgeschobene Vergütung, ab dem mindestens 50 % der variablen Vergütung aufgeschoben gewährt wurde, wurde auf 100.000 € festgesetzt. 50 % der aufgeschobenen variablen Vergütung werden in Form von Restricted Cash und die übrigen 50 % in Form von Restricted Equity gezahlt.

Die generellen Vorteile des Aufschiebens von Vergütungskomponenten und die positiven Aspekte aus dem Blickwinkel der Mitarbeiterbindung und des Risikomanagements müssen sorgfältig gegen das Management der Vergütungskosten für die kommenden Jahre und die Folgen des steigenden Aufschiebens von Vergütungsteilen abgewogen werden. Dass 49 % des Gesamtbetrags der variablen Vergütung später als März 2016 ausgezahlt beziehungsweise geliefert werden, repräsentiert aus Sicht der Bank ein ausgewogenes Verhältnis.

Überblick über Vergütungsinstrumente

Art der Vergütung	Beschreibung	Begünstigte	Anwartschafts-zeitraum	Haltefrist ¹	Anteil
Cash Bonus	Sofort fällige Barkomponente	Alle Mitarbeiter ²	N/A	N/A	50 % der sofort fälligen (nicht aufgeschobenen) Vergütung für MRTs nach InstVV 100 % der sofort fälligen (nicht aufgeschobenen) Vergütung für alle anderen Mitarbeiter
Equity Upfront Award (EUA)	Sofort fällige Aktienkomponente: Der Wert des EUA hängt von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der langfristigen, nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab	Alle MRTs ² mit variabler Vergütung \geq 50.000 €	N/A	12 Monate (erhöht von 6 Monaten in 2014)	50 % der sofort fälligen (nicht aufgeschobenen) Vergütung von MRTs
Restricted Incentive Award (RIA)³	Nicht aktienbasierte Komponente (aufgeschobene Barvergütung)	Alle Mitarbeiter mit aufgeschobener variabler Vergütung	Unverfallbarkeit pro rata über vier Jahre (erhöht von drei Jahren in 2014)	N/A	50 % der aufgeschobenen Vergütung
Restricted Equity Award (REA)⁴	Aufgeschobene Aktienkomponente: Der Wert des REA hängt während der Anwartschafts- und Haltefrist von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab.	Alle Mitarbeiter mit aufgeschobener variabler Vergütung	Unverfallbarkeit pro rata über vier Jahre (erhöht von drei Jahren in 2014); Gewährung der Vergütung in einer einzigen Tranche (Cliff Vesting) für Mitglieder der SMG nach 4,5 Jahren	6 Monate für MRTs	50 % der aufgeschobenen Vergütung
Key Position Award (KPA)	Besondere aufgeschobene Aktienanteile für ausgewählte Mitarbeiter, denen bei der Umsetzung der Strategie 2020 eine Schlüsselrolle zukommt	Ausgewählte Mitarbeiter	Gewährung in einer einzigen Tranche nach vier Jahren	1 Jahr	N/A

¹ Alle Aktienanteile sind für MRTs nach der Unverfallbarkeit jeder Tranche mit einer Haltefrist versehen, während der die Mitarbeiter nicht über ihre Aktien verfügen können.

² Bei Mitarbeitern mit einer fixen Vergütung von über 500.000 € werden 100 % der variablen Vergütung aufgeschoben, es werden also keine Zahlungen sofort fällig.

³ Eine begrenzte Anzahl von Führungskräften/Material Risk Takern in unserem Unternehmensbereich Deutsche AWM erhielt einen Teil ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form eines Employee Investment Plan (EIP) Award. Dabei handelt es sich um in bar zu erfüllende Anwartschaften, die von dem Wert der durch den Unternehmensbereich verwalteten Fonds abhängt. Für den EIP gelten hinsichtlich aufgeschobener Vergütung und Verfall dieselben Bedingungen wie für alle anderen Awards. Die entsprechenden Mitarbeiter erhalten weiterhin 50 % ihrer aufgeschobenen Vergütung aktienbasiert in Form eines REA, wie durch die InstVV vorgeschrieben.

⁴ Im Bereich Private Client Services („PCS“) von Deutsche AWM beschäftigte Mitarbeiter erhalten anstelle des REA einen PCS Award.

Überblick über die Fälligkeiten der aufgeschobenen Vergütung für 2015

	Art der Vergütung	2016		2017		2018		2019		2020		2021	
		März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	Sept.	März	
Senior Management Group	Cash Bonus	Zahlung											
	EUA	Vesting		Lieferung									
	RIA			1/4 Vesting & Zahlung		1/4 Vesting & Zahlung		1/4 Vesting & Zahlung		1/4 Vesting & Zahlung			
	REA											Cliff-Vesting	Lieferung
	KPA									Cliff-Vesting		Lieferung	
Alle sonstigen Material Risk Taker	Cash Bonus	Zahlung											
	EUA	Vesting		Lieferung									
	RIA			1/4 Vesting & Zahlung		1/4 Vesting & Zahlung		1/4 Vesting & Zahlung		1/4 Vesting & Zahlung			
	REA			1/4 Vesting		Lieferung		1/4 Vesting		Lieferung		1/4 Vesting	Lieferung
	KPA									Cliff-Vesting		Lieferung	
Alle sonstigen Mitarbeiter	Cash Bonus	Zahlung											
	RIA			1/4 Vesting & Zahlung		1/4 Vesting & Zahlung		1/4 Vesting & Zahlung		1/4 Vesting & Zahlung			
	REA			1/4 Vesting & Lieferung		1/4 Vesting & Lieferung		1/4 Vesting & Lieferung		1/4 Vesting & Lieferung			
	KPA									Cliff-Vesting		Lieferung	

Nachträgliche Risikoadjustierung der variablen Vergütung

Leistungs- und Verfallsbedingungen sind ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet sind, und ermöglichen ein angemessenes Back-Testing der ursprünglichen Leistungsbewertung. Wie sich aus den in diesem Bericht enthaltenen statistischen Auswertungen ergibt, erhöht sich der Anteil der in aufgeschobener Form gewährten und damit Leistungs- und Verfallsbedingungen unterliegenden variablen Vergütung entsprechend der Gesamtvergütung. In Verbindung mit dem Anwendungsbereich der Messgröße für die Risikoanpassung ist der Zeitraum, auf den diese anwendbar sind, ebenfalls relevant. Dies spiegelt sich in der Anwendung dieser Bedingungen bis zur Lieferung der Awards wider.

Die Entscheidungen über die variable Vergütung für 2015 wurden von der Entscheidung, die Anwendbarkeit nachträglicher Risikoadjustierung zu erhöhen, flankiert. Die Erhöhung des Mindestzurückbehaltungszeitraums auf vier Jahre ermöglicht die Anwendung nachträglicher Risikoadjustierung für einen längeren Zeitraum. Um den Stellenwert der nachträglichen Risikoadjustierung zu unterstreichen, hat die Bank die Leistungs- und Verfallsbedingungen darüber hinaus überprüft und entschieden, diese weiter zu stärken.

Übersicht über Leistungs- und Verfallsbedingungen für die variable Vergütung für 2015

Leistungs- und Verfallsbedingungen	Beschreibung	Material Risk Taker			Sonstige Mitarbeiter mit Deferred Awards	
		EUA	REA/KPA	RIA	REA/KPA	RIA
Konzern CET 1-Leistungsbedingung	Sofern die CET 1 Ratio einen bestimmten Schwellenwert am Quartalsende vor Vesting oder Lieferung unterschreitet	der gesamte noch nicht gelieferte Award verfällt	alle noch nicht gelieferten Tranchen verfallen		alle noch nicht gelieferten Tranchen verfallen	
Negatives Konzern-IBIT-Leistungsbedingung	Soweit der Vorstand für ein Jahr innerhalb des Zurückbehaltungszeitraums vor Zuteilung bestimmt, dass das Konzernergebnis vor Steuern (IBIT) negativ ist		die nächste zu liefernde Tranche verfällt*	die nächste zu liefernde Tranche verfällt	die nächste zu liefernde Tranche verfällt*	
Negatives Divisionales IBIT-Leistungsbedingung	Soweit der Vorstand für ein Jahr innerhalb des Zurückbehaltungszeitraums vor Zuteilung bestimmt, dass das divisionale Ergebnis vor Steuern negativ ist, auch wenn das Konzernergebnis positiv ist (gilt nicht für Mitarbeiter aus Regional Management, in Infrastrukturfunktionen und in der NCOU)		die nächste zu liefernde Tranche verfällt*	die nächste zu liefernde Tranche verfällt		
Wegfall der Leistungsgrundlage	Wenn festgestellt wird, dass der Award (oder die Gewährung, der Eintritt der Unverfallbarkeit oder die Lieferung eines sonstigen Award an den Mitarbeiter) auf eine Leistungskennzahl oder eine Annahme gestützt war, die sich nachträglich als substantiell falsch herausgestellt hat, oder wenn ein Geschäft, Handelsgeschäft beziehungsweise eine Transaktion, die dem Mitarbeiter zugerechnet werden kann, sich wesentlich nachteilig auf eine Deutsche Bank-Gesellschaft, eine Division oder den Deutsche Bank-Konzern auswirkt	bis zu 100 % der noch nicht gelieferten Awards verfallen				
Verstoß gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien	Im Falle eines Verstoßes gegen einschlägige interne Richtlinien oder Verfahren respektive gegen geltendes Recht oder rechtliche Regelungen, die nicht durch ein Unternehmen des Konzerns festgesetzt worden sind	bis zu 100 % der noch nicht gelieferten Awards verfallen				
Wesentliches Kontrollversagen	Sofern ein wesentliches Kontrollversagen entweder durch Verhalten oder Unterlassen eintritt, das dem Mitarbeiter zugerechnet wird (entweder ganz oder teilweise, direkt oder indirekt oder im Rahmen einer Überwachungs- oder Leitungsfunktion, als Mitglied eines Gremiums oder Panels oder auf sonstige Art und Weise)	bis zu 100 % der noch nicht gelieferten Awards verfallen				
Regulatorische Anforderungen	Sofern ein Verfall erforderlich ist, um geltenden regulatorischen Anforderungen zu entsprechen	bis zu 100 % der noch nicht gelieferten Awards verfallen				

* Für die Awardtypen, die einem Cliff-Vesting unterliegen, würde ein spezifischer Anteil (20 % für REAs der SMG, 25 % für KPAs) verfallen, sofern das IBIT für das jeweilige Jahr negativ ist.

In Bezug auf die aufgeschobenen, im ersten Quartal 2016 zur Lieferung anstehenden Vergütungsbestandteile vergangener Jahre hat der Vorstand bestätigt, dass die gruppenweiten und divisionalen IBIT-Leistungsbedingungen für das Finanzjahr 2015 erfüllt wurden. In Ausübung seines Ermessens hat der Vorstand die außergewöhnlichen Umstände berücksichtigt, dass der Verlust für das Geschäftsjahr 2015 strategische Entscheidungen, Adjustierungen im Zusammenhang mit Impairment von Goodwill sowie Restrukturierungskosten reflektiert. Als Konsequenz werden die aufgeschobenen Vergütungsbestandteile wie geplant im ersten Quartal 2016 geliefert.

Offenlegung von Vergütungskennziffern gemäß § 16 InstVV und Art. 450 CRR

Für das Finanzjahr 2015 wurden weltweit 3.005 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 50 Ländern als InstVV-MRTs identifiziert. Im Einklang mit § 16 InstVV und Art. 450 CRR sind Einzelheiten der kollektiven Vergütungselemente der InstVV-MRTs in den folgenden Tabellen zusammengestellt.

Aggregierte Vergütung für Material Risk Taker

in Mio € (sofern nicht anders angegeben) ¹	Senior Management ²	Aufsichtsfunktion ³	Weitere MRTs					Konzern Gesamt
			CB&S	PBC	GTB	Deutsche AWM	NCOU	
Anzahl der Mitarbeiter	181	60	1.871	179	212	452	50	3.005
Gesamtbezüge	343	N/A	1.689	85	114	391	48	2.670
davon:								
Fixe Vergütung	189	N/A	909	49	62	191	23	1.423
Variable Bezüge	153	N/A	780	35	52	200	25	1.246
Variable Bezüge⁴	153	N/A	780	35	52	200	25	1.246
davon:								
In bar	51	N/A	283	18	27	107	13	498
In Aktien	102	N/A	497	18	26	90	13	745
In aktienbasierten Instrumenten	0	N/A	0	0	0	0	0	0
In anderen Instrumenten	0	N/A	0	0	0	3	0	3

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Alle Zahlen in der obigen Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastruktureinheiten und des Regional Managements gemäß unseren gängigen Kostenallokationsschlüsseln. Die Tabelle kann marginale Rundungsdifferenzen enthalten.

² Senior Management umfasst die Geschäftsleiter signifikanter Institute gemäß § 17 InstVV sowie die Mitglieder der Senior Management Group.

³ Die Aufsichtsfunktion umfasst nicht geschäftsführende Mitglieder des Vorstands beziehungsweise Mitglieder des Aufsichtsrats signifikanter Institute gemäß § 17 InstVV. Informationen zur Vergütung von nicht geschäftsführenden Mitgliedern des Vorstands beziehungsweise Mitglieder des Aufsichtsrats sind nicht angegeben.

⁴ Variable Vergütungsbestandteile umfassen variable Vergütung sowie weitere diskretionäre Vergütungsbestandteile.

Aufgeschobene Vergütung

in Mio €	2015		
	Senior Management	Weitere MRTs	Konzern Gesamt
Ausstehende aufgeschobene variable Bezüge	470	1.831	2.301
davon:			
Vested Awards	25	30	55
Unvested Awards	445	1.802	2.246
Aufgeschobene variable Bezüge gewährt für 2015	144	760	904
Aufgeschobene variable Bezüge gewährt in 2015 ¹	215	915	1.131
Aufgeschobene variable Bezüge verfallen aufgrund nachträglicher Risikoadjustierung in 2015	0	26	26
Aufgeschobene variable Bezüge aus Vorjahren, die in 2015 unverfallbar wurden	148	989	1.137

¹ Enthält nicht die variable Vergütung für 2015, die im März 2016 gewährt wurde.

Im Jahr 2015 verfielen bei 13 InstVV-MRTs Vergütungselemente wegen Kündigung aus wichtigem Grund oder infolge der Feststellung eines Verstoßes gegen interne Richtlinien. Der verfallene Betrag belief sich (basierend auf dem Wert des Award zum Zeitpunkt der Gewährung) auf 26,2 Mio €.

Antrittszahlungen und Beendigungsleistungen

in Mio €	2015		
	Senior Management	Weitere MRTs	Konzern Gesamt
Zahlungen bei Aufnahme des Anstellungsverhältnisses (in Mio €)	0	1	1
Anzahl der Begünstigten	2	8	10
Gewährte Abfindungen aufgrund der Beendigung des Anstellungsverhältnisses (in Mio €)	10	27	38
Anzahl der Begünstigten	3	67	70

Der höchste Abfindungsbetrag, der einem MRT zugesprochen wurde, beläuft sich auf 5,2 Mio €.

Vergütung einkommensstarker Mitarbeiter

in €	2015
	Anzahl der Mitarbeiter
Gesamtbezüge	
1.000.000 bis 1.499.999	385
1.500.000 bis 1.999.999	151
2.000.000 bis 2.499.999	84
2.500.000 bis 2.999.999	48
3.000.000 bis 3.499.999	29
3.500.000 bis 3.999.999	21
4.000.000 bis 4.499.999	10
4.500.000 bis 4.999.999	8
5.000.000 bis 5.999.999	8
6.000.000 bis 6.999.999	6
7.000.000 bis 7.999.999	3
8.000.000 bis 8.999.999	1
9.000.000 bis 9.999.999	0
10.000.000 bis 10.999.999	1
11.000.000 bis 11.999.999	1

Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung

Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Der Aufsichtsrat als Gesamplenium ist zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands sowie für die Festsetzung ihrer individuellen Bezüge. Dabei wird der Aufsichtsrat durch den Vergütungskontrollausschuss unterstützt.

Entsprechend den rechtlichen Vorgaben besteht der Vergütungskontrollausschuss aus vier Mitgliedern, von denen mindestens ein Mitglied über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügt und mindestens ein Mitglied den Arbeitnehmervertretern angehört. In Bezug auf den Vorstand hat der Vergütungskontrollausschuss die Aufgabe, den Aufsichtsrat bei der angemessenen Ausgestaltung des Vergütungssystems zu unterstützen und zu überwachen sowie die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die individuelle Vergütung der Mitglieder des Vorstands vorzubereiten.

Billigung des Vergütungssystems durch die Hauptversammlung

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands wird vom Aufsichtsrat regelmäßig überprüft. Im Fall einer Änderung oder Neustrukturierung des Vergütungsrahmens nutzt der Aufsichtsrat die durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung („VorstAG“) geschaffene Möglichkeit, dass auch die Hauptversammlung über die Billigung des Vergütungssystems beschließt. Zuletzt hat die Hauptversammlung im Mai 2013 mit einer großen Mehrheit von 88,71 % ein neues Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands rückwirkend zum 1. Januar 2013 gebilligt.

Der Aufsichtsrat hat das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 im Hinblick auf die Höhe der fixen Vergütung, die Höhe der Beiträge zur Altersversorgung, die Komponenten der variablen Vergütung und deren Zielwerte geändert. Der Hauptversammlung wird im Mai 2016 die Möglichkeit gegeben, über die Billigung des geänderten Vergütungssystems Beschluss zu fassen.

Regulatorische und gesetzliche Vorgaben

Die Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands erfolgt unter Berücksichtigung und im Rahmen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben. Gemäß den seit dem Geschäftsjahr 2014 gültigen Regelungsansätzen durch CRD 4 ist das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung grundsätzlich auf 1:1 (Cap-Regelung) begrenzt, das heißt, die Höhe der variablen Vergütung darf die der fixen Vergütung nicht überschreiten. Die dahinterstehende Überlegung ist, dass zu hohe variable Vergütungen erhöhte Anreize zur Eingehung unangemessener Risiken darstellen können.

Der Gesetzgeber sieht jedoch vor, dass die Aktionäre insoweit eine Erleichterung beschließen können, indem das Verhältnis der festen zur variablen Vergütung auf 1:2 festgesetzt wird. Die Hauptversammlung hat im Mai 2014 diese gesetzliche Möglichkeit genutzt und der vorgenannten Fixierung auf 1:2 für die Mitglieder des Vorstands mit einer großen Mehrheit von 90,84 % zugestimmt.

Grundsätze des Vergütungssystems

Die weltweit sehr unterschiedlichen Anforderungen an Vergütungssysteme stellen den Aufsichtsrat vor die Herausforderung, innerhalb der Regulierungsvorgaben weiterhin marktübliche und damit wettbewerbsfähige Gesamtvergütungspakete anbieten zu können.

Bei den Fragen der konkreten Ausgestaltung des Vergütungssystems, der Festlegung der individuellen Vergütungen sowie der Gestaltung der Auszahlungs- und Zuteilungsmodalitäten steht die enge Verknüpfung der Interessen der Vorstandsmitglieder mit den Interessen der Aktionäre im Vordergrund. Diese Verknüpfung erfolgt zum einen im Rahmen der Festsetzung der variablen Vergütung anhand der Zugrundelegung klar definierter Kennziffern, die einen direkten Bezug zur Wertentwicklung der Deutschen Bank haben. Zum anderen wird die Verknüpfung über die Gewährung aktienbasierter Vergütungselemente, die mindestens 50 % der gesamten variablen Vergütung betragen, sichergestellt. Die aktienbasierten Vergütungselemente sind unmittelbar an die Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gebunden und werden erst nach einem mehrjährigen Zeitraum fällig.

Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems motiviert, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen, dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben und unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden.

Der Aufsichtsrat greift im Rahmen seiner regelmäßigen Prüfung des Vergütungssystems, ebenso wie bei der Festlegung der variablen Vergütung, auch auf die Expertise externer unabhängiger Vergütungs- und erforderlichenfalls Rechtsberater zurück.

Vergütungsstruktur

Das Vergütungssystem und die davon umfassten Vergütungsstrukturen sind mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils in deren Anstellungsverträgen geregelt.

Der Aufsichtsrat prüft zu Beginn eines Geschäftsjahres die fixe Vergütung und die Zielgrößen für die variablen Vergütungskomponenten. Darüber hinaus definiert er die konzernübergreifenden sowie die individuellen Ziele für die Vorstandsmitglieder und prüft, ob die für die langfristige Vergütungskomponente gesetzten standardisierten Zielvorgaben noch der langfristigen Strategie der Bank entsprechen. Die Performance der einzelnen Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat beurteilt und zum Ende eines Jahres mit den Vorstandsmitgliedern besprochen.

Die aus dem neuen Vergütungssystem resultierende Gesamtvergütung unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten (fixe Vergütung)

Die fixe Vergütung wird erfolgsunabhängig gewährt. Sie besteht in erster Linie aus einem Grundgehalt. Das Grundgehalt wird in zwölf gleichen monatlichen Raten ausgezahlt. Das Grundgehalt betrug im Jahr 2015 wie folgt:

in €	2015	2014
Grundgehalt		
Co-Vorsitzende	3.800.000	3.800.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	2.400.000	2.400.000

Die InstVV eröffnet die Möglichkeit, Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung als fixe Vergütung zu definieren und so in die Bemessungsgrundlage zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen fixen und variablen Vergütungsbestandteilen mit einzubeziehen.

Die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung betragen im Geschäftsjahr 2015:

in €	2015	2014
Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung		
Co-Vorsitzende	650.000	650.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	400.000	400.000

Daneben zählen die sogenannten „Sonstigen Leistungen“ zu den erfolgsunabhängigen Komponenten. Die Sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrgestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern sowie steuerpflichtigen Aufwandserstattungen.

Erfolgsabhängige Komponenten (variable Vergütung)

Die variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht aus zwei Komponenten:

- dem Annual Performance Award und
- dem Long-Term Performance Award.

Annual Performance Award („APA“)

Der APA honoriert das Erreichen der kurz- und mittelfristigen geschäfts- und unternehmenspolitischen Ziele der Bank, die im Rahmen der Zielvereinbarung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Leistungsbestimmung festgelegt wurden. Berücksichtigt werden dabei nicht nur finanzielle Erfolge, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit.

Der Gesamtbetrag des Annual Performance Awards wird auf Basis mehrerer Komponenten ermittelt:

- 60 % des Award-Betrags hängen von konzernübergreifenden Zielen ab, die für alle Vorstandsmitglieder identisch sind.
- Die verbleibenden 40 % des Award-Betrags bestimmen sich anhand individueller Leistung und individueller Ziele, die der Aufsichtsrat für jedes Vorstandsmitglied einzeln unter Berücksichtigung des individuellen Aufgabenbereiches festlegt.

Es werden Ziele in den Kategorien „Kapital“, „Kosten“, „Kompetenzen“, „Kunden“ und „Kultur“ festgelegt und diese adressieren somit über die quantitativen Zielvorgaben hinaus auch qualitative Elemente der Leistungserbringung.

Ziele für das Geschäftsjahr 2015

Für das Geschäftsjahr 2015 wurden die folgenden konzernübergreifenden und damit für alle Vorstandsmitglieder identischen Kennziffern als Messgrößen vereinbart. Die Zielvorgaben können grundsätzlich auch andere Aspekte aus den fünf genannten Kategorien, wie beispielsweise Rendite-Ziele, enthalten:

- **Kategorie Kapital:** Kernkapitalquote (Common Equity Tier-1 Ratio (CET 1)) und Verschuldungsquote;
- **Kategorie Kosten:** Kosten-Ertrag-Relation (Cost-Income Ratio (CIR));
- **Kategorie Kompetenzen:** Wertbeitrag und
- **Kategorie Kultur/Kunden:** Mitarbeiterzufriedenheit, Verhalten und Reputation.

Die Ziele fließen je Kategorie jeweils zu 15 % in die Festlegung des Award-Betrags ein, so dass der Anteil der vorgeannten Kategorien am Gesamt-APA insgesamt 60 % beträgt.

Zur Bewertung der individuellen Leistungskomponente vereinbart der Aufsichtsrat mit jedem Mitglied des Vorstands einzeln jeweils:

- ein quantitatives Ziel aus den Kategorien **Kapital/Kosten/Kompetenzen** und
- ein qualitatives Ziel aus den Kategorien **Kultur/Kunden**.

Diese beiden Ziele finden ebenfalls zu 15 % Eingang in die Bestimmung des Award-Betrags, so dass der Anteil am Gesamt-APA 30 % beträgt.

Insgesamt beträgt die Summe aus konzernübergreifenden und individuell vereinbarten Zielen 90 % des Gesamt-APA. Es verbleiben weitere 10 % als freier Ermessensspielraum für den Aufsichtsrat zur Würdigung von besonderen, auch projektbezogenen Erfolgsbeiträgen im Laufe des Geschäftsjahres.

Im Rahmen der jährlichen Zielvereinbarung werden für alle Teilziele entsprechende Kriterien festgelegt, die vom Aufsichtsrat nach Ablauf des Jahres zur Bewertung der Zielerreichung herangezogen werden. Der Grad der jeweiligen Zielerreichung sowie die letztendliche Höhe des Annual Performance Awards werden hierbei nicht mehr formelhaft, sondern vom Aufsichtsrat anhand der zuvor festgelegten Kriterien im Rahmen einer sachgemäßen Beurteilung diskretionär bestimmt. Folgende Kriterien werden dabei berücksichtigt: die tatsächlich erreichten Werte, Planwerte und extern kommunizierte Zielwerte, Vergleichswerte der Wettbewerber, Vorjahreswerte sowie eine qualitative Würdigung der Zielerreichung und auch die Gesamtrisikoausrichtung der Bank.

Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass ein Annual Performance Award nicht zu gewähren ist.

Die für das Jahr 2015 geltenden jährlichen Minimum-, Ziel- und Maximalwerte des Annual Performance Awards für ein ordentliches Vorstandsmitglied sowie die Co-Vorsitzenden des Vorstands betragen:

in €	2015			2014
	Minimum	Zielwert	Maximum	Zielwert
Co-Vorsitzender				
Anteil je 15 % Ziel	0	225.000	450.000	225.000
APA gesamt	0	1.500.000	3.000.000	1.500.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder				
Anteil je 15 % Ziel	0	150.000	300.000	150.000
APA gesamt	0	1.000.000	2.000.000	1.000.000

Long-Term Performance Award (LTPA)

Die Höhe des Long-Term Performance Awards bestimmt sich nach der relativen Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten und orientiert sich durch die zusätzliche Berücksichtigung nicht finanzieller Parameter auch daran, wie die Ziele erreicht werden, um eine nachhaltige Wertentwicklung zusätzlich zu fördern.

Entsprechend bemisst sich die Höhe des Long-Term Performance Awards an der relativen Aktienrendite und zusätzlich an einem sogenannten „Culture & Client“-Faktor. Die Höhe des Long-Term Performance Awards bestimmt sich grundsätzlich formelhaft und auf Basis vorab definierter Zielgrößen. Die Langfristigkeit dieser Vergütungskomponente wird durch die fortgeführte Berücksichtigung eines Dreijahresdurchschnitts der relativen Wertentwicklung unterstützt.

Relative Rendite der Deutsche Bank-Aktie (RTSR)

Die relative Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Relative Total Shareholder Return, RTSR) ergibt sich aus der Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Shareholder Return) im Verhältnis zum Durchschnittswert der Aktienrenditen einer ausgewählten Vergleichsgruppe (in Euro gerechnet). Eingang in die Berechnung der Award-Höhe findet das Mittel der jährlichen relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie für die drei letzten Geschäftsjahre (Vergütungsjahr sowie die beiden vorhergehenden Jahre).

Ist der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie größer als 100 %, dann erhöht sich der Wert des Award-Anteils proportional bis zu einer Obergrenze von 150 % der Zielgröße, das heißt, der Wert steigt um 1 % für jeden Prozentpunkt über 100 %. Der Wert vermindert sich jedoch überproportional, sofern der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite geringer als 100 % ist. Liegt die berechnete relative Aktienrendite im Bereich von kleiner 100 % bis 80 %, mindert sich für jeden Prozentpunkt weniger der Wert des Award-Anteils um jeweils 2 Prozentpunkte. Im Bereich zwischen 80 % und 60 % verringert sich der Wert des Award-Anteils für jeden Prozentpunkt weniger um jeweils 3 Prozentpunkte. Überschreitet die relative Aktienrendite auf Dreijahressicht im Durchschnitt 60 % nicht, ist der Wert des Award-Anteils Null.

Die Vergleichsgruppe zur Ermittlung der relativen Aktienrendite wurde anhand der Kriterien grundsätzlich vergleichbarer Geschäftstätigkeit, vergleichbarer Größe und internationaler Präsenz ausgewählt und wird regelmäßig überprüft. Die Vergleichsgruppe setzt sich derzeit aus folgenden Banken zusammen:

- BNP Paribas und Société Générale (beide aus dem Euro-Raum);
- Barclays, Credit Suisse und UBS (aus dem europäischen Nicht-Euro-Raum);
- Bank of America, Citigroup, Goldman Sachs, JP Morgan Chase und Morgan Stanley (alle aus den USA).

„Culture & Client“-Faktor

Durch den „Culture & Client“-Faktor werden die Kundenzufriedenheit und der Umgang mit Kunden gemessen, um somit eine nachhaltige Entwicklung der Kundenbeziehungen zu fördern.

Der Aufsichtsrat bestimmt auf Basis bereichsspezifischer Umfragewerte und sonstiger Marktanalysen den Fortgang der Entwicklung der Bank in diesen Punkten diskretionär entlang der vier Kategorien „unterdurchschnittlich“, „durchschnittlich“, „gut“ und „exzellent“. Bei einer Einstufung in die Kategorie „exzellent“ werden 150 % des „Culture & Client“-Zielwerts veranschlagt, bei „gut“ 100 %, bei „durchschnittlich“ 50 % und bei „unterdurchschnittlich“ fällt der Award-Anteil auf Null.

Der Long-Term Performance Award wird dann auf Basis der unter Berücksichtigung der Anpassung des Vergütungssystems an die CRD 4-Anforderungen modifizierten Zielgrößen im Zusammenspiel zwischen der erreichten relativen Aktienrendite (RTSR) und dem „Culture & Client“-Faktor ermittelt. Er kann maximal 150 % der Zielgröße betragen.

Die Gewichtung der beiden Kenngrößen liegt bei 2/3 für den RTSR-Wert und 1/3 für den „Culture & Client“-Wert.

in €	2015			2014
	Minimum	Zielwert	Maximum	Zielwert
Co-Vorsitzender				
RTSR-Anteil	0	2.533.333	3.800.000	2.533.333
Culture & Client-Anteil	0	1.266.667	1.900.000	1.266.667
LTPA gesamt	0	3.800.000	5.700.000	3.800.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder				
RTSR-Anteil	0	1.600.000	2.400.000	1.600.000
Culture & Client-Anteil	0	800.000	1.200.000	800.000
LTPA gesamt	0	2.400.000	3.600.000	2.400.000

Maximale Gesamtvergütung

Nach Umsetzung der regulatorischen Vorgaben und auf Basis der vorgenannten einzelnen Vergütungskomponenten ergeben sich die folgenden jährlichen Maximalbeträge.

in €				2015	2014
	Grundgehalt	APA	LTPA	Gesamtvergütung	Gesamtvergütung
Co-Vorsitzender					
Zielwerte	3.800.000	1.500.000	3.800.000	9.100.000	9.100.000
Maximum	3.800.000	3.000.000	5.700.000	12.500.000	12.500.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder					
Zielwerte	2.400.000	1.000.000	2.400.000	5.800.000	5.800.000
Maximum	2.400.000	2.000.000	3.600.000	8.000.000	8.000.000

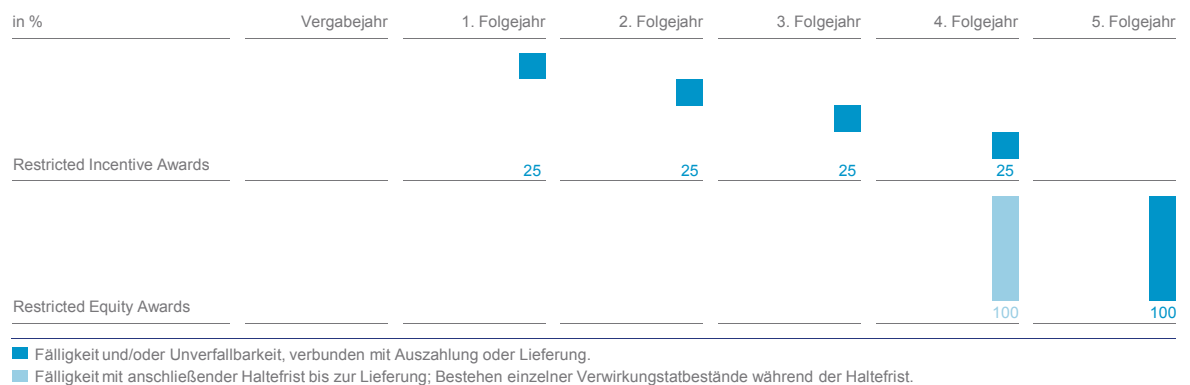
Die Gesamtvergütung eines Vorstandsmitglieds unterliegt einer zusätzlichen Obergrenze von 9,85 Mio € (Cap), die vom Aufsichtsrat für die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2015 festgesetzt wurde. Das rechnerische Maximum der Gesamtvergütung für die Co-Vorsitzenden in Höhe von 12,5 Mio € kommt demnach nicht zum Tragen und der maximal zu vergebende variable Vergütungsanteil für jeden Co-Vorsitzenden ist damit auf 6,05 Mio € begrenzt.

Langfristige Anreizwirkung/Nachhaltigkeit

Gemäß InstVV müssen mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben werden. Dieser aufgeschobene Teil muss mindestens zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, während der noch verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung zu gewähren ist. Beide Vergütungselemente sind über einen mehrjährigen Zurückbehaltungszeitraum zu strecken, an den sich für die aktienbasierten Vergütungselemente noch Haltefristen anschließen. In dem Zeitraum bis zur Lieferung beziehungsweise zum Zufluss können diese aufgeschoben gewährten Teile verfallen. Maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung dürfen nicht aufgeschoben gewährt werden. Hiervon muss jedoch wiederum mindestens die Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, und nur der verbleibende Teil darf direkt in bar ausgezahlt werden. In Summe betrachtet dürfen also nur maximal 20 % der gesamten variablen Vergütung sofort bar ausgezahlt werden, während mindestens 80 % zu einem späteren Zeitpunkt zufließen beziehungsweise geliefert werden müssen. Seit dem Jahr 2014 wird die gesamte variable Vergütung für die Vorstandsmitglieder ausschließlich in aufgeschobener Form gewährt. Der APA wird dabei grundsätzlich in Form aufgeschobener, nicht aktienbasierter Barvergütungsbestandteile („Restricted Incentive Award“) vergeben. Die Restricted Incentive Awards werden dabei über einen Zeitraum von mindestens vier Jahren unverfallbar.

Der LTPA wird ebenfalls zu 100 % aufgeschoben und ausschließlich in Form von aktienbasierten Vergütungselementen („Restricted Equity Award“) gewährt. Die Restricted Equity Awards werden etwa viereinhalb Jahre nach ihrer Gewährung in einer einzigen Tranche (Cliff Vesting) fällig und sind danach noch mit einer zusätzlichen Haltefrist von sechs Monaten versehen. Demnach können die Vorstandsmitglieder erst nach etwa fünf Jahren über die Aktien verfügen. Während der Zurückbehaltungs- und Haltefrist hängt der Wert der Restricted Equity Awards von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab. Für die Restricted Incentive Awards und die Restricted Equity Awards gelten während der Zurückbehaltungs- und Haltefrist besondere Verfallbedingungen.

Das nachfolgende Schaubild stellt die zeitliche Streckung der Zuflüsse beziehungsweise Lieferungen der variablen Vergütungskomponenten in den fünf Folgejahren nach Vergabe dar.

Zeitraumen für Auszahlung oder Lieferung und Unverfallbarkeit für den Vorstand (ab 2014)

Für die für das Geschäftsjahr 2014 gewährten Restricted Incentive Awards wurde bei der Vergabe ein einmaliger Aufschlag in Höhe von 2 % gewährt.

Die für das Geschäftsjahr 2014 gewährten aktienbasierten Awards berechtigten zu der Gewährung eines Dividendenäquivalents. Das Dividendenäquivalent wurde gemäß der folgenden Formel bestimmt:

$$\frac{\text{Gezahlte Dividende} \quad \times \quad \text{Anzahl an Aktienanwartschaften}}{\text{Kurs der Deutsche Bank-Aktie am Tag der Dividendenzahlung}}$$

Verfallbedingungen

Durch die aufgeschoben gewährten beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (Equity Upfront Awards, Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards) wird eine langfristige Anreizwirkung erreicht, da sie bis zur jeweiligen Unverfallbarkeit beziehungsweise zum Ende der Haltefristen bestimmten Verfallbedingungen unterliegen. Anwartschaften können ganz oder teilweise verfallen, zum Beispiel bei individuellem Fehlverhalten (unter anderem bei Verstoß gegen Regularien) oder einer außerordentlichen Kündigung, bei Restricted Equity Awards und Restricted Incentive Awards auch bei einem negativen Ergebnis des Konzerns oder individuellen negativen Erfolgsbeiträgen. Darüber hinaus entfällt der Long-Term Performance Award vollständig, wenn die gesetzlichen regulatorischen Mindestvorgaben zur Kernkapitalquote in diesem Zeitraum nicht eingehalten wurden.

Begrenzungen bei außergewöhnlichen Entwicklungen

Im Falle außergewöhnlicher Entwicklungen ist die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds auf einen Maximalbetrag begrenzt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat mit den Mitgliedern des Vorstands eine Begrenzungsmöglichkeit der variablen Vergütung in deren Anstellungsverträgen vereinbart, wonach die variable Vergütung jeweils auf Beträge unterhalb der vorgesehenen Maximalbeträge beschränkt werden oder gänzlich entfallen kann. Zudem sehen gesetzliche Regelungen vor, dass der Aufsichtsrat die Bezüge der Vorstandsmitglieder auf eine angemessene Höhe herabsetzen kann, wenn sich die Lage der Gesellschaft nach Festsetzung so verschlechtert, dass die Weitergewährung unbillig für die Gesellschaft wäre. Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt ferner nicht, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Regelungen zur Aktienhaltepflicht

Zur Stärkung der Identifikation mit der Bank und ihren Aktionären sind die Mitglieder des Vorstands verpflichtet, einen Teil ihres Privatvermögens in Deutsche Bank-Aktien anzulegen. Die Vorstandsmitglieder werden zu diesem Zweck jederzeit eine Anzahl von Deutsche Bank-Aktien in ihrem Depot halten, wobei aufgeschobene aktienbasiert gewährte Vergütungen zu 75 % auf diese Verpflichtung angerechnet werden können.

Die Anzahl zu haltender Aktien beträgt seit dem Jahr 2014 bei den Co-Vorsitzenden das 2-Fache und bei den ordentlichen Vorstandsmitgliedern das 1-Fache ihrer jährlichen Grundvergütung.

Es gilt eine Karenzfrist von 36 Monaten für die Co-Vorsitzenden beziehungsweise 24 Monaten für die ordentlichen Vorstandsmitglieder, bis zu der die Vorgaben erfüllt sein müssen. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben die Vorgaben zur Aktienhaltepflicht im Jahr 2015 erfüllt. Die Einhaltung der Vorgaben wird halbjährlich zum 30.06. beziehungsweise 31.12. eines Jahres überprüft. Bei festgestellten Differenzen haben die Vorstandsmitglieder bis zur nächsten Prüfung Zeit zur Korrektur.

Durch aufgeschoben gewährte beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckte Vergütungskomponenten bleibt eine weitere Verbundenheit mit der Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie in der Regel gleichwohl auch für einen Zeitraum nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand bestehen.

Vergütungsstruktur ab Januar 2016

Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 hat der Aufsichtsrat das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands geändert.

Das geänderte Vergütungssystem folgt dem neuen Zuschnitt der Konzernsparten und damit einhergehend der Neuordnung der Führungsstruktur der Bank. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 sind alle vier Unternehmensbereiche (Front Offices) direkt durch Mitglieder im Vorstand vertreten. Für die Mitglieder des Vorstands mit der Vorstandsverantwortlichkeit für einen Unternehmensbereich werden die beiden bisherigen Komponenten der variablen Vergütung durch die neu eingeführte Komponente „Division Performance Award“ ergänzt. Durch die Einführung des Division Performance Award sollen Markterfordernisse reflektiert und ein wettbewerbsfähiges Vergütungsniveau für Vorstandsmitglieder mit Unternehmensbereichsverantwortung sichergestellt werden, wobei die Festlegung der individuellen Höhe nach leistungsorientierten Kriterien erfolgt.

Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen dargestellt.

Erfolgsunabhängige Komponenten (fixe Vergütung)

Die fixe Vergütung wird erfolgsunabhängig gewährt und besteht weiterhin aus dem Grundgehalt, den Beiträgen zur Altersversorgung sowie den „Sonstigen Leistungen“, die den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrgestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern sowie steuerpflichtigen Aufwandsersatzungen umfassen.

Das Grundgehalt bleibt der Höhe nach unverändert. Die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung sind hingegen ab dem Jahr 2016 durch den Aufsichtsrat auf individueller Basis festsetzbar.

Erfolgsabhängige Komponenten (variable Vergütung)

Die variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht für alle Mitglieder des Vorstands weiterhin aus den bisherigen beiden Komponenten,

- dem Annual Performance Award und
- dem Long-Term Performance Award,

sowie für die Vorstandsmitglieder mit der Verantwortlichkeit für einen Unternehmensbereich zusätzlich aus

- dem Division Performance Award.

Division Performance Award (DPA)

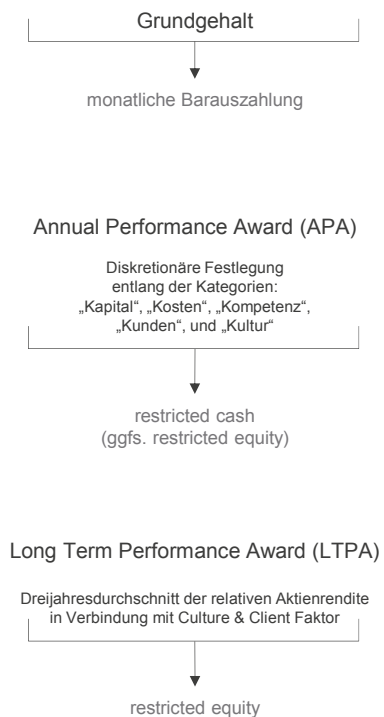
Der DPA honoriert das Erreichen der kurz- und mittelfristigen geschäftspolitischen und strategischen Ziele der Bank, die im Rahmen der Zielvereinbarung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Leistungsbestimmung festgelegt wurden. Die für die Bestimmung des DPA maßgeblichen Ziele sollen die geltenden geschäftspolitischen und strategischen Ziele der jeweiligen Division unterstützen und im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie sowie den individuellen Zielen, die für das Vorstandsmitglied unter Berücksichtigung seines Verantwortungsbereiches bestimmt werden, stehen. Berücksichtigt werden dabei nicht nur finanzielle Erfolge, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit. Der DPA folgt damit prinzipiell der gleichen Festsetzungs- und Entscheidungslogik wie der Annual Performance Award, lässt aber eine stärkere Ausrichtung auf die geschäftlichen Erfolgsparemeter der kundenorientierten Einheiten und deren spezieller Zielsetzungen zu.

Im Rahmen der jährlichen Zielvorgaben werden für alle Teilziele entsprechende Kriterien festgelegt, die vom Aufsichtsrat nach Ablauf des Jahres zur Bewertung der Zielerreichung herangezogen werden. Der Grad der jeweiligen Zielerreichung sowie die letztendliche Höhe des DPA werden vom Aufsichtsrat diskretionär im Rahmen einer sachgerechten Beurteilung auf Basis mehrerer Komponenten bestimmt. Maßgeblich für die Bestimmung des DPA sind der Zielerreichungsgrad sowie die Gewichtung der relevanten Ziele.

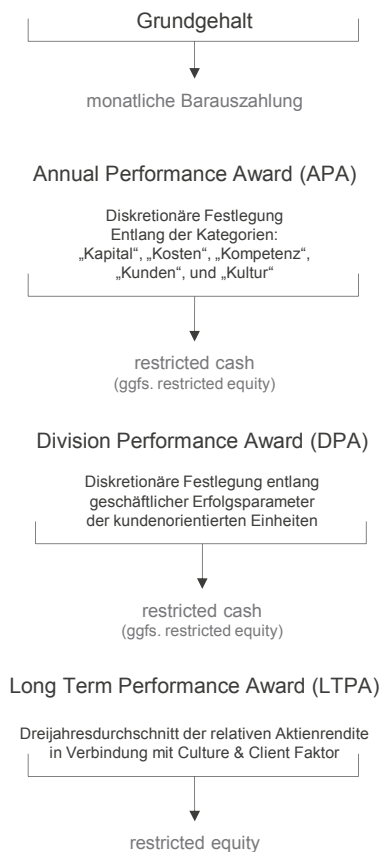
Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass ein DPA nicht zu gewähren ist.

Das folgende Schaubild zeigt einen Vergleich der bis 31. Dezember 2015 gültigen Vergütungsstruktur mit der ab dem 1. Januar 2016 geltenden Struktur:

Bisherige Struktur



Neue Struktur ab Januar 2016



Das neue Vergütungssystem wird der Hauptversammlung im Mai 2016 detailliert vorgestellt. Der Hauptversammlung wird die Möglichkeit gegeben, über die Billigung des geänderten Vergütungssystems Beschluss zu fassen.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Grundgehalt

Im Geschäftsjahr 2015 beliefen sich die jährlichen Grundgehälter der Co-Vorsitzenden auf jeweils 3.800.000 € und die der ordentlichen Mitglieder des Vorstands auf jeweils 2.400.000 €.

Variable Vergütung

Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses beschlossen, die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 für sämtliche im Geschäftsjahr 2015 amtierenden Vorstandsmitglieder für die Zeit ihrer Vorstandsmitgliedschaft aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Bank auf Null herabzusetzen. Die Herabsetzung erfolgt, weil sich wesentliche Finanzkennzahlen der Bank im Geschäftsjahr 2015 verschlechtert haben.

Gesamtvergütung

Die im beziehungsweise für das Geschäftsjahr 2015 gewährte Vergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand) für die Mitglieder des Vorstands für ihre Vorstandstätigkeit betrug insgesamt 22.660.000 € (2014: 35.277.666 €). Dieser Betrag entfiel ausschließlich auf die Grundgehälter (2014: 19.600.000 €). Auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung entfielen 0 € (2014: 15.677.666 €).

Der Aufsichtsrat hat die Bezüge für 2015 auf individueller Basis wie folgt festgelegt (die Tabelle enthält keine Beträge, die ausgeschiedene Vorstandsmitglieder als Abfindungszahlung erhalten, diese werden nachfolgend unter „Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens“ beschrieben):

in €	2015				2014
	Grundgehalt	APA ¹	LTPA ²	Gesamtvergütung	Gesamtvergütung
John Cryan ³	1.900.000	0	0	1.900.000	-
Jürgen Fitschen	3.800.000	0	0	3.800.000	6.661.958
Anshuman Jain ⁴	1.900.000	0	0	1.900.000	6.661.958
Stefan Krause	2.400.000	0	0	2.400.000	4.352.500
Dr. Stephan Leithner ⁵	2.000.000	0	0	2.000.000	4.467.250
Stuart Lewis	2.400.000	0	0	2.400.000	4.429.000
Sylvie Matherat ⁶	400.000	0	0	400.000	-
Rainer Neske ⁴	1.200.000	0	0	1.200.000	4.352.500
Henry Ritchotte	2.400.000	0	0	2.400.000	4.352.500
Karl von Rohr ⁶	400.000	0	0	400.000	-
Dr. Marcus Schenck ⁷	1.460.000	0	0	1.460.000	-
Christian Sewing ⁸	2.400.000	0	0	2.400.000	-
Summe	22.660.000	0	0	22.660.000	35.277.666

¹ APA = Annual Performance Award.

² LTPA = Long-Term Performance Award.

³ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juli 2015.

⁴ Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.

⁵ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Oktober 2015.

⁶ Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

⁷ Mitglied des Vorstands seit dem 22. Mai 2015.

⁸ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2015.

Bezüge nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)

Im Folgenden werden die Bezüge der Mitglieder des Vorstands nach Maßgabe der Anforderungen der Ziffer 4.2.5 Abs. 3 des DCGK gezeigt. Dies sind die für das Berichtsjahr gewährten Zuwendungen einschließlich der Nebenleistungen, bei den variablen Vergütungselementen ergänzt um die erreichbare Maximal- und Minimalvergütung. Darüber hinaus wird der Zufluss im beziehungsweise für das Berichtsjahr aus Fixvergütung, kurzfristiger variabler Vergütung und langfristiger variabler Vergütung mit Differenzierung nach den jeweiligen Bezugsjahren dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die gewährten Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2015.

Gewährte Zuwendungen in 2015 (2014) gemäß DCGK

in €	2015				2014	
	(Festsetzung)	(Ziel)	(Min.)	(Max.)	(Festsetzung)	(Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	1.900.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000	0	0
Nebenleistungen	29.697	29.697	29.697	29.697	0	0
Summe	1.929.697	1.929.697	1.929.697	1.929.697	0	0
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	2.650.000	0	4.350.000	0	0
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	750.000	0	1.500.000	0	0
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	1.900.000	0	2.850.000	0	0
Summe	0	2.650.000	0	4.350.000	0	0
Versorgungsaufwand	439.065	439.065	439.065	439.065	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	2.368.762	5.018.762	2.368.762	6.718.762	0	0
Gesamtvergütung²	1.900.000	4.550.000	1.900.000	6.250.000	0	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juli 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	2015				2014	
	(Festsetzung)	(Ziel)	(Min.)	(Max.)	(Festsetzung)	(Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000
Nebenleistungen	102.016	102.016	102.016	102.016	118.852	118.852
Summe	3.902.016	3.902.016	3.902.016	3.902.016	3.918.852	3.918.852
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	5.300.000	0	8.700.000	2.861.958	5.300.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	1.500.000	0	3.000.000	860.625	1.500.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	3.800.000	0	5.700.000	2.001.333	3.800.000
Summe	0	5.300.000	0	8.700.000	2.861.958	5.300.000
Versorgungsaufwand	624.192	624.192	624.192	624.192	648.216	648.216
Gesamtvergütung (DCGK)	4.526.208	9.826.208	4.526.208	13.226.208	7.429.026	9.867.068
Gesamtvergütung¹	3.800.000	9.100.000	3.800.000	12.500.000	6.661.958	9.100.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Anshuman Jain ¹ Co-Vorsitzender					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	1.900.000	1.900.000	1.900.000	1.900.000	3.800.000	3.800.000
Nebenleistungen	337.718	337.718	337.718	337.718	718.914	718.914
Summe	2.237.718	2.237.718	2.237.718	2.237.718	4.518.914	4.518.914
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	2.650.000	0	4.350.000	2.861.958	5.300.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	750.000	0	1.500.000	860.625	1.500.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	1.900.000	0	2.850.000	2.001.333	3.800.000
Summe	0	2.650.000	0	4.350.000	2.861.958	5.300.000
Versorgungsaufwand	1.553.203	1.553.203	1.553.203	1.553.203	857.192	857.192
Gesamtvergütung (DCGK)	3.790.921	6.440.921	3.790.921	8.140.921	8.238.064	10.676.106
Gesamtvergütung ²	1.900.000	4.550.000	1.900.000	6.250.000	6.661.958	9.100.000

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Stefan Krause					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	105.099	105.099	105.099	105.099	124.753	124.753
Summe	2.505.099	2.505.099	2.505.099	2.505.099	2.524.753	2.524.753
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	3.400.000	0	5.600.000	1.952.500	3.400.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	1.000.000	0	2.000.000	688.500	1.000.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	2.400.000	0	3.600.000	1.264.000	2.400.000
Summe	0	3.400.000	0	5.600.000	1.952.500	3.400.000
Versorgungsaufwand	498.908	498.908	498.908	498.908	521.887	521.887
Gesamtvergütung (DCGK)	3.004.007	6.404.007	3.004.007	8.604.007	4.999.140	6.446.640
Gesamtvergütung ¹	2.400.000	5.800.000	2.400.000	8.000.000	4.352.500	5.800.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Dr. Stephan Leithner ¹					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	72.570	72.570	72.570	72.570	353.552	353.552
Summe	2.072.570	2.072.570	2.072.570	2.072.570	2.753.552	2.753.552
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	2.833.333	0	4.666.667	2.067.250	3.400.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	833.333	0	1.666.667	803.250	1.000.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	2.000.000	0	3.000.000	1.264.000	2.400.000
Summe	0	2.833.333	0	4.666.667	2.067.250	3.400.000
Versorgungsaufwand	442.033	442.033	442.033	442.033	561.694	561.694
Gesamtvergütung (DCGK)	2.514.603	5.347.936	2.514.603	7.181.270	5.382.496	6.715.246
Gesamtvergütung ²	2.000.000	4.833.333	2.000.000	6.666.667	4.467.250	5.800.000

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Oktober 2015.² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Stuart Lewis					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	97.624	97.624	97.624	97.624	84.937	84.937
Summe	2.497.624	2.497.624	2.497.624	2.497.624	2.484.937	2.484.937
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	3.400.000	0	5.600.000	2.029.000	3.400.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	1.000.000	0	2.000.000	765.000	1.000.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	2.400.000	0	3.600.000	1.264.000	2.400.000
Summe	0	3.400.000	0	5.600.000	2.029.000	3.400.000
Versorgungsaufwand	516.969	516.969	516.969	516.969	551.095	551.095
Gesamtvergütung (DCGK)	3.014.593	6.414.593	3.014.593	8.614.593	5.065.032	6.436.032
Gesamtvergütung¹	2.400.000	5.800.000	2.400.000	8.000.000	4.429.000	5.800.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Sylvie Matherat ¹					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	400.000	400.000	400.000	400.000	0	0
Nebenleistungen	5.226	5.226	5.226	5.226	0	0
Summe	405.226	405.226	405.226	405.226	0	0
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	566.667	0	933.333	0	0
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	166.667	0	333.333	0	0
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	400.000	0	600.000	0	0
Summe	0	566.667	0	933.333	0	0
Versorgungsaufwand	128.506	128.506	128.506	128.506	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	533.732	1.100.399	533.732	1.467.065	0	0
Gesamtvergütung²	400.000	966.667	400.000	1.333.333	0	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Rainer Neske ¹					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	61.347	61.347	61.347	61.347	96.155	96.155
Summe	1.261.347	1.261.347	1.261.347	1.261.347	2.496.155	2.496.155
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	1.700.000	0	2.800.000	1.952.500	3.400.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	500.000	0	1.000.000	688.500	1.000.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	1.200.000	0	1.800.000	1.264.000	2.400.000
Summe	0	1.700.000	0	2.800.000	1.952.500	3.400.000
Versorgungsaufwand	550.484	550.484	550.484	550.484	539.553	539.553
Gesamtvergütung (DCGK)	1.811.831	3.511.831	1.811.831	4.611.831	4.988.208	6.435.708
Gesamtvergütung²	1.200.000	2.900.000	1.200.000	4.000.000	4.352.500	5.800.000

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Henry Ritchotte					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	382.390	382.390	382.390	382.390	289.842	289.842
Summe	2.782.390	2.782.390	2.782.390	2.782.390	2.689.842	2.689.842
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	3.400.000	0	5.600.000	1.952.500	3.400.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	1.000.000	0	2.000.000	688.500	1.000.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	2.400.000	0	3.600.000	1.264.000	2.400.000
Summe	0	3.400.000	0	5.600.000	1.952.500	3.400.000
Versorgungsaufwand	502.274	502.274	502.274	502.274	530.086	530.086
Gesamtvergütung (DCGK)	3.284.664	6.684.664	3.284.664	8.884.664	5.172.428	6.619.928
Gesamtvergütung¹	2.400.000	5.800.000	2.400.000	8.000.000	4.352.500	5.800.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Karl von Rohr ¹					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	400.000	400.000	400.000	400.000	0	0
Nebenleistungen	2.348	2.348	2.348	2.348	0	0
Summe	402.348	402.348	402.348	402.348	0	0
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	566.667	0	933.333	0	0
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	166.667	0	333.333	0	0
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	400.000	0	600.000	0	0
Summe	0	566.667	0	933.333	0	0
Versorgungsaufwand	131.141	131.141	131.141	131.141	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	533.489	1.100.156	533.489	1.466.822	0	0
Gesamtvergütung²	400.000	966.667	400.000	1.333.333	0	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Dr. Marcus Schenck ¹					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	1.460.000	1.460.000	1.460.000	1.460.000	0	0
Nebenleistungen	38.370	38.370	38.370	38.370	0	0
Summe	1.498.370	1.498.370	1.498.370	1.498.370	0	0
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	2.068.333	0	3.406.667	0	0
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	608.333	0	1.216.667	0	0
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	1.460.000	0	2.190.000	0	0
Summe	0	2.068.333	0	3.406.667	0	0
Versorgungsaufwand	478.387	478.387	478.387	478.387	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	1.976.757	4.045.090	1.976.757	5.383.424	0	0
Gesamtvergütung²	1.460.000	3.528.333	1.460.000	4.866.667	0	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 22. Mai 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Christian Sewing ¹					
	2015 (Festsetzung)	2015 (Ziel)	2015 (Min.)	2015 (Max.)	2014 (Festsetzung)	2014 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	0	0
Nebenleistungen	19.471	19.471	19.471	19.471	0	0
Summe	2.419.471	2.419.471	2.419.471	2.419.471	0	0
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	3.400.000	0	5.600.000	0	0
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	0	0
Restricted Incentive Awards (APA)	0	1.000.000	0	2.000.000	0	0
Restricted Equity Awards (LTPA)	0	2.400.000	0	3.600.000	0	0
Summe	0	3.400.000	0	5.600.000	0	0
Versorgungsaufwand	559.197	559.197	559.197	559.197	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	2.978.668	6.378.668	2.978.668	8.578.668	0	0
Gesamtvergütung ²	2.400.000	5.800.000	2.400.000	8.000.000	0	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Zufluss im beziehungsweise für das Geschäftsjahr 2015.

Zufluss in 2015 (2014) gemäß DCGK

in €	John Cryan ¹ Co-Vorsitzender		Jürgen Fitschen Co-Vorsitzender		Anshuman Jain ²		Stefan Krause	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Festvergütung (Grundgehalt)	1.900.000	0	3.800.000	3.800.000	1.900.000	3.800.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	29.697	0	102.016	118.852	337.718	718.914	105.099	124.753
Summe	1.929.697	0	3.902.016	3.918.852	2.237.718	4.518.914	2.505.099	2.524.753
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
davon unmittelbar ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	0	285.529	420.542	0	829.761	303.115	446.444
davon Equity Upfront Awards:								
EUA für 2010 (bis 2014)	0	0	0	420.542	0	829.761	0	446.444
davon Restricted Equity Awards:								
REA für 2010 (bis 2016)	0	0	285.529	0	0	0	303.115	0
Summe	0	0	285.529	420.542	0	829.761	303.115	446.444
Versorgungsaufwand	439.065	0	624.192	648.216	1.553.203	857.192	498.908	521.887
Gesamtvergütung (DCGK)	2.368.762	0	4.811.737	4.987.610	3.790.921	6.205.867	3.307.122	3.493.084

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juli 2015.

² Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.

in €	Dr. Stephan Leithner ¹		Stuart Lewis		Sylvie Matherat ²		Rainer Neske ³	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Festvergütung (Grundgehalt)	2.000.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	400.000	0	1.200.000	2.400.000
Nebenleistungen	72.570	353.552	97.624	84.937	5.226	0	61.347	96.155
Summe	2.072.570	2.753.552	2.497.624	2.484.937	405.226	0	1.261.347	2.496.155
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
davon unmittelbar ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	433.493
davon Equity Upfront Awards:								
EUA für 2010 (bis 2014)	0	0	0	0	0	0	0	433.493
davon Restricted Equity Awards:								
REA für 2010 (bis 2016)	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0	0	433.493
Versorgungsaufwand	442.033	561.694	516.969	551.095	128.506	0	550.484	539.553
Gesamtvergütung (DCGK)	2.514.603	3.315.246	3.014.593	3.036.032	533.732	0	1.811.831	3.469.201

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Oktober 2015.

² Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

³ Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.

in €	Henry Ritchotte		Karl von Rohr ¹		Dr. Marcus Schenck ²		Christian Sewing ³	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	400.000	0	1.460.000	0	2.400.000	0
Nebenleistungen	382.390	289.842	2.348	0	38.370	0	19.471	0
Summe	2.782.390	2.689.842	402.348	0	1.498.370	0	2.419.471	0
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
davon unmittelbar ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Mehrfährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Equity Upfront Awards:								
EUA für 2010 (bis 2014)	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Restricted Equity Awards:								
REA für 2010 (bis 2016)	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0	0	0
Versorgungsaufwand	502.274	530.086	131.141	0	478.387	0	559.197	0
Gesamtvergütung (DCGK)	3.284.664	3.219.928	533.489	0	1.976.757	0	2.978.668	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

² Mitglied des Vorstands seit dem 22. Mai 2015.

³ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2015.

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2015 die Entscheidung getroffen, die im Jahr 2015 unverfallbar und/oder fällig gewordenen Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen für die im Berichtszeitraum aktiven Vorstandsmitglieder Fitschen, Jain, Krause, Dr. Leithner, Lewis, Neske und Ritchotte sowie vier ehemalige Vorstandsmitglieder, die schon vor dem Berichtszeitraum aus dem Vorstand ausgeschieden waren, zu suspendieren. Die entsprechenden Vergütungsbestandteile, die im Februar und August 2015 zur Auszahlung (beziehungsweise Lieferung – im Fall von aktienbasierten Elementen) gekommen wären, sind daher nicht in der obigen Tabelle enthalten.

Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2015 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 23.913.876 € (2014: 31.709.671 €). Hiervon entfielen 22.660.000 € (2014: 19.600.000 €) auf Grundgehälter, 1.253.876 € (2014: 1.787.005 €) auf sonstige Leistungen und 0 € (2014: 10.322.666 €) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 erst im Geschäftsjahr der Gewährung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzu beziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre beziehungsweise in den Jahren 2015 und 2014 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der sonstigen Leistungen.

Bezüge gemäß DRS 17

in €	John Cryan ¹		Jürgen Fitschen		Anshuman Jain ²		Stefan Krause	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Ohne langfristige Anreizwirkung								
Unmittelbar ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	0	0	2.001.333	0	2.001.333	0	1.264.000
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	1.900.000	0	3.800.000	3.800.000	1.900.000	3.800.000	2.400.000	2.400.000
Sonstige Leistungen	29.697	0	102.016	118.852	337.718	718.914	105.099	124.753
Summe	1.929.697	0	3.902.016	5.920.185	2.237.718	6.520.247	2.505.099	3.788.753

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juli 2015.

² Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.

in €	Dr. Stephan Leithner ¹		Stuart Lewis		Sylvie Matherat ²		Rainer Neske ³	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Ohne langfristige Anreizwirkung								
Unmittelbar ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	1.264.000	0	1.264.000	0	0	0	1.264.000
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	2.000.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	400.000	0	1.200.000	2.400.000
Sonstige Leistungen	72.570	353.552	97.624	84.937	5.226	0	61.347	96.155
Summe	2.072.570	4.017.552	2.497.624	3.748.937	405.226	0	1.261.347	3.760.155

¹ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Oktober 2015.

² Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

³ Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.

in €	Henry Ritchotte		Karl von Rohr ¹		Dr. Marcus Schenck ²		Christian Sewing ³	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Ohne langfristige Anreizwirkung								
Unmittelbar ausgezahlt	0	150.000	0	0	0	0	0	0
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	1.264.000	0	0	0	0	0	0
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	2.400.000	2.400.000	400.000	0	1.460.000	0	2.400.000	0
Sonstige Leistungen	382.390	289.842	2.348	0	38.370	0	19.471	0
Summe	2.782.390	3.953.842	402.348	0	1.498.370	0	2.419.471	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

² Mitglied des Vorstands seit dem 22. Mai 2015.

³ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2015.

in €	Insgesamt	
	2015	2014
Vergütung		
Erfolgsabhängige Komponenten		
Ohne langfristige Anreizwirkung		
Unmittelbar ausgezahlt	0	0
Mit langfristige Anreizwirkung		
Bar		
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0
Aktienbasiert		
Equity Upfront Award(s)	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	10.322.666
Erfolgsunabhängige Komponenten		
Grundgehalt	22.660.000	19.600.000
Sonstige Leistungen	1.253.876	1.787.005
Summe	23.913.876	31.709.671

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2015 die Entscheidung getroffen, die im Jahr 2015 unverfallbar und/oder fällig gewordenen Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen für die im Berichtszeitraum aktiven Vorstandsmitglieder Fitschen, Jain, Krause, Dr. Leithner, Lewis, Neske und Ritchotte sowie vier ehemalige Vorstandsmitglieder, die schon vor dem Berichtszeitraum aus dem Vorstand ausgeschieden waren, zu suspendieren. Die entsprechenden Restricted Incentive Awards, die im August 2015 zur Auszahlung gekommen wären, sind daher nicht in der obigen Tabelle enthalten.

Aktienanwartschaften

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, den Mitgliedern des Vorstands keine variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 zu gewähren. Die im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von Restricted Equity Awards gewährten Aktienanwartschaften wurden mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank-Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,108 €) ermittelt.

Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet):

Mitglieder des Vorstands

Anzahl	Jahr	Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)
John Cryan ¹	2015	0	0
Jürgen Fitschen	2015	0	0
	2014	0	73.828
Anshuman Jain ²	2015	0	0
	2014	0	73.828
Stefan Krause	2015	0	0
	2014	0	46.628
Dr. Stephan Leithner ³	2015	0	0
	2014	0	46.628
Stuart Lewis	2015	0	0
	2014	0	46.628
Sylvie Matherat ⁴	2015	0	0
Rainer Neske ²	2015	0	0
	2014	0	46.628
Henry Ritchotte	2015	0	0
	2014	0	46.628
Karl von Rohr ⁴	2015	0	0
Dr. Marcus Schenck ⁵	2015	0	0
Christian Sewing ⁶	2015	0	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juli 2015.

² Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.

³ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Oktober 2015.

⁴ Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

⁵ Mitglied des Vorstands seit dem 22. Mai 2015.

⁶ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2015.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Durch die Aufnahme seiner Tätigkeit als Mitglied des Vorstands sind für John Cryan von einem früheren Arbeitgeber aufgeschoben gewährte Vergütungskomponenten verfallen. Die verfallenen Vergütungskomponenten wurden durch die Vergabe von 17.440,59 Deutsche Bank-Aktienanwartschaften auf Basis des 2015 DB Equity Plan (Restricted Equity Awards) wertgleich ersetzt. Die Restricted Equity Awards werden am 1. März 2016 fällig und unterliegen anschließend einer Haltefrist von sechs Monaten. Bis zur Zuteilung am 1. September 2016 unterliegen die Awards bestimmten Verfallbedingungen.

Alters- und Übergangsleistungen

Der Aufsichtsrat erteilt den Mitgliedern des Vorstands eine Zusage auf Altersversorgungsleistungen. Bei den Zusagen handelt es sich um einen beitragsorientierten Pensionsplan. Im Rahmen dieses Pensionsplans wurde für jedes teilnehmende Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird.

Die Mitglieder des Vorstands erhalten einen vertraglich fixierten festen jährlichen Euro-Betrag als Beitrag. Der Beitrag wird durch einen altersabhängigen Faktor mit durchschnittlich 4 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren vorab verzinst. Ab dem Alter von 61 Jahren erfolgt eine jährliche Verzinsung des Beitrags von 4 % bis zum Pensionierungszeitpunkt.

Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann unter bestimmten Bedingungen auch vor Eintritt eines der Regel-Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Die folgende Tabelle zeigt die Versorgungsbausteine, die Verzinsungen, das Versorgungskapital und den jährlichen Dienstzeitaufwand für die Jahre 2015 und 2014 sowie die entsprechenden Verpflichtungshöhen jeweils zum 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2014 für die im Jahr 2015 tätigen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen und den vorher beschriebenen weiteren individuellen Ansprüchen.

Mitglieder des Vorstands in €	Versorgungsbaustein im Geschäftsjahr		Verzinsung im Geschäftsjahr		Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres		Dienstzeitaufwand (IFRS) im Geschäftsjahr		Barwert der Verpflichtung (IFRS) am Ende des Geschäftsjahres	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
John Cryan ¹	393.250	0	0	0	393.250	0	439.065	0	450.200	0
Jürgen Fitschen	650.000	650.000	95.272	65.351	2.549.796	1.804.524	624.192	648.216	2.576.287	1.935.819
Anshuman Jain ²	1.919.125 ⁸	903.500	0	0	0 ⁹	2.016.125	1.553.203	857.192	0	1.884.104
Stefan Krause	520.000	536.000	0	0	4.042.137	3.522.137	498.908	521.887	3.685.741	3.336.863
Dr. Stephan Leithner ³	500.000	620.000	0	0	1.758.250	1.258.250	442.033	561.694	0	1.128.360
Stuart Lewis	576.000	600.000	0	0	1.786.938	1.210.938	516.969	551.095	1.551.547	1.103.545
Sylvie Matherat ⁴	86.668	0	0	0	86.668	0	128.506	0	130.231	0
Rainer Neske ⁵	600.667	576.000	0	0	3.973.532	3.372.865	550.484	539.553	0	3.068.819
Henry Ritchoffe	536.000	556.000	0	0	1.648.313	1.112.313	502.274	530.086	1.496.159	1.053.970
Karl von Rohr ⁴	96.001	0	0	0	96.001	0	131.141	0	132.799	0
Dr. Marcus Schenck ⁵	528.001	0	0	0	528.001	0	478.387	0	490.386	0
Christian Sewing ⁶	692.000	0	0	0	692.000	0	559.197	0	572.899	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juli 2015.

² Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.

³ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Oktober 2015.

⁴ Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

⁵ Mitglied des Vorstands seit dem 22. Mai 2015.

⁶ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2015.

⁷ Inklusive Altersfaktor.

⁸ Der Versorgungsbaustein setzt sich zusammen aus dem Schlussbaustein für den Zeitraum vom 1.1. bis 30.6.2015 in Höhe von 435.500 € und einer im Rahmen der vorzeitigen Beendigung des Anstellungsvertrages vereinbarten einmaligen Versicherungssumme in Höhe von 1.483.625 €.

⁹ Die zum Zeitpunkt des Ausscheidens noch nicht gesetzlich unverfallbare Versorgungsanwartschaft wurde als Barabfindung in Höhe von 3.437.307 € ausgezahlt.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Wird die Bestellung eines Vorstandsmitglieds auf Veranlassung der Bank vorzeitig beendet, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, so besteht grundsätzlich Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient dabei die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Sofern Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheiden, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich ebenfalls Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient auch hier die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Eine Abfindung wird in den vorgenannten Fällen nach billigem Ermessen durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Auszahlung der Abfindung erfolgt grundsätzlich in zwei Raten, wobei die zweite Rate bis zur Fälligkeit bestimmten Verfallregelungen unterliegt.

Im Jahr 2015 sind insgesamt fünf Vorstandsmitglieder aus dem Vorstand ausgeschieden. Im Zusammenhang mit ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand wurden mit den Herren Anshuman Jain, Stefan Krause, Dr. Stephan Leithner, Rainer Neske und Henry Ritchotte Aufhebungsverträge geschlossen, die die nachfolgenden Vereinbarungen enthalten:

Anshuman Jain ist mit Wirkung zum Ablauf des 30. Juni 2015 aus dem Vorstand ausgeschieden. Auf Grundlage des Aufhebungsvertrages wurden eine einmalige Versicherungssumme zur Altersversorgungszusage in Höhe von 1.483.625 € und eine Abfindungszahlung in Höhe von 2.216.667 € vereinbart. Die Abfindung wird als Ausgleich für die Beendigung seines Anstellungsvertrages vor Ablauf der vertraglichen Kündigungsfrist gezahlt und umfasst die im Anstellungsvertrag vereinbarten Karenzentschädigungen. Die Auszahlung der Abfindung erfolgte im Juni 2015. Herr Jain erhält in angemessenem Umfang Büroraum und Sekretariatsunterstützung und einen Dienstwagen mit Fahrer bis zum 30. Juni 2017, längstens jedoch bis zur Aufnahme einer anderweitigen beruflichen Tätigkeit in Leitungsfunktion. Die Bank hat die Kosten für die rechtliche Beratung von Herrn Jain im Zusammenhang mit der Aufhebungsvereinbarung in Höhe der gesetzlichen Gebühren (RVG) von 382.008,45 € übernommen und übernimmt seine Kosten für steuerliche Beratung für aus dem Anstellungsverhältnis mit der Bank resultierende Vergütungen und Leistungen bis zum 30. Juni 2017.

Stefan Krause ist mit Wirkung zum Ablauf des 31. Oktober 2015 aus dem Vorstand ausgeschieden. Auf Grundlage des Aufhebungsvertrages wurden die Fortzahlung seines Grundgehaltes inklusive Nebenleistungen bis zum 31. Dezember 2015, Karenzentschädigungen für ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot in Höhe von 1.560.000 € und eine Abfindungszahlung in Höhe von 7.145.000 € vereinbart. Die Auszahlung der Abfindung erfolgt in zwei Teilbeträgen. Der erste Teilbetrag wurde im Januar 2016 in Höhe von 3.572.500 € ausgezahlt. Der zweite Teilbetrag ist im Januar 2017 fällig und unterliegt bis zur Fälligkeit bestimmten Verfallregelungen und einer Anrechnungsregelung anderweitigen Verdienstes. Der zweite Teilbetrag der Abfindung wurde aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Bank vom Aufsichtsrat auf 1.620.000 € herabgesetzt. Die Abfindungszahlung beträgt damit insgesamt 5.192.500 €.

Dr. Stephan Leithner ist mit Wirkung zum Ablauf des 31. Oktober 2015 aus dem Vorstand ausgeschieden. Auf Grundlage des Aufhebungsvertrages wurden Karenzentschädigungen für ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot in Höhe von 1.560.000 € vereinbart. Herr Dr. Leithner erhält in angemessenem Umfang Büroraum und Sekretariatsunterstützung bis zum 30. April 2016, längstens jedoch bis zur Aufnahme einer anderweitigen beruflichen Tätigkeit in Leitungsfunktion. Herr Dr. Leithner hat eine solche Tätigkeit in Leitungsfunktion mit Wirkung ab dem 1. März 2016 aufgenommen. Die Kosten für steuerliche Beratung für aus dem Anstellungsverhältnis mit der Bank resultierende Vergütungen und Leistungen werden bis zum 31. Juli 2016 übernommen.

Rainer Neske ist mit Wirkung zum Ablauf des 30. Juni 2015 aus dem Vorstand ausgeschieden. Auf Grundlage des Aufhebungsvertrages wurde eine Abfindungszahlung in Höhe von 2.960.000 € vereinbart. Die Abfindung umfasst die im Anstellungsvertrag vereinbarten Karenzentschädigungen. Die Auszahlung der Abfindung erfolgt in zwei Teilbeträgen. Der erste Teilbetrag wurde im Juli 2015 in Höhe von 1.560.000 € ausgezahlt. Der zweite Teilbetrag in Höhe von 1.400.000 € ist im Juli 2016 fällig und unterliegt bis zur Fälligkeit bestimmten Verfallregelungen und einer Anrechnungsregelung anderweitigen Verdienstes.

Henry Ritchotte ist mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2015 aus dem Vorstand ausgeschieden. Der Vorstandsstellungsvertrag wurde einvernehmlich beendet. Hieraus ergeben sich keine weitergehenden Ansprüche, da er unmittelbar im Anschluss an das Ausscheiden aus dem Vorstand ein Arbeitsverhältnis innerhalb des Deutsche Bank-Konzerns begründet hat.

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung

Der in den jeweiligen Geschäftsjahren gebuchte Aufwand für aufgeschobene Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, die für die Vorstandstätigkeit gewährt wurden, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Mitglieder des Vorstands	Aufgewandter Betrag für			
	aktienbasierte Vergütungskomponenten		Vergütungskomponente in bar	
	2015	2014	2015	2014
in €				
John Cryan ¹	0	0	0	0
Jürgen Fitschen	1.013.489	734.201	1.170.591	1.278.486
Anshuman Jain ²	3.350.789	707.318	2.852.503	2.140.366
Stefan Krause	2.726.735	464.263	1.754.083	946.856
Dr. Stephan Leithner ³	2.367.167	496.929	1.566.589	500.137
Stuart Lewis	633.658	447.126	663.466	487.735
Sylvie Matherat ⁴	0	0	0	0
Rainer Neske ²	2.474.164	487.657	1.845.774	996.551
Henry Ritchotte	631.719	484.343	635.927	487.735
Karl von Rohr ⁴	0	0	0	0
Dr. Marcus Schenck ⁵	0	0	0	0
Christian Sewing ⁶	0	0	0	0

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juli 2015.

² Mitglied des Vorstands bis zum 30. Juni 2015.

³ Mitglied des Vorstands bis zum 31. Oktober 2015.

⁴ Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

⁵ Mitglied des Vorstands seit dem 22. Mai 2015.

⁶ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2015.

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 19. Februar 2016 beziehungsweise 21. Februar 2015 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder Deutsche Bank-Aktien wie nachfolgend beschrieben:

Mitglieder des Vorstands	Anzahl Aktien	
John Cryan ¹	2016	0
Jürgen Fitschen	2016	266.739
	2015	262.166
Stuart Lewis	2016	51.347
	2015	51.347
Sylvie Matherat	2016	0
Quintin Price ³	2016	0
Garth Ritchie ³	2016	28.778
Karl von Rohr ²	2016	2.747
Dr. Marcus Schenck ⁴	2016	26.445
Christian Sewing ⁵	2016	36.249
	2015	30.488
Jeffrey Urwin ³	2016	120.690
Summe	2016	532.995
	2015	344.001

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juli 2015.

² Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

³ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2016.

⁴ Mitglied des Vorstands seit dem 22. Mai 2015.

⁵ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2015.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten am 19. Februar 2016 insgesamt 532.995 Deutsche Bank-Aktien, was rund 0,04 % der an diesem Stichtag ausstehenden Aktien entsprach.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Aktienanwartschaften der derzeitigen Vorstandsmitglieder am 21. Februar 2015 und 19. Februar 2016 und die Anzahl der in diesem Zeitraum neu gewährten, ausgelieferten oder verfallenen Anwartschaften.

Mitglieder des Vorstands	Bestand zum 21.2.2015	Gewährt	Ausgeliefert	Verfallen	Bestand zum 19.2.2016
John Cryan ¹	–	–	–	–	17.441
Jürgen Fitschen	294.514	5.953	9.439	0	291.028
Stuart Lewis	162.310	4.228	0	0	166.538
Sylvie Matherat ²	–	–	–	–	3.217
Quintin Price ³	–	–	–	–	0
Garth Ritchie ³	–	–	–	–	244.227
Karl von Rohr ²	–	–	–	–	22.846
Marcus Schenck ⁴	–	–	–	–	132.517
Christian Sewing ⁵	93.811	2.444	10.747	0	85.508
Jeffrey Urwin ³	–	–	–	–	379.808

¹ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Juli 2015.

² Mitglied des Vorstands seit dem 1. November 2015.

³ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2016.

⁴ Mitglied des Vorstands seit dem 22. Mai 2015.

⁵ Mitglied des Vorstands seit dem 1. Januar 2015.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 geändert, die am 17. Juli 2014 wirksam wurden. Danach gelten die folgenden Regelungen:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung („Aufsichtsratsvergütung“). Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrages.

Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen wie folgt gezahlt:

in € Ausschuss	31.12.2015	
	Vorsitzender	Mitglied
Prüfungsausschuss	200.000	100.000
Risikoausschuss	200.000	100.000
Nominierungsausschuss	100.000	50.000
Vermittlungsausschuss	0	0
Integritätsausschuss	200.000	100.000
Präsidialausschuss	100.000	50.000
Vergütungskontrollausschuss	100.000	50.000

Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars auf drei Nachkommastellen in Aktien der Gesellschaft umgerechnet. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablauf einer Bestellungsperiode folgenden Jahres auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet.

Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Auf- und Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend.

Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern die durch die Ausübung des Amtes entstehenden Auslagen und eine etwaige auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallende Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Außerdem werden für jedes Mitglied des Aufsichtsrats etwaige nach ausländischen Gesetzen für die Aufsichtsrats Tätigkeit entstehende Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherungen bezahlt. Schließlich werden dem Aufsichtsratsvorsitzenden in angemessenem Umfang Reisekosten für durch seine Funktion veranlasste Re-präsentationsaufgaben und Kosten für aufgrund seiner Funktion gebotene Sicherheitsmaßnahmen erstattet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der Gesellschaft von dieser in angemessener Höhe unterhaltene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung mit Selbstbehalt einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür entrichtet die Gesellschaft.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer):

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2015		Vergütung für das Geschäftsjahr 2014	
	Fest	Hiervon im Februar 2016 ausgezahlt	Fest	Hiervon im Februar 2015 ausgezahlt
Dr. Paul Achleitner	808.333	606.250	818.548	613.911
Alfred Herling	300.000	225.000	272.849	204.637
Wolfgang Böhr ¹	8.333	6.250	0	0
Frank Bsirske	250.000	187.500	222.849	167.137
John Cryan ²	200.000	200.000	400.000	300.000
Dina Dublon	291.667	218.750	200.000	150.000
Katherine Garrett-Cox	100.000	75.000	100.000	75.000
Timo Heider	200.000	150.000	172.849	129.637
Sabine Irrgang	200.000	150.000	172.849	129.637
Prof. Dr. Henning Kagermann	250.000	187.500	222.849	167.137
Martina Klee	200.000	150.000	172.849	129.637
Suzanne Labarge ³	0	0	100.000	100.000
Peter Löscher	200.000	150.000	172.849	129.637
Henriette Mark	200.000	150.000	200.000	150.000
Richard Meddings ⁴	100.000	75.000	0	0
Louise Parent ³	200.000	150.000	91.667	68.750
Gabriele Platscher	200.000	150.000	200.000	150.000
Bernd Rose	200.000	150.000	200.000	150.000
Rudolf Stockem	200.000	150.000	200.000	150.000
Stephan Szukalski ⁵	91.667	91.667	100.000	75.000
Dr. Johannes Teyssen	150.000	112.500	122.849	92.137
Georg Thoma	300.000	225.000	245.699	184.274
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	200.000	150.000	200.000	150.000
Insgesamt	4.850.000	3.710.417	4.588.710	3.466.532

¹ Mitglied seit 1. Dezember 2015.

² Mitglied bis 30. Juni 2015.

³ Mitglied bis 30. Juni 2014.

⁴ Mitglied seit 13. Oktober 2015.

⁵ Mitglied bis 30. November 2015.

Von der ermittelten Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 wurden dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 25 % nach Rechnungsvorlage im Februar 2016 auf der Basis eines Aktienkurses von 17,325 € (Durchschnitt der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra) des Januars 2016, auf drei Nachkommastellen gerundet) in virtuelle Aktienanteile der Gesellschaft umgerechnet. Für Mitglieder, die im Jahr 2015 aus dem Aufsichtsrat ausschieden, wurde die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der virtuellen Aktienanteile der Mitglieder des Aufsichtsrats, die im Februar 2016 (2015) als Teil der Vergütung 2015 (2014) auf drei Nachkommastellen umgerechnet wurden, sowie die jeweils während der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat kumulativ erworbene Anzahl der virtuellen Aktienanteile:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der virtuellen Aktienanteile			Auszahlung im Februar 2016 in € ¹
	Im Februar 2016 als Teil der Vergütung 2015 umgerechnet	Aus den Vorjahren 2013 und 2014 aufgelaufene Gesamtbeträge	Gesamt (kumulativ)	
Dr. Paul Achleitner	11.664,262	12.340,921	24.005,183	0
Alfred Herling	4.329,004	3.925,643	8.254,647	0
Wolfgang Böhr	120,250	0	120,250	0
Frank Bsirske	3.607,504	2.818,415	6.425,919	0
John Cryan ²	0	5.473,868	5.473,868	94.835
Dina Dublon	4.208,754	2.172,941	6.381,695	0
Katherine Garrett-Cox	1.443,001	1.650,463	3.093,464	0
Timo Heider	2.886,003	2.275,180	5.161,183	0
Sabine Irrgang	2.886,003	2.275,180	5.161,183	0
Prof. Dr. Henning Kagermann	3.607,504	3.523,406	7.130,910	0
Martina Klee	2.886,003	2.557,176	5.443,179	0
Peter Löscher	2.886,003	2.557,176	5.443,179	0
Henriette Mark	2.886,003	3.300,927	6.186,930	0
Richard Meddings	1.443,001	0	1.443,001	0
Louise Parent	2.886,003	892,533	3.778,536	0
Gabriele Platscher	2.886,003	3.018,930	5.904,933	0
Bernd Rose	2.886,003	2.736,934	5.622,937	0
Rudolf Stockem	2.886,003	3.018,930	5.904,933	0
Stephan Szukalski ³	0	1.368,467	1.368,467	23.709
Dr. Johannes Teyssen	2.164,502	1.872,942	4.037,444	0
Georg Thoma	4.329,004	3.181,891	7.510,895	0
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	2.886,003	3.300,927	6.186,930	0
Insgesamt	65.776,816	64.262,850	130.039,666	118.544

¹ Zum Kurswert von 17,325 € auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) im Januar 2016.

² Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. Juni 2015.

³ Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. November 2015.

Aufgrund ihres Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat am 30. Juni 2014 wurde Suzanne Labarge im Februar 2015 der Kurswert ihrer virtuellen Aktien in Höhe von Euro 34.755 ausgezahlt.

Mit Ausnahme von Frank Bsirske und Rudolf Stockem sind alle Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Im Geschäftsjahr 2015 zahlten wir diesen Aufsichtsratsmitgliedern zusätzlich zur Aufsichtsratsvergütung insgesamt 1,14 Mio € (in Form von Vergütungen, Renten- und Pensionszahlungen).

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen. Mitglieder, die bei uns angestellt sind oder waren, haben jedoch Anspruch auf Leistungen, die nach der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses anfallen. Im Jahresverlauf 2015 haben wir 0,08 Mio € für Pensionsverpflichtungen, Rentenzahlungen oder vergleichbare Leistungen für diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats zurückgestellt, die bei uns angestellt sind oder waren.

Herr Dr. Paul Achleitner nimmt im Einverständnis mit dem Vorstand der Bank unentgeltlich bestimmte Repräsentationsaufgaben für die Bank wahr, aus denen sich Gelegenheiten für die Vermittlung von Geschäftskontakten ergeben. Diese Aufgaben sind eng mit seinen funktionalen Verantwortlichkeiten als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG verknüpft. Insoweit ist die Kostenübernahme durch die Bank in der Satzung geregelt. Aufgrund einer gesonderten vertraglichen Vereinbarung stellt die Bank Herrn Dr. Paul Achleitner für derartige Tätigkeiten im Interesse der Bank unentgeltlich Infrastruktur- und Unterstützungsleistungen zur Verfügung. So ist er berechtigt, interne Ressourcen zur Vorbereitung und Durchführung seiner Tätigkeiten zu nutzen. Beispielsweise stehen Herrn Dr. Paul Achleitner die Sicherheits- und Fahrdienste der Bank für diese Aufgaben unentgeltlich zur Verfügung. Außerdem erstattet die Bank seine Reisekosten und Teilnahmegebühren und entrichtet die Steuern auf etwaige geldwerte Vorteile. Der

Präsidialausschuss hat dem Abschluss dieser Vereinbarung am 24. September 2012 zugestimmt. Die Regelungen der Vereinbarung gelten für die Dauer der Bestellung von Herrn Dr. Paul Achleitner zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und werden jährlich auf ihre Angemessenheit überprüft. Im Rahmen dieser Vereinbarung hat die Bank Herrn Dr. Achleitner im Geschäftsjahr 2015 Unterstützungsleistungen im Gegenwert von rund 203.000 € (2014: 206.000 €) und Aufwandsersatzungen in Höhe von 233.867 € (2014: 196.721 €) gewährt.

Unternehmerische Verantwortung

Unsere unternehmerische Verantwortung richtet sich am Konzept der Nachhaltigkeit aus, um wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Werte zu schaffen. Sie steht im Einklang mit einer zukunftsorientierten Unternehmensstrategie, die finanziellen Erfolg mit der Wahrnehmung ökologischer und sozialer Verantwortung verbindet.

Wir bekennen uns zu den zehn Prinzipien des UN Global Compact und arbeiten kontinuierlich daran unsere Nachhaltigkeitsleistung zu verbessern. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die Steigerung von Transparenz, die Wahrnehmung von Geschäftschancen, die sich aus globalen Trends wie zum Beispiel dem Klimawandel ergeben, und dem Management potenzieller Umwelt- und Sozialrisiken. Darüber hinaus richten wir unseren eigenen Geschäftsbetrieb nachhaltig aus, indem wir beispielsweise unsere CO₂-Emissionen reduzieren und unsere betrieblichen Aktivitäten klimaneutral stellen. Unser Engagement geht weit über unser Kerngeschäft hinaus. Als verantwortungsvoller Unternehmensbürger ist die Deutsche Bank hervorragend aufgestellt, um neue Konzepte voranzubringen, die zur Bewältigung globaler Herausforderungen beitragen.

Weitere Informationen zur Unternehmerischen Verantwortung finden Sie in unserem Onlinebericht unter cr-bericht.db.com/15 und unter db.com/gesellschaft.

- **Umwelt- und Sozialrisiken (ES):** Unser ES Rahmenwerk bildet die Basis für unseren Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken. Es ist Teil unserer konzernweit gültigen Richtlinien zur Steuerung von Reputationsrisiken und beschreibt die Anforderungen an den Prüfungsprozess für Umwelt- und Sozialrisiken. Darüber hinaus definiert es Kriterien, die die Einbeziehung unseres Nachhaltigkeitsteams in den Prüfungsprozess verpflichtend machen. Im Jahr 2015 haben wir 1.346 Transaktionen einer besonderen ES-Prüfung unterzogen. Der erneute Anstieg gegenüber dem Vorjahr (2014: 1.250) belegt unser Bestreben, die Steuerung und das Bewusstsein für diese Risiken stetig zu verbessern. Im Jahr 2015 haben wir zudem die Entwicklungen rund um die Umsetzung der UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte weiter verfolgt und eine „Erklärung der Deutschen Bank zu Menschenrechten“ veröffentlicht. Sie gründet auf unserem langjährigen Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte unserer Mitarbeiter sowie von Einzelpersonen, Gruppen oder Gemeinden, die von unseren Geschäftsaktivitäten betroffen sein könnten.
- **ESG im Asset Management:** Ende des Jahres 2015 verwaltete Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) Vermögenswerte in Höhe von rund 7,7 Mrd €, bei deren Anlage ESG-Kriterien in besonderem Maße berücksichtigt wurden (2014: 5,4 Mrd €). Mit dem Ziel, unsere ESG Initiativen auszubauen, haben wir ein Center for Sustainable Finance gegründet. Es beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit ESG-bezogenen Analysen, Strategieempfehlungen und Produktinnovationen.
- **Klimawandel und erneuerbare Energien:** Zum 30. September 2015 haben wir unseren Kunden Finanzmittel in Höhe von 4,8 Mrd € für Projekte im Bereich erneuerbare Energien mit einer Gesamtkapazität in Höhe von 1.600 MegaWatt zur Verfügung gestellt. Wir unterstützen weiterhin die Green Bond Principles und haben unser Engagement zur Förderung dieses neuen Marktes fortgesetzt. Insgesamt haben wir die Emission Grüner Anleihen in Höhe von insgesamt 4 Mrd € begleitet. Zudem investierten wir 800 Mio € in ein Portfolio qualitativ hochwertiger Grüner Anleihen als Teil der Liquiditätsreserve der Deutschen Bank. Im Rahmen des historisch bedeutenden Weltklimavertrags unterzeichneten wir den „Paris Pledge for Action“. Damit verpflichten wir uns, Maßnahmen zur nachhaltigen Reduzierung der Erderwärmung zu unterstützen. Darüber hinaus wurden wir als weltweit erste Geschäftsbank als Implementierungsinstitution für den UN Green Climate Fund akkreditiert. Der Fund wurde im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen aufgelegt. Als zentrales globales Anlageinstrument

dient er der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen. Zum Jahresende 2015 verzeichnete der Fonds ein zugesagtes Kapital in Höhe von 10 Mrd US\$.

- **Klimaneutralität des Geschäftsbetriebs:** Im Jahr 2015 gestalteten wir unseren Geschäftsbetrieb erneut CO₂-neutral. Wir investierten in Energieeffizienz-Projekte, nutzten erneuerbare Energien und neutralisierten unsere unvermeidbaren CO₂-Emissionen durch den Erwerb und die Stilllegung von hochwertigen Ausgleichszertifikaten.
- **Gesellschaftliche Herausforderungen angehen:** Als verantwortungsvoller Unternehmensbürger setzen wir uns weltweit dafür ein, Gemeinschaften und Volkswirtschaften zu stärken. Unter dem Leitgedanken von „Born to Be“ fördern wir Projekte, die Kindern und Jugendlichen helfen, ihr Potential zu entfalten, und ihnen den Zugang zu Bildungs- und Beschäftigungsangeboten erleichtern. Wir unterstützen Unternehmen, die die Gesellschaft voranbringen, bei der Verwirklichung ihrer Geschäftsidee und begleiten sie auf dem Weg zu wirtschaftlicher Tragfähigkeit. Darüber hinaus leisten wir einen Beitrag zu mehr Lebensqualität vor Ort, indem wir dringende Problemstellungen angehen und das kulturelle Angebot erweitern. Dabei kooperieren wir eng mit Partnern aus dem öffentlichen Sektor, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft und unterstützen unsere Mitarbeiter dabei, sich persönlich zu engagieren und ihre Erfahrungen und ihre professionellen Kompetenzen einzubringen.

Mit einer Fördersumme in Höhe von 76,8 Mio € (2014: 80,5 Mio €) zählten die Deutsche Bank und ihre Stiftungen erneut zu den engagiertesten Unternehmensbürgern weltweit. Über 4,7 Mio Menschen (2014: 5,8 Mio) profitierten von unseren Initiativen. Im Jahr 2015 haben wir die Reichweite unseres Born to Be-Programms gesteigert und 1,3 Millionen Kinder und Jugendliche (2014: 1,2 Millionen) erreicht. 17.382 Mitarbeiter (22 % der Belegschaft) waren weltweit über 185.000 Stunden als Corporate Volunteer aktiv (2014: 16.864, 21 % der Belegschaft), um gemeinnützigen Organisationen ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung zu stellen.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2015 beschäftigte die Bank insgesamt 101.104 Mitarbeiter, verglichen mit 98.138 zum 31. Dezember 2014. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2015, 2014 und 2013.

Mitarbeiter ¹	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Deutschland	45.757	45.392	46.377
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	23.767	23.063	23.186
Asien/Pazifik	20.144	19.023	18.361
Nordamerika ^{2,3}	10.842	10.054	9.752
Lateinamerika	595	606	578
Mitarbeiter insgesamt³	101.104	98.138	98.254

¹ Vollzeitkräfte, im Jahr 2014 wurden die Mitarbeiter von Mauritius, die bislang unter Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika ausgewiesen wurden, Asien/Pazifik zugeordnet; die Zahlen für 2013 (186 Mitarbeiter) wurden entsprechend angepasst.

² Vorwiegend USA.

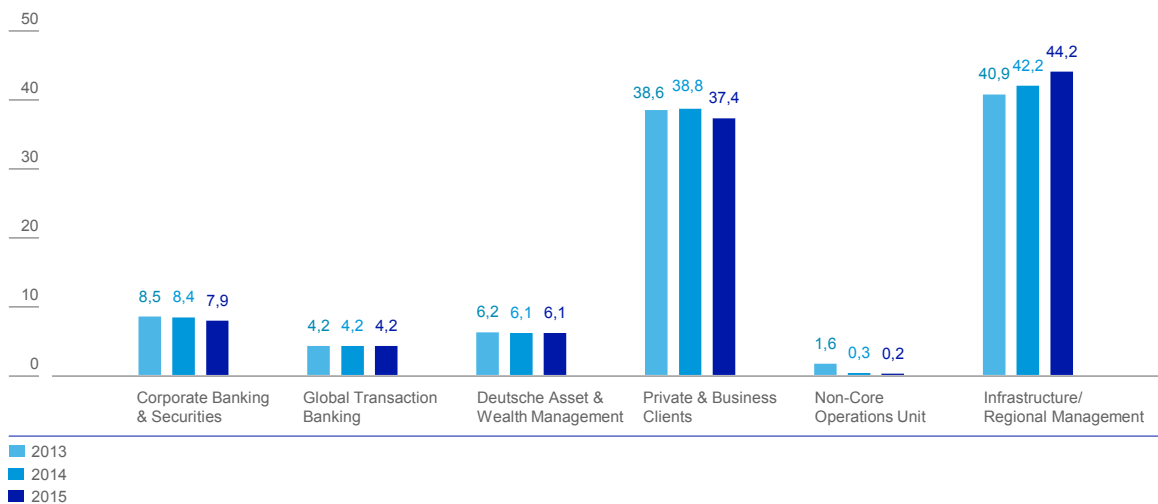
³ The Cosmopolitan of Las Vegas wurde in 2014 veräußert. Die nominelle Zahl der Beschäftigten von The Cosmopolitan of Las Vegas beträgt 4.393 zum 31. Dezember 2013, umfasst Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte und ist nicht in der Anzahl der Vollzeitkräfte enthalten.

Die Zahl unserer Mitarbeiter erhöhte sich im Jahr 2015 um 2.966 oder 3,0 %. Diese Entwicklung beruht auf folgenden Faktoren:

- In Corporate Banking & Securities (CB&S) sank die Zahl der Mitarbeiter um 245 insbesondere aufgrund von Anpassungen an die Marktentwicklung.
- In Global Transaction Banking (GTB) erhöhte sich die Mitarbeiterzahl um 143 vor allem aufgrund der Entwicklung im Bereich Institutional Cash and Securities Services.
- In Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) erhöhte sich der Personalbestand um 157. Grund war insbesondere die Verstärkung unseres Geschäfts in UK und in den USA.
- In Private & Business Clients (PBC) sank die Mitarbeiterzahl um 265 aufgrund von Reduktionen in Deutschland und in Italien.
- In der Non-Core Operations Unit (NCOU) reduzierte sich der Personalbestand um 58 vor allem aufgrund von Personalreduzierungen in CB&S-bezogenen Non-Core Operations.
- In den Infrastrukturbereichen stieg die Zahl der Beschäftigten um 3.234. Dazu haben vor allem der weitere Ausbau unserer internen operativen Plattformen sowie die Verstärkung unserer Kontrollfunktionen, zum Beispiel Compliance, Risk und Audit, beigetragen.

Mitarbeiter

in %



Labor Relations

In Deutschland werden tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebervereinigungen bezüglich Gehalt und Benefits für die nicht leitenden Angestellten abgeschlossen. Viele Unternehmen in Deutschland, auch die Deutsche Bank AG sowie ihre wichtigsten Tochtergesellschaften, sind Mitglied einer Arbeitgebervereinigung und an Tarifverträge gebunden.

Jedes Jahr verhandelt der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V. die Tarifverträge neu, die für eine Vielzahl unserer Mitarbeiter gelten. Der aktuelle Vertrag wurde im Juni 2014 abgeschlossen und umfasst eine Gehaltssteigerung von 2,4 % ab Juli 2014 und eine zweite Gehaltssteigerung von 2,1 % ab Juli 2015 sowie eine Einmalzahlung von 150 € im Januar 2015. Der derzeitige Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. April 2016. Der bislang bestehende tarifliche Anspruch auf Vorruhestand wurde nicht verlängert und endete im April 2014.

Der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V. verhandelt mit folgenden Gewerkschaften:

- ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft), im Juli 2001 hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften einschließlich der Deutschen Angestellten Gewerkschaft und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen;
- Deutscher Bankangestellten Verband (DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister);
- Deutscher Handels- und Industriangestellten Verband (DHV – Die Berufsgewerkschaft);
- Komba Gewerkschaft (nur relevant für Postbank);
- DPVKom – Die Kommunikationsgewerkschaft (nur relevant für Postbank).

Das Gesetz verbietet, Arbeitnehmer bezüglich einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu befragen. Deswegen kann die Deutsche Bank keinerlei Auskunft über die Anzahl an Gewerkschaftsmitgliedern in ihrer Belegschaft abgeben. Schätzungen nach sind etwa 15 % der Arbeitnehmer des Bankensektors Mitglied einer Gewerkschaft. Die Deutsche Bank schätzt, dass weniger als 15 % ihrer Angestellten in Deutschland gewerkschaftlich organisiert sind (ausgenommen Postbank, die traditionell einen sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von etwa 60 % hat). Weltweit schätzt die Bank den Organisationsgrad auf 15 % ihrer Arbeitnehmer (einschließlich Postbank, Organisationsgrad weltweit weniger als 25 %).

Am 31. Dezember 2015 waren 33 % der Beschäftigten der Postbank in Deutschland Beamte (Basis Vollzeitkräfte). Am 31. Dezember 2014 betrug dieser Anteil 34 %.

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Unseren Mitarbeitern bieten wir eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Neben beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

In unserem global koordinierten Rechnungslegungsprozess, in welchem wir leistungsdefinierte Pläne mit einem Barwert der Verpflichtung von mehr als 2 Mio € abdecken, werden die Bewertungen lokaler Aktuarien in den einzelnen Ländern durch unseren globalen Aktuar überprüft.

Durch die Anwendung global einheitlicher Grundsätze zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsannahmen stellen wir sicher, dass diese bestmöglich geschätzten, unvoreingenommen gewählten und voneinander unabhängigen Parameter global konsistent sind.

Eine weitergehende Erörterung zu diesen Plänen ist im Konzernanhang des Finanzberichts unter Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“ zu finden.

Strategische Ausrichtung der Personalarbeit

Der Erfolg der Strategie 2020 hängt maßgeblich von den Kenntnissen und Erfahrungen unserer Mitarbeiter ab – und somit von unserer Fähigkeit, diese an die Bank zu binden, zu motivieren und zu entwickeln sowie gezielt neue Mitarbeiter zu gewinnen. Nur so können wir die anstehenden Herausforderungen meistern und sich ergebende Chancen nutzen. Das spiegelt sich in den strategischen HR-Prioritäten wider, die Aspekte wie Unternehmenskultur, Vielfalt (Diversity) und Inclusion, Talententwicklung und -Rekrutierung sowie Vergütung und Zusatzleistungen umfassen.

Die Unternehmenskultur stärken

Eine starke Unternehmenskultur bleibt für den langfristigen Erfolg und die Beziehungen der Deutschen Bank zu ihren Stakeholdern unerlässlich – und seit 2013 setzt die Bank verschiedene Instrumentarien ein, um den Kulturwandel voranzubringen: Das Senior Management setzt den Ton und lebt dies vor; Mitarbeiter auf allen Ebenen werden eingebunden; die Werte und Überzeugungen in den Personalprozessen verankert; sowie geschäftliche Prozesse, Verfahren und Richtlinien an diese angepasst. Damit einher geht ein verstärktes Augenmerk auf Kontrollen und mehr Verantwortung des Einzelnen.

Die Deutsche Bank legt großen Wert darauf, dass die Leistung von Mitarbeitern ganzheitlich betrachtet wird, Vorgesetzte regelmäßig Feedback geben und notwendige Entwicklungsmaßnahmen daraus abgeleitet werden. Beispiels-

weise beinhalten alle Programme zur Talententwicklung eine wesentliche Komponente zur Unternehmenskultur. Bei Beförderungsentscheidungen für Mitarbeiter berücksichtigen Führungskräfte nun standardmäßig auch, ob diese die Werte und Überzeugungen im Alltag umsetzen. Zudem wurde 2015 im zweiten Jahr in Folge bei der jährlichen Leistungsbeurteilung gleichermaßen berücksichtigt, wie Mitarbeiter an ihre Arbeit herangehen und in der Praxis umsetzen, und nicht nur, welche Ergebnisse sie erzielen.

Ein effizientes Management von Konsequenzen aus Verhalten sowie Eskalations- und Sanktionsverfahren sind grundlegende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verankerung des Kulturwandels. Aus diesem Grund wurden Prozesse und Verfahren verbessert und standardisiert und klare Eskalationsmechanismen eingeführt, um die Einhaltung von Compliance-Richtlinien zu überwachen sowie Fehlverhalten zu untersuchen und sanktionieren.

Im Jahr 2015 erweiterte und standardisierte die Bank ihre Prozesse und Richtlinien für die Rekrutierung von Mitarbeitern und die Empfehlung von Kandidaten. So soll sichergestellt werden, dass neue Mitarbeiter die gewünschten Verhaltensweisen zeigen und die Unternehmenswerte leben. In enger Zusammenarbeit mit Compliance wurde 2015 zudem zum ersten Mal die neue Pflichtschulung für alle Mitarbeiter zum Verhaltens- und Ethikkodex der Deutschen Bank durchgeführt.

Mitarbeiterbefragung

Die Ergebnisse der im Juni durchgeführten diesjährigen Mitarbeiterbefragung (People Survey) vermittelten klare Einblicke, wie Mitarbeiter die Bank und ihr unmittelbares Arbeitsumfeld erleben und wie sie mit ihren Führungskräften und Kollegen interagieren. Fast 57.000 Mitarbeiter beziehungsweise 63 % der Gesamtbelegschaft (alle fest angestellten Mitarbeiter, einschließlich Mitarbeiter der Postbank, die Teil von PBC Banking Services sind) nahmen 2015 am People Survey teil. Das entspricht einem Anstieg von 4,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Gegenüber dem Jahr 2014, in dem der People Survey um Fragen zum Kulturwandel der Bank ergänzt wurde, belegen die Ergebnisse deutliche Fortschritte sowohl bei der Vertrautheit mit den Werten und Überzeugungen als auch bei deren Umsetzung: Nunmehr 93 % (2014: 85 %) kennen die Werte und Überzeugungen, während sich 61 % (und somit 5 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr) aktiv mit ihnen auseinandersetzen. Obwohl Mitarbeiter zunehmend Verhaltensänderungen wahrnehmen, wünschen sie sich gleichzeitig weitere konkrete Beispiele dafür, dass die Werte zur Erreichung strategischer Ziele beitragen. Das Augenmerk liegt nun darauf, dass die Werte in der Praxis gelebt werden und so Unternehmenskultur, Verhalten und Geschäftsergebnisse enger miteinander verknüpft werden.

Der Commitment-Index, der die Verbundenheit der Mitarbeiter mit der Bank abbildet, ging 2015 auf 62 % zurück. Dies ist auch auf die zahlreichen Herausforderungen zurückzuführen, vor denen das Unternehmen nach wie vor steht. Während die persönliche Motivation der Mitarbeiter stabil auf einem hohen Niveau lag, verringerte sich laut der Ergebnisse vom Juni 2015 die Identifikation mit der Bank. Der Enablement-Index war mit 68 % nahezu unverändert: Die Mitarbeiter signalisierten, dass sie ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nach wie vor gut in ihre Tätigkeit einbringen können und finden diese herausfordernd und interessant. Die Mitarbeiter äußerten jedoch auch, einige Hindernisse im Arbeitsalltag anzutreffen, die behoben werden müssen; dazu zählen beispielsweise einige ineffiziente Prozesse.

Nachhaltiges Diversity-Engagement

Die Deutsche Bank ist entschlossen, ein Umfeld des Miteinanders zu schaffen, in der die Vielfalt ihrer Mitarbeiter, der Kunden und der Gesellschaft respektiert und geschätzt wird. Die Bank will die geeignetsten Mitarbeiter gewinnen, fördern und langfristig an sich binden – unabhängig von kulturellem Hintergrund, Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, sexueller Orientierung, körperlicher Fähigkeiten, Religion, Werdegang und Erfahrung.

Gemeinsam mit den anderen DAX-30-Unternehmen verpflichtete sich die Deutsche Bank 2011 freiwillig, den Anteil weiblicher Führungskräfte bis Ende 2018 deutlich zu erhöhen. Zu diesem Zweck bereitet die Bank gezielt Mitarbeite-

rinnen mit Entwicklungspotenzial auf ein breiteres Aufgabenspektrum und höherrangige Positionen vor: 2015 stieg der prozentuale Anteil der Frauen auf den Verantwortungsstufen Managing Director oder Director auf 20,5 %, verglichen mit 19,4 % im Jahr zuvor. Der Anteil der außertariflichen Mitarbeiterinnen erhöhte sich ebenfalls von 31,7 % im Vorjahr auf 32,5 %.

Zudem setzte die Deutsche Bank ihre Förderprogramme „Accomplished Top Leaders Advancement Strategy“ (ATLAS) und „Women Global Leaders“ (WGL) erfolgreich fort. Seit Auflegung des preisgekrönten ATLAS-Programms im Jahr 2009 haben 56 Frauen (davon 15 im Jahr 2015) daran teilgenommen, und rund die Hälfte der Absolventinnen übernahm anschließend mehr Verantwortung. Im Jahr 2015 absolvierten 37 weibliche Directors aus der gesamten Bank das gemeinsam mit der INSEAD Business School entwickelte und umgesetzte WGL-Programm; seit Auflegung im Jahr 2010 wurde jede zweite Teilnehmerin innerhalb von drei Jahren nach Abschluss befördert.

Seit 2015 setzt die Bank ihre gezielte Förderung von Frauen am Arbeitsplatz auch gemäß der in Deutschland eingeführten gesetzlichen Regelungen zu Geschlechterquoten fort. Mit einem Frauenanteil von 35 % im Aufsichtsrat zum Jahresende 2015 erfüllt die Deutsche Bank bereits die neue gesetzliche Vorgabe von 30 % für börsennotierte und mitbestimmungspflichtige deutsche Unternehmen. Für den Vorstand der Deutschen Bank hat der Aufsichtsrat eine Zielgröße von mindestens einem weiblichen Mitglied bis 30. Juni 2017 definiert. Zum 1. November 2015 wurde Sylvie Matherat, Chief Regulatory Officer, in den Vorstand berufen, womit das Ziel bereits erfüllt ist. Mit Kim Hammonds, Chief Operating Officer, soll im Jahresverlauf 2016 eine weitere weibliche Führungskraft in den Vorstand einziehen. Zudem hat sich die Bank für die ersten beiden Führungsebenen unter dem Vorstand Zielquoten von jeweils 17 % beziehungsweise 21 % weiblicher Führungskräfte bis zum 30. Juni 2017 gesetzt.

Die Bank engagiert sich unter anderem auch aktiv für die Belange lesbischer, schwuler, bi-, trans- oder intersexueller (LGBTI) Mitarbeiter und Mitmenschen und trägt jedes Jahr zu verschiedenen Veranstaltungen bei. Das Engagement der Deutschen Bank im Rahmen von LGBTI-Initiativen wurde bereits mehrfach gewürdigt. So erhielt sie im 13. Jahr in Folge die Höchstwertung von 100 Punkten im jährlichen Corporate Equality Index der Human Rights Campaign.

Diversity ist in unseren Personalprozessen von der Rekrutierung bis hin zur Führungskräfteentwicklung verankert und bildet einen zentralen Aspekt aller HR-Leistungen, wie beispielsweise der Beratung zur Elternzeit oder Teilzeitbeschäftigung. Führungskräfte sind aufgefordert sicherzustellen, dass sie bei der Mitarbeiterentwicklung vielfältige Talente berücksichtigen und einen Führungsstil des Miteinanders pflegen. Auch die Einstellungs- und Beförderungsprogramme der Bank spiegeln diese Grundsätze wider.

Mitarbeiter fördern und zukünftige Führungskräfte entwickeln

Im Rahmen ihrer HR-Strategie stärkt die Bank die Kompetenzen von Führungskräften und Mitarbeitern, um diese in ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung zu unterstützen sowie das Unternehmen erfolgreich für die Zukunft aufzustellen. Die Aktivitäten zur Mitarbeiterförderung und Weiterentwicklung orientieren sich daher an drei Prioritäten: Führungskompetenzen aufbauen und zukünftige Führungskräfte entwickeln; ein Umfeld schaffen, das nachhaltige Leistung ermöglicht; sowie die kontinuierliche berufliche und persönliche Weiterentwicklung aller Mitarbeiter fördern.

Um Führungskräfte bei der Übernahme und Ausübung ihrer Rollen zu unterstützen, bietet die Deutsche Bank zwei neue „Management Fundamentals“-Programme an: eine Version für neue Manager bis zur Verantwortungsstufe Vice President, die erstmals Führungsverantwortung bei der Bank übernehmen, sowie eine für Directors und Managing Directors. Während im Jahr 2015 rund 750 Mitarbeiter am Basisprogramm teilnahmen, sollen es 2016 bereits 1.500 an mehr als 15 Standorten werden. Das Programm deckt drei wesentliche Aspekte ab: Mitarbeiterführung, Steigerung des Geschäftserfolges und Mitgestaltung der Unternehmenskultur. Außerdem gibt es zahlreiche sogenannte „Acceleration-Programme“, die Mitarbeiter mit Führungspotenzial auf den nächsten Entwicklungsschritt vorbereiten und ihre Weiterentwicklung beschleunigen.

Ein ausgewogener Ansatz bei der Mitarbeitergewinnung

Vor dem Hintergrund der strategischen Neuausrichtung und aktueller Herausforderungen verfolgt die Deutsche Bank einen ausgewogenen Ansatz bei der Besetzung offener Stellen. Dabei baut sie sowohl auf Mitarbeiter, die bereits bei der Bank beschäftigt sind, und stellt gleichzeitig Fachkräfte ein, die mit zusätzlichen Kenntnissen und Fähigkeiten zur nachhaltigen Leistung des Unternehmens beitragen.

Im Jahresverlauf wurde weltweit gut ein Drittel aller offenen Stellen intern besetzt. In Deutschland lag der Prozentsatz mit 60 % sogar noch höher. Zusammen mit sonstigen Versetzungen im Rahmen von Entwicklungsschritten haben 2015 insgesamt mehr als 10.000 Vollzeitbeschäftigte ihren Arbeitsplatz intern gewechselt. Im Jahr wurden insgesamt mehr als 750 Hochschulabsolventen in den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen der Bank eingestellt – so viele wie nie zuvor. Im Sommer besuchten sie ein gemeinsames Einführungs- und Orientierungsprogramm, und konnten dabei wichtige Einblicke in das Geschäft und die Unternehmenskultur der Bank gewinnen, relevante technische Fähigkeiten erlangen und frühzeitig bereichsübergreifende Kontakte knüpfen.

Die Deutsche Bank stellte 2015 auch 863 neue Auszubildende und duale Studenten ein. Das entspricht einem Anstieg von 3,7 % gegenüber 2014 und ist auf die größere Nachfrage im Bereich Büromanagement zurückzuführen. 475 Absolventen erhielten 2015 einen festen Anstellungsvertrag bei der Bank.

Nähere Informationen zu den strategischen HR-Prioritäten der Deutschen Bank und Entwicklungen sowie Erfolge in der Personalarbeit sind im Personalbericht 2015 der Bank zu finden.

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem steht unter der Aufsicht unserer Co-Vorsitzenden des Vorstands und unseres Finanzvorstands. Es soll hinreichende Sicherheit darüber gewährleisten, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) steht und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigt werden. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von den korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet mit dem Ziel, diese Risiken zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine angemessene und keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von wesentlichen Fehlern sind. Die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL wurde basierend auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“) aus dem Jahr 2013 vorgenommen. COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat das Management die nachstehenden Ziele für das IKSRL festgelegt:

- **Existenz** – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Rechte, Verpflichtungen und Eigentum** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögenswerten** – Nicht autorisierte Käufe, Nutzungen oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte Kontrollen, Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausschließen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen eines Kontrollsystems soll in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehen.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingebundene Funktionen

Die Kontrollen im Rahmen des IKSRL sind von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen durchzuführen, die an den Prozessen und Kontrollen zur Erstellung und Überprüfung der Abschlüsse beteiligt sind. Die Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems obliegt überwiegend den Mitarbeitern aus den Funktionen Finance, Group Technology & Operations sowie Risk.

Finance ist dabei als eine von den Geschäftsbereichen unabhängige Funktion für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich. Die Verantwortlichkeiten im Rahmen des Kontrollprozesses sind im Bereich Finance wie folgt unterteilt:

- Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften zuständige Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Diese Mitarbeiter stehen im engen Kontakt mit dem Geschäftsbereich, der Infrastrukturfunktion und dem Management der Gesellschaft und sind durch ihre spezifischen Kenntnisse in der Lage, eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung in Bezug auf Produkte und Transaktionen zu identifizieren. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Bewertungen. Für die betreffende Gesellschaft beziehungsweise den Geschäftsbereich verantwortliche Mitarbeiter stimmen ihre jeweiligen Sichtweisen miteinander ab und zeichnen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften frei.
- **Group Finance** verantwortet die Konzernberichterstattung einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen, Plandaten und Plananpassungen sowie der Risikoberichterstattung. Group Finance legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung der am Periodenende durchgeführten Korrekturprozesse. Nach Berücksichtigung und Verarbeitung der Kommentare der Geschäftsleitung und der externen Berater zu Inhalt und Darstellung des Konzernabschlusses wird dieser von Group Reporting erstellt.
- **Accounting Policy and Advisory Group („APAG“)** ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
- **Group Valuations** sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien, Mindeststandards für die Bewertung, Umsetzungsvorgaben sowie die Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsthemen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und Wirtschaftsprüfer).
- **Group Tax** ist in Verbindung mit Finance für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Finanzdaten verantwortlich. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Der operative Betrieb des IKSRL wird durch Group Technology & Operations und Risk maßgeblich unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der Finanzinformationen:

- **Group Technology & Operations („GTO“)** bestätigt die Transaktionen mit unseren Kontrahenten und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depots und Börsen zuständig. GTO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und ist für die Abstimmung der Nostrokonten verantwortlich.
- **Risk** ist für die Entwicklung von Richtlinien und Standards für das Kredit-, Markt-, Rechts-, Liquiditätsmanagement und das operationelle Risikomanagement zuständig. Risk überprüft und beurteilt die Angemessenheit etwaiger Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredit- und Rechtsrisiken sowie operationelle Risiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Solche Kontrollen sind direkt im operativen Prozess integriert und hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschlusserstellung;
- der Fehlervermeidung oder nachträglichen Fehlerfeststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;
- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in einen Kontrollprozess eingebunden, wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung sowie automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen. Manuelle interne Kontrollen, wie die Genehmigung von Transaktionen, werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen für das Hauptbuch und die bilanziellen und außerbilanziellen Transaktionen sowie für die für Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Produktentwicklungs- und Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depots und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.

- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern ordnungsgemäß durchgeführt werden und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst sind.
- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende sonstige Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung.** Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzerninternen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Kontrollen zur Erstellung des Konzernabschlusses schließen die Bearbeitung und Übereinstimmung mit Checklisten zu den Offenlegungspflichten sowie die Durchsicht und Freigabe durch leitende Mitarbeiter von Finance ein. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand führt jedes Jahr eine formelle Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen zugrunde liegenden Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Die Fehleranfälligkeit der identifizierten Kontrollen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise gemäß § 315 HGB, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Bewertung, da sie dem Management zusätzliche Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführter risikoorientierter Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden zusammen mit den Ergebnissen weiterer Prüfungshandlungen der Konzernrevision dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses auch bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Die vom Management durchgeführte Überprüfung führte zum 31. Dezember 2015 zu der Feststellung, dass die Ausgestaltung des IKSRL zweckmäßig ist und die Kontrollen wirksam sind.

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals einschließlich des Genehmigten und des Bedingten Kapitals

Für Informationen bezüglich des Stammkapitals der Deutschen Bank verweisen wir auf die Angabe „Stammaktien“ im „Konzernanhang“.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2015 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein oder zwei Vorstandsmitglieder zu Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Gemäß dem Kreditwesengesetz und EU-Verordnung Nr. 468/2014 der Europäischen Zentralbank (SSM Rahmenverordnung) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank (EZB) vor der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese zuverlässig, fachlich geeignet und in ausreichendem Maße zeitlich verfügbar sind. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 25c Absatz 1 KWG, Artikel 93 SSM Rahmenverordnung).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die EZB oder BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG, Artikel 93 Absatz 2 der SSM Rahmenverordnung).

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In einem solchen Fall wird das Amtsgericht Frankfurt/Main auf Antrag der BaFin die notwendigen Mitglieder des Aufsichtsrates ernennen, falls aufgrund der Prohibition der Aufsichtsrat nicht mehr die notwendige Anzahl an Mitgliedern stellen kann, um den Betrieb aufrecht zu erhalten (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2014 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2019 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 21. Mai 2015 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2020 Eigene Aktien bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie der etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbenen Aktien über die Börse beziehungsweise durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen. Er wurde auch ermächtigt, erworbene Aktien gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck zu veräußern, Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder andere dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienliche Vermögenswerte zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft und verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die für Mitarbeiter oder Organmitglieder der Gesellschaft und verbundener Unternehmen begründet wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser oder einer vorherigen Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 21. Mai 2015 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ergänzend ermächtigt, den Aktienwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Verkaufsoptionen an Dritte verkaufen und Kaufoptionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen so gewählt werden, dass der Aktienwerb in Ausübung der Optionen spätestens am 30. April 2020 erfolgt.

Der bei Ausübung der Verkaufsoptionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Geschäfts nicht um mehr als 10 % überschreiten und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen Optionsprämie. Eine Ausübung der Kaufoptionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Erwerb der Aktien nicht um mehr als 10 % überschreitet und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Auch aus bestehenden Derivaten, die während des Bestehens vorangehender Ermächtigungen und auf deren Grundlage vereinbart wurden, dürfen weiterhin Eigene Aktien erworben werden.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Einigen wenigen Führungskräften mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung steht aus Altverträgen eine Abfindungszahlung zu, sofern deren Anstellungsverhältnis im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – Bar- und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

2

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 267

Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 268

Konzernbilanz – 269

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 270

Konzern-Kapitalflussrechnung – 272

Konzernanhang – 273

- 1 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – 273
- 2 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften – 302
- 3 – Akquisitionen und Veräußerungen – 304
- 4 – Segmentberichterstattung – 307

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung – 311

- 5 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen – 311
- 6 – Provisionsüberschuss – 313
- 7 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – 313
- 8 – Sonstige Erträge – 314
- 9 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand – 314
- 10 – Restrukturierung – 314
- 11 – Ergebnis je Aktie – 315

Anhangangaben zur Bilanz – 317

- 12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – 317
- 13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ – 318
- 14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente – 321
- 15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden – 338
- 16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – 341
- 17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 341

18 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen – 342

19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft – 347

20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft – 347

21 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten – 348

22 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte – 350

23 – Sachanlagen – 352

24 – Leasingverhältnisse – 353

25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte – 354

26 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen – 363

27 – Sonstige Aktiva und Passiva – 365

28 – Einlagen – 366

29 – Rückstellungen – 366

30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten – 384

31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen – 385

32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – 386

33 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen – 387

Zusätzliche Anhangangaben – 389

34 – Stammaktien – 389

35 – Leistungen an Arbeitnehmer – 390

36 – Ertragsteuern – 404

37 – Derivative Finanzinstrumente – 407

38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 409

39 – Informationen zu Tochtergesellschaften – 411

40 – Strukturierte Einheiten – 412

41 – Versicherungs- und Investmentverträge – 419

42 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – 422

43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 424

44 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB – 425

45 – Länderspezifische Berichterstattung – 426

46 – Anteilsbesitz – 428

Bestätigungen – 457

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Anhang	2015	2014	2013
Zinsen und ähnliche Erträge	5	25.967	25.001	25.601
Zinsaufwendungen	5	10.086	10.729	10.767
Zinsüberschuss	5	15.881	14.272	14.834
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	20	956	1.134	2.065
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		14.925	13.138	12.769
Provisionsüberschuss	6	12.765	12.409	12.308
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5	3.842	4.299	3.817
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	7	203	242	394
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	17	164	619	369
Sonstige Erträge	8	669	108	193
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		17.644	17.677	17.082
Personalaufwand	35	13.293	12.512	12.329
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	9	18.632	14.654	15.126
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft		256	289	460
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	25	5.776	111	79
Restrukturierungsaufwand	10	710	133	399
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		38.667	27.699	28.394
Ergebnis vor Steuern		-6.097	3.116	1.457
Ertragsteueraufwand	36	675	1.425	775
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		-6.772	1.691	681
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis		21	28	15
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis		-6.794	1.663	666

Ergebnis je Aktie

in €	Anhang	2015	2014	2013
Ergebnis je Aktie:¹	11			
Unverwässert		€ -5,06 ²	€ 1,34	€ 0,64
Verwässert		€ -5,06 ²	€ 1,31	€ 0,62
Anzahl der Aktien in Millionen:¹				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		1.387,9	1.241,9	1.045,4
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie ³		1.387,9	1.269,5	1.073,2

¹ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor Juni 2014 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

² Im Zusammenhang mit den im April 2015 gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis um 228 Mio € nach Steuern angepasst.

³ Aufgrund der Verlustsituation im Jahr 2015 werden potenziell verwässernde Aktien grundsätzlich nicht für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie berücksichtigt, da diese nach angenommener Wandlung den Nettoverlust je Aktie verringern würden. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für das Jahr 2015 um 27 Millionen Aktien höher gewesen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio €	2015	2014	2013
In der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	- 6.772	1.691	681
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung			
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden			
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	203	- 403	- 717
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	- 213	407	58
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können			
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 242	1.912	64
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	- 163	- 87	- 313
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	1	- 6	91
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	20	339	35
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	662	0	3
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	0	- 3	0
Anpassungen aus der Währungsumrechnung			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	2.156	2.955	- 948
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	4	3	- 1
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen			
Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	48	- 35	63
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	19	- 672	- 160
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	2.493	4.410	- 1.825
Gesamtergebnis, nach Steuern	- 4.278	6.102	- 1.144
Zurechenbar:			
den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	45	54	13
den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	- 4.323	6.048	- 1.157

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Aktiva:			
Barreserven und Zentralbankeinlagen ¹		96.940	74.482
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) ¹		12.842	9.090
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	21, 22	22.456	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	21, 22	33.557	25.834
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		196.035	195.681
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		515.594	629.958
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		109.253	117.285
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	12, 16, 21, 22, 37	820.883	942.924
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	16, 21, 22	73.583	64.297
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	17	1.013	4.143
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	19, 20, 21, 22	427.749	405.612
Sachanlagen	23	2.846	2.909
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	25	10.078	14.951
Sonstige Aktiva	26, 27	118.137	137.980
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	36	1.285	1.819
Steuerforderungen aus latenten Steuern	36	7.762	6.865
Summe der Aktiva		1.629.130	1.708.703
Passiva:			
Einlagen	28	566.974	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	21, 22	9.803	10.887
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	21, 22	3.270	2.339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	12, 16, 37		
Handelsspassiva		52.304	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		494.076	610.202
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		44.852	37.131
Investmentverträge		8.522	8.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		599.754	697.699
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	31	28.010	42.931
Sonstige Passiva	26, 27	175.005	183.823
Rückstellungen	20, 29	9.207	6.677
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	36	1.699	1.608
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	36	746	1.175
Langfristige Verbindlichkeiten	32	160.016	144.837
Hybride Kapitalinstrumente	32	7.020	10.573
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		0	0
Summe der Verbindlichkeiten		1.561.506	1.635.481
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	34	3.531	3.531
Kapitalrücklage		33.572	33.626
Gewinnrücklagen		21.182	29.279
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	34	-10	-8
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern		4.404	1.923
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		62.678	68.351
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile		4.675	4.619
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		270	253
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		67.624	73.223
Summe der Passiva		1.629.130	1.708.703

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und –einschätzungen - Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ²
Bestand zum 31. Dezember 2012	2.380	23.776	29.199	- 60	0	468
Gesamtergebnis ¹	0	0	666	0	0	- 165
Begebene Stammaktien	230	2.731	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 764	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 659	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 385	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	1.160	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	30	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	- 1	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	1	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 49	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 13.648	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	12.535	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 49	0	0	0	0
Sonstige	0	150	- 65	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2013	2.610	26.204	28.376	- 13	0	303
Gesamtergebnis ¹	0	0	1.663	0	0	1.372
Begebene Stammaktien	921	7.587	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 765	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	5	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 103	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	840	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	- 32	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 65	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 9.187	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	8.352	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 6	0	0	0	0
Sonstige	0	41	0	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2014	3.531	33.626	29.279	- 8	0	1.675
Gesamtergebnis ¹	0	0	- 6.794	0	0	- 291
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 1.034	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	- 228	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 10	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 80	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	880	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 34	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 9.177	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	8.295	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 3	0	0	0	0
Sonstige	0	63	- 31	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2015	3.531	33.572	21.182	- 10	0	1.384

¹ Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

² Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ²	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern ²	Anpassungen aus der Währungs- umrechnung, nach Steuern ²	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapital- veränderung, nach Steuern ¹	Den Deutsche Bank- Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapital- bestandteile ³	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
-159	0	-1.593	-10	-1.294	54.001	0	239	54.240
57	2	-1.121	63	-1.164	-498	0	13	-485
0	0	0	0	0	2.961	0	0	2.961
0	0	0	0	0	-764	0	-13	-777
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-659	0	0	-659
0	0	0	0	0	-385	0	0	-385
0	0	0	0	0	1.160	0	0	1.160
0	0	0	0	0	30	0	0	30
0	0	0	0	0	-1	0	0	-1
0	0	0	0	0	1	0	0	1
0	0	0	0	0	-49	0	0	-49
0	0	0	0	0	-13.648	0	0	-13.648
0	0	0	0	0	12.535	0	0	12.535
0	0	0	0	0	-49	0	0	-49
0	0	0	0	0	85	0	8	93
-101	2	-2.713	53	-2.457	54.719	0	247	54.966
181	-2	2.865	-35	4.380	6.043	0	54	6.097
0	0	0	0	0	8.508	0	0	8.508
0	0	0	0	0	-765	0	-4	-769
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	5	0	0	5
0	0	0	0	0	-103	0	0	-103
0	0	0	0	0	840	0	0	840
0	0	0	0	0	-32	0	0	-32
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-65	0	0	-65
0	0	0	0	0	-9.187	0	0	-9.187
0	0	0	0	0	8.352	0	0	8.352
0	0	0	0	0	-6	0	0	-6
0	0	0	0	0	41	4.619 ⁴	-44	4.616
79	0	151	18	1.923	68.351	4.619	253	73.223
18	662	2.044	48	2.481	-4.313	0	45	-4.269
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-1.034	0	-10	-1.044
0	0	0	0	0	-228	0	0	-228
0	0	0	0	0	-10	0	0	-10
0	0	0	0	0	-80	0	0	-80
0	0	0	0	0	880	0	0	880
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-34	0	0	-34
0	0	0	0	0	-9.177	0	0	-9.177
0	0	0	0	0	8.295	0	0	8.295
0	0	0	0	0	-3	0	0	-3
0	0	0	0	0	33	56 ⁵	-17	72
97	662	2.196	66	4.404	62.678	4.675	270	67.624

³ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

⁴ Beinhaltet die Nettoerlöse aus der Ausgabe, dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

⁵ Beinhaltet Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2015	2014	2013
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	-6.772	1.691	681
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	956	1.134	2.065
Restrukturierungsaufwand	710	133	399
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-430	-391	-493
Latente Ertragsteuern, netto	-987	673	-179
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	8.908	4.567	2.443
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-708	-569	-433
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	1.677	7.238	4.483
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken und Kreditinstituten ohne Zentralbanken ¹	30.096	8.959	55.515
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	-10.108	5.450	11.267
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	12.935	70.639	-27
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-14.015	-26.909	16.007
Sonstige Aktiva	26.756	-28.812	12.048
Einlagen	26.537	1.551	-42.281
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	6.101	-54.334	-18.558
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	-1.120	-2.963	-23.080
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	-16.149	-17.875	-9.529
Sonstige Passiva	-14.177	22.183	-17.625
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	13.536	14.315	-22.056
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	13.788	4.288	38.013
Sonstige, per saldo	-8.605	-1.678	3.007
	67.252	2.052	7.184
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	18.027	11.974	18.054
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	3.986	8.745	11.564
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	165	124	76
Verkauf von Sachanlagen	272	133	137
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-29.665	-34.158	-31.588
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-95	-78	-21
Sachanlagen	-432	-669	-513
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	555	1.931	-128
Sonstige, per saldo	-1.055	-826	-596
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	-8.242	-12.824	-3.015
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	2.942	101	1.217
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-2.043	-3.142	-2.776
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	788	49	11
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente ²	-5.114	-2.709	-49
Begebene Stammaktien	0	8.508	2.961
Kauf Eigener Aktien	-9.177	-9.187	-13.648
Verkauf Eigener Aktien	8.316	8.318	12.494
Begebene Zusätzliche Tier-1-Anleihen	0	4.676	0
Kauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	-407	-921	0
Verkauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	442	888	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	-269	0	0
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-10	-4	-13
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-17	-17	23
Gezahlte Bardividende	-1.034	-765	-764
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-5.583	5.795	-544
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	94	897	-907
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	53.521	-4.080	2.718
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.960	56.041	53.321
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	105.478	51.960	56.041
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	902	377	742
Gezahlte Zinsen	10.608	11.423	10.687
Erhaltene Zinsen und Dividenden	26.177	25.404	25.573
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserven und Zentralbankeinlagen (nicht eingeschlossen verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken) ¹	94.923	47.169	49.146
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 4.304 Mio € per 31.12.2015, 31.612 Mio € per 31.12.2014 und 39.097 Mio € per 31.12.2013) ¹	10.555	4.791	6.895
Insgesamt	105.478	51.960	56.041

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und –einschätzungen – Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“.

² Der Vorjahreswert wurde um Rückzahlungen von hybriden Kapitalinstrumenten angepasst. Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen im Corporate & Investment Banking, Privatkundengeschäft und Asset Management an.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernabschlusses. Diese Angaben beinhalten die im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung“ des Lageberichts ausgewiesenen Segmentergebnisse und Angaben zu Ertragskomponenten auf Unternehmensebene gemäß IFRS 8, „Operating Segments“. Zusätzlich enthält der Risikobericht Angaben nach IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten, Angaben zum Kapital gemäß IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, und Angaben nach IFRS 4, „Insurance Contracts“, bezüglich Versicherungsverträgen. Diese geprüften Teile sind im Lagebericht durch seitliche Klammern gekennzeichnet.

Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben

Barreserve und Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten

Im vierten Quartal 2015 hat der Konzern die Präsentation der Bilanzpositionen „Barreserve“, die im Wesentlichen Bargeld und nichtverzinsliche Einlagen beinhaltete, und „Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten“ geändert, um sie besser mit der Darstellung in der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung in Einklang zu bringen. Die bisher ausgewiesenen Beträge werden nun als „Barreserve und Zentralbankbestände“ und „Interbankenbestände (ohne Zentralbankbestände)“ in der Konzernbilanz ausgewiesen. Die Änderung spiegelt die aufsichtsrechtliche Berichterstattung von Einlagen bei Zentralbanken und bei Nichtzentralbanken wider, während der Konzern bisher zwischen verzinslichen und nichtverzinslichen Einlagen unterschieden hat. Vergleichsangaben in der Konzernbilanz und die dazugehörigen Anhangangaben für 2014 sind angepasst worden, um die Änderung zu reflektieren. Diese Änderung in der Präsentation hatte keine weiteren Auswirkungen auf den Konzernabschluss in 2014 und 2015.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die vom Konzern angewandten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze sind im Abschnitt „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschrieben.

Einige der vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze setzen wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und können sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert:

- die Wertminderung assoziierter Unternehmen (siehe Abschnitt „Assoziierte Unternehmen“);
- die Wertminderung zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“);
- die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts“);
- die Erfassung des „Trade Date Profit“ (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Erfassung des Trade Date Profit“);
- die Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (siehe Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“);
- die Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie sonstiger immaterieller Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“);
- den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern (siehe Abschnitt „Ertragsteuern“);
- die Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewissen Steuerpositionen (siehe Abschnitt „Rückstellungen“).

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2013, 2014 und 2015 mit Ausnahme der zuvor beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft, zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter strukturierter Unternehmen, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm direkt oder indirekt beherrschten Einheiten. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen.

Der Konzern unterstützt die Gründung von strukturierten Unternehmen und interagiert mit nicht von ihm gesponserten strukturierten Unternehmen aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Kontrollfaktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung

- des Zwecks und der Gestaltung des Unternehmens,
- der relevanten Tätigkeiten und wie diese bestimmt werden,
- ob der Konzern durch seine Rechte die Fähigkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- ob der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf variable Rückflüsse hat und
- ob der Konzern die Fähigkeit hat, seine Verfügungsgewalt so zu nutzen, dass dadurch die Höhe der Rückflüsse beeinflusst wird.

Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht der Konzern ein Unternehmen, wenn er direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen.

Bei der Beurteilung der Beherrschung werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substantiell erachtet werden.

Ähnlich beurteilt der Konzern das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen er nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Diese Fähigkeit kann in Fällen entstehen, in denen der Konzern die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner besitzt.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur beherrschenden Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend erfordern diejenigen Strukturveränderungen, die zu einer Veränderung eines oder mehrerer Kontrollfaktoren führen, eine Neubewertung, wenn sie eintreten. Dazu gehören Änderungen der Entscheidungsrechte, Änderungen von vertraglichen Vereinbarungen, Änderungen der Finanzierungs-, Eigentums- oder Kapitalstrukturen sowie Änderungen nach einem auslösenden Ereignis, das in den ursprünglichen Vertragsvereinbarungen vorweggenommen wurde.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert.

Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung kommen konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze zur Anwendung. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Anteile ohne beherrschenden Einfluss behandelt. Der den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Gewinn oder Verlust wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzern-Gesamtergebnisrechnung separat ausgewiesen.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, werden a) die Vermögenswerte (einschließlich eines zuzuordnenden Geschäfts- oder Firmenwerts) und Verpflichtungen des Tochterunternehmens zu deren Buchwerten ausgebucht, b) der Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen ausgebucht, c) der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung sowie eventuelle Ausschüttungen der Anteile des Tochterunternehmens erfasst, d) die Anteile, die am ehemaligen Tochterunternehmen behalten werden, zum beizulegenden Zeitwert erfasst und e) jede daraus resultierende Differenz als ein Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dieser Tochtergesellschaft stehen, werden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung oder, falls durch andere IFRS gefordert, direkt in die Gewinnrücklagen umgebucht.

Assoziierte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equitymethode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Der Anteil des Konzerns an den Gewinnen und Verlusten des assoziierten Unternehmens, die aus konzerninternen Verkäufen resultieren, wird bei der Konsolidierung eliminiert.

Wenn der Konzern zuvor einen Eigenkapitalanteil (zum Beispiel einen zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswert) gehalten hat und nun maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalanteil stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern den zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteil veräußert hätte.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt (inklusive direkt zurechenbarer Transaktionskosten, die beim Erwerb des assoziierten Unternehmens entstehen) und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Der Geschäfts- oder Firmenwert, der bei der Akquisition eines assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Daher erfolgt keine separate Überprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf Wertminderung. Stattdessen wird die Beteiligung an jedem Bilanzstichtag insgesamt auf eine etwaige Wertminderung hin überprüft.

Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Ein in Vorperioden erfasster Wertminderungsverlust wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Bilanzwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben.

Wenn der Konzern den maßgeblichen Einfluss auf ein assoziiertes oder gemeinschaftlich geführtes Unternehmen verliert, wird ein Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung erfasst, der der Differenz zwischen der Summe aus dem beizulegenden Zeitwert des zurückbehaltenen Investments und den Veräußerungserlösen und dem Buchwert des Investments zu diesem Zeitpunkt entspricht. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem assoziierten Unternehmen stehen, werden auf gleicher Grundlage bilanziert, als hätte die Beteiligung die entsprechenden Vermögenswerte und Verpflichtungen direkt veräußert.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Da die Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wesentliche Einschätzungen des Managements erfordern kann und sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen, deren Eintritt unsicher ist, ändern können, werden diese als wesentlich erachtet.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, um die Umrechnungsbeträge den erfassten Beträgen aus den zugehörigen währungsspezifischen Transaktionen (Derivate), die diese monetären Vermögenswerte und Verbindlichkeiten absichern, anzugleichen.

Nicht-monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden, werden zum historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden erfolgswirksam erfasst. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (Eigenkapitaltitel), werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Bei der Veräußerung eines solchen Vermögenswerts werden die kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Wechselkursdifferenzen, die den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss bei ausländischen Tochtergesellschaften zuzurechnen sind, werden unter den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Beim Verkauf einer ausländischen Tochtergesellschaft oder eines ausländischen assoziierten Unternehmens, das heißt beim Verlust der Beherrschung oder des maßgeblichen Einflusses über diesen Geschäftsbetrieb, werden die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Bei der Teilveräußerung einer ausländischen Tochtergesellschaft ohne Verlust der Beherrschung wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in Anteile ohne beherrschenden Einfluss umgebucht, da es sich um eine Transaktion zwischen Eigenkapitalgebern handelt. Bei der Teilveräußerung eines assoziierten Unternehmens ohne Verlust des maßgeblichen Einflusses wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich bestimmbar ist, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Schuldinstrument erfasst ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Deswegen ungeachtet erfolgt die Erfassung von Zinserträgen auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Schuldinstrument hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des beizulegenden Zeitwerts bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Provisionsüberschuss – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Aufwendungen, die im direkten und inkrementellen Zusammenhang mit der Generierung von Provisionseinnahmen stehen, werden netto im Provisionsüberschuss gezeigt.

Vertragsverhältnisse, die Lieferungen mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen – Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das andauernde Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Vertragsverhältnisses nicht wesentlich für die bereits erbrachten Dienstleistungen oder Produkte ist. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente überprüft. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt.

Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet worden ist.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umwidmung festgelegt.

Finanzinstrumente, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden, beziehungsweise finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst oder ausgebucht. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Erst-erfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen. Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Rohwaren und Handelskredite. Diese beinhalten auch vom Warenterminhandelsbereich des Konzerns gehaltene physische Rohstoffe, die zum beizulegenden Zeitwert, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet werden. Handelspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen; oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum beizulegenden Zeitwert bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der beizulegende Zeitwert verlässlich bestimmbar ist. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitel und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden als zu Handelszwecken gehaltene Derivate oder nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts infolge von Änderungen der Zinssätze oder Risikoaufschläge nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außer-bilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum beizulegenden Zeitwert bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Kredite, die nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden bei der Ersterfassung zum Transaktionspreis ausgewiesen, der dem dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Transaktionspreis repräsentiert den beizulegenden Zeitwert des Kredits. Der Buchwert von Krediten bei Ersterfassung beinhaltet außerdem den Saldo aus direkten und inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Kredite, die entweder im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt erfasst. Entsprechendes gilt auch für Kredite von erworbenen Unternehmen, bei denen ein Wertminderungsverlust vor dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes durch den Konzern entstanden ist. Der beizulegende Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt wird zur neuen Grundlage der fortgeführten Anschaffungskosten und spiegelt die erwarteten Cashflows wider, die die Kreditwürdigkeit dieser Kredite inklusive eingetretener Verluste berücksichtigen. Die Erfassung von Zinserträgen erfolgt nach der Effektivzinsmethode. Nach dem Erwerbszeitpunkt beurteilt der Konzern, inwiefern in Übereinstimmung mit den im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außer-bilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ dargelegten Bilanzierungsgrundsätzen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird eine Wertberichtigung für Kreditausfälle mit entsprechender Gegenbuchung des Verlustbetrags als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auflösungen der Risikovorsorge für nach dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes erfasste Wertberichtigungen sind im Aufwandsposten „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ enthalten. Nachfolgende Verbesserungen der Kreditwürdigkeit für nicht mit einer

Risikovorsorge behaftete Kredite über ihren Buchwert zum Erwerbszeitpunkt hinaus werden unmittelbar als Anpassung des aktuellen Buchwerts der Kredite erfasst und der korrespondierende Gewinn wird in den Zins-erträgen ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand einer Absicherung des beizulegenden Zeitwerts. In diesem Fall werden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Bei nicht-monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Für Eigenkapitalinstrumente, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des beizulegenden Zeitwerts der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, sind sämtliche Beträge, die zuvor in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst wurden, in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen umzugliedernde Wertminderungsverlust des Berichtszeitraums entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Nachfolgende Rückgänge des beizulegenden Zeitwerts eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels werden erfolgswirksam erfasst, da sie als weitere Wertminderung angesehen werden. Nachfolgende Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst, bis der Vermögenswert nicht länger als wertgemindert angesehen wird. Ein zur Veräußerung verfügbarer Schuldtitel wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein beizulegender Zeitwert sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts nach einer Wertminderung werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Da die Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten vorliegen, wesentliche Einschätzungen des Managements erfordern kann und sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen, deren Eintritt unsicher ist, ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Weitere Informationen über zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind in Anhangangabe 7 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ enthalten.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva)“ und „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert am Umwidmungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert am Umwidmungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der beizulegende Zeitwert des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ erläutert. Jede Änderung des zeitlichen Anfalls der Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte, die nicht als wertgemindert erachtet werden, wird durch Anpassung des Buchwerts erfasst.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Wertberichtigung für Kreditausfälle erfasst.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entweder als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft verbucht, wenn eine Wertminderung des Instruments vorliegt, oder in den Sonstigen Erträgen erfasst, wenn keine Wertminderung des Instruments vorliegt.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Konzernbilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn und nur wenn eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Der Rechtsanspruch zur Saldierung der bilanzierten Beträge muss sowohl bei normalem Geschäftsverlauf als auch bei einem Ausfallereignis, Insolvenz oder Konkurs sowohl des Konzerns als auch des Kontrahenten rechtlich durchsetzbar sein. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Der Konzern wendet die Aufrechnung von Finanzinstrumenten mehrheitlich auf derivative Instrumente und Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften an. Ein wesentlicher Teil der Aufrechnung wird auf Zinsderivate und zugehörige Barsicherheiten angewandt, die durch eine zentrale Gegenpartei, wie das London Clearing House, abgewickelt werden. Der Konzern rechnet auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften auf, soweit der Konzern sowohl ein Saldierungsrecht besitzt als auch die Absicht hat, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Weitere Informationen sind in der Anhangangabe 18 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ enthalten.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Preis, der am Bewertungsstichtag in einer Transaktion zwischen unabhängigen Marktteilnehmern bei Verkauf eines Vermögenswerts erzielt oder bei Übertragung einer Verbindlichkeit bezahlt werden würde. Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind, bewertet der Konzern bestimmte Portfolios aus finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen auf Basis der aus ihnen resultierenden Netto-Risikoposition:

- Die Steuerung der Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen erfolgt im Einklang mit der dokumentierten Risikomanagementstrategie auf Basis einer oder mehrerer Nettomarktrisikoposition(en) oder eines bestimmten Kontrahentenrisikos.
- Die beizulegenden Zeitwerte werden Personen in Schlüsselpositionen bereitgestellt; und
- es handelt sich um zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen.

Diese Bewertungsmethode auf Portfolioebene steht im Einklang mit dem Management der Nettopositionen für das Markt- und das Kontrahentenrisiko.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter, wenn möglich, auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen aufseiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistentteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind in der Regel nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen wie historischer Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen bestimmt. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen beizulegenden Zeitwerten für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den beizulegenden Zeitwert am besten widerspiegelt. Weiterhin können manche Bewertungsanpassungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erfordern.

Nach den IFRS müssen die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach den für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Eingangsparametern der Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Der Konzern stellt eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (dies umfasst Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Einlagen, Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen und Langfristige Verbindlichkeiten), veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Weitere Informationen zu den Bewertungsmethoden und -kontrollen sowie quantitative Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts sind in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ und in Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt.

Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird nach den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umständen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns erfordert die sorgfältige Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen eingesetzt. Alle freistehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Konzernbilanz mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht-derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht-derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Bilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts“), (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Absicherung von Zahlungsströmen“) sowie (3) Absi-

derung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“).

Wird die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Effektivität des Sicherungsgeschäfts immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen.

Bei Absicherung des beizulegenden Zeitwerts werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts durch Anwendung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Wertpapiers ebenfalls in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem beizulegenden Zeitwert angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umbucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.

Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -

aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umbucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“) wird die auf Änderungen des Devisenkurses beruhende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem das Sicherungsgeschäft effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwerts wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments, bezogen auf den effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts, werden bei Verkauf ausländischer Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite) einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder – im Fall einer Umklassifizierung – des am Umbuchungstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erhebliche Zweifel daran bestehen, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Bonitätseinstufungen für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente bein-

haltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben. Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind und für die eine Wertberichtigung für Kreditausfälle gebildet wurde, werden mindestens vierteljährlich auf Einzelfallbasis bewertet. Für diese Kreditkategorie ist die Anzahl der Tage, die ein Kredit überfällig ist, ein Indikator für eine Abschreibung, aber nicht der bestimmende Faktor. Eine Abschreibung wird nur dann vorgenommen, wenn alle relevanten Informationen berücksichtigt wurden, wie zum Beispiel der Eintritt einer wesentlichen Änderung der Finanzlage des Kreditnehmers derart, dass dieser nicht länger seinen Verpflichtungen nachkommen kann oder dass die Erlöse aus den Sicherheiten nicht ausreichend sind, den aktuellen Buchwert des Kredits abzudecken.

Für kollektiv beurteilte Kredite, die überwiegend aus Immobilienfinanzierungen und Konsumentenfinanzierungen bestehen, hängt der Zeitpunkt der Abschreibung davon ab, ob Sicherheiten zur Verfügung stehen, wie der Konzern den einbringlichen Betrag einschätzt und welche rechtlichen Anforderungen in der Gerichtsbarkeit der Kreditentstehung bestehen.

Zahlungseingänge aus abgeschriebenen Forderungen werden dem Wertberichtigungskonto gutgeschrieben und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Konzernbilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den Rückstellungen und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und ist diese Verringerung auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückzuführen, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die bei der Ermittlung der Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen sind als wesentlich zu erachten, da sich die zugrunde liegenden Annahmen sowohl der einzelnen als auch der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzerns maßgeblich beeinflussen können.

Einschätzungen des Managements sind bei der Beurteilung einer Wertberichtigung für Vermögenswerte erforderlich. Das ist insbesondere in Zeiten von ökonomischen und finanziellen Unsicherheiten der Fall, wie während der jüngsten Finanzkrise, wenn sich Entwicklungen und Änderungen der erwarteten Cashflows mit großer Schnelligkeit und geringerer Vorhersagbarkeit ereignen können. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren zeitlicher Anfall können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, der finanziellen Performance des Kontrahenten sowie des Werts gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt.

Die Bestimmung der Wertberichtigung für Portfolios kleinerer homogener Kredite sowie für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, wird mithilfe von statistischen Modellen ermittelt. Diese statistischen Modelle beinhalten zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in regelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung zur Erfüllung ihrer Rückzahlungsverpflichtungen.

Quantitative Informationen sind in den Anhangangaben 19 „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ und 20 „Risikovor-sorge im Kreditgeschäft“ enthalten.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen werden. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen Vermögenswert mit demselben Kontrahenten aufgrund einer Stundung oder ähnlicher Maßnahmen zu wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen des Vermögenswerts wesentlich geändert werden, dann wird der bestehende finanzielle Vermögenswert ausgebucht und ein neuer Vermögenswert eingebucht. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an ein strukturiertes Unternehmen, das zur Finanzierung des Erwerbs Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die Klassifizierung und Bewertung von zu verbrieften finanziellen Vermögenswerten folgt den im Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätzen. Falls das strukturierte Unternehmen nicht konsolidiert wird, können die übertragenen Vermögenswerte bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines fortgeführten Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung des betreffenden strukturierten Unternehmens noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der beizulegende Zeitwert der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind. Wenn beobachtbare Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und andere externe Quellen nicht vorhanden sind, sind bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erforderlich. In Einzelfällen kann es vorkommen, dass der Konzern auch Vermögenswerte verbrieft, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert sind.

Wenn der Konzern eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, finanzielle Unterstützung an ein nicht konsolidiertes Unternehmen zu geben, bildet er dann eine Rückstellung, wenn die Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung notwendig sein wird.

Wird ein Vermögenswert ausgebucht, so wird ein Gewinn oder Verlust in Höhe der Differenz zwischen dem erhaltenen Gegenwert und dem Buchwert des übertragenen Vermögenswerts gebucht. Wenn nur Teile von Vermögenswerten ausgebucht werden, hängen die Gewinne oder Verluste der Verbriefungstransaktionen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen beizulegenden Zeitwerts am Stichtag der Übertragung erfolgt.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird, sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch oder eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum beizulegenden Zeitwert in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Konzernbilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht, da die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden. Im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferte Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Anhangangabe 22 „Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“ separat ausgewiesen.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des beizulegenden Zeitwerts entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Konzernbilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Anhangangabe 22 „Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“ separat ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt.

Für die Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts werden die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows. Im Rahmen

jedes Unternehmenszusammenschlusses können die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt oder zum beizulegenden Zeitwert des anteiligen identifizierbaren Reinvermögens des erworbenen Unternehmens bewertet werden.

Der Geschäfts- oder Firmenwert aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Geschäfts- oder Firmenwerts vermindert haben könnte. Bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse erzeugen, welche größtenteils unabhängig von den Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der der Geschäfts- oder Firmenwert für interne Managementzwecke überwacht wird, ebenfalls berücksichtigt wird. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Mittelzuflüsse von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) erzeugt, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmenstätigkeiten steuert oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmenstätigkeiten trifft.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Geschäfts- oder Firmenwert bei der Ermittlung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Bestimmte nicht integrierte Investments sind den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente nicht zugeordnet. Der resultierende Geschäfts- oder Firmenwert wird einzeln auf der Ebene dieser nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Geschäfts- oder Firmenwert getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr beizulegender Zeitwert zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbareren Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbareren Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Sie werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Konzern daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann, und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts, die entweder einen Zeitraum von drei, fünf oder zehn Jahren umfasst, abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Aktivierte Kosten für Software werden entweder jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, solange die Software noch in Entwicklung ist, oder wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert der Software vermindert haben könnte, sobald sie genutzt wird.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet.

Quantitative Informationen zu Wertminderungen von nicht finanziellen Vermögenswerten sind in der Anhangangabe 25 „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“ enthalten.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel, weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Ertragsteuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, oder IAS 12, „Income Taxes“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und stellen eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren dar. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren siehe Anhangangabe 29 „Rückstellungen“.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden ergebniswirksam erfasst. Soweit sie sich auf Geschäftsvorfälle beziehen, die direkt im Eigenkapital oder in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen berücksichtigt werden, sind die zugehörigen laufenden und latenten Steuern ebenfalls direkt im Eigenkapital oder in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen zu erfassen.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Absicherung von Zahlungsströmen und anderen Positionen, die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bilanziert und erst dann in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt, auf den sich die latente Steuer bezieht, in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ergebniswirksam wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Die damit einhergehenden laufenden und latenten Steuereffekte sind grundsätzlich in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, ist der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil direkt im Eigenkapital zu erfassen.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen hinsichtlich der latenten Steuerforderungen einschließlich der Annahmen des Konzerns über die zukünftige Ertragskraft einer Neubewertung unterzogen.

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen des Managements, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuern finden sich in Anhangangabe 36 „Ertragsteuern“. Diese beinhaltet auch quantitative Angaben zum Wert angesetzter latenter Steuerforderungen.

Unternehmenszusammenschlüsse und Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Zur bilanziellen Erfassung von Unternehmenszusammenschlüssen wendet der Konzern die Erwerbsmethode an. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein erworbenes Unternehmen erlangt, werden die Anschaffungskosten der Akquisition zum beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung bemessen. Hierzu gehören jegliche Zahlungsmittel oder ausgegebene Eigenkapitalanteile, bedingte Gegenleistungen, bereits zuvor am erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteile sowie eingegangene und übernommene Verpflichtungen. Der Betrag, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt, wird als Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert. Sofern die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss unter dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegt (negativer Geschäfts- oder Firmenwert), wird ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst. Anschaffungsnebenkosten werden als Aufwand der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Bei einem sukzessiven Unternehmenszusammenschluss (sogenannter „schrittweiser Erwerb“) wird der zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil im Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteilen stehen, werden auf gleicher Grundlage bilanziert, als hätte der Konzern die zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteile direkt veräußert.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung separat ausge-

wiesen. Veränderungen in der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung werden als Transaktionen zwischen Eigenkapitalgebern behandelt und erfolgsneutral in der Kapitalrücklage erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Einzelne langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn sie in ihrem gegenwärtigen Zustand und zu den für sie üblichen Verkaufsbedingungen sofort veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Damit eine Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, muss das zuständige Management einen Plan für den Verkauf beschlossen haben und mit der Suche nach einem Käufer aktiv begonnen haben. Des Weiteren müssen die Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) zu einem Preis angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum gegenwärtig beizulegenden Zeitwert steht, und der Verkauf sollte erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres durchgeführt werden. Langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen), die die Kriterien für eine Einstufung als zur Veräußerung gehalten erfüllen, sind mit dem niedrigeren Wert von Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen und werden in den Bilanzposten „Sonstige Vermögenswerte“ und gegebenenfalls „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Die Einstufung von langfristigen Vermögenswerten (und Veräußerungsgruppen) als zur Veräußerung gehalten führt nicht zu einer Anpassung von Vergleichszahlen. Die Bewertung von Finanzinstrumenten, die Bestandteil einer Veräußerungsgruppe sind, wird nicht angepasst.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre (einschließlich anfänglicher Verbesserungen an erworbenen Gebäuden). Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis achtzehn Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und Sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu jedem Quartalsabschluss auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantiennehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet.

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die

Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Der Konzern schließt als Leasingnehmer Leasingverträge – vor allem über Gebäude – ab. Basierend auf einer Analyse der Konditionen dieser Verträge werden die Leasingverhältnisse aufgrund ihres wirtschaftlichen Gehalts entweder als Operating Leases oder Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert.

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem beizulegenden Zeitwert des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen. Die Mehrheit der leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns ist unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen.

Weitere Informationen zu den Pensions- und sonstigen Versorgungszusagen sind in Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses fallen an, wenn der Konzern beschlossen hat, das Arbeitsverhältnis eines oder mehrerer Mitarbeiter vor dem Zeitpunkt der regulären Pensionierung zu beenden, oder ein Arbeitnehmer im Austausch für diese Leistungen freiwillig das Angebot annimmt, vorzeitig auszuscheiden. Solche Leistungen sind dann als Schuld und im Aufwand zu erfassen, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Plan besitzt und keine realistische Möglichkeit hat, sich der Verpflichtung zu entziehen. Im Falle eines freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens werden die Leistungen auf Basis der Anzahl von Mitarbeitern, die das Angebot voraussichtlich annehmen werden, bewertet. Leistungen, die mehr als 12 Monate nach dem Abschlussstichtag fällig sind, werden zu ihrem Barwert angesetzt. Der Zinssatz wird auf Basis der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen abgeleitet.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des beizulegenden Zeitwerts der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der beizulegende Zeitwert dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr beizulegender Zeitwert unmittelbar nach der Modifizierung ihren beizulegenden Zeitwert direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des beizulegenden Zeitwerts als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und über die Anwartschaftsfrist erfasst, in der der Mitarbeiter einen unverfallbaren Anspruch auf die Vergütung erwirbt. Die Verpflichtungen werden bis zur Zahlung in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens „Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien“ ausgewiesen wird.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Options- und Terminkontrakte, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Eigenkapitalinstrumente klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Alle anderen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nichtfinanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset Backed Securities, die seitens Corporate Banking & Securities (CB&S) konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Konzern-Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch auf Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab:

Versicherungsverträge – Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Im Einklang mit IFRS hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze beibehalten, die für die Bilanzierung von Versicherungsgeschäften vor der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS (US GAAP) angewandt wurden. Diese Rechnungslegungsgrundsätze werden nachfolgend weiter beschrieben.

Nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge“) – Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für Versicherungsverträge in Form von Einmalprämien werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Der Zeitpunkt der Ertragerfassung entspricht dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge aufgrund nicht erbrachter Beiträge storniert werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal-Life-Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“ – „PADs“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit dem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen einschließlich des

Effektivzins der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Die dem Kauf von zusätzlichem Versicherungs- und Investmentgeschäft direkt zuordenbaren Kosten werden abgegrenzt, wenn erwartet wird, dass sie aus zukünftigen Margen in den Erträgen aus diesen Verträgen erzielbar sind. Diese Kosten werden über einen Zeitraum systematisch abgegrenzt, der nicht länger ist als die Zeitdauer, innerhalb deren man erwartet, sie aus zukünftigen Margen erzielen zu können.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und die damit verbundenen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenso wie die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der entsprechenden Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Einnahmen für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

Alle neuen wesentlichen Rückversicherungsgeschäfte müssen vom jeweiligen lokalen Vorstand genehmigt werden. Nach Geschäftsabschluss unterliegen sie einer regelmäßigen Kreditrisikobeurteilung. Diese umfasst eine Beurteilung des gesamten Engagements und der Kredit- und Sicherheitenstellung. Wertminderungen werden in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen für „Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte“ bestimmt.

02 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2015 zur Anwendung kamen.

Änderungen der IFRS 2010-2012 und 2011-2013 („Improvements to IFRS 2010-2012 and IFRS 2011-2013 Cycles“)

Zum 1. Januar 2015 setzte der Konzern mehrere Änderungen bestehender IFRS um. Diese resultierten aus den IASB-Annual-Improvement-Projekten „Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“. Sie umfassen Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften waren zum 31. Dezember 2015 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 9, „Financial Instruments“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos für aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern beurteilt im Moment die Auswirkungen der Bilanzierungsvorschriften von IFRS 9. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Der Konzern führt ein zentral gemanagtes und vom Finanzvorstand des Konzerns gesponsertes IFRS 9 Programm durch, das von Fachexperten für die Themen Methodik, Datenbeschaffung und Modellierung, IT Prozesse sowie Rechnungslegung unterstützt wird. Die Gesamtsteuerung obliegt einem IFRS 9 Steuerungskomitee, in dem Mitarbeiter der Finanz- und Risikoabteilung gemeinsam vertreten sind. Richtlinien und Training zu IFRS 9 werden über alle Konzerngeschäftsbereiche und Konzernfunktionen als Teil des konzerninternen Kontrollsystems zur Vorbereitung auf das Inkrafttreten von IFRS 9 für den Konzern zum 1. Januar 2018 bereitgestellt.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und -verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“ klassifiziert. Da die Anforderungen an die Klassifizierung von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen. Allerdings werden die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schuldverschreibungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Standard erlaubt die vorzeitige Anwendung des Ausweises der aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen auch vor der vollständigen Umsetzung von IFRS 9. Der Konzern hat diese Anforderungen des Standards nicht vorzeitig umgesetzt, da IFRS 9 noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen wurde.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen Erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt. Das Modell zur Bestimmung der Wertminderung und der Risikovorsorge ändert sich von einem Modell eingetretener Kreditausfälle, bei dem Kreditausfälle bei Eintritt eines auslösenden Ereignisses erfasst werden, hin zu einem erwarteten Kreditausfallmodell, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt an dem der Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potenzieller Kreditausfälle erfasst werden.

Unter dem erwarteten Kreditausfallmodell des IFRS 9 erfasst der Konzern Rückstellungen für erwartete Kreditausfälle, die aus möglichen Ausfallereignissen bei nicht notleidenden homogenen und nicht homogenen Kreditbeständen innerhalb der nächsten 12 Monate entstehen können (Stufe 1). Für Vermögenswerte, bei denen sich das Kreditrisiko seit Entstehung oder Kauf signifikant erhöht hat, aber der Vermögenswert noch nicht notleidend ist (Stufe 2), sowie für notleidende Vermögenswerte (Stufe 3), erfordert IFRS 9 die Erfassung von Rückstellungen für erwartete Kreditausfälle, die über die restliche Laufzeit eines Vermögenswerts auftreten können (üblicherweise als „lifetime expected losses“ bezeichnet). Die lifetime expected losses werden unter IFRS 9 unter Berücksichtigung von zukunftsorientierten Informationen, wie makro-ökonomischen Faktoren, bestimmt.

Als Folge der Regelungsänderungen zur Wertminderung kommt es unter IFRS 9 zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge auf angemessenen und belegbaren zukunftsorientierten wahrscheinlichkeitsgewichteten Informationen basiert. Diese Informationen über die zukünftige Wirtschaftslage werden fortlaufend überwacht und über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts aktualisiert. Das steht im Gegensatz zur Erfassung von Wertminderungen unter IAS 39, dessen Regeln für die Erfassung einer Risikovorsorge den Eintritt eines oder mehrerer Verlustereignisse erfordern. Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer übergreifenden Erhöhung des Risikovorsorgenniveaus führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle für die ersten 12 Monate auch für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat. Darüber hinaus beruht es auf der Einschätzung, dass der Bestand an Vermögenswerten, auf die der „lifetime expected loss“ angewendet wird, wahrscheinlich größer ist als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Verlustereignisse nach IAS 39 bereits eingetreten sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereiches von IAS 39/IFRS 9 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und -Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereit-

stellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben an die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 16, „Leases“

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB IFRS 16 „Leases“, der ein einziges Bilanzierungsmodell für Leasingnehmer einführt. Es führt beim Leasingnehmer dazu, dass aus allen Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind; es sei denn, es handelt sich um einen geringwertigen Vermögenswert. Der Leasingnehmer erfasst einen Vermögenswert, der sein Recht auf Nutzung des zugrunde liegenden Leasinggegenstandes repräsentiert. Zudem erfasst er eine Leasingverbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Mietzahlungen darstellt. Im Vergleich mit den derzeitigen Bilanzierungsanforderungen ändert sich die Bilanzierung aus Sicht des Leasinggebers nur geringfügig. Zudem verlangt der Standard von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben für die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 16 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Änderungen der IFRS 2012–2014 („Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“)

Im September 2014 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual-Improvement-Projektes „Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“ mehrere Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Die Änderungen sind durch die EU in europäisches Recht übernommen worden.

IAS 1

Im Dezember 2014 veröffentlichte das IASB, als Teil einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben, Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1“). Diese Änderungen stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Effektivität der Anhangangaben führen kann. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen zu IAS 1 haben nur Einfluss auf die Anhangangaben des Konzerns. Die Änderungen sind durch die EU in europäisches Recht übernommen worden.

03 – Akquisitionen und Veräußerungen

In den Jahren 2015 und 2014 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

In den Geschäftsjahren 2015 und 2014 unternahm der Konzern keine Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden.

Im Jahr 2013 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Am 2. September 2013 gab die Deutsche Bank AG bekannt, dass sie den Kauf der restlichen 51 % der Anteile an ihrem Joint Venture Xchanging etb GmbH („Xetb“) abgeschlossen hat. Xetb ist die Holdinggesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Der Kaufpreis für den sukzessiven Erwerb bestand aus einer Basiskomponente von 41 Mio €, welche bestimmten Anpassungen unterlag. Von diesem Betrag wurden durch den Erwerber 36 Mio € in bar gezahlt. Die übrigen 5 Mio € wurden von der XTB im Zuge des Abschlusses der Transaktion an den Verkäufer, Xchanging plc. („Xchanging“), geleistet, was zu einer Reduzierung des erworbenen Nettovermögens führte. Die Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und Xchanging wurde im Mai 2013 unterzeichnet. Mit Erhalt der notwendigen Genehmigungen, unter anderem der von Aufsichtsbehörden und Aktionären der Xchanging, erfolgte der Eigentümerwechsel auf die Deutsche Bank zum 1. September 2013 (dem Erwerbszeitpunkt). Mit dem Abschluss der Transaktion hat die Deutsche Bank als alleiniger Eigentümer die unternehmerische Führung über die XTB erlangt. Die engere operative Anbindung der XTB erfolgte im Rahmen der Strategie 2015+, mit der die Deutsche Bank die operative Leistungsfähigkeit im Konzern steigern und Redundanzen, Komplexität und Kosten verringern will.

Die Xetb ist ein seit dem Jahr 2004 bestehendes Joint Venture, welche als Holdinggesellschaft die Beteiligung an der XTB hält, der ehemaligen hundertprozentigen Tochtergesellschaft european transaction bank ag („etb“). XTB erbringt Dienstleistungen im Bereich Wertpapierabwicklung für die Deutsche Bank und konzernexterne Kunden. Die erworbenen Einheiten wurden in den Infrastrukturbereich der Deutschen Bank eingegliedert. Vor dem Kontrollerwerb der XTB hielt der Konzern direkt 49 % der Anteile an der Xetb, wodurch er die Finanz- und Geschäftspolitik des Unternehmens maßgeblich mitbestimmen konnte. Dementsprechend wurde die Xetb einschließlich ihrer Tochtergesellschaft XTB bis zum Zeitpunkt der Kontrollerlangung nach der Equitymethode bilanziert. Der zum Erwerbszeitpunkt beizulegende Zeitwert der Beteiligung an dem erworbenen Unternehmen betrug 21 Mio €. Die Neubewertung der Anteile führte nicht zu einem Gewinn oder Verlust.

Die Bilanzierung des Unternehmenserwerbs wurde im zweiten Quartal 2014 abgeschlossen und führte per Saldo zu einem Anstieg der Kaufpreiszahlung sowie einem korrespondierenden Anstieg des bilanzierten Geschäfts- oder Firmenwerts über jeweils 1 Mio €. Demzufolge betrug der endgültige Wert des aus der Transaktion resultierenden Geschäfts- oder Firmenwertes 38 Mio €, welcher PBC (25 Mio €), GTB (6 Mio €), CB&S (5 Mio €) und Deutsche AWM (2 Mio €) zugeordnet wurde. Der Gesamtkaufpreis und die Eröffnungsbilanz zum Erwerbszeitpunkt stellen sich danach wie folgt dar:

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Übertragene Gegenleistung in bar	36
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Anteile des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	21
Abzug für Erfüllung zuvor bestehender Beziehungen	8
Gesamtkaufpreis einschließlich beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	50
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten:¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	6
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	24
Immaterielle Vermögenswerte	6
Alle sonstigen Vermögenswerte	31
Rückstellungen	22
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	34
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	12
Geschäfts- oder Firmenwert	38
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	50

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Bereits vor dem Unternehmenserwerb waren die Deutsche Bank und die XTB Kooperationspartner im Rahmen einer gemeinsamen Servicevereinbarung, die die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Wertpapierabwicklung für die Deutsche Bank umfasste. Diese Vereinbarung wurde als zuvor bestehende Beziehung identifiziert und getrennt von der vorgenannten Erwerbstransaktion bilanziert. Der Servicevertrag, welcher im Mai 2016 ausgelaufen wäre,

wurde mit Abschluss der Transaktion beendet. Der zur Beendigung aufgewendete Betrag wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dessen Verbuchung führte zu einem Verlust von 8 Mio €, der im Sachaufwand und Sonstigen Aufwand der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2013 erfasst wurde.

Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen ohne Kontrollwechsel

In den Geschäftsjahren 2015 und 2014 unternahm der Konzern keine Akquisitionen oder Veräußerungen mit Minderheitsbeteiligungen unter Beibehaltung bestehender Beherrschungsverhältnisse über die jeweiligen Tochtergesellschaften.

Postbank

Mit Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags im Jahr 2012 hatte die Deutsche Bank den verbleibenden Anteil ohne beherrschenden Einfluss von 248 Mio € an der Deutschen Postbank AG („Postbank“) aus dem Konzern-Eigenkapital ausgebucht, da die Minderheitsaktionäre nicht mehr die Risiken und Chancen aus dem Eigentum an den Postbank-Aktien hielten. Bis zum 31. Dezember 2014 wurden der Deutschen Bank durch die Minderheitsaktionäre insgesamt circa 0,5 Mio Postbank-Aktien (entsprechend ungefähr 0,22 % der ausstehenden Postbank-Aktien) angegliedert. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Konzerns an der Postbank zu diesem Zeitpunkt auf ungefähr 94,1 %.

Am 22. April 2015 unterzeichnete die Deutsche Bank eine Erwerbsvereinbarung über weitere 5,9 Mio Postbank-Aktien (2,7 %), wodurch sie den Anteil des Konzerns an der Postbank von 94,1 % auf 96,8 % erhöhte. Insgesamt führte diese Transaktion zu einem Verlust vor Steuern in Höhe von 92 Mio €, der in C&A im zweiten Quartal 2015 erfasst wurde.

Am 27. April 2015 stellte die Deutsche Bank gegenüber der Postbank ihr Übertragungsverlangen in Bezug auf die Aktien der außenstehenden Aktionäre nach §§ 327a ff. AktG („Squeeze-Out“). In dem konkretisierten Übertragungsverlangen an die Postbank am 7. Juli 2015 wurde die Höhe der Barabfindung auf 35,05 € pro Postbank Aktie festgesetzt. Nach Beschluss durch die Hauptversammlung der Postbank am 28. August 2015 wurde ein Verlust vor Steuern in Höhe von 69 Mio € im dritten Quartal 2015 in C&A erfasst.

Nach einem Freigabeverfahren am Oberlandesgericht Köln wurde der Squeeze-Out am 21. Dezember 2015 ins Handelsregister eingetragen. Beim Vollzug der Übertragung am 30. Dezember 2015 erwarb die Deutsche Bank die verbleibenden 3,2 % der Aktien für einen Gesamtbetrag von 245 Mio € und hält nun, direkt und indirekt, 100 % an der Postbank.

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2015, 2014 und 2013 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftsbetriebe. Diese Veräußerungen enthielten hauptsächlich verschiedene Geschäftseinheiten, die der Konzern zuvor als zum Verkauf bestimmt klassifiziert hatte. Die gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenleistung belief sich in den Jahren 2015, 2014 und 2013 auf 555 Mio €, 1,9 Mrd € und 57 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2015	2014	2013
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	0	156
Übrige Vermögenswerte	443	8.346	33
Summe der veräußerten Aktiva	443	8.346	189
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	52	6.602	196

04 – Segmentberichterstattung

Die Segmentinformationen des Konzerns basieren auf dem sogenannten Managementansatz. Dementsprechend sind Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Zu Beginn des ersten Quartals 2014 wurde der Zinsüberschuss als Teil der Erträge, des Ergebnisses vor Steuern und darauf bezogener Kennzahlen für US-amerikanische steuerfreie Wertpapiere im Bereich Corporate Banking & Securities als voll steuerpflichtig ausgewiesen. Dadurch ist es dem Management möglich, die Performance steuerpflichtiger und steuerfreier Wertpapiere in Corporate Banking & Securities zu vergleichen. Durch diese Modifizierung des Bilanzausweises erhöhte sich der Zinsüberschuss in CB&S im Gesamtjahr 2014 um 65,4 Mio €. Dieser Anstieg wird in den konsolidierten Konzernzahlen durch einen umgekehrten Betrag in Consolidation & Adjustments (C&A) ausgeglichen. Die Vergleichszahlen des vorangehenden Berichtszeitraums wurden wegen ihrer geringen Bedeutung nicht angepasst. Der für die Ermittlung des Zinsüberschusses – bei einer unterstellten vollen Steuerpflicht – genutzte Steuersatz beträgt für den überwiegenden Teil der steuerfreien US-Wertpapiere 35 %. Die in der NCOU gehaltenen US-amerikanischen steuerfreien Wertpapiere werden aufgrund unterschiedlicher Methoden bei der Steuerung von zum Kerngeschäft und nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten als nicht voll steuerpflichtig ausgewiesen.

Segmente

Die Segmente des Konzerns bilden dessen Organisationsstruktur mit den fünf Unternehmensbereichen ab: Corporate Banking & Securities (CB&S), Private & Business Clients (PBC), Global Transaction Banking (GTB), Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) und Non-Core Operations Unit (NCOU). Im Zusammenhang mit der Strategie 2020 wurde die Segmentstruktur überarbeitet. Ab 2016 agiert der Konzern mit den Segmenten Global Markets (GM), Corporate & Investment Banking (CIB), Private, Wealth and Commercial Clients (PW&CC), Postbank, Deutsche Asset Management (AM) and Non-Core Operations Unit (NCOU).

Im Rahmen der fortlaufenden Optimierung des Geschäftsmodells, mit dem der Konzern den Veränderungen am Markt und im aufsichtsbehördlichen Umfeld Rechnung trägt, wurde die Bewertung des Geschäftsportfolios fortgesetzt und entsprechende Anpassungen an die aktuellen Marktchancen und Kundenbedürfnisse vorgenommen. In diesem Zusammenhang hat der Konzern Ende 2014 bekannt gegeben, dass der Großteil des Handels mit CDS für Einzeladressen und physischen Edelmetallen eingestellt wird.

Für den Jahresabschluss 2013 hat Deutsche AWM die Struktur seines Ertragsausweises angepasst. Künftig wird nach der Ertragsart gegliedert, um eine Unterscheidung in laufende Erträge und Einmalerträge, Zinserträge und Erträge aus Sonstigen Produkten vornehmen zu können. Die neue Aufteilung entspricht stärker den Marktkonventionen, erhöht die Transparenz und ermöglicht eine kohärentere Analyse des Unternehmensbereichs. Die Zahlen der Vorperioden wurden neu ausgewiesen, um diese Änderungen darzustellen.

Im Folgenden werden weitere Veränderungen in Bezug auf die Managementverantwortung beschrieben, die signifikante Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung hatten:

- Im Einklang mit der internen Managementverantwortung und der Präsentation von Managementinformationen hat GTB die drei bisher zu „Transaction Services“ gehörigen Ertragskategorien „Trade Finance and Cash Management Corporates“, „Institutional Cash and Securities Services“ und „Sonstige Produkte“ eingeführt, um die Zusammensetzung der Erträge in GTB transparenter zu machen.
- In 2014 hat PBC seine Ertragsaufteilung angepasst. Um die Transparenz seiner Ertragsstruktur zu erhöhen, hat PBC die neue Ertragskategorie „Post- und ergänzende Serviceleistungen der Postbank“ geschaffen, die bisher anderen Ertragsbereichen zugeordnet war. Die Zahlen der Vorperioden wurden neu ausgewiesen, um diese Änderungen darzustellen.

- Im vierten Quartal 2013 wurde beschlossen, das Rohstoffgeschäft zu verringern und Teile ganz einzustellen. Der Konzern hat zunächst die Portfolios, in denen Aktivitäten eingestellt wurden, in der Special Commodities Group (SCG) zusammengeführt und diese anschließend im ersten Quartal 2014 von CB&S auf die NCOU übertragen. Die SCG ist für Aktiva, Verbindlichkeiten und Eventualrisiken aus Engagements in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Basismetalle und Schüttgut zuständig. Die Vergleichswerte für CB&S und die NCOU wurden entsprechend angepasst. Das weitergeführte Rohstoffgeschäft verbleibt in CB&S.
- Im Geschäftsjahr 2013 wurde das Portfolio langfristiger Kredite an deutsche mittelständische Kunden vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich GTB überführt.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Segmentberichterstattung zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Deutsche Bank-Konzern: Unternehmensbereiche: Consolidation & Adjustments“ des Lageberichts erläutert. Die Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung über Segmentgewinne oder -verluste, Aktiva sowie anderen Informationen, die regelmäßig vom Chief Operating Decision Maker überprüft werden. Die Aktiva der verschiedenen Segmente werden in der internen Managementberichterstattung konsolidiert dargestellt, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten.

In Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert und gemäß IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, die dem Nettoanteil der Minderheitsaktionäre an Erträgen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Zinsunabhängigen Aufwendungen und Ertragsteueraufwand entsprechen. Diese Anteile werden gemäß der Managementberichterstattung im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt (mit dem umgekehrten Betrag in C&A), während sie nach IFRS in der Nettogewinnverwendung ausgewiesen werden.

Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Segmenten bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach der der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Segmenten zugeordnet wird. Dabei wird unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit unabhängiger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird der Nettozinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns (nach Verrechnung mit bestimmten Belastungen, zum Beispiel aus der Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften) daher den Segmenten proportional zu dem ihnen zugeordneten durchschnittlichen Active Equity anteilig zugerechnet.

Das Management nutzt im Rahmen des internen Managementberichtssystems bestimmte Messgrößen für das Kapital sowie darauf bezogene Kennziffern, weil es diese bei der Darstellung der finanziellen Performance der Segmente für nützlich hält. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns seitens des Managements. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern ermittelt das durchschnittliche Active Equity, indem vom durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital die durchschnittliche Dividendenabgrenzung, welche quartalsweise abgegrenzt und nach der Genehmigung der Hauptversammlung ausgeschüttet wird, subtrahiert wird. Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu vereinfachen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Mess-

größe nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden.

Der Gesamtbetrag des zugeordneten Active Equity entspricht dem höheren Betrag aus dem gesamten ökonomischen Risiko des Konzerns und dem regulatorischen Kapitalbedarf. Ab 2015 berücksichtigt der Konzern bei der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente die bekannt gegebenen Kapital- und Verschuldungsziele. Nach der neuen Methode wird der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Basis einer angestrebten Tier-1-Kernkapitalquote von 10 % (11 % ab Juni 2015 und 12,5 % ab Dezember 2015) und einer Zielverschuldungsquote nach CRD 4 von 3,5 % (5 % ab Juni 2015 und 4,5 % ab Dezember 2015), jeweils auf Konzernebene, berechnet. Dabei wird für beide Quoten von einer Vollumsetzung der CRR/CRD 4-Vorschriften ausgegangen. Übersteigen die Tier-1-Kernkapitalquote und die Verschuldungsquote des Konzerns die Zielwerte, wird das überschüssige durchschnittliche Active Equity C&A zugeordnet. Das durchschnittliche Active Equity ist der Mittelwert aus den vorgenannten unterschiedlichen Zielen.

Segmentergebnisse

Die Segmentergebnisse einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, sind im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ des Lageberichts enthalten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die Angaben auf Unternehmensebene des Konzerns enthalten Erträge von internen und externen Geschäftspartnern. Die Eliminierung von Erträgen mit internen Geschäftspartnern würde unverhältnismäßige IT-Investitionen erfordern und steht nicht im Einklang mit dem Managementansatz der Bank. Die Ertragskomponenten sind im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Unternehmensbereiche“ des Lageberichts aufgeführt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2015, 2014 und 2013 aufgeführt. Für CB&S, GTB, Deutsche AWM, PBC und NCOU erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu C&A werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diesen Bereich zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2015	2014	2013
Deutschland:			
CB&S	731	860	994
PBC	7.241	7.662	7.654
GTB	1.234	1.251	1.339
Deutsche AWM	1.399	1.356	1.196
NCOU	-287	-185	360
Deutschland insgesamt	10.318	10.945	11.542
Großbritannien:			
CB&S	5.021	3.794	3.965
PBC	-0	-0	0
GTB	381	317	289
Deutsche AWM	1.039	589	984
NCOU	-73	8	-76
Großbritannien insgesamt	6.367	4.708	5.163
Restliches Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CB&S	645	933	868
PBC	1.608	1.879	1.726
GTB	1.026	941	952
Deutsche AWM	921	790	872
NCOU	9	2	-33
Restliches Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt	4.209	4.545	4.385
Amerika (primär Vereinigte Staaten):			
CB&S	4.895	5.461	4.824
PBC	0	-21	-21
GTB	1.146	887	830
Deutsche AWM	1.432	1.435	1.174
NCOU	754	345	670
Amerika insgesamt	8.227	8.108	7.477
Asien/Pazifik:			
CB&S	2.927	2.582	2.750
PBC	62	44	36
GTB	829	723	615
Deutsche AWM	617	533	492
NCOU	-1	2	-25
Asien/Pazifik insgesamt	4.434	3.884	3.868
Consolidation & Adjustments	-30	-240	-519
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt¹	33.525	31.949	31.915

Hinweis: Vorjahreswerte wurden angepasst.

¹ Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten der Deutsche Bank-Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem die Mitarbeiter, Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

05 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

in Mio €	2015	2014	2013
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	499	683	759
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	377	408	412
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.292	1.341	1.312
Dividenderträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	300	97	81
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.219	11.820	11.941
Sonstige	783	848	366
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	15.470	15.196	14.872
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	10.496	9.805	10.729
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	25.967	25.001	25.601
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	2.764	3.210	3.360
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	153	160	186
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	229	214	285
Langfristige Verbindlichkeiten	1.480	1.882	1.568
Hybride Kapitalinstrumente	568	785	849
Sonstige	357	214	- 16
Zinsaufwendungen insgesamt aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen	5.552	6.465	6.232
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	4.534	4.264	4.535
Zinsaufwendungen insgesamt	10.086	10.729	10.767
Zinsüberschuss	15.881	14.272	14.834

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2015 auf 67 Mio € (2014: 94 Mio €; 2013: 76 Mio €).

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2015	2014	2013
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	98	1.686	1.569
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.899	2.583	2.469
Sales & Trading insgesamt	3.996	4.269	4.039
Sonstige	- 122	137	- 377
Handelsergebnis insgesamt	3.874	4.407	3.662
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	3	- 15	31
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	0	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	- 453	- 20	- 46
Einlagen	0	- 1	73
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	761	- 538	133
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	- 344	467	- 35
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	- 32	- 108	155
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.842	4.299	3.817

¹ Beinhaltet minus 0,5 Mio € in 2015 (2014: 48 Mio €; 2013: minus 86 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von 0,8 Mio € in 2015 (2014: minus 315 Mio €; 2013: 390 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Summe aus Zinsüberschuss und dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2015	2014	2013
Zinsüberschuss	15.881	14.272	14.834
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.842	4.299	3.817
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.723	18.570	18.651
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aufgegliedert nach Konzernbereich/Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	2.502	2.302	2.111
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.909	6.591	5.976
Sales & Trading insgesamt	10.411	8.893	8.087
Kreditgeschäft ¹	623	688	587
Übrige Produkte ²	- 440	- 62	69
Corporate Banking & Securities	10.594	9.519	8.743
Private & Business Clients	5.837	5.893	5.817
Global Transaction Banking	2.133	2.205	1.940
Deutsche Asset & Wealth Management	1.615	1.500	1.550
Non-Core Operations Unit	- 631	- 612	176
Consolidation & Adjustments	176	65	423
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.723	18.570	18.651

¹ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

² Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Die obige Tabelle Summe, wird die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

ten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs CB&S nach Produkten untergliedert.

06 – Provisionsüberschuss

in Mio €	2015	2014	2013
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	16.412	15.746	15.252
Provisionsaufwand	3.647	3.337	2.943
Provisionsüberschuss	12.765	12.409	12.308

in Mio €	2015	2014	2013
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	4.480	3.745	3.646
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	4.134	4.033	3.920
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	4.151	4.632	4.742
Provisionsüberschuss	12.765	12.409	12.308

07 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

in Mio €	2015	2014	2013
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	48	153	321
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	58	144	319
Wertminderungen	– 10	9	2
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	104	109	77
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen/Neubewertungen	156	121	92
Wertminderungen	– 52	– 12	– 15
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	52	– 9	6
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	83	16	33
Wertminderungen	– 31	– 25	– 27
Wertaufholungen	0	0	0
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	1	– 12	– 12
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	14	9	9
Wertminderungen	– 13	– 21	– 21
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	203	242	394

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 16 „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ verwiesen.

08 – Sonstige Erträge

in Mio €	2015	2014	2013
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	40	57	23
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	– 18	5	– 3
Gewinne/Verluste (–) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	– 24	18	4
Gewinne/Verluste (–) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	237	– 2	288
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	108	141	190
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen für eine Bilanzierung als Sicherungsgeschäft erfüllen	– 910	– 1.349	– 1.227
Konsolidierte Beteiligungen	470	949	881
Übrige sonstige Erträge	763	290	37
Sonstige Erträge insgesamt	669	108	193

¹ Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

09 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2015	2014	2013
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	3.664	3.333	3.074
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.944	1.978	2.073
Aufwendungen für Beratungsleistungen	2.283	2.029	1.772
Kommunikation und Datenadministration	807	725	706
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	505	521	516
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen	598	660	743
Marketingaufwendungen	294	293	294
Konsolidierte Beteiligungen	406	811	797
Sonstige Aufwendungen ¹	8.129	4.305	5.151
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	18.632	14.654	15.126

¹ Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 5,2 Mrd € in 2015, von 1,6 Mrd € in 2014 und von 3,0 Mrd € in 2013. Für nähere Informationen zu Rechtsstreitigkeiten siehe Anhangangabe 29 „Rückstellungen“.

10 – Restrukturierung

Restrukturierung beinhaltet Teile des Operational Excellence-Programms des Konzerns, welches Ende 2015 endete. Zusätzlich umfasst Restrukturierung auch Teile der neuen Initiative Strategie 2020, die im Jahr 2015 angekündigt wurde. Die Strategie 2020 beinhaltet die Neupositionierung des Investment Banking, die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts, Straffung der regionalen Präsenz sowie die Transformation des operativen Modells mit dem Ziel, Nettoeinsparungen von 1 – 1,5 Mrd € bis zum Jahr 2018 zu realisieren.

Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen. Im Jahr 2015 sind Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 710 Mio € (2014: 133 Mio €) angefallen, davon entfielen 616 Mio € auf die Initiative Strategie 2020, maßgeblich durch den Bereich Private & Business Clients.

in Mio €	2015	2014	2013
Corporate Banking & Securities	- 124	- 112	- 130
Private & Business Clients	- 587	- 9	- 22
Global Transaction Banking	- 3	- 10	- 54
Deutsche Asset & Wealth Management	4	3	- 170
Non-Core Operations Unit	1	- 4	- 25
Infrastructure/Regional Management	0	0	0
Consolidation & Adjustments	0	0	0
Restrukturierungsaufwand insgesamt	- 710	- 133	- 399

in Mio €	2015	2014	2013
Restrukturierungsaufwand – Personalaufwand	- 663	- 124	- 364
davon:			
Abfindungsleistungen	- 602	- 94	- 287
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	- 61	- 29	- 72
Sozialversicherung	- 0	- 1	- 4
Restrukturierungsaufwand – Sachaufwand	- 46	- 9	- 35
Restrukturierungsaufwand insgesamt	- 710	- 133	- 399

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen zum 31. Dezember 2015 651 Mio € (31. Dezember 2014: 120 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellungen wird voraussichtlich in den nächsten drei Jahren verbraucht werden.

Im Laufe des Jahres 2015 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften um 662 (2014: 1.371) durch Restrukturierungsmaßnahmen reduziert.

Mitarbeiter	2015	2014
Corporate Banking & Securities	186	319
Private & Business Clients	126	92
Global Transaction Banking	51	157
Deutsche Asset & Wealth Management	37	207
Non-Core Operations Unit	1	11
Infrastructure/Regional Management	261	585
Mitarbeiter insgesamt	662	1.371

11 – Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, die durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Berechnung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie

in Mio €	2015	2014	2013
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	- 7.022¹	1.663	666
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	0	0	0
wandelbaren Schuldtiteln	0	0	0
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	- 7.022¹	1.663	666
Anzahl der Aktien in Millionen			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	1.387,9	1.241,9	1.045,4
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,0	0,0
Aktioptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	0,0	0,0
wandelbaren Schuldtiteln	0,0	0,0	0,0
gewährten Aktienrechten	0,0	27,6	27,8
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,0	0,0	0,0
Potenziell verwässernde Stammaktien	0,0	27,6	27,8
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	1.387,9	1.269,5	1.073,2

¹ Im Zusammenhang mit den im April 2015 gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis um 228 Mio € nach Steuern angepasst.

Ergebnis je Aktie

in €	2015	2014	2013
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	- 5,06	1,34	0,64
Ergebnis je Aktie (verwässert)	- 5,06	1,31	0,62

Am 25. Juni 2014 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung mit der Ausgabe von Bezugsrechten ab. Da der Bezugspreis der neuen Aktien unterhalb des Marktpreises der bestehenden Aktien lag, beinhaltet die Kapitalerhöhung eine Bonuskomponente. Gemäß IAS 33 ergibt sich diese Bonuskomponente aus einer impliziten Veränderung der ausstehenden Aktien für alle Perioden vor der Kapitalerhöhung, ohne dass es zu einer proportionalen Änderung der Ressourcen kam. Infolgedessen wurden die durchschnittlich ausstehenden Aktien für alle Berichtsperioden rückwirkend angepasst.

Aufgrund der Verlustsituation im Jahr 2015 werden potenziell verwässernde Aktien grundsätzlich nicht für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie berücksichtigt, da diese nach angenommener Wandlung den Nettoverlust je Aktie verringern würden.

Ausstehende Instrumente, die bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt wurden¹

Anzahl der Aktien in Mio	2015	2014	2013
Terminkäufe	0,0	0,0	0,0
Wandelbare Schuldtitel	0,0	0,0	0,0
Geschriebene Verkaufsoptionen	0,0	0,0	0,0
Geschriebene Kaufoptionen	0,0	0,0	0,0
Aktioptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	0,1	0,2
Gewährte Aktienrechte	52,5	0,0	0,0

¹ Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anhangangaben zur Bilanz

12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Als zu Handelszwecken gehalten klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	179.256	177.639
Sonstige Handelsaktiva ¹	16.779	18.041
Handelsaktiva insgesamt	196.035	195.681
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	515.594	629.958
Als zu Handelszwecken gehalten klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	711.630	825.639
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	51.073	60.473
Forderungen aus Wertpapierleihen	21.489	20.404
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.451	15.331
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	24.240	21.078
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	109.253	117.285
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	820.883	942.924

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 15,5 Mrd € zum 31.12.2015 (2014: 16,7 Mrd €).

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Als zu Handelszwecken gehalten klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva:		
Wertpapiere	51.326	41.112
Sonstige Handelspassiva	977	731
Handelspassiva insgesamt	52.303	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	494.076	610.202
Als zu Handelszwecken gehalten klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	546.380	652.045
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	31.637	21.053
Kreditzusagen	79	99
Langfristige Verbindlichkeiten	8.710	9.919
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4.425	6.061
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	44.852	37.131
Investmentverträge ¹	8.522	8.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	599.754	697.699

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Nähere Informationen zu diesen Verträgen werden in Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ dargestellt.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern hat verschiedene Kreditbeziehungen zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem beizulegenden Zeitwert. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 85 Mrd € (2014: 96 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko, in erster Linie zu einem Kontrahentenrisiko, führen.

Das Kreditrisiko aus den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert. Die Bewertung der Instrumente berücksichtigt die Kreditverbesserung durch die erhaltene Sicherheit. Dadurch ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ.

Veränderung im beizulegenden Zeitwert der Kredite¹ und Kreditzusagen, die der Änderung des Kontrahentenrisikos zuzurechnen ist²

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
Nominalwert von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen, die Kreditrisiken ausgesetzt sind	4.455	8.604	5.146	15.393
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	-0	-46	3	43
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ³	9	29	14	470
Nominalwert der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden	257	4.203	417	8.152
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	-2	1	-1	-19
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ³	-4	-154	-3	-257

¹ Bei überbesicherten Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind aufgrund der Veränderungen des Kontrahentenrisikos keine wesentlichen Bewertungsänderungen innerhalb des Jahres oder kumulativ zu verzeichnen.

² Bestimmt mit einem Bewertungsmodell, das die Auswirkungen des Marktrisikos auf den beizulegenden Zeitwert ausschließt.

³ Die Veränderungen sind den Forderungen aus dem Kreditgeschäft und den Kreditzusagen zuzuordnen, die am Berichtsstichtag im Bestand waren. Diese können von denen abweichen, die in der Vorperiode gehalten wurden. Die Vorjahreswerte wurden nicht angepasst, um die Veränderungen der zugrunde liegenden Portfolios darzustellen.

Auf das Kreditrisiko des Konzerns zurückzuführende Bewertungsänderungen der finanziellen Verpflichtungen¹

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014 ²
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	-78	45
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	71	202

¹ Der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die Bewertungsänderungen von finanziellen Verpflichtungen, die durch konsolidierte Zweckgesellschaften begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen Zweckgesellschaft gehaltenen Sicherheit.

² In 2015 wurden die Vorjahreswerte angepasst (Erhöhung der jährlichen und der kumulativen Veränderung des beizulegenden Zeitwerts um jeweils 68 Mio €).

Der den Buchwert der finanziellen Verpflichtungen übersteigende vertraglich vereinbarte Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit¹

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Einschließlich nicht gezogener Kreditzusagen ²	10.513	18.261
Ohne nicht gezogene Kreditzusagen	2.203	1.621

¹ Es wird unterstellt, dass die Verpflichtung zum frühestmöglichen vertraglich vereinbarten Fälligkeitstag, an dem der Konzern zur Zahlung verpflichtet werden kann, zurückgezahlt wird. Da der zahlbare Betrag nicht festgelegt ist, wird er am Bilanzstichtag mit Referenz auf aktuelle Konditionen bestimmt.

² Die vertraglich vereinbarten Zahlungsströme für nicht gezogene Kreditzusagen unterstellen eine volle Ziehung der Fälligkeit.

13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in den Jahren 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte nach Art des Vermögenswerts

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.382	1.346	1.983	2.124
Schuldverschreibungen	396	405	1.067	1.160
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	916	857	1.146	888
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	2.695	2.608	4.197	4.171
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.540	1.470	1.782	1.743
Schuldverschreibungen	168	179	1.378	1.493
Summe der Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	1.708	1.648	3.160	3.236
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	4.403¹	4.256	7.357	7.408

¹ Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte in der obigen Tabelle existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte von Derivaten, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktinsänderungen, genutzt werden. Der Effekt führte zu einem Rückgang der Buchwerte um 3 Mio € zum 31. Dezember 2015 (31. Dezember 2014: Erhöhung um 86 Mio €).

Alle umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte werden in der NCOU verwaltet. Diese trifft Verkaufsentscheidungen über dieses Portfolio entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen. Im Geschäftsjahr 2015 verkaufte der Konzern umgewidmete finanzielle Vermögenswerte mit einem Buchwert von 2,9 Mrd €. Dies führte zu einem Nettogewinn von 0,3 Mrd € auf verkaufte Positionen.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert von Vermögenswerten, die zuvor als „Handelsaktiva“ klassifiziert waren, aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 0,3 Mrd €. Der Buchwert der Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet worden waren, reduzierte sich aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 0,1 Mrd €.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmung stattgefunden hätte

in Mio €	2015	2014	2013
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	141	342	245
Wertminderung (-)/Wertaufholung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	12	- 6	9
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	- 32	137	130

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte

in Mio €	2015	2014	2013
Zinserträge	127	161	272
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	28	-40	-348
Sonstige Erträge ¹	199	5	-141
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	353	126	-217
Zinserträge	54	97	96
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	16	-13	-25
Sonstige Erträge ¹	72	0	-66
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	142	84	5

¹ Gewinne beziehungsweise Verluste aus dem Verkauf von umgewidmeten Vermögenswerten.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanz-kategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die bereinigte Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann IFRS Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von umgewidmeten Vermögenswerten in den Jahren 2008 und 2009

in Mio €	31.12.2015			31.12.2014		
	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ Verluste (-)	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ Verluste (-)
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	405	423	19	2.302	2.503	201
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	1.456	1.478	22	1.464	1.529	65
CDO/CLO	534	498	-36	717	689	-28
Pfandbriefe	298	234	-64	893	987	95
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	175	176	1	187	192	5
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	92	93	1	83	92	9
Andere ¹	529	498	-31	566	528	-38
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	3.487	3.400	-88	6.211	6.520	309
Umgewidmete Forderungen aus Kreditgeschäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	56	54	-1	227	226	0
Wohn-Hypothekendarlehen	810	753	-57	871	616	-255
Andere	50	49	-1	49	46	-3
Summe Umgewidmete Forderungen aus Kreditgeschäft	916	857	-59	1.146	888	-259
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	4.403	4.256	-147	7.357	7.408	51

¹ Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbrieft Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Verbriefungen und durch Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere

Kommunalanleihen – Der beizulegende Zeitwert US-amerikanischer Kommunalanleihen liegt über dem Buchwert, da es sich vorwiegend um festverzinsliche Instrumente handelt, deren Zinssätze seit der Umwidmung gesunken sind. Der Buchwert verringerte sich im Wesentlichen aufgrund von Verkäufen in Höhe von 2 Mrd €.

CDO/CLO – Ein diversifiziertes Portfolio mit einer Vielzahl von Vermögenswerten und Tranchen von Verbriefungen. Die Differenz zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert resultiert aus zahlreichen Faktoren. Zu diesen gehören die Liquidität und die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, basierend auf Markterwartungen in Bezug auf erwartete Kreditausfälle über die Gesamtlaufzeit im Vergleich zu der Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten auf der Grundlage eingetretener Kreditausfälle. Die wesentliche Veränderung des Buchwerts ist auf Kapitalrückzahlungen in Höhe von 0,2 Mrd € in der Periode zurückzuführen.

Pfandbriefe – Der verbleibende Betrag resultiert aus Engagements gegenüber staatlichen Emittenten in Spanien. Der Rückgang des Buchwerts resultiert vorwiegend aus Verkäufen in Höhe von 0,6 Mrd €.

Durch Studienkredite besicherte Wertpapiere – Der Buchwert verringerte sich im Wesentlichen aufgrund von Verkäufen, was teilweise durch Wechselkursveränderungen ausgeglichen wurde.

Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere – Der Rückgang des Buchwertes ist im Wesentlichen auf Verkäufe und Kapitalrückzahlungen zurückzuführen.

Andere – Der Rückgang des Buchwertes resultierte im Wesentlichen aus Rückzahlungen, welche durch Wechselkursveränderungen ausgeglichen wurden.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Gewerbliche Hypothekendarlehen – Der Buchwert veränderte sich im Wesentlichen aufgrund von Kapitalrückzahlungen im Berichtszeitraum um 0,1 Mrd €.

Wohn-Hypothekendarlehen – Diese Kategorie umfasst Wohnimmobilien in Großbritannien, Italien, Spanien und Deutschland. Die Differenz zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert hat sich aufgrund von Preistransparenz des Fair Value gegenüber dem Vorjahr verringert.

14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt im Rahmen des Bewertungsprozesses über ein etabliertes Kontrollsystem, das sich aus internen Kontrollstandards, -methoden und -verfahren zusammensetzt.

In aktiven Märkten notierte Preise – Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, soweit diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren – Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Verwendung indikativer Preisangaben ähnlicher Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und weniger häufigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Börsenkurs oder der Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie DCF-Verfahren und gängige Optionspreismodelle verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder spezifische

Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken benötigt, die auf Annahmen und komplexeren Parametern wie Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten oder die Höhe der Verluste beruhen.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen oder werden aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten, wirtschaftlichen Eckdaten sowie wissenschaftlichen Informationen, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen – Wertanpassungen sind integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität, Kontrahentenrisiko, eigenes Kredit- oder Finanzierungsrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen aufgrund von Geld-/Briefspannen sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den beizulegenden Zeitwert für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen beizulegendem Zeitwert. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden üblicherweise auf Portfoliobasis gesteuert und, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind, werden Wertanpassungen vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich einzelner Markt- und Kontrahentenrisiken zu reflektieren. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wenn komplexe Bewertungsmodelle genutzt oder weniger liquide Positionen bewertet werden, sind Geld-/Briefspannen für diese Positionen möglicherweise nicht direkt am Markt verfügbar. Deshalb müssen die Abschlusskosten dieser Geschäfte sowie deren Modelle und Parameter geschätzt werden. Wenn diese Anpassungen festgelegt werden, untersucht der Konzern die Bewertungsrisiken, die mit dem Modell und den Positionen verbunden sind. Die resultierenden Wertanpassungen werden regelmäßig überprüft.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken (Credit Valuation Adjustment, CVA) sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik für das Erfüllungsrisiko des Kontrahenten nicht bereits enthalten ist. Der Betrag der Wertanpassung bezüglich Kontrahentenrisiken wird auf alle relevanten außerbörslichen Derivate angewandt und durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber bestimmten Kontrahenten unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, des Effekts von relevanten Nettingarrangements, des erwarteten Ausfallrisikos (Loss Given Default) und der Ausfallwahrscheinlichkeit auf der Grundlage von verfügbaren Marktinformationen inklusive CDS (Credit Default Swap) Spreads bestimmt. Sollten Kontrahenten-CDS-Spreads nicht verfügbar sein, werden Näherungswerte verwendet.

Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen des Konzerns (beispielsweise Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) bezieht Wertanpassungen bei Forderungen (Debt Valuation Adjustment, DVA) zur Messung die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung mit ein. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem er diese Bonität dem potenziellen künftigen Risiko aller Kontrahenten gegenüberstellt. Dabei werden vom Konzern bereitgestellte Sicherheiten, der Effekt von maßgeblichen Nettingverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und die Ausfallwahrscheinlichkeit des Konzerns auf Basis von CDS-Marktpreisen berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen

Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem vergleichbare Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden, da dies den Wert aus der Perspektive eines Marktteilnehmers reflektiert, der die identische Schuldverschreibung als Anlage hält.

Bei der Bestimmung von Wertanpassungen bezüglich des Kontrahentenrisikos und Bewertungsanpassungen bei Forderungen können sich zusätzliche Wertanpassungen bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts ergeben. Diese sind nötig, sofern der zu erwartende Ausfall eines einzelnen Geschäfts oder das betrachtete Bonitätsrisiko in seiner Beschaffenheit von verfügbaren CDS-Instrumenten abweicht.

Refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Bewertung der derivativen Positionen zum beizulegenden Zeitwert zu berücksichtigen. Die refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen spiegeln die diskontierten Spreads, die bei unbesicherten und teilweise besicherten Derivaten angerechnet werden, wider und werden ermittelt, indem vom Markt implizierte Finanzierungskosten für Forderungen und Verbindlichkeiten geschätzt werden.

Bei Unsicherheiten der im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugleichen. Solche Transaktionen haben typischerweise keine regelmäßig beobachtbaren Geld-/Briefspannen und die Anpassungen dienen der Schätzung der Geld-/Briefspannen durch Kalkulation der zur Transaktion gehörigen Liquiditätsprämie. Sofern ein Finanzinstrument so komplex ist, dass die Kosten für die Auflösung dieser Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um dies zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle – Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen festzulegen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für alle Geschäftsbereiche durchzuführen, die Bewertungskontrollmethoden und -techniken sowie das Ausarbeiten und die Steuerung des formellen Rahmenwerks der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Besondere Aufmerksamkeit legt das unabhängige Spezialistenteam auf solche Bewertungen, bei denen Einschätzungen durch das Management Teil der Bewertungsprozesse sind.

Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges, für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für einzelne Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlichen Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität des resultierenden beizulegenden Zeitwerts zu beurteilen und denen, die größere Bewertungssicherheit und Relevanz bereitstellen, mehr Gewichtung zu verleihen. Die Ergebnisse werden, sofern möglich, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Preise und Eingangsparameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, wird der Schätzwert des beizulegenden Zeitwerts mittels geeigneter Verfahren auf seine Angemessenheit überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle (einschließlich existierender Modelle, die unabhängig nachkalibriert wurden), die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ergeben, die Marktpreisen entspricht.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Instrument ist.

Hierzu zählen Staatsanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige CDS, eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligation, „CDO“) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, einige Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.12.2015			31.12.2014		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	90.031	93.253	12.751	82.020	100.505	13.155
Wertpapiere des Handelsbestands	89.718	82.869	6.669	81.789	86.894	8.957
Sonstige Handelsaktiva	313	10.384	6.082	232	13.611	4.198
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.629	500.520	9.445	5.439	614.960	9.559
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	18.024	86.751	4.478	8.826	104.307	4.152
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	43.260	25.449	4.874	36.272	23.597	4.427
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	3.136 ²	0	0	4.335 ²	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	156.943	709.109	31.549	132.558	847.705	31.294
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelspassiva	40.185	12.102	18	25.290	16.510	43
Wertpapiere des Handelsbestands	40.154	11.155	18	25.244	15.826	43
Sonstige Handelspassiva	30	947	0	46	685	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.528	480.668	7.879	5.890	597.759	6.553
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2	41.797	3.053	2	34.763	2.366
Investmentverträge ³	0	8.522	0	0	8.523	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	6.492 ²	- 1.146 ⁴	0	5.561 ²	- 552 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	45.715	549.581	9.805	31.181	663.117	8.410

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

In 2015 gab es, basierend auf liquiditätsbezogenen Prüfverfahren, Umklassifizierungen in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts von Level 2 in Level 1 bei den Wertpapieren des Handelsbestands (8 Mrd € auf der Passivseite). Zusätzlich wurden 10 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte aufgrund der Umgliederung eines Treasury Portfolios von Level 2 in Level 1 transferiert.

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchen-üblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Markttrefferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Die Abnahme im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf eine Kombination aus Verkäufen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten kundenspezifische Derivate forderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Der Rückgang der Aktiva im Berichtszeitraum wurde sowohl von Abwicklungen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente verursacht. Der Anstieg der Passiva bezieht sich im Wesentlichen auf Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Anstieg des Bestands im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf Käufe und Emissionen neuer Vermögenswerte zurückzuführen.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Der Anstieg der Aktiva und Passiva im Berichtszeitraum ist im Wesentlichen auf Neuemissionen zurückzuführen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Der Anstieg der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruhte hauptsächlich auf Käufen.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

31.12.2015

in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emis- sionen ²	Abwick- lungen ³	Umwid- mung in Level 3 ⁴	Umwid- mung aus Level 3 ⁴	Bestand am Jahres- ende
Zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	8.957	0	512	1.844	-2.432	0	-1.007	766	-1.971	6.669
Positive Marktwerte aus derivativen										
Finanzinstrumenten	9.559	-0	539	0	0	0	-1.363	1.683	-973	9.445
Sonstige Handelsaktiva	4.198	0	413	2.527	-1.507	1.264	-1.461	970	-321	6.082
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4.152	0	234	467	-36	1.172	-1.227	239	-523	4.478
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.427	-0	439 ⁵	1.058	-254	0	-1.183	469	-82	4.874
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögens- werte insgesamt	31.294	-0	2.136^{6,7}	5.896	-4.230	2.436	-6.240	4.126	-3.869	31.549
Zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	43	0	5	0	0	0	9	0	-39	18
Negative Marktwerte aus derivativen										
Finanzinstrumenten	6.553	0	716	0	0	0	-487	1.904	-807	7.879
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.366	0	196	0	0	1.249	-692	155	-221	3.053
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-552	0	-352	0	0	0	-65	-177	0	-1.146
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflich- tungen insgesamt	8.410	0	564^{6,7}	0	0	1.249	-1.234	1.882	-1.067	9.805

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Jahresverlauf zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 92 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Verlust von 13 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 524 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Verlust von 161 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

31.12.2014										
in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emis- sionen ²	Abwick- lungen ³	Umwid- mung in Level 3 ⁴	Umwid- mung aus Level 3 ⁴	Bestand am Jahres- ende
Zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Vermögenswerte:										
Wertpapiere des										
Handelsbestands	6.960	0	738	3.567	-2.081	0	-597	2.175	-1.804	8.957
Positive Marktwerte aus										
derivativen										
Finanzinstrumenten	10.556	0	740	0	0	0	-1.250	1.167	-1.654	9.559
Sonstige Handelsaktiva	5.065	0	-43	1.642	-2.167	778	-845	943	-1.173	4.198
Zum Zeitwert										
klassifizierte finanzielle										
Vermögenswerte										
3.123	0	266	265	-5	2.175	-1.802	192	-61	4.152	
Zur Veräußerung										
verfügbare finanzielle										
Vermögenswerte										
3.329	-0	533 ⁵	1.901	-406	0	-1.234	432	-126	4.427	
Sonstige zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Vermögenswerte ⁶										
1	-1	0	0	0	0	-0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete										
finanzielle Vermögens-										
werte insgesamt										
29.033	-1	2.233^{7,8}	7.373	-4.659	2.953	-5.727	4.908	-4.819	31.294	
Zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Verpflichtungen:										
Wertpapiere des										
Handelsbestands	24	0	2	0	0	0	-5	40	-18	43
Negative Marktwerte aus										
derivativen										
Finanzinstrumenten	8.321	0	490	0	0	0	-1.434	1.196	-2.019	6.553
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	-0	0
Zum Zeitwert										
klassifizierte finanzielle										
Verpflichtungen										
1.442	0	-53	0	0	557	-221	882	-241	2.366	
Sonstige zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Verpflichtungen										
-247	0	-69	0	0	0	-207	63	-93	-552	
Zum Zeitwert bewertete										
finanzielle Verpflich-										
tungen insgesamt										
9.539	0	371^{7,8}	0	0	557	-1.867	2.182	-2.371	8.410	

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Jahresverlauf zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 144 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 31 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Betrifft zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen hinsichtlich der BHF-Bank.

⁷ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 585 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 128 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁸ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2015 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 2,1 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 1,5 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2014 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 3,3 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 2,9 Mrd € gesunken.

Während des dritten Quartals 2015 wurde die Bewertungsschätzung für die Sensitivitätsanalyse nicht beobachtbarer Eingangsparameter verbessert. Durch Anwendung einer ausgereifteren Methode, die im Einklang mit dem sich entwickelnden marktüblichen Vorgehen ist, sollen Bewertungsunsicherheiten bei Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie widergespiegelt werden. Die Veränderungen der Beträge in der Sensitivitätsanalyse vom 31. Dezember 2014 bis 31. Dezember 2015 sind hauptsächlich auf Schätzungsänderungen und weniger auf wesentliche Veränderungen der Finanzinstrumente der Level-3-Kategorie oder des Risikoprofils zurückzuführen. Gleichzeitig mit der verbesserten Schätzung und um besser widerspiegeln zu können, wie Risiken bewertet werden, wurden die Sensitivitätsschätzungen nicht beobachtbarer Eingangsparameter von Schuldtiteln staatlicher und quasistaatlicher Emittenten sowie von Unternehmensschuldtiteln und anderer Schuldtiteln zusammengefasst. Die Sensitivität bezogen auf diese beiden zusammengefassten Einzelpositionen ist unter Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente angegeben.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Wertpapiere:				
Schuldtitle	212	158	833	725
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	12	11	57	47
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	38	31	235	229
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	161	116	541	449
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	179	105	124	224
Derivate:				
Kreditderivate	489	627	432	457
Aktienderivate	183	131	157	115
Zinsderivate	364	147	392	184
Wechselkursderivate	17	13	4	2
Sonstige	161	100	75	74
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	539	261	1.175	988
Kreditzusagen	0	0	6	5
Sonstige	0	0	79	79
Insgesamt	2.144	1.542	3.277	2.854

¹ Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquider Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum refe-

renzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheinhaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden,
und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

31.12.2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermö- gens- werte	Verbind- lichkei- ten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewie- sene Finanzinstrumente – Handelsbe- stand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögen- swerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	224	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 370	105 % 1.500
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	1.891	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 32 0 % 0 % 0 %	111 % 2.000 100 % 24 % 51 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.115	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	4.721	1.654	Kursverfahren	Kurs	0 %	230 %
Handelsbestand	4.229	18	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	9	984
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuld- instrumente	4.229					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	330					
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Verpflichtungen	163	1.636				
Eigenkapitaltitel	1.248	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	70 % 1	100 % 18
Handelsbestand	325	0				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	901		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	12 %
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Verpflichtungen	21					
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.626	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	146 %
Handelsbestand	6.076	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	103	2.787
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Vermögenswerte: Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.672			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Kreditzusagen	0	84	DCF-Verfahren	Erlösquote Bonitätsaufschlag (Bp.)	10 % 5	82 % 1.257
			Kreditpreismodell	Erlösquote Ausnutzungsgrad	20 % 0 %	75 % 100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.394 ²	1.333 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo rate (Bp.)	4 % 125	24 % 277
Zum beizulegenden Zeitwert ausge- wiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	22.104	3.071				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 6 Mio € sonstige Handelsaktiva, 623 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 765 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,2 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 84 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene						
Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.775	2.337	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	-20	915
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	6 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	19 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	9 %	176 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-25 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten		
				hybrider Kapitalinstrumente	-70 %	99 %
Kreditderivate	2.626	1.771	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	3	8.526
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	89 %
Aktienderivate	695	1.402	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	9 %	89 %
				Indexvolatilität	12 %	85 %
				Korrelation zwischen Indizes	45 %	93 %
				Korrelation zwischen Aktien	5 %	93 %
Devisenderivate	1.613	1.604	Optionspreismodell	Volatilität	2 %	24 %
Sonstige Derivate	736	-380 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	-	-
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	36 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	-21 %	90 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivate						
Finanzinstrumente insgesamt	9.445	6.733				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

31.12.2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögen s- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere						
	342	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 246	106 % 1.375
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere						
	2.342	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 72 0 % 0 % 0 %	184 % 1.648 97 % 13 % 22 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt						
	2.684	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitel						
	5.936	1.202	Kursverfahren	Kurs	0 %	286 %
Handelsbestand						
	5.477	43	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	32	1.629
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten						
	835					
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel						
	4.643					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	459					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	0	1.159				
Eigenkapitaltitel						
	1.719	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	49 % 1	100 % 18
Handelsbestand						
	795	0				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	895		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	6 %	13 %
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	29					
Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
	10.648	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	137 %
Handelsbestand						
	4.148	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	95	3.040
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:						
	3.719			Konstante Ausfallrate	2 %	21 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	2.781			Erlösquote	0 %	67 %
Kreditzusagen						
	0	87	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote	115 20 %	1.000 80 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen						
	748 ²	1.121 ³	DCF-Verfahren	IRR	2 %	24 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt						
	21.735	2.409				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 50 Mio € sonstige Handelsaktiva, 405 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 293 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 104 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2014

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten			
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene					
Finanzinstrumente:					
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:					
Zinsderivate	3.324	2.211	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	42 2.418
				Zinssatz bei Inflationsswaps	-1 % 8 %
				Konstante Ausfallrate	2 % 27 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 % 21 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 % 8 %
				Zinsvolatilität	1 % 101 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-2 % 100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten	
				hybrider Kapitalinstrumente	-70 % 95 %
Kreditderivate	3.586	1.921	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	155 9.480
				Erlösquote	0 % 100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 % 96 %
Aktienderivate	1.118	1.258	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	8 % 84 %
				Indexvolatilität	8 % 99 %
				Korrelation zwischen Indizes	48 % 98 %
				Korrelation zwischen Aktien	9 % 95 %
Devisenderivate	264	242	Optionspreismodell	Volatilität	6 % 26 %
Sonstige Derivate	1.267	368 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	44 1.500
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 % 138 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	-30 % 60 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivate					
Finanzinstrumente insgesamt	9.559	6.001			

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus der am Bilanzstichtag gehaltenen, originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	378	617
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	658	951
Sonstige Handelsaktiva	42	-251
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	156	147
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	47	190
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.282	1.652
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	-0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-967	-787
Sonstige Handelspassiva	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-134	-48
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	384	46
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	-717	-789
Insgesamt	565	864

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne im Jahresverlauf, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2015	2014
Bestand am Jahresanfang	973	796
Neue Geschäfte während der Periode	493	650
Abschreibung	-365	-251
Ausgelaufene Geschäfte	-137	-173
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	-14	-67
Wechselkursveränderungen	5	18
Bestand am Jahresende	955	973

15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Die Bewertungstechniken, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, und die jeweilige Kategorisierung der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts, entsprechen jenen, die in der Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ aufgeführt sind.

Wie in der Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in der Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe

kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente nicht gehandelt werden.

Kurzfristige Finanzinstrumente – Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des beizulegenden Zeitwerts für die folgenden Finanzinstrumente dar, die überwiegend kurzfristig sind:

Aktiva	Passiva
Barreserven und Zentralbankeinlagen	Einlagen
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der beizulegende Zeitwert durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Der beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung von DCF-Verfahren ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen in Anspruch genommenen Beträge berücksichtigen. Die Parameter Bonitätsrisiko, Ausfallrisiko und Inanspruchnahme zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und geeignet, anhand von Informationen aus dem betreffenden Kreditvertrag oder den CDS-Märkten ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl homogener Kredite (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der beizulegende Zeitwert auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Zahlungsströme unter Verwendung aktueller Zinssätze der Bank für diese Kreditprodukte berechnet. Bei vergleichbaren Kreditportfolios für Privatkunden außerhalb Deutschlands wird der beizulegende Zeitwert durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme des zugrunde liegenden Portfolios unter Verwendung risikoloser Zinssätze kalkuliert; der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem die Kredite mithilfe der Zinssätze abgezinst werden, zu denen ähnliche Kredite zum Bilanzstichtag begeben werden könnten. Für andere Kreditportfolios wird der Barwert ermittelt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung. Der beizulegende Zeitwert von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Loan-Obligation-(CLO-)Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entlehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere – Der beizulegende Zeitwert wird im Rahmen der Bewertung durch Abzinsung zukünftiger Zahlungsströme unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten. Diese Produkte sind typischerweise kurzfristig und hoch besichert, weshalb der beizulegende Zeitwert sich regelmäßig nicht signifikant vom Buchwert unterscheidet.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – Sofern verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Zahlungsströme mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem Instrumente mit ähnlichen Eigenschaften am Bilanzstichtag hätten emittiert werden können.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

31.12.2015					
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten (Level 1)	Bewertungs- verfahren mit beobachtbaren Parametern (Level 2)	Bewertungs- verfahren mit nicht- beobachtbaren Parametern (Level 3)
Finanzaktiva:					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	96.940	96.940	96.940	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	12.842	12.842	1.540	11.302	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	22.456	22.456	0	22.456	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	33.557	33.557	0	33.557	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.749	426.365	0	30.040	396.325
Sonstige Finanzaktiva	101.901	101.868	0	101.868	0
Finanzpassiva:					
Einlagen	566.974	566.652	3.638	563.014	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	9.803	9.803	0	9.803	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.270	3.270	0	3.270	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	28.010	28.003	0	28.000	3
Sonstige Finanzpassiva	149.994	149.994	1.106	148.888	0
Langfristige Verbindlichkeiten	160.016	160.065	0	152.297	7.768
Hybride Kapitalinstrumente	7.020	7.516	0	7.087	430

31.12.2014					
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten (Level 1)	Bewertungs- verfahren mit beobachtbaren Parametern (Level 2)	Bewertungs- verfahren mit nicht- beobachtbaren Parametern (Level 3)
Finanzaktiva:					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	74.482	74.482	74.482	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	9.090	9.090	0	9.090	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.796	17.796	0	17.796	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.834	25.834	0	25.834	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.612	410.769	0	29.786	380.983
Sonstige Finanzaktiva	120.838	120.827	0	120.820	7
Finanzpassiva:					
Einlagen	532.931	532.581	2.754	529.826	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	10.887	10.887	0	10.887	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.339	2.339	0	2.339	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.931	42.929	0	42.825	105
Sonstige Finanzpassiva	159.930	159.930	2.575	157.300	55
Langfristige Verbindlichkeiten	144.837	146.215	0	135.016	11.199
Hybride Kapitalinstrumente	10.573	12.251	0	11.075	1.176

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und - einschätzungen“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert beruht im Wesentlichen aus einem Anstieg der erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität bei der impliziten Marktpreisbildung seit der erstmaligen Bilanzierung. Diese Rückgänge in den beizulegenden Zeitwerten werden durch einen Anstieg des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert resultiert aus der Veränderung der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können.

16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	18.042	14.370
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	2.890	235
US-Kommunalbehörden	3.103	2.777
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	34.123	31.805
Unternehmen	8.922	8.512
Sonstige Asset Backed Securities	588	646
Mortgage Backed Securities einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	28	236
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	570	551
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	68.266	59.132
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	1.166	1.184
Investmentanteile	75	99
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	1.241	1.283
Sonstiger Anteilsbesitz	974	976
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.102	2.906
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	73.583	64.297

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 7 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ dieses Berichts verwiesen.

17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert.

Der Konzern hält Anteile an 91 assoziierten Unternehmen (2014: 116) und 15 gemeinschaftlich geführten Unternehmen (2014: 15). Nachfolgend der Umklassifizierung des assoziierten Unternehmens Hua Xia Bank Company Limited per 28. Dezember 2015 als Zum Verkauf bestimmter langfristiger Vermögenswert gibt es keine weiteren Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen, die für den Konzern von wesentlicher Bedeutung sind. Weitere Informationen zur Umklassifizierung der Hua Xia Bank Company Limited können in der Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ gefunden werden.

Zusammengefasste Finanzinformationen zu den einzeln betrachtet unwesentlichen Anteilen des Konzerns an gemeinschaftlich geführten Unternehmen und assoziierten Unternehmen

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Summe der Beteiligungsbuchwerte der einzeln betrachtet unwesentlichen Beteiligungen	1.013	999
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	177	130
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0
Summe der Anteile des Konzerns am sonstigen Ergebnis	4	3
Summe der Anteile des Konzerns am Gesamtergebnis	181	133

18 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

in Mio €	31.12. 2015						Nettobetrag
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz-instrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinzahlungen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	21.309	- 5.174	16.135	0	0	- 16.127	8
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinzahlungen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	6.321	0	6.321	0	0	- 5.910	411
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	13.956	0	13.956	0	0	- 13.448	508
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.601	0	19.601	0	0	- 18.583	1.018
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.478	- 442	196.035	0	- 12	- 592	195.431
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	612.412	- 113.977	498.435	- 407.171	- 55.896	- 13.218	22.150
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	17.159	0	17.159	0	0	0	17.159
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	86.596	- 30.801	55.796	- 2.146	- 1.167	- 44.437	8.045
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	53.457	0	53.457	0	0	- 28.793	24.664
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	966.102	- 145.219	820.883	- 409.317	- 57.075	- 87.041	267.449
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.768	- 19	427.749	0	- 14.296	- 49.117	364.335
Sonstige Aktiva	134.742	- 16.605	118.137	- 58.478	- 7	0	59.652
Davon: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.272	- 5.137	3.136	- 2.461	0	0	674
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	206.348	0	206.348	0	- 555	- 549	205.245
Summe der Aktiva	1.796.146	- 167.016	1.629.130	- 467.795	- 71.933	- 190.775	898.627

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12. 2015						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermö- gens- werte (netto)	Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
				Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instru- menten		
Einlagen	566.993	- 19	566.974	0	0	0	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	9.089	- 5.135	3.954	0	0	- 3.954	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	5.849	0	5.849	0	0	- 5.130	719
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.795	0	1.795	0	0	- 1.795	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.475	0	1.475	0	0	- 951	524
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	53.215	- 910	52.304	0	0	0	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	588.281	- 117.306	470.975	- 403.267	- 53.149	- 14.559	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.101	0	23.101	0	0	- 2.867	20.234
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	50.690	- 29.929	20.761	- 2.105	0	- 18.657	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	32.612	0	32.612	0	0	- 11.077	21.535
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	747.899	- 148.145	599.754	- 405.372	- 53.149	- 47.160	94.073
Sonstige Passiva	188.723	- 13.718	175.005	- 68.626	0	0	106.379
Davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.615	- 2.250	6.365	- 6.365	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	206.699	0	206.699	0	0	0	206.699
Summe der Passiva	1.728.522	- 167.016	1.561.506	- 473.998	- 53.149	- 58.990	975.368

Vermögenswerte

in Mio €	31.12. 2014						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz-instrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinglagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	17.051	- 2.419	14.632	0	0	- 14.602	29
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinglagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	3.164	0	3.164	0	0	- 2.386	779
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	11.891	0	11.891	0	0	- 11.406	485
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	13.943	0	13.943	0	0	- 13.294	649
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.157	- 476	195.681	0	- 11	- 1.049	194.621
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	823.578	- 217.158	606.421	- 519.590	- 61.518	- 15.330	9.982
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.537	0	23.537	0	0	0	23.537
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	101.845	- 37.075	64.770	- 2.782	- 1.924	- 50.245	9.819
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	52.516	0	52.516	0	0	- 31.358	21.158
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.197.633	- 254.708	942.924	- 522.373	- 63.453	- 97.982	259.117
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.673	- 61	405.612	0	- 16.259	- 46.112	343.242
Sonstige Aktiva	157.771	- 19.792	137.980	- 67.009	- 239	- 13	70.720
Davon: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.723	- 6.320	4.403	- 3.837	0	0	566
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	178.557	0	178.557	0	- 874	- 451	177.231
Summe der Aktiva	1.985.683	- 276.980	1.708.703	- 589.381	- 80.825	- 186.246	852.252

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12. 2014						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermö- gens- werte (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen				Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instru- menten		
Einlagen	532.992	- 61	532.931	0	0	0	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	5.673	- 2.419	3.254	0	0	- 2.966	288
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	7.633	0	7.633	0	0	- 2.278	5.356
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.791	0	1.791	0	0	- 1.614	177
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	549	0	549	0	0	- 209	339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	42.960	- 1.117	41.843	0	0	0	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	803.073	- 217.597	585.475	- 518.364	- 63.172	- 3.939	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	24.726	0	24.726	0	0	- 11.996	12.731
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	52.517	- 35.994	16.523	- 2.782	0	- 13.741	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	29.132 ¹	0	29.132 ¹	0	- 3.130	- 5.718	20.283 ¹
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	952.407 ¹	- 254.708	697.699 ¹	- 521.146	- 66.302	- 35.394	74.856 ¹
Sonstige Passiva	203.615 ¹	- 19.792	183.823 ¹	- 71.645	0	0	112.178
Davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	11.383	- 6.320	5.063	- 5.063	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	207.801	0	207.801	0	0	0	207.801
Summe der Passiva	1.912.461	- 276.980	1.635.481	- 592.791	- 66.302	- 42.460	933.927

¹ Die Zahlen wurden angepasst, indem 67 Mrd € aus der Zeile Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar) in Sonstige Passiva verschoben wurden.

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ beschriebenen Kriterien aufgerechnet wurden.

In der Spalte „Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Abwicklung auf Nettobasis/Simultanabwicklung oder weil die Rechte zur Aufrechnung abhängig vom Ausfall der Kontrahenten sind, nicht aufgerechnet wurden. Die Beträge für sonstige Aktiva und Passiva beinhalten Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen.

In den Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ sind die bezogen auf die Gesamtsumme der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erhaltenen beziehungsweise verpfändeten Beträge von Barsicherheiten und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ausgewiesen, einschließlich solcher, die sich auf Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beziehen, die nicht aufgerechnet worden sind.

Rechtlich nicht durchsetzbare Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen gelten für Verträge in Jurisdiktionen, in denen die Aufrechnungsansprüche nach Maßgabe des dort geltenden Konkursrechts möglicherweise nicht anerkannt werden

Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Sonstigen Passiva beziehungsweise Sonstigen Aktiva bilanziert.

Die Barsicherheiten und die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014 ¹
Finanzintermediation	57.047	59.586
Verarbeitendes Gewerbe	26.994	25.619
davon:		
Metallerzeugung und Bearbeitung	4.082	4.348
Elektrische und optische Geräte	3.183	3.684
Herstellung von Fahrzeugen	3.832	3.212
Chemische Erzeugnisse	4.008	3.008
Maschinenbau	2.801	2.787
Nahrungs- und Futtermittel	2.374	2.514
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	45.317	44.839
Private Haushalte – Hypothekenkredite	154.689	153.140
Öffentliche Haushalte	17.181	18.082
Handel	16.837	15.714
Gewerbliche Immobilien	43.093	35.764
Leasingfinanzierungen	561	1.104
Fondsmanagement	25.007	12.138
Sonstige	46.824	44.896
davon:		
Wohnimmobilien, Vermietung und verwandte Geschäftsbereiche	15.013	12.506
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12.014	11.317
Bergbau und Gewinnung von Energieprodukten	4.701	4.504
Strom-, Gas- und Wasserversorgung	4.305	4.197
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	433.549	410.883
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	772	58
Forderungen aus dem Kreditgeschäft abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	432.777	410.825
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	5.028	5.212
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.749	405.612

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst um Veränderungen bei den Branchen zu reflektieren.

20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle

in Mio €	2015			2014			2013		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	2.857	2.732	5.589	2.266	2.426	4.692
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	334	548	882	499	631	1.129	1.377	683	2.060
Nettoabschreibungen:	-482	-612	-1.094	-997	-512	-1.509	-701	-352	-1.053
Abschreibungen	-538	-717	-1.255	-1.037	-613	-1.650	-730	-485	-1.215
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	56	105	161	40	101	141	30	132	162
Sonstige Veränderung	36	-8	28	5	-2	3	-85	-25	-110
Bestand am Jahresende	2.252	2.776	5.028	2.364	2.849	5.212	2.857	2.732	5.589

Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns
(Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen)

in Mio €	2015			2014			2013		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	85	141	226	102	114	216	118	97	215
Rückstellungen für außerbilanzielle									
Verpflichtungen im Kreditgeschäft	58	16	74	-13	18	4	-15	21	5
Zweckbestimmte Verwendung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Veränderung	1	10	11	-4	10	6	-0	-3	-4
Bestand am Jahresende	144	168	312	85	141	226	102	114	216

21 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er finanzielle Vermögenswerte, die in der Bilanz ausgewiesen werden, überträgt und als Ergebnis den gesamten Vermögenswert entweder vollständig ausbucht oder ihn im Rahmen eines anhaltenden Engagements, abhängig von bestimmten Kriterien, als übertragenen Vermögenswert zurückbehält. Diese Kriterien werden in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ erläutert.

Soweit es sich um finanzielle Vermögenswerte handelt, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, werden diese als besicherte Finanzierung und die erhaltene Gegenleistung als korrespondierende Verbindlichkeit gesehen. Der Konzern ist nicht berechtigt, diese finanziellen Vermögenswerte für andere Zwecke zu nutzen. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte, Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei solchen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Informationen zu den Arten der übertragenen Vermögenswerte und den zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	26.752	23.873
Wertpapierleihen	51.300	52.531
Total Return Swaps	2.648	3.463
Sonstige	642	782
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	81.342	80.649
Sonstige Handelsaktiva	12	433
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	537
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.192	1.731
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	536	2.225
Insgesamt	84.082	85.576
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	52.717	57.800

Informationen zu übertragenen Vermögenswerten, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, bei der die dazugehörige Verbindlichkeit ein Regressrecht auf die übertragenen Vermögenswerte gewährt¹

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Wertpapiere des Handelsbestands	300	300	507	507
Sonstige Handelsaktiva	0	0	370	370
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.372	1.372	1.660	1.660
Forderungen aus Kreditgeschäft	18	19	2.074	2.087
Insgesamt	1.690	1.691	4.611	4.624
Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeit	1.460	1.460	4.282	4.282
Nettoposition	230	231	329	342

¹ Dazugehörige Verbindlichkeiten wurden nicht im Rahmen von konsolidierten vom Konzern gesponserten Verbriefungen ausgegeben.

Buchwert übertragener Vermögenswerte, die der Konzern noch im Rahmen eines anhaltenden Engagements bilanziert

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	21	254
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	96	0
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	21	26
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	33	0
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	37	25

Der Konzern kann einige Risikopositionen im Hinblick auf die zukünftige Wertentwicklung eines übertragenen finanziellen Vermögenswerts durch neue oder bereits bestehende vertragliche Rechte und Verpflichtungen zurückbehalten und dennoch ist es noch möglich, den Vermögenswert auszubuchen. Das anhaltende Engagement wird als neues Instrument erfasst, das sich vom übertragenen finanziellen Vermögenswert unterscheiden kann. Typische Transaktionen sind zurückbehaltene vorrangige Schuldverschreibungen nicht-konsolidierter Verbriefungsstrukturen, auf die begebene Kredite übertragen wurden, Finanzierungen mit Zweckgesellschaften, denen der Konzern ein Portfolio an Vermögenswerten verkauft hat, oder Verkäufe von Vermögenswerten mit kreditgebundenen Swaps. Das Risiko des Konzerns bei derartigen Transaktionen wird nicht als wesentlich angesehen, da eine substanzielle Zurückbehaltung der Risiken, die im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögenswerten stehen, üblicherweise zu einer anfänglichen Unmöglichkeit der Ausbuchung führen wird. Transaktionen, bei denen nicht davon auszugehen ist, dass sie in einem anhaltenden Engagement resultieren, umfassen Gewährleistungen in Bezug auf betrügerische Handlungen, die eine Übertragung infolge eines Gerichtsverfahrens ungültig machen könnten, geeignete Durchleitungsvereinbarungen und standardisierte Treuhänder- oder Verwaltungsgebühren, die nicht im Zusammenhang mit der Wertentwicklung stehen.

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzernbilanz

in Mio €	31.12.2015			31.12.2014		
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko ¹
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:						
Anleihen aus Verbriefungen	56	56	132	93	89	153
Sonstige	12	12	12	12	12	12
Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	68	68	144	105	101	165
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	134	134	134	511	511	511
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	11	11	11	33	33	33
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	145	145	145	544	544	544
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	0	0	0	13	13	13
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	0	0	0	13	13	13
Finanzielle Vermögenswerte, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	214	214	289	662	658	722
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten:						
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	57	57	0	32	32	0
Finanzielle Verbindlichkeiten, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	57	57	0	32	32	0

¹ Das maximale Verlustrisiko ist definiert als der Buchwert zuzüglich Nominalwert einer jeden nicht gezogenen Kreditzusage die nicht als Verbindlichkeit erfasst wird.

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	31.12.2015			31.12.2014		
	Ergebnis im Jahr 2013	kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis	Ergebnis im Jahr 2012	kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis
Anleihen aus Verbriefungen	86	97	0	55	171	0 ¹
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	119	716	0	30	671	0
Ergebnis aus anhaltendem Engagement in ausgebuchten Vermögenswerten	205	813	0	85	842	0

¹ Die typischen in die Verbriefungen verkauften Vermögenswerte waren zum beizulegenden Zeitwert bewertet und deshalb war das Veräußerungsergebnis nicht materiell.

22 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Sicherheiten hauptsächlich bei dem Abschluss von Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihen sowie sonstigen Leihverträgen und für Besicherungszwecke bei Verbindlichkeiten aus OTC-Geschäften. Verpfändungen werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihgeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt.

Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten¹

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	51.904	53.699
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.554	3.517
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	45.776	45.919
Sonstige	302	302
Insgesamt	101.535	103.438

¹ Beinhaltet keine als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte die nicht zu einer Verbindlichkeit oder einer Eventualverbindlichkeit in der Bilanz führen.

Gesamte als Sicherheiten verpfändete Vermögenswerte, die dem Sicherungsnehmer frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung zur Verfügung stehen¹

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	80.480	73.557
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	819	67
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	347	0
Insgesamt	81.646	73.624

¹ Beinhaltet als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte, die nicht zu einer Verbindlichkeit oder einer Eventualverbindlichkeit in der Bilanz führen.

Der Konzern erhält Vermögenswerte als Sicherheiten hauptsächlich aus Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, derivativen Transaktionen, Kundenkrediten und anderen Transaktionen. Diese Transaktionen werden üblicherweise zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Der Konzern als Sicherheitennehmer hat das Recht, derartige Sicherheit zu verwerten oder weiterzuverpfänden, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesem Recht wird hauptsächlich Gebrauch gemacht, um Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihgeschäfte zu bedienen.

Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	286.032	253.722
davon:		
Verkaufte oder weiterverpfändete Sicherheiten	238.236	203.321

23 – Sachanlagen

in Mio €	Eigen- genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2014	3.749	3.926	2.240	170	10.084
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 8	11	- 1	0	3
Zugänge	42	332	122	173	669
Umklassifizierung	10	26	122	- 153	5
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 2.507	- 1.364	- 133	- 55	- 4.058
Abgänge	0	201	39	0	241
Wechselkursveränderungen	275	217	68	6	566
Bestand zum 31. Dezember 2014	1.560	2.947	2.379	141	7.027
Veränderung des Konsolidierungskreises	8	- 37	- 72	0	- 101
Zugänge	4	153	162	114	432
Umklassifizierung	- 2	76	181	- 129	126
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 5	82	1	- 2	77
Abgänge	132	267	61	0	461
Wechselkursveränderungen	- 1	107	72	6	184
Bestand zum 31. Dezember 2015	1.432	3.060	2.662	130	7.284
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2014	1.525	2.762	1.378	0	5.664
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	8	- 1	0	6
Abschreibungen	39	271	179	0	490
Wertminderungen	58	105	10	0	172
Wertaufholungen	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	28	10	22	0	59
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 1.289	- 1.127	- 95	0	- 2.511
Abgänge	2	83	34	0	119
Wechselkursveränderungen	140	175	41	0	356
Bestand zum 31. Dezember 2014	498	2.121	1.500	0	4.118
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 1	- 31	- 64	0	- 96
Abschreibungen	35	234	170	0	439
Wertminderungen	6	16	3	1	27
Wertaufholungen	0	9	0	0	9
Umklassifizierung	- 3	21	93	- 1	109
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 0	58	7	0	65
Abgänge	73	239	38	0	349
Wechselkursveränderungen	2	86	46	- 0	134
Bestand zum 31. Dezember 2015	464	2.257	1.716	0	4.438
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2014	1.062	826	880	141	2.909
Bestand zum 31. Dezember 2015	967	802	946	130	2.846

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen gezeigt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2015 auf 56 Mio €.

Zum Jahresende 2015 beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 70 Mio €.

24 – Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Finanzierungs-Leasingverträge wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt.

Nettobuchwert der jeweiligen Anlageklasse von Finanzierungs-Leasingverhältnissen

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Grundstücke und Gebäude	14	13
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	1
Sonstige	0	5
Buchwert am Jahresende	15	19

Künftige Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungs-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
Bis 1 Jahr	6	6
1 bis 5 Jahre	20	24
Länger als 5 Jahre	70	84
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	97	114
Abzüglich Zinsanteil	66	71
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	30	43
Erwartete Mindestleasingzahlungen aus Untermietverhältnissen	4	9
Bedingte Mietzahlungen, in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen¹	0	0

¹ Die bedingten Mietzahlungen orientieren sich an Referenzzinssätzen wie dem 3-Monats-EURIBOR; unterhalb eines bestimmten Zinssatzes erhält der Konzern eine Rückerstattung.

Operating-Leasingverhältnisse

Der Konzern mietet den größten Teil seiner Büros und Filialen langfristig. Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Operating-Leasingverhältnisse wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Sie enthalten Verlängerungsoptionen, mit denen die Verträge für mehrere Perioden verlängert werden können, sowie Preisanpassungs- und Ausstiegsklauseln, die den Marktkonditionen für Geschäftsliegenschaften entsprechen. Dagegen ergeben sich aus diesen Operating-Leasingverhältnissen keine Restriktionen für zukünftige Dividendenzahlungen oder für Fremdkapitalaufnahmen durch den Konzern. Der Konzern hat ein materielles Operating-Leasingverhältnis, das fünf Verlängerungsoptionen für jeweils fünf weitere Jahre und keine Kaufoption enthält.

Künftige Mindestleasingzahlungen aus den Operating-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
Bis 1 Jahr	773	778
1 bis 5 Jahre	2.398	2.370
Länger als 5 Jahre	1.999	1.955
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	5.170	5.103
Abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	91	171
Nettomindestleasingzahlungen	5.079	4.932

Die künftigen Mindestleasingzahlungen zum 31. Dezember 2015 beinhalteten 355 Mio € für die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, die zum 1. Dezember 2011 verkauft und wieder angemietet wurde. Im Rahmen dieser Sale-and-Lease-Back-Transaktion schloss der Konzern einen über 181 Monate laufenden Mietvertrag für das gesamte Gebäude ab.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 848 Mio € gezahlt, davon wurden 864 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 9 Mio € für bedingte Mietzahlungen abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 25 Mio € geleistet.

25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert

Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts

Der Bilanzwert des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts haben sich in den Geschäftsjahren 2015 und 2014 nach zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („ZGE“) wie unten dargestellt entwickelt.

Geschäfts- oder Firmenwert, zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Manage- ment	Non-Core Operations Unit ¹	Sonstige	Total
Bestand zum 1. Januar 2014	1.863	2.758	431	3.843	0	179	9.074
Zugänge	0	0	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	1	0	0	0	0	1
Umklassifizierungen	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	– 13	– 1	0	– 3	0	0	– 17
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	0	0	– 1	– 2	0	0	– 3
Wertminderungen ²	0	0	0	0	0	– 49	– 49
Wechselkursveränderungen/Sonstige	166	5	44	293	0	4	512
Bestand zum 31. Dezember 2014	2.016	2.763	474	4.131	0	134	9.518
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	3.249	2.763	474	4.131	651	676	11.944
Kumulierte Wertminderungen	– 1.233	0	0	0	– 651	– 542	– 2.426
Bestand zum 1. Januar 2015	2.016	2.763	474	4.131	0	134	9.518
Zugänge	0	0	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	– 1	0	– 47	0	– 138	– 186
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	0	0	0	– 1	0	0	– 1
Wertminderungen ²	– 2.168	– 2.765	0	0	0	0	– 4.933
Wechselkursveränderungen/Sonstige	152	3	45	287	0	5	492
Bestand zum 31. Dezember 2015	0	0	519	4.370	0	1	4.890
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	3.509	2.762	519	4.370	652	607	12.419
Kumulierte Wertminderungen	– 3.509	– 2.762	0	0	– 652	– 606	– 7.529

¹ Beinhaltet die primären ZGEs „NCOU Wholesale Assets“ und „NCOU Operating Assets“.

² Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts werden als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Neben den primären ZGEs weisen die Segmente CB&S und NCOU einen Geschäfts- oder Firmenwert aus, der aus dem Erwerb von nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären ZGEs der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Geschäfts- oder Firmenwert ist in der obigen Tabelle unter „Sonstige“ zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment in der NCOU besteht aus der Beteiligung an der Maher Terminals LLC und der Maher Terminals of Canada Corp. Die letztgenannte Beteiligung wurde im dritten Quartal 2015 veräußert.

Die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwertes im Geschäftsjahr 2015 (mit Ausnahme derjenigen, die auf Wechselkursveränderungen beruhen) beinhalteten im Wesentlichen die Wertminderungen von 2.168 Mio € in CB&S und von 2.765 Mio € in PBC. Diese Aufwendungen sind das Ergebnis der im dritten Quartal 2015 durchgeführten Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwertes. Der Test wurde durch die weitere Konkretisierung der Strategie 2020 im dritten Quartal ausgelöst, vor allem durch die Auswirkungen der erwarteten höheren Eigenkapitalanforderungen für beide Segmente als auch die aktuellen Erwartungen zu Veräußerungen in PBC. Im Zusammenhang mit dem Verkauf des kanadischen Hafensbetriebs von Maher Terminals wurde der Veräußerungsgruppe im ersten Quartal 2015 ein Geschäfts- oder Firmenwert von 138 Mio € zugeordnet.

Im Geschäftsjahr 2014 enthielten die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts (außer den Wechselkursveränderungen) im Wesentlichen die in der NCOU erfasste Wertminderung von 49 Mio € aus der Vollabschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts für das nicht integrierte Investment in Maher Terminals LLC (in der obigen Tabelle unter „Sonstige“ ausgewiesen). Diese wurde infolge anhaltender Unsicherheit über die Nachfrage nach US-Verbrauchsgütern und der damit verbundenen Auswirkung auf das Geschäftsvolumen ausgelöst. Der Fair Value abzüglich der Kosten der Veräußerung des Investments wurde auf Basis eines Discounted-Free-Cashflow-Modells ermittelt. Das Bewertungsverfahren entspricht dem Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Der Buchwert der Maher Terminals LLC überschritt den erzielbaren Betrag, was zu einem Wertminderungsaufwand von 194 Mio € führte, der als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst wurde. Von diesem Betrag entfielen 49 Mio € auf die vollständige Abschreibung des zugehörigen Geschäfts- oder Firmenwerts. Weitere 145 Mio € wurden auf andere, in dieser ZGE enthaltene immaterielle Vermögenswerte zugeordnet (siehe Abschnitt „Sonstige abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte“, in dieser Anhangangabe). Die wesentlichen Annahmen für die Fair-Value-Schätzung berücksichtigen einen Diskontierungszinssatz (gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten, nach Steuern) von 9,3 % (im Vorjahr 9,1 %), eine Wachstumsrate von 5,3 % für die Ermittlung der ewigen Rente (Terminal Value) sowie eine durchschnittliche EBITDA-Wachstumsrate von 13,2 %.

Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts

Ein bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit ZGEs zugewiesen. Der Definition in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ folgend, sind die primären ZGEs des Konzerns wie oben dargestellt. Ein Geschäfts- oder Firmenwert, der auf sonstige ZGEs entfällt, wird einzeln auf der Ebene jedes nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder ZGE, die Geschäfts- oder Firmenwerte ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Darüber hinaus und im Einklang mit IAS 36 wird der Geschäfts- oder Firmenwert auf Werthaltigkeit hin überprüft, falls ein testauslösendes Ereignis vorliegt. Der erzielbare Betrag einer ZGE entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung und dem Nutzungswert.

Die Fortentwicklung der neuen Strategie 2020 des Konzerns stellte ein testauslösendes Ereignis dar, aufgrund dessen ein Werthaltigkeitstest durchgeführt wurde. Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte im dritten Quartal 2015 resultierte in Wertminderungen von insgesamt 4.933 Mio €, bestehend aus 2.168 Mio € und 2.765 Mio € in den ZGEs CB&S und PBC. Die Wertminderung in CB&S wurde vor allem durch Änderungen der Geschäftsaktivitäten im Zuge der erwarteten höheren Eigenkapitalanforderungen getrieben, die zu einem erzielbaren Betrag von rund 26,1 Mrd € führte. Die Wertminderung in PBC war, zusätzlich zu den veränderten Kapitalanforderungen, vor allem von den derzeitigen Erwartungen in Bezug auf Veräußerungen der Hua Xia Bank Co. Ltd. und der Postbank bestimmt, die zu einem erzielbaren Betrag von rund 12,3 Mrd € für die ZGE führten.

Die erzielbaren Beträge aller verbleibenden primären ZGEs, mit Ausnahme derjenigen in der NCOU, lagen deutlich über ihren jeweiligen Bilanzwerten. Eine aufgrund testauslösender Ereignisse zum 31. Dezember 2015 durchgeführte

Überprüfung bestätigte, dass es keine Anzeichen dafür gab, dass die verbleibenden Geschäfts- oder Firmenwerte in den primären ZGEs wertgemindert waren. Jedoch könnte die neue Segmentstruktur und die Reallokation des Geschäfts- oder Firmenwerts auf die neuen ZGEs in der Zukunft zu weiteren Wertminderungen führen.

Eine Überprüfung der Konzernstrategie oder gewisse politische oder globale Risiken für die Bankenbranche könnten die Ergebnisprognosen für einige ZGEs des Konzerns negativ beeinflussen. Dazu zählen unter anderem eine Rückkehr der europäischen Staatsschuldenkrise, Unsicherheiten bei der Umsetzung bereits beschlossener Regelungen und der Einführung gewisser Gesetzesvorhaben, die aktuell in der Diskussion sind, sowie ein künftiger Rückgang des BIP-Wachstums. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts führen.

Die im Jahr 2014 durchgeführte Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwertes führte zu keiner Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert der primären ZGEs des Konzerns, da deren erzielbare Beträge höher waren als ihre jeweiligen Bilanzwerte.

Bilanzwert

Der Bilanzwert einer primären ZGE wird unter Verwendung eines Kapitalzuordnungs-Modells hergeleitet. Das Kapitalzuordnungs-Modell verwendet das Eigenkapital insgesamt des Konzerns zum jeweiligen Bewertungsstichtag einschließlich der Anteile ohne beherrschenden Einfluss sowie zusätzlicher Eigenkapitalbestandteile („Zusätzliche Tier-1-Anleihen“), welche unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind. Dieses Eigenkapital insgesamt wird um spezifische Effekte im Zusammenhang mit nicht integrierten Investments bereinigt, die, wie oben beschrieben, individuell auf Werthaltigkeit überprüft werden, und beinhaltet eine Anpassung für Geschäfts- oder Firmenwerte, welche auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen sind.

Der Bilanzwert (ohne die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen) wird in einem zweistufigen Verfahren auf die primären ZGEs zugeordnet, welches sowohl mit der Ermittlung des erzielbaren Betrags als auch mit der derzeitigen internen Kapitalallokationsmethode abgestimmt ist. Das zweistufige Verfahren funktioniert wie folgt: zunächst unter Nutzung einer solvenz-basierten Allokation des den Deutschen Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals, bis das gegenwärtige Zielniveau von 11 % Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD 4 Vollumsetzung) erreicht ist. Danach erfolgt, falls anwendbar, eine inkrementelle Zuordnung von Kapital, um die Anforderungen an die Verschuldungsquote zu berücksichtigen. Die solvenz-basierte Allokation beinhaltet Geschäfts- oder Firmenwerte (plus den Zuschlag für Anteile ohne beherrschenden Einfluss) und nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte. Des Weiteren wird Kapital auf Basis des relativen Anteils der ZGE an den Risikoaktiva, der Kapitalabzüge sowie der regulatorischen Überleitungspositionen allokiert. Im zweiten Schritt, falls anwendbar, erhalten die ZGEs Kapital im Verhältnis ihres Beitrags zum Risikomaß der Verschuldungsquote des Konzerns allokiert. Zusätzlich werden die Anteile ohne beherrschenden Einfluss im Bilanzwert der jeweils betreffenden primären ZGE berücksichtigt. Die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen werden auf die primären ZGEs im Verhältnis ihrer jeweiligen Unterschreitung des Maßes für die Verschuldungsquote zugeordnet, welche von der Zielverschuldungsquote des Konzerns, dem jeweiligen Risikomaß für die Verschuldungsquote einer ZGE und dem allokierten Tier-1-Kernkapital abhängt.

Der Bilanzwert für nicht integrierte Investments wird auf Basis des entsprechenden Eigenkapitals bestimmt.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt die erzielbaren Beträge der primären ZGEs auf der Grundlage des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten (Level 3 in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts) und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf Discounted-Cashflow (DCF) Basis. Dieses reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäftes und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können. Die erzielbaren Beträge enthalten auch die beizulegenden Zeitwerte der Zusätzlichen Tier-1-Anleihen, welche, konsistent mit der Zuordnungsmethodik für die Bilanzwerte, auf die primären ZGEs verteilt wurden. Die erzielbaren Beträge der ZGEs, welche von DCF-Modellen abgeleitet sind, wurden mit externen Analysenbewertungen verglichen und befinden sich innerhalb einer plausiblen Bandbreite.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen (steigende Kapitalquoten, ausgehend von einem gegenwärtigen Niveau auf eine mittelfristige Tier-1-Kernkapitalquote von 12,5 % und einer Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das Kernkapital von 5,0 %) auf der Grundlage von Finanzplänen für einen Fünfjahreszeitraum. Diese wurden vom Management beschlossen und werden auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und aktuellen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird, im Falle einer dauerhaften Fortführung, von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von 3,2 % (2014: 3,2 %), die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen

Der DCF-Wert einer ZGE reagiert sensitiv auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz (Eigenkapitalkosten) sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. ZGE-spezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheiten

	Diskontierungszinssatz (nach Steuern)	
	2015	2014
Corporate Banking & Securities	9,7 %	10,3 %
Private & Business Clients	9,2 %	10,0 %
Global Transaction Banking	8,1 %	8,5 %
Deutsche Asset & Wealth Management	9,1 %	9,5 %

Das Management hat die den wesentlichen Annahmen zugrunde liegenden Werte in der nachfolgenden Tabelle anhand einer Kombination aus internen und externen Analysen bestimmt. Schätzungen zu Effizienzsteigerungen und dem Kostensenkungsprogramm beruhen auf den bislang erzielten Fortschritten sowie den geplanten Projekten und Initiativen.

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit mit Geschäfts- oder Firmenwert	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Corporate Banking & Securities	<ul style="list-style-type: none"> - Fokus auf das kundenbezogene Geschäft im Rahmen eines umfassenden Angebots von Investment Banking Produkten in den Bereichen Fixed Income, Equities sowie Corporate Finance Beratung und Origination - Fokus auf Kunden mit einem höheren Potenzial zur echten Wertschöpfung aus der Geschäftsbeziehung - Moderate wirtschaftliche Erholung in Europa, während Nord- und Südamerika auf einen soliden Erholungspfad zurückkehrt, begleitet von einer allmählich restriktiveren Geldpolitik - Leichter Anstieg des Ertragsaufkommens in Sales & Trading (Fixed Income) angesichts der Normalisierung der Geldpolitik und steigender Volatilität; weitgehend unverändertes Provisionsaufkommen in Equities und Corporate Finance in der Zukunft - Aufgabe von Geschäftsfeldern und Managementmaßnahmen in Produktportfolios zur Entschärfung der Auswirkungen regulatorischer Änderungen auf risikogewichtete Aktiva - Reduktion des Kapitalbedarfs insgesamt und Reinvestitionen zur Ertragssteigerung - Verbesserte Kosteneffizienz durch Portfolio-Maßnahmen, die Anpassung des Plattformumfangs und Prüfung der regionalen Präsenz 	<ul style="list-style-type: none"> - Belastungen des Marktumfelds bleiben bestehen - Struktur und Inhalt verschiedener regulatorischer Änderungen, die zurzeit in verschiedenen Ländern umgesetzt werden, könnten einen stärkeren Einfluss haben als angenommen - Die strategische Optimierung des Geschäftsportfolios könnte nicht das erwartete Ertragswachstum generieren und die Optimierung der Ressourcen könnte die Erträge stärker als erwartet negativ beeinflussen - Über erwartetes Ausmaß hinausgehender potenzieller Margenrückgang und verstärkter Wettbewerb in Geschäften mit weniger kapitalintensiven Produkten - Ausgang von bedeutenden Rechtsstreitigkeiten - Kosteneinsparungen aus der strategischen Optimierung des Geschäftsportfolios, dem Rückzug aus bestimmten Ländern und Effizienzzeinsparungen treten nicht im geplanten Umfang ein - Höherer Kostendruck aus Aufwendungen zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen - Strukturelle Risiken in Verbindung mit nicht vorhergesehenen regulatorischen Anforderungen, zusätzlichen Kosten für die Erfüllung der CCAR Richtlinien und dem Aufbau der IHC in den USA sowie strenger als erwartete Trennbank-Regelungen in einzelnen Jurisdiktionen
Private & Business Clients	<ul style="list-style-type: none"> - Marktführerschaft im Heimatmarkt Deutschland, starke Positionierung in fünf anderen europäischen Märkten - Dekonsolidierung der Postbank - Ausbau des digitalen Angebots als eine der Schlüsselinitiativen in PBC sowie Neuausrichtung und Optimierung des Filialnetzwerks - Reduzierung von Komplexität und wettbewerbsfähige Kosteneffizienz - Ausbau des Anlage- und Versicherungsgeschäfts wirken zum Teil den Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds, Leverage-Maßnahmen und der Neujustierung bei Kreditprodukten entgegen 	<ul style="list-style-type: none"> - Starker wirtschaftlicher Abschwung könnte zu höheren Arbeitslosenquoten, steigender Risikovorsorge im Kreditgeschäft und geringerem Geschäftswachstum führen - Die Entwicklung des Markts für Investmentprodukte und die darin generierten Erträge hängen zudem insbesondere von dem Vertrauen der Kunden in Investmentprodukte ab - Anhaltend niedrige Zinssätze führen zu einem weiteren Margenrückgang - Effizienzsteigerungsprogramme werden nicht wie geplant umgesetzt - Das durch verstärkte Regulierung geprägte Marktumfeld führt zu weiteren, noch nicht absehbaren Auswirkungen auf Erträge und Kosten
Global Transaction Banking	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen im Rahmen der Überprüfung des Produkt- und Kundenumfangs sowie regionaler Abdeckung - Nutzung von Synergien aus der engeren Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank - Gesamtwirtschaftliche Erholung führt zu einem schrittweisen Anstieg des Zinsniveaus sowie zu einer positiven Entwicklung der Volumina im internationalen Handel, im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und bei Kapitalmaßnahmen von Unternehmen - Vertiefung der Geschäftsbeziehungen mit komplexen Unternehmen und institutionellen Kunden in bestehenden Regionen sowie Vorantreiben des Wachstums in den Schwellenländern 	<ul style="list-style-type: none"> - Schwächere Erholung der Weltwirtschaft sowie deren Auswirkung auf Handelsvolumina, Zinsen und Wechselkurse - Ungünstige Margenentwicklung und über das angenommene Maß hinausgehende nachteilige Wettbewerbsintensität in Schlüsselmärkten und -produkten - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, die noch nicht antizipiert wurden - Kosteneinsparungen im Rahmen der Überprüfung des Produkt- und Kundenumfangs sowie regionaler Abdeckung treten nicht im geplanten Umfang ein - Ausgang von potenziellen Rechtsstreitigkeiten

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit mit Geschäfts- oder Firmenwert	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Deutsche Asset & Wealth Management	<ul style="list-style-type: none"> - Strategie weiterhin an Trends und Entwicklungen in den Märkten ausgerichtet, einschließlich Zuwachs globaler Vermögen, Wachstum des Altersvorsorgemarkts und rasanter Ausweitung des Angebots von alternativen und passiven Anlagen - Ausweitung des Geschäfts mit sehr vermögenden Kunden mit starker Abdeckung in Industrie- und Schwellenländern - Ausbau des Geschäfts mit alternativen Anlagen, des passiven/ETF- und des Kreditgeschäfts - Führungsposition im Heimatmarkt Deutschland durch Wealth Management und die DWS - Organische Wachstumsstrategie in Asien/Pazifik, Nord- und Südamerika - Halten oder Ausbau der Marktanteile in einem fragmentierten Wettbewerbsumfeld - Kosteneinsparungen im Rahmen der Optimierung der AWM Plattform - Gezielte Investitionen in die Erweiterung der IT Plattform und digitalen Möglichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Wesentliche branchenspezifische Risiken, zum Beispiel Volatilität, hohe Staatsverschuldung, erhöhte Kosten infolge regulatorischer Änderungen - Anleger halten Vermögenswerte weiterhin außerhalb der Märkte, flüchten in liquide Mittel oder einfachere Produkte mit niedrigeren Provisionserträgen - Geschäftsspezifische oder Umsetzungsrisiken, das heißt Nichterreicherung der Ziele für Nettoneumittelzuflüsse aufgrund von Unsicherheit an den Finanzmärkten, Verlust hochqualifizierter Relationship Manager - Schwierigkeiten bei der Umsetzung organischer Wachstumsstrategien aufgrund gewisser Restriktionen, zum Beispiel Probleme bei der Neueinstellung von Relationship Manager - Kosteneinsparungen infolge der Effizienzgewinne sowie erwarteter IT- und Prozessverbesserungen werden nicht im geplanten Umfang erzielt - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, die noch nicht antizipiert wurden

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2015 und 2014.

in Mio €	Erworbene immaterielle Vermögenswerte								Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt
	Nicht abzuschreibende				Abzuschreibende				Abzuschreibende	
	Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft	Sonstige	Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	Software und Sonstige	Abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Software	
Anschaffungs-/Herstellungskosten:										
Bestand zum 1. Januar 2014	840	441	1.281	1.449	830	661	935	3.875	2.776	7.932
Zugänge	0	0	0	40	0	0	52	92	962	1.054
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	-14	-2	-16	-0	-16
Abgänge	0	0	0	9	0	0	12	21	99	121
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	-0	0	-0
Umklassifizierung	0	0	0	-3	0	-1	17	13	-26	-13
Wechselkursveränderungen	111	1	112	53	58	74	34	219	101	432
Bestand zum 31. Dezember 2014	951	441	1.392	1.529	888	720	1.025	4.162	3.715	9.269
Zugänge	0	0	0	26	0	0	21	47	1.217	1.265
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-3	-3	0	0	0	-1	-1	-3	-7
Abgänge	0	0	0	0	0	0	0	0	193	193
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	-42	0	0	-13	-55	0	-55
Umklassifizierung	0	0	0	0	0	0	42	42	-11	31
Wechselkursveränderungen	110	2	112	45	53	75	39	212	121	446
Bestand zum 31. Dezember 2015	1.061	440	1.501	1.559	941	795	1.112	4.407	4.846	10.755
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:										
Bestand zum 1. Januar 2014	287	2	289	836	194	180	667	1.877	909	3.075
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	99	35	35	78	247	335	582 ¹
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	-6	-2	-8	-1	-9
Abgänge	0	0	0	8	0	0	12	20	97	117
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	-0	0	-0
Wertminderungen	0	0	0	0	0	117	29	146	48	195 ²
Wertaufholungen	84	0	84	0	0	0	0	0	0	84 ³
Umklassifizierung	0	0	0	1	-1	-0	3	3	-7	-4
Wechselkursveränderungen	37	1	38	49	15	17	18	99	63	200
Bestand zum 31. Dezember 2014	240	3	243	976	243	343	781	2.343	1.248	3.835
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	87	44	36	45	212	499	710 ⁴
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-3	-3	0	0	0	-1	-1	-3	-7
Abgänge	0	0	0	0	0	0	-1	-1	190	189
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	-25	0	0	-4	-29	0	-29
Wertminderungen	0	416	416	397	0	14	16	427	191	1.034 ⁵
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	0	0	-0	-1	0	28	27	-24	3
Wechselkursveränderungen	28	2	30	41	14	35	29	119	61	209
Bestand zum 31. Dezember 2015	268	418	686	1.476	300	429	893	3.098	1.782	5.566
Bilanzwert:										
Zum 31. Dezember 2014	711	438	1.149	553	645	377	243	1.818	2.466	5.433
Zum 31. Dezember 2015	793	22	815	83	641	367	218	1.309	3.064	5.188

¹ Die 582 Mio € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.

² Davon waren 146 Mio € als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte erfasst. Diese enthielten Wertminderungen auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte (117 Mio €) sowie auf Markennamen (29 Mio €). Weiterhin wurden Wertminderungen von 48 Mio € auf selbsterstellte Software erfasst, welche im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen sind.

³ 84 Mio € wurden als Umkehrung einer Wertminderung aus Vorjahren erfasst und unter Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

⁴ Die 710 Mio € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.

⁵ Davon waren 843 Mio € als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte erfasst. Diese enthielten Wertminderungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte wie nicht abzuschreibende Markennamen (416 Mio €) sowie auf abzuschreibende kundenbasierte (397 Mio €), vertragsbasierte (14 Mio €) und als Markennamen (16 Mio €) bilanzierte immaterielle Vermögenswerte. Weiterhin wurden Wertminderungen von 191 Mio € auf selbsterstellte Software erfasst, welche im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen wurden.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Die wesentlichen Veränderungen in den abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerten im Geschäftsjahr 2015 umfassten Zugänge zu den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten von 1,2 Mrd €, die aus der Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbst erstellter Software resultieren. Dem stehen Wertminderungen auf selbst erstellte Software in Höhe von 191 Mio € gegenüber, im Wesentlichen eine Folge der im Zuge des OpEx-Programms durchgeführten Überprüfung bestehender Plattform-Software sowie von in Entwicklung befindlicher Software. Am 27. April 2015 stellte die Deutsche Bank ihre neue strategische Agenda vor, in welcher der Verkauf der Postbank einen integralen Bestandteil bildet. Die Fortentwicklung der neuen Strategie 2020 des Konzerns stellte ein testauslösendes Ereignis dar, nach dem der in der ZGE PBC bilanzierte Geschäfts- oder Firmenwert sowie die restlichen nichtfinanziellen Vermögenswerte auf Werthaltigkeit zu untersuchen waren. Die Bewertung, die auf Basis des neuen strategischen Plans im dritten Quartal 2015 durchgeführt wurde, resultierte in einer Wertminderung der ZGE PBC. Nachdem zunächst der in der ZGE PBC zugeordnete Geschäfts- oder Firmenwert (2,8 Mrd €) vollständig abgeschrieben wurde, ist eine Wertminderung von 837 Mio € auf die in der ZGE PBC zugeordneten sonstigen immateriellen Vermögenswerte erfasst worden, wodurch die geänderte strategische Ausrichtung und die erwartete Entkonsolidierung der Postbank zum Ausdruck kommt. Die Wertminderung beruht auf dem Ansatz des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten (Level 3 in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwertes). Von dem Betrag der Wertminderung entfallen 427 Mio € auf abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte, im Wesentlichen kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte (397 Mio €), den BHW Markennamen (16 Mio €) und vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte (14 Mio €). Der verbleibende Betrag betrifft die vollständige Wertminderung der nicht abzuschreibenden Postbank-Marke (410 Mio €; siehe unten).

Im Geschäftsjahr 2014 betragen die Zugänge zu den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten aus der Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbst erstellter Software 962 Mio €. Wertminderungen auf erworbene immaterielle Vermögenswerte von insgesamt 146 Mio € betrafen hauptsächlich das Investment in Maher Terminals LLC (NCOU; davon 116 Mio € für Mietrechte („vertragsbasiert“) und 29 Mio € für Markenname („Software und Sonstige“), was auf den anhaltend negativen Ausblick für das Container- und Geschäftsvolumen zurückzuführen war (für weitere Informationen zum Bewertungsergebnis für Maher Terminals LLC wird auf den Abschnitt „Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts“ in dieser Anhangangabe verwiesen). Die Wertminderung auf selbst erstellte Software von 48 Mio € war im Wesentlichen eine Folge der im Zuge des OpEx-Programms durchgeführten Überprüfung bestehender Plattform-Software.

Die Veränderungen der abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2013 betrafen vor allem Zuführungen zu den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten über 663 Mio €. Erfasste Wertminderungen von 83 Mio € auf erworbene sonstige immaterielle Vermögenswerte waren vor allem auf das Firmenkundengeschäft in den Niederlanden (GTB) zurückzuführen, das von ähnlichen Belastungen bereits im Jahr 2012 betroffen war. Die Wertminderung auf selbst erstellte Software von 43 Mio € war im Wesentlichen eine Folge der im Zuge des OpEx-Programms durchgeführten Neubewertung bestehender Plattform-Software.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ erläutert).

Nutzungsdauern der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte nach Anlageklassen

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	bis zu 10
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 20
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 23
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 80

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Innerhalb dieser Anlageklasse erfasst der Konzern bestimmte vertragsbasierte und marketingbezogene immaterielle Vermögenswerte, bei denen von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann.

Im Einzelnen umfasst diese Anlageklasse die unten angegebenen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft und bestimmte Markennamen. Aufgrund der Besonderheiten dieser immateriellen Vermögenswerte sind Marktpreise in der Regel nicht verfügbar. Daher bewertet der Konzern solche Vermögenswerte anhand des Ertragswertverfahrens auf Grundlage einer DCF-Methode nach Steuern.

Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft: Dieser Vermögenswert mit einem Bilanzwert von 793 Mio € bezieht sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und ist der ZGE Deutsche AWM zugewiesen. Er umfasst Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft, die DWS Investments das ausschließliche Recht einräumen, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnet der Konzern in absehbarer Zukunft nicht mit einer Begrenzung der Vertragsdauer. Deshalb dürften die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2002, zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc., von unabhängiger Seite zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der erzielbare Betrag des Vermögenswerts von 793 Mio € entspricht dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung und wurde anhand der Residualwertmethode ermittelt. Das Bewertungsverfahren entspricht dem Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Die der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Kosten der Veräußerung zugrunde gelegten wesentlichen Annahmen umfassen den Asset-Mix, erwartete Cashflows und die effektive Gebührenrate. Die verwendeten Diskontierungsfaktoren (Eigenkapitalkosten) betragen 11,0 % (2015) und 10,7 % (2014). Im Geschäftsjahr 2014 wurde eine Wertaufholung in Höhe von 84 Mio € verzeichnet und in der Gewinn- und Verlustrechnung als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte erfasst. Die Wertaufholung resultierte insbesondere aus einem Anstieg der erwarteten Cashflows, die sich aus einer gestärkten Plattform, einem vorteilhaften Asset-Mix und einem Rückgang des Diskontierungsfaktors ergaben. Da die Bewertung zum Vorjahr unverändert blieb, erfolgte im Geschäftsjahr 2013 weder eine Wertminderung noch eine Wertaufholung.

Markennamen: Die übrigen nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beinhalten die im Jahr 2010 erworbenen Markennamen der Postbank (der ZGE PBC zugeordnet) und von Sal. Oppenheim (der ZGE Deutsche AWM zugeordnet). Die Marke „Postbank“ wurde im Jahr 2010 mit einem vorläufigen Wert von 382 Mio € verbucht. Im Zuge der Fertigstellung der Kaufpreisallokation im Jahr 2011 stieg der beizulegende Zeitwert des Markennamens „Postbank“ auf 410 Mio €. Die Marke „Sal. Oppenheim“ wurde mit einem Wert von 27 Mio € aktiviert. Unter der Annahme, dass beide Markennamen für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren, wurden sie als nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte klassifiziert. Beide Markennamen wurden zum beizulegenden Zeitwert, basierend auf einer externen Bewertung zum Erwerbszeitpunkt, bilanziert. Die erzielbaren Beträge entsprachen dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung der Marken und wurden anhand der Residualwertmethode ermittelt. Entsprechend der Veränderung der strategischen Ausrichtung und der erwarteten Entkonsolidierung der Postbank wurde deren Markenname (410 Mio €) vollständig im dritten Quartal 2015 abgeschrieben. Nach einer Überprüfung des Bewertungsmodells für den Sal. Oppenheim Markennamen erfolgte im vierten Quartal 2015 eine Abschreibung in Höhe von 6 Mio €.

26 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Innerhalb der Bilanz sind die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen in den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva enthalten.

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten,		
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva, Derivate und finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	28	0
Sachanlagen	43	142
Sonstige Aktiva	3.420	38
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	3.491	180
Einlagen, Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelspassiva, Derivate und finanzielle Verpflichtungen	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige Passiva	37	0
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	37	0

Zum 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2014 wurden unrealisierte Gewinne in Höhe von 662 Mio € beziehungsweise 0 Mio € im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2015

Im Einklang mit der strategischen Absicht der Bank und im Zuge der Umsetzung der Strategie 2020 kündigte die Deutsche Bank am 28. Dezember 2015 an, dass sie ihre gesamte Beteiligung (19,99 %) an der Hua Xia Bank Company Limited („Hua Xia“) an die PICC Property and Casualty Company Limited für einen Kaufpreis zwischen RMB 23,0 Mrd und RMB 25,7 Mrd verkaufen wird. Der Verkauf unterliegt noch abschließenden Preisanpassungen zum Veräußerungszeitpunkt (rund 3,2 Mrd € bis 3,7 Mrd € auf Basis von Dezember 2015 Wechselkursen). Dementsprechend ist der Buchwert von 3,3 Mrd €, der im Unternehmensbereich PBC gehalten wird, zum Jahresende 2015 in die Kategorie zum Verkauf bestimmt umgesetzt worden. Vor der Umgliederung ist die Hua Xia als assoziiertes Unternehmen nach der Equitymethode bilanziert worden. Die Neubewertung der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung auf ihren Marktwert (Börsenkurs abzüglich Veräußerungskosten in einem aktiven Markt (Level 1)) führte zu einer teilweisen Umkehr von 162 Mio € der zuvor im dritten Quartal 2015 erfassten Wertminderung von 649 Mio €. Dementsprechend wurde die Nettowertminderung von 487 Mio € in PBC erfasst und unter dem Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Die Vereinbarung zum Verkauf der Anteile an der Hua Xia in Verbindung mit der Entwicklung des Aktienkurses führte zu einem Gesamtaufwand in Höhe von 697 Mio €.

Die Umgliederung der Beteiligung in die Kategorie zum Verkauf bestimmt führte nicht zu einer Wertminderung des langfristigen Vermögenswertes. Zusammen mit der Klassifikation als zum Verkauf bestimmt wurden kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen von 662 Mio € im Zusammenhang mit der Hua Xia Beteiligung innerhalb des Eigenkapitals in die unrealisierten Gewinne/Verluste aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten umgegliedert. Der Abschluss der Transaktion, der voraussichtlich Mitte 2016 vollzogen sein wird, unterliegt den üblichen Vollzugsbedingungen und behördlichen Genehmigungen, einschließlich der von der China Banking Regulatory Commission.

Ebenfalls im vierten Quartal 2015 und in Übereinstimmung mit den strategischen Prioritäten der Bank kündigte der Konzern an, dass er eine definitive Verkaufsvereinbarung mit Raymond James Financial, Inc. über die Veräußerung seiner in der Deutschen AWM gehaltenen US Private Client Services-Einheit („PCS“) abgeschlossen hat. Die Umgliederung der PCS-Geschäftseinheit in die Kategorie zum Verkauf bestimmt führte nicht zu einer Wertminderung der Veräußerungsgruppe. Die Transaktion wird voraussichtlich im dritten Quartal 2016 abgeschlossen.

Im ersten Quartal 2015 hat der Konzern seine Beteiligung am Fairview Container Terminal in Port of Prince Rupert, Kanada, als eine zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe innerhalb der Non-Core Operations Unit klassifiziert. Das Fairview Container Terminal gehört zu Maher Terminals, einem der weltweit größten Betreiber von Containerhäfen. Gemäß der Veräußerungstransaktion übernimmt DP World, ein Seehäfen- Betreiber mit Sitz in Dubai, 100 % des Fairview Container Terminals für 391 Mio € (580 Mio CAD). Die Klassifizierung als eine zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe führte nicht zu einer Wertminderung. Der Verkauf wurde im dritten Quartal 2015 abgeschlossen.

Veräußerungen im Jahr 2015

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Infrastructure	Stückweise Veräußerung von Teilen der Informationstechnologie (IT) Infrastruktur für das Groß- und Firmenkundengeschäft an Hewlett Packard.	Keine.	2. Quartal 2015

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2014

Unternehmensbereich	Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte und langfristige Veräußerungsgruppen	Finanzielle Auswirkungen ¹	Weitere Informationen
Infrastructure	Geplante Veräußerung von Teilen der Informationstechnologie (IT) Infrastruktur für das Groß- und Firmenkundengeschäft an Hewlett Packard.	Eine Wertminderung von 11 Mio € im 4. Quartal 2014.	Veräußerung im 2. Quartal 2015

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Veräußerungen im Jahr 2014

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Non-Core Operations Unit	Verkauf der Nevada Property 1 LLC, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft und Eigentümerin von The Cosmopolitan of Las Vegas („The Cosmopolitan“), einem führenden Resort und Casino, an Blackstone. Im Rahmen der Transaktion erwarb Blackstone 100 % von The Cosmopolitan für rund 1,4 Mrd € (1,73 Mrd US-\$) in bar.	Erfassung einer Wertminderung in Höhe von 9 Mio € im 4. Quartal 2014.	4. Quartal 2014
Deutsche Asset & Wealth Management	Veräußerung von Teilen des Wealth Management-Geschäfts des Konzerns in Großbritannien.	Erfassung einer Wertminderung von 9 Mio € im 1. Quartal 2014.	3. Quartal 2014

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Private & Business Clients	Eine als Sachanlage gehaltene Büroimmobilie.	Keine.	2. Quartal 2014
Non-Core Operations Unit	Veräußerung der Konzerntochter BHF-BANK AG an die Kleinwort Benson Group und die RHJ International („RHJI“), nach Erhalt ausstehender regulatorischer Genehmigungen. Unter dem Vorbehalt von Kaufpreisanpassungen erhielt der Konzern einen Gesamtbetrag von 340 Mio €. Dieser beinhaltet eine Barzahlung von 309 Mio € und 31 Mio € in Form von RHJI-Aktien zum Nennwert.	Keine.	1. Quartal 2014
Non-Core Operations Unit	Veräußerung von Büroimmobilien, die zuvor als Investment Properties in den Sonstigen Aktiva gehalten wurden.	Keine.	1. Quartal 2014

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

27 – Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	60.421	65.096
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	10.575	10.785
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.221	4.741
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	19.722	34.432
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	94.939	115.054
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.649	2.791
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	3.491	180
Sonstige	17.058	19.955
Sonstige Aktiva insgesamt	118.137	137.980

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	71.161	70.558
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	40.854	33.985
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.847	3.473
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	18.776	35.195
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	134.637	143.210
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.607	2.953
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	37	0
Sonstige	37.725	37.659
Sonstige Passiva insgesamt	175.005	183.823

Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird auf Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

28 – Einlagen

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Unverzinsliche Sichteinlagen	192.010	160.733
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	153.559	144.172 ¹
Termineinlagen	124.196	124.347
Spareinlagen	97.210	103.679 ¹
Verzinsliche Einlagen insgesamt	374.964	372.198
Summe der Einlagen	566.974	532.931

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Bestimmte Einlagen wurden aus den Spareinlagen in die Sichteinlagen verschoben, da sie nicht der Definition einer Spareinlage entsprachen.

29 – Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstellungen im Bauspargeschäft	Operative Risiken	Zivilprozesse	Prozesse mit Regulierungsbehörden	Restrukturierung	Rückkauf von Hypothekenkrediten	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2014	1.011	256	723	1.126	207	345	639	4.307
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	-0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	211	303	337	1.409	154	411	609	3.434
Verwendungen von Rückstellungen	104	50	257	0	195	45	194	845
Auflösungen von Rückstellungen	3	110	59	150	52	88	189	651
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Änderung des Diskontierungssatzes	35	23	17	63	6	46	14	204
Transfers	0	0	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2014	1.150	422	761	2.448	120	669	880	6.450
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	2	2
Zuführungen zu Rückstellungen	316	170	1.296	4.067	688	16	915	7.468
Verwendungen von Rückstellungen	301	17	562	2.504	118	123	554	4.179
Auflösungen von Rückstellungen	1	289	112	69	40	231	380	1.121
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Änderung des Diskontierungssatzes	-32	18	38	119	1	78	39	261
Transfers	0	12	-4	-13	4	0	21	20
Bestand zum 31. Dezember 2015	1.132	315	1.418	4.048	656	409	922	8.900

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Anhangangabe 20 „Risikoversorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutsche Postbank-Gruppe und der Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. In dem Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus

und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren, die als separate Rückstellungsarten dargestellt werden. Im Finanzbericht 2014 wurden die Rückstellungen für operationelle Risiken, Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren unter einer Rückstellungsart mit der Bezeichnung „Operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten“ ausgewiesen.

Ein Operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die für die Zwecke dieser Ermittlung verwandte Definition von operationellen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Verlustrisiken aus Zivilverfahren oder aufsichtsbehördlichen Verfahren berücksichtigt werden. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen, Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Rückstellungen für Zivilverfahren resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund behaupteter Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder anderen Parteien in Zivilverfahren geführt haben oder führen könnten.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung rechtlicher oder gesetzlicher Pflichten, welche dazu geführt haben oder führen könnten, dass eine Festsetzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtsbehörden, Selbstregulierungsorganisationen oder sonstiger Vollzugsbehörden vorgenommen wird.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit beabsichtigt der Konzern in den kommenden Jahren, Kosten, Redundanzen und Komplexität in erheblichem Umfang zu verringern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe 10 „Restrukturierung“.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-\$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-\$ über die Veräußerung von Krediten („Whole Loans“). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen oder diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 31. Dezember 2015 bestanden gegenüber der Deutschen Bank offene Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, die nicht Gegenstand von Rückabwicklungsvereinbarungen sind, in Höhe von circa 2,4 Mrd US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Kreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Servicer. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2015 Rückstellungen in Höhe von 445 Mio US-\$ (409 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsübernahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2015 Ansprüche von 109 Mio US-\$ (100 Mio €) bilanziert. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2015 nach Abzug solcher Ansprüche auf 336 Mio US-\$ (308 Mio €).

Zum 31. Dezember 2015 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Betrag in Höhe von rund 7,2 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über eine Rückabwicklung erzielt, unrichtige und nicht fristgerecht eingereichte Klagen zurückgewiesen oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen hat sich die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen der Deutschen Bank resultieren könnten, in Höhe von circa 93,0 Mrd US-\$ befreit.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten gegen die Deutsche Bank angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Forderungen könnten eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe können jedoch nicht zuverlässig geschätzt werden. Der New York Court of Appeals hat am 11. Juni 2015 eine Entscheidung veröffentlicht, welche die Abweisung der Rückkaufforderungen von Hypothekengeschäften im Zusammenhang mit einem von der Deutsche Bank begebenen sogenannten Residential Mortgage-Backed Security (durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapier) bestätigt, da die Klage nicht fristgerecht erhoben worden sei. Diese Entscheidung könnte das Ausmaß und die Erfolgsaussichten der künftigen Rückkaufforderungen gegen die Deutsche Bank beeinflussen. Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkaufforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene andere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellungen für Bankenabgaben sowie eine Rückstellung im Zusammenhang mit der Kooperation im Kreditkartengeschäft zwischen Deutscher Bank und Hua Xia Bank Co. Ltd.

Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern bildet nur dann Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. In den Fällen, in denen eine solche Verpflichtung nicht verlässlich geschätzt werden kann, wird keine Rückstellung gebildet und die Verpflichtung gilt als Eventualverbindlichkeit. Eventualverbindlichkeiten umfassen ebenfalls eventuelle Verpflichtungen, bei denen die Möglichkeit eines Mittelabflusses nicht ausgeschlossen aber eher unwahrscheinlich ist. In den Fällen, in denen eine Rückstellung im Hinblick auf eine spezifische Forderung gebildet wurde, wird keine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen; bei Rechtsverfahren, die auf mehr als einer Forderung beruhen, können jedoch für einige Forderungen Rückstellungen gebildet und für andere Forderungen wiederum Eventualverbindlichkeiten (beziehungsweise weder eine Rückstellung noch eine Eventualverbindlichkeit) ausgewiesen werden.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt. In den vergangenen Jahren wurden die Bankenregulierung und -aufsicht auf vielen Gebieten verschärft. Es kam zu einer verstärkten Aufsicht und Überwachung von Finanzdienstleistern durch Aufsichtsbehörden, Verwaltungs- und andere Behörden. Dies führte zu zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Untersuchungen und Vollstreckungsmaßnahmen, welchen oft Zivilverfahren nachfolgen. Dieser Trend wurde durch die globale Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise deutlich beschleunigt.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts wahrscheinlich oder zwar eher unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen ist, und um den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in ähnlichen Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten.

Die in der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2014 ausgewiesenen Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren sind in der obigen Tabelle aufgeführt. Für bestimmte Fälle, bei denen

der Konzern einen Mittelabfluss für wahrscheinlich hält, wurden keine Rückstellungen ausgewiesen, da der Konzern die Höhe des potenziellen Mittelabflusses nicht zuverlässig einschätzen konnte.

Für die Verfahren der Bank, bei denen eine verlässliche Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. Dezember 2015 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt nicht ausgeschlossen aber eher unwahrscheinlich ist, bei Zivilverfahren auf insgesamt rund 1,4 Mrd € (31. Dezember 2014: 1,2 Mrd €) und bei aufsichtsbehördlichen Verfahren auf 1,0 Mrd € (31. Dezember 2014: 0,8 Mrd €) belaufen. In diesen Beträgen sind auch die Verfahren berücksichtigt, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird. Bei anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren nimmt der Konzern an, dass ein Mittelabfluss zwar nicht nur fernliegend aber nicht überwiegend wahrscheinlich, dessen Höhe jedoch nicht zuverlässig einzuschätzen ist, so dass diese Fälle daher in der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten nicht berücksichtigt sind. Bei wiederum anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren geht der Konzern davon aus, dass die Möglichkeit eines Mittelabflusses fernliegend ist und hat daher weder eine Rückstellung gebildet noch diese Fälle bei der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten berücksichtigt.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekanntem Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss. Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen können, und tun dies in vielen Fällen, erheblich niedriger als der anfänglich von den Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern geforderte Betrag sein beziehungsweise unterhalb des potenziellen maximalen Verlusts im Falle eines für den Konzern nachteiligen finalen Gerichtsentscheids liegen. In einigen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, braucht die jeweilige Gegenpartei den von ihr eingeklagten Betrag nicht anzugeben beziehungsweise unterliegt der Forderungsbetrag, auch wenn er anzugeben ist, unter Umständen nicht den allgemeinen Anforderungen an das Vorbringen des behaupteten Sachverhalts oder der Rechtsansprüche.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass ein zukünftiger Verlust nicht bloß unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine verlässliche Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Er kann dies tun, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, negative aufsichtsrechtliche Folgen oder negative Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass begründete Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien deren Verluste auch in solchen Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Nachstehend werden Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren oder solche Fallgruppen dargestellt, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat, bei denen wesentliche Eventualverbindlichkeiten nicht bloß unwahrscheinlich sind oder wesentliche Geschäfts- oder Reputationsrisiken bestehen können; vergleichbare Fälle sind in Gruppen zusammengefasst, und einige Fälle beinhalten verschiedene Verfahren oder Forderungen. Die offengelegten Verfahren können auch Fälle beinhalten, bei denen ein Verlust mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch der mögliche Verlust nicht zuverlässig geschätzt werden kann.

Esch-Fonds-Rechtsstreitigkeiten. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim“) war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank in 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Projekt GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige Geschäftsführer von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd €. Nachdem einige Forderungen entweder gerichtlich abgewiesen oder per Vergleich beigelegt wurden, so dass keine weiteren Schritte ergriffen werden, sind noch Forderungen in Bezug auf Investments von ursprünglich circa 500 Mio € schwebend. Derzeit belaufen sich die in den anhängigen Verfahren geltend gemachten Beträge auf insgesamt rund 640 Mio €. Die Investoren verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an den Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten und manche zulasten von Sal. Oppenheim entschieden. Die Berufungsurteile stehen noch aus. Der Konzern hat für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten angesetzt, aber keine Beträge offen gelegt, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren wesentlich beeinflussen wird.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftersuchen von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durch.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in mehreren als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden und in denen auf Kartellrecht sowie den Bestimmungen des US Commodity Exchange Act basierte Ansprüche im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen geltend gemacht werden. Bei den als Sammelklage bezeichneten Verfahren wurden die geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben. Am 28. Januar 2015 gab der für die Sammelklagen zuständige Richter auf bundesstaatlicher Ebene dem Klageabweisungsantrag ohne Recht auf erneute Klageerhebung in beiden Klagen seitens Nicht-US-Klägern statt, wies ihn jedoch für die Klage von US-amerikanischen Klägern ab. Seit dem Gerichtsurteil vom 28. Januar 2015 wurden weitere Klagen eingereicht. Derzeit sind drei Klagen anhängig. Die anhängige zusammengeführte Klage wird im Rahmen eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von OTC-Händlern und eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von Devisenhändlern eingereicht, die ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder in US-Gebiet oder dort gehandelt haben. In der Klageschrift wird behauptet, es seien illegale Vereinbarungen getroffen worden, um den Wettbewerb in Bezug auf Benchmark- und Spotsätze zu beeinträchtigen und diese zu manipulieren, insbesondere die für diese Spotsätze notierten Spreads. In einem zweiten Klageverfahren werden die in einer Sammelklage vorgebrachten Behauptungen nachverfolgt und es wird geltend gemacht, dass das angebliche Verhalten zu einem Verstoß gegen die treuhänderischen Pflichten der Beklagten nach dem „U.S. Employment Retirement Income Security Act of 1974 (ERISA)“ Anlass gegeben und letztlich geführt habe. Die dritte Sammelklage wurde am 21. Dezember 2015 von Axiom Investment Advisors, LLC bei demselben Gericht eingereicht. Darin wird behauptet, die Deutsche Bank habe Devisenaufträge, die über elektronische Handelsplattformen platziert wurden, mittels einer als „Last Look“ bezeichneten Funktion abgelehnt und diese Order seien später zu für die Klägergruppe schlechteren Preiskonditionen ausgeführt worden. Der Kläger macht Forderungen

aus Vertragsverletzung, quasi-vertragliche Forderungen sowie Forderungen nach New Yorker Recht geltend. Die Deutsche Bank hat die Abweisung der Sammelklage beantragt und beabsichtigt, einen Antrag auf Abweisung der ERISA- und Last Look-Klagen insgesamt zu stellen. Der Antrag auf Ablehnung des Last Look-Falles muss bis zum 7. März 2016 eingereicht werden. Für das ERISA-Verfahren gibt es noch keine zeitlichen Vorgaben. Das Beweisverfahren im Rahmen der Sammelklagen und des ERISA-Verfahrens wurde eingeleitet. Bezüglich des Last Look-Klageverfahrens wurde mit der Beweiserhebung noch nicht begonnen.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in zwei kanadischen Sammelklagen, die in den Provinzen Ontario und Quebec angestrengt wurden. Die am 10. September 2015 erhobenen Sammelklagen stützen sich auf Vorwürfe, die vergleichbar sind mit den in den zusammengeführten Klagen in den USA erhobenen Vorwürfen und sind auf Schadensersatz nach dem kanadischen Wettbewerbsgesetz und anderen Rechtsgrundlagen gerichtet.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren stark beeinflussen würde.

Hochfrequenzhandel/Dark-Pool-Handel. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichtsbehörden Auskunftersuchen in Bezug auf den Hochfrequenzhandel und den Betrieb ihres alternativen Handelssystems („ATS“ beziehungsweise „Dark Pool“) SuperX erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert hinsichtlich dieser Auskunftersuchen mit den Behörden. Der Konzern hat für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank war zunächst Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, in denen mit Blick auf den Hochfrequenzhandel Verstöße gegen die US-amerikanischen Wertpapiergesetze geltend gemacht werden. In der am 2. September 2014 eingereichten zusammengeführten und erweiterten Klage haben die Kläger die Deutsche Bank jedoch nicht als Beklagte benannt.

Interbanken-Zinssatz. Aufsichtsbehördliche Verfahren. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und der Region Asien/Pazifik, einschließlich von Attorney-Generals verschiedener US-Bundesstaaten, Auskunftersuchen in Form von Vorladungen und Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen. Dieser Betrag wurde vollständig gezahlt und ist nicht Teil der Rückstellungen der Bank.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 23. April 2015 separate Vergleichsvereinbarungen mit dem US-Department of Justice (DOJ), der US Commodity Futures Trading Commission (CFTC), der U.K. Financial Conduct Authority (FCA) und dem New York State Department of Financial Services (NYDFS) zur Beendigung von Untersuchungen wegen Fehlverhaltens bezüglich der Festlegung von LIBOR, EURIBOR und TIBOR getroffen. In den Vereinbarungen hat die Deutsche Bank zugestimmt, Strafzahlungen in Höhe von 2,175 Mrd US-\$ an das DOJ, die CFTC und das NYDFS sowie 226,8 Mio GBP an die FCA zu leisten. Diese Beträge wurden vollständig gezahlt und sind nicht Teil der Rückstellungen der Bank, bis auf 150 Mio US-\$, die an das DOJ zu zahlen sind in Folge der unten dargestellten Verurteilung der DB Group Services (UK) Ltd. Die Vereinbarungen enthalten des Weiteren Bestimmungen über verschiedene Verpflichtungen im Hinblick auf künftige Übermittlungen von Benchmark Rates durch die Deutsche Bank sowie Regelungen, welche die Ernennung eines unabhängigen Aufsehers betreffen. Die Deutsche Bank ist weiterhin verpflichtet, disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Mitarbeiter zu ergreifen, die zur Zeit der Vereinbarung in der Bank tätig waren.

Als Teil der Vereinbarung mit dem DOJ akzeptiert die Deutsche Bank ein sogenanntes „Deferred Prosecution Agreement“ mit dreijähriger Laufzeit. Dieses beinhaltet neben anderen Punkten, dass die Deutsche Bank der Einreichung einer Anklage in zwei Punkten im United States District Court für den District of Connecticut zustimmt, in welcher der Deutsche Bank „Wire-Fraud“ und ein Verstoß gegen den Sherman-Act im Zusammenhang mit Preisfixings vorgeworfen wird. Als weiteren Teil sieht die Vereinbarung vor, dass die DB Group Services (UK) Ltd. (eine indirekt gehaltene, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) mit dem DOJ eine Schuldanerkenntnisvereinbarung trifft, in der die Gesellschaft sich verpflichtet, sich in einer im selben Gericht erhobenen Anklage wegen „Wire-Fraud“ schuldig zu bekennen. Die Deutsche Bank hat Rückstellungen für eine Geldstrafe von 150 Mio US-\$ gebildet, welche die Deutsche Bank (vorbehaltlich der Zustimmung des Gerichts) gemäß der Schuldanerkenntnisvereinbarung innerhalb von zehn Geschäftstagen nach Verkündung des Urteils gegen die DB Group Services (UK) Ltd. zahlen wird. (Der Geldbetrag in Höhe von 150 Mio US-\$ ist in den Strafzahlungen über 2,175 Mrd US-\$ enthalten, auf den im vorangegangenen Absatz Bezug genommen wird.) Das Urteil gegen die DB Group Services (UK) Ltd. soll nach aktuellem Stand am 7. Oktober 2016 gesprochen werden.

Andere aufsichtsbehördliche Untersuchungen gegen die Deutsche Bank, welche die Festsetzungen verschiedener weiterer Interbankenzinssätze betreffen, bleiben anhängig, und die Deutsche Bank bleibt weiteren aufsichtsbehördlichen Maßnahmen ausgesetzt. Der Konzern hat für bestimmte aufsichtsbehördliche Ermittlungen eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Überblick über zivilrechtliche Verfahren. Die Deutsche Bank ist Partei von 47 zivilrechtlichen Verfahren betreffend die Manipulation hinsichtlich der Festsetzung von verschiedenen Interbanken-Zinssätzen, die in den folgenden Absätzen beschrieben werden. Die meisten der zivilrechtlichen Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren wurden beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Banken eingereicht. Alle bis auf sechs dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten aufgrund von Manipulationen bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Die sechs zivilrechtlichen Klagen gegen die Deutsche Bank, die keinen Bezug zum US-Dollar-LIBOR haben, sind ebenfalls beim SDNY anhängig und umfassen zwei Klagen betreffend den Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR, eine Klage betreffend den EURIBOR, zwei Klagen betreffend den GBP-LIBOR-Zinssatz und eine Klage betreffend den CHF-LIBOR.

Mit einer Ausnahme werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen, die beim SDNY anhängig sind, in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation) behandelt. Dieser umfasst 33 Verfahren gegen die Deutsche Bank und andere Beklagte: zehn Sammelklagen und 23 Einzelklagen. Eine dieser Einzelklagen besteht aus zehn Klagen, die von den Klägern in einer Klageschrift zusammengefasst wurden, und die daher hier als eine Klage erörtert wird. Sechs Klagen, die ursprünglich Teil der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation waren, wurden abgewiesen, und eine zusammengefasste Berufungsklage ist vor dem US Court of Appeals for the Second Circuit anhängig. Mehrere andere Klagen, die Teil der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation sind, wurden teilweise abgewiesen und sind ebenfalls Teil der zusammengefassten Berufungsklage. Ferner ist eine Sammelklage betreffend den US-Dollar LIBOR, die nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehört, abgewiesen worden, für die nun die Berufung vor dem US Court of Appeals for the Ninth Circuit anhängig ist.

Die Schadensersatzansprüche der 47 zivilrechtlichen Klagen, die oben dargestellt wurden, stützen sich auf verschiedene rechtliche Grundlagen einschließlich der Verletzung des US Commodity Exchange Act (CEA), kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) und anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze. In allen bis auf fünf Fällen wurde die Höhe des Schadensersatzes nicht formell von der Gegenpartei festgelegt. Bei den fünf Fällen, bei denen spezifische Schadensersatzforderungen gestellt wurden, handelt es sich um Einzelklagen, die zur US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst wurden. Die Gesamthöhe des von allen Beklagten, einschließlich der Deutsche Bank, geforderten Schadensersatzes beläuft sich auf mindestens 1,25 Mrd US-\$. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

US-Dollar-LIBOR. Zwischen März 2013 und Juni 2014 hat das Gericht bei drei Entscheidungen in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation Klageabweisungsanträgen teilweise stattgegeben und sie teilweise abgelehnt, die sich auf

die sechs zuerst eingereichten Klagen beziehen (drei Sammelklagen und drei Einzelklagen). Das Gericht hat einigen Ansprüchen unter dem CEA sowie bestimmten landesrechtlichen Ansprüchen und Ansprüchen wegen ungerechtfertigter Bereicherung stattgegeben, während es bestimmte Ansprüche unter dem CEA als verjährt abwies sowie alle Ansprüche, die auf Bundes- und Landeskartellrecht und auf dem RICO basieren, ablehnte. Dies führte zu der vollständigen Abweisung von vier Klagen (eine Sammelklage und drei Einzelklagen) und der teilweisen Abweisung von zwei Klagen (beides Sammelklagen). Für eine der vier vollständig abgewiesenen Klagen ist Berufung eingelegt worden als Teil der zusammengefassten Berufungsklage, die unten erläutert wird. In den anderen drei vollständig abgewiesenen Fällen hat der US Court of Appeals for the Second Circuit die Berufungen der Kläger als nicht fristgerecht abgewiesen, und der US Supreme Court hat im Oktober 2015 die Anträge der Kläger, die Berufungsabweisung durch den US Court of Appeals for the Second Circuit zu überprüfen, abgewiesen. Unabhängig davon und vor der Entscheidung des US Supreme Court im Oktober 2015 haben die Kläger dieser drei Klagen am 10. Februar 2015 weitere Berufungsanträge gestellt und die Beklagten haben die Abweisung beantragt.

Verschiedene weitere in eigenem Namen handelnde Kläger haben Klagen gegen die Deutsche Bank eingereicht. Am 4. August 2015 veröffentlichte das Gericht ein Gutachten zu einigen der 23 in der US-Dollar-LIBOR MDL zusammengeführten Einzelklagen. Die Deutsche Bank ist Beklagte in 17 dieser Fälle. Mehrere Ansprüche hinsichtlich bestimmter Parteien, einschließlich einer Tochtergesellschaft der Deutsche Bank, wurden mangels gerichtlicher Zuständigkeit abgewiesen. Andere Ansprüche wurden hinsichtlich aller Parteien abgewiesen, einschließlich kartellrechtlicher Ansprüche, Ansprüche nach dem RICO, aufgrund unlauteren Zusammenwirkens, Verbraucherschutz, unlauterer Geschäftspraktiken und einzelstaatlicher Ansprüche auf Unterlassung und billige Entschädigung. Vertragliche und deliktsrechtliche Ansprüche von bestimmten Gegenparteien, mit denen die Deutsche Bank direkte Geschäftskontakte hatte, sind gegen die Deutsche Bank weiterhin anhängig. Bei einigen Ansprüchen hat das Gericht Rechtsprinzipien erläutert und die Parteien in erster Linie um den Versuch einer Absprache darüber gebeten, welche Ansprüche fortbestehen sollen. Am 21. Januar 2016 haben die Parteien nach Aufforderung des Gerichts eine Klageerwidmung eingereicht.

Einige der Kläger in diesen Einzelklagen haben vom Gericht die Erlaubnis erhalten, bezüglich ihrer bundeskartellrechtlichen Ansprüche in Berufung zu gehen. Diese Kläger haben, zusammen mit Klägern der zuerst eingereichten Sammelklagen, die oben erläutert werden, Berufungen beim US Court of Appeals for the Second Circuit eingelegt. Teil der zusammengefassten Berufung sind auch zwei Sammelklagen, die sich nur auf Ansprüche aus Bundeskartellrecht stützen und die auf Antrag der Kläger abgewiesen wurden, so dass sie Teil der Berufung werden konnten. Der US Court of Appeals for the Second Circuit hat dem Antrag der Beklagten auf Zusammenführung stattgegeben, und die Erläuterung der Gerichtsentscheidung wurde am 17. August 2015 abgeschlossen. Die mündliche Verhandlung fand am 13. November 2015 statt. Einige andere Sammelklagen, die sich auf Ansprüche aus Bundeskartellrecht stützen, ruhen bis zur Entscheidung über die Berufung.

Kläger in dem von Hauseigentümern und Kreditgebern angestregten Sammelklagen haben ebenfalls Klagen gegen die Deutsche Bank eingereicht, die in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst wurden. Am 3. November 2015 hat das Gericht ein Gutachten veröffentlicht, mit dem alle Ansprüche klagender Kreditgeber abgewiesen wurden, mit Ausnahme der Ansprüche eines Klägers. Das Gericht wies die Parteien an, auf erstinstanzlicher Ebene zu erörtern, für welche der geltend gemachten Ansprüche eine gerichtliche Zuständigkeit besteht. Das Gericht wies sämtliche Ansprüche klagender Hauseigentümer wegen Unzuständigkeit ab. Am 17. November 2015 reichten die klagenden Kreditgeber eine erweiterte Klage sowie ein Begleitschreiben bezüglich der zusätzlichen Erweiterungen ein. Die Beklagten wiesen die Klagen zurück.

Das Sammelklagen gegen die Deutsche Bank von Klägern, die behaupten, sie hätten mit auf US-Dollar lautenden LIBOR-bezogenen börsengehandelten Finanzinstrumenten gehandelt (die „Börsenhandel-Kläger“), ist ebenfalls in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst worden. Am 29. Juni 2015 ersuchten die Börsenhandel-Kläger um das Recht, ihre Klage zu erweitern und neue Vorwürfe in Bezug auf die Vergleichsvereinbarungen zum LIBOR zu machen, welche die Deutsche Bank am 23. April 2015 mit dem DOJ, der CFTC, dem NYDFS und der FCA geschlossen hatte. In der vorgeschlagenen erweiterten Klage würden auch zwei Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, die DB Group Services (UK) Ltd. und die Deutsche Bank Securities Inc., als Beklagte genannt. Im Dezember 2015 lehnten verschiedene Beklagte, einschließlich der Deutschen Bank, die beantragten Erweiterungen ab. Am 29. Oktober 2015 hatte das Gericht einen Antrag der Börsenhandel-Kläger auf das Recht zur Überprüfung von Aspekten

seiner früheren Gutachten abgelehnt und wies ihren Antrag auf Zulassung einer Zwischenberufung ab. Am 3. November 2015 veröffentlichte das Gericht ein Gutachten zum Antrag der Beklagten auf Abweisung der Behauptungen der Börsenhändler-Kläger, das Gericht sei nicht zuständig. Das Gericht wies jedoch die Parteien an, auf erstinstanzlicher Ebene zu erörtern, welche Ansprüche im Hinblick auf die gerichtliche Zuständigkeit haltbar sind. Diese Entscheidung bezieht sich nicht direkt auf die beabsichtigte erweiterte Klage der Börsenhandel-Kläger. Das Beweisverfahren (discovery) dauert an.

Die Kläger, die Beteiligte an einem als Sammelverfahren bezeichneten Verfahren vertreten, welche maßgeblich mit auf US-Dollar lautenden LIBOR-bezogenen nicht-börsengehandelten Finanzinstrumenten gehandelt haben (OTC-Kläger), reichten am 23. November 2015 eine beabsichtigte erweiterte Klage ein. Die Beklagten erhoben gegen die beabsichtigten Klageerweiterungen der Kläger am 18. Dezember 2015 Einspruch.

Das Gericht hat in einem zusätzlichen Verfahren zum US-Dollar-LIBOR, das getrennt von der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation vor dem SDNY verhandelt wird, den Klageabweisungsanträgen der Beklagten stattgegeben. Der Kläger hat einen Antrag auf Erweiterung seiner Klage eingereicht.

Die Deutsche Bank wurde darüber hinaus als Beklagte in einer US-Dollar-LIBOR-Klage vor dem Central District of California benannt. Das Gericht hat dem Klageabweisungsantrag der Deutsche Bank stattgegeben. Der Kläger legt zurzeit Berufung vor dem U. S. Court of Appeals for the Ninth Circuit ein, und die Erläuterung der Gerichtsentscheidung wurde am 8. Januar 2016 abgeschlossen.

Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR. Gegen die Deutsche Bank und andere Banken wurde eine Sammelklage vor dem SDNY wegen des Vorwurfs der Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR eingereicht. Am 31. März 2015 hat das Gericht einem Antrag des Klägers, seine Klage zu erweitern, teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Ferner hat das Gericht Anträge des Klägers auf Geltendmachung von Ansprüchen gemäß RICO sowie auf die Aufnahme zweier weiterer namentlich genannter Kläger abgewiesen. Am 18. Dezember 2015 hat der Kläger eine dritte erweiterte Klage eingereicht. Am 8. Januar 2016 hat das Gericht die dritte erweiterte Klage abgewiesen, da sie über die vom Gericht in seinem Urteil vom 31. März 2015 genehmigten Erweiterungen hinausgegangen ist. Am 28. Januar 2016 haben die Kläger die Einreichung einer erneuten dritten erweiterten Klage beantragt. Die Beklagten erwiderten auf diesen Antrag am 18. Februar 2016.

Am 24. Juli 2015 wurde beim SDNY eine zweite Sammelklage gegen die Deutsche Bank und eine Tochtergesellschaft, die DB Group Services (UK) Ltd., sowie gegen andere Banken und „Interdealer“-Broker eingereicht. Den Beklagten wird Manipulation des Yen-LIBOR und des Euroyen-TIBOR vorgeworfen. Am 18. Dezember 2015 haben die Kläger eine erweiterte Klage eingereicht. Die Anträge auf Abweisung der Klage wurden am 1. Februar 2016 eingereicht.

EURIBOR. Gegen die Deutsche Bank und eine Tochtergesellschaft, DB Group Services (UK) Ltd., wurde ebenfalls ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren wegen des Vorwurfs der Manipulation des EURIBOR angestrengt, das beim SDNY anhängig ist. Ein Antrag auf Abweisung der erneuten erweiterten Klage wurde im Oktober 2015 eingereicht und ist weiter anhängig.

Pfund Sterling (GBP)-Libor. Die Deutsche Bank wurde am 6. Mai 2015 als Beklagte in einer beim SDNY anhängigen Sammelklage wegen des Vorwurfs der Manipulation des Pfund Sterling (GBP)-LIBOR benannt. Die Anträge der Beklagten auf Klageabweisung wurden am 13. November 2015 eingereicht.

Die Deutsche Bank wurde am 21. Januar 2016 als Beklagte in einer weiteren beim SDNY anhängigen Sammelklage wegen des Vorwurfs der Manipulation des Pfund Sterling (GBP)-LIBOR benannt. Am 11. Februar 2016 hat das Gericht die zwei Verfahren verbunden.

Schweizer Franken (CHF)-LIBOR. Am 19. Juni 2015 wurden die Deutsche Bank und eine Tochtergesellschaft, DB Group Services (UK) Ltd., als Beklagte in einer Sammelklage beim SDNY wegen des Vorwurfs der Manipulation des Schweizer Franken (CHF)-LIBOR benannt. Anträge auf Klageabweisung wurden im August 2015 eingereicht und sind weiter anhängig.

CLN-Ansprüche von Kaupthing. Im Juni 2012 hat die Kaupthing hf, eine isländische Aktiengesellschaft, (vertreten durch den Liquidationsausschuss) auf isländisches Recht gestützte Anfechtungsklagen über circa 509 Mio € (plus Zinsen basierend auf Schadensquote und Sanktionszins) gegen die Deutsche Bank in Island und England erhoben. Die geltend gemachten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit Credit Linked Notes auf Kaupthing, welche die Deutsche Bank im Jahr 2008 an zwei British Virgin Island Spezialvehikel („SPVs“) herausgegeben hat. Diese SPVs gehörten letztlich sehr vermögenden Privatpersonen. Kaupthing behauptet, die Deutsche Bank habe gewusst oder hätte wissen müssen, dass Kaupthing selbst den Risiken aus den Transaktionen ausgesetzt war, weil sie die SPVs finanziert habe. Es wird behauptet, Kaupthing könne die Transaktionen aus verschiedenen Gründen anfechten, da die Transaktionen unter anderem deshalb unzulässig waren, weil es Kaupthing so möglich war, direkten Einfluss auf die Quotierung eigener CDS (Credit Default Swaps) und damit eigener börsennotierter Anleihen zu nehmen. Im November 2012 wurde eine weitere, auf englisches Recht gestützte Klage (gestützt auf Vorwürfe, die den Vorwürfen der auf isländisches Recht gestützten Klagen vergleichbar sind) gegen die Deutsche Bank in London erhoben. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwiderung für die isländischen Verfahren im Februar 2013 eingereicht und verteidigt sich weiter. Im Februar 2014 wurden die in England anhängigen Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung in den isländischen Verfahren ausgesetzt. Darüber hinaus wurden der Deutsche Bank von den SPVs und deren Abwicklern im Dezember 2014 weitere Klagen zugestellt, die sich auf eine weitgehend vergleichbare Anspruchsbegründung stützen, sich auf CLN-Transaktionen beziehen und sich gegen die Deutsche Bank und weitere Beschuldigte in England richten. Die SPVs fordern ferner einen Betrag von rund 509 Mio € (zuzüglich Zinsen), obwohl der Zinsbetrag niedriger ist als in Island. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwiderung in diesen Verfahren eingereicht und verteidigt sich weiter. Die Deutsche Bank erwartet nicht, dass die von den SPVs erhobenen Klagen die Höhe der möglichen Verpflichtungen der Bank im Zusammenhang mit den CLN-Transaktionen über die bereits von Kaupthing unmittelbar erhobenen Ansprüche hinaus erhöhen. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten angesetzt hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I weiterhin gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutsche Bank AG sowie gegen das aktuelle Vorstandsmitglied Jürgen Fitschen. Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutsche Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutsche Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre 2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Das Hauptermittlungsverfahren gegen Jürgen Fitschen und verschiedene ehemalige Vorstandsmitglieder ist abgeschlossen. Am 6. August 2014 wurde formell Anklage gegen alle Beschuldigten erhoben. Das Verfahren hat am 28. April 2015 begonnen und Gerichtstermine sind bis April 2016, jeweils einen Tag in der Woche, angesetzt. Das Gericht ordnete die Nebenbeteiligung der Deutsche Bank AG an, was zur Auferlegung eines Bußgelds gegen die Bank führen könnte.

Die Ermittlungen gegen das ehemalige Vorstandsmitglied Dr. Stephan Leithner dauern noch an.

Die Staatsanwaltschaft wirft Jürgen Fitschen und dem ehemaligen Vorstandsmitglied Dr. Stephan Leithner vor, versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in einem der Kirch-Zivilverfahren tätigen Rechtsanwältinnen in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen. Nach deutschem Recht haben die Parteien eines Zivilverfahrens die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass alle vor Gericht abgegebenen Erklärungen über tatsächliche Umstände vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Die Anklage gegen Jürgen Fitschen und die Ermittlungen gegen Dr. Stephan Leithner werden geführt, weil ihnen – im Gegensatz zu ihren derzeitigen Vorstandskollegen – vorgeworfen wird, dass sie Spezialwissen oder -verantwortung im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren gehabt haben sollen. Das Verfahren gegen sonstige ehemalige Vorstandsmitglieder beruht auf dem Vorwurf, dass diese vor dem Oberlandesgericht München falsch ausgesagt haben sollen.

Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Deutsche Bank AG haben Gutachten von einer internationalen Rechtsanwaltskanzlei sowie von einem ehemaligen Präsidenten eines führenden deutschen Berufungsgerichts eingeholt. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass für die strafrechtlichen Vorwürfe der Staatsanwaltschaft gegen Herrn Fitschen und Dr. Stephan Leithner keine Grundlage besteht. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft München.

Der Konzern geht davon aus, dass diese Verfahren keine erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf ihn haben und hat daher diesbezüglich keine Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd € verkauft hatte, der Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstellen von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremde Wirtschaftsstraftatsverstoße sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsengehandelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Am 25. Januar 2016 hat das Seoul Central District Court einen DSK-Händler sowie DSK für schuldig erklärt. Gegen DSK wurde eine Geldstrafe in Höhe von 1,5 Mrd KRW (weniger als 2,0 Mio €) verhängt. Das Gericht ordnete darüber hinaus die Einziehung der Gewinne aus der in Rede stehenden Handelstätigkeit an. Der Konzern hat die Gewinne aus den zugrunde liegenden Handelsaktivitäten 2011 abgeführt. Sowohl die Strafverfolgungsbehörde als auch die Angeklagten können Berufung gegen das Strafurteil einlegen.

Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. In einigen dieser Fälle sind seit dem vierten Quartal 2015 erstinstanzliche Gerichtsurteile gegen die Bank und die DSK ergangen. Die derzeit bekannten offenen Forderungen haben einen Gesamtforderungsbetrag von weniger als 80 Mio € (nach aktuellem Wechselkurs). Der Konzern hat für diese anhängigen Zivilverfahren eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities und Untersuchungen. *Regulatorische und regierungsbehördliche Verfahren.* Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der U.S. Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Der Konzern hat für einige, aber nicht alle dieser aufsichtsbehördlichen Ermittlungen Rückstellungen gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank war Beklagte in einer vom US-Bundesstaat Virginia erhobenen Zivilklage, in der Ansprüche wegen Betrugs und Verstoßes gegen den Virginia Fraud Against Taxpayers Act geltend gemacht werden, nachdem der Rentenfonds des Staates Virginia (Virginia Retirement System – VRS) durch die Deutsche Bank emittierte oder garantierte RMBS gekauft hatte. Dieses Verfahren wurde im vierten Quartal 2015 zu einem für die Deutsche Bank nicht wesentlichen Betrag abgeschlossen.

Zivilrechtliche Verfahren als Emittent und Platzeur. Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren von Privatpersonen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen, einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS, benannt. Zu diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere und Klagen von Treuhändern im Namen von RMBS-Treuhandvermögen. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien. Der Konzern hat Rückstellungen für einige, jedoch nicht alle dieser zivilrechtlichen Fälle gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank war Beklagte in Sammelklagen, die sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von der IndyMac MBS, Inc. begebener RMBS beziehen. Am 8. September 2014 vereinbarten die Deutsche Bank und bestimmte weitere Finanzinstitute als Beklagte sowie die Hauptkläger, das Verfahren durch einen Vergleich beizulegen. Am 30. September 2014 erging ein gerichtlicher Entscheid zur Genehmigung und Bekanntmachung des Vergleichs. Am 23. Februar 2015 erließ das Gericht eine Anordnung, wonach der Vergleich genehmigt und die Klage abgewiesen ist. Laut Vergleichsvereinbarung haben die Beklagten insgesamt 340 Mio US-\$ gezahlt. Die von der Deutsche Bank anteilig zu leistende Vergleichszahlung ist nicht wesentlich. Pacific Investment Management Company, LLC („PIMCO“) reichte am 25. März 2015 eine Beschwerde gegen die Anordnung des Gerichtes vom 23. Februar 2015 ein, zog die Beschwerde jedoch am 11. Juni 2015 wieder zurück.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer Sammelklage, die sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Novastar Mortgage Corporation begebener RMBS bezieht. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgetragen. Am 5. Februar 2015 hob das Gericht per Urteil seine frühere Entscheidung auf, mit der fünf der sechs RMBS-Angebote von der Klage ausgeschlossen worden waren. Das Gericht ordnete an, dass die Kläger ihre Klage um die zuvor abgewiesenen Angebote erweitern. Am 9. März 2015 reichte der Hauptkläger seine dritte erweiterte Klage gemäß dem Gerichtsurteil vom 5. Februar 2015 ein. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft.

Die Deutsche Bank ist zurzeit Beklagte in verschiedenen Verfahren, die keine Sammelklagen sind und die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen eingeleitet wurden. Zu diesen Parteien gehören: (1) Aozora Bank, Ltd. (Schadensersatzforderungen von 61 Mio US-\$ gegen die Deutsche Bank); (2) Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als Zwangsverwalter (receiver) für: a) Colonial Bank (in einer von zwei getrennten Klagen, Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 189 Mio US-\$ gegen alle Beklagten), b) Franklin Bank S.S.B. und Guaranty Bank (Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 901 Mio US-\$ gegen alle Beklagten) und c) Citizens National Bank und Strategic Capital Bank (in einer von zwei getrennten Klagen, Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 66 Mio US-\$ gegen alle Beklagten); (3) Federal Home Loan Bank of San Francisco; (4) Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der ehemaligen WestLB AG entweder geschaffen oder geführt werden) und (5) Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben). Sofern nicht anders angegeben, wurde die genaue Höhe des geforderten Schadensersatzes in den Klageschriften nicht detailliert angegeben.

Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutsche Bank auf Abweisung der Klage seitens Aozora Bank, Ltd. in Bezug auf eine forderungsbesicherte Schuldverschreibung (Collateralized Debt Obligation – CDO) der Blue Edge ABS CDO, Ltd. statt. Am 31. März 2015 wies das Gericht den Antrag seitens Aozora Bank, Ltd., die Klage erneut zu verhandeln oder als Alternative eine erweiterte Klage einzureichen, ab. Am 29. April 2015 reichte die Aozora Bank, Ltd. Rechtsmittel hiergegen ein. Das Rechtsmittelverfahren begann am 5. Oktober 2015 und dauert noch an. Die

Deutsche Bank ist weiterhin gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von der Aozora Bank, Ltd. angestregten Verfahren. Am 14. Oktober 2015 gab das Gericht den Anträgen der Beklagten auf Klageabweisung teilweise statt beziehungsweise lehnte diese teilweise ab. Am 30. Oktober 2015 reichten die Beklagten Rechtsmittel ein. Das Beweisverfahren hat noch nicht begonnen.

Im Jahr 2012 reichte die FDIC als Zwangsverwalter („receiver“) für die Colonial Bank, die Franklin Bank S.S.B., die Guaranty Bank, die Citizens National Bank und die Strategic Capital Bank einige Klagen gegen verschiedene Underwriter, unter anderem die Deutsche Bank, in unterschiedlichen Bundesgerichten ein. Die Klagen basieren auf angeblichen Ansprüchen nach Sections 11 und 12(a)(2) des Securities Act of 1933, sowie Article 581–33 des Texas Securities Act. Jede dieser Klagen wurde als verjährt abgewiesen. Die FDIC hat gegen diese Entscheidungen beim Zweiten, Fünften und Neunten Circuits Courts of Appeal Rechtsmittel eingelegt. Die Verfahren vor dem Zweiten und Neunten Circuits Courts of Appeal sind noch anhängig. Am 10. August 2015 hob der Court of Appeals for the Fifth Circuit den Beschluss des District Court auf, die Ansprüche der FDIC wegen Verjährung abzuweisen. Am 24. August 2015 reichten die Deutsche Bank und die anderen Beklagten in dieser Angelegenheit einen Antrag auf erneute Anhörung im Plenum („en banc“) ein. Am 11. September 2015 lehnte der Court of Appeals for the Fifth Circuit diesen Antrag ab. Am 10. Dezember 2015 reichten die Deutsche Bank und andere Beklagte beim United States Supreme Court einen Revisionsantrag (petition for a writ of certiorari) gegen die Entscheidung des Court of Appeals for the Fifth Circuit, die Abweisung der Klage seitens des District Court aufzuheben, ein.

Am 22. Januar 2015 stimmte die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung mit der Deutsche Bank zu, Ansprüche, die sie gegen die Deutsche Bank in Bezug auf sieben RMBS-Angebote geltend gemacht hatte, ohne Recht auf erneute Klageerhebung fallen zu lassen. Am 26. Januar 2015 erließ die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung zwischen der Federal Home Loan Bank of San Francisco und Countrywide die Anweisung, die Ansprüche gegen die Deutsche Bank seitens der Federal Home Loan Bank of San Francisco in Bezug auf 15 Angebote von mit Countrywide verbundenen Unternehmen rechtskräftig einzustellen. Nach Dafürhalten der Deutsche Bank wurde die Klage in Bezug auf diese 15 Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank ist nach wie vor Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot und zwei Angeboten, die als Weiterverbriefung von RMBS-Zertifikaten beschrieben wurden. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgetragen. Die Klage befindet sich im Stadium des Beweisverfahrens (Discovery).

Die Residential Funding Company hat eine Klage auf Rückkauf der Darlehen gegen die Deutsche Bank eingereicht. Gegenstand der Klage ist die Verletzung von Garantien und Gewährleistungen betreffend Darlehen, die an die Residential Funding Company verkauft wurden, sowie Schadensersatz für Schäden, die der Residential Funding Company infolge von RMBS-bezogenen Klagen und Ansprüchen entstanden sind, die gegen die Residential Funding Company geltend gemacht wurden. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben über die Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 8. Juni 2015 hat das Gericht den Antrag der Deutsche Bank, einige der Ansprüche abzuweisen, abgelehnt. Ebenfalls am 8. Juni 2015 hat die Deutsche Bank die Abweisung weiterer Ansprüche beantragt. Am 29. September 2015 lehnte das Gericht den zweiten Klageabweisungsantrag der Deutsche Bank ab. Das Beweisverfahren (Discovery) ist noch nicht abgeschlossen.

Am 19. Dezember 2014 wurde eine Vereinbarung eingereicht, gemäß der die Ansprüche gegen die Deutsche Bank endgültig abgewiesen wurden, die Mass Mutual Life Insurance Company im Zusammenhang mit Angeboten seitens mit Countrywide verbundener Unternehmen geltend gemacht hatte. Nach Dafürhalten der Deutsche Bank wurde die Klage in Bezug auf diese Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank war Beklagte in einem getrennten Verfahren, das Mass Mutual Life Insurance Company zu Zertifikaten angestregt hat, die nicht von mit Countrywide verbundenen Unternehmen begeben wurden. Am 22. Juli 2015 schlossen die Deutsche Bank und Mass Mutual Life Insurance Company eine Vergleichsvereinbarung, mit der alle anhängigen Klageverfahren beigelegt wurden. Am 11. August 2015 zahlte die Deutsche Bank die Vergleichssumme, und am 15. August 2015 wies das Gericht die Klagen ab. Die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Deutsche Bank waren nicht materiell.

Am 20. April 2011 reichte die Federal Home Loan Bank of Boston eine Klage gegen zahlreiche Gesellschaften ein, darunter die Deutsche Bank und stellte eine Vielzahl von Ansprüchen gemäß dem Massachusetts Uniform Securities

Act sowie verschiedenen anderen Gesetzen und Bestimmungen des Common Law in Massachusetts. Die Klageschrift enthielt keine Angaben über die genaue Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 16. Oktober 2015 unterzeichneten die Parteien eine Vergleichsvereinbarung zur Beilegung der Angelegenheit. Am 27. Oktober 2015 reichte die Federal Home Loan Bank of Boston einen Antrag auf Klagerücknahme ohne Recht auf erneute Klageerhebung (voluntary dismissal with prejudice) ein. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Am 22. September 2015 haben die Deutsche Bank und die Federal Home Loan Bank of Des Moines als Rechtsnachfolgerin der Federal Home Loan Bank of Seattle eine Vergleichsvereinbarung geschlossen und alle Ansprüche in Bezug auf die besagte Anleihe beigelegt. Am 12. Oktober 2015 hat das Gericht die Angelegenheit auf Forderung der Parteien für erledigt erklärt. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Die Deutsche Bank und Monarch Alternative Capital LP sowie bestimmte seiner Beratungskunden und verwalteten Investmentvehikel (Monarch) einigten sich am 18. Dezember 2014 darauf, der HSBC Bank USA, National Association (HSBC), eine Vergleichsvereinbarung zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten zu drei RMBS-Treuhandvermögen anzubieten. Nachdem die Mehrheit der Zertifikateinhaber eingewilligt hatte, stimmte HSBC am 13. Juli 2015 der Vergleichsvereinbarung zu, und die Klagen wurden am 27. Juli 2015 zurückgezogen. Ein wesentlicher Teil der Vergleichsgelder wurde von einer nicht an dem Verfahren beteiligten Drittpartei gezahlt. Die wirtschaftlichen Nettoauswirkungen des Vergleichs waren nicht wesentlich für die Deutsche Bank. Am 17. Juni 2015 gab das Gericht dem Antrag der Beklagten, die RMBS-bezogenen Ansprüche der Commerzbank AG gegen die Deutsche Bank und einige andere Finanzinstitutionen abzuweisen, statt. Dagegen legte die Commerzbank AG am 24. Juli 2015 Beschwerde ein, zog diese jedoch am 17. August 2015 zurück.

Im März 2012 haben die RMBS Recovery Holdings 4, LLC und die VP Structured Products, LLC im Staat New York Klage gegen die Deutsche Bank eingereicht, die auf angeblichen Verletzungen von Garantien und Gewährleistungen seitens der Deutsche Bank im Zusammenhang mit Hypothekendarlehen in der ACE Securities Corp. 2006-SL2 RMBS-Emission (offering) beruht. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben zur genauen Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 13. Mai 2013 wies das Gericht den Antrag der Deutsche Bank auf Klageabweisung als verspätet zurück. Am 19. Dezember 2013 hob das Berufungsgericht die Entscheidung des Gerichts auf und wies die Klage ab. Am 11. Juni 2015 bestätigte der New York Court of Appeals die Entscheidung des Berufungsgerichts. Das Gericht führte aus, dass das für die Klägerin klagebegründende Ereignis mehr als sechs Jahre vor dem Zeitpunkt stattgefunden hatte, zu dem die Ansprüche geltend gemacht wurden, und die Klage deshalb verjährt wäre.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einem Verfahren, das von Sealink Funding Ltd. angestrengt wurde. Dieses Unternehmen ist aus dem Bailout der Landesbank Sachsen als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der Sachsen Landesbank und ihren Tochtergesellschaften geschaffen und/oder geführt werden, entstanden. Im dritten und vierten Quartal 2015 legte Sealink Funding Ltd. erfolglos Berufung gegen ein Urteil ein, mit dem seine Ansprüche gegen Morgan Stanley in einer anderen ähnlichen Klage wegen fehlender Klagebefugnis (lack of standing) abgewiesen worden waren. In seiner Begründung für die Ablehnung der Berufung von Sealink Funding Ltd. erklärte das Berufungsgericht, dass die Kauf- und Verkaufsvereinbarungen, auf deren Grundlage Sealink Funding Ltd. die streitigen Wertpapiere erworben hatte, keine rechtsgültige Übertragung deliktsrechtlicher Ansprüche darstellten. Die Entscheidung des Berufungsgerichts galt ebenfalls für die von Sealink Funding Ltd. gegen die Deutsche Bank erhobenen Ansprüche, da Sealink Funding Ltd. die in der Klage gegen die Bank aufgeführten Wertpapiere über dieselbe Kauf- und Verkaufsvereinbarung erworben hatte, die auch Gegenstand des Morgan Stanley-Falls gewesen war. Am 21. Dezember 2015 zog Sealink Funding Ltd. seine Ansprüche ohne Recht auf erneute Klageerhebung zurück.

Die Deutsche Bank war Beklagte in einem von Texas County & District Retirement System angestregten Zivilverfahren, in dem Ansprüche wegen Betrugs und Verstößen gegen Common Law im Zusammenhang mit dem Kauf von vier RMBS-Schuldverschreibungen durch Texas County & District Retirement System geltend gemacht, die von der Deutsche Bank platziert worden waren. Am 18. November 2015 erzielten die Deutsche Bank und Texas County & District Retirement System eine Einigung zu deren Ansprüchen gegen die Deutsche Bank. Am 3. Dezember 2015 erließ der District Court eine Entscheidung, die Klage ohne Recht auf erneute Klageerhebung abzuweisen. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Die Deutsche Bank war Beklagte in einem von der Charles Schwab Corporation erhobenen Zivilverfahren, mit dem diese ihren Erwerb eines einzelnen landesweit begebenen RMBS-Zertifikats rückgängig machen wollte. Im vierten Quartal 2015 erzielte die Bank of America, welche die Deutsche Bank in dem Fall von der Haftung freistellte, eine Vereinbarung zugunsten der Deutsche Bank zur Beilegung der Klage in Bezug auf das streitige einzelne Zertifikat. Am 25. Januar 2016 beantragte die Charles Schwab Corporation bezüglich Deutsche Bank Securities Inc. die Verfahrenseinstellung ohne Recht auf erneute Klageerhebung.

Die Deutsche Bank war Beklagte in einem von Knights of Columbus („Knights“) angestregten Schiedsverfahren vor der FINRA. Darin wurden Ansprüche wegen Betrugs, Fahrlässigkeit, der Verletzung von US-amerikanischen Wertpapiergesetzen sowie Branchengesetzen und -standards im Zusammenhang mit sechs Fremdprodukten geltend gemacht, die von der Deutsche Bank platziert worden waren. Am 22. Februar 2016 erzielten die Deutsche Bank und Knights eine Vereinbarung zur Beilegung des Verfahrens. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Deutsche Bank und Amherst Advisory & Management LLC („Amherst“) erzielten am 12. Februar 2016 eine Vereinbarung, um HSBC eine Vergleichsvereinbarung anzubieten, um Klagen wegen Vertragsverletzung bezüglich fünf RMBS-Treuhandvermögen beizulegen. Gemäß der Vereinbarungen mit Amherst, hat Amherst am 17. Februar 2016 HSBC aufgefordert, eine Abstimmung der Zertifikateinhaber über die Annahme oder Ablehnung der Vergleichsangebote für jedes Treuhandvermögen abzuhalten. Ein wesentlicher Anteil des Vergleichsbetrags, der von Deutsche Bank hinsichtlich eines der fünf Treuhandvermögen gezahlt würde, falls das Vergleichsangebot von diesem Treuhandvermögen angenommen werden würde, würde von einem nicht am Verfahren beteiligten Dritten übernommen werden. Die wirtschaftliche Netto-Belastung der Vergleiche ist durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt.

Am 3. Februar 2016 erhob Lehman Brothers Holding, Inc. („Lehman“) eine Klage (adversary proceeding) beim United States Bankruptcy Court for the Southern District of New York gegen, unter anderem, MortgageIT, Inc. („MIT“) und Deutsche Bank AG als vermeintliche Rechtsnachfolgerin von MIT, in der Verstöße gegen Zusicherungen und Garantien geltend gemacht werden, die in bestimmten Darlehenskaufverträgen aus 2003 und 2004 betreffend 63 Hypothekendarlehen enthalten sind, die MIT an Lehman und Lehman wiederum an die Federal National Mortgage Association („Fannie Mae“) und an die the Federal Home Loan Mortgage Corporation („Freddie Mac“) verkaufte. Die Klage zielt auf Ausgleich für Verluste, die Lehman erlitt im Zusammenhang mit Vergleichen, die Lehman mit Fannie Mae und Freddie Mac im Rahmen des Lehman-Insolvenzverfahrens schloss, um Ansprüche betreffend diese Darlehen beizulegen. In der Klage werden keine spezifischen Schäden vorgebracht. Die Frist zur Klageerwiderung ist noch nicht abgelaufen.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung gegen diese Emittenten. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Die Deutsche Bank hat mit einigen Gesellschaften, die Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Klagen könnten wesentliche Auswirkungen auf die Deutsche Bank haben. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit einigen dieser juristischen Personen Vergleiche abgeschlossen, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind.

Zivilrechtliche Verfahren als Treuhänder. Die Deutsche Bank National Trust Company („DBNTC“) und die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“) wurden in Bezug auf ihre Rolle als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen in einem Zivilverfahren von Investoren verklagt.

Am 18. Juni 2014 erhob eine Gruppe von Investoren, einschließlich Fonds, die von Blackrock Advisors LLC, PIMCO-Advisors L.P. und anderen verwaltet werden, eine abgeleitete Klage gegen die DBNTC und DBTCA vor dem New York State Supreme Court, vorgeblich im Namen und zugunsten von 544 im Private-Label-Verfahren verwalteten RMBS-Treuhandvermögen. Dabei werden Ansprüche wegen der behaupteten Verletzung des Trust Indenture Act von 1939 (TIA), Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten und Fahrlässigkeit seitens der DBNTC und DBTCA wegen der angeblichen Nichterfüllung ihrer Pflichten als Treuhänder für die Treuhandvermögen geltend ge-

macht. Die Kläger haben danach ihre Klage vor dem State Court zurückgezogen und im Namen sowie zugunsten von 564 „Private-Label“ RMBS-Treuhandgesellschaften eine abgeleitete Klage sowie eine Sammelklage beim US District Court for the Southern District of New York eingereicht. Die darin genannten Treuhandvermögen sind im Wesentlichen deckungsgleich mit denen in der Klage vor dem State Court. In der Klageschrift wird behauptet, die betreffenden Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste in Höhe von 89,4 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Die DBNTC und die DBTCA reichten einen Antrag auf Klageabweisung ein, dem das Gericht am 19. Januar 2016 teilweise aus prozessualen Gründen stattgab. Was die 500 Treuhandvermögen gemäß den Pooling- und Servicing-Verträgen anbelangt, lehnte das Gericht die Zuständigkeit ab. Das Gericht erließ kein Urteil zu materiell-rechtlichen Einwendungen, die in dem Klageabweisungsantrag geltend gemacht worden waren. Ferner wies das Gericht die Kläger an, gemäß seiner Rechtsprechung eine erweiterte Klage für die verbleibenden 64 Treuhandvermögen einzureichen, die unter Treuhandverträge fallen. Die DBNTC und die DBTCA werden Gelegenheit erhalten, neue Anträge zur Abweisung der erweiterten Klage zu stellen, sobald diese erhoben wurde.

Am 18. Juni 2014 strengte Royal Park Investments SA/NV gegen die DBNTC eine Sammel- und abgeleitete Klage im Namen von Investoren in zehn RMBS-Treuhandvermögen an. Bei dem Verfahren, das vor dem US District Court for the Southern District of New York anhängig ist, werden Ansprüche wegen behaupteter Verstöße gegen den TIA, Vertragsbruchs sowie Vertrauensbruchs aufgrund der angeblichen Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten seitens der DBNTC gegenüber den Treuhandvermögen geltend gemacht. In der Klageschrift von Royal Park wird behauptet, die von den zehn Treuhandvermögen insgesamt erlittenen Verluste beliefen sich auf mehr als 3,1 Mrd US-\$. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Am 3. Februar 2016 gab das Gericht den Ansprüchen der Kläger teilweise statt und lehnte sie teilweise ab. So lehnte es die Ansprüche auf der Grundlage des TIA und daraus abgeleiteter Thesen sowie den Antrag der DBNTC ab, die Ansprüche wegen Vertrags- und Vertrauensbruchs zurückzuweisen. Das Beweisverfahren (Discovery) dauert an.

Am 7. November 2014 reichte das National Credit Union Administration Board („NCUA“) als Investor in 121 RMBS-Treuhandvermögen eine Beschwerde gegen die DBNTC als Treuhänder dieser Vermögen beim US District Court for the Southern District of New York ein. Darin wird der DBNTC wegen der behaupteten Nichterfüllung angeblicher gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen die Verletzung des TIA und des New York Streit Act vorgeworfen. Am 5. März 2015 erweiterte das NCUA seine Klageschrift um Ansprüche als Investor in 97 der 121 RMBS-Treuhandgesellschaften, die Gegenstand der ersten Klage waren. In der erweiterten Klage werden Verstöße gegen den TIA und Streit Act sowie Vertragsbrüche, die Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten, Fahrlässigkeit, grobe Fahrlässigkeit, fahrlässige Falschangaben und Verstöße gegen den Grundsatz von Treu und Glauben behauptet. In der Klageschrift gibt das NCUA an, die betreffenden Treuhandvermögen haben insgesamt Verluste in Höhe von 17,2 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Die DBNTC hat einen Antrag auf Klageabweisung eingereicht, der vollständig vorgetragen, über den jedoch noch nicht entschieden wurde. Das Beweisverfahren (Discovery) wurde ausgesetzt.

Am 23. Dezember 2014 reichten bestimmte CDO-Investmentvehikel (gemeinsam als „Phoenix Light SF Ltd.“ bezeichnet), die von 21 RMBS-Treuhandvermögen begebene RMBS-Zertifikate halten, eine Klage gegen die DBNTC als Treuhänder der Vermögen vor dem US District Court for the Southern District of New York ein. Darin wurden Ansprüche wegen der Verletzung des TIA und Streit Act, Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten, Fahrlässigkeit, grober Fahrlässigkeit und fahrlässiger Falschangaben sowie der angeblichen Nichterfüllung der Pflichten als Treuhänder der Vermögen geltend gemacht. Am 10. April 2015 reichten die CDOs eine Klageerweiterung bezüglich weiterer 34 Treuhandgesellschaften (somit insgesamt 55 Treuhandgesellschaften) ein und am 15. Juli 2015 eine weitere Klageänderung, um zusätzliche Vorwürfe einzubringen. Die CDOs behaupten, die DBNTC sei zu Schadensersatzleistungen von mehr als 527 Mio US-\$ verpflichtet. Die DBNTC hat einen Antrag auf Klageabweisung eingereicht, der vollständig vorgetragen, über den jedoch noch nicht entschieden wurde. Das Beweisverfahren (Discovery) wurde ausgesetzt. Am 2. Februar 2016 ordnete das Gericht gemäß einer schriftlichen Vereinbarung der Parteien an, die Ansprüche in Bezug auf vier der 55 Treuhandvermögen ohne Recht auf erneute Klageerhebung abzuweisen.

Am 24. März 2015 haben die Western and Southern Life Insurance Company sowie fünf verbundene Unternehmen (nachstehend zusammen „Western & Southern“) als Investoren in 18 RMBS-Treuhandvermögen, beim Court of Common Pleas, Hamilton County, Ohio, Klage gegen die DBNTC als Treuhänder von 12 dieser Vermögen eingereicht und

Ansprüche wegen Verstoßes gegen den TIA und Streit Act, Vertragsverstößen, Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten, Fahrlässigkeit, grober Fahrlässigkeit, fahrlässiger Falschangaben, Verstößen gegen die Grundsätze von Treu und Glauben sowie fairen Handelns geltend gemacht. Die Klagebehauptungen stützen sich auf die angebliche Unterlassung der DBNTC, ihre Pflichten als Treuhänder der Vermögen zu erfüllen. Western & Southern behaupten, sie haben Zertifikate der Trusts mit einem Nennwert von mehr als 220 Mio US-\$ erworben, und die betreffenden Treuhandvermögen hätten Verluste von insgesamt 1 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Die DBNTC reichte einen Antrag auf Abweisung der Klage aufgrund fehlender persönlicher Zuständigkeit und mangelnder Geeignetheit des Gerichtsstands (*forum non conveniens*), einen Antrag auf Aussetzung des Falls bis zur Gerichtsentscheidung in vergleichbaren in New York anhängigen Klagen gegen die DBNTC sowie einen Antrag auf Abtrennung der gegen die DBNTC erhobenen Ansprüche von denen gegen ihren Mitangeklagten ein. Am 5. November 2015 lehnte das Gericht die Anträge der DBNTC auf Abweisung und Aussetzung der Klage ab, gab jedoch dem Antrag auf Abtrennung der Klage statt. Nachdem über den ersten Klageabweisungsantrag der DBNTC entschieden worden war, reichte die DBNTC einen weiteren Antrag auf Klageabweisung ein, der sich nun auf eine mangelnde Anspruchsbegründung stützt. Das Beweisverfahren (*Discovery*) dauert an.

Am 23. Dezember 2015 reichte die Commerzbank AG („Commerzbank“) als Investorin in 50 RMBS-Treuhandvermögen eine Klage gegen die DBNTC als Treuhänder der Vermögen vor dem U.S. District Court for the Southern District of New York ein. Darin werden Ansprüche wegen der Verletzung des TIA und New York Streit Act, Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten, Fahrlässigkeit, des Verstoßes gegen den Grundsatz von Treu und Glauben sowie der angeblichen Nichterfüllung der Pflichten als Treuhänder der Vermögen geltend gemacht. Die Commerzbank führt an, die DBNTC habe „Verluste in Höhe von mehreren 100 Mio US-\$ zu verantworten“, die der Commerzbank entstanden seien. Die Klage enthält jedoch keine Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Dieser sowie der Phoenix Light-Fall wurden demselben Richter zugewiesen. Der Richter hat diesen Fall ausgesetzt, bis über den Antrag der DBNTC auf Abweisung der Phoenix Light-Klage entschieden wurde. Dann wird die Commerzbank Gelegenheit haben, ihre Klage anzupassen. Das Beweisverfahren (*Discovery*) hat noch nicht begonnen.

Am 30. Dezember 2015 reichten die IKB International, S.A. in Liquidation und die IKB Deutsche Industriebank A.G. (zusammen als „IKB“ bezeichnet), als Investoren in 37 RMBS-Treuhandvermögen eine Klage vor dem Supreme Court of the State of New York, New York County, gegen die DBNTC und die DBTCA als Treuhänder der Vermögen ein. Es scheint, dass IKB Ansprüche wegen Verletzung des TIA und des New York Streit Act, Vertragsbruchs, Betrugs, betrügerischer und fahrlässiger Falschangaben, Verletzung der treuhänderischen Pflichten, Fahrlässigkeit und ungerechtfertigter Bereicherung geltend machen könnte. Die IKB behauptet offensichtlich, die DBNTC und die DBTCA seien zu Schadensersatzleistungen von mehr als 274 Mio US-\$ verpflichtet. Das Beweisverfahren (*Discovery*) hat noch nicht begonnen.

Der Konzern hält eine Eventualverbindlichkeit für diese sieben Fälle für bestehend, deren Höhe derzeit aber nicht verlässlich eingeschätzt werden kann.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf den Handel mit Edelmetallen und damit zusammenhängende Vorgänge relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei den Untersuchungen und arbeitet in geeigneter Weise mit den entsprechenden Behörden zusammen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen ihrer früheren Beteiligung an der Festlegung von Edelmetall-Benchmarks und anderen Aspekten ihres Handels und sonstigen Geschäfts mit Edelmetallen durch.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die vor dem United States District Court for the Southern District of New York zu zwei Klagen zusammengefasst wurden. Darin wird die Verletzung US-amerikanischen Kartellrechts, des US Commodity Exchange Act und damit in Verbindung stehender einzelstaatlicher Gesetze aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet, der eingeklagte Schadensersatz jedoch nicht beziffert. Die US-Sammelklagen befinden sich noch in frühen Stadien. Die Deutsche Bank hat die Abweisung der noch anhängigen US-Klagen beantragt. Darüber hinaus ist die Deutsche Bank Beklagte in einer Sammelklage, die im Zusammenhang mit Goldgeschäften vor dem Ontario Superior Court of Justice anhängig ist. Die Klageschrift wurde in Ontario am 15.

Januar 2016 eingereicht. Darin wird auf Schadensersatz wegen angeblicher Verstöße gegen den Canadian Competition Act sowie anderer Gründe geklagt.

Der Konzern hat für bestimmte dieser Fälle Rückstellungen gebildet. Er hat weder deren Höhe offengelegt, noch ob er für die anderen Fälle Rückstellungen gebildet oder für irgendeinen Fall Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen wird.

Untersuchungen von Einstellungspraktiken. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Beratern in der Region Asien-Pazifik den US-Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen. Der Konzern hat für bestimmte aufsichtsbehördliche Ermittlungen eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Untersuchung der Handelsgeschäfte in russischen/britischen Aktien. Die Deutsche Bank führt derzeit Untersuchungen im Zusammenhang mit Aktienhandelsgeschäften zwischen Kunden und der Deutsche Bank in Moskau und London durch, die sich gegenseitig gespiegelt haben. Das Gesamtvolumen der zu untersuchenden Transaktionen ist erheblich. Die Untersuchungen der Deutsche Bank bezüglich eventueller Verstöße gegen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie des internen Kontrollsystems sind noch nicht abgeschlossen. Bisher wurden bestimmte Verstöße gegen interne Bankvorschriften und Mängel im Kontrollumfeld der Deutschen Bank festgestellt. Die Deutsche Bank hat die zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden in mehreren Zuständigkeitsbereichen (inklusive Deutschland, Russland, Großbritannien und den USA) über die Untersuchungen informiert. Die Deutsche Bank hat disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Personen eingeleitet und wird weiterhin auch gegen andere Personen vorgehen, falls dies gerechtfertigt ist. Der Konzern hat für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter US-amerikanischer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich der früheren Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie in der Vergangenheit durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht in Einklang standen. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie kein US-Dollar-Neugeschäft mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus bestehenden US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Im Jahr 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Am 3. November 2015 hat die Deutsche Bank mit dem New York State Department of Financial Services und der Federal Reserve Bank of New York Vereinbarungen über den Abschluss ihrer Untersuchungen hinsichtlich der Deutsche Bank geschlossen. Die Deutsche Bank hat an die beiden Behörden 200 Mio US-\$ beziehungsweise 58 Mio US-\$ gezahlt und zugestimmt, bestimmten Mitarbeitern zu kündigen, bestimmte ehemalige Mitarbeiter nicht wieder einzustellen und für ein Jahr einen unabhängigen Monitor einzusetzen. Darüber hinaus hat die Federal Reserve Bank of New York bestimmte Abhilfemaßnahmen angeordnet. Dazu gehört insbesondere die Sicherstellung eines effizienten OFAC Compliance-Programms sowie eine jährliche Überprüfung desselben durch einen unabhängigen Dritten, bis sich die Federal Reserve Bank of New York von deren Effizienz überzeugt hat. Die Untersuchungen der US-Strafverfolgungsbehörden dauern an.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchungen und Ermittlungen im Bereich US-Staatsanleihen. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf Auktionen für und den Handel mit US-Staatsanleihen sowie damit zusammenhängende Marktaktivitäten relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank Securities Inc. ist Beklagte in verschiedenen Sammelklagen vor den United States District Courts for the Southern District of New York, Northern District of Illinois, Southern District of Alabama und District of the Virgin Islands. Darin werden Verstöße gegen das US-amerikanische Kartellrecht, den CEA und Common Law in Bezug auf die vermeintliche Manipulation des Marktes für US Treasuries geltend gemacht. Die Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium. Das Judicial Panel on Multidistrict Litigation hat diese Verfahren zentral auf das Southern District of New York übertragen.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen wird.

30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgrifforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen sind, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Unwiderrufliche Kreditzusagen	174.549	154.446
Eventualverbindlichkeiten	57.325	62.087
Insgesamt	231.874	216.533

Unterstützung durch die öffentliche Hand

Der Konzern beantragt und erhält regelmäßig Unterstützung durch die öffentliche Hand über Gewährleistungen durch Exportversicherungen (Export Credit Agencies; nachstehend „ECAs“). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Wachstumsmärkten und seltener in entwickelten Märkten ab, die der Bereich Structured Trade & Export Finance und kurz-/mittelfristiges Trade Finance Geschäft betreut. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und werden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staates, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen für kurz-, mittel- und langfristige Finanzierungen unterscheiden sich kaum voneinander, da sich die meisten ECAs an den Konsensus der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) halten. Im OECD-Konsensus, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten, sind Richtgrößen festgelegt, die dazu dienen sollen, einen fairen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sicherzustellen.

In einigen Ländern werden für ECA-gedeckte Finanzierungen zweckbestimmte Refinanzierungsprogramme mit staatlicher Unterstützung angeboten. In ausgewählten Fällen macht der Konzern von diesen Programmen Gebrauch. Bei bestimmten Finanzierungen erhält er als Sicherheiten auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen Regierungseinrichtungen, um Finanzierungen im Interesse der jeweiligen Regierungen zu unterstützen. Die meisten ECA-Gewährleistungen erhielt der Konzern entweder von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, oder von Export Kredit Agenturen Südkoreas (Korea Trade Insurance Corporation und The Export-Import Bank of Korea), die im Auftrag Südkoreas handelt.

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich Bankenabgaben

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgabe zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten (EU-Richtlinie) beliefen sich zum 31. Dezember 2015 auf 160,2 Mio €.

31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	9.327	14.787
Sonstige	18.683	28.144
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	28.010	42.931

32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente

Langfristige Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach der frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeit

in Mio €	Fällig in 2016	Fällig in 2017	Fällig in 2018	Fällig in 2019	Fällig in 2020	Fällig nach 2020	Insgesamt 31.12.2015	Insgesamt 31.12.2014
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	16.545	18.293	9.090	8.031	8.781	25.515	86.255	84.795
mit variabler Verzinsung	7.310	6.408	3.847	6.410	3.903	11.085	38.963	34.651
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	500	0	70	28	1.146	2.858	4.602	2.689
mit variabler Verzinsung	368	0	50	20	0	1.373	1.811	2.358
Sonstige	1.404	15.100	2.129	1.042	889	7.821	28.385	20.344
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	26.129	39.801	15.186	15.530	14.719	48.652	160.016	144.837

In den Geschäftsjahren 2015 und 2014 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente¹

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
mit fester Verzinsung	6.067	8.662
mit variabler Verzinsung	953	1.912
Summe der hybriden Kapitalinstrumente	7.020	10.573

¹ Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum, die im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden können.

33 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen

31.12.2015

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	192.010	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	153.788	156.710	42.680	15.382	12.004
Handelspassiva ¹	52.303	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	494.076	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	18.450	25.067	3.964	4.357	5.985
Investmentverträge ²	0	104	873	1.701	5.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ³	0	556	918	1.908	2.983
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	574	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	7.498	1.919	519	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.818	16	0	1	414
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	17.782	2.771	6.865	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	62	16.834	12.414	92.914	52.169
Hybride Kapitalinstrumente	0	831	628	5.772	1.285
Sonstige Finanzpassiva	146.684	3.791	456	361	36
Unwiderrufliche Kreditzusagen	166.236	0	0	0	0
Finanzgarantien	19.828	0	0	0	0
Insgesamt⁴	1.272.109	208.600	69.317	122.396	80.719

¹ Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig“ zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

	31.12. 2014				
in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	160.733	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	138.030	160.290	51.183	13.855	12.503
Handelspassiva ¹	41.843	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	610.202	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	29.752	12.543	4.292	3.947	6.696
Investmentverträge ²	0	91	847	1.586	5.999
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ³	0	282	636	1.543	2.602
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	986	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	3.696	4.964	2.007	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.961	26	0	0	363
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	26.633	8.035	8.832	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	543	6.597	21.983	83.529	51.855
Hybride Kapitalinstrumente	0	4.183	1.396	6.440	251
Sonstige Finanzpassiva	155.066	4.011	477	372	23
Unwiderrufliche Kreditzusagen	139.342	0	0	0	0
Finanzgarantien	22.344	0	0	0	0
Insgesamt⁴	1.331.132	201.023	91.653	111.271	80.292

¹ Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig“ zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

Zusätzliche Anhangangaben

34 – Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2014	1.019.499.640	- 171.904	1.019.327.736
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	359.773.491	0	359.773.491
Erwerb Eigener Aktien	0	- 310.846.161	- 310.846.161
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	310.757.883	310.757.883
Stammaktien, 31. Dezember 2014	1.379.273.131	- 260.182	1.379.012.949
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	0	0	0
Erwerb Eigener Aktien	0	- 326.647.008	- 326.647.008
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	326.532.326	326.532.326
Stammaktien, 31. Dezember 2015	1.379.273.131	- 374.864	1.378.898.267

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten wurden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus hat der Konzern Aktien für die Verwendung im Rahmen der aktienbasierten Vergütung erworben. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam. Der Jahresendbestand Eigener Aktien wird im Wesentlichen für zukünftige aktienbasierte Vergütung genutzt.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2015 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 1.760.000.000 €, das in Teilbeträgen bis zum 30. April 2020 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
352.000.000 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen wird sowie nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG	30. April 2020
1.408.000.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss möglich, insofern es erforderlich ist den Inhabern von Optionsrechten, Wandelanleihen und Wandelgenußrechten der Gesellschaft zu begeben	30. April 2020

Bedingtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrfach Genussscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Genussscheine, Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutsche Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital bedingt durch die Ausübung dieser Wandlungs- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2017
€ 256.000.000	30. April 2019

Dividendenzahlungen

Die folgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2015, 2014 und 2013.

	2015 (vorgeschlagen)	2014	2013
Bardividende (in Mio €) ¹	0	1.034	765
Bardividende je Aktie (in €)	0,00	0,75	0,75

¹ Die Bardividende für 2015 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2015.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

35 – Leistungen an Arbeitnehmer

Aktienbasierte Vergütungspläne

Der Konzern gewährte aktienbasierte Vergütung maßgeblich unter dem DB Equity Plan. Dieser gewährt das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden während der Anwartschaftsfrist.

Die Aktienrechte, die nach den Planregeln des DB Equity Plan begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

In der folgenden Tabelle werden die grundsätzlichen Merkmale dieser aktienbasierten Vergütungspläne dargestellt.

Jahre der Gewährung	Deutsch Bank Equity Plan	Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelung für den vorgezogenen Ruhezustand	Anspruchsberechtigung
2015/2014/2013	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate ¹ 1/3: 24 Monate ¹ 1/3: 36 Monate ¹	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		Zuteilung als Einmaltranche nach 54 Monaten ¹	Ja ²	Mitglieder des Vorstands oder der Senior Management Group
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
	Jährliche Vergütungskomponente – Unmittelbar zugeteilt	Individuelle Festlegung ³	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen
2012/2011	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate ⁴ 1/3: 24 Monate ⁴ 1/3: 36 Monate ⁴	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
	Jährliche Vergütungskomponente – Unmittelbar zugeteilt	Entfällt ³	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen
2010	Jährliche Vergütungskomponente	Gestaffelte Zuteilung in neun gleichen Tranchen im Zeitraum zwischen 12 Monaten und 45 Monaten nach Gewährung	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		Zuteilung als Einmaltranche nach 54 Monaten	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente

¹ Für die Mitglieder des Vorstands oder der Senior Management Group und für alle übrigen Mitarbeiter, die der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegen, erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartefrist von sechs Monaten.

² Die speziellen Regelungen für den vorgezogenen Ruhezustand gelten nicht für die Mitglieder des Vorstands.

³ Für die Mitglieder des Vorstands erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartefrist von drei Jahren. Für alle übrigen der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartefrist von sechs Monaten.

⁴ Für die Mitglieder des Vorstands gilt eine andere Anwartschaftsregelung. Für alle übrigen der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartefrist von sechs Monaten.

Darüber hinaus bietet der Konzern das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm Global Share Purchase Plan (GSPP) an. Mitarbeitern in bestimmten Ländern wird die Möglichkeit gegeben, Deutsche Bank Aktien in monatlichen Raten über eine einjährige Ansparphase zu erwerben. Nach der Ansparphase gewährt die Bank Gratisaktien im Verhältnis 1:1 der angesparten Aktien bis zu maximal zehn Stück unter der Voraussetzung, dass der Mitarbeiter ein weiteres Jahr im Konzern verbleibt. Per 31. Dezember 2015 wird dieser Plan von Konzerneinheiten in 28 Ländern an ungefähr 19.000 Mitarbeiter im siebten Zyklus angeboten.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der ausstehenden Aktienrechte für die jeweiligen Stichtage, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Sie enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

	in Tsd Einheiten	Gewichteter Durchschnitt des beizulegenden Zeitwerts je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2013	51.291	€ 33,61
Bestand zum 31. Dezember 2014	52.449	€ 31,60
Bestand zum 31. Dezember 2015	53.651	€ 28,18

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2015 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 19 Mio € (31. Dezember 2014: 21 Mio €; 31. Dezember 2013: 32 Mio €).

Vom wertmäßigen Bestand an ausstehenden Aktienrechten zum 31. Dezember 2015 in Höhe von ungefähr 1,5 Mrd € wurden ungefähr 1,0 Mrd € zulasten des Personalaufwands des Berichtsjahres beziehungsweise in den Jahren davor bilanziell erfasst. Somit belief sich der zum 31. Dezember 2015 noch nicht erfasste Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütung auf ungefähr 0,5 Mrd €.

Im Februar 2016 wurden ungefähr 5,4 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan ausgegeben (davon 0,2 Millionen Einheiten unter der Planvariante des DB Equity Plan, die einen Barausgleich vorsieht).

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Charakterisierung der Pläne

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Weiteren „Pensionspläne“ genannt, wenn nicht anders ausgeführt) an, die gemäß ihrer Art und Beschaffenheit in der Rechnungslegung zwischen beitragsdefinierten und leistungsdefinierten Plänen unterschieden werden. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit. Beiträge für beitragsdefinierte Pläne basieren zumeist auf einem Prozentsatz der Mitarbeitervergütung. Die weiteren Ausführungen in dieser Anhangangabe beziehen sich vorwiegend auf die leistungsdefinierten Pläne des Konzerns.

Die Pensionspläne des Konzerns lassen sich am besten anhand ihrer geografischen Verteilung unterteilen. Diese reflektiert die Unterschiede in Plancharakteristik und -risiko sowie hinsichtlich des jeweiligen regulatorischen Umfelds. Insbesondere können sich lokale regulatorische Anforderungen stark voneinander unterscheiden und bestimmen zu einem gewissen Grad die Planausgestaltung und -finanzierung. Relevant ist auch die Unterteilung nach Status der Planmitglieder, die eine grobe Einschätzung hinsichtlich der Fälligkeiten der Verpflichtungen des Konzerns gibt.

in Mio €					31.12.2015
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	4.352	796	436	845	6.429
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.883	2.350	538	196	4.967
Leistungsempfänger	4.548	1.177	533	300	6.558
Pensionsverpflichtung insgesamt	10.783	4.323	1.507	1.341	17.954
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	10.371	5.322	1.182	1.210	18.085
Ausfinanzierungsquote (in %)	96	123	78	90	101

in Mio €					31.12.2014
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	4.611	813	405	780	6.609
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.983	2.266	478	195	4.922
Leistungsempfänger	4.669	1.216	492	285	6.662
Pensionsverpflichtung insgesamt	11.263	4.295	1.375	1.260	18.193
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	10.634	5.095	1.072	1.109	17.910
Ausfinanzierungsquote (in %)	94	119	78	88	98

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Innerhalb der anderen Länder beziehen sich die größten Verpflichtungen auf die Schweiz und die Niederlande. In Deutschland und einigen kontinentaleuropäischen Ländern werden Pensionszusagen auf kollektiver Basis mit Betriebsräten oder vergleichbaren Gremien vereinbart. Die wichtigsten Pläne des Konzerns werden durch Treuhänder, Vermögensverwalter oder vergleichbare Instanzen überwacht.

Pensionszusagen können im Rahmen der Gesamtvergütung für die Mitarbeiter eine wichtige Rolle spielen. Das Ziel des Konzerns ist eine für die Mitarbeiter im jeweiligen Marktumfeld attraktive Plangestaltung, die durch den Konzern nachhaltig erbracht werden kann. Zugleich versucht der Konzern das aus derartigen Zusagen erwachsene Risiko zu begrenzen. Aus diesem Grund ging der Konzern in den letzten Jahren in vielen Ländern auf beitragsdefinierte Pläne über.

In der Vergangenheit basierten die Pensionszusagen üblicherweise auf dem zum Pensionierungszeitpunkt erreichten Endgehalt. Diese Zusageformen bilden einen wesentlichen Teil der Verpflichtungen für Pensionäre und ausgeschiedene Anwärter. Derzeit sind die wichtigsten leistungsdefinierten Pensionspläne für aktive Mitarbeiter in Deutschland und den USA Kapitalkontenpläne, bei denen der Arbeitgeber jährlich einen auf das aktuelle Gehalt bezogenen Betrag auf individuelle Mitarbeiterkonten gutschreibt. Je nach Planregel wird der Saldo des Versorgungskontos durch einen festen Prozentsatz verzinst oder er partizipiert an der Marktentwicklung spezieller zugrunde liegender Anlageformen, um das Investitionsrisiko für den Konzern zu reduzieren. Teilweise, wie in Deutschland, ist eine garantierte Leistung in den Planregeln verankert, beispielsweise in Höhe der erfolgten Beiträge. Zum Pensionierungszeitpunkt können die Mitarbeiter gewöhnlich entscheiden, ob das erreichte Kapital als Einmalbetrag auszuzahlen ist oder in eine Rentenleistung umgewandelt werden soll. Die Umrechnung in eine Rente erfolgt zumeist am Pensionierungsstichtag mit den dann gültigen Marktkonditionen und Annahmen zur Lebenserwartung. In Großbritannien wurde der größte leistungsdefinierte Pensionsplan im Jahr 2011 für die noch leistungsberechtigten aktiven Mitarbeiter umgestaltet, um das gesamte langfristige Risiko für den Konzern zu verringern.

Zusätzlich unterhält der Konzern sowohl Pensionspläne und Leistungszusagen bei Vertragsbeendigung in weiteren Ländern wie auch – vor allem in den USA – Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter. Im Rahmen der Gesundheitsfürsorgepläne wird den Pensionären üblicherweise ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Sobald Pensionäre in den USA im staatlichen Krankenversicherungssystem Medicare leistungsberechtigt werden, erhalten sie eine Dotierung auf einem individuellen Konto und verlassen damit den Gesundheitsfürsorgeplan des Konzerns. Aufgrund des Verpflichtungsvolumens in Höhe von 196 Mio € per 31. Dezember 2015 (31. Dezember 2014: 197 Mio €) und der Planausgestaltung sind die Risiken aus den Gesundheitsfürsorgeplänen für den Konzern begrenzt.

Die im Folgenden dargestellten voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen aus leistungsdefinierten Plänen beziehen sich auf zurückliegende und angenommene zukünftige Dienstzeiten und beinhalten sowohl Auszahlungen aus den Pensionsvermögen für ausfinanzierte Pläne als auch direkte Auszahlungen für nicht ausfinanzierte Pläne des Konzerns.

in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Erfolgte Leistungszahlungen 2015	383	123	85	69	660
Erwartete Leistungszahlungen 2016	386	86	81	68	621
Erwartete Leistungszahlungen 2017	398	96	83	66	643
Erwartete Leistungszahlungen 2018	417	102	82	66	667
Erwartete Leistungszahlungen 2019	433	111	88	67	699
Erwartete Leistungszahlungen 2020	448	123	83	65	719
Erwartete Leistungszahlungen 2021 – 2025	2.516	776	449	350	4.091
Gewichteter Durchschnitt der Duration der Leistungsverpflichtung (in Jahren)	14	20	12	16	16

Gemeinschaftliche Pläne mehrerer Arbeitgeber

Der Konzern ist mit anderen Finanzinstituten in Deutschland Mitgliedsunternehmen des BVV, der in Ergänzung zu den Direktzusagen des Konzerns Altersvorsorgeleistungen an berechnigte Mitarbeiter in Deutschland leistet. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer leisten regelmäßig Beiträge an den BVV. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Deutschland in Bezug auf die betriebliche Altersvorsorge der eigenen Mitarbeiter. Ein Anstieg der Pensionsleistungen kann auch durch die zusätzliche Verpflichtung entstehen, Anpassungen zum Ausgleich der Inflation zugunsten der Leistungsberechtigten vorzunehmen. Der Konzern klassifiziert den BVV-Plan als leistungsdefinierten gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber und behandelt ihn in der Rechnungslegung als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögensgegenstände und die auf die gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflichtungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen. Dies liegt maßgeblich in der Tatsache begründet, dass der BVV seine Vermögensanlagen weder den Leistungsberechtigten noch den Mitgliedsunternehmen vollständig zuordnet. Mit Bezug auf die letzten Veröffentlichungen des BVV ist dort derzeit keine Unterdeckung vorhanden, die künftige Beitragszahlungen des Konzerns beeinflussen würde. Jegliche zukünftige Überschüsse werden den Leistungsberechtigten zugerechnet, so dass diese die zukünftigen Beitragszahlungen nicht reduzieren können.

Zu den Aufwendungen des Konzerns für beitragsdefinierte Pläne zählt auch der jährliche Beitrag der Deutschen Postbank AG für die Altersversorgung ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse. Die Leistungsverpflichtungen liegen bei der Bundesrepublik Deutschland.

Steuerung und Risiko

Der Konzern unterhält ein Pensions Risk Committee zur Überwachung der Pensionen und der damit verbundenen Risiken auf globaler Basis. Das Komitee tagt vierteljährlich, berichtet direkt an das Senior Executive Compensation Committee und wird durch das Pensions Operating Committee unterstützt.

In diesem Rahmen erlässt es Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement und entwickelt sie fort, insbesondere in Bezug auf Ausfinanzierung, Portfoliostruktur und Bestimmung der versicherungsmathematischen Annahmen. In diesem Zusammenhang bezeichnet der Begriff „Risikomanagement“ die Kontrolle und Steuerung von Risiken, die dem Konzern aus Marktentwicklungen (zum Beispiel Zinssatz, Kreditausfallrisiko, Inflation), Anlagestruktur, regulatorischen oder rechtlichen Anforderungen erwachsen können, sowie die Überwachung demografischer Veränderungen (zum Beispiel Langlebigkeit). Darüber hinaus können Einschätzungen zur Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für ungewisse Ertragsteuerpositionen den Wertansatz des Deckungsvermögens des Konzerns beeinflussen, wobei die endgültigen Verbindlichkeiten hiervon letztlich erheblich abweichen können. Insbesondere während und nach Akquisitionen oder bei Veränderungen im Umfeld (zum Beispiel rechtlich, steuerlich) werden Themen wie die grundsätzliche Planausgestaltung oder potenzielle Plananpassungen gründlich erörtert. Jegliche Planänderung erfordert in einem standardisierten Prozess die Zustimmung des Konzernbereichs Human Resources. Im Rahmen des Grades der jeweiligen Ausfinanzierung der Pensionspläne reduziert die Vermögensanlage die aus den Verpflichtungen resultierenden Risiken, führt jedoch zu Investitionsrisiken.

In den für den Konzern wichtigsten Ländern bezieht sich das aus den Plänen resultierende pensionsbezogene Risiko für den Konzern auf potenzielle Veränderungen in Kreditspreads, Inflation und Langlebigkeit, wenngleich deren Auswirkung durch die Anlagestrategie des Planvermögens teilweise reduziert wird.

Der Konzern ist grundsätzlich bestrebt, den durch Marktbewegungen verursachten Einfluss der Pensionspläne auf den Konzernabschluss zu minimieren, das jedoch unter Berücksichtigung weiterer Zielgrößen im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung von Pensionsplänen, dem regulatorischen Eigenkapital sowie Einschränkungen durch lokale Finanzierungs- oder Rechnungslegungsvorschriften. Der Konzern misst regelmäßig das Pensionsrisiko anhand von für diesen Zweck selbst entwickelten spezifischen Kennzahlen.

Finanzierung

Der Konzern unterhält verschiedene externe Vermögenstreuhandstrukturen, durch die die Mehrheit der Pensionsverpflichtungen ausfinanziert ist. Die Finanzierungsgrundsätze des Konzerns zielen – unter Beachtung spezifischer rechtlicher Regelungen – auf eine nahezu vollständige Deckung des Barwerts der Pensionsverpflichtung durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 100 % ab. Des Weiteren entschied der Konzern, dass einige Verpflichtungen nicht extern ausfinanziert werden. Dieser Ansatz wird von Zeit zu Zeit überprüft, beispielsweise, wenn sich lokale Vorschriften oder Praktiken verändern. Verpflichtungen nicht ausfinanzierter Pläne werden bilanziell zurückgestellt.

Für die meisten der extern ausfinanzierten Pläne bestehen Mindestdotierungsanforderungen. Zusätzlich kann der Konzern anhand der eigenen Finanzierungsgrundsätze über weitere Dotierungen entscheiden. Es gibt Standorte, wie beispielsweise in Großbritannien, an denen die Treuhänder mit dem Konzern gemeinsam die Dotierungshöhe vereinbaren. In den meisten Staaten erwartet der Konzern den vollen ökonomischen Nutzen eventueller Überdeckungen von Pensionsverpflichtungen durch Planvermögen, üblicherweise in Form reduzierter künftiger Dotierungen. Ausgehend von der nahezu vollständigen Ausfinanzierung und der für die wichtigsten ausfinanzierten Pläne eingeführten Investitionsstrategie erwartet der Konzern kurzfristig keine materiellen auszugleichenden Defizitbeträge. Beispielsweise werden die Zuführungen zu den Hauptplänen in Großbritannien und den USA im Jahr 2016 nahezu Null sein. In Deutschland, wo es üblicherweise keine Mindestdotierungsanforderungen gibt, entscheidet der Konzern während des Jahres anhand der eigenen Finanzierungsrichtlinie über Erstattungen durch ihn geleisteter Pensionszahlungen oder Dotierungen in das Treuhandvermögen.

Für die Gesundheitsfürsorgepläne bildet der Konzern während der aktiven Dienstverhältnisse Rückstellungen und zahlt die Leistungen bei Fälligkeit aus eigenen Mitteln aus.

Versicherungsmathematische Methoden und Annahmen

Bewertungstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden durch unabhängige qualifizierte Aktuarien gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien bewertet. Eine Konzernrichtlinie gibt den lokalen Aktuarien Vorgaben hinsichtlich der Bestimmung versicherungsmathematischer Annahmen, um deren Konsistenz global sicherzustellen.

Die folgende Darstellung der wichtigsten Bewertungsannahmen zur Verpflichtungsbestimmung per 31. Dezember erfolgt in Form gewichteter Durchschnitte.

	31.12.2015				31.12.2014			
	Deutschland	Großbritannien	USA ¹	Andere Länder	Deutschland	Großbritannien	USA ¹	Andere Länder
Diskontierungszinssatz (in %)	2,4	3,9	4,2	2,6	2,0	3,7	3,9	2,3
Inflationsrate (in %)	1,6	3,4	2,3	2,2	1,5	3,4	2,2	2,0
Nominale Gehaltssteigerungsrate (in %)	2,1	4,4	2,3	2,5	2,0	4,4	2,2	2,6
Nominale Pensionssteigerungsrate (in %)	1,5	3,3	2,3	1,1	1,4	3,2	2,2	1,2
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren								
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	19,0	23,5	21,8	21,6	18,9	23,7	21,7	21,5
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	23,1	25,0	24,0	24,1	22,9	25,3	23,9	24,1
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	21,6	25,1	23,5	23,4	21,5	25,4	23,4	23,2
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	25,6	26,9	25,6	25,8	25,5	27,1	25,6	25,7
Angewendete Sterbetafeln								
	Richttafeln Heubeck 2005G	SAPS Light mit CMI 2015 Projektionen	RP2014 Aggregate	Länder-spezifische Tabellen	Richttafeln Heubeck 2005G	SAPS Light mit CMI 2013 Projektionen	RP2014 Aggregate	Länder-spezifische Tabellen

¹ Der Zinssatz für Gutschriften auf den Kapitalkontenplänen entspricht der Rendite 30-jähriger Staatsanleihen der USA.

Für die bedeutendsten Pläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag über eine Zinsstrukturkurve hochrangiger Unternehmensanleihen – abgeleitet von umfänglichen durch anerkannte Indexanbieter beziehungsweise Ratingagenturen veröffentlichte Anleiheinformationen – ermittelt, der den Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Für längere Laufzeiten ohne hinreichende Referenzgrößen von vergleichbaren Anleihen werden angemessene Extrapolationsmethoden für Zinsstrukturkurven mit entsprechenden Annahmen für Swapsätze und Kreditrisiko angewendet. Dabei wird für alle Pläne einer Währungszone ein einheitlicher Diskontierungszinssatz verwendet, der anhand der größten Verpflichtungen jeder dieser Zonen bestimmt wird. Für andere Pläne wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag in angemessener Weise auf Grundlage hochrangiger Unternehmens- oder Staatsanleihen in Einklang mit den aus den Verpflichtungen resultierenden Fälligkeiten festgesetzt.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate in der Eurozone und in Großbritannien werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationswapsätze in den betreffenden Märkten zum jeweiligen Bewertungsstichtag. In anderen Ländern liegt der Bezug für deren Preissteigerungsannahmen üblicherweise auf den Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc.

Die Annahmen zur zukünftigen Gehalts- und Pensionssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls sach-gerecht, von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln sowohl Vergütungsstruktur oder -grundsätze im jeweiligen Markt als auch lokale rechtliche Anforderungen oder planspezifische Regelungen wider.

Neben anderen Parametern kann die Annahme der Lebenserwartung eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung sein und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden potenzielle zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Überleitung von Verpflichtungen und Vermögenswerten – Auswirkung auf den Konzernabschluss

in Mio €	2015				
	Deutschland	Groß- britannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung					
Verpflichtung am Jahresanfang	11.263	4.295	1.375	1.260	18.193
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstaufwand	202	30	24	61	317
Zinsaufwand	224	170	58	29	481
Nachträglich zu verrechnender Dienstaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	4	4	0	1	9
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	- 551	- 143	- 39	- 50	- 783
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	0	- 66	0	0	- 66
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	22	- 103	15	- 9	- 75
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	3	0	0	13	16
Leistungszahlungen	- 383	- 123	- 85	- 69	- 660
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	259	159	54	472
Sonstige ¹	- 1	0	0	51	50
Verpflichtung am Jahresende	10.783	4.323	1.507	1.341	17.954
davon:					
intern finanziert	2	14	203	114	333
extern finanziert	10.781	4.309	1.304	1.227	17.621
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	10.634	5.095	1.072	1.109	17.910
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	213	201	45	26	485
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	- 463	- 152	- 49	- 41	- 705
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	3	0	0	13	16
Zuführungen des Arbeitgebers	367	2	64	51	484
Leistungszahlungen ²	- 383	- 122	- 72	- 47	- 624
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	304	124	49	477
Sonstige ¹	0	0	0	51	51
Kosten der Planadministration	0	- 6	- 2	- 1	- 9
Planvermögen am Jahresende	10.371	5.322	1.182	1.210	18.085
Finanzierungsstatus am Jahresende	- 412	999	- 325	- 131	131
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	0	0	0	0	0
Zinsaufwand	0	0	0	0	0
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	0	0	0	0
Saldo am Jahresende	0	0	0	0	0
Nettovermögenswert/-schuld	- 412	999	- 325	- 131	131³

¹ Beinhaltet die Startwerte eines erstmals berücksichtigten Plans in Indien der bisher als beitragsdefiniert behandelt wurde.

² Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

³ Davon 1.161 Mio € in Sonstigen Vermögensgegenständen und 1.030 Mio € in Sonstigen Verbindlichkeiten erfasst.

in Mio €	2014				
	Deutschland	Groß- britannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung					
Verpflichtung am Jahresanfang	9.487	3.588	1.136	1.022	15.233
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstzeitaufwand	163	28	21	53	265
Zinsaufwand	330	166	55	35	586
Nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	13	1	0	17	31
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	1.883	405	35	184	2.507
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	0	0	50	-1	49
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	26	-22	-5	6	5
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	4	0	0	13	17
Leistungszahlungen	-379	-79	-75	-72	-605
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	-10	-10
Akquisitionen/Veräußerungen ¹	-265	-57	0	-15	-337
Wechselkursveränderungen	0	265	158	25	448
Sonstige ²	1	0	0	3	4
Verpflichtung am Jahresende	11.263	4.295	1.375	1.260	18.193
davon:					
intern finanziert	0	15	197	122	334
extern finanziert	11.263	4.280	1.178	1.138	17.859
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	9.142	4.099	856	921	15.018
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	322	189	41	32	584
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	1.334	621	44	126	2.125
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	4	0	0	13	17
Zuführungen des Arbeitgebers	449	3	76	46	574
Leistungszahlungen ³	-378	-78	-65	-39	-560
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen ¹	-238	-43	0	-14	-295
Wechselkursveränderungen	0	307	122	24	453
Sonstige	0	0	0	0	0
Kosten der Planadministration	-1	-3	-2	0	-6
Planvermögen am Jahresende	10.634	5.095	1.072	1.109	17.910
Finanzierungsstatus am Jahresende	-629	800	-303	-151	-283
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	0	0	0	-29	-29
Zinsaufwand	0	0	0	-1	-1
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	30	30
Saldo am Jahresende	0	0	0	0	0
Nettovermögenswert/-schuld	-629	800	-303	-151	-283⁴

¹ BHF, Tilney.

² Enthält die Startwerte erstmals berücksichtigter kleinerer Pläne.

³ Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

⁴ Davon 952 Mio € in Sonstigen Vermögensgegenständen und 1.235 Mio € in Sonstigen Verbindlichkeiten erfasst.

Der Konzern hat keine Erstattungsansprüche hinsichtlich leistungsdefinierter Pläne.

Anlagestrategie

Das Anlageziel des Konzerns ist es, sich vor nachteiligen Auswirkungen auf die hauptsächlichen Finanzkennzahlen zu schützen, die aus der Veränderungen der Finanzierungslage seiner Pensionspläne resultieren. Primärer Fokus liegt auf der Absicherung des IFRS-Finanzierungsstatus unter Einbezug der Auswirkung auf andere wichtige Kennzahlen, wie das regulatorische Kapital und lokale Gewinn- und Verlustrechnungen. Das Anlagemandat erlaubt Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen hinsichtlich relevanter Investitionsrichtwerte.

Zur Erreichung des primären Ziels, die Schwankungen des Finanzierungsstatus nach IFRS in den wichtigsten Pensionsplänen zu minimieren, wendet der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept an. Risiken aus unterschiedlichen Schwankungen im Barwert der Leistungsverpflichtung und dem Wert des Planvermögens aufgrund von Kapitalmarktbebewegungen werden durch entsprechende Absicherungsgeschäfte minimiert. Dies wird durch eine gut passende Anlagestrategie im Planvermögen in Bezug auf Marktrisikofaktoren erreicht hinsichtlich Zinsniveau, Kreditausfallrisiko und Inflation. Dabei sollte das Planvermögen im Wesentlichen das Risikoprofil und die Währung der Verpflichtung widerspiegeln. Für Pensionspläne, bei denen aus übergeordneter Konzernsicht die vollständige Anwendung des verpflichtungsorientierten Anlagekonzepts zu ungünstigen Einflüssen auf andere wichtige Finanzkennzahlen des Konzerns führen könnte, kann der Konzern von dieser primären Anlagestrategie abweichen. Im Jahr 2015 entschied sich der Konzern, vorübergehend die Anlagestrategie für den deutschen Hauptplan dahingehend zu verändern, dass dessen Sensitivitäten in Bezug auf Zinssätze und Kreditrisikoprämien reduziert wurden. Der Konzern überwacht eng die Abweichungen von der primären Anlagestrategie und hat Steuerungsmechanismen eingeführt, die die regelmäßige Überprüfung der Abweichung vom verpflichtungsorientierten Anlagekonzept sicherstellt.

Dort, wo das entsprechende Absicherungsniveau durch physische Instrumente (zum Beispiel Unternehmens- und Staatsanleihen) nicht erreicht werden kann, werden Derivate eingesetzt. Diese Absicherungsinstrumente beinhalten vorwiegend Zins- und Inflationsswaps. Es werden aber auch andere Instrumente, wie Kreditausfallversicherungen und Zinstermingeschäfte, genutzt. In der Praxis ist die Umsetzung einer vollständigen Absicherung nicht möglich, beispielsweise durch eine unzureichende Markttiefe für Anleihen extrem langer Laufzeiten wie auch durch Liquiditäts- und Kostenaspekte. Darum beinhaltet das Planvermögen auch andere Anlageklassen, wie Aktien, Immobilien, Hochzinsanleihen oder Anleihen aus Schwellenländern, um eine langfristige Wertsteigerung und einen Nutzen aus der Risikostreuung zu erzielen.

Vermögensverteilung in verschiedene Anlageklassen

Die folgende Tabelle präsentiert die Vermögensverteilung der Pensionspläne des Konzerns zur Ableitung der Risiken hinsichtlich entscheidender Anlageklassen. Das beinhaltet sowohl physische Wertpapiere in den einzeln gemanagten Vermögensklassen als auch Anteile an Investmentfonds, die im Planvermögen gehalten werden.

Die Vermögenswerte umfassen notierte (das heißt Level 1 in Einklang mit IFRS 13 – der Zeitwert kann direkt von Preisen abgeleitet werden, die an aktiven und liquiden Märkten notiert sind) und weitere (das heißt Level 2 und 3 gemäß IFRS 13) Vermögensanlagen.

in Mio €	31.12.2015					31.12.2014				
	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Liquide Mittel	1.230	138	27	86	1.481	1.056	102	25	68	1.251
Aktien ¹	961	648	113	272	1.994	134	560	108	208	1.010
Hochrangige Anleihen ²										
Staatsanleihen	3.659	1.918	524	287	6.388	3.517	1.502	400	255	5.674
Unternehmensanleihen	4.271	2.456	400	346	7.473	5.731	2.035	447	358	8.571
Nachrangige Anleihen										
Staatsanleihen	125	0	0	11	136	54	0	0	14	68
Unternehmensanleihen	277	79	8	19	383	215	109	12	30	366
Strukturierte Produkte	35	259	45	12	351	14	389	42	29	474
Versicherungen	1	0	0	14	15	0	0	0	17	17
Alternative Anlagen										
Immobilien	189	137	0	39	365	114	117	0	35	266
Rohstoffe	0	7	0	8	15	25	0	0	2	27
Beteiligungen	51	0	0	0	51	51	0	0	0	51
Andere	347	38	0	100	485	56	0	0	33	89
Derivate (Marktwert) auf										
Zinsänderung	-811	-60	65	21	-785	482	409	38	73	1.002
Kreditsausfallrisiko	-11	0	0	0	-11	-27	-1	0	-1	-29
Inflationsveränderung	0	-245	0	-8	-253	-763	-214	0	-12	-989
Wechselkursveränderung	42	-6	0	2	38	-51	40	0	-1	-12
Andere	5	-47	0	1	-41	26	47	0	1	74
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	10.371	5.322	1.182	1.210	18.085	10.634	5.095	1.072	1.109	17.910

¹ Die Verteilung des Aktienportfolios erfolgt weitestgehend anhand typischer Indizes in den jeweiligen Märkten, zum Beispiel ist der MSCI All Countries World Index der Maßstab für das Aktienportfolio in den britischen Pensionsplänen.

² Hochrangig bedeutet BBB und darüber. Die durchschnittliche Bewertung der im Planvermögen des Konzerns gehaltenen Anleihen ist ungefähr A.

Die folgende Tabelle weist nur die Vermögensanlagen des Planvermögens aus, die in aktiven Märkten notiert sind, das heißt Level 1 gemäß der Einteilung nach IFRS 13.

in Mio €	31.12.2015					31.12.2014				
	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Liquide Mittel	1.209	138	29	68	1.444	1.056	100	14	50	1.220
Aktien	961	648	113	272	1.994	131	560	108	206	1.005
Hochrangige Anleihen										
Staatsanleihen	1.883	1.917	522	183	4.505	2.255	1.502	0	182	3.939
Unternehmensanleihen	0	0	0	0	0	26	1.887	0	84	1.997
Nachrangige Anleihen										
Staatsanleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	14	14
Unternehmensanleihen	0	0	0	0	0	78	97	0	3	178
Strukturierte Produkte	0	259	0	11	270	0	368	0	29	397
Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Alternative Anlagen										
Immobilien	0	0	0	0	0	9	68	0	0	77
Rohstoffe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere	108	0	0	6	114	0	0	0	0	0
Derivate (Marktwert) auf										
Zinsänderung	0	0	17	-1	16	0	0	0	13	13
Kreditsausfallrisiko	0	0	0	0	0	-27	-1	0	0	-28
Inflationsveränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	-3	-3
Wechselkursveränderung	42	-6	0	2	38	0	40	0	0	40
Andere	5	0	0	1	6	0	0	0	0	0
Beizulegender Zeitwert des notierten Planvermögens	4.208	2.956	681	542	8.387	3.528	4.621	122	578	8.849

Alle weiteren Teile des Planvermögens sind in sonstigen Vermögensanlagen investiert, vorwiegend in Level 2 gemäß der Einteilung nach IFRS 13 hinsichtlich der hochrangigen Unternehmensanleihen. Ein insgesamt relativ kleiner Anteil

bezieht sich auf Level 3 gemäß der Einteilung nach IFRS 13 und bezieht sich größtenteils auf Immobilien, Versicherungsverträge und Derivate.

Die folgende Tabellen zeigen die Vermögensverteilung des „notierten“ wie auch sonstigen Planvermögens der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns nach wichtigen geografischen Regionen, in denen es investiert ist.

							31.12.2015
in Mio €	Deutschland	Großbri- tannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industrie- staaten	Entwicklungs- und Schwellen- länder	Insgesamt
Liquide Mittel	35	147	66	1.183	26	24	1.481
Aktien	256	137	859	236	375	131	1.994
Hochrangige Staatsanleihen	1.842	1.895	535	1.446	209	461	6.388
Nachrangige Staatsanleihen	0	0	0	4	4	128	136
Hochrangige Unternehmensanleihen	427	1.838	2.184	2.081 ¹	864	79	7.473
Nachrangige Unternehmensanleihen	19	48	168	107	29	12	383
Strukturierte Produkte	34	219	42	39	16	1	351
Zwischensumme	2.613	4.284	3.854	5.096	1.523	836	18.206
Anteil (in %)	14	24	21	28	8	5	100
Weitere Anlagekategorien							- 121
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							18.085

¹ Der größte Teil bezieht sich auf französische, italienische und niederländische Unternehmensanleihen.

							31.12.2014
in Mio €	Deutschland	Großbri- tannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industrie- staaten	Entwicklungs- und Schwellen- länder	Insgesamt
Liquide Mittel	1.052	106	57	7	9	20	1.251
Aktien	75	84	415	174	168	94	1.010
Hochrangige Staatsanleihen	2.089	1.457	628	933	82	485	5.674
Nachrangige Staatsanleihen	0	0	0	0	0	68	68
Hochrangige Unternehmensanleihen	473	1.644	2.302	3.106 ¹	688	358	8.571
Nachrangige Unternehmensanleihen	18	76	91	132	17	32	366
Strukturierte Produkte	14	409	36	13	2	0	474
Zwischensumme	3.721	3.776	3.529	4.365	966	1.057	17.414
Anteil (in %)	21	22	20	25	6	6	100
Weitere Anlagekategorien							496
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							17.910

¹ Der größte Teil bezieht sich auf französische, italienische und niederländische Unternehmensanleihen.

Per 31. Dezember 2015 sind im Planvermögen Derivate mit einem negativen Marktwert von 793 Mio € enthalten, bei denen Konzerneinheiten Vertragspartner sind. Im Planvermögen gibt es weder materielle Beträge von vom Konzern emittierten Wertpapieren noch sonstigen Forderungen gegen den Konzern. Es sind keine vom Konzern genutzten Immobilienwerte enthalten.

Wichtige Risikosensitivitäten

Die Pensionsverpflichtung ist sensitiv in Bezug auf Veränderungen der Marktbedingungen und der Bewertungsannahmen. Die Sensitivitäten hinsichtlich der Veränderungen am Kapitalmarkt und der bedeutendsten Annahmen werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Jeder Marktrisikofaktor beziehungsweise jede Annahme wird dabei jeweils isoliert verändert. Die Sensitivitäten der Verpflichtungen sind Schätzungen basierend auf geo-metrischen Extrapolationsmethoden, die die Planduration bezogen auf jede Annahme nutzen. Die Duration ist ein Risikomaß für die grundsätzliche Sensitivität einer Verpflichtung hinsichtlich der Veränderung einer zugrunde liegenden Annahme und gibt eine angemessene Abschätzung für kleinere bis mittlere Veränderungen solcher Annahmen an.

Beispielsweise wird die Zinsduration von der Veränderung der Leistungsverpflichtung bezogen auf abweichende Zinsannahmen abgeleitet, die die lokalen Aktuarer für die jeweiligen Pläne ermitteln. Die sich daraus ergebende Duration wird zur Abschätzung des aus der Verpflichtung resultierenden Neubewertungsverlusts oder -gewinns bei verändertem Diskontierungszinssatz benutzt. Für die anderen Annahmen wird ein ähnlicher Ansatz angewandt, um die jeweiligen Sensitivitäten abzuleiten.

Für Pensionspläne, bei denen der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt, verursachen Veränderungen in den Verpflichtungen durch Änderung der kapitalmarktbedingten Bewertungsannahmen, hauptsächlich beim Zinssatz und bei der Inflationsrate, auch Bewegungen im Planvermögen. Um das Verständnis für das Gesamtrisikoprofil des Konzerns bezogen auf wichtige Kapitalmarktbebewegungen zu erhöhen, werden deshalb die Nettoveränderungen von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen dargestellt; bei Annahmen ohne Einfluss auf die Vermögenswerte wird nur die Veränderung der Verpflichtung gezeigt.

Die vermögensbezogenen Sensitivitäten werden durch den Konzernbereich Market Risk Management für die größten Pläne des Konzerns durch Nutzung von risikosensitiven Faktoren bestimmt. Diese Sensitivitätsberechnungen basieren auf Daten von den Vermögensmanagern der Pläne und werden linear extrapoliert, um die geschätzte Veränderung im Marktwert des Planvermögens im Falle der Veränderung des darunterliegenden Risikofaktors zu zeigen.

Die Sensitivitäten stellen in Bezug auf Kapitalmarktbebewegungen und wesentliche Annahmen plausible Veränderungen über die Zeit dar. Der Konzern ist nicht in der Position, Einschätzungen zur Wahrscheinlichkeit dieser Veränderungen auf dem Kapitalmarkt oder in den Annahmen anzugeben. Während diese Sensitivitäten die Gesamtveränderung auf das Finanzierungsniveau verdeutlichen, können sich die Auswirkung des Einflusses und die Bandbreite angemessener alternativer Annahmen zwischen verschiedenen Plänen unterscheiden, was im Gesamtergebnis enthalten ist. Obwohl das Planvermögen wie auch die Verpflichtungen sensitiv auf ähnliche Risikofaktoren sind, können sich tatsächliche Veränderungen im Planvermögen und den Verpflichtungen durch eine unzureichende Korrelation zwischen Marktrisikofaktoren und versicherungsmathematischen Annahmen nicht vollständig ausgleichen. Durch nichtlineare Zusammenhänge ist bei der Extrapolation dieser Sensitivitäten hinsichtlich der Kapitalmarktbedingungen und der wichtigsten Annahmen Vorsicht geboten in Bezug auf den gesamten Finanzierungsstatus. Etwaige Maßnahmen des Managements zur Reduzierung der mit den Pensionsplänen verbundenen Risiken sind in diesen Sensitivitätszahlen nicht enthalten.

in Mio €	31.12.2015				31.12.2014			
	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder
Diskontierungszinssatz (–100 bp):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 1.610	– 920	– 90	– 215	– 1.740	– 950	– 90	– 220
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen ¹	660	1.025	80	125	1.525	925	75	115
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	– 950	105	– 10	– 90	– 215	– 25	– 15	– 105
Diskontierungszinssatz (+100 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	1.395	760	85	180	1.505	775	85	180
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen ¹	– 660	– 1.025	– 80	– 125	– 1.525	– 925	– 75	– 115
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	735	– 265	5	55	– 20	– 150	10	65
Kreditrisikorate (–100 bp):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 1.610	– 920	– 190	– 230	– 1.740	– 950	– 180	– 230
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen ¹	465	250	50	40	880	225	45	40
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	– 1.145	– 670	– 140	– 190	– 860	– 725	– 135	– 190
Kreditrisikorate (+100 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	1.395	760	170	190	1.505	775	160	190
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen ¹	– 465	– 250	– 50	– 40	– 880	– 225	– 45	– 40
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	930	510	120	150	625	550	115	150
Inflationsrate (–50 bp):²								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	305	340	0	50	350	330	0	75
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen ¹	– 215	– 355	0	– 10	– 245	– 290	0	– 10
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	90	– 15	0	40	105	40	0	65
Inflationsrate (+50 bp):²								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 315	– 370	0	– 55	– 365	– 355	0	– 80
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen ¹	215	355	0	10	245	290	0	10
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	– 100	15	0	– 45	– 120	– 65	0	– 70
Gehaltssteigerungsrate (–50 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	70	15	0	15	80	15	0	15
Gehaltssteigerungsrate (+50 bp):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 70	– 15	0	– 15	– 80	– 15	0	– 15
Anstieg der Lebenserwartung um 10 %³								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 260	– 110	– 25	– 25	– 275	– 85	– 25	– 20

¹ Die erwarteten Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens beinhalten nur die simulierten Auswirkungen der größten Pläne in Deutschland, Großbritannien, den USA, auf den Kanalinseln, in der Schweiz, den Niederlanden und Belgien, welche mehr als 99 % des gesamten Zeitwerts repräsentieren. Der Vermögenswert für die übrigen Länder bleibt bei dieser Darstellung unverändert.

² Umfasst zugleich die Sensitivität hinsichtlich des Rentenanstiegs, der im gewissen Grad direkt an die Inflationsrate gekoppelt ist.

³ Dies entspricht geschätzt in etwa dem Anstieg der Lebenserwartung um circa 1 Jahr.

Erwarteter Kapitalfluss

Die im Folgenden dargestellten erwarteten Zahlungen des Konzerns im Jahr 2016 bezüglich seiner Pensionspläne umfassen sowohl die Leistungszahlungen für nicht extern ausfinanzierte Pläne, die Zuführungen zum Planvermögen extern ausfinanzierter leistungsdefinierter Pensionspläne als auch Beiträge an beitrags-definierte Pensionspläne.

in Mio €	2016
	Insgesamt
Erwartete Zuführungen	
zum Planvermögen leistungsdefinierter Versorgungspläne	275
zum BVV	55
zur Postbeamtenversorgungskasse	95
zu beitragsdefinierten Plänen	265
Erwartete Leistungszahlungen für intern finanzierte Versorgungspläne	30
Erwartete Zahlungen für Pensionspläne	720

Aufwendungen für Leistungen an Arbeitnehmer

Die folgende Tabelle bietet eine Aufstellung spezifischer Aufwandspositionen gemäß den Anforderungen nach IAS 19 beziehungsweise IFRS 2.

in Mio €	2015	2014	2013
Aufwendungen für leistungsdefinierte Pläne			
Dienstzeitaufwand	326	296	261
Nettozinsaufwand (+)/-ertrag (-)	- 4	3	10
Gesamtaufwendungen leistungsdefinierter Pläne	322	299	271
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne			
Beiträge an den BVV	53	51	51
Beiträge an die Postbeamtenversorgungskasse	95	97	97
Beiträge an beitragsdefinierte Pläne	264	228	221
Gesamtaufwendungen beitragsdefinierter Pläne	412	376	369
Pensionsaufwendungen insgesamt	734	675	640
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	231	229	230
Aufwand für in Aktien zu begebene aktienbasierte Vergütung ¹	816	860	918
Aufwand für in bar auszahlende aktienbasierte Vergütung ¹	15	11	29
Aufwand für aufgeschobene Barvergütungen ¹	738	815	811
Aufwand für Abfindungszahlungen ²	184	205	274

¹ Einschließlich Akquisitionsprämien und Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter Komponenten für aufgeschobene Vergütung aufgrund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses unter Einbezug solcher Anteile, die als Restrukturierungsaufwand erfasst wurden.

² Ohne Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter aufgeschobener Vergütungskomponenten.

36 – Ertragsteuern

in Mio €	2015	2014	2013
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-):			
Steueraufwand/-ertrag (-) für das laufende Jahr	1.385	764	913
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (-)	277	- 12	41
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	1.662	752	954
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	- 378	644	7
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	140	44	35
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (-)	- 749	- 15	- 221
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	- 987	673	- 179
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	675	1.425	775

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2015 beinhaltet einen Steuerertrag aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft („Policyholder Tax“) in Höhe von 0,4 Mio € (2014: 2 Mio € Steueraufwand; 2013: 23 Mio € Steueraufwand), der durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2015 um einen Steuerertrag in Höhe von 3 Mio € vermindert (2014 und 2013: Verminderung des laufenden Steueraufwands um 5 Mio € beziehungsweise 3 Mio €).

Der latente Steuerertrag ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen, der Wertaufholung aktiver latenter Steuern aus Vorjahren sowie aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern im Geschäftsjahr 2015 per Saldo um einen latenten Steueraufwand in Höhe von 187 Mio € reduziert (2014: Reduktion des latenten Steueraufwands um 303 Mio €; 2013: Erhöhung des latenten Steuerertrags um 237 Mio €).

Unterschied zwischen der Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes und tatsächlich ausgewiesenem Steueraufwand

in Mio €	2015	2014	2013
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (–) bei einem Ertragsteuersatz von 31 % in Deutschland	- 1.890	966	451
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	- 157	88	154
Steuerbefreite Einnahmen	- 345	- 371	- 337
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	- 21	- 93	- 84
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	1.288	649	571
Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert	1.407	0	0
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern ¹	184	- 308	- 240
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	140	44	35
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	- 5	78	- 5
Effekt aus der „Policyholder Tax“	0	- 2	23
Sonstige ¹	74	374	207
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (–)	675	1.425	775

¹ Der auf Vorperioden entfallende laufende und latente Steueraufwand/(-ertrag) wird überwiegend in den Positionen „Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern“ und „Sonstige“ ausgewiesen.

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position „Sonstige“ für die Geschäftsjahre 2015, 2014 und 2013 überwiegend Effekte infolge dieser Betriebsprüfungen enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2015, 2014 und 2013 31 % betragen.

Im Eigenkapital (sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen/Kapitalrücklagen) verbuchte Ertragsteuern

in Mio €	2015	2014	2013
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	- 213	407	58
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	104	- 457	- 21
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	10	5	103
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	3	- 7	- 58
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	- 6	- 146	- 10
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	- 90	- 68	- 175
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	- 2	1	1
Steueraufwand (–)/-ertrag auf Gewinne/Verluste aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	- 194	- 265	- 102
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet (–) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	72	- 21	65

Wesentliche Komponenten der latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	3.477	2.785
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	215	192
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	7.748	8.454
Sachanlagen	468	459
Sonstige Aktiva	1.640	2.382
Bewertung von Wertpapieren	92	93
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	982	1.020
Sonstige Rückstellungen	1.310	811
Sonstige Passiva	1.028	838
Latente Steuerforderungen insgesamt	16.960	17.034
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	7.446	7.746
Sachanlagen	64	52
Sonstige Aktiva	954	832
Bewertung von Wertpapieren	523	1.628
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	50	71
Sonstige Rückstellungen	351	233
Sonstige Passiva	556	782
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	9.944	11.344

Latente Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, nach bilanzieller Saldierung

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014
Latente Steuerforderungen	7.762	6.865
Latente Steuerverbindlichkeiten	746	1.175
Latente Steuerforderungen, rechnerischer Saldo	7.016	5.690

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand/-ertrag. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umwidmungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten „Sonstige Aktiva“ und „Sonstige Passiva“ dargestellt werden.

Posten, für die keine latenten Steuerforderungen ausgewiesen wurden

in Mio €	31.12.2015 ¹	31.12.2014 ¹
Abzugsfähige temporäre Differenzen	-277	-314
Unverfallbar	-4.372	-3.745
Verfall in der folgenden Periode	-2	-4
Verfall nach der folgenden Periode	-1.067	-1.334
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	-5.441	-5.083
Verfall nach der folgenden Periode	-95	-88
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	-97	-88

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste, noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2015 beziehungsweise zum 31. Dezember 2014 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 5,0 Mrd € beziehungsweise 5,5 Mrd € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß der es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesell-

schaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu historischer Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat zum 31. Dezember 2015 keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 93 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2014: 134 Mio €).

37 – Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch zu Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen und Risiken des Konzernobligos zu steuern.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ beschrieben sind, werden alle Derivate zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen

Für Derivate, für die die in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften an.

Absicherung des beizulegenden Zeitwerts

Der Konzern wendet die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	2.671	986	3.679	2.136

Im Geschäftsjahr 2015 wies der Konzern einen Verlust in Höhe von 1,1 Mrd € (2014: Gewinn in Höhe von 1,0 Mrd € ; 2013: Verlust in Höhe von 2,4 Mrd €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Verlust aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 1,0 Mrd € (2014: Verlust in Höhe von 1.3 Mrd €; 2013: Gewinn in Höhe von 1,7 Mrd €).

Absicherung von Zahlungsströmen

Der Konzern wendet die Absicherung von Zahlungsströmen mittels Zinsswaps und Aktienindexswaps an, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Zinssätzen und Aktien zu schützen.

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	239	0	234	0

Berichtszeiträume, in denen mit dem Auftreten der abgesicherten Zahlungsströme gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2015				
Cashflow aus Aktiva	32	49	0	0
Cashflow aus Passiva	-20	-33	-26	-15
Netto-Zahlungsströme 2015	12	16	-26	-15
Zum 31. Dezember 2014				
Cashflow aus Aktiva	23	35	5	0
Cashflow aus Passiva	-21	-35	-28	-25
Netto-Zahlungsströme 2014	2	0	-23	-25

Absicherung von Zahlungsströmen

in Mio €	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Im Eigenkapital ausgewiesen ¹	138	118	-215
davon terminierte Programme	-14	-15	-16
Ins Eigenkapital des Berichtszeitraums eingestellte Gewinne/Verluste (-)	1	-6	91
Aus dem Eigenkapital des Berichtszeitraums entnommene Gewinne/Verluste (-)	-20	-339	-35
Erfolgswirksame Ineffektivität der Absicherung	-1	-3	1

¹ Im Eigenkapital ausgewiesen mit Bezug auf die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, für detailliertere Informationen verweisen wir auf die Konzern-Gesamtergebnisrechnung.

Mit Stand vom 31. Dezember 2015 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2022 fällig.

Absicherung von Nettoinvestitionen

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft zu Kassakursen am Bilanzstichtag ab.

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente in Absicherungen von Nettoinvestitionen	226	5.379	490	2.927

Im Geschäftsjahr 2015 wies der Konzern Verluste von 425 Mio € (2014: Verluste von 357 Mio € ; 2013: Verluste von 320 Mio €) aus Ineffektivität der Absicherung aus, die das Forwardelement des Sicherungsinstruments enthält.

38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Personalaufwand für Personen in Schlüsselpositionen

in Mio €	2015	2014	2013
Kurzfristig fällige Leistungen	31	26	18
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	6	4	3
Andere langfristig fällige Leistungen	11	7	6
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	20	0	0
Aktienbasierte Vergütungen	15	5	8
Insgesamt	83	42	35

Die Tabelle enthält keine Vergütung, die Mitglieder des Aufsichtsrats (Arbeitnehmersvertreter oder frühere Vorstandsmitglieder) erhalten. Die aggregierte Vergütung, die dieser Personenkreis für seine Dienste als Arbeitnehmer oder den Status als Pensionär (Ruhestand, Rente und aufgeschobene Vergütung) bezog, beläuft sich im Geschäftsjahr 2015 auf 1,1 Mio € (Dezember 2014: 1,1 Mio €; Dezember 2013: 1 Mio €).

Zum 31. Dezember 2015 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 11 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 8 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2014 beliefen sich die Kredite und Zusagen auf 3 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen und Einlagen in Höhe von 16 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen im Konzern.

Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Kredite

in Mio €	2015	2014
Bestand am Jahresanfang	321	357
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	464	596
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376	657
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 31	- 1
Wechselkursveränderungen/Sonstige	18	27
Bestand am Jahresende¹	396	321
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	1	5
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	263	45

¹ Im Jahr 2015 waren 4 Mio € und 2014 waren 3 Mio € dieser Forderungen überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2015 Sicherheiten in Höhe von 69 Mio € (2014: 70 Mio €).

Einlagen

in Mio €	2015	2014
Bestand am Jahresanfang	128	167
Einlagenzuflüsse	326	245
Einlagenabflüsse	295	244
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 0	- 43
Wechselkursveränderungen/Sonstige	2	4
Bestand am Jahresende¹	162	128

¹ Die Einlagen sind unbesichert.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. Dezember 2015 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 32 Mio € (31. Dezember 2014: 87 Mio €). Zum 31. Dezember 2015 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,0 Mio € (31. Dezember 2014: 0,0 Mio €).

Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Hua Xia Bank: Der Konzern hält einen Anteil von 19,99 % an der Hua Xia Bank Company Limited und bilanziert diese Beteiligung seit dem 11. Februar 2011 nach der Equitymethode. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank einen Vertrag über eine Kreditkartenkooperation mit der Hua Xia Bank abgeschlossen, die Erfahrungen des Konzerns im internationalen Kreditkartengeschäft mit lokaler Expertise der Hua Xia Bank verbindet. Es wurde für diese Kooperation eine Rückstellung gebildet. Dieser Rückstellungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2015 54 Mio € und deckt die geschätzte Verpflichtung aus dieser Kooperation ab. Weitere Informationen finden sich in der Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln.

Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen

in Mio €	2015	2014
Aktien des Konzerns im Planvermögen	0	6
Sonstige Vermögensgegenstände	0	73
Aus dem Planvermögen gezahlte Gebühren an konzerninterne Vermögensverwaltungen	41	31
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	- 793	- 255
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	10.516	11.806

39 – Informationen zu Tochtergesellschaften

Zusammensetzung des Konzerns

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Der Konzern besteht aus 1.217 (2014: 1.485) konsolidierten Unternehmen, davon sind 545 (2014: 756) konsolidierte strukturierte Unternehmen. An 796 (2013: 869) der vom Konzern beherrschten Unternehmen hält der Konzern direkt oder indirekt eine 100-prozentige Kapitalbeteiligung. 421 (2013: 616) der konsolidierten Unternehmen werden außerdem auch von Dritten gehalten (Anteile ohne beherrschenden Einfluss). Zum 31. Dezember 2014 und 2015 waren die Anteile ohne beherrschenden Einfluss weder für sich betrachtet noch in ihrer Gesamtheit von wesentlicher Bedeutung für den Konzern.

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten des Konzerns

Gesetzliche, vertragliche oder aufsichtsrechtliche Beschränkungen sowie Schutzrechte nicht beherrschender Anteile können den Konzern in seiner Fähigkeit beschränken, Zugang zu den Vermögenswerten zu erhalten und diese an oder von anderen Unternehmen ungehindert innerhalb des Konzerns zu transferieren und Schulden des Konzerns zu begleichen.

Zum Stichtag bestanden keine für den Konzern wesentlichen Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Folglich existieren keine erheblichen Beschränkungen aufgrund von Schutzrechten zugunsten dieser Anteilseigner.

Beschränkungen hinsichtlich der Nutzbarkeit von Vermögensgegenständen innerhalb des Konzerns:

- Zur Besicherung der Verpflichtungen aus Repogeschäften, Wertpapierfinanzierungsgeschäften, forderungsbesicherten Wertpapieren und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften hat der Konzern Vermögenswerte verpfändet.
- Die Vermögenswerte konsolidierter strukturierter Unternehmen werden als Sicherheiten zugunsten der Anspruchsberechtigten gehalten, welche die von diesen Gesellschaften begebenen Wertpapiere erworben haben.

- Die Vermögenswerte der konsolidierten Versicherungsgesellschaften dienen im Wesentlichen der Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.
- Regulatorische Anforderungen sowie Anforderungen der Zentralbanken oder lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen können in bestimmten Ländern die Fähigkeit des Konzerns einschränken, Vermögenswerte an oder von anderen Unternehmen innerhalb des Konzerns zu transferieren.

Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2015		31.12.2014	
	Aktiva gesamt	Verfügungs- beschränkte Vermögenswerte	Aktiva gesamt	Verfügungs- beschränkte Vermögenswerte
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	78.263	2.190	63.518	1.254
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	820.883	79.222	942.924	82.612
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	73.583	11.046	64.297	10.638
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.749	46.352	405.612	51.450
Sonstige	239.441	9.294	232.352	9.506
Insgesamt	1.629.130	148.105	1.708.703	155.460

Die obige Tabelle enthält keine Angaben zu Vermögenswerten, die zwar auf Konzernebene gewissen Nutzungseinschränkungen unterliegen, bei denen sich jedoch auf Ebene einzelner Konzerngesellschaften keine konkreten Beschränkungen identifizieren lassen. Derartige Beschränkungen können auf lokalen Anforderungen bezüglich der Kreditvergabe oder ähnlichen regulatorischen Beschränkungen beruhen und lassen sich unter Umständen keinen bestimmten Bilanzpositionen zuordnen. Dies ist auch der Fall hinsichtlich der regulatorischen Mindestliquiditätsreserven, deren Gesamtvolumen der Konzern aufgrund der einzelnen lokalen Liquiditätsabflüsse unter Stressbedingungen ermittelt. Insgesamt belaufen sich die als verfügungsbeschränkt angesehenen Liquiditätsreserven zum 31. Dezember 2015 auf 19,7 Mrd € (2014: 32,4 Mrd €).

40 – Strukturierte Einheiten

Art, Zweck und Umfang der Beteiligung des Konzerns an strukturierten Einheiten

Zur Durchführung seiner Geschäftsaktivitäten nutzt der Konzern unter anderem sogenannte strukturierte Einheiten, die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die derart ausgestaltet sind, dass Stimmrechte oder ähnliche Rechte bei der Entscheidung, wer das Unternehmen beherrscht, nicht ausschlaggebend sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Eine strukturierte Einheit verfügt oft über einige oder alle der folgenden Merkmale:

- Limitierte Aktivitäten;
- Ein eng gefasstes und genau definiertes Ziel;
- Unzureichendes Eigenkapital, um ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung zu finanzieren;
- Finanzierung in Form zahlreicher vertraglich verknüpfter Instrumente für Investoren, um Kredit- oder andere Risiken (Tranchen) zu bündeln.

Strukturierte Einheiten dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten zu bieten und durch die Verbriefung finanzieller Vermögenswerte Marktliquidität bereitzustellen. Sie können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Strukturierte Einheiten finanzieren den Erwerb von Vermögenswerten üblicherweise durch die Emission von Schuld- oder Eigenkapitaltiteln, die durch von ihnen gehaltene Vermögenswerte besichert werden und/oder an diese gekoppelt sind. Die von strukturierten Einheiten begebenen Schuld- oder Eigenkapitaltitel können Tranchen mit unterschiedlichem Rang beinhalten.

Wie in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellt, werden strukturierte Einheiten konsolidiert, wenn die Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten zeigt, dass diese vom Konzern beherrscht werden.

Konsolidierte strukturierte Einheiten

Der Konzern hat vertragliche Verpflichtungen, die es erfordern können, dass er den folgenden Arten von konsolidierten strukturierten Einheiten finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellt.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern nutzt Verbriefungsvehikel zur Finanzierung von Käufen diversifizierter Forderungspools. Der Konzern stellt diesen Einheiten Unterstützung in Form von Liquiditätslinien zur Verfügung. Zum 31. Dezember 2015 bestanden ausstehende Kreditzusagen gegenüber diesen Gesellschaften von 251 Mio € (31. Dezember 2014: 2 Mrd €).

Fonds

Der Konzern kann Fonds, die vom Konzern konsolidiert werden, Finanzierungsmittel und Liquiditätslinien oder Garantien zur Verfügung stellen. Zum 31. Dezember 2015 betrug der Nominalwert der solchen Fonds vom Konzern zur Verfügung gestellten Liquiditätslinien und Garantien 13,4 Mrd € (31. Dezember 2014: 28 Mrd €).

Nicht konsolidierte strukturierte Einheiten

Diese Einheiten werden nicht konsolidiert, da der Konzern keine Beherrschung über Stimmrechte, Verträge, Finanzierungsvereinbarungen oder andere Mittel hat. Das Ausmaß der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten variiert in Abhängigkeit von der Art der strukturierten Einheit.

Nachfolgend werden die Geschäftsaktivitäten des Konzerns mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beschrieben:

Repackaging- und Investmentgesellschaften

Repackaging- und Investmentgesellschaften werden gegründet, um Kundennachfragen nach Kombinationen aus Derivaten und Verbriefungen befriedigen zu können. Diese Einheiten werden vom Konzern nicht konsolidiert, da dieser nicht die Verfügungsmacht besitzt, die von den Gesellschaften erzielten Erträge zu beeinflussen. Diese Gesellschaften werden für gewöhnlich aufgesetzt, um einen bestimmten zuvor mit den Anlegern vereinbarten Kapitalertrag zu liefern, und der Konzern ist nicht in der Lage, die Investitionsstrategie oder die Erträge während der Laufzeit der Transaktion zu ändern.

Finanzierungsgesellschaften Dritter

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl verschiedener Vermögenswerte halten können. Diese strukturierten Einheiten können in Form von Finanzierungsgesellschaften, als Stiftungen oder als private Investmentgesellschaften gegründet werden. Die Finanzierung ist durch den gehaltenen Vermögenswert besichert. Der Konzern beteiligt sich hauptsächlich an Finanzierungsstrukturen.

Die Vehikel, die in diesen Transaktionen genutzt werden, werden von den Kapitalnehmern kontrolliert, wobei diese entscheiden können, ob zusätzliche Margeneinlagen oder Sicherheiten hinsichtlich der Finanzierung zu leisten sind. In den Fällen, in denen die Kapitalnehmer über die Fortführung oder Beendigung der Finanzierung entscheiden können, konsolidieren die Kapitalnehmer die Vehikel.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern gründet Verbriefungsvehikel, die finanzielle Mittel in diversifizierte Pools von Vermögenswerten investieren. Dazu zählen unter anderem festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset Backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite und Kreditkartenforderungen). Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Vehikel gekoppelt ist.

Der Konzern überträgt oft Vermögenswerte an diese Verbriefungsvehikel und stellt liquide Mittel in Form von Finanzierungen bereit.

Der Konzern investiert auch in von Dritten gesponserte Fonds und stellt diesen Liquidität zur Verfügung.

All diejenigen Verbriefungsvehikel, bei denen der Konzern nicht die Verfügungsmacht oder Möglichkeit besitzt, einseitig die Verwalter oder Forderungsverwalter abzulösen, werden nicht konsolidiert. Diese Verwalter wurden bevollmächtigt, die Geschicke der Gesellschaft zu leiten.

Fonds

Der Konzern kann strukturierte Einheiten gründen, um unterschiedliche Kundenanforderungen in Bezug auf Investitionen in spezifische Vermögenswerte zu erfüllen. Des Weiteren investiert der Konzern in Fonds, die von Dritten gesponsert werden. Eine Konzerngesellschaft kann die Funktion eines Fondsmanagers, Treuhänders oder eine andere Funktion ausüben. Die Finanzierung ist in der Regel durch den zugrunde liegenden Vermögenswert besichert, welcher vom Fonds gehalten wird.

Der Konzern konsolidiert Fonds nicht, wenn die Deutsche Bank als Agent des Fonds gilt oder wenn externe Investoren die Möglichkeit haben, die Aktivitäten des Fonds zu bestimmen.

Sonstige Gesellschaften

Diese beinhalten von der Deutschen Bank oder Dritten gesponserte strukturierte Einheiten, die nicht in eine der oben genannten Kategorien fallen. Diese Gesellschaften werden vom Konzern nicht konsolidiert, wenn der Konzern keine Entscheidungsbefugnisse in der Gesellschaft hat.

Einnahmen aus der Mitwirkung an strukturierten Gesellschaften

Der Konzern erzielt Einnahmen aus Management-Vergütungen und gelegentlich Erfolgsbeteiligungen für seine fondsbezogenen Investment-Management-Leistungen. Zinserträge werden durch die Finanzierung von strukturierten Gesellschaften erzielt. Sämtliche Handelserträge, die sich aus dem Handel von Derivaten mit strukturierten Gesellschaften und den Wertveränderungen der gehaltenen Wertpapiere ergeben, sind in der Position „Nettogewinn/-verlust von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind“ enthalten.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten Einheiten bestehen aus vertraglichen und nicht-vertraglichen Beziehungen, die den Konzern zum Empfang von variablen Rückflüssen aus der Performance der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten berechtigen. Beispiele von Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen Schuld- oder Eigenkapitalinstrumente, Liquiditätsfazilitäten, Garantien und verschiedene derivative Instrumente, in denen der Konzern Risiken aus strukturierten Einheiten absorbiert.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beinhalten keine Instrumente, die Risiken in strukturierte Einheiten einbringen. Wenn der Konzern zum Beispiel Kreditabsicherungen von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten kauft, deren Zweck und Design es ist, Kreditrisiken auf einen Investor zu übertragen, würde der Konzern dieses Risiko eher auf die Einheit übertragen, als es selbst zu übernehmen. Die gekaufte Kreditabsicherung ist deshalb nicht als Beteiligung in den unten dargestellten Tabellen berücksichtigt.

Höchstmögliches Ausfallrisiko von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximal mögliche Verlustrisiko bestimmt sich aus der Art der Beteiligung an einer nicht konsolidierten strukturierten Einheit. Das maximal mögliche Verlustrisiko von Forderungen aus Kreditgeschäften und Handelsaktiva besteht im Buchwert, der in der Bilanz abgebildet ist. Wie vom Konzern interpretiert, bestimmt sich der maximal mögliche Verlust von Derivaten und außerbilanziellen Verpflichtungen, wie zum Beispiel Garantien, Liquiditätsfazilitäten und Kreditzusagen, unter IFRS 12 durch ihren Nennwert. Diese Nennwerte stellen nicht das ökonomische Risiko dar, da weder Effekte aus Besicherungen oder Verbriefungen berücksichtigt werden noch die Wahrscheinlichkeit von Verlusten, die entstanden sein können. Am 31. Dezember 2015 betrug der Nennwert von Derivaten mit positivem Wiederbeschaffungswert 255 Mrd €, mit negativem Wiederbeschaffungswert 606 Mrd € und von außerbilanziellen Verpflichtungen

31 Mrd €. Am 31. Dezember 2014 betrug der Nennwert von Derivaten mit positivem Wiederbeschaffungswert 301 Mrd €, mit negativem Wiederbeschaffungswert 615 Mrd € und von außerbilanziellen Verpflichtungen 32 Mrd €.

Größe von strukturierten Einheiten

Die Art der Geschäftsaktivitäten einer strukturierten Einheit bestimmt deren Größe. Die folgenden Kennzahlen werden als angemessene Indikatoren für die Bewertung der Größe strukturierter Einheiten angesehen:

- **Fonds** – Nettoinventarwert oder Höhe des verwalteten Vermögens, wenn der Konzern Fondsanteile hält, und der Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns Derivate beinhaltet.
- **Verbriefungen** – Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere, wenn der Konzern seine Beteiligungen durch Wertpapiere hält, und Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns in Form von Derivaten besteht.
- **Finanzierungsgesellschaften Dritter** – Bilanzsumme der Einheiten.
- **Repackaging- und Investmentgesellschaften** – beizulegender Zeitwert der ausgegebenen Wertpapiere.

Für von Dritten gesponserte Finanzierungsgesellschaften, bei denen keine Kennzahl öffentlich verfügbar ist, hat der Konzern den höheren Betrag aus den erhaltenen/verpfändeten Sicherheiten oder dem Nennwert des Engagements der Deutschen Bank in die jeweilige Einheit veröffentlicht.

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheit die Buchwerte der Beteiligungen des Konzerns, die in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns erfasst sind, sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Beteiligungen resultieren könnte. Sie gibt auch eine Indikation über die Größe von strukturierten Einheiten. Die Werte bilden nicht das ökonomische Risiko des Konzerns aus diesen Beteiligungen ab, da sie keine Sicherheiten oder Sicherungsbeziehungen berücksichtigen.

Buchwert von in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Beteiligungen der Deutschen Bank

	31.12.2015				
in Mio €	Repackaging- vehikel und Investment- gesellschaften	Finanzierungs- gesellschaften Dritter	Ver- briefungen	Fonds	Summe
Vermögenswerte					
Barreserve ¹	0	0	0	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) ¹	18	0	110	422	550
Forderungen aus übertragenen Zentralbank- einlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	0	20	1.445	1.465
Forderungen aus Wertpapieranleihen	0	0	66	23.045	23.111
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.924	3.106	14.203	66.109	85.455
Handelsaktiva	1.256	1.339	13.886	18.709	35.303 ²
Positive Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	619	114	94	6.525	7.352
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	48	1.653	223	40.876	42.800
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	421	568	1.722	2.711
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	135	34.340	25.026	20.958	80.459
Sonstige Aktiva	103	2.150	565	18.365	21.182
Summe der Aktiva	2.179	40.017	40.558	132.065	214.932²
Verbindlichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	319	150	669	9.961	11.099
Negative Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	319	150	669	9.961	11.099
Summe der Passiva	319	150	669	9.961	11.099
Außerbilanzielle Risikopositionen	2	7.724	9.408	13.459	30.710 ²
Total	1.863	47.591	49.297	135.563	234.544
Größe der strukturierten Gesellschaft	10.607	63.187	1.417.316	2.694.148	

¹ Seit dem 31. Dezember 2015 werden Barmittel und Forderungen gegenüber Banken als Barreserven und Zentralbankguthaben bezeichnet und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten als Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) bezeichnet.

² Beinhaltet 113 Mio € für Summe der Aktiva und 116 Mio € für außerbilanzielle Risikopositionen für die Kategorie „Andere“.

	31.12.2014				
in Mio €	Repackaging- vehikel und Investment- gesellschaften	Finanzierungs- gesellschaften Dritter	Ver- briefungen	Fonds	Summe
Vermögenswerte					
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	0	13 ¹	0	405	419
Forderungen aus übertragenen Zentralbank- einlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	0	0	1.599	1.599
Forderungen aus Wertpapieranleihen	0	0	0	17.367	17.367
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.292	6.875	21.282	65.934	95.384
Handelsaktiva	963	4.315	21.108	13.419	39.805
Positive Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	329	703	143	8.789	9.963
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	1.858	31	43.726	45.616
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	410	875	1.418	2.703
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	77	32.553	16.250	15.671	64.551
Sonstige Aktiva	11	87	2.280	21.447	23.824
Summe der Aktiva	1.380	39.938	40.687	123.842	205.846
Verbindlichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	225	626	579	16.968	18.398
Negative Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	225	626	579	16.968	18.398
Summe der Passiva	225	626	579	16.968	18.398
Außerbilanzielle Risikopositionen	3	3.064	1.268	27.699	32.035
Total	1.158	42.376	41.375	134.572	219.483
Größe der strukturierten Gesellschaft	10.938	98.197	3.044.623	3.695.476	

¹ Beinhaltet 13 Mio € Barreserve.

Handelsaktiva – Die Summe der Handelsaktiva zum 31. Dezember 2015 von 35,1 Mrd € (31. Dezember 2014: 39,8 Mrd €) besteht hauptsächlich aus Verbriefungen von 13,8 Mrd € (31. Dezember 2014: 21,1 Mrd €) und Fonds von 18,7 Mrd € (31. Dezember 2014: 13,4 Mrd €). Die Beteiligungen des Konzerns in Verbriefungen sind durch die gehaltenen Vermögenswerte besichert. Fondsanteile werden vom Konzern üblicherweise für das Marketmaking gehalten, andernfalls dienen sie als Besicherungsinstrumente für ausgegebene Wertpapiere. Des Weiteren wird das Kreditrisiko aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft gegenüber Fremdfonds durch die erhaltene Sicherheit reduziert.

Finanzielle Vermögenswerte, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind – Die Mehrheit der Beteiligungen in dieser Kategorie sind umgekehrte Pensionsgeschäfte für Fonds. Diese sind durch die gehaltenen Wertpapiere besichert.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum 31. Dezember 2015 von 80,4 Mrd € (31. Dezember 2014: 64,6 Mrd €) bestehen aus Investments in Verbriefungstranchen und Finanzierungen für von Dritten gesponserte Finanzierungsgesellschaften. Die vom Konzern den von Dritten gesponserten Finanzierungsgesellschaften zur Verfügung gestellte Liquidität ist durch den gehaltenen Vermögenswert in diesen Gesellschaften besichert.

Sonstige Aktiva – Die sonstigen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2015 von 21,2 Mrd € (31. Dezember 2014: 23,8 Mrd €) bestehen hauptsächlich aus Forderungen aus dem Prime-Brokerage und Salden aus Cash-Margins.

Ausstehende Forderungen – Ausstehende Forderungssalden sind in dieser Anhangsangabe nicht enthalten, da diese Salden sich aus üblichen Geschäftsbeziehungen, zum Beispiel aus Vermittlungsaktivitäten, ergeben und die ihnen inhärente Volatilität dem Adressaten des Abschlusses keine zielführenden Informationen über die Risikopositionen des Konzerns gegenüber strukturierten Einheiten liefern würde.

Finanzielle Unterstützung

Während des Jahres stellte die Deutsche Bank nicht konsolidierten strukturierten Einheiten keine nicht-vertragliche Unterstützungen zur Verfügung.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2014 keine Beteiligung hält

Die Deutsche Bank sponsert die Gründung strukturierter Einheiten aus unterschiedlichen Gründen. Als Sponsor ist sie an der rechtlichen Errichtung und an der Vermarktung der Einheiten beteiligt und unterstützt diese auf unterschiedliche Art und Weise, unter anderem durch:

- die Übertragung von Vermögenswerten;
- die Bereitstellung von Gründungskapital;
- operative Unterstützung, um ihren Geschäftsbetrieb sicherzustellen;
- die Gewährung von Performancegarantien für die strukturierten Einheiten.

Die Deutsche Bank wird als Sponsor einer strukturierten Einheit angesehen, wenn Marktteilnehmer die Einheit begründeterweise mit dem Konzern verbinden. Die Verwendung des Namens Deutsche Bank für die strukturierte Einheit zeigt, dass die Deutsche Bank als Sponsor agierte.

Die Bruttoerträge von gesponserten nicht konsolidierten strukturierten Einheiten zum 31. Dezember 2015 betragen 20,2 Mio € (31. Dezember 2014: 166 Mio €). Fälle, in denen der Konzern keine Anteile an nicht konsolidierten gesponserten strukturierten Einheiten hat, umfassen Einheiten, bei denen Gründungskapital oder Finanzierungen gegenüber strukturierten Einheiten während des Jahres bereits voll an den Konzern zurückgezahlt wurden. Dieser Betrag berücksichtigt nicht Auswirkungen von Sicherungsbeziehungen. Er wird in der Position „Nettogewinne/-verluste von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden“ ausgewiesen. Die gesamten Buchwerte der auf gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragenen Vermögenswerte betragen in 2015 981 Mio € für Verbriefungen und 281 Mio € für Repackaging- und Investmentgesellschaften. In 2014 beliefen sich diese auf 469 Mio € in Verbriefungen und 1,9 Mrd € in Repackaging- und Investmentgesellschaften.

41 – Versicherungs- und Investmentverträge

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

in Mio €	31.12.2015			31.12.2014		
	Bruttowert	Rück- versicherung	Nettowert	Bruttowert	Rück- versicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	4.921	- 78	4.843	4.750	- 67	4.683
Investmentverträge	8.522	0	8.522	8.523	0	8.523
Insgesamt	13.443	- 78	13.365	13.273	- 67	13.206

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2015		2014	
	Versicherungs- verträge	Investment- verträge	Versicherungs- verträge	Investment- verträge
Buchwert am Jahresanfang	4.750	8.523	4.581	8.067
Zugänge	120	48	158	52
Inanspruchnahmen	- 426	- 708	- 427	- 544
Sonstige Veränderungen	195	191	118	429
Wechselkursveränderungen	282	468	320	519
Buchwert am Jahresende	4.921	8.522	4.750	8.523

Die Sonstigen Veränderungen der Vermögenswerte in Investmentverträgen in Höhe von 191 Mio € im Geschäftsjahr 2015 (2014: 429 Mio €) gehen hauptsächlich auf Marktwertveränderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte zurück.

Zum 31. Dezember 2015 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4,9 Mrd €. Davon entfielen 2,8 Mrd € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 1,7 Mrd € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 431 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen. Die garantierte Rentenzahlung gibt dem Versicherungsnehmer bei Renteneintritt die Option, eine zum Vertragsbeginn festgelegte Rentenzahlung in Anspruch zu nehmen. Die Verbindlichkeit für fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierter Rentenhöhe in Höhe von 431 Mio € gliedert sich in 283 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 148 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen. Die Rückstellung berechnet sich aus der Differenz der vertraglich vereinbarten und der erwarteten Rückzahlungsrate, der Höhe der fondsgebundenen Verbindlichkeit und der Annahme der Inanspruchnahme.

Zum 31. Dezember 2014 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4,8 Mrd €. Davon entfielen 2,5 Mrd € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 1,8 Mrd € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 444 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen (gegliedert in 288 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 156 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen).

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Zahlungsströme wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Zahlungsströme verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert.

Zinssätze

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung basiert zu 100 % auf Tabellen der Continuous Mortality Investigation 2014, wobei von einer Erhöhung von maximal 1 % per anno ausgegangen wird.

Aufwendungen

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

Sonstige Annahmen

Zum Jahresende 2015 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 63 % in Anspruch genommen werden gegenüber 67 % zum Jahresende 2014.

Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts

Bei Erwerb eines Versicherungsgeschäfts wird der Überschuss des Kaufpreises über den Anteil des Erwerbers an dem beizulegenden Nettozeitwert der identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme der berichteten Verbindlichkeit zum Zeitpunkt des Erwerbs. Dies entspricht dem Wert des erworbenen Geschäftes („VOBA“).

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird mit der Rate berücksichtigt, welche die Besonderheiten des erworbenen Geschäftes und den erwarteten Wertverzehr widerspiegelt. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderung überprüft, und Abschreibungen werden als Aufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung belastet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Die zu erwartende Wertminderung des erworbenen Versicherungsgeschäfts bestimmt sich anhand der Zusammensetzung des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie der erwarteten Veränderungen der zukünftigen Zahlungsströme. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen.

Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf Basis regulatorischer Anforderungen berechnete Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf Basis der bestmöglichen Schätzung neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2015	2014	2015	2014
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit (Verschlechterung um 10 %)¹	- 10	- 10	- 8	- 8
Aufwand (Anstieg um 10 %)	- 1	- 1	- 1	- 1
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	7	8	- 194	- 185

¹ Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge. Für diese Verträge würde eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Fall einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

42 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegliedert nach ihren Realisierungs- und Erfüllungszeitpunkten
Aktivpositionen zum 31. Dezember 2015

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2015
	in 2016	nach 2016	
Barreserven und Zentralbankeinlagen	96.940	0	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	12.620	223	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	21.240	1.216	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	33.556	1	33.557
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	783.383	37.499	820.883
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.359	66.225	73.583
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	1.013	1.013
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	130.483	297.266	427.749
Sachanlagen	0	2.846	2.846
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	10.078	10.078
Sonstige Aktiva	111.653	6.484	118.137
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	997	288	1.285
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.198.231	423.139	1.621.368
Steuerforderungen aus latenten Steuern			7.762
Summe der Aktiva			1.629.130

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2015

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2015
	in 2016	nach 2016	
Einlagen	541.557	25.417	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	9.803	0	9.803
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.857	414	3.270
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	584.474	15.280	599.754
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	28.010	0	28.010
Sonstige Passiva	168.205	6.800	175.005
Rückstellungen	9.207	0	9.207
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.086	613	1.699
Langfristige Verbindlichkeiten	26.129	133.887	160.016
Hybride Kapitalinstrumente	995	6.025	7.020
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.372.324	188.436	1.560.760
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			746
Summe der Verbindlichkeiten			1.561.506

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2014

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2014
	in 2015	nach 2015	
Barreserven und Zentralbankeinlagen ¹	74.379	103	74.482
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) ¹	8.822	268	9.090
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.494	303	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.800	34	25.834
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	906.129	36.796	942.924
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.740	56.557	64.297
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	4.143	4.143
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	135.376	270.236	405.612
Sachanlagen	0	2.909	2.909
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	14.951	14.951
Sonstige Aktiva	130.891	7.089	137.980
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.589	230	1.819
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.308.224	393.614	1.701.838
Steuerforderungen aus latenten Steuern			6.865
Summe der Aktiva			1.708.703

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“ für ausführliche Informationen

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2014
	in 2015	nach 2015	
Einlagen	508.481	24.451	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	10.887	0	10.887
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.976	363	2.339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	680.496	17.203	697.699
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.931	0	42.931
Sonstige Passiva	177.798	6.024	183.823
Rückstellungen	6.677	0	6.677
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	780	828	1.608
Langfristige Verbindlichkeiten	25.739	119.098	144.837
Hybride Kapitalinstrumente	4.906	5.667	10.573
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.460.672	173.634	1.634.306
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			1.175
Summe der Verbindlichkeiten			1.635.481

43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Bank hat am 23. Februar 2016 bekannt gegeben, dass ihr veröffentlichtes Kaufangebot für fünf ausgewählte auf Euro lautende unbesicherte Anleihen im Volumen von bis zu 3 Mrd € erfolgreich abgeschlossen wurde. Das hieraus resultierende von der Bank akzeptierte Gesamtvolumen beläuft sich auf 1,27 Mrd €. Weiterhin hat die Bank am 29. Februar 2016 die vorläufigen Ergebnisse des Kaufangebots für acht ausgewählte auf US-Dollar lautende unbesicherte Anleihen im Volumen von bis zu 2 Mrd US-\$ bekannt gegeben. Das hieraus resultierende von der Bank akzeptierte Gesamtvolumen beläuft sich auf 740 Mio US-\$. Die Deutsche Bank erwartet aus diesen Transaktionen einen positiven Ergebnisbeitrag im 1. Quartal 2016 in Höhe von rund 55 Mio €.

44 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB und die Kapitalrendite gemäß § 26a KWG

Personalaufwand

in Mio €	2015	2014
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	11.163	10.466
Soziale Abgaben	2.130	2.046
davon: für Altersversorgung	724	659
Insgesamt	13.292	12.512

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 99.423 (2014: 97.689), darunter befanden sich 44.071 (2014: 43.281) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 53.623 (2014: 51.932) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Im Jahr 2015 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 23.913.876 € (2014: 31.709.671 €), davon entfielen 0 € (2014: 10.322.666 €) auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2015 17.429.709 € (2014: 20.591.504 €) gezahlt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Die Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 geändert, die am 17. Juli 2014 wirksam wurden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung. Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrags. Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen gezahlt. Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt gemäß den Regelungen in der Satzung in Aktien der Gesellschaft umgerechnet (virtuelle Aktien). Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablauf einer Bestellungsperiode folgenden Jahres gemäß den Regelungen in der Satzung vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet. Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallsregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015 betrug 4.850.000 € (2014: 4.588.710 €), von der gemäß den Regelungen in der Satzung 3.710.417 € im Februar 2016 (Februar 2015: 3.466.532 €) ausgezahlt wurden.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen am 31. Dezember 2015 insgesamt 210.146.088 € (2014: 222.790.668 €).

Am 31. Dezember 2015 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 8.914.864 € (2014: 2.378.392 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 712.861 € (2014: 1.028.188 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2015 Kredite in Höhe von 126.156 € zurück.

Kapitalrendite

In § 26a KWG wird die Kapitalrendite als Quotient aus Nettogewinn und durchschnittlicher Bilanzsumme definiert. Entsprechend dieser Definition lag die Kapitalrendite für das Jahr 2015 bei –0,38 % (2014: 0,10 %).

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter www.db.com/ir/de/dokumente.htm publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Vom Abschlussprüfer abgerechnete Honorare nach Kategorien

Kategorie in Mio €	2015	2014
Prüfungshonorare	53	54
davon an KPMG AG	25	25
Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen	17	14
davon an KPMG AG	11	11
Honorare für Steuerberatung	5	8
davon an KPMG AG	2	6
Sonstige Honorare	1	2
davon an KPMG AG	0	2
Summe der Honorare	76	78

45 – Länderspezifische Berichterstattung

Die länderspezifische Berichterstattung nach § 26a KWG erfordert die jährliche Veröffentlichung bestimmter Informationen nach Ländern. Die veröffentlichten Informationen entstammen den Daten des IFRS-Konzernabschlusses der Deutschen Bank. Am 16. Dezember 2014 veröffentlichte die Bundesbank spezifische Anforderungen an die länderspezifische Berichterstattung. Diese enthielten die Anforderung, die länderspezifische Berichterstattung vor der Eliminierung von grenzüberschreitenden konzerninternen Transaktionen darzustellen. Entsprechend dieser Anforderung wurden lediglich die konzerninternen Transaktionen innerhalb eines Landes eliminiert. Diese Eliminierungen sind identisch zu den Eliminierungen, die im internen Management-Reporting für Länder vorgenommen werden, und betreffen größtenteils gezahlte Dividenden. Die Informationen der länderspezifischen Berichterstattung sind daher nicht abstimbar mit anderen Finanzinformationen in diesem Bericht.

Die geografische Lage von Tochtergesellschaften und Niederlassungen berücksichtigt sowohl das Land des Sitzes oder der Ansässigkeit als auch die relevante Steuerhoheit. Für die Angabe der Firmenbezeichnungen, der Art der Tätigkeiten und der geografischen Lage der Tochtergesellschaften wird auf die Anhangangabe 46 „Anteilsbesitz“ verwiesen. Zudem haben die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften deutsche und ausländische Niederlassungen wie zum Beispiel in London, New York und Singapur. Der Umsatz besteht aus dem Zinsüberschuss und den zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2015			
	Nettoerträge (Umsatz)	Angestellte (Vollzeit- äquivalente)	Ergebnis vor Steuern	Einkommen- steuer (Auf- wand)/Ertrag
Argentinien	72	86	48	- 17
Australien	435	527	112	- 41
Österreich	29	109	- 5	1
Belgien	194	641	10	- 2
Brasilien	106	318	- 49	39
Kanada	274	28	221	- 33
Cayman Islands	35	30	18	0
Chile	20	39	12	- 1
China	277	536	142	- 39
Kolumbien	0	0	0	0
Tschechische Republik	8	42	2	0
Finnland	0	4	0	0
Frankreich	80	223	10	- 7
Deutschland	10.510	45.757	- 4.247	408
Großbritannien	6.307	8.346	- 1.437	- 169
Griechenland	0	9	0	0
Guernsey	6	32	2	0
Hongkong	1.129	1.307	204	- 61
Ungarn	17	59	5	- 1
Indien	603	11.368	450	- 201
Indonesien	131	312	73	- 23
Irland	36	538	9	- 1
Israel	9	11	5	- 1
Italien	1.048	3.897	42	- 46
Japan	626	687	246	- 83
Jersey	28	91	5	0
Lettland	2	0	0	0
Luxemburg	1.567	607	1.167	- 192
Malaysia	67	218	38	- 10
Malta	89	4	88	- 18
Mauritius	51	213	57	- 13
Mexiko	95	131	59	- 17
Niederlande	466	781	146	- 1
Neuseeland	27	28	4	- 2
Norwegen	0	2	0	0
Pakistan	20	75	14	- 5
Peru	25	21	22	- 6
Philippinen	38	2.117	16	- 1
Polen	273	2.224	14	- 12
Portugal	79	427	16	- 6
Katar	0	3	- 1	0
Rumänien	5	438	8	- 1
Russische Föderation	159	1.374	- 6	- 18
Saudi Arabien	47	69	25	- 5
Singapur	759	2.065	79	15
Südafrika	45	107	16	- 1
Südkorea	152	300	47	- 8
Spanien	542	2.558	0	- 3
Sri Lanka	21	69	11	- 7
Schweden	3	39	- 1	0
Schweiz	448	715	117	- 37
Taiwan	101	195	57	- 4
Thailand	36	134	3	- 1
Türkei	65	143	27	- 7
VAE	37	173	- 13	- 1
Ukraine	10	25	7	- 1
USA	7.453	10.784	- 2.899	- 202
Vietnam	15	69	6	- 1

46 – Anteilsbesitz

- 429 Verbundene Unternehmen
- 441 Konsolidierte Strukturierte Gesellschaften
- 449 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen
- 451 Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden
- 456 Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz des Konzerns Deutsche Bank gemäß § 313 Absatz 2 HGB.

Fußnoten:

- 1 Control-Verhältnis.
- 2 Spezialfonds.
- 3 Von dieser Gesellschaft wurden nur spezifische Aktiva und darauf bezogene Passiva (Silos) konsolidiert.
- 4 Bestehend aus 142 eigenständigen Trusts (nur abweichend in Nummer/Laufzeit), die kommunale Schuldverschreibungen kaufen und hierfür Short Puttable Exempt Adjusted Receipts (SPEARs) und Long Inverse Floating Exempt Receipts (LIFERs) ausgeben, die dann an Investoren verkauft werden.
- 5 Control-Verhältnis über geschäftsführenden Komplementär.
- 6 Kein Control-Verhältnis.
- 7 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung wegen signifikantem Einfluss.
- 8 Nach IFRS als nicht nach der Equitymethode zu bilanzierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
- 9 Nach IFRS als nicht zu konsolidierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
- 10 Nicht konsolidiert oder als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung bewertet, da zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere.
- 11 Kein signifikanter Einfluss.

Verbundene Unternehmen

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1	Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main		Einlagenkreditinstitut	
2	Abbey Life Assurance Company Limited	London		Erstversicherungsunternehmen	100,0
3	Abbey Life Trust Securities Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
4	Abbey Life Trustee Services Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
5	ABFS I Incorporated	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
6	ABS Leasing Services Company	Chicago		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
7	ABS MB Ltd.	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
8	Acacia (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
9	Accounting Solutions Holding Company, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
10	Alex. Brown Financial Services Incorporated	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
11	Alex. Brown Investments Incorporated	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
12	Alex. Brown Management Services Inc.	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
13	Alfred Herrhausen Gesellschaft - Das internationale Forum der Deutschen Bank - mbH	Berlin		Sonstiges Unternehmen	100,0
14	Americas Trust Servicios de Consultoría, S.A.	Madrid		Sonstiges Unternehmen	100,0
15	Apexel LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
16	Argent Incorporated	Baltimore		Kreditinstitut	100,0
17	Autumn Leasing Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
18	AWM Luxembourg SICAV-SIF	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
19	B.T.I. Investments	London		Finanzunternehmen	100,0
20	Baincor Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
21	Bainpro Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
22	Bankers Trust International Finance (Jersey) Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
23	Bankers Trust International Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
24	Bankers Trust Investments Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
25	Bankers Trust Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
26	Barkly Investments Ltd.	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
27	Bayan Delinquent Loan Recovery 1 (SPV-AMC), Inc.	Makati Stadt		Finanzunternehmen	100,0
28	Beachwood Properties Corp.	Wilmington	1	Sonstiges Unternehmen	0,0
29	Bebek Varlik Yönetim A.S.	Istanbul		Finanzunternehmen	100,0
30	Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
31	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln		Finanzunternehmen	100,0
32	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln		Einlagenkreditinstitut	100,0
33	BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH	Hameln		Finanzunternehmen	100,0
34	BHW Holding AG	Hameln		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
35	BHW Invest, Société à responsabilité limitée	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
36	BHW Kreditservice GmbH	Hameln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
37	Billboard Partners L.P.	Georgetown		Finanzunternehmen	99,9
38	Biomass Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
39	Birch (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
40	Blue Cork, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
41	BNA Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
42	Bonsai Investment AG	Frauenfeld		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
43	Borfield Sociedad Anonima	Montevideo		Sonstiges Unternehmen	100,0
44	BRIMCO, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Sonstiges Unternehmen	100,0
45	BT Commercial Corporation	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
46	BT CTAG Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
47	BT Globenet Nominees Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
48	BT International (Nigeria) Limited	Lagos		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
49	BT Maulbronn GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
50	BT Milford (Cayman) Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
51	BT Muritz GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
52	BT Opera Trading S.A.	Paris		Finanzunternehmen	100,0
53	BT Sable, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
54	BT Vordertaunus Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
55	BTAS Cayman GP	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
56	BTD Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
57	Buxtal Pty. Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
58	C. J. Lawrence Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
59	CAM Initiator Treuhand GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
60	CAM PE Verwaltungs GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
61	CAM Private Equity Nominee GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
62	CAM Private Equity Verwaltungs-GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
63	3160343 Canada Inc.	Toronto		Finanzunternehmen	100,0
64	Caneel Bay Holding Corp.	Chicago	1	Finanzunternehmen	0,0
65	Cape Acquisition Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
66	CapeSuccess Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
67	CapeSuccess LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	82,6
68	Cardales Management Limited	St. Peter Port		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
69	Cardales UK Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
70	Career Blazers Consulting Services, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
71	Career Blazers Contingency Professionals, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
72	Career Blazers Learning Center of Los Angeles, Inc.	Los Angeles		Sonstiges Unternehmen	100,0
73	Career Blazers LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
74	Career Blazers Management Company, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
75	Career Blazers New York, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
76	Career Blazers of Ontario Inc.	London, Ontario		Sonstiges Unternehmen	100,0
77	Career Blazers Personnel Services of Washington, D.C., Inc.	Washington D.C.		Sonstiges Unternehmen	100,0
78	Career Blazers Personnel Services, Inc.	Albany		Finanzunternehmen	100,0
79	Career Blazers Service Company, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
80	Caribbean Resort Holdings, Inc.	New York	1	Finanzunternehmen	0,0
81	Castlewood Expansion Partners, L.P.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	87,5
82	Cathay Advisory (Beijing) Co., Ltd.	Peking		Sonstiges Unternehmen	100,0
83	Cathay Asset Management Company Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	100,0
84	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	67,6
85	CBI NY Training, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
86	Cedar (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
87	Centennial River 1 Inc.	Denver		Sonstiges Unternehmen	100,0
88	Centennial River 2 Inc.	Austin		Sonstiges Unternehmen	100,0
89	Centennial River Acquisition I Corporation	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
90	Centennial River Acquisition II Corporation	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
91	Centennial River Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
92	Channel Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
93	Cinda - DB NPL Securitization Trust 2003-1	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
94	Civic Investments Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
95	Consumo Finance S.p.A.	Mailand		Kreditinstitut	100,0
96	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
97	CTXL Achtzehnte Vermögensverwaltung GmbH	München		Finanzunternehmen	100,0
98	Cyrus J. Lawrence Capital Holdings, Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
99	D B Rail Holdings (UK) No. 1 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
100	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
101	D.B. International Delaware, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
102	DAHOC (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
103	DAHOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
104	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
105	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
106	DB (Pacific) Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
107	DB (Pacific) Limited, New York	New York		Finanzunternehmen	100,0
108	DB Abalone LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
109	DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
110	DB Alps Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
111	DB Alternative Trading Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
112	DB Alternatives and Fund Solutions Shanghai Investment Company Ltd	Schanghai		Sonstiges Unternehmen	100,0
113	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
114	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
115	DB Bluebell Investments (Cayman) Partnership	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
116	DB Boracay LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
117	DB CAPAM GmbH	Köln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
118	DB Capital Management, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
119	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
120	DB Capital Partners (Asia), L.P.	Georgetown		Finanzunternehmen	80,0
121	DB Capital Partners (Europe) 2000 - A Founder Partner LP	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
122	DB Capital Partners (Europe) 2000 - B Founder Partner LP	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
123	DB Capital Partners Asia G.P. Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
124	DB Capital Partners Europe 2002 Founder Partner LP	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
125	DB Capital Partners General Partner Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
126	DB Capital Partners Latin America, G.P. Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
127	DB Capital Partners, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
128	DB Capital Partners, Latin America, L.P.	Georgetown		Finanzunternehmen	80,2
129	DB Capital, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
130	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
131	DB Chestnut Holdings Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
132	DB Commodities Canada Ltd.	Toronto		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
133	DB Commodity Services LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
134	DB Consorzio S. Cons. a r. l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
135	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Finanzunternehmen	100,0
136	DB Crest Limited	St. Helier		Kreditinstitut	100,0
137	DB Delaware Holdings (Europe) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
138	DB Delaware Holdings (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
139	DB Depositor Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
140	DB Energy Commodities Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
141	DB Energy Trading LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
142	DB Enfield Infrastructure Holdings Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
143	DB Enfield Infrastructure Investments Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
144	DB Enterprise GmbH & Co. Zweite Beteiligungs KG	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
145	DB Equipment Leasing, Inc.	New York		Finanzunternehmen	100,0
146	DB Equity Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
147	DB Equity S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
148	DB Fillmore Lender Corp.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
149	DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
150	DB Finanz-Holding GmbH	Frankfurt		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
151	DB Fund Services LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
152	DB Funding LLC #4	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
153	DB Funding LLC #5	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
154	DB Funding LLC #6	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
155	DB Global Technology SRL	Bukarest		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
156	DB Global Technology, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
157	DB Group Services (UK) Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
158	DB Holdings (New York), Inc.	New York		Finanzunternehmen	100,0
159	DB Holdings (South America) Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
160	DB HR Solutions GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
161	DB iCON Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
162	DB Impact Investment Fund I, L.P.	Edinburgh		Finanzunternehmen	100,0
163	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
164	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
165	DB Infrastructure Holdings (UK) No.3 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
166	DB Intermezzo LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
167	DB International (Asia) Limited	Singapur		Einlagenkreditinstitut	100,0
168	DB International Investments Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
169	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
170	DB Investment Management, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
171	DB Investment Managers, Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
172	DB Investment Partners, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
173	DB Investment Services GmbH	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
174	DB Investments (GB) Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
175	DB IROC Leasing Corp.	New York		Finanzunternehmen	100,0
176	DB Jasmine (Cayman) Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
177	DB Kredit Service GmbH	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
178	DB London (Investor Services) Nominees Limited	London		Kreditinstitut	100,0
179	DB Management Support GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
180	DB Managers, LLC	West Trenton		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
181	DB Mortgage Investment Inc.	Baltimore		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
182	DB Nexus American Investments (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
183	DB Nexus Iberian Investments (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
184	DB Nexus Investments (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
185	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
186	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
187	DB Omega BTV S.C.S.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
188	DB Omega Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
189	DB Omega Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
190	DB Omega S.C.S.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
191	DB Operaciones y Servicios Interactivos Agrupación de Interés Económico	Barcelona		Anbieter von Nebendienstleistungen	99,9
192	DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
193	DB Overseas Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
194	DB Partnership Management Ltd.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
195	DB Portfolio Southwest, Inc.	Houston		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
196	DB Print GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
197	DB Private Clients Corp.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
198	DB Private Equity GmbH	Köln		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
199	DB Private Equity International S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
200	DB Private Equity Treuhand GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
201	DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		Kreditinstitut	100,0
202	DB PWM Private Markets I GP	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
203	DB Rail Trading (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
204	DB Re S.A.	Luxemburg		Rückversicherungsunternehmen	100,0
205	DB RMS Leasing (Cayman) L.P.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
206	DB Road (UK) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
207	DB Samay Finance No. 2, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
208	DB Securities S.A.	Warschau		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
209	DB Service Centre Limited	Dublin		Zahlungsinstitut	100,0
210	DB Service Uruguay S.A.	Montevideo		Kreditinstitut	100,0
211	DB Services Americas, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
212	DB Services New Jersey, Inc.	West Trenton		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
213	DB Servicios México, Sociedad Anónima de Capital Variable	Mexiko Stadt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
214	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
215	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
216	DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
217	DB Structured Products, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
218	DB Trips Investments Limited	Georgetown	1	Finanzunternehmen	0,0
219	DB Trustee Services Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
220	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
221	DB U.K. Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
222	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
223	DB UK Australia Finance Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
224	DB UK Australia Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
225	DB UK Bank Limited	London		Einlagenkreditinstitut	100,0
226	DB UK Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
227	DB UK PCAM Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
228	DB USA Corporation	Wilmington		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
229	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
230	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
231	DB Vanquish (UK) Limited	London		Kreditinstitut	100,0
232	DB Vantage (UK) Limited	London		Kreditinstitut	100,0
233	DB Vantage No.2 (UK) Limited	London		Kreditinstitut	100,0
234	DB Vita S.A.	Luxemburg		Versicherung	75,0
235	db x-trackers (Proprietary) Limited	Johannesburg		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
236	DBAB Wall Street, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
237	DBAH Capital, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
238	DBCCA Investment Partners, Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
239	DBCIBZ1	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
240	DBCIBZ2	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
241	DBFIC, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
242	DBG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
243	DBNY Brazil Invest Co.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
244	DBNZ Overseas Investments (No.1) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
245	DBOI Global Services (UK) Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
246	DBOI Global Services Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
247	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
248	DBRE Global Real Estate Management IA, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
249	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
250	DBRMSGP1	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
251	DBRMSGP2	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
252	DBS Technology Ventures, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
253	DBUK PCAM Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
254	DBUSBZ1, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
255	DBUSBZ2, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
256	DBX Advisors LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
257	DBX Strategic Advisors LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
258	dbX-Asian Long/Short Equity 3 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
259	dbX-Commodity 1 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
260	dbX-Convertible Arbitrage 14 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	72,1
261	dbX-Credit 2 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
262	dbX-Credit 3 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	98,3
263	dbX-Credit 4 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	78,4
264	dbX-CTA 16 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
265	dbX-CTA 18 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
266	dbX-CTA 2 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
267	dbX-CTA 9 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
268	dbX-Emerging Markets Macro 1 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	97,6
269	dbX-Global Long/Short Equity 10 (Sabre)	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
270	dbX-Global Long/Short Equity 9 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	96,7
271	dbX-Global Macro 4 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	97,4
272	dbX-Global Macro 9 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	98,0
273	dbX-Risk Arbitrage 1 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
274	dbX-Risk Arbitrage 6 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
275	dbX-Risk Arbitrage 9 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
276	dbX-US Long/Short Equity 13 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	100,0
277	dbX-US Long/Short Equity 15 Fund	St. Helier	2	Finanzunternehmen	93,0
278	De Meng Innovative (Beijing) Consulting Company Limited	Peking		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
279	DeAM Infrastructure Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
280	DeAWM Distributors, Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
281	DeAWM Service Company	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
282	DeAWM Trust Company	Salem		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
283	DEBEKO Immobilien GmbH & Co Grundbesitz OHG	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
284	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
285	DEGRU Erste Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
286	Delowrezham de México S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
287	DEUFAN Beteiligungs GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
288	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
289	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		Kreditinstitut	100,0
290	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		Kreditinstitut	100,0
291	Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
292	Deutsche Aeolia Power Production Société Anonyme	Peania		Sonstiges Unternehmen	80,0
293	Deutsche Alt-A Securities, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
294	Deutsche Alternative Asset Management (France) SAS	Paris		Sonstiges Unternehmen	100,0
295	Deutsche Alternative Asset Management (Global) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
296	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
297	Deutsche Asia Pacific Finance, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
298	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
299	Deutsche Asset & Wealth Management International GmbH	Frankfurt		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
300	Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH	Frankfurt		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
301	Deutsche Asset & Wealth Management Investment S.A.	Luxemburg		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
302	Deutsche Asset Management (Asia) Limited	Singapur		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
303	Deutsche Asset Management (Hong Kong) Limited	Hongkong		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
304	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
305	Deutsche Asset Management (Japan) Limited	Tokio		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
306	Deutsche Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
307	Deutsche Asset Management (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
308	Deutsche Asset Management Group Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
309	Deutsche Auskunft Service GmbH	Hamburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
310	Deutsche Australia Limited	Sydney		Kreditinstitut	100,0
311	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		Einlagenkreditinstitut	100,0
312	Deutsche Bank (Chile)	Santiago		Einlagenkreditinstitut	100,0
313	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		Einlagenkreditinstitut	100,0
314	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		Einlagenkreditinstitut	100,0
315	Deutsche Bank (Malta) Ltd	Floriana		Einlagenkreditinstitut	100,0
316	Deutsche Bank (Mauritius) Limited	Port Louis		Einlagenkreditinstitut	100,0
317	Deutsche Bank (Perú) S.A.	Lima		Einlagenkreditinstitut	100,0
318	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		Einlagenkreditinstitut	100,0
319	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		Einlagenkreditinstitut	100,0
320	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		Einlagenkreditinstitut	100,0
321	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
322	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
323	Deutsche Bank Corretora de Valores S.A.	Sao Paulo		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
324	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
325	Deutsche Bank Financial Company	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
326	Deutsche Bank Financial Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
327	Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
328	Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Baltimore		Sonstiges Unternehmen	100,0
329	Deutsche Bank Insurance Agency of Delaware	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
330	Deutsche Bank International Limited	St. Helier		Einlagenkreditinstitut	100,0
331	Deutsche Bank International Trust Co. (Cayman) Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
332	Deutsche Bank International Trust Co. Limited	St. Peter Port		Sonstiges Unternehmen	100,0
333	Deutsche Bank Investments (Guernsey) Limited	St. Peter Port		Finanzunternehmen	100,0
334	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		Einlagenkreditinstitut	100,0
335	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		Kreditinstitut	100,0
336	Deutsche Bank México, S.A., Institución de Banca Múltiple	Mexiko Stadt		Einlagenkreditinstitut	100,0
337	Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		Kreditinstitut	100,0
338	Deutsche Bank Nederland N.V.	Amsterdam		Einlagenkreditinstitut	100,0
339	Deutsche Bank Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0
340	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		Einlagenkreditinstitut	100,0
341	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
342	Deutsche Bank Realty Advisors, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
343	Deutsche Bank S.A.	Buenos Aires		Einlagenkreditinstitut	100,0
344	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		Einlagenkreditinstitut	100,0
345	Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
346	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
347	Deutsche Bank Services (Jersey) Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
348	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		Einlagenkreditinstitut	99,8
349	Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		Einlagenkreditinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
350	Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		Einlagenkreditinstitut	100,0
351	Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		Kreditinstitut	100,0
352	Deutsche Bank Trust Corporation	New York		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
353	Deutsche Bank Trustee Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
354	Deutsche Bank Österreich AG	Wien		Einlagenkreditinstitut	100,0
355	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Madrid		Einlagenkreditinstitut	99,8
356	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
357	Deutsche Capital Hong Kong Limited	Hongkong		Finanzunternehmen	100,0
358	Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
359	Deutsche Capital Partners China Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
360	Deutsche Cayman Ltd.	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
361	Deutsche CIB Centre Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
362	Deutsche Clubholding GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	95,0
363	Deutsche Commodities Trading Co., Ltd.	Schanghai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
364	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	100,0
365	Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
366	Deutsche Emerging Markets Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		Anbieter von Nebendienstleistungen	99,9
367	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
368	Deutsche Far Eastern Asset Management Company Limited	Taipeh		Finanzdienstleistungsinstitut	60,0
369	Deutsche Fiduciary Services (Suisse) SA	Genf		Sonstiges Unternehmen	100,0
370	Deutsche Finance Co 1 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
371	Deutsche Finance Co 2 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
372	Deutsche Finance Co 3 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
373	Deutsche Finance Co 4 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
374	Deutsche Finance No. 2 (UK) Limited	London		Kreditinstitut	100,0
375	Deutsche Finance No. 2 Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
376	Deutsche Finance No. 4 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Kreditinstitut	100,0
377	Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
378	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd	Singapur		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
379	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
380	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		Finanzunternehmen	100,0
381	Deutsche Group Holdings (SA) Proprietary Limited	Johannesburg		Finanzunternehmen	100,0
382	Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
383	Deutsche Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
384	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	99,8
385	Deutsche Haussmann S.à r.l.	Luxemburg		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
386	Deutsche Holdings (BTI) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
387	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
388	Deutsche Holdings (Malta) Ltd.	Floriana		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
389	Deutsche Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		Finanzunternehmen	100,0
390	Deutsche Holdings Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
391	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
392	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
393	Deutsche Holdings No. 4 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
394	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
395	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
396	Deutsche International Corporate Services (Delaware) LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
397	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		Finanzunternehmen	100,0
398	Deutsche International Corporate Services Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0
399	Deutsche International Custodial Services Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0
400	Deutsche International Finance (Ireland) Limited	Dublin		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
401	Deutsche International Trust Company N.V.	Amsterdam		Sonstiges Unternehmen	100,0
402	Deutsche International Trust Corporation (Mauritius) Limited	Port Louis		Sonstiges Unternehmen	100,0
403	Deutsche Inversiones Dos S.A.	Santiago		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
404	Deutsche Inversiones Limitada	Santiago		Finanzunternehmen	100,0
405	DEUTSCHE INVEST Reale Werte geschl. Inv. AG	Köln		Sonstiges Unternehmen	100,0
406	Deutsche Investment Management Americas Inc.	Wilmington		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
407	Deutsche Investments (Netherlands) N.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
408	Deutsche Investments Australia Limited	Sydney		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
409	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		Kreditinstitut	100,0
410	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		Sonstiges Unternehmen	100,0
411	Deutsche IT License GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
412	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
413	Deutsche Managed Investments Limited	Sydney		Kreditinstitut	100,0
414	Deutsche Mandatos S.A.	Buenos Aires		Finanzunternehmen	100,0
415	Deutsche Master Funding Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
416	Deutsche Mexico Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
417	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company	London		Kreditinstitut	100,0
418	Deutsche Morgan Grenfell Nominees Pte Ltd	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
419	Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
420	Deutsche Mortgage Securities, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
421	Deutsche New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
422	Deutsche Nominees Limited	London		Kreditinstitut	100,0
423	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Grasbrunn		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
424	Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
425	Deutsche Postbank AG	Bonn		Einlagenkreditinstitut	100,0
426	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schultrange		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
427	Deutsche Private Asset Management Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
428	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		Wertpapierhandelsbank	100,0
429	Deutsche Securities (Perú) S.A.	Lima		Sonstiges Unternehmen	100,0
430	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
431	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		Finanzunternehmen	100,0
432	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
433	Deutsche Securities Australia Limited	Sydney		Wertpapierhandelsbank	100,0
434	Deutsche Securities Inc.	Tokio		Wertpapierhandelsbank	100,0
435	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
436	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
437	Deutsche Securities Mauritius Limited	Port Louis		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
438	Deutsche Securities Menkul Degerler A.S.	Istanbul		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
439	Deutsche Securities New Zealand Limited	Auckland		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
440	Deutsche Securities S.A.	Buenos Aires		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
441	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC	Riad		Wertpapierhandelsbank	100,0
442	Deutsche Securities SpA	Santiago		Finanzunternehmen	100,0
443	Deutsche Securities Venezuela S.A.	Caracas		Finanzunternehmen	100,0
444	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
445	Deutsche Securitisation Australia Pty Limited	Sydney		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
446	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
447	Deutsche Strategic Investment Holdings Yugen Kaisha	Tokio		Finanzunternehmen	100,0
448	Deutsche Transnational Trustee Corporation Inc	Charlottetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
449	Deutsche Trust Company Limited Japan	Tokio		Sonstiges Unternehmen	100,0
450	Deutsche Trustee Company Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
451	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		Sonstiges Unternehmen	100,0
452	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
453	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	78,0
454	DFC Residual Corp.	Carson City		Finanzunternehmen	100,0
455	DG China Clean Tech Partners	Tianjin	1	Finanzunternehmen	49,9
456	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
457	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
458	DIB-Consult Deutsche Immobilien- und Beratungs-Gesellschaft mbH	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	100,0
459	DIL Financial Services GmbH & Co. KG	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	100,0
460	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
461	DIV Holding GmbH	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
462	DMG Technology Management, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
463	DNU Nominees Pty Limited	Sydney		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
464	DSL Portfolio GmbH & Co. KG	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
465	DSL Portfolio Verwaltungs GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
466	DTS Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
467	Durian (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
468	DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	99,4
469	DWS Investments (Spain), S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
470	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG i.l.	Hamburg		Sonstiges Unternehmen	65,2
471	Elba Finance GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
472	Elizabethan Holdings Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
473	Elizabethan Management Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
474	Equipment Management Services LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
475	Estate Holdings, Inc.	St. Thomas	1	Sonstiges Unternehmen	0,0
476	European Value Added I (Alternate G.P.) LLP	London		Finanzunternehmen	100,0
477	Evergreen Amsterdam Holdings B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
478	Evergreen International Holdings B.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	100,0
479	Evergreen International Investments B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
480	Evergreen International Leasing B.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	100,0
481	Exinor SA (dissolution volontaire)	Bastogne		Sonstiges Unternehmen	100,0
482	EXTOREL Private Equity Advisers GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
483	FARAMIR Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
484	Farezco I, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
485	Farezco II, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
486	Fenix Administración de Activos S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
487	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.L.	Mailand		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
488	Finanza & Futuro Banca SpA	Mailand		Kreditinstitut	100,0
489	Firstee Investments LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
490	Fondo de Inversión Privado NPL Fund Two	Santiago	2	Finanzdienstleistungsinstitut	70,0
491	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
492	Funds Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
493	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhli "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	74,9
494	G Finance Holding Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
495	GbR Goethestraße	Köln		Anbieter von Nebendienstleistungen	94,0
496	Gemini Technology Services Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
497	German Access LLP	London		Finanzunternehmen	100,0
498	German American Capital Corporation	Baltimore		Kreditinstitut	100,0
499	Global Commercial Real Estate Special Opportunities Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
500	Greenwood Properties Corp.	New York	1	Finanzunternehmen	0,0
501	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	94,9
502	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
503	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	64,7
504	Gulara Pty Ltd	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
505	GUO Mao International Hotels B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
506	Hac Investments Ltd.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
507	HAC Investments Portugal - Servicos de Consultadoria e Gestao Lda	Lissabon		Finanzunternehmen	100,0
508	Hakkejima Godo Kaisha	Tokio		Finanzunternehmen	95,0
509	Herengracht Financial Services B.V.	Amsterdam		Sonstiges Unternehmen	100,0
510	HTB Spezial GmbH & Co. KG	Köln		Industrieholding	100,0
511	IKARIA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
512	IOS Finance E F C S.A.	Barcelona		Finanzunternehmen	100,0
513	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
514	I VAF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
515	JR Nominees (Proprietary) Limited	Johannesburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
516	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		Finanzunternehmen	100,0
517	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
518	Kidson Pte Ltd	Singapur		Finanzunternehmen	100,0
519	Kingfisher Nominees Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
520	Konsul Inkasso GmbH	Essen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
521	Kradavim UK Lease Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
522	Kunshan RREEF Equity Investment Fund Management Co. Ltd.	Kunshan		Finanzunternehmen	100,0
523	LA Water Holdings Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	75,0
524	Lammermuir Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
525	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		Finanzunternehmen	100,0
526	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
527	Legacy Reinsurance, LLC	Burlington		Rückversicherungsunternehmen	100,0
528	Leonardo III Initial GP Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
529	Long-Tail Risk Insurers, Ltd.	Hamilton		Versicherung	100,0
530	LWC Nominees Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
531	MAC Investments Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
532	Maher 1210 Corbin LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
533	Maher Chassis Management LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
534	Maher Terminals Holdings (Toronto) Limited	Vancouver		Finanzunternehmen	100,0
535	Maher Terminals LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
536	Maher Terminals Logistic Systems LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
537	Maher Terminals USA, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
538	Maritime Indemnity Insurance Co. Ltd.	Hamilton		Versicherung	100,0
539	Maxblue Americas Holdings, S.A.	Madrid		Finanzunternehmen	100,0
540	MEF I Manager, S. à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
541	MEFIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	62,0
542	MHL Reinsurance Ltd.	Burlington		Versicherung	100,0
543	MIT Holdings, Inc.	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
544	Morgan Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
545	Mortgage Trading (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
546	MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
547	MortgageIT, Inc.	New York		Kreditinstitut	100,0
548	MXB U.S.A., Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
549	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
550	NCKR, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
551	NEPTUNO Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln		Finanzunternehmen	100,0
552	Nevada Mezz 1 LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
553	Nevada Parent 1 LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
554	Nordwestdeutscher Wohnungsbau-träger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
555	norisbank GmbH	Bonn		Einlagenkreditinstitut	100,0
556	North American Income Fund PLC	Dublin		Finanzunternehmen	67,3
557	Novelties Distribution LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
558	OAM Köln GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
559	OOO "Deutsche Bank TechCentre"	Moskau		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
560	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		Einlagenkreditinstitut	100,0
561	Opal Funds (Ireland) Public Limited Company	Dublin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
562	OPB Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
563	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
564	OPB-Holding GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
565	OPB-Nona GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
566	OPB-Oktava GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
567	OPB-Quarta GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
568	OPB-Quinta GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
569	OPB-Septima GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
570	Oppenheim Asset Management Services S.à r.l.	Luxemburg		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
571	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
572	Oppenheim Eunomia GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
573	OPPENHEIM Flottenfonds V GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	83,3
574	Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
575	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Manager GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
576	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
577	OPS Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
578	OVT Trust 1 GmbH	Köln		Sonstiges Unternehmen	100,0
579	OVV Beteiligungs GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
580	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
581	Pan Australian Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
582	PB Factoring GmbH	Bonn		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
583	PB Firmenkunden AG	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
584	PB International S.A.	Schuttrange		Finanzunternehmen	100,0
585	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	98,4
586	PBC Banking Services GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
587	PBC Services GmbH der Deutschen Bank	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
588	PEIF II SLP Feeder, L.P.	Edinburgh		Finanzunternehmen	60,0
589	Pelleport Investors, Inc.	New York		Anbieter von	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
				Nebendienstleistungen	
590	Pembol Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
591	PHARMA/HEALTH Management Company S.A.	Luxemburg		Kapitalanlagegesellschaft	99,9
592	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		Sonstiges Unternehmen	100,0
593	Polydeuce LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
594	Postbank Akademie und Service GmbH	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0
595	Postbank Beteiligungen GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
596	Postbank Direkt GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
597	Postbank Filial GmbH	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
598	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
599	Postbank Finanzberatung AG	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0
600	Postbank Immobilien GmbH	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0
601	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
602	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	90,0
603	Postbank Leasing GmbH	Bonn		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
604	Postbank Service GmbH	Essen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
605	Postbank Systems AG	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
606	Primelux Insurance S.A.	Luxemburg		Versicherung	100,0
607	Private Equity Asia Select Company III S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
608	Private Equity Global Select Company IV S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
609	Private Equity Global Select Company V S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
610	Private Equity Select Company S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
611	Private Financing Initiatives, S.L.	Barcelona		Finanzunternehmen	51,0
612	PS plus Portfolio Software + Consulting GmbH	Rödermark		Sonstiges Unternehmen	80,2
613	PT Deutsche Securities Indonesia	Jakarta		Wertpapierhandelsbank	99,0
614	PT. Deutsche Verdhana Indonesia	Jakarta	1	Wertpapierhandelsunternehmen	40,0
615	Public joint-stock company "Deutsche Bank DBU"	Kiew		Einlagenkreditinstitut	100,0
616	Pyramid Ventures, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
617	R.B.M. Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
618	Real Estate Secondary Opportunities Fund, LP	London		Finanzunternehmen	100,0
619	Regula Limited	Road Town		Sonstiges Unternehmen	100,0
620	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
621	Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
622	Royster Fund Management S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
623	RREEF America L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
624	RREEF China REIT Management Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
625	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
626	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		Sonstiges Unternehmen	100,0
627	RREEF Investment GmbH	Frankfurt		Kapitalanlagegesellschaft	99,9
628	RREEF Management GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
629	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
630	RREEF Spezial Invest GmbH	Frankfurt		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
631	RTS Nominees Pty Limited	Sydney		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
632	SAB Real Estate Verwaltungs GmbH	Hameln		Finanzunternehmen	100,0
633	Sagamore Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
634	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
635	Sajima Godo Kaisha	Tokio	1	Finanzunternehmen	0,0
636	Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
637	Sal. Oppenheim Global Invest GmbH	Köln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
638	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Köln		Einlagenkreditinstitut	100,0
639	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
640	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
641	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Luxembourg S.A.	Luxemburg		Einlagenkreditinstitut	100,0
642	SALOMON OPPENHEIM GmbH i.L.	Köln		Finanzunternehmen	100,0
643	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
644	Service Company Five Limited	Hongkong		Finanzunternehmen	100,0
645	Service Company Four Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
646	Sharps SP I LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
647	Sherwood Properties Corp.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
648	Structured Finance Americas, LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
649	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
650	Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
651	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		Finanzunternehmen	100,0
652	Tempurrite Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
653	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		Finanzunternehmen	100,0
654	TOKOS GmbH	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
655	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
656	Trevona Limited	Road Town		Sonstiges Unternehmen	100,0
657	Triplereason Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
658	Urbistar Settlement Services, LLC	Harrisburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
659	VCG Venture Capital Fonds III Verwaltungs GmbH	München		Finanzunternehmen	100,0
660	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH	München		Finanzunternehmen	100,0
661	VCM MIP III GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	61,0
662	VCM Treuhand-Beteiligungsverwaltung GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
663	VCP Treuhand-Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
664	VCP Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
665	Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
666	Vesta Real Estate S.r.l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
667	VI Resort Holdings, Inc.	New York	1	Sonstiges Unternehmen	0,0
668	VÖB-ZVD Processing GmbH	Frankfurt		Zahlungsinstitut	100,0
669	Wealthspur Investment Company Limited	Labuan		Finanzunternehmen	100,0
670	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
671	Whale Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
672	5000 Yonge Street Toronto Inc.	Toronto		Finanzunternehmen	100,0

Konsolidierte Strukturierte Gesellschaften

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
673	Aberdeen Capital Trust	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
674	AFS Platform ICAV	Dublin		Sonstiges Unternehmen	0,0
675	Amber Investments S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
676	Aqueduct Capital S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
677	Argentina Capital Protected Investments Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
678	Aspen Funding LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
679	Asset Repackaging Trust Five B.V.	Amsterdam	3	Finanzunternehmen	
680	Asset Repackaging Trust Six B.V.	Amsterdam	3	Finanzunternehmen	
681	Atena SPV S.r.l	Conegliano		Finanzunternehmen	60,0
682	Atlas Investment Company 1 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
683	Atlas Investment Company 2 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
684	Atlas Investment Company 3 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
685	Atlas Investment Company 4 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
686	Atlas Portfolio Select SPC	Georgetown		Finanzunternehmen	0,0
687	Atlas SICAV - FIS	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
688	Axia Insurance, Ltd.	Hamilton	3	Rückversicherungsunternehmen	
689	Axiom Shelter Island LLC	San Diego		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
690	Azurix AGOSBA S.R.L.	Buenos Aires		Finanzunternehmen	100,0
691	Azurix Argentina Holding, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
692	Azurix Buenos Aires S.A. (en liquidacion)	Buenos Aires		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
693	Azurix Cono Sur, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
694	Azurix Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
695	Azurix Latin America, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
696	Baltics Credit Solutions Latvia SIA	Riga		Finanzunternehmen	
697	Block 1949, LLC	Wilmington	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
698	Bridge No.1 Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	
699	Bürohaus Hauptstraße Gewerbeimmobilien Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
700	Büropark Heimstetten Vermögensverwaltungs Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
701	Castlebay Asia Flexible Fund SICAV-FIS - Taiwan Bond Fund	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
702	Cathay Capital (Labuan) Company Limited	Labuan		Sonstiges Unternehmen	
703	Cathay Capital Company Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	9,5
704	Cathay Strategic Investment Company Limited	Hongkong		Finanzunternehmen	
705	Cathay Strategic Investment Company No. 2 Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
706	Cayman Reference Fund Holdings Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	
707	Charitable Luxembourg Four S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
708	Charitable Luxembourg Three S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
709	Charitable Luxembourg Two S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
710	Charlton (Delaware), Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
711	China Recovery Fund LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	85,0
712	CITAN Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
713	CLASS Limited	St. Helier	3	Sonstiges Unternehmen	
714	Collins Capital Low Volatility Performance II Special Investments, Ltd.	Road Town		Finanzunternehmen	
715	Concept Fund Solutions Public Limited Company	Dublin	3	Sonstiges Unternehmen	1,9
716	COUNTS Trust Series 2007 - 3	Newark	3	Anbieter von Nebendienstleistungen	
717	Crofton Invest, S.L.	Madrid		Sonstiges Unternehmen	
718	Danube Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
719	Dariconic Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
720	Dawn-BV II LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
721	Dawn-BV LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
722	Dawn-BV-Helios LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
723	Dawn-G II LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
724	Dawn-G LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
725	Dawn-G-Helios LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
726	DB (Barbados) SRL	Christ Church		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
				Nebendienstleistungen	
727	DB Aircraft Leasing Master Trust	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
728	DB Alternative Strategies Limited	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
729	DB Apex (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
730	DB Apex Finance Limited	Floriana		Finanzunternehmen	100,0
731	DB Apex Management Capital S.C.S.	Luxemburg		Kreditinstitut	100,0
732	DB Apex Management Income S.C.S.	Luxemburg		Kreditinstitut	100,0
733	DB Apex Management Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
734	DB Asia Pacific Holdings Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
735	DB Aster II, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
736	DB Aster III, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
737	DB Aster, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
738	DB Aster, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
739	DB Avila Ltd.	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
740	DB Capital Investments Sàrl	Luxemburg		Kreditinstitut	100,0
741	DB Chambers Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
742	DB Clyde, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
743	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	90,0
744	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
745	DB Dawn, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
746	DB Elara LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
747	DB ESC Corporation	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
748	db ETC plc	St. Helier	3	Anbieter von Nebendienstleistungen	
749	DB Finance International GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
750	DB Ganymede 2006 L.P.	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
751	DB Global Markets Multi-Strategy Fund I Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
752	DB Global Masters Multi-Strategy Trust	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
753	DB Global Masters Trust	Georgetown	3	Wertpapierhandelsunternehmen	
754	DB Green Holdings Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
755	DB Green, Inc.	New York		Kreditinstitut	100,0
756	DB Hawks Nest, Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
757	DB Hypernova LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
758	DB Immobilienfonds 1 Wieland KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
759	DB Immobilienfonds 2 GmbH & Co. KG	Frankfurt		Finanzunternehmen	74,0
760	DB Immobilienfonds 4 GmbH & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	0,2
761	DB Immobilienfonds 5 Wieland KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
762	DB Impact Investment (GP) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
763	DB Infrastructure Holdings (UK) No.1 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
764	DB Investment Resources (US) Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
765	DB Investment Resources Holdings Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
766	DB Io LP	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
767	DB Jasmine Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
768	DB Like-Kind Exchange Services Corp.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
769	DB Litigation Fee LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
770	DB Master Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados de Precatórios Federais	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	29,5
771	DB Munico Ltd.	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
772	DB Platinum	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	2,0
773	DB Platinum II	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	3,6
774	DB Platinum IV	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	2,3
775	DB Prevision 12, FP	Barcelona		Finanzunternehmen	
776	DB PWM - Active Asset Allocation Growth II	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
777	DB PWM II - LiquidAlts UCITS (Euro)	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	69,5
778	DB RC Holdings, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
779	DB Real Estate Canadainvest 1 Inc.	Toronto		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
780	DB Safe Harbour Investment Projects Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
781	DB STG Lux 10 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
782	DB STG Lux 11 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
783	DB STG Lux 12 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
784	DB STG Lux 6 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
785	DB STG Lux 7 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
786	DB STG Lux 8 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
787	DB STG Lux 9 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
788	DB Sylvester Funding Limited	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
789	db x-trackers	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	1,0
790	db x-trackers II	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	2,8
791	dbInvestor Solutions Public Limited Company	Dublin	3	Finanzunternehmen	
792	DBRMS4	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
793	DBX ETF Trust	Wilmington	3	Sonstiges Unternehmen	
794	De Heng Asset Management Company Limited	Peking		Finanzunternehmen	
795	DeAM Capital Protect 2014	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
796	DeAM Capital Protect 2019	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
797	DeAM Capital Protect 2024	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
798	DeAM Capital Protect 2029	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
799	DeAM Capital Protect 2034	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
800	DeAM Capital Protect 2039	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
801	DeAM Capital Protect 2044	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
802	DeAM Capital Protect 2049	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
803	Deco 17 - Pan Europe 7 Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
804	Deutsche Bank Best Allocation - Protect 80	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
805	Deutsche Bank Capital Finance LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
806	Deutsche Bank Capital Finance Trust I	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
807	Deutsche Bank Capital Funding LLC VII	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
808	Deutsche Bank Capital Funding Trust VII	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
809	Deutsche Bank Capital LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
810	Deutsche Bank Capital LLC IV	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
811	Deutsche Bank Capital Trust I	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
812	Deutsche Bank Capital Trust IV	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
813	Deutsche Bank Contingent Capital LLC II	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
814	Deutsche Bank Contingent Capital LLC III	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
815	Deutsche Bank Contingent Capital LLC IV	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
816	Deutsche Bank Contingent Capital LLC V	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
817	Deutsche Bank Contingent Capital Trust II	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
818	Deutsche Bank Contingent Capital Trust III	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
819	Deutsche Bank Contingent Capital Trust IV	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
820	Deutsche Bank Contingent Capital Trust V	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
821	Deutsche Bank LIFERs Trust	Wilmington	3	Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
822	Deutsche Bank Luxembourg S.A. - Fiduciary Deposits	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
823	Deutsche Bank Luxembourg S.A. - Fiduciary Note Programme	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
824	Deutsche Bank SPEARs/LIFERs Trust	Wilmington	3	Anbieter von Nebendienstleistungen	43,5
825	Deutsche Bank SPEARs/LIFERs Trust (DB Series 100)	Wilmington	4	Anbieter von Nebendienstleistungen	
826	Deutsche Colombia S.A.S.	Bogotá		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
827	Deutsche GUO Mao Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
828	Deutsche Income Trust - Deutsche Limited Maturity Quality Income Fund	Boston		Sonstiges Unternehmen	100,0
829	Deutsche Income Trust - Deutsche Ultra-Short Investment Grade Fund	Boston		Sonstiges Unternehmen	100,0
830	Deutsche Institutional Money plus	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
831	Deutsche Institutional USD Money plus	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
832	Deutsche International Fund, Inc. - Deutsche Emerging Markets Frontier Fund	Baltimore		Sonstiges Unternehmen	100,0
833	Deutsche Investment Trust - Deutsche CROCI U.S. Fund	Boston		Sonstiges Unternehmen	100,0
834	Deutsche Leasing New York Corp.	New York		Finanzunternehmen	100,0
835	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
836	Deutsche Postbank Funding LLC II	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
837	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
838	Deutsche Postbank Funding LLC IV	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
839	Deutsche Postbank Funding Trust I	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
840	Deutsche Postbank Funding Trust II	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
841	Deutsche Postbank Funding Trust III	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0
842	Deutsche Postbank Funding Trust IV	Wilmington	1	Finanzunternehmen	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
843	Deutsche Securities Trust - Deutsche MLP & Energy Infrastructure Fund	Boston		Sonstiges Unternehmen	100,0
844	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
845	Deutsche Strategic Equity Long/Short Fund	Boston		Sonstiges Unternehmen	52,9
846	DJ Williston Swaps LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
847	Drehscheibe Bochum GmbH & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
848	Dusk II, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
849	Dusk LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
850	DWS (CH) - Pension Garant 2017	Zürich		Sonstiges Unternehmen	
851	DWS China A-Fund	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	100,0
852	DWS Dividende Garant 2016	Luxemburg		Finanzunternehmen	
853	DWS Garant 80 ETF-Portfolio	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	88,7
854	DWS Garant 80 FPI	Luxemburg		Finanzunternehmen	
855	DWS Garant Top Dividende 2018	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
856	DWS Megatrend Performance 2016	Luxemburg		Finanzunternehmen	
857	DWS Performance Rainbow 2015	Luxemburg		Finanzunternehmen	
858	DWS Zeitwert Protect	Luxemburg		Finanzunternehmen	
859	Earls Eight Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
860	Earls Four Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
861	EARLS Trading Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
862	1221 East Denny Owner, LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
863	ECT Holdings Corp.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
864	Einkaufszentrum "HVD Dresden" S.à.r.l & Co. KG	Köln		Sonstiges Unternehmen	
865	Eirles Three Limited	Dublin	3	Finanzunternehmen	
866	Eirles Two Limited	Dublin	3	Finanzunternehmen	
867	Elmo Funding GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
868	Elmo Leasing Vierzehnte GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
869	Emerald Asset Repackaging Limited	Dublin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
870	Emerging Markets Capital Protected Investments Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
871	Emeris	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
872	Epicuro SPV S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	
873	Equinox Credit Funding Public Limited Company	Dublin	3	Finanzunternehmen	
874	Erste Frankfurter Hoist GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
875	Eurohome (Italy) Mortgages S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	
876	Feale Sp. z o.o.	Wolica		Sonstiges Unternehmen	
877	Finaqua Limited	London		Finanzunternehmen	
878	Fondo Privado de Titulización PYMES I Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
879	Fortis Flexi IV - Bond Medium Term RMB	Luxemburg		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
880	FRANKFURT CONSULT GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
881	Fullgoal China Access RQFII Fund SPC - Fullgoal RQFII Bond Sub-Fund	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
882	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Global Markets	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
883	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados - Precatório Federal 4870-1	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
884	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados - Precatórios Federais DB I	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
885	Fundo de Investimento em Quotas de Fundos de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados Global Markets	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
886	GAC-HEL II, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
887	GAC-HEL, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
888	Gemini Securitization Corp., LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
889	GGGolf, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
890	Gladyr Spain, S.L.	Madrid		Finanzunternehmen	
891	Global Markets Fundo de Investimento Multimercado	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
892	Global Markets III Fundo de Investimento Multimercado - Crédito Privado e Investimento No Exterior	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
893	Global Opportunities Co-Investment Feeder, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
894	Global Opportunities Co-Investment, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
895	Grundstücksverwaltung Martin-Behaim-Strasse Gewerbeimmobilien Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
896	GSAM ALPS Fund EUR	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
897	GSAM ALPS Fund USD	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
898	GWC-GAC Corp.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
899	HAH Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
900	Hamildak Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
901	Harbour Finance Limited	Dublin		Kreditinstitut	
902	Harvest Select Funds - Harvest China Fixed Income Fund I	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	
903	Harvest Select Funds - Harvest China Fixed Income Fund II	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	
904	Hawser Trust	Santa Ana	3	Anbieter von Nebendienstleistungen	
905	Hotel Majestic LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
906	Iberia Inversiones II Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
907	Iberia Inversiones Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
908	India Debt Opportunities Fund	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	
909	Infrastructure Holdings (Cayman) SPC	Georgetown		Finanzunternehmen	
910	Inn Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
911	Investor Solutions Limited	St. Helier	3	Sonstiges Unternehmen	
912	Isar Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
913	ITAPEVA II Multicarteira FIDC Não-Padronizado	Sao Paulo		Finanzunternehmen	100,0
914	ITAPEVA Multicarteira Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizado	Sao Paulo		Finanzunternehmen	100,0
915	IVAF (Jersey) Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	
916	JB Hotel Private Placement Real Estate Trust No. 1	Seoul		Sonstiges Unternehmen	100,0
917	Jovian Limited	Douglas		Sonstiges Unternehmen	
918	Kelsey Street LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
919	Kingfisher Canada Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
920	Kingfisher Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
921	KOMPASS 3 Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
922	KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG	Düsseldorf		Anbieter von Nebendienstleistungen	96,1
923	KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG	Düsseldorf		Anbieter von Nebendienstleistungen	97,0
924	La Fayette Dedicated Basket Ltd.	Road Town		Wertpapierhandelsunternehmen	
925	Lagoon Finance Limited	Dublin	3	Finanzunternehmen	
926	Latin America Recovery Fund LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
927	Lemontree Investments GmbH & Co. KG	Berlin		Finanzunternehmen	
928	Leo Consumo 1 S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	
929	Leo Consumo 2 S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	70,0
930	87 Leonard Development LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
931	Leonardo Charitable 1 LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	9,9
932	Leonardo Secondary Opportunities Fund III (GP) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
933	Leonardo Secondary Opportunities Fund III (Limited Partner) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
934	Life Mortgage S.r.l.	Rom		Finanzunternehmen	
935	Macondo Spain, Sociedad Limitada	Madrid		Sonstiges Unternehmen	100,0
936	Manta Acquisition LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
937	Manta Group LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
938	Mars Investment Trust II	New York		Finanzunternehmen	100,0
939	Mars Investment Trust III	New York		Finanzunternehmen	100,0
940	Master Aggregation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
941	Maxima Alpha Bomaral Limited (in liquidation)	St. Helier		Wertpapierhandelsunternehmen	
942	Merlin I	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
943	Merlin II	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
944	Merlin XI	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
945	Meseta Inversiones Designated Activity Company	Dublin		Finanzunternehmen	
946	Mexico Capital Protected Investments Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
947	MH Germany Property III S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
948	MH Germany Property V S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
949	Mickleham Limited	Dublin		Anbieter von Nebendienstleistungen	
950	Micro-E Finance S.r.l.	Rom		Finanzunternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
951	Mira GmbH & Co. KG	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
952	Montage Funding LLC	Dover		Finanzunternehmen	
953	Monterey Funding LLC	Dover		Finanzunternehmen	
954	Moon Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
955	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
956	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
957	NCW Holding Inc.	Vancouver		Finanzunternehmen	100,0
958	New 87 Leonard, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
959	Newport Funding LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
960	Nineco Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
961	North Las Vegas Property LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
962	Oasis Securitisation S.r.l.	Conegliano	1	Finanzunternehmen	0,0
963	Oder Properties S à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
964	Odin Mortgages Limited	London		Finanzunternehmen	
965	Oona Solutions, Fonds Commun de Placement	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
966	OPAL, en liquidation volontaire	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
967	Operadora de Buenos Aires S.R.L.	Buenos Aires		Finanzunternehmen	100,0
968	Opus Niestandaryzowany Sekurytyzacyjny Fundusz Inwestycyjny Zamkniety	Warschau		Finanzunternehmen	
969	Oran Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
970	Orchid Pubs & Restaurants Limited (in Administration)	London		Sonstiges Unternehmen	
971	Ossiam Lux - Ossiam Japan Minimum Variance NR UCITS ETF	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
972	OTTAM Mexican Capital Trust Limited	Dublin	3	Finanzunternehmen	
973	Palladium Securities 1 S.A.	Luxemburg	3	Finanzunternehmen	
974	PanAsia Funds Investments Ltd.	Georgetown	3	Finanzunternehmen	
975	PARTS Funding, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
976	PARTS Student Loan Trust 2007-CT1	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
977	PARTS Student Loan Trust 2007-CT2	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
978	PD Germany Funding Company II, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
979	PD Germany Funding Company IV, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
980	PD Germany Funding Company V, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
981	Peruda Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
982	Perus 1 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
983	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Manila		Finanzdienstleistungsinstitut	95,0
984	PIMCO PARS I - Poste Vite	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
985	PIMCO PARS V - Poste Vite	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
986	Port Elizabeth Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
987	Private Markets ICAV	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
988	Pyxis Nautica S.A.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	
989	Quantum 13 LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
990	Quartz No. 1 S.A.	Luxemburg	1	Finanzunternehmen	0,0
991	Reference Capital Investments Limited	London		Kreditinstitut	100,0
992	Regal Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
993	REO Properties Corporation	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
994	REO Properties Corporation II	Wilmington	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
995	Residential Mortgage Funding Trust	Toronto		Finanzunternehmen	
996	Rhein - Main Securitisation Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	
997	Rheingold Securitisation Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	
998	Rhine Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
999	Riverside Funding LLC	Dover		Finanzunternehmen	
1000	RM Ayr Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
1001	RM Chestnut Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
1002	RM Fife Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1003	RM Multi-Asset Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
1004	RM Sussex Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1005	RM Triple-A Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
1006	RREEF G.O. III Malta Limited	Valletta		Finanzunternehmen	
1007	RREEF Global Opportunities Fund III, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
1008	RREEF North American Infrastructure Fund A, L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	99,9
1009	RREEF North American Infrastructure Fund B, L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	99,9
1010	SABRE Securitisation Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	
1011	Saratoga Funding Corp., LLC	Dover		Finanzunternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1012	Sedona Capital Funding Corp., LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
1013	Silrendel, S. de R. L. de C. V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
1014	Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1015	Sixco Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
1016	SMART SME CLO 2006-1, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
1017	SOLIDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
1018	SP Mortgage Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
1019	Stewart-Denny Holdings, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
1020	Strategic Global Opportunities Limited - Class A Main USD	Nassau		Finanzunternehmen	
1021	STTN, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1022	Sunrise Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1023	Swabia 1 Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1024	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
1025	Sylvester (2001) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
1026	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		Finanzunternehmen	100,0
1027	Thaumat Holdings Limited (under Liquidation)	Nikosia		Finanzunternehmen	
1028	The Canary Star Trust	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1029	The CAP Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1030	The Debt Redemption Fund Limited	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	99,8
1031	The GIII Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1032	The India Debt Opportunities Fund Limited	Ebène City		Anbieter von Nebendienstleistungen	
1033	The PEB Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1034	The SLA Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1035	Tintin III SPC	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
1036	Titian CDO Public Limited Company	Dublin	3	Finanzunternehmen	
1037	Trave Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1038	TRS Aria LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1039	TRS Birch II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1040	TRS Birch LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1041	TRS Cypress II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1042	TRS Cypress LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1043	TRS Elm II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1044	TRS Elm LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1045	TRS Leda LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1046	TRS Maple II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1047	TRS Maple LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1048	TRS Oak II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1049	TRS Oak LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1050	TRS Poplar II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1051	TRS Poplar LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1052	TRS Scorpio LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1053	TRS Spruce II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1054	TRS Spruce LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1055	TRS SVCO LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1056	TRS Sycamore II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1057	TRS Sycamore LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1058	TRS Tupelo II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1059	TRS Tupelo LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1060	TRS Venor LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1061	TRS Walnut II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
1062	TRS Walnut LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
1063	UTi Worldwide Inc. - Obligor Trust	London		Sonstiges Unternehmen	
1064	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG	München	5	Finanzunternehmen	0,0
1065	Vermögensfondmandat Flexible (80 % teilgeschützt)	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
1066	Village Hospitality LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1067	Wendelstein 2015-1 UG (haftungsbeschränkt)	Frankfurt		Finanzunternehmen	
1068	Winchester Street PLC	London	3	Finanzunternehmen	
1069	World Trading (Delaware) Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1070	ZALLUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1071	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1072	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Leben II KG	Düsseldorf		Anbieter von	98,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß- note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
				Nebendienstleistungen	
1073	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1074	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben I KG	Düsseldorf		Anbieter von Nebendienstleistungen	98,1
1075	Zumirez Drive LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1076	ZURET Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1077	AcadiaSoft, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	4,5
1078	Afinia Capital Group Limited	Hamilton		Finanzunternehmen	40,0
1079	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Kreditinstitut	26,9
1080	Argantis GmbH i.L.	Köln		Industrieholding	50,0
1081	Avacomm GmbH i.L.	Holzkirchen		Sonstiges Unternehmen	27,5
1082	Baigo Capital Partners Fund 1 Parallel 1 GmbH & Co. KG	Bad Soden am Taurus		Industrieholding	49,8
1083	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	30,0
1084	BATS Global Markets, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	4,9
1085	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzunternehmen	49,0
1086	BFDB Tax Credit Fund 2011, Limited Partnership	New York	6	Industrieholding	100,0
1087	BHS tabletop Aktiengesellschaft	Selb		Sonstiges Unternehmen	28,9
1088	BVT-CAM Private Equity Beteiligungs GmbH	Grünwald		Finanzunternehmen	50,0
1089	BVT-CAM Private Equity Management & Beteiligungs GmbH	Grünwald		Finanzunternehmen	50,0
1090	Comfund Consulting Limited	Bangalore		Sonstiges Unternehmen	30,0
1091	Craigs Investment Partners Limited	Tauranga		Wertpapierhandelsbank	49,9
1092	DB Development Holdings Limited	Larnaka		Finanzunternehmen	49,0
1093	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		Finanzunternehmen	34,6
1094	DBG Eastern Europe II Limited Partnership	St. Helier		Finanzunternehmen	25,9
1095	DD Finansman Anonim Sirketi	Sisli		Kreditinstitut	49,0
1096	Deutsche Börse Commodities GmbH	Eschborn		Sonstiges Unternehmen	16,2
1097	Deutsche Financial Capital I Corp.	Greensboro		Finanzunternehmen	50,0
1098	Deutsche Financial Capital Limited Liability Company	Greensboro		Kreditinstitut	50,0
1099	Deutsche Gulf Finance	Riad		Kreditinstitut	29,1
1100	Deutsche Regis Partners Inc	Makati Stadt		Wertpapierhandelsunternehmen	49,0
1101	Deutsche TISCO Investment Advisory Company Limited	Bangkok		Wertpapierhandelsunternehmen	49,0
1102	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		Sonstiges Unternehmen	50,0
1103	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Bonn		Sonstiges Unternehmen	25,1
1104	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1105	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH	Berlin		Finanzholding-Gesellschaft	21,1
1106	Elbe Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1107	EOL2 Holding B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	45,0
1108	eolec	Issy-les-Moulineaux		Sonstiges Unternehmen	33,3
1109	equiNotes Management GmbH	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	50,0
1110	Erica Società a Responsabilità Limitata	Mailand		Finanzunternehmen	40,0
1111	EVROENERGIAKI S.A.	Alexandroupolis		Sonstiges Unternehmen	40,0
1112	Finance in Motion GmbH	Frankfurt		Wertpapierhandelsunternehmen	19,9
1113	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	40,7
1114	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	30,6
1115	G.O. IB-SIV Feeder, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	15,7
1116	German Public Sector Finance B.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	50,0
1117	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		Industrieholding	36,7
1118	giropay GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	33,3
1119	Gordian Knot Limited	London		Wertpapierhandelsunternehmen	32,4
1120	Graphite Resources (Knightsbridge) Limited	London		Sonstiges Unternehmen	45,0
1121	Graphite Resources Holdings Limited	London	6	Industrieholding	70,0
1122	Great Future International Limited	Road Town		Finanzunternehmen	43,0
1123	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	44,9
1124	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	36,1
1125	Harvest Fund Management Company Limited	Schanghai		Wertpapierhandelsunternehmen	30,0
1126	Hua Xia Bank Company Limited	Peking		Einlagenkreditinstitut	19,9
1127	Huarong Rongde Asset Management Company Limited	Peking		Finanzunternehmen	40,7
1128	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1129	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben II GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	50,0
1130	ISWAP Limited	London		Wertpapierhandelsunternehmen	13,3
1131	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzunternehmen	21,1
1132	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	21,6
1133	Kenanga Deutsche Futures Sdn Bhd	Kuala Lumpur		Wertpapierhandelsunternehmen	27,0
1134	KVD Singapore Pte. Ltd.	Singapur		Finanzunternehmen	30,0
1135	KölnArena Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Köln		Finanzunternehmen	20,8
1136	Lion Residential Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	17,4
1137	Main Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1138	MidOcean (Europe) 2003 LP	St. Helier		Finanzunternehmen	20,0
1139	MidOcean Partners, LP	New York		Finanzunternehmen	20,0
1140	Millennium Marine Rail, L.L.C.	Elizabeth		Sonstiges Unternehmen	50,0
1141	Nexus II LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	11,9
1142	North Coast Wind Energy Corp.	Vancouver	6	Sonstiges Unternehmen	96,7
1143	Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG	Frankfurt		Finanzunternehmen	27,8
1144	P.F.A.B. Passage Frankfurter Allee Betriebsgesellschaft mbH	Berlin		Sonstiges Unternehmen	22,2
1145	Parkhaus an der Börse GbR	Köln		Sonstiges Unternehmen	37,7
1146	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1147	PX Group Limited	Stockton on Tees		Finanzunternehmen	29,4
1148	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-A L.L.C.	New York		Industrieholding	33,0
1149	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-B L.L.C.	New York		Industrieholding	33,3
1150	Raymond James New York Housing Opportunities Fund II L.L.C.	New York		Industrieholding	19,5
1151	Raymond James New York Upstate Housing Opportunities Fund I L.L.C.	New York		Industrieholding	24,9
1152	Relax Holding S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	20,0
1153	REON - Park Wiatrowy I Sp. z o.o.	Warschau		Sonstiges Unternehmen	50,0
1154	REON-Park Wiatrowy II Sp. z o.o.	Warschau		Sonstiges Unternehmen	50,0
1155	REON-Park Wiatrowy IV Sp. z o.o.	Warschau		Sonstiges Unternehmen	50,0
1156	Roc Capital Group, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	8,5
1157	Roc Capital Management, L.P.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	8,5
1158	RREEF Property Trust, Inc.	Baltimore		Sonstiges Unternehmen	15,7
1159	Sakaras Holding Limited	Birkirkara	7	Finanzunternehmen	0,0
1160	Schiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG MS "DYCKBURG" i.l.	Hamburg		Sonstiges Unternehmen	41,3
1161	Shunfeng Catering & Hotel Management Co., Ltd.	Peking		Sonstiges Unternehmen	6,4
1162	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		Sonstiges Unternehmen	22,5
1163	Starpool Finanz GmbH	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	49,9
1164	Station Holdco LLC	Wilmington		Industrieholding	25,0
1165	Teesside Gas Transportation Limited	London		Sonstiges Unternehmen	45,0
1166	TradeWeb Markets LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	5,5
1167	Triton Beteiligungs GmbH	Frankfurt		Industrieholding	33,1
1168	Turquoise Global Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	7,1
1169	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund C L.P.	Dover		Industrieholding	18,9
1170	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund CVI L.P.	Dover		Industrieholding	24,8
1171	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund XCV L.P.	Wilmington		Industrieholding	24,0
1172	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York	6	Industrieholding	99,9
1173	Volbroker.com Limited	London		Finanzunternehmen	22,5
1174	Weser Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1175	WestLB Venture Capital Management GmbH & Co. KG	Köln		Sonstiges Unternehmen	50,0
1176	Wilson Group Limited	Brisbane		Wertpapierhandelsunternehmen	18,5
1177	Wilson HTM Holdings Pty Limited	Brisbane		Finanzunternehmen	20,0
1178	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	25,0
1179	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		Wertpapierhandelsbank	33,3
1180	ZINDUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1181	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		Finanzunternehmen	25,0
1182	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Patente I KG i.L.	Schönefeld		Sonstiges Unternehmen	20,4

Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1183	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1184	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1185	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1186	ACHTUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1187	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1188	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1189	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1190	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1191	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1192	ADMANU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1193	AGLOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1194	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1195	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1196	ALMO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1197	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1198	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1199	Apex Fleet Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1200	APUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1201	ATAUT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1202	Auburn Data Systems, LLC	Chicago	10	Sonstiges Unternehmen	20,0
1203	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1204	BAKTU Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1205	BAL Servicing Corporation	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1206	BALIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1207	BAMAR Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1208	Banks Island General Partner Inc.	Toronto	8	Finanzunternehmen	50,0
1209	Belzen Pty. Limited	Sydney	9	Finanzunternehmen	100,0
1210	Benefit Trust GmbH	Lützen-Gostau	9	Finanzunternehmen	100,0
1211	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1212	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	33,2
1213	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	32,0
1214	Blue Ridge Trust	Wilmington	8	Sonstiges Unternehmen	28,4
1215	BrisConnections Holding Trust	Kedron	10	Sonstiges Unternehmen	35,6
1216	BrisConnections Investment Trust	Kedron	10	Sonstiges Unternehmen	35,6
1217	Cabarez S.A.	Luxemburg	6, 8	Sonstiges Unternehmen	95,0
1218	Capital Solutions Exchange Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1219	City Leasing (Donside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London	9	Finanzunternehmen	100,0
1220	City Leasing (Thameside) Limited	London	9	Finanzunternehmen	100,0
1221	City Leasing Limited	London	9	Finanzunternehmen	100,0
1222	DB Advisors SICAV	Luxemburg	9	Sonstiges Unternehmen	96,7
1223	DB Master Accomodation LLC	Wilmington	9	Finanzunternehmen	100,0
1224	DB Petri LLC	Wilmington	9	Kreditinstitut	100,0
1225	dbalternatives Discovery Fund Limited	Georgetown	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1226	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l.	Luxemburg	8	Finanzunternehmen	49,0
1227	Deutz-Mülheim Grundstücksgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	40,2
1228	DIL Europa-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1229	DIL Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1230	DONARUM Holding GmbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1231	Donlen Exchange Services Inc.	Boston	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1232	DREIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1233	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1234	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1235	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1236	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1237	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Erfurt	8	Finanzunternehmen	50,0
1238	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1239	Enterprise Fleet Management Exchange, Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1240	Enterprise Vehicle Exchange, Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1241	EQR-Old Town Lofts LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1242	EQR-Pearl LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1243	EQR-Soma II ALP	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1244	EQR-Soma II GPA LLC	Wilmington	9	Finanzunternehmen	100,0
1245	FÜNFTTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1246	FÜNFTTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1247	FÜNFDUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1248	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1249	Global Salamina, S.L.	Madrid	11	Industrieholding	26,6
1250	Grundstücksvermietungsgesellschaft Wilhelmstr. mbH	Grünwald	9	Finanzunternehmen	100,0
1251	HCA Exchange, Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1252	Hertz Car Exchange Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1253	Hudson 1003 4th Place, LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1254	Hudson 405 Mateo, LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1255	Hudson 4th & Tracition, LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1256	Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolanderufer KG	Berlin	8	Finanzunternehmen	20,5
1257	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown	8	Sonstiges Unternehmen	49,0
1258	Isaac Newton S.A.	Luxemburg	6, 8	Sonstiges Unternehmen	95,0
1259	JG Japan Grundbesitzverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1260	Kinneil Leasing Company	London	8	Finanzunternehmen	35,0
1261	Lindsell Finance Limited	St. Julian's	9	Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1262	London Industrial Leasing Limited	London	9	Finanzunternehmen	100,0
1263	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt	6, 10	Finanzunternehmen	77,1
1264	Maestrals Projects (Holding) S.A.	Luxemburg	8	Finanzunternehmen	49,7
1265	Magalhaes S.A.	Luxemburg	6, 8	Sonstiges Unternehmen	95,0
1266	Manuseamento de Cargas - Manicargas, S.A.	Matosinhos	11	Sonstiges Unternehmen	38,3
1267	MCT Südafrika 3 GmbH & Co. KG	Hamburg	10	Sonstiges Unternehmen	35,3
1268	Memax Pty. Limited	Sydney	9	Finanzunternehmen	100,0
1269	Metro plus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	40,0
1270	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG i.L.	Grünwald	10	Sonstiges Unternehmen	29,6
1271	Midsel Limited	London	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1272	Mount Hope Community Center Fund, LLC	Wilmington	10	Industrieholding	49,9
1273	Mountaintop Energy Holdings LLC	Wilmington	8	Finanzunternehmen	38,7
1274	MT "KING EDWARD" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg	10	Sonstiges Unternehmen	20,3
1275	MT "KING ERIC" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg	10	Sonstiges Unternehmen	20,3
1276	NBG Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1277	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1278	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1279	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1280	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1281	Nortfol Pty. Limited	Sydney	9	Finanzunternehmen	100,0
1282	NV Profit Share Limited	Georgetown	8	Sonstiges Unternehmen	42,9
1283	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG	Köln	1, 9	Finanzunternehmen	27,7
1284	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1285	PADOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1286	PAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1287	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1288	Pan-European Infrastructure II, L.P.	London	6	Finanzunternehmen	100,0
1289	PANIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1290	PANTUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1291	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1292	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1293	PEDUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1294	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1295	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1296	PERGOS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1297	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1298	PERLIT Mobliien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1299	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1300	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1301	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1302	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1303	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1304	PPCenter, Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1305	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1306	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1307	PRATES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1308	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1309	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1310	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1311	PTL Fleet Sales, Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1312	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1313	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1314	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1315	QI Exchange, LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1316	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1317	QUELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1318	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1319	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1320	Safron NetOne Partners, L.P.	Georgetown	10	Finanzunternehmen	21,7
1321	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1322	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1323	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	58,5
1324	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1325	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1326	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1327	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1328	SATINA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1329	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1330	SCHEDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1331	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln	8	Finanzunternehmen	33,2
1332	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1333	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heiligenstadt KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	71,1
1334	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1335	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleine Alexanderstraße KG	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	95,0
1336	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1337	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1338	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1339	SEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1340	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1341	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1342	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1343	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1344	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fehrenbach KG i.L.	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	94,7
1345	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle II KG i.L.	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1346	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf	6	Finanzunternehmen	100,0
1347	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1348	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1349	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1350	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1351	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1352	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1353	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1354	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	83,8
1355	SILIGO Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1356	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1357	SIMILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1358	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1359	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1360	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraftwerk Halle KG i.L.	Halle/Saale	8	Sonstiges Unternehmen	30,5
1361	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1362	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1363	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1364	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1365	SPhinX, Ltd. (in voluntary liquidation)	Georgetown	8	Sonstiges Unternehmen	43,6
1366	SPINO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1367	SPLENDOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1368	STABLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1369	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1370	STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	Finanzunternehmen	100,0
1371	STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld	9	Finanzunternehmen	100,0
1372	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1373	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Promohypermarkt Gelsenkirchen KG i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	48,7

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1374	SUBU Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1375	SULPUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1376	Sunbelt Rentals Exchange Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1377	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1378	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1379	SUSA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1380	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1381	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1382	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1383	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1384	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1385	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1386	TARES Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1387	TEBOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1388	TEMATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1389	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1390	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1391	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1392	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1393	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1394	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lager Nord KG	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	25,0
1395	TIQI Exchange, LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1396	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1397	TQI Exchange, LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1398	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1399	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	8	Finanzunternehmen	50,0
1400	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1401	TRINTO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1402	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1403	Triton Fund III G L.P.	St. Helier	6, 8	Finanzunternehmen	62,5
1404	TRS HY FNDS LLC	Wilmington	9	Kreditinstitut	100,0
1405	TUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1406	TUGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1407	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1408	VARIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1409	VCJ Lease S.à r.l.	Luxemburg	6, 8	Sonstiges Unternehmen	95,0
1410	VCL Lease S.à r.l.	Luxemburg	6, 8	Sonstiges Unternehmen	95,0
1411	VCM Initiatoren III GmbH & Co. KG	München	8	Finanzunternehmen	24,9
1412	VEXCO, LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1413	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1414	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1415	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1416	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1417	Willem S.A.	Luxemburg	6	Sonstiges Unternehmen	95,0
1418	Wohnungs-Verwaltungsgesellschaft Moers mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1419	Wohnungsgesellschaft HEGEMAG GmbH	Darmstadt	8	Finanzunternehmen	50,0
1420	XARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1421	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1422	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1423	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1424	XERIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1425	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1426	ZAKATUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1427	ZANTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1428	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1429	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	25,0
1430	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1431	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1432	Zenwix Pty. Limited	Sydney	9	Finanzunternehmen	100,0
1433	ZEPTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1434	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1435	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1436	ZIBE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1437	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1438	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1439	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1440	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1441	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1442	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1443	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1444	ZORUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1445	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1446	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1447	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1448	ZWEIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1449	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1450	ZYLUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	25,0

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1451	ABRAAJ Holdings	Georgetown		Finanzunternehmen	8,8
1452	Accunia A/S	Kopenhagen		Wertpapierhandelsunternehmen	9,9
1453	Ayubowan Capital Ltd.	Vancouver		Kreditinstitut	8,5
1454	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin		Kreditinstitut	5,6
1455	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam		Kreditinstitut	8,5
1456	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		Kreditinstitut	8,4
1457	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		Kreditinstitut	6,3
1458	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		Kreditinstitut	8,2
1459	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		Kreditinstitut	5,6
1460	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		Kreditinstitut	8,7
1461	Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg		Kreditinstitut	8,7
1462	Cecon ASA	Arendal		Sonstiges Unternehmen	9,6
1463	China Polymetallic Mining Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	5,7
1464	CIFG Holding Inc.	Wilmington		Versicherungsholding	11,5
1465	ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn		Zahlungsinstitut	16,8
1466	Damovo Group Holdings Limited	Camana Bay		Finanzunternehmen	16,0
1467	Deutsche Steinzeug Cremer & Breuer Aktiengesellschaft	Alfter		Sonstiges Unternehmen	17,2
1468	HYPOPORT AG	Berlin		Finanzunternehmen	9,7
1469	K & N Kenanga Holdings Bhd	Kuala Lumpur		Finanzholding-Gesellschaft	8,2
1470	K.K. D&M Holdings	Kawasaki		Sonstiges Unternehmen	14,8
1471	Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung	Leezen		Sonstiges Unternehmen	11,0
1472	Philipp Holzmann Aktiengesellschaft i.l.	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	19,5
1473	Prader Bank S.p.A.	Bozen		Einlagenkreditinstitut	9,0
1474	Private Export Funding Corporation	Wilmington		Kreditinstitut	6,0
1475	PT Buana Listya Tama Tbk	Jakarta		Sonstiges Unternehmen	14,6
1476	Reorganized RFS Corporation	Wilmington		Versicherungsholding	6,2
1477	RREEF America REIT III, Inc.	Baltimore		Finanzunternehmen	7,9
1478	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		Einlagenkreditinstitut	11,8
1479	Servicios de Infraestructura de Mercado OTC S.A.	Santiago		Kreditinstitut	6,7
1480	Società per il Mercato dei Titoli di Stato - Borsa Obbligazionaria Europea S.p.A.	Rom		Sonstiges Unternehmen	5,0
1481	The Ottoman Fund Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	13,6
1482	TRIUVA Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Kapitalanlagegesellschaft	6,0
1483	United Information Technology Co. Ltd.	Georgetown		Industrieholding	12,2
1484	Veris Gold Corp.	Vancouver		Sonstiges Unternehmen	7,4
1485	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		Wertpapierhandelsunternehmen	7,1

Bestätigungen

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzernanhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 – geprüft.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2015 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

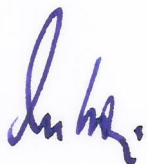
Wir haben den beigefügten Konzernlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 2. März 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Pukropski
Wirtschaftsprüfer



Beier
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 29. Februar 2016



John Cryan



Jürgen Fitschen



Stuart Lewis



Sylvie Matherat



Quintin Price



Garth Ritchie



Karl von Rohr



Marcus Schenck



Christian Sewing



Jeffrey Urwin

3

Erklärung zur Unternehmens- führung / Corporate-Governance- Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat – 461

Rechnungslegung und Transparenz – 473

Geschäfte mit nahestehenden
Dritten – 474

Wirtschaftsprüfung und Controlling – 475

Einhaltung des Deutschen Corporate
Governance Kodex – 478

Alle in dieser Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthaltenen Angaben geben den Stand vom 19. Februar 2016 wieder.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.db.com/ir/de/dokumente.htm) zur Verfügung steht.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2015 wurde John Cryan für einen Zeitraum von fünf Jahren zum Mitglied des Vorstands sowie zum Co-Vorsitzenden zusammen mit Jürgen Fitschen bestellt. Sylvie Matherat und Karl von Rohr wurden mit Wirkung zum 1. November 2015, jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren, zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Quintin Price, Garth Ritchie und Jeffrey Herbert Urwin wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2016, jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren, zu Mitgliedern des Vorstands bestellt.

Anshuman Jain und Rainer Neske sind mit Ablauf des 30. Juni 2015 aus dem Vorstand ausgeschieden. Mit Ablauf des 31. Oktober 2015 sind Stefan Krause und Dr. Stephan Leithner aus dem Vorstand ausgeschieden. Henry Ritchotte ist mit Ablauf des 31. Dezember 2015 aus dem Vorstand ausgeschieden.

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich Geburtsjahr und ihrer Bestellung und des Jahres, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihres Verantwortungsbereichs laut aktuellem Geschäftsverteilungsplan. Des Weiteren sind ihre sonstigen Mandate außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns aufgeführt. Die Vorstandsmitglieder haben sich verpflichtet, außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns grundsätzlich keinen Aufsichtsratsvorsitz anzunehmen.

John Cryan

Geburtsjahr: 1960
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2020

John Cryan ist seit 1. Juli 2015 Mitglied unseres Vorstands und Co-Vorsitzender zusammen mit Jürgen Fitschen. Laut Geschäftsverteilungsplan verantwortet er im Vorstand unter anderem die Bereiche Communications, Corporate Strategy, Non-Core Operations (NCOU) sowie Group Incident & Investigation Management.

Herr Cryan gehörte ab 2013 dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank an. Er war dort Vorsitzender des Prüfungsausschusses und Mitglied des Risikoausschusses. Bei seinem Amtsantritt als Co-Vorstandsvorsitzender legte er sein Aufsichtsratsmandat nieder. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 7. Juni 2015 wurde beschlossen, dass Herr Cryan nach dem Ausscheiden von Jürgen Fitschen im Mai 2016 alleiniger Vorstandsvorsitzender wird.

Herr Cryan war von 2012 bis 2014 Präsident Europa, Leiter Afrika, Portfoliostrategie und Kreditportfolio der Temasek Holdings Pte. Ltd., dem Staatsfonds von Singapur. Von 2008 bis 2011 war er Group Chief Financial Officer der UBS AG. Zuvor hatte er ab 1987 zahlreiche Funktionen im Corporate Finance Geschäft sowie in der Kundenbetreuung der UBS und SG Warburg in London, München und Zürich inne.

Er absolvierte zu Beginn seiner Karriere ein Trainee-Programm bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen in London. Er verfügt über einen Abschluss der University of Cambridge.

Herr Cryan ist Non-Executive Director der MAN Group Plc.

Jürgen Fitschen

Geburtsjahr: 1948
Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2017

Jürgen Fitschen wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Seit dem Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ist er Co-Vorsitzender des Vorstands. Herr Fitschen hat entschieden, sein Amt als Co-Vorstandsvorsitzender vorzeitig niederzulegen und wird mit Ablauf der Hauptversammlung am 19. Mai 2016 als Mitglied des Vorstands der Bank ausscheiden.

Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war bereits von 2001 bis Anfang 2002 Mitglied des Vorstands. Im Jahr 2005 übernahm er die Leitung für das globale Regional Management und verantwortete von Juni 2012 bis Ende 2015 das Regional Management der Bank weltweit, jedoch ohne Europa, aber einschließlich Deutschland und Großbritannien. Seit Januar 2016 ist er für das globale Regional Management mit Ausnahme von Deutschland und Großbritannien zuständig.

Von 1975 bis 1987 hatte er verschiedene Positionen bei der Citibank in Hamburg und Frankfurt am Main inne. 1983 wurde er in die Geschäftsleitung Deutschland der Citibank berufen.

Herr Fitschen studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg und schloss das Studium 1975 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Fitschen ist Mitglied des Verwaltungsrats der Kühne + Nagel International AG und Mitglied des Aufsichtsrats der METRO AG.

Stuart Wilson Lewis

Geburtsjahr: 1965
Erste Bestellung: 2012
Bestellt bis: 2020

Stuart Wilson Lewis wurde am 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Risk Officer und in dieser Funktion unter anderem verantwortlich für die Bereiche Credit Risk, Operational Risk, Market Risk, Liquidity Risk, Strategic Risk sowie für weitere Risk-Infrastruktureinheiten.

Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1996. Vor seiner jetzigen Position war Herr Lewis seit 2010 Deputy Chief Risk Officer und Chief Risk Officer der Corporate & Investment Bank. Davor war er seit 2006 als Chief Credit Officer tätig. Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Jahr 1996 arbeitete Herr Lewis bei Credit Suisse und Continental Illinois National Bank in London.

Er studierte an der Universität von Dundee, wo er einen LLB (Hons) erwarb. Sein Studium an der London School of Economics schloss er mit einem LLM ab. Er studierte auch am College of Law, Guildford.

Herr Lewis ist Mitglied im Board of Directors der London Stock Exchange Group Plc.

Sylvie Matherat

Geburtsjahr: 1962
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2018

Sylvie Matherat ist seit 1. November 2015 Mitglied unseres Vorstands. Sie ist unser Chief Regulatory Officer und in dieser Funktion unter anderem verantwortlich für die Bereiche Compliance, Anti-Financial Crime (AFC) sowie Group Regulatory Affairs (GRA).

Frau Matherat kam von der Banque de France, wo sie als Deputy Director General für Themen der Regulierung und Finanzstabilität, die Zahlungsverkehrs- und Abwicklungsinfrastruktur, Bankdienstleistungen sowie das Target 2 Securities Projekt verantwortlich war. Zuvor hatte Frau Matherat verschiedene Funktionen in der Bankenaufsicht und in der Privatwirtschaft inne.

Sie studierte am Institut d'Etudes Politique de Paris, Frankreich, Öffentliches Recht und Finanzwissenschaft und hat einen Master-Abschluss in Recht und Politikwissenschaft. 2014 wurde Frau Matherat mit der Mitgliedschaft in der Legion d'Honneur ausgezeichnet.

Frau Matherat hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Quintin Price

Geburtsjahr: 1961
Erste Bestellung: 2016
Bestellt bis: 2018

Quintin Price ist seit 1. Januar 2016 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Head of Deutsche Asset Management. Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank war Herr Price Global Head of Alpha Strategies des Vermögensverwalters BlackRock und Mitglied des Executive Committees. Er kam 2005 von Gartmore Investment Management zu BlackRock.

Er verfügt über einen Bachelor of Science in Economic and Social History der University of Bristol (UK).

Herr Price hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Garth Ritchie

Geburtsjahr: 1968
Erste Bestellung: 2016
Bestellt bis: 2018

Garth Ritchie ist seit 1. Januar 2016 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Head of Global Markets und verantwortet außerdem das Regional Management für Großbritannien.

Herr Ritchie trat 1996 in die Deutsche Bank ein und war seit 2010 Head of Equities in Corporate Banking & Securities. Über mehr als zwei Jahrzehnte hatte er verschiedene Positionen im Bereich Handel und Derivate inne. Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank war Herr Ritchie bei Fergusson Brothers und bei der First National Bank of South Africa tätig.

Er hat einen Abschluss als Bachelor of Commerce in Finance and Economics der University of Port Elizabeth (Südafrika).

Herr Ritchie hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Karl von Rohr

Geburtsjahr: 1965
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2018

Karl von Rohr ist seit 1. November 2015 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Administrative Officer und in dieser Funktion verantwortlich für die Bereiche Legal, Global Corporate Governance sowie Human Resources.

Herr von Rohr begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1998. Von 2013 bis 2015 war er Global Chief Operating Officer, Regional Management. Zuvor war er Leiter Personal (Human Resources) der Deutschen Bank in Deutschland und Vorstandsmitglied der Deutsche Bank PGK AG. Im Verlauf seiner Tätigkeit bei der Deutschen Bank hatte er verschiedene Leitungsfunktionen in anderen Unternehmensbereichen in Deutschland und Belgien inne.

Er hat Rechtswissenschaften an den Universitäten Bonn, Kiel und Lausanne und an der Cornell University (USA) studiert.

Herr von Rohr hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Dr. Marcus Schenck

Geburtsjahr: 1965
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2018

Dr. Marcus Schenck ist seit 21. Mai 2015 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Financial Officer und in dieser Funktion unter anderem verantwortlich für die Bereiche Finance, Group Tax, Group Treasury sowie Corporate M&A.

Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Januar 2015 war er als Partner und Head of Investment Banking Services für die Region Europa, Mittlerer Osten und Afrika bei Goldman Sachs tätig. In dieser Zeit war er auch Mitglied des Operating Committee der Investment Banking Division von Goldman Sachs. Von 2006 bis 2013 arbeitete Herr Dr. Schenck als Finanzvorstand der E.ON SE. Von 1997 bis 2006 hatte er verschiedene leitende Funktionen bei Goldman Sachs in Frankfurt inne. Zuvor war er als Berater bei McKinsey & Company tätig.

Er hat einen Abschluss als Diplom-Volkswirt der Universität Bonn und promovierte in Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln.

Herr Dr. Schenck hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Christian Sewing

Geburtsjahr: 1970
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2017

Christian Sewing wurde am 1. Januar 2015 Mitglied unseres Vorstands. Seit Januar 2016 ist er unser Head of Private, Wealth & Commercial Clients sowie CEO Germany. Von Januar bis Juni 2015 war er im Vorstand für Legal, Incident Management Group und Group Audit verantwortlich, danach übernahm er die Zuständigkeit für Private & Business Clients.

Vor seiner Ernennung zum Vorstandsmitglied war Herr Sewing Global Head of Group Audit und davor hatte er diverse Positionen in Risk inne, einschließlich des Deputy Chief Risk Officer (von 2012 bis 2013) und Chief Credit Officer der Bank (von 2010 bis 2012).

Von 2005 bis 2007 war Herr Sewing Mitglied des Vorstands der Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank.

Vor seinem berufsbegleitenden Studium an der Bankakademie Bielefeld und Hamburg absolvierte er 1989 eine Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Deutschen Bank.

Herr Sewing hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Jeffrey Herbert Urwin

Geburtsjahr: 1956
Erste Bestellung: 2016
Bestellt bis: 2018

Jeffrey Herbert Urwin ist seit 1. Januar 2016 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Head of Corporate & Investment Banking. Herr Urwin kam 2015 als Co-Head of Corporate Banking & Securities und Head of Corporate Finance zur Deutschen Bank. Zuvor war er bei JP Morgan tätig, zuletzt als Global Co-Head of Treasury Services, Corporate Banking and Investment Banking. Während seiner Laufbahn bei JP Morgan war er Chairman and CEO of JP Morgan Asia, Head of Global Investment Banking, Co-Head of North American Investment Banking und Head of Americas Investment Banking Coverage. Er kam in Folge der Übernahme von Bear Stearns Inc. zu JP Morgan.

Er verfügt über einen LLB Law Abschluss der University of Birmingham (UK).

Herr Urwin hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Group Executive Committee

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet und nach Maßgabe der Strategie 2020, die eine Verringerung der organisatorischen Komplexität zum Ziel hat, im Oktober 2015 aufgelöst. Das Group Executive Committee bestand aus den Mitgliedern des Vorstands sowie Führungskräften der Regionen, der Unternehmensbereiche und der Infrastrukturfunktionen, die vom Vorstand ernannt wurden. Das Group Executive Committee war ein Gremium, das nicht vom Aktiengesetz vorgeschrieben war. Es diente der Koordination unserer Unternehmensbereiche und Regionen, diskutierte strategische Fragen und bereitete Entscheidungen des Vorstands vor. Es hatte keine eigene Beschlusszuständigkeit.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat entscheidet auf Vorschlag des Präsidialausschusses unter entsprechender Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses über die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung im Vorstand. Der Aufsichtsrat setzt auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die jeweilige Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand und überprüft es regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere den Co-Vorsitzenden des Vorstands, regelmä-

ßig Kontakt und berät mit ihnen die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutsche Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er von den Co-Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Im Geschäftsjahr 2015 fanden insgesamt 73 Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse statt. Die Zahl der Sitzungen, in denen Ausschüsse gemeinsam tagten, wurde gegenüber dem Vorjahr ausgebaut.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.db.com/ir/de/dokumente.htm) veröffentlicht ist.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 gewählt. Abweichend davon wurden Katherine Garrett-Cox durch die Hauptversammlung am 26. Mai 2011 und Dr. Paul Achleitner, Peter Löscher und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler durch die Hauptversammlung am 31. Mai 2012 gewählt. Louise M. Parent wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2014 gerichtlich bestellt und durch die Hauptversammlung am 21. Mai 2015 in den Aufsichtsrat gewählt. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 16. April 2013.

John Cryan ist mit Ablauf des 30. Juni 2015 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden und mit Wirkung vom 1. Juli 2015 zum Mitglied und Co-Vorsitzenden des Vorstands der Bank vom Aufsichtsrat bestellt. Für ihn wurde Richard Meddings mit Wirkung vom 13. Oktober 2015 gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Stephan Szukalski war bis zum 30. November 2015 Mitglied des Aufsichtsrats. Nach seinem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat wurde er für den Rest seiner Amtszeit im Aufsichtsrat durch das für ihn gewählte Ersatzmitglied, Wolfgang Böhr, ersetzt, der 2008 erstmals in den Aufsichtsrat gewählt wurde und dessen erstes Mandat 2013 endete.

Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind ihr Geburtsjahr, das Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, das Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihre Haupttätigkeit, ihre Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstige Mandate.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Dr. Paul Achleitner Geburtsjahr: 1956 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Frankfurt	Bayer AG; Daimler AG; Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses)
Wolfgang Böhr* Geburtsjahr: 1963 Als Ersatzmitglied nachgerückt: 2015 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Betriebsrats der Deutschen Bank, Düsseldorf; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank	Betriebskrankenkasse Deutsche Bank AG (Mitglied des Verwaltungsrats)
Frank Bsirske* Geburtsdatum: 1952 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, (ver.di), Berlin	RWE AG (stellv. Vorsitzender); Deutsche Postbank AG (stellv. Vorsitzender); IBM Central Holding GmbH; Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) (Mitglied des Verwaltungsrats)
Dina Dublon Geburtsjahr: 1953 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018		Accenture Plc; PepsiCo Inc.
Katherine Garrett-Cox Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2011 Gewählt bis: 2016	Chief Executive Officer Alliance Trust Plc (bis Februar 2016), Dundee	Alliance Trust Savings Ltd. (Executive Chairperson) (bis Januar 2016); Alliance Trust Investments (Chief Executive) (bis März 2016)
Timo Heider* Geburtsjahr: 1975 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutsche Postbank AG; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der BHW Kreditservice GmbH; Vorsitzender des Betriebsrats der BHW Bausparkasse AG, BHW Kreditservice GmbH, Postbank Finanzberatung AG und BHW Holding AG; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats der Deutschen Bank	Deutsche Postbank AG; BHW Bausparkasse AG (stellv. Vorsitzender); Pensionskasse der BHW Bausparkasse AG VVaG (stellv. Vorsitzender); PBC Banking Services GmbH (Mitglied des Beirats) (bis Ende 2015)
Alfred Herling* Geburtsjahr: 1952 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG; Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats der Deutschen Bank; Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Sabine Irrgang* Geburtsjahr: 1962 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Leiterin Personalbetreuung (Württemberg), Deutsche Bank AG	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Prof. Dr. Henning Kagermann Geburtsjahr: 1947 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2018	Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, München	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Deutsche Post AG; BMW Bayerische Motoren Werke AG; Franz Haniel & Cie. GmbH (bis April 2015)
Martina Klee* Geburtsjahr: 1962 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Betriebsrats Group COO Eschborn/Frankfurt der Deutschen Bank	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VVaG

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Peter Löscher Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Chief Executive Officer der Renova Management AG, Zürich	TBG AG; Sulzer AG (Präsident des Verwaltungsrats); Conscientia Investment Limited (bis Februar 2015)
Henriette Mark* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Richard Meddings Geburtsjahr: 1958 Gerichtlich bestellt: 2015		HM Treasury Board; Legal & General Group Plc
Louise M. Parent Geburtsjahr: 1950 Gerichtlich bestellt: 2014 Gewählt bis: 2018	Rechtsanwältin (Of Counsel), Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP, New York	Zoetis Inc.
Gabriele Platscher* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)
Bernd Rose* Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des gemeinsamen Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG und Postbank Filial GmbH; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Postbank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats der Deutschen Bank	Deutsche Postbank AG; Postbank Filialvertrieb AG; ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft (stellv. Vorsitzender)
Rudolf Stockem* Geburtsjahr: 1956 Als Ersatzmitglied nachgerückt: 2012 Gewählt bis: 2018	Gewerkschaftssekretär bei Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (bis Ende 2015); PBC Banking Services GmbH (Mitglied des Beirats) (bis Ende 2015)
Dr. Johannes Teyssen Geburtsjahr: 1959 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Vorstands der E.ON SE, Düsseldorf	Salzgitter AG (bis September 2015)
Georg F. Thoma Geburtsjahr: 1944 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Rechtsanwalt (Of Counsel), Shearman & Sterling LLP, Frankfurt	Sapinda Holding B.V. (bis Dezember 2015)
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützscher Geburtsjahr: 1948 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017		Sartorius AG; Wuppermann AG (Vorsitzender); Zwiessel Kristallglas AG (Vorsitzender); Wilh. Werhahn KG

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats und Stand der Umsetzung

Nach dem Kreditwesengesetz müssen die Mitglieder des Aufsichtsrats zuverlässig sein, die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen betreibt, erforderliche Sachkunde besitzen und der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen. Der Aufsichtsrat hat unter Berücksichtigung dieser Anforderungen gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex im Oktober 2010 die nachfolgenden Ziele für seine Zusammensetzung festgelegt und zuletzt im Oktober 2015 angepasst sowie im Januar 2016 bestätigt. Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Insbesondere sollen die Aufsichtsratsmitglieder für die Wahrnehmung des Mandats ausreichend Zeit haben. Die Besetzung des Aufsichtsrats soll eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands in einer international tätigen, breit aufgestellten Bank durch den Aufsichtsrat sicherstellen und das Ansehen des Deutsche Bank-Konzerns in der Öffentlichkeit wahren. Dabei soll insbesondere auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit der zur Wahl vorgeschlagenen Personen geachtet werden. Ziel ist es, dass im Aufsichtsrat insgesamt sämtliche Kenntnisse und Erfahrungen vorhanden sind, die angesichts der Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns als wesentlich erachtet werden. Dem Aufsichtsrat sollen ferner eine angemessene Anzahl an unabhängigen Mitgliedern und nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG angehören. Unter der Prämisse, dass allein die Ausübung des Aufsichtsratsmandats als Arbeitnehmervertreter keine Zweifel an der Erfüllung der Unabhängigkeitskriterien nach Ziffer 5.4.2 des Kodex begründen kann, sollen dem Aufsichtsrat insgesamt mindestens sechzehn Mitglieder angehören, die unabhängig im Sinne des Kodex sind. Der Aufsichtsrat soll so zusammengesetzt sein, dass eine Anzahl von mindestens sechs unabhängigen Anteilseignervertretern im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Kodex erreicht wird. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds sollen zur Beendigung des Mandats führen. Mitglieder des Aufsichtsrats dürfen ab 1. Juli 2014 nicht mehr als die gemäß § 25d KWG zulässige Zahl an Aufsichtsratsmandaten beziehungsweise Mandaten in Aufsichtsgremien von Gesellschaften, die vergleichbare Anforderungen stellen, wahrnehmen. Es besteht für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Regelaltersgrenze von 70 Jahren. In begründeten Einzelfällen kann ein Aufsichtsratsmitglied für einen Zeitraum gewählt beziehungsweise bestellt werden, der längstens bis zur Beendigung der vierten ordentlichen Hauptversammlung reicht, die nach Vollendung seines 70. Lebensjahres stattfindet. Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlungen wurde diese Altersgrenze berücksichtigt und soll auch bei den nächsten Aufsichtsratswahlen beziehungsweise der Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen Berücksichtigung finden. Der Aufsichtsrat hat im Oktober 2015 beschlossen, dass die Zugehörigkeitsdauer der einzelnen Mitglieder zum Aufsichtsrat für ab diesem Zeitpunkt zu wählende beziehungsweise zu bestellende Mitglieder im Regelfall 15 Jahre nicht überschreiten soll.

Der Aufsichtsrat achtet auf Vielfalt bei der Besetzung des Aufsichtsrats. Mit Blick auf die internationale Ausrichtung der Deutschen Bank soll darauf geachtet werden, dass dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an Mitgliedern mit einer langjährigen internationalen Erfahrung angehört. Derzeit haben vier Mitglieder des Aufsichtsrats ihren beruflichen und privaten Mittelpunkt im Ausland. Darüber hinaus verfügen alle Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats aufgrund ihrer derzeitigen oder ehemaligen Tätigkeit als Vorstand/CEO oder einer vergleichbaren leitenden Funktion in international tätigen Unternehmen über langjährige internationale Erfahrung. Nach Auffassung des Aufsichtsrats wird der internationalen Tätigkeit des Unternehmens auf beiden Wegen hinreichend Rechnung getragen. Es ist das Ziel, das derzeit bestehende internationale Profil beizubehalten.

Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung beachtet der Aufsichtsrat die Empfehlungen des Nominierungsausschusses und gesetzliche Vorgaben, wonach sich der Aufsichtsrat zu mindestens 30 % aus Frauen und zu mindestens 30 % aus Männern zusammensetzen hat. Bereits bei den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2008 und auch bei den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2013 wurde auf eine angemessene Beteiligung von Frauen im Auswahlprozess besonderer Wert gelegt. Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen wiederum qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Im Einklang mit den festgelegten Zielen hat die Hauptversammlung 2011 Katherine Garrett-Cox und die Hauptversammlung 2013 Dina Dublon, jeweils auf Vorschlag des Aufsichtsrats, in

den Aufsichtsrat gewählt. Louise M. Parent wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2014 gerichtlich bestellt und von der Hauptversammlung am 21. Mai 2015 in den Aufsichtsrat gewählt. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 25 % und 40 % der Mitglieder des Aufsichtsrats Frauen. Derzeit gehören sieben Frauen dem Aufsichtsrat an, davon drei aufseiten der Anteilseignervertreter. Dies entspricht insgesamt 35 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl zu wahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann. Nach Auffassung des Aufsichtsrats erfüllt dieser die für seine Zusammensetzung benannten konkreten Ziele. Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Einige Mitglieder des Aufsichtsrats sind oder waren im vergangenen Jahr in hochrangiger Position bei anderen Unternehmen, mit denen die Deutsche Bank in Geschäftsbeziehungen steht, tätig. Geschäfte der Deutschen Bank mit diesen Unternehmen erfolgen dabei zu Bedingungen wie unter fremden Dritten. Diese Transaktionen berühren nach unserer Ansicht die Unabhängigkeit der betroffenen Mitglieder des Aufsichtsrats nicht.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden sieben ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats im Finanzbericht 2015.

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses vor. Er ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge unter Beachtung der alleinigen Entscheidungszuständigkeit des Aufsichtsratsplenums zu den Bezügen der Vorstandsmitglieder und für die Erteilung der Zustimmung des Aufsichtsrats zur Übernahme von Mandaten, Ehrenämtern oder Sonderaufgaben außerhalb des Konzerns durch einzelne Mitglieder des Vorstands nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2015 fanden zwölf Sitzungen des Präsidialausschusses, davon zwei gemeinsam mit dem Nominierungsausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Alfred Herling und Prof. Dr. Henning Kagermann.

Nominierungsausschuss: Die Vertreter der Anteilseigner im Nominierungsausschuss bereiten die Vorschläge des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Dabei orientieren sie sich an den vom Aufsichtsrat benannten Kriterien für die Zusammensetzung. Gemäß § 25d Absatz 11 KWG, der seit 1. Januar 2014 gilt, unterstützt der Nominierungsausschuss seitdem den Aufsichtsrat auch bei der Ermittlung von Bewerbern für die Besetzung einer Stelle im Vorstand der Bank, der Erarbeitung einer Zielsetzung zur Förderung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie einer Strategie zu deren Erreichung. Er unterstützt den Aufsichtsrat bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats und spricht dem Aufsichtsrat gegenüber diesbezügliche Empfehlungen aus. Er unterstützt den Aufsichtsrat weiterhin bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder und der Mitglieder des Aufsichtsrats als auch des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit. Der Nominierungsausschuss überprüft die Grundsätze der Geschäftsleitung für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene und unterstützt den Aufsichtsrat bei diesbezüglichen Empfehlungen an den Vorstand. Im Geschäftsjahr 2015 fanden sieben Sitzungen des Nominierungsausschusses, davon zwei gemeinsam mit dem Präsidialausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Alfred Herling, Prof. Dr. Henning Kagermann und Dr. Johannes Teyssen.

Prüfungsausschuss: Der Prüfungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat insbesondere bei der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems, und der internen Revision, der Durchführung der Abschlussprüfung, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen sowie der zügigen Behebung der vom Abschlussprüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand mittels geeigneter Maßnahmen. Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem unterbreitet der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsrat Vorschläge für die Bestellung des Abschlussprüfers und bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers vor. Der Prüfungsausschuss berät den Aufsichtsrat hinsichtlich der Erteilung des Prüfungsauftrags an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer, unterbreitet Vorschläge an den Aufsichtsrat für die Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz des Abschlussprüfers sowie der Rotation der Mitglieder des Prüfungsteams. Der Prüfungsausschuss ist zuständig für die Kenntnisnahme von Mitteilungen über wesentliche Kürzungen des Compliance-Budgets und die Entgegennahme und Behandlung des Berichts des Leiters der Compliance-Abteilung über die Angemessenheit und Wirksamkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren nach § 33 Abs.1 Satz 2 Nr. 5 WpHG (Compliance-Bericht). Der Compliance-Bericht erfolgt mindestens einmal jährlich. Der Leiter der Internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über etwaige Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. Er unterstützt den Aufsichtsrat hinsichtlich dessen Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahen Dienstleistungen an den Abschlussprüfer (siehe dazu auch „Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen“ ab Seite 475 der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht). Im Geschäftsjahr 2015 fanden siebzehn Sitzungen des Prüfungsausschusses, davon drei gemeinsam mit dem Risikoausschuss und vier gemeinsam mit dem Integritätsausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Richard Meddings (Vorsitzender seit 13. Oktober 2015), Dr. Paul Achleitner, Henriette Mark, Gabriele Platscher, Bernd Rose und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler.

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat insbesondere zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene. Der Risikoausschuss überwacht alle wesentlichen Aspekte des Rating- und Schätzverfahren der Bank. Der Risikoausschuss wacht darüber, dass die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank im Einklang stehen. Soweit dies nicht der Fall ist, verlangt der Risikoausschuss vom Vorstand Vorschläge, wie die Konditionen im Kundengeschäft in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur ausgestaltet werden können, und überwacht deren Umsetzung. Der Risikoausschuss prüft, ob die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Darüber hinaus nimmt der Risikoausschuss alle ihm durch Gesetz oder Aufsichtsbehörden zugewiesenen Aufgaben wahr. Er ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen, sofern der Wert der Beteiligung mehr als 2 % und maximal 3 % unseres haftenden Eigenkapitals beträgt und es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Dem Ausschuss wird ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind, berichtet (zur Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik der einzelnen Risikokategorien siehe auch Risikobericht ab Seite 93 im Finanzbericht). Im Geschäftsjahr 2015 fanden elf Sitzungen des Risikoausschusses, davon zwei gemeinsam mit dem Vergütungskontrollausschuss und drei gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender bis 28. Januar 2015), Dina Dublon (Vorsitzende seit 28. Januar 2015), Richard Meddings (seit 13. Oktober 2015), Louise M. Parent und Rudolf Stockem.

Integritätsausschuss: Der Integritätsausschuss berät und überwacht den Vorstand fortlaufend im Hinblick darauf, ob die Geschäftsleitung einer wirtschaftlich tragfähigen, nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens verpflichtet ist und unter Beachtung der Grundsätze guter und verantwortungsvoller Unternehmensleitung sowie unter Wahrnehmung der sozialen Verantwortung des Unternehmens und gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen der Umwelt erfolgt (Environment Social Governance – ESG) und ob die Ausrichtung der betriebswirtschaftlichen Unternehmensführung an diesen Werten mit dem Ziel einer ganzheitlichen Unternehmenskultur ausgerichtet ist. Der Integritätsausschuss behandelt insbesondere die folgenden Angelegenheiten: Er überwacht die Maßnahmen des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung von Rechtsvorschriften, behördlichen Regelungen und der unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen. Er überprüft regelmäßig die Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank, um ein vorbildliches Verhalten der Mitarbeiter des Unternehmens innerhalb und außerhalb des Unternehmens zu fördern, das nicht allein an der formalen Einhaltung von Rechtsvorschriften ausgerichtet ist. Er beobachtet und analysiert die für die Bank wesentlichen Rechts- und Reputationsrisiken und wirkt auf deren Vermeidung hin. Zu diesem Zweck berät er den Vorstand, wie auf die Bedeutung derartiger Risiken aufmerksam zu machen ist. Der Integritätsausschuss bereitet des Weiteren die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Verfolgung von Ersatzansprüchen oder die Ergreifung sonstiger Maßnahmen gegenüber amtierenden oder ehemaligen Mitgliedern des Vorstands vor. Im Geschäftsjahr 2015 fanden fünfzehn Sitzungen des Integritätsausschusses, davon vier gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Integritätsausschusses sind Georg Thoma (Vorsitzender), Dr. Paul Achleitner, Sabine Irrgang, Timo Heider, Martina Klee und Peter Löscher.

Vergütungskontrollausschuss: Der Ausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Geschäftsleiter. Er überwacht die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Geschäftsleiter und Mitarbeiter und insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Er unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter des Unternehmens; die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement sind durch ihn zu bewerten, wobei sicherzustellen ist, dass die Vergütungssysteme an der auf die nachhaltige Entwicklung der Bank gerichteten Geschäftsstrategie und an den daraus abgeleiteten Risikostrategien sowie an der Vergütungsstrategie auf Instituts- und Gruppenebene ausgerichtet sind. Der Vergütungskontrollausschuss bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und berücksichtigt dabei besonders die Auswirkungen der Beschlüsse auf die Risiken und das Risikomanagement des Unternehmens; den langfristigen Interessen von Anteilseignern, Anlegern, sonstigen Beteiligten und dem öffentlichen Interesse ist Rechnung zu tragen. Er bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen im Sinne des § 45 Abs. 2 Satz 1 Nummer 5a KWG unter Berücksichtigung des § 7 InstVV sowie zur Festlegung von angemessenen Vergütungsparametern, von Erfolgsbeiträgen, der Leistungs- und Zurückbehaltungszeiträume und der Voraussetzungen für einen vollständigen Verlust oder eine teilweise Reduzierung der variablen Vergütung vor und überprüft regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, ob die beschlossenen Festlegungen noch angemessen sind. Ferner überprüft der Vergütungskontrollausschuss im Rahmen der Unterstützung des Aufsichtsrats bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter insbesondere regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, ob der Gesamtbetrag der variablen Vergütungen im Sinne des § 45 Abs. 2 Satz 1 Nummer 5a KWG unter Berücksichtigung des § 7 InstVV ermittelt ist und die festgelegten Grundsätze zur Bemessung von Vergütungsparametern, Erfolgsbeiträgen sowie Leistungs- und Zurückbehaltungszeiträumen einschließlich der Voraussetzungen für einen vollständigen Verlust oder eine teilweise Reduzierung der variablen Vergütung angemessen sind. Des Weiteren unterstützt er den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme. Im Geschäftsjahr 2015 fanden zwölf Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses, davon zwei gemeinsam mit dem Risikoausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Alfred Herling und Prof. Dr. Henning Kagermann.

Vermittlungsausschuss: Zusätzlich zu diesen sechs ständigen Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2015 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Wolfgang Böhr (seit 1. Dezember 2015), Alfred Herling und Prof. Dr. Henning Kagermann.

Weitere Details zum Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss, Prüfungsausschuss, Risikoausschuss, Integritätsausschuss und Vergütungskontrollausschuss sind in Geschäftsordnungen geregelt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.db.com/ir/de/dokumente.htm) veröffentlicht sind.

Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“ des Konzernabschlusses enthalten.

Rechnungslegung und Transparenz

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Vorstand. Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

Aufsichtsrat. Der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienanwartschaften gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen) der Mitglieder des Aufsichtsrats setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien
Dr. Paul Achleitner	0	0
Wolfgang Böhr	0	0
Frank Bsirske	0	0
Dina Dublon	0	0
Katherine Garrett-Cox	0	0
Timo Heider	0	0
Alfred Herling	1.561	10
Sabine Irrgang	735	10
Professor Dr. Henning Kagermann	0	0
Martina Klee	1.367	10
Peter Löscher	0	0
Henriette Mark	1.006	10
Richard Meddings	0	0
Louise Parent	0	0
Gabriele Platscher	1.060	10
Bernd Rose	0	0
Rudolf Stockem	0	0
Dr. Johannes Teyssen	0	0
Georg Thoma	2.250	0
Professor Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	2.950	0
Insgesamt	10.929	50

Die Mitglieder des Aufsichtsrats halten 10.929 Aktien, was weniger als 0,01 % der am 19. Februar 2016 ausgegebenen Aktien entspricht.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle zeigt diejenigen Aktienansprüche der Aufsichtsratsmitglieder, die Mitarbeiter der Deutschen Bank sind, die im Rahmen des Global Share Purchase Plan Gratisaktien („Matching Awards“) erhalten haben, die ihnen am 1. November 2016 zugeteilt werden.

Wie im Abschnitt „Lagebericht: Vergütungsbericht: Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats“ beschrieben, wird ein Viertel der Vergütung, die ein Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit erhält, im Februar eines jeweiligen Folgejahres grundsätzlich nicht in Geld ausgezahlt, sondern in virtuelle Aktien der Deutschen Bank umgewandelt. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird jedem Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres vergütet. Als Grundlage für die Bewertung dient der Börsenkurs der Deutsche Bank-Aktie in zeitlicher Nähe vor dem Auszahlungstag. Die Tabelle im vorgenannten Abschnitt zeigt die Anzahl der virtuellen Aktien, die den Mitgliedern des Aufsichtsrats im Februar 2016 als Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 gewährt wurde.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Informationen zu Geschäften mit nahestehenden Dritten sind in Anhangangabe 38 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“ enthalten.

Wirtschaftsprüfung und Controlling

Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Paul Achleitner, Richard Meddings und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler. Die genannten Finanzexperten des Prüfungsausschusses sind entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 und § 100 Absatz 5 AktG von der Bank „unabhängig“. Entsprechend §§ 107 Absatz 4, 100 Absatz 5 AktG sowie § 25d Absatz 9 KWG verfügen sie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Vergütungsexperten des Vergütungskontrollausschusses

Gemäß § 25d Absatz 12 KWG muss seit 1. Januar 2014 zudem mindestens ein Mitglied des Vergütungskontrollausschusses über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügen, insbesondere im Hinblick auf Mechanismen zur Ausrichtung der Vergütungssysteme an der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und an der Eigenmittelausstattung der Bank. Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses zu „Vergütungsexperten des Vergütungskontrollausschusses“ benannt: Dr. Paul Achleitner und Prof. Dr. Henning Kagermann. Sie erfüllen die Anforderungen gemäß § 25d Absatz 12 KWG und verfügen demnach über Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling.

Zu weiteren Informationen zur Erfahrung der oben genannten Aufsichtsratsmitglieder in diesem Bereich verweisen wir auf das Kapitel „Lagebericht: Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate Governance-Bericht: Vorstand und Aufsichtsrat: Aufsichtsrat“ auf den Seiten 465 bis 470 des Finanzberichts.

Werte und Führungsprinzipien

Verhaltens- und Ethikkodex

Der Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank legt die Werte und Mindeststandards für das Verhalten aller Mitarbeiter untereinander sowie gegenüber Kunden, Wettbewerbern, Geschäftspartnern, Behörden und Aktionären fest und enthält eine Selbstverpflichtung des Vorstands. Der Kodex orientiert sich dabei an unseren Werten und Überzeugungen. Er bildet auch die Basis für unsere Richtlinien, welche die Umsetzung geltender Gesetze und Verordnungen erläutern.

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir zudem einen Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officer“ verabschiedet. Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank die Co-Vorsitzenden des Vorstands, der Chief Financial Officer und der Group Controller und bestimmte andere Senior Financial Officers. Im Berichtsjahr 2015 wurden keine Bestimmungen dieses Ethikkodex angepasst oder ausgeschlossen. Informationen zu einer künftigen Anpassung oder einem künftigen Ausschluss von Bestimmungen des Ethikkodex werden auf der nachstehend genannten Internet-Seite der Deutschen Bank im Abschnitt „Ethikkodex“ veröffentlicht.

Die Ethikkodizes für die Deutsche Bank sind auf der Website der Deutschen Bank in der jeweils aktuellen Fassung unter www.db.com/ir/de/dokumente.htm veröffentlicht.

House of Governance-Initiative

Per Ende Juni 2015 wurde die „House of Governance“- Initiative für die Deutsche Bank AG erfolgreich abgeschlossen. Ziel dieser Initiative war es, die Corporate Governance-Strukturen der Deutsche Bank AG zu verbessern. Unter anderem wurde ein Zielmodell zur Kompetenzverteilung geschaffen und klare und transparente Mandate mit eindeutigen Delegations- und Eskalationslinien sowie Komiteefunktionen und Informationsflüssen festgelegt. Des Weiteren wurde im Rahmen dieser Initiative die IT-Anwendung „Governance Owner App“ (GO App) entwickelt, um die Dokumentation und Steuerung von Prozessen im Zusammenhang mit Governance zu ermöglichen.

Corporate Governance Leitsätze und Prinzipien

Darüber hinaus wurde im September 2015 die Richtlinie „Corporate Governance Fundamentals – Deutsche Bank Group“ eingeführt. Die Richtlinie definiert Corporate Governance Leitsätze und Prinzipien, die die Interaktion zwischen Gesellschaftsorganen und anderen Entscheidungsträgern regeln. Die Corporate Governance Leitsätze und Prinzipien stellen die interne Struktur bereit, durch welche die Ziele der Deutschen Bank umgesetzt werden. Zudem institutionalisieren sie Rollen, Kompetenzen und Verantwortung innerhalb des die Bank betreffenden rechtlichen Rahmenwerks und tragen so zur Festlegung klarer Aufgaben und Verantwortungen bei. Der Vorstand und das Senior Management unterstützen diese Leitsätze und Prinzipien und haben sich dazu verpflichtet, auf deren vollständige Umsetzung hinzuwirken.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde als unser Abschlussprüfer für die Jahre 2014 und 2015 gewählt.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonorare ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung; sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen eingeschlossen, Umsatzsteuer ist nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2015	2014
Prüfungshonorare	53	54
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	17	14
Honorare für Steuerberatung	5	8
Sonstige Honorare	1	2
Summe der Honorare	76	78

Die Prüfungshonorare beinhalten nicht die Prüfungshonorare für die Postbank und deren konsolidierte Gesellschaften, die derzeit nicht von der KPMG geprüft werden. Die Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassten projektbezogene Beratungsleistungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungsfremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Accounting Engagement Team vorgelegt werden. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Accounting Engagement Team genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungsfremde Dienstleistungen, muss sie an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten dem Prüfungsausschuss über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5 % der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2014 und 2015 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5 %.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes (Entsprechenserklärung 2015)

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 29. Oktober 2014 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 28. Oktober 2015 erneuert. Vorstand und Aufsichtsrat erklären gemäß § 161 Aktiengesetz:

1. Die letzte Entsprechenserklärung erfolgte am 29. Oktober 2014. Seit diesem Zeitpunkt hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 24. Juni 2014, veröffentlicht im Bundesanzeiger am 30. September 2014, mit den folgenden Ausnahmen entsprochen:

– Hinsichtlich Ziffer 5.3.3, wonach der Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss zu bilden hat, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist. Aufgrund der Vorgaben von § 25 d KWG hat die Deutsche Bank AG nicht umfassend den Empfehlungen in Ziffer 5.3.3 entsprochen. § 25 d KWG schreibt vor, dass der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG weitere Aufgaben übernehmen muss, die nicht nur von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat wahrgenommen werden sollten. Daher ist der Nominierungsausschuss auch mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt. Es wird jedoch sichergestellt, dass die Wahlvorschläge an die Hauptversammlung nur durch die Anteilseignervertreter im Ausschuss bestimmt werden. – Hinsichtlich Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6, wonach die Vergütung der Vorstandsmitglieder insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen soll. Die bestehenden Anstellungsverträge (in Verbindung mit den Aktienplanbedingungen) der Vorstandsmitglieder der Deutsche Bank AG sehen zwar eine betragsmäßige Höchstgrenze für die Gewährung der Vergütung insgesamt und ihrer variablen Vergütungsteile vor. Es wird in diesem Kontext allerdings auch die Auffassung vertreten, dass die Höchstgrenzen sich nicht ausschließlich auf die Gewährung und Zuteilung der Vergütungskomponenten, sondern zusätzlich auf den späteren Zufluss derselben beziehen müssen. Obwohl die Deutsche Bank AG diese Ansicht für nicht überzeugend hält, erklären wir dennoch rein vorsorglich, dass eine betragsmäßige Höchstgrenze für den Zufluss der zeitlich hinausgeschobenen aktienbasierten Vergütungsbestandteile nicht festgelegt worden ist und deshalb die Deutsche Bank AG der Empfehlung in Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 in dieser Ausprägung nicht entsprochen hat.

2. Die "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" legte am 5. Mai 2015 eine neue Kodexfassung vor, die am 12. Juni 2015 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Auch der neuen Fassung entsprach die Deutsche Bank AG mit den unter 1. aufgeführten Einschränkungen sowie weiter mit Ausnahme der neu gefassten Ziffer 5.4.1 Abs. 2, wonach bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats nunmehr zusätzlich eine festzulegende Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat berücksichtigt werden soll. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 28. Oktober 2015 nach der erforderlichen eingehenden Diskussion eine Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat festgelegt und auf dieser Grundlage eine Anpassung und Aktualisierung der Zielsetzungen hinsichtlich seiner Zusammensetzung beschlossen, womit der Neufassung von Ziffer 5.4.1 Abs. 2 ab diesem Zeitpunkt entsprochen wurde.

3. Ab heute entspricht die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" in der Kodexfassung vom 5. Mai 2015, veröffentlicht im Bundesanzeiger am 12. Juni 2015, mit den folgenden Ausnahmen:

– Hinsichtlich Ziffer 5.3.3 mit der unter 1., erster Spiegelstrich genannten Begründung.

– Hinsichtlich Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 mit der unter 1., zweiter Spiegelstrich genannten Begründung.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Bank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 5. Mai 2015 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex-Ziffer 2.3.2). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, so dass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex-Ziffer 2.3.3) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungspositionen/Geschlechterquote

Der Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG hat am Stichtag dieser Erklärung zur Unternehmensführung einen Frauenanteil von 35 %. Die gesetzliche Mindestquote von 30 % gemäß § 96 Abs. 2 AktG ist daher erfüllt.

Für den Vorstand der Deutsche Bank AG hat der Aufsichtsrat am 12. September 2015 eine Zielgröße von mindestens einem weiblichen Mitglied bis zum 30. Juni 2017 festgelegt. Frauenanteil im Zeitpunkt der Entscheidung: 0 Frauen. Zwischenzeitlich gehört dem Vorstand der Deutsche Bank AG mit Sylvie Matherat eine Frau an.

Außerdem hat der Vorstand am 16. September 2015 für die erste Führungsebene eine Zielgröße von 17 % Frauen und für die zweite Führungsebene eine Zielgröße von 21 % jeweils bis zum 30. Juni 2017 festgelegt (der Frauenanteil der ersten Führungsebene im Zeitpunkt der Entscheidung betrug 14 % und der zweiten Führungsebene 18 %).

Die Populationen der ersten Führungsebene besteht aus den Managing Directors und Directors, die direkt an den Vorstand berichten und Führungskräften, die eine vergleichbare Verantwortung tragen und die der zweiten Führungsebene aus den Managing Directors und Directors, die an die erste Führungsebene berichten).

Ergänzende Informationen

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle
Messgrößen – 481

Patronatserklärung – 487

Das Jahr auf einen Blick – 488

Impressum/Publicationen – 489

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Kennzahlen des bisherigen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows des Konzerns, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter eingeschlossener oder ausgeschlossener Beträge im Vergleich zu den am besten passenden und gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden.

Vollumgesetzte CRR/CRD 4-Messgrößen

Als Teil ihrer Messgrößen verwendet der Konzern CRR/CRD 4-Metriken auf Basis der Vollumsetzung, insbesondere bezüglich des Kernkapitals und der Verschuldungsquote. Solche nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen sind in diesem Bericht im Abschnitt „Lagebericht: Risikobericht/Regulatorisches Kapital und Verschuldungsquote“ beschrieben und stellen ebenso eine Überleitung zu den dazugehörigen IFRS Werten zur Verfügung.

Eigenkapitalrendite-Quoten

Der Konzern berichtet eine Vielzahl von Eigenkapitalrendite-Quoten. Bei diesen handelt es sich um Kennziffern, wie die Eigenkapitalrendite vor und nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital), die Eigenkapitalrendite vor und nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) sowie die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital), von denen jede eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße darstellt.

Die Eigenkapitalrenditen vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) und die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) werden als das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis vor Steuern als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Eigenkapital oder Active Equity ausgewiesen. Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis vor Steuern ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und ist definiert als Ergebnis vor Steuern ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluß zurechenbare Ergebnis vor Steuern.

Die Eigenkapitalrenditen nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital, materiellen Eigenkapital und Active Equity) werden als Ergebnis nach Steuern ermittelt, das den Deutsche Bank-Aktionären als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Eigenkapital, materiellen Eigenkapital oder Active Equity zuzurechnen ist. Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und ist definiert als Ergebnis nach Steuern ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluß zurechenbare Ergebnis nach Steuern.

Die Eigenkapitalrendite nach Steuern auf Konzernebene spiegelt die berichtete effektive Steuerquote des Konzerns wider. Diese belief sich für das Gesamtjahr 2015 auf negative 11 %, auf 46 % für 2014 und 53 % für 2013. Um die Eigenkapitalrendite nach Steuern für die Segmente zu berechnen, wurde eine Steuerquote von 35 % für die jeweiligen Zeiträume zugrunde gelegt.

Das materielle Eigenkapital auf Konzernebene wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem Eigenkapital in der Konzernbilanz subtrahiert werden. Das materielle Eigenkapital der Segmente wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Segmenten allokierten Active Equity subtrahiert werden. Das Active Equity ist das Eigenkapital bereinigt um die Dividendenzahlung, für die quartalsweise eine Abgrenzung vorgenommen wird und die im Folgejahr

nach Zustimmung der Hauptversammlung erfolgt. Die Dividendenabgrenzung wird in C&A ausgewiesen. Das Eigenkapital, materielle Eigenkapital und Active Equity werden mit Durchschnittswerten ausgewiesen. Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Messgrößen durchschnittliches materielles Eigenkapital und durchschnittliches Active Equity Vergleiche zu unseren Wettbewerbern vereinfacht und bezieht sich auf diese Meßgrößen bei Kapitalrenditequoten für den Konzern. Jedoch sind durchschnittliches materielles Eigenkapital und durchschnittliches Active Equity keine nach IFRS ermittelten finanziellen Messgrößen und die Messgrößen des Konzerns sollten nicht mit denen anderer Unternehmen verglichen werden, ohne die Unterschiede in der Berechnung zu berücksichtigen.

Nähere Informationen zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity zu den Segmenten enthält der Abschnitt 4 „Segmentberichterstattung“ im Konzernanhang.

Die Überleitung der vorstehenden Quoten wird in der folgenden Tabelle beschrieben:

	2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	- 2.035	- 3.291	1.439	1.250	- 2.732	- 729	- 6.097
Abzüglich (Zuzüglich) Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Ergebnis vor Steuern	0	0	0	0	0	27	27
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern	- 2.035	- 3.291	1.439	1.250	- 2.732	- 756	- 6.124
Ergebnis vor Steuern	- 2.035	- 3.291	1.439	1.250	- 2.732	- 729	- 6.097
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	- 720	- 1.165	509	443	- 967	2.575	675
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 1.315	- 2.126	929	808	- 1.765	- 3.304	- 6.772
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	- 21	- 21
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 1.315	- 2.126	929	808	- 1.765	- 3.326	- 6.794
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital							69.055
Zuzüglich (abzüglich) Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen							- 696
Durchschnittliches Active Equity	30.948	15.099	7.607	8.023	6.674	7	68.359
Zuzüglich (abzüglich)							
Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen	0	0	0	0	0	696	696
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 3.897	- 3.407	- 1.053	- 5.362	- 573	383	- 13.909
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	27.051	11.693	6.554	2.662	6.100	1.087	55.146
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) in % ¹	- 4,9	- 18,2	14,2	30,3	N/A	N/A	- 12,3
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	- 6,6	- 21,8	18,9	15,6	N/A	N/A	- 9,0
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in % ¹	- 4,2	- 14,1	12,2	10,1	N/A	N/A	- 9,9

¹ Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf das durchschnittliche materielle Eigenkapital und durchschnittliche Active Equity auf konzernnebenebenen werden berechnet auf Basis der effektiven ausgewiesenen Steuerquote des Konzerns.

	2014						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	2.909	1.189	1.152	1.016	-2.899	-251	3.116
Abzüglich (Zuzüglich) Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Ergebnis vor Steuern	0	0	0	0	0	28	28
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern	2.909	1.189	1.152	1.016	-2.899	-279	3.088
Ergebnis vor Steuern	2.909	1.189	1.152	1.016	-2.899	-251	3.116
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	1.018	416	403	356	-1.015	247	1.425
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	1.891	773	749	661	-1.884	-498	1.691
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	-28	-28
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	1.891	773	749	661	-1.884	-526	1.663
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital							61.410
Zuzüglich (abzüglich) Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen							-785
Durchschnittliches Active Equity	25.445	14.853	6.033	6.532	7.762	0	60.624
Zuzüglich (abzüglich)							
Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen	0	0	0	0	0	785	785
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-3.759	-4.107	-883	-4.678	-809	-63	-14.299
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	21.686	10.746	5.151	1.854	6.953	722	47.111
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) in % ¹	8,7	7,2	14,5	35,6	N/A	N/A	3,5
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	11,4	8,0	19,1	15,6	N/A	N/A	5,1
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in % ¹	7,4	5,2	12,4	10,1	N/A	N/A	2,7

¹ Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf das durchschnittliche materielle Eigenkapital und durchschnittliche Active Equity auf konzernenebenewerden werden berechnet auf Basis der effektiven ausgewiesenen Steuerquote des Konzerns.

	2013						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	2.891	1.363	1.053	762	- 3.478	- 1.136	1.456
Abzüglich (Zuzüglich) Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Ergebnis vor Steuern	0	0	0	0	0	15	15
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern	2.891	1.363	1.053	762	- 3.478	- 1.151	1.442
Ergebnis vor Steuern	2.891	1.363	1.053	762	- 3.478	- 1.136	1.456
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	917	432	334	242	- 1.103	- 46	775
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	1.975	931	719	520	- 2.376	- 1.089	681
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	- 15	- 15
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	1.975	931	719	520	- 2.376	- 1.104	666
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital							56.080
Zuzüglich (abzüglich) Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen							- 646
Durchschnittliches Active Equity	20.161	13.976	5.136	5.864	10.296	0	55.434
Zuzüglich (abzüglich)							
Durchschnittliche Dividendenabgrenzungen	0	0	0	0	0	646	646
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 4.423	- 3.704	- 788	- 4.657	- 1.775	1.199	- 14.149
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	15.738	10.273	4.348	1.207	8.521	1.845	41.931
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) in % ¹	12,5	9,1	16,5	43,1	N/A	N/A	1,6
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	14,3	9,8	20,5	13,0	N/A	N/A	2,6
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in % ¹	9,8	6,7	14,0	8,9	N/A	N/A	1,2

¹ Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf das durchschnittliche materielle Eigenkapital und durchschnittliche Active Equity auf konzernnebenebenen werden berechnet auf Basis der effektiven ausgewiesenen Steuerquote des Konzerns.

Bereinigte Kosten

Die bereinigte Kostenbasis ein eine Kernfinanzkennzahl aus unserer Strategy 2020. Die bereinigte Kostenbasis ist eine nicht nach IFRS ermittelt finanzielle Messgrößen und vergleichbar mit der IFRS Messgröße Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt abzüglich (i) Wertberichtigungen auf Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte, (ii) Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, (iii) Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und (iv) Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt ohne diese Komponenten eine entscheidungsrelevantere Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit unseren operativen Geschäftsbereichen ermöglicht.

in €	31.12. 2015	31.12. 2014
Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt	-38.667	-27.699
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 5.776	- 111
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten ¹	- 5.218	- 1.971
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 256	- 289
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	- 965	- 375
Bereinigte Kostenbasis	-26.452	-24.953

¹ 2014 beinhaltet 400 Mio € Kreditbearbeitungsgebühren

Nettovermögen und materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie

Das Nettovermögen und das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Sie werden von Investoren und Analysten als verlässliche Kennzahlen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz genutzt. Das Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert). Das materielle Nettovermögen errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abzüglich der Position „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“. Das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) entspricht dann dem materiellen Nettovermögen dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert).

Materielles Nettovermögen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (Nettovermögen)	62.678	68.351	54.719	-5.673	-8	13.633	25
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-10.078	-14.951	-13.932	4.873	-33	-1.019	7
Materielles Nettovermögen	52.600	53.400	40.786	-800	-1	12.614	31

Ausstehende Stammaktien

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2015	2014	2013	Veränderung 2015 gegenüber 2014		Veränderung 2014 gegenüber 2013	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Anzahl ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3	1.068,5	0	0	310,7	29,1
Ausstehende Aktien:							
Aktien im Eigenbestand	-0,4	-0,3	-0,2	-0,1	44,1	-0,1	44,4
Gewährte Aktienrechte	8,9	6,8	8,8	2,1	31,6	-2,0	-22,9
Ausstehende Stammaktien¹	1.387,8	1.385,8	1.077,1	2,0	0,1	308,7	28,7
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	45,16	49,32	50,80	-4,16	-8,4	-1,48	-2,9
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	37,90	38,53	37,87	-0,63	-1,6	0,66	1,7

¹ Die ausstehenden Stammaktien (unverwässert) wurden für vergleichbare Perioden angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

Bewertungsanpassungen

Im „Lagebericht: Die Geschäftsentwicklung“ des Konzerns wird auf Auswirkungen auf die Konzernergebnisse durch forderungsbezogene Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment, DVA), refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment, FVA) und die regulatorische Absicherungen auf kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, CVA) bezogen.

Die DVA berücksichtigt die Auswirkungen des Kreditrisikos des Konzerns bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Verpflichtungen (einschließlich Derivatekontrakten).

Die FVA wird auf nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegte Derivatepositionen angewandt. Sie reflektiert die marktimplizierten Refinanzierungskosten für Aktiva und Passiva und berücksichtigt bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegte Derivatepositionen den Barwert der Finanzierungskosten.

Wie in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläutert, wird die CVA auf Derivatepositionen angewandt und durch Einschätzung des potenziellen Kreditrisikos auf Kontrahentenebene bestimmt. Bei der Ermittlung der CVA werden alle gehaltenen Sicherheiten, die Effekte von Aufrechnungsvereinbarungen, die erwarteten Verluste bei Ausfall sowie die Kreditrisiken auf Basis der vorliegenden Marktinformationen, einschließlich Prämien für Kreditabsicherungen (CDS-Spreads), berücksichtigt.

CVAs führen gemäß den CRR/CRD 4-Kapitalvorschriften zu einer Erhöhung der Risk Weighted Assets (RWAs) des Konzerns. Der Konzern versucht diese RWA-Erhöhung durch Absicherungen über CDS zu reduzieren. Diese regulatorischen Absicherungen des Kapitals erfolgen zusätzlich zu den Absicherungen für CVA-Exposures nach Maßgabe der IFRS-Vorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und führen daher zu Marktwertschwankungen in der Gewinn- und Verlust-Rechnung, die als Ertragsposten ausgewiesen werden.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung dieser Messgrößen bereinigt um diese Positionen eine entscheidungsrelevantere Darstellung der zugrundeliegenden Fundamentaldaten der betroffenen Geschäftsbereiche ermöglicht.

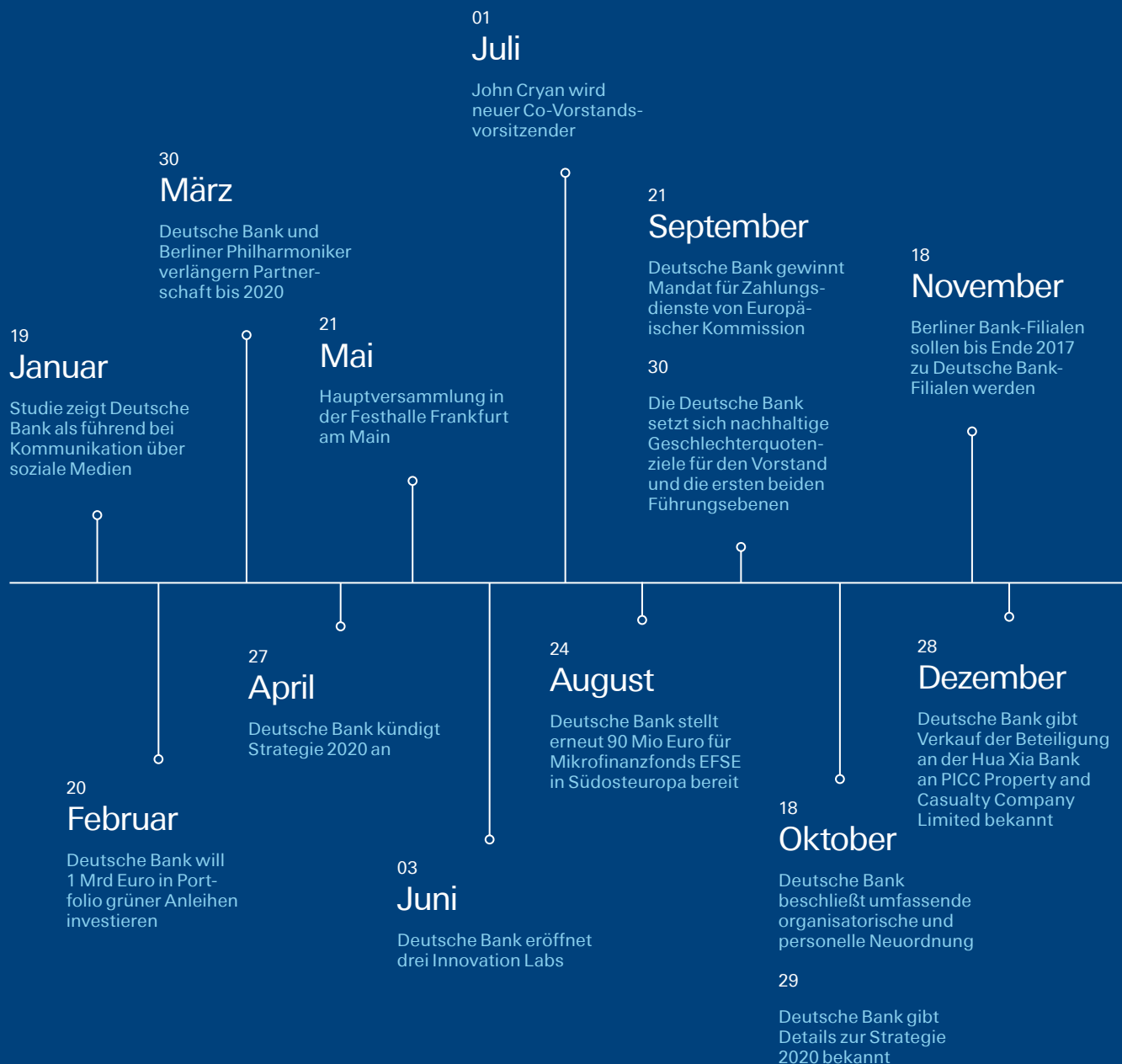
Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Asset & Wealth Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf
Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd, Singapur
DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul	Deutsche Holdings (Malta) Ltd., St. Julians
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company, London
Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Postbank AG, Bonn (bis 30. Juni 2016) ¹
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Inc., Tokyo
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC, Riyadh
Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main	DWS Investment S.A., Luxemburg
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	norisbank GmbH, Bonn
Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“, Kiew
Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid	OOO „Deutsche Bank“, Moskau
	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA, Köln

¹ Wir haben die Patronatserklärung für die Deutsche Postbank AG, zuletzt publiziert im Geschäftsbericht für das Jahr 2014, mit Ablauf des 30. Juni 2016 beendet und gekündigt.

Das Jahr auf einen Blick



Impressum/Publikationen

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Germany
Telefon (069) 9 1000
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline
(0800) 9 1080 00

Hauptversammlungshotline
(0800) 1 004 798

Investor Relations
(069) 91 0380 80
db.ir@db.com

Gern senden wir Ihnen
die folgenden Publikationen
zum Jahresabschluss

- Geschäftsbericht 2015
(in Deutsch und Englisch)
- Jahresabschluss und Lagebericht
der Deutschen Bank AG 2015
(in Deutsch und Englisch)

Bestellmöglichkeiten

E-mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.db.com/de/15

postalisch

arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
33428 Harsewinkel

Online

Alle Publikationen zum Jahresabschluss sind abrufbar unter:
www.db.com/de/15

Veröffentlichung

Veröffentlicht am 11. März 2016.

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 11. März 2016 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Kopien dieses Berichts sind auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.db.com/de/ir verfügbar.

2016

Wichtige Termine

28. April 2016

Zwischenbericht zum 31. März 2016

19. Mai 2016

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

27. Juli 2016

Zwischenbericht zum 30. Juni 2016

27. Oktober 2016

Zwischenbericht zum 30. September 2016

2017

Wichtige Termine

2. Februar 2017

Vorläufiges Jahresergebnis für das
Geschäftsjahr 2016

17. März 2017

Geschäftsbericht 2016 und Form 20-F

27. April 2017

Zwischenbericht zum 31. März 2017

18. Mai 2017

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

27. Juli 2017

Zwischenbericht zum 30. Juni 2017

26. Oktober 2017

Zwischenbericht zum 30. September 2017

Geschäftsbericht 2015



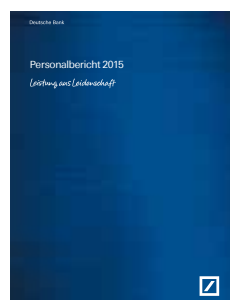
- ▶ Printfassung
- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter db.com/de/15

Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2015



- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter cr-bericht.db.com/de/15

Personalbericht 2015



- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter personalbericht.db.com/de/15